

J A H R B U C H F Ü R W I R T S C H A F T S G E S C H I C H T E

1970 · T E I L I V

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (England), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (ČSSR), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow
(Sowjetunion)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur),
Hans Czihak, Renate Günther, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretsch-
mar, Hans-Heinrich Müller, Wolfgang Neef, Helga Nussbaum, Hermann Roth, Alfred Schröter,
Rolf Sonnemann

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1970 TEIL IV

Die Einheit und Wechselwirkung von Politik, Ökonomie und Ideologie bei der Entwicklung der entwickelten gesellschaftlichen Formungen (H. H. Kriesche) 11

JFKK - Zur Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte für die Wirtschaftspolitik (H. H. Kriesche) 25

Zur Imperialismenlehre (H. H. Kriesche) 49

Die Rolle der Arbeiterbewegung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte (H. H. Kriesche) 77

Die Historien der Arbeiterbewegung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte (H. H. Kriesche) 83

Der staatliche Sozialismus (H. H. Kriesche) 109

Die Stellung der deutschen Textilindustrie zum Stoff- und Verfahrensgeist in der Zeit bis zum zweiten deutschen Reichstag (H. H. Kriesche) 115

Die Entwicklung des deutschen Sozialismus (H. H. Kriesche) 141

Die Anfänge der Arbeiterbewegung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte (H. H. Kriesche) 155



ERFURT





71/373

Redaktionsschluß: 15. 3. 1970

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4

Copyright 1971 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/47/71

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“; 582 Bad Langensalza

Bestellnummer: 2103/70/4 · ES 5 B 2 · 14 D

EDV 751 841 3

Einzelpreis des Bandes 20, - M

Abonnementpreis des Jahrganges 72, - M (4 Bände), Einzelband 18, - M

Zu diesem Band

MONOGRAPHIEN, STUDIEN UND REFERATE

- W. Falk Die Einheit und Wechselwirkung von Politik, Ökonomie und Ideologie bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR. Zur Bedeutung des Buches "Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" für die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus 11
BL 123
- H. Nussbaum Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins und zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914 25
BA 149
- R. Forberger Lenin und die Industriestatistik - Lenins Werk "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" 67
A 142
- A. Cornu Engels' Mitwirkung an der Herausbildung des historischen Materialismus 77
A 142
- E. Behm/
J. Kuczynski Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungs-
presse vor dem Ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Ungarn) 83
CD 01541074
- S. I. Tjul'panov/
G. M. Vejč Der staatliche Sektor Indiens: Probleme der Effektivität 105
E 270
- Th. Kuczynski Die Stellung der deutschen Teerfarbenindustrie zum Stoff- und Verfahrenspatent in der Zeit bis zum zweiten deutschen Patentgesetz von 1891 115
BA 285
525
- K. Obermann Die soziale Zusammensetzung der Bürgerwehr in Köln 1848/49 141
BG 086, 268: 117
- S. Epperlein Die Anfänge des frühmittelalterlichen Städtewesens in Polen im Lichte der erzählenden Quellen 159
CC 967
- BETRIEBSGESCHICHTE
- H. Winzer Der sozialistische Wettbewerb in der LPG "Frieden" (Bayern, Kreis Herzberg, Bezirk Cottbus) 1961/1962 185
- Aus der Betriebsgeschichtsarbeit in der DDR 1969 209

FORSCHUNGSBERICHTE

- J. Roesler Bericht über die Tagung der Arbeitsgemeinschaft
"Geschichte der ökonomischen Politik der SED" 213

QUELLEN UND MATERIALIEN

- BA 450
443
H. Wandschneider Pläne der deutschen Elektrokonzerne zur "Neuordnung der europäischen Wirtschaft" im zweiten Weltkrieg 219

LITERATURKRITIK

- G. Koch Produktivkräfte und historischer Materialismus, Wolfgang Jonas/Valentine Linsbauer/Helga Marx, Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1: Von den Anfängen in der Urgemeinschaft bis zum Beginn der Industriellen Revolution 247

- J. Kuczynski Überlegungen zur möglichen Leistung bürgerlicher Gesellschaftswissenschaftler. Gedanken zu Erich Gruner, Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat 253

- ✓
R. Berthold/
H. Harnisch/
H. -H. Müller Der preußische Weg der Landwirtschaft und neuere westdeutsche Forschungen. Betrachtungen und Gedanken zu Friedrich-Wilhelm Henning, Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert; Friedrich-Wilhelm Henning, Bauernwirtschaft und Bauernkommen in Ostpreußen im 18. Jahrhundert; Karl Brase, Der Einfluß der Bauernbefreiung auf die Belastung der Scharwerksbauern in Ostpreußen; Harald Winkel, Die Ablöskskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland. Höhe und Verwendung bei Standes- und Grundherren 259

- H. Harnisch Horizonte bürgerlicher Landesgeschichte? Bemerkungen zu Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert 291

BIBLIOGRAPHIE

- R. Günther Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (5. Fortsetzung) 301

- Autorenverzeichnis 307

Seit längerer Zeit schon ist allenthalben der Wert echter wissenschaftlicher Kooperation und die Fruchtbarkeit von Fragestellungen erkannt worden, die innerlich verbunden und interdisziplinär übergreifend zugleich sind. Die Einheit und Wechselwirkung von Politik, Ökonomie und Ideologie beim Aufbau des Sozialismus ist ein solches komplexes Thema, das wir aus wirtschaftshistorischer Sicht an der Spitze des Bandes behandeln.

Im dem Maße, wie unsere in verschiedenen Forscherkollektiven tätigen Historiker die grundlegende Funktion der Wirtschaftsgeschichte praktisch umzusetzen bemüht sind, steigt die Zahl wissenschaftlicher Fragen, die an uns zu richten sind. Damit wächst uns Wirtschaftshistorikern die Verpflichtung zu, im wissenschaftlichen Meinungsstreit verschiedene grundlegende Probleme einer Klärung zuzuführen. Aus dem Gefühl dieser Verpflichtung entstand der zweite Aufsatz, der eine Diskussion über das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Vergangenheit und Gegenwart einleiten soll. Seit einiger Zeit hat sich bekanntlich unter marxistischen Ökonomen und Wirtschaftshistorikern ein fruchtbarer Meinungsstreit an diesem Problem entzündet, dem das Jahrbuch Rechnung tragen will.

Diese beiden einleitenden Beiträge sind im Jahr des 100. Geburtstages von W. I. Lenin seiner wissenschaftlichen Leistung ebenso gewidmet wie der folgende Artikel über Lenin und die Industriestatistik, der die Unerschöpflichkeit der wissenschaftlichen Anregungen Lenins an einem speziellen Problem abhandelt.

Wir nehmen den mit dem Lenin-Jubiläum zusammenfallenden 150. Geburtstag von Friedrich Engels zum Anlaß, um in einem weiteren Beitrag seinen Anteil an dem Werden der Theorie des historischen Materialismus zu beleuchten.

Im übrigen stehen wieder anregende Studien zur allgemeinen und deutschen Wirtschaftsgeschichte, einschließlich der Geschichte der DDR, neben Artikeln, Forschungsberichten und Bibliographien zur Betriebsgeschichte, Dokumentationen und ausführlichen Rezensionen, die, der Tradition des Jahrbuches folgend, wissenschaftliche Probleme grundsätzlicher Art ventilieren.

Oktober 1970

Monographien, Studien und Referate

DIE EINHEIT UND WECHSELWIRKUNG VON POLITIK, ÖKONOMIE UND IDEOLOGIE BEI DER GESTALTUNG DES ENTWICKELTEN GESELLSCHAFTLICHEN SYSTEMS DES SOZIALISMUS IN DER DDR

Zur Bedeutung des Buches "Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" für die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus⁺

von Waltraud Falk

Das Buch "Politische Ökonomie des Sozialismus und seine Anwendung in der DDR" ist nicht irgendein Buch einer beliebigen theoretischen Schule. Bei ihm handelt es sich um die einheitliche Konzeption der SED für die weitere theoretische Arbeit zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftstheorie, für Propaganda und Lehre, insbesondere auf dem Gebiet der politischen Ökonomie des Sozialismus, und für die künftige Gestaltung des ökonomischen Systems als Kern des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Es verdient deshalb die besondere Aufmerksamkeit nicht nur der Wirtschaftspraktiker und Politökonomien, sondern auch der Historiker im allgemeinen und der Wirtschaftshistoriker im besonderen und erst recht derjenigen, die sich mit der Geschichte des Sozialismus beschäftigen.

Wenn wir das Buch studieren, um als Wirtschaftshistoriker Schlußfolgerungen für die Geschichtsschreibung der ausbeutungsfreien Gesellschaft zu ziehen, also der Periode, die im Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus der Periode des Kampfes um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse folgt, werden zunächst drei Probleme besonders deutlich:

Erstens: Eine Darlegung der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus muß den prinzipiellen Erfordernissen der marxistisch-leninistischen Methode entsprechen, die Entwicklung der Wirtschaft oder der sozialistischen Produktionsweise ausgehend von den prinzipiell entscheidenden, die gesamte ökonomische Struktur des sozialistischen Systems bestimmenden Fragen zu analysieren. Die Grundfrage des gesamten sozialistischen Systems ist aber, wie Günter Mittag schreibt, "... daß die Arbeiterklasse im Bunde mit den Werktätigen die politische Macht errungen hat und, geführt von der Partei der Arbeiterklasse, laufend festigt, indem sie auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß planmäßig im gesellschaftlichen Maßstab und in ihrem gesellschaftlichen Gesamtinteresse organisiert und mit ständig wachsender schöpferischer Aktivität die historische Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus verwirklicht."¹ Diese Grundfrage der Existenz und Entwicklung des sozialistischen Systems bestimmt die ganze Dynamik des ökonomischen Bewegungsgesetzes des Sozialismus und seine vielfältigen Beziehungen. Folglich muß die wirtschaftshistorische Darlegung den Prozeß

+ Referat auf der Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft "Geschichte der ökonomischen Politik der SED" am 25. und 26. 6. 1970 in Freiberg.

1 Mittag, Günter, Die Bedeutung des Buches "Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR", Berlin 1970, S. 15.

der Herausbildung und Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus in seinen vielfältigen Beziehungen zum Gesamtsystem des Sozialismus untersuchen, von der politischen Macht der Arbeiterklasse und der führenden Rolle der Partei sowie den Aufgaben der sozialistischen Staatsmacht ausgehen und zugleich die Dialektik von Basis und Überbau deutlich zeigen.

Zweitens: Eine Darlegung der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus muß den historischen Prozeß der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, dessen Kern die Herausbildung und das völlige Funktionieren des ökonomischen Systems ist, in den revolutionären Weltprozeß einordnen, um nicht zu einseitigen und falschen Wertungen der Erscheinungen in der DDR zu gelangen. Das wiederum erfordert, zu erkennen, daß die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus nicht in der Hauptsache als Anpassung des Volkswirtschaftssystems an nationale Besonderheiten erfolgt, sondern primär durch die Anforderungen der allgemeingültigen Gesetze des Sozialismus bestimmt wird. Diese Allgemeingültigkeit wirkt objektiv in die Richtung einer im Prinzip übereinstimmenden Gestaltung der ökonomischen Systeme in den einzelnen sozialistischen Ländern. Das schließt ein, neue Erfahrungen durch vergleichende Analysen der Entwicklung in den sozialistischen Ländern besonders auszuwerten und schließlich das Allgemeine, Besondere und Einzelne der konkret-historischen Durchsetzung der allgemeinen ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu bestimmen. Das setzt für den Wirtschaftshistoriker voraus, daß er den Charakter unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus völlig versteht und die Rolle und Bedeutung der wissenschaftlich-technischen Revolution in diesen Prozeß richtig einordnet.

Drittens: Eine Darlegung der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus muß die wachsende Rolle des subjektiven Faktors in Wirtschaft und Gesellschaft im Prozeß der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus deutlich machen. Das aber wirft die Problematik der Behandlung des Verhältnisses von Partei und Staat, Klasse und Volksmassen im Geschichtsprozeß auf der Grundlage der objektiven Übereinstimmung der Interessen der Gesellschaft, der Kollektive und des einzelnen auf neue Weise auf. Erlangt doch die Arbeiterklasse nur durch ihre marxistisch-leninistische Partei die tiefe Einsicht in die Bewegungsgesetze der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung und die Befähigung zur gesellschaftlichen Voraussicht und Prognose und lenkt mit Hilfe der Staatsmacht die gesellschaftliche Entwicklung bewußt und planmäßig. Strategie und Taktik, Maßnahmen und Tätigkeit der Partei der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates spielen folglich als subjektiver Faktor im Wirtschaftsleben eine wachsende Rolle und müssen entsprechend untersucht werden. Zugleich muß aber deutlich werden, wie die Volksmassen als Ausdruck der Interessenidentität unter Führung der Arbeiterklasse ihre Rolle als Träger der gesellschaftlichen Entwicklung und der Initiative im Wirtschaftsleben realisieren und zu wachsender Schöpferkraft gelangen - ein Prozeß, in dem sich die Verantwortung der Arbeiterklasse und ihrer Partei für die Befähigung von Millionen zur bewußten Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung erhöht und der aufs engste an die Entfaltung der sozialistischen Demokratie gebunden ist. Dieser allseitige gesellschaftliche Lern- und Gestaltungsprozeß muß in der wirtschaftshistorischen Untersuchung in seiner Vielfalt und Einheit, Kompliziertheit und auch Widersprüchlichkeit im materiellen wie ideellen Bereich lebendig werden.

Diese Schlußfolgerungen werden besonders deutlich, wenn wir beim Studium des Buches "Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" erkennen:

Erstens: Der Aufbau des ersten Kapitels ist so angelegt, daß nicht mit der Bestimmung des Gegenstandes der politischen Ökonomie begonnen wurde, wie es früher üblich war, sondern mit der Theorie und Praxis des revolutionären Weltprozesses der Gegenwart. Ausgangspunkt mußten die Auffassungen von Marx, Engels und Lenin über die Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus sein. An die Spitze wurden die Erfahrungen der Sowjetunion beim Auf-

bau des Sozialismus unter Berücksichtigung der Tatsache gestellt, daß die Sowjetunion das Grundmodell des sozialistischen Aufbaus ist. Davon abgeleitet wurden Stellung und Aufgaben der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und in Auseinandersetzung mit der Konvergenztheorie behandelt und davon abgeleitet der Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus bestimmt. Dadurch wird deutlich, daß die politische Ökonomie des Sozialismus für den weiteren Vormarsch des Sozialismus im nächsten Jahrzehnt - noch mehr als in den vergangenen Jahrzehnten - ein unentbehrlicher Kompaß ist, um wissenschaftlich fundiert die sozialistische Zukunft erschließen zu können. So wird insgesamt in diesem Kapitel die enge Verflechtung von gesellschaftlichem und ökonomischem System bzw. die Tatsache sichtbar, daß die politische Ökonomie des Sozialismus die Gesamtheit des gesellschaftlichen Lebens berührt.

Zweitens: Der Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus selbst wird wie folgt gefaßt: "die grundlegenden objektiven ökonomischen Bedingungen und Gesetze der sozialistischen Produktionsweise, die ökonomischen Grundbeziehungen und Prozesse des ökonomischen Systems des Sozialismus als Ganzes in ihrer Entstehung, Entwicklung und Funktionsweise einschließlich bestimmter Beziehungen zwischen Produktionsweise und Überbau."² Daraus wird sichtbar, daß sich die politische Ökonomie des Sozialismus mit der Produktionsweise befaßt und die ökonomischen Gesetze als Gesetze der Produktionsweise erkannt werden, was die volle Berücksichtigung der wissenschaftlich-technischen Revolution ermöglicht. Zugleich werden bestimmte Wechselbeziehungen zwischen Produktionsweise und Überbau in den Gegenstand einbezogen und im konkreten - das heißt in den einzelnen Kapiteln - jeweils exakt bestimmt, welche Faktoren die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze wesentlich beeinflussen. Als Faktoren treten dabei in den Vordergrund: der wirtschaftsleitende Überbau einschließlich der Partei der Arbeiterklasse, die sozialistische Staatsmacht, Ideologie und Bildung.

Drittens: Abgeleitet von dieser Gegenstandsbestimmung bildet den Kern des zweiten Kapitels der dialektische Zusammenhang zwischen der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und der Errichtung der sozialistischen ökonomischen Basis, weswegen gerade dieses Kapitel vor dem historischen Hintergrund der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus besonders geeignet war, sich mit dem modernen Revisionismus auseinanderzusetzen und offensiv die Positionen des Marxismus-Leninismus zu verteidigen. In diesem Kapitel wird deutlich, daß der Erfolg des sozialistischen Aufbaus in der DDR in allen seinen Etappen davon abhing, wie es gelang, die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus komplex und in ihrer Gesamtheit durchzusetzen. Bereits zu Beginn des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus kam es darauf an, den Systemcharakter der entstehenden sozialistischen Gesellschaft zum Ausgangspunkt zu nehmen und "die von Marx nachgewiesenen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und Überbau unter den Bedingungen der politischen und ökonomischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu beherrschen und planmäßig zu gestalten."³ Das bedeutete vor allem, politisch richtig an den Aufbau der sozialistischen Ökonomie heranzugehen, sie als ökonomische Grundlage der sozialistischen Staatsmacht zu festigen, und schloß ein, daß der sozialistische Staat besonders seine wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion entwickelte und im Interesse der zentralen Lenkung der ökonomischen Prozesse eine zentrale Stellung in der zu einem System zu entwickelnden Planwirtschaft einnahm.

2 Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969, S. 50.

3 Ulbricht, Walter, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin 1968, S. 31.

Zugleich wird im Buch die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ihrem Wesen nach breiter als bisher als eine Periode grundlegender und tiefgehender politischer, ökonomischer, sozialer und ideologischer Umgestaltungen gefaßt, in der die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Sieg geführt werden, was nicht nur die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel und den genossenschaftlichen Zusammenschluß der einfachen Warenproduzenten, sondern ihre tatsächliche Vergesellschaftung, folglich unter anderem die sozialistische Kultur- und Bildungsrevolution erforderte.

Viertens: Ausgehend von der Bestimmung der historischen Stellung des Sozialismus, der den Kapitalismus ablöst und den Kommunismus vorbereitet, was nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse vom Kapitalismus zum Sozialismus vor allem eine Aufgabe der Entfaltung der inneren Vorzüge und Triebkräfte des Sozialismus ist, besteht die tragende Idee des dritten Kapitels darin, das ökonomische System als System der bewußten Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zum höchsten Nutzen der sozialistischen Gesellschaft zu entwickeln, um die Schöpferkraft des von der Ausbeutung befreiten Volkes zu entfalten und dadurch die Überlegenheit des Sozialismus über das staatsmonopolistische Herrschaftssystem allseitig zu erringen. Dabei handelt es sich vor allem darum, jene sozialökonomischen Vorzüge der sozialistischen Ordnung wirksam zu machen, die sich aus der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sowie aus dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln ergeben und die die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft, die umfassende Anwendung der Wissenschaft sowie das soziale und materielle Interesse der Werktätigen an der ökonomischen Stärkung des sozialistischen Staates einschließen.⁴

Davon werden folgende unabdingbare Axiome für die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus abgeleitet:

- der Ausbau und die Vervollkommnung der ökonomischen Funktion des sozialistischen Staates nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus unter unmittelbarer Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung und unter Wahrung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse;
- die Vervollkommnung der sozialistischen Planwirtschaft als zentrale staatliche Planung in untrennbarer Verbindung mit der Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate auf der Grundlage des staatlichen Planes unter Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen.

Somit durchzieht folgende Linie das gesamte Buch: Es sind nicht die Ökonomie und die wissenschaftlich-technische Revolution "an sich", die zur Stärkung des Sozialismus in der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus führen. Dieses Ziel wird erst erreicht, wenn die gesellschaftliche Gesamtentwicklung von der Arbeiterklasse und ihrer Partei geführt wird. Erst dann entwickeln sich Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in einem übereinstimmenden planmäßigen Prozeß. Damit wird die Problematik der Einheit und Wechselwirkung von Politik, Ökonomie und Ideologie bei der Gestaltung des ökonomischen Systems als Kern des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus berührt. Darüber Klarheit zu gewinnen, muß Aufgabe jedes Wirtschaftshistorikers sein, der sich mit der Geschichte der ausbeutungsfreien Gesellschaft befaßt.

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich vor allem mit dieser Problematik.

4 Vgl. Kalweit, Werner, Die Anwendung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus bei der Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR, Berlin 1970.

Die Aktualität der Ausführungen Lenins über das Verhältnis von Politik und Ökonomie beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung

Der dialektische Zusammenhang von Politik, Ökonomie und Ideologie im Prozeß des sozialistischen Aufbaus wurde von Lenin bereits in der ersten Periode des Sowjetstaates aufgedeckt. In der sogenannten Gewerkschaftsdiskussion faßte ihn Lenin in der Auseinandersetzung mit Bucharin und Trotzki in folgenden Thesen zusammen:

- "Die Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik."⁵
- "Die Politik hat notwendigerweise das Primat über die Ökonomik."⁶
- "Ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und folglich auch ihre Produktionsaufgabe nicht lösen können."⁷
- Die Wirtschaftsfragen sind im Sozialismus Sache der Allgemeinheit. "Das ist für uns die interessanteste Politik"⁸, denn unsere "Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus."⁹

Allein schon in diesen knappen Thesen wird der enge Zusammenhang von Politik und Ökonomie im Sozialismus deutlich, wie ihn Lenin sah. Sie sind zugleich Ausdruck folgender allgemeingültiger Gesetzmäßigkeiten beim sozialistischen Aufbau:

1. Für die gegen den Imperialismus kämpfende Arbeiterklasse ist das Gebiet des politischen Kampfes das Hauptfeld der Tätigkeit, die letztlich zum Sturz der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und zur Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse führt. Der durch die Revolution geborene sozialistische Staat ist Ausdruck der herangereiften Erfordernisse der ökonomischen Entwicklung und die entscheidende Voraussetzung für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.
2. Nachdem die Aufgabe der Eroberung der Macht gelöst ist, wird die Ökonomie zum wesentlichen Teil der Realisierung der wissenschaftlich begründeten Politik der Partei der Arbeiterklasse, denn, so folgerte Lenin: "Die ökonomische Grundlage dieser revolutionären Gewalt, die Gewähr für ihre Lebensfähigkeit und ihren Erfolg besteht darin, daß das Proletariat einen im Vergleich zum Kapitalismus höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit repräsentiert und verwirklicht."¹⁰
3. Das bedeutet nicht, daß es zunächst um das Primat der Politik und dann um das Primat der Ökonomie geht. Es geht vielmehr um die Dialektik von Politik und Ökonomie bzw. Basis und Überbau. Lenin schrieb in "Staat und Revolution": "Das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralisierte Organisation der Macht ..., sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur Leitung der ungeheuren Masse der Bevölkerung ..., um die sozialistische Wirtschaft 'in Gang zu bringen'."¹¹

Sowohl Marx und Engels als auch Lenin gingen davon aus, daß die Diktatur des Proletariats eine zweifache Aufgabe hat. Sie ist notwendig, um der Bourgeoisie die entscheidenden Produktionsmittel zu entreißen und sie in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, das heißt

5 Lenin, W. I., Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 73.

6 Ebenda.

7 Ebenda, S. 74.

8 Ebenda, S. 451.

9 Ebenda, S. 458.

10 Ebenda, Bd. 29, Berlin 1961, S. 408 f.

11 Ebenda, Bd. 25, Berlin 1960, S. 416.

der politischen Macht die ökonomische hinzuzufügen und - gestützt auf die ökonomischen Kommandohöhen - die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege zu führen und die tatsächliche Vergesellschaftung der Arbeit durchzuführen¹², die gleichbedeutend ist mit der zweiten Aufgabe der Diktatur des Proletariats, nämlich die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in den sozialistischen Aufbau einzubeziehen und auf diese Weise die sozialistische Demokratie zu entwickeln und die Werktätigen zu historischem Schöpferum zu führen.

Die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist die entscheidende Seite der sozialistischen Staatsmacht und der sozialistischen Demokratie. Sie ist aber nicht das Ziel selbst. Eine andere, mit dieser aufs engste verknüpfte Seite ist deshalb die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen bei der Herrschaft über Naturprozesse, die Organisation der Menschen im Produktionsprozeß. Sie ergibt sich nicht automatisch aus dem sozialistischen Eigentum und der Macht der Arbeiterklasse über die ökonomischen Kommandohöhen. Vielmehr sind hohe Bewußtheit und Sachkenntnis erforderlich, um ein System der Gesellschaftsführung zu schaffen, das Ausdruck der bewußten Beherrschung der grundlegenden Lebensprozesse der Menschen ist.

Um dies zu ermöglichen, ist eine große Erziehungsarbeit notwendig, die nur unter Führung der Partei der Arbeiterklasse, die über die Wissenschaft von den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung verfügt und Lehrer und Führer aller Werktätigen bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens ohne und gegen die Bourgeoisie ist, erfolgen kann.¹³

Die bisher in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern gesammelten Erfahrungen haben alle den dialektischen Zusammenhang von Politik, Ökonomie und Ideologie im Prozeß des sozialistischen Aufbaus aufgedeckt. Unter den konkreten Bedingungen der Übergangsperiode in der DDR bedeutete das, bei der Festlegung der konkreten Formen, Methoden und des Tempos der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, ausgehend von den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, die Erfordernisse des politischen Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus zu berücksichtigen. Alle Fragen des sozialistischen Aufbaus mußten von ihrer politischen Bedeutung und ihrer Bedeutung für die Schaffung und Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft abgeleitet werden, und der systematischen Hebung des Lebensstandards der Werktätigen mußte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nicht davon zu trennen war die ideologische Arbeit der Partei der Arbeiterklasse und aller gesellschaftlichen Kräfte, um die sozialistische Weltanschauung in die Massen zu tragen, ihre Fragen zu beantworten und stets solche ideologischen Grundfragen offensiv zur Diskussion zu stellen, von deren Begreifen die Lösung der jeweiligen Aufgaben beim sozialistischen Aufbau entscheidend abhing. In diesem Prozeß konnten die sozialistische Staats- und Rechtsordnung weiter ausgebaut und die sozialistische Demokratie entfaltet werden. Der Staat entwickelte sich zur politischen Organisation des Volkes.

In der gegenwärtigen Etappe, in der die meisten sozialistischen Länder in die Periode der Schaffung entwickelter sozialistischer Gesellschaften eingetreten sind und vor der Aufgabe stehen, die entscheidenden Vorzüge des Sozialismus in der Systemauseinandersetzung mit dem Imperialismus und entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution nutzbar zu machen, ist das Verständnis für die Einheit und Wechselwirkung von Politik, Ökonomie und Ideologie unerläßliche Voraussetzung für das richtige Herangehen an die Lösung dieser Aufgabe. Die Loslösung der Politik von der Ökonomie und die Vernachlässigung der ideologischen Arbeit auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus führen unweigerlich zu schweren Folgen für das Wirtschaftswachstum, wie auch die Nichtbeachtung der ökonomischen Aufgaben bzw. die ungenügende Berücksichtigung der neuen Entwicklungsbe-

12 Vgl. ebenda, Bd. 24, Berlin 1959, S. 231.

13 Vgl. ebenda, Bd. 25, a. a. O., S. 416 f.

ingungen in der zweiten Phase des sozialistischen Aufbaus zu schweren Folgen für die Entwicklung der ganzen Gesellschaft führen kann.

Die Notwendigkeit der Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie in der Wirtschaftspolitik der Partei der Arbeiterklasse

Die Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie in der sozialistischen Gesellschaft findet ihren besonderen Ausdruck in der Wirtschaftspolitik der Partei der Arbeiterklasse und des sozialistischen Staates. Diese Politik stützt sich darauf, daß die Mehrheit der Werktätigen an der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert ist. Ausgehend von der politischen Ökonomie des Sozialismus erfaßt sie eine breite Problematik. Sie reicht von der Ausarbeitung der Prognose der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung und der davon abgeleiteten Ausarbeitung eines langfristigen Programms für die wirtschaftliche Entwicklung und für eine zielgerichtete Strukturpolitik entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der sozialistischen ökonomischen Integration über die Perspektiv- und Jahrespläne bis hin zur Ausarbeitung und Anwendung von Regelungen und Instrumentarien, die es gestatten, die Pläne entsprechend den gestellten gesellschaftlichen und politischen Zielen durch die schöpferische Arbeit der Wirtschafts- und Betriebskollektive zu realisieren.

Dabei muß in der Wirtschaftspolitik vor allem berücksichtigt werden, daß zwischen der Wirtschaft und den anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vielfältige, durch menschliche Tätigkeit vermittelte Beziehungen und Wechselwirkungen bestehen. Einerseits gehen von den ökonomischen Verhältnissen, vor allem von den Eigentumsverhältnissen, aber auch vom Niveau der ökonomischen Tätigkeit, ihrer Rationalität und Effektivität, wesentliche Wirkungen auf die sozialen, geistigen und politischen Verhältnisse aus. Leonid Breshnew hat in seinem Referat zum hundertsten Geburtstag Lenins die interessante und zugleich bedeutungsvolle Frage beantwortet, worin heute die komplizierteste und schöpferischste Aufgabe besteht. Er sagte: "Die Erfahrungen aus mehr als 50 Jahren sozialistischer Wirtschaftsführung bestätigen überzeugend, daß die Leitung der Wirtschaft sicher die komplizierteste und schöpferischste Aufgabe aller Aufgaben ist, die es nach der Revolution gibt ... Die Wirtschaft ist ein komplizierter und dynamischer Organismus, dessen Entwicklung selbst immer neue Probleme hervorbringt."¹⁴ Im gleichen Zusammenhang betonte er, daß Lenin die Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft nicht nur als eine Sache der Wirtschaftsleitung ansah, sondern als Werk der Volksmassen¹⁵. Zugleich wissen wir, daß die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel, die günstigsten Bedingungen für diese Tätigkeit und für die Entfaltung der Fähigkeiten der Menschen zu schaffen. "In diesem Sinne ist die Ökonomie Mittel zum Zweck und die Entwicklung allseitig gebildeter Persönlichkeiten in der sozialistischen Menschengemeinschaft das Ziel unseres Wirkens."¹⁶

Andererseits steht die ökonomische Entwicklung stets in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der anderen Teilsysteme, und es kommt darauf an, alle gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Verflechtung harmonisch zu entwickeln. Das planmäßige Wachstum der Wirtschaft im Sozialismus muß immer - und ganz besonders unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution - mit der planmäßigen Entwicklung der gesamten Gesellschaft und jedes Teilsystems verbunden sein.

14 Breshnew, L. I., Die Sache Lenins lebt und siegt, Berlin 1970, S. 32 f.

15 Siehe Lenin, W. I., Werke, Bd. 26, Berlin 1961, S. 283.

16 Ulbricht, Walter, VII. Parteitag der SED, Berlin 1967, S. 86.

Schließlich muß die Wirtschaftspolitik davon getragen sein, daß der Wirtschaftsprozess selbst ein Prozeß menschlicher Aktivität und unter den Bedingungen des Sozialismus ein Prozeß ist, in dem sich die Initiative der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten voll entfalten kann und muß. Das bedingt, daß es um die Vertiefung der bewußten Einstellung zur Arbeit bei allen Werktätigen und um die Befähigung von Millionen zur Gestaltung des neuen Lebens geht. Die marxistisch-leninistische Ideologie wird immer mehr zu einem Wachstumsfaktor im Sinne Lenins: Das Bewußtsein widerspiegelt nicht nur die objektive Welt, sondern schafft sie auch.¹⁷ Natürlich meint Lenin damit keineswegs, daß die Ideen allein irgend etwas schaffen können. Es ist vielmehr der Mensch, der sich in seiner Tätigkeit von Ideen leiten läßt und auf diese Weise die ihn umgebenden objektiven Bedingungen der materiellen Welt verändert. Ohne Kenntnis der Naturgesetze zum Beispiel, die objektiven Charakter tragen, ist eine zweckmäßige und den Bedürfnissen des Menschen entsprechende Veränderung der Natur, wie sie im gesellschaftlichen Produktionsprozeß erfolgt, nicht möglich. Wie hier die menschliche Wissenschaft gegenständliche Gestalt annimmt, muß sie auch bei den produktiven gesellschaftlichen Verhältnissen wirksam werden. Die Verwirklichung sozialistischer Gesellschaftsbeziehungen wiederum kann nur als Vergegenständlichung des im Marxismus-Leninismus eingeschlossenen Wissens über die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und deren Erfordernisse erfolgen. Der Sozialismus kann nur das Ergebnis des von wissenschaftlichen Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge geleiteten Handelns der Werktätigen sein.¹⁸ Das wird vor allem noch verstärkt, da sich der Imperialismus auf eine lange Periode des Kampfes mit dem Sozialismus eingestellt hat und alle Mittel einsetzt, insbesondere die der ideologischen Diversion, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Die Schlußfolgerung - die die SED auch gezogen hat - kann nur darin bestehen, alle Bereiche des gesellschaftlichen Seins, insbesondere den ökonomischen Bereich mit sozialistischem Bewußtsein zu durchdringen. Dabei muß der komplexe Charakter des sozialistischen Bewußtseins erkannt werden. Es entsteht nicht nur im Prozeß der Wissensvermittlung, sondern vor allem in enger Verbindung mit der Arbeit und bei der Betätigung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Eine besondere Rolle spielt dabei die sozialistische Demokratie, die in der sozialistischen Produktion fest verankert ist, was sich besonders im sozialistischen Wettbewerb und in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zeigt.

Die zentrale Idee des ökonomischen Systems des Sozialismus - direkter Ausdruck der Dialektik von Politik, Ökonomie und Ideologie

In der Wirtschaftspolitik der Partei der Arbeiterklasse wird der enge Zusammenhang und die Dialektik von Politik, Ökonomie und Ideologie bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus besonders deutlich. Es zeigt sich zugleich, daß sich die Berücksichtigung dieser Dialektik in der Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus als einem dynamischen System ausdrücken muß. Das führt uns zur Begründung der zentralen Idee des ökonomischen Systems des Sozialismus als direkten Ausdruck der Dialektik von Politik, Ökonomie und Ideologie. In dieser zentralen Idee verbindet sich die einheitliche Planung und Leitung des sozialistischen Staates organisch mit der aktiven und schöpferischen

17 Vgl. Lenin, W. I., Werke, Bd. 38, Berlin-1964, S. 203.

18 Vgl. Probleme der Verwirklichung des wissenschaftlichen Sozialismus in der DDR, in: Wissenschaftliche Beiträge der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED, Sonderheft 1969, S. 151 ff.

Mitarbeit der Werktätigen am sozialistischen Aufbau insbesondere in der Wirtschaft zur allseitigen Stärkung der DDR. Worin drückt sich die Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie aus?

- Die zentrale staatliche Planung und Leitung wahrt die gesellschaftlichen Gesamtinteressen vor allem dadurch, daß sie die gesellschaftlichen Kräfte auf einheitliche Ziele orientiert. Sie ist deshalb die Ausübung und Wahrung der politischen Macht der Arbeiterklasse in ihren entscheidenden Grundlagen auf ökonomischem Gebiet.¹⁹ Sie gewährleistet soziale Sicherheit als elementaren Vorzug des Sozialismus und ist eine entscheidende Bedingung dafür, die Bedürfnisse der Werktätigen stets besser zu befriedigen, egoistische Gruppeninteressen zu unterbinden und dafür sozialistische Beziehungen zu entfalten. Je mehr die wissenschaftlich-technische Revolution fortschreitet und für den Sozialismus genutzt wird, um so notwendiger ist es, Schlüsselfragen der wirtschaftlichen Entwicklung zentral im Rahmen des ganzen Landes, oft sogar für mehrere Länder gemeinsam zu lösen. Das verknüpft die ökonomische Entscheidung aufs engste mit der politischen und zielt darauf ab, die maximale Effektivität der sozialistischen Wirtschaft zu erreichen. Aus der Sicht einzelner Betriebe ist es nicht möglich, die volkswirtschaftlich günstigste Struktur des gesamten Landes zu bestimmen, Wissenschaft und Technik auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte zu konzentrieren und schließlich optimale Proportionen zwischen Zweigen und Bereichen der Volkswirtschaft festzulegen.
- Zugleich vertiefen sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution Arbeitsteilung und Spezialisierung, wachsen die konkreten betrieblichen Aufgaben und die Notwendigkeit der bewußten und langfristigen Gestaltung der sozialistischen Kooperation, ausgehend von den schon in der Produktionsvorbereitung zu fällenden Entscheidungen. Die Entwicklung neuer Erzeugnisse und Verfahren, das Aufspüren neuer effektiver Lösungen für die Produktion, das frühzeitige Erkennen von Absatzchancen usw. - die unmittelbaren ökonomischen Aufgaben - können nur von den Betrieben und Kombinatn selbst erkannt, organisiert und gelöst werden.
- Die zentrale Idee des ökonomischen Systems des Sozialismus ermöglicht, die auf dem sozialistischen Eigentum basierende Interessenidentität sichtbar zu realisieren. Hier verbinden sich aufs engste Politik und Ökonomie mit der Ideologie. Die volle Realisierung des Bewegungsgesetzes des Sozialismus hängt nämlich davon ab, wie es verstanden wird, die Interessenübereinstimmung für jedes Kollektiv und jeden Werktätigen täglich spürbar werden zu lassen. Das ist vornehmlich an die Art und Weise der Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus gebunden. Es hängt aber auch davon ab, wie es verstanden wird, die erfahrene Übereinstimmung als Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge in das individuelle bzw. kollektive Bewußtsein zu heben, woraus neue Handlungsmotive sozialistischen Verhaltens erwachsen. Das ist vornehmlich an die Kraft der marxistisch-leninistischen Ideologie gebunden.

Schließlich hängt die ständig neue Realisierung der Interessenidentität auch davon ab, wie mit Hilfe ökonomischer Parameter und der ideologischen Arbeit individuelle Interessen in Richtung auf die gesellschaftlichen Erfordernisse gesteuert werden und umgekehrt, die gesellschaftlichen Seiten der individuellen Interessen bewußt gemacht werden. Daran wird deutlich: "Die sozialistische Ökonomik und die ideologische Entwicklung des neuen Menschen in der sozialistischen Gemeinschaft bilden in ihrer Wechselwirkung eine untrennbare Einheit."²⁰

¹⁹ Vgl. Ulbricht, Walter, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, a. a. O., S. 10.

²⁰ Ebenda, S. 32.

Hiermit stoßen wir zugleich auf den Angelpunkt der Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus als Kern des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, nämlich auf die Voraussetzungen für die volle Entfaltung der neuen Triebkraft im Sozialismus zu schaffen, die aus der objektiven Interessenidentität erwachsende schöpferische Aktivität der Werktätigen in der Produktion wie im gesamten gesellschaftlichen Leben zu entfalten. Es ist zugleich die komplizierteste und vielschichtigste Aufgabe. Sie zu lösen, ist jedoch unerlässlich, weil - wie wir weiter vorn dargelegt haben - der subjektive Faktor im Sinne der Rolle von Partei und Staat, Klasse und Volksmassen im Wirtschaftsleben wie überall ständig wächst. Hier liegt noch ein weites Forschungsfeld für die Gesellschaftswissenschaftler aller Disziplinen, das für die künftige Gestaltung des sozialistischen Systems von großer Bedeutung ist, zu dem auch die Historiker Wesentliches beitragen können und das noch wenig Beachtung findet.

Es ist letztlich der Kampf um die Herzen und Hirne der Menschen, der durch die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und den Kampf gegen bürgerliche und revisionistische Theorien auf die Tagesordnung gesetzt wird, wie es Kurt Hager auf dem Philosophenkongreß 1970 deutlich gemacht hat.²¹ Er wird in der Politik, in der Ökonomie und der Ideologie ausgetragen. Die Ergebnisse hängen aber vor allem von der weiteren Vervollkommnung der Gestaltung des Wechselverhältnisses von Politik, Ökonomie und Ideologie ab.

Schon eine Analyse der in den letzten zwei Jahren erschienenen Literatur würde deutlich machen, wie wenig bisher von den Gesellschaftswissenschaftlern für die Lösung dieser Problematik getan wurde, selbst wenn diese Analyse lediglich folgende, uns als Wirtschaftshistoriker besonders interessierende Fragestellungen zum Ausgangspunkt hätte:

- Stehen diejenigen Glieder bzw. Systemregelungen im ökonomischen System des Sozialismus und ihre Gestaltung im Vordergrund des Interesses der Forschung, die durch die Herstellung der Interessenübereinstimmung die Bewußtheit der Werktätigen stimulieren und zugleich die Effektivität der Wirtschaftstätigkeit erhöhen? Knüpft daran die ideologische Arbeit in ihrer Argumentation an?
- Wie werden diejenigen das ökonomische System und die sozialistische Ideologie verbindenden Glieder behandelt, die sowohl bewußtseinsbildend als auch effektivitätssteigernd wirken?
- Welche Widersprüche werden sichtbar? Welche Konflikte ergeben sich zum Beispiel aus bestimmten Systemregelungen in bezug auf das Verhältnis von materieller Stimulierung und moralischer Anerkennung?
- Wie werden die Ansatzpunkte für die Bewußtseinsbildung von der Ökonomie her - die Erzielung der Interessenübereinstimmung - behandelt? Wie wird die Rolle der Partei der Arbeiterklasse in diesem Prozeß dargestellt?
- Wird die dialektische Einheit von Ökonomie und Ideologie, von ökonomischer, ideologischer Arbeit und demokratischer Mitgestaltung in der Literatur genügend herausgestellt?
- Wie spiegelt sich in der Literatur die Führungstätigkeit von Partei und Staatsorganen zur Vervollkommnung des Verhältnisses von Ökonomie und Ideologie wider?

Die Fülle der Probleme, die damit aufgeworfen ist, soll ein Beispiel zeigen.

²¹ Vgl. Hager, Kurt, Marxistisch-leninistische Philosophie und ideologischer Kampf, Berlin 1970.

Wenn wir uns die Frage stellen, welche Impulse vom ökonomischen System des Sozialismus selbst für die Bewußtseinsbildung der Werktätigen ausgehen, werfen wir damit die Frage auf, woran die Interessenübereinstimmung von Gesellschaft, Betriebskollektiv und einzel- nem Werktätigen besonders deutlich wird. Die Antworten müssen sehr vielfältig sein.

Für das Betriebskollektiv stehen etwa folgende Momente im Vordergrund:

- der staatliche Plan, mittels dessen für die gesellschaftliche Gesamtentwicklung notwen- dige Entscheidungen für den Betrieb getroffen werden und der zugleich Plan für die Ge- staltung des betrieblichen Reproduktionsprozesses ist;
- die Erwirtschaftung eines hohen und stabilen Betriebsergebnisses sichert sowohl ständig einen hohen Beitrag zum Nationaleinkommen als auch wachsende Möglichkeiten der Be- dürfnisbefriedigung;
- im Hinblick auf die Organisierung der Interessenübereinstimmung sind besonders solche Regelungen wichtig, die die Fondsrentabilität, Arbeitsproduktivität und Leistungssteige- rung stimulieren und den Automatisierungsgrad und die Qualifizierungsbestrebungen för- dern.

Wie sieht es für den einzelnen Werktätigen aus?

Hier wirken in die interessierende Richtung besonders

- die für die Leistung der Gruppe und des einzelnen im Plan bzw. Wettbewerbsprogramm festgelegten Ziele und Stimuli;
- die Durchsetzung des Leistungsprinzips über den Lohn;
- die Prämie als materielle Anerkennung der Mehrarbeit entsprechend den gesellschaftli- chen Erfordernissen;
- die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Greifen wir daraus nur ein Problem heraus: Auswirkungen der Systemregelungen unter ge- samtbetrieblichem Aspekt für die Entwicklung des sozialistischen Eigentümerbewußtseins, um die Wechselwirkung, aber auch Widersprüchlichkeit von Politik, Ökonomie und Ideolo- gie im ökonomischen System des Sozialismus zu verdeutlichen.

Die Identität von Produzent und Eigentümer im gesamtgesellschaftlichen Maßstab bewirkt, daß die Aneignung der Produktionsmittel und Produkte durch das Betriebskollektiv auf der Grundlage der gesamtgesellschaftlichen Aneignung erfolgt. Aus dem seinem Wesen nach un- teilbaren Volkseigentum und der Stellung des Betriebskollektivs als Verwalter und Mehrer des Volkseigentums ergibt sich seine Verantwortung gegenüber den Bedürfnissen der Gesell- schaft und ihrer Befriedigung. In der auf hohe ökonomische Effektivität gerichteten Wirt- schaftstätigkeit des Betriebes in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der zentralen staatlichen Planung wird das sozialistische Eigentum realisiert, das heißt die gesellschaft- liche Aneignung vollzogen, die mit den kollektiven und persönlichen Interessen engstens ver- bunden ist. In den Betrieben entwickeln sich folglich wichtige neue soziale Beziehungen der Werktätigen, gestaltet sich ihr Verhältnis zum sozialistischen Eigentum konkret:

Es wird in dem Maße ein den sozialistischen Bedingungen entsprechendes Verhältnis, wie die Interessenübereinstimmung zwischen Gesellschaft, Betrieb und dem einzelnen reali- siert wird und sich ein sozialistisches Eigentümerbewußtsein herausbildet, darauf gerich- tet, "Produkte mit wissenschaftlich-technischem Höchniveau herzustellen, und zwar zu niedrigen Selbstkosten, so daß ein hohes Betriebsergebnis und ein hoher Beitrag zum Na- tionaleinkommen erreicht werden".²²

²² Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, a. a. O., S. 230.

Allerdings ist das keineswegs ein widerspruchsfreier Prozeß. Widersprüche ergeben sich schon daraus, daß unter den Bedingungen der sozialistischen Warenproduktion der Zusammenhang der Betriebe untereinander und zum gesellschaftlichen Gesamtprozeß einerseits durch den Perspektivplan, andererseits durch Geldbeziehungen hergestellt wird. Die Betriebe arbeiten nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung, wodurch - wie Lenin bereits herausarbeitete - nicht automatisch gesellschaftliche Interessen erzeugt werden.²³ Deshalb kommt den staatlichen Systemregelungen für die Herausbildung des sozialistischen Eigentümerbewußtseins eine große Bedeutung zu. Sie müssen vor allem den optimalen Beitrag des Betriebskollektivs zum Zuwachs an real verfügbarem physischen Nationaleinkommen stimulieren und den Grundsatz realisieren, was der Gesellschaft nutzt, muß auch für das Kollektiv und den einzelnen von Vorteil sein.

Als solche Regelungen kristallisieren sich im Hinblick auf den Betrieb immer mehr folgende heraus:

die einheitliche Produktionsfondsabgabe

die Nettogewinnabführungsnormative

die Amortisationsfondsnormative

die Lohnzuwachsnormative

die Prämienfondszuführungsnormative.

Bei der weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Wirtschaftsführung muß davon ausgegangen werden, daß die ökonomischen Potenzen der Gesellschaft um so zielgerichteter nutzbar werden, je besser die Einheit von Plan und materieller Interessiertheit zum Ausdruck kommt. Es muß erkannt werden, daß die unmittelbare Beziehung der staatlichen Normative zu den Werkträgern unterschiedlich ist und daß diese Normative in unterschiedlichem Grad auf die Bewußtseinsbildung einwirken.

So ist durch Lohnzuwachsnormative und Prämienfondszuführungsnormative der Zusammenhang zwischen Leistung und materieller Anerkennung sofort überschaubar, und der Grad der Nützlichkeits für die Gesellschaft schlägt sich unmittelbar im Lohnfonds und im individuellen Einkommen nieder. Es besteht also eine direkte Beziehung zwischen gesellschaftlichen Interessen und ihrer Umsetzung in die unmittelbare materielle Wirksamkeit für das Kollektiv. So wirken aber nicht alle Normative. Die Produktionsfondsabgabe zum Beispiel hat zwar eine aktive Wirkung im Hinblick auf Sparsamkeit mit vergegenständlichter Arbeit, berührt aber als Bruttogewinnvorabführung den einzelnen Werkträgern nicht unmittelbar. Sehr umstritten ist ihre stimulierende Rolle für die Automatisierung, was man bei der Lohnzuwachsnormativregelung nicht sagen kann. Diese wenigen Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, daß die Ideologie in wachsendem Maße zu einem Wachstumsfaktor wird. Die Bedeutung dieses Prozesses setzt auch Maßstäbe für die Führungstätigkeit zur Vervollkommnung des Wechselverhältnisses von Ökonomie und Ideologie. Das zeigt sich besonders, wenn wir anerkennen, daß die komplexen Programme für volkswirtschaftlich bedeutende Endprodukte primär realisiert werden müssen, was sich in den Normativregelungen zum Teil in unterschiedlichen Normativen entsprechend der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Betriebe äußern wird. Von großer Bedeutung dürfte daher sein, die Notwendigkeit der planmäßigen Strukturpolitik insgesamt - auch in den nicht strukturbestimmenden Betrieben - zu einem Schwerpunkt in der ideologischen Arbeit zu machen, weil dieser Planungsgrundsatz direkt im Aneignungsprozeß spürbar wird und so gesehen positive, aber auch negative Auswirkungen auf das sozialistische Eigentümerbewußtsein hat.

²³ Siehe Lenin, W. I., Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 170 f.

Insgesamt dürfte gerade an diesem Beispiel deutlich geworden sein, daß es im Zusammenhang mit der Realisierung des Bewegungsgesetzes des Sozialismus nicht schlechthin um mehr ideologische Arbeit geht, sondern um eine wissenschaftlich fundierte politisch-ideologische Arbeit, um eine den Erfordernissen des ökonomischen Systems des Sozialismus entsprechende qualitativ neue Stufe.

Solange es beispielsweise mehr um eine extensive Entwicklung der Volkswirtschaft ging, überwog die Seite der auf den Augenblick, auf das Verstehen der gegenwärtigen Situation gerichteten Propaganda in den Betrieben, wenn auch die SED die Zukunft schon immer in ihrer Strategie festgelegt hatte. Auch der Wettbewerb orientierte mehr auf Tagesleistungen. Solche Losungen wie "So wie wir heute arbeiten, so werden wir morgen leben" oder "In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr leisten" waren bei guter politischer Aufklärung durch die SED und die Gewerkschaften, verbunden mit den Erfahrungen, die sich aus der sozialistischen Betriebspraxis ergaben, relativ leicht zu begreifen. Jeder konnte noch wesentlich durch seine eigenen Erfahrungen die Bedeutung seiner Arbeit für das Gesamtprodukt und die Aufgaben seines Betriebes überschauen.

Die Wandlungen, die sich nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in unserer Gesellschaft vollzogen haben, widerspiegeln sich zum Beispiel im sozialistischen Wettbewerb. So war und ist der von Leuna ausgegangene Leninwettbewerb auf den gesamten Reproduktionsprozeß gerichtet, integriert Forschung und Entwicklung, die wissenschaftliche Leitungstätigkeit, einschließlich der Prognosearbeit, und verlangt von den Werktätigen, jeden Arbeitsplatz als Teil der komplexen Gestaltung der chemischen Industrie zu sehen. Das bedeutet nicht nur für die Leitungskräfte tieferes Verstehen der Bewegungsgesetze der Gesellschaft, sondern erfordert von allen Werktätigen zur weiteren Prägung ihres Bewußtseins ein höheres Niveau der Ideologie selbst, eine tiefere weltanschauliche Durchdringung. Es gilt, unter mannigfaltigen Erscheinungen das Wesen der Gesetze, ihr wechselseitiges Aufeinanderwirken zu erkennen. Die Anpassung an oft völlig neue Situationen erheischt neue, schöpferische Potenzen, Verantwortung, Entscheidungsfreudigkeit, Mut auf Grund umfangreicher ökonomischer und politischer Erkenntnisse nicht nur für einen Teil der Werktätigen, sondern mehr und mehr für alle.

Auch darin drückt sich das enge Wechselverhältnis von Politik, Ökonomie und Ideologie bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus aus.

Schlußfolgerungen für die Wirtschaftsgeschichte

Wir glauben, daß allein aus den bisherigen Ausführungen deutlich wurde, daß der Wirtschaftshistoriker, wenn er tief in die Problematik der Dialektik von Politik, Ökonomie und Ideologie eindringt, mit seinen Arbeiten nicht nur die ideologische, sondern ebenso die praktische und theoretische Arbeit der Partei wesentlich unterstützen kann. All die zur weiteren Vervollkommnung des Wechselverhältnisses von Politik, Ökonomie und Ideologie notwendigen Untersuchungen müssen nicht nur den Systemcharakter der Entwicklung, sondern ebenso den Prozeßcharakter berücksichtigen. Das schließt die historische Analyse ein. Die Wirtschaftsgeschichte und insbesondere die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus kann diesen neuen Anforderungen aber nur gerecht werden, wenn folgende prognostisch notwendige Entwicklungslinien Berücksichtigung finden:

Erstens: Die Wirtschaftsgeschichte muß sich in wachsendem Maße im Ensemble der Gesellschaftswissenschaften entwickeln, in engster Zusammenarbeit mit der politischen Ökonomie und der politischen Geschichte, aber auch mit den anderen ökonomischen Disziplinen im Sinne einer gegenseitigen Befruchtung.

Zweitens: In diesem Integrationsprozeß muß die wirtschaftshistorische Analyse als erste Phase eines Forschungszyklusses aufgefaßt werden, der, von der Aktualität und Bedeutung eines ökonomischen Problems ausgehend, sowohl die Erfordernisse der künftigen Entwicklung, die Umstände, Probleme, Lösungsversuche und Wege im zurückgelegten Geschichtsverlauf, wie auch die Umstände berücksichtigen muß, die zu seiner Aktualität führten. Das erfordert zugleich, daß die Wirtschaftsgeschichte durch die wissenschaftliche Analyse historischer Prozesse weniger diese oder jene neue Systemregelung erarbeiten muß, sondern daß sie vor allem zur Klärung der mit einem Problem der künftigen Wirtschaftspraxis verbundenen theoretischen Fragestellung beitragen muß. Das erfordert wiederum, daß der Wirtschaftshistoriker nicht nur die Vergangenheit kennt, sondern tief in den Problemen der gegenwärtigen und künftigen Wirtschaftspraxis steht.

Drittens: Die Wirtschaftsgeschichte darf sich nicht auf das Beschreiben getroffener Maßnahmen beschränken, sondern muß die Analyse ökonomischer Entwicklungsprozesse verstärken. Die in der Vergangenheit erfolgte bewußte Gestaltung der Wirtschaft muß als planmäßiger Prozeß unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsprognose und dank der Initiative der Werktätigen untersucht werden. Dabei muß der jeweils erreichte Grad der Beherrschung der ökonomischen Gesetze in Theorie und Praxis sowie der Grad der Annäherung der Realität an die Voraussicht sichtbar werden.

Viertens: Die Wirtschaftsgeschichte darf nicht bei der Darstellung der Funktionsweise des ökonomischen Systems des Sozialismus und der erreichten Ergebnisse stehenbleiben, sondern muß die erfolgten Auswirkungen auf die Bewußtseinsbildung der Menschen untersuchen, um daraus Schlußfolgerungen für die künftige Gestaltung des Wirtschaftsprozesses und seiner Leitung ziehen zu können.

ZUR IMPERIALISMUSTHEORIE W. I. LENINS UND ZUR ENTWICKLUNG STAATSMONOPOLISTISCHER ZÜGE DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS BIS 1914

von Helga Nussbaum

1. Einleitung
2. Marx, Engels und Lenin über den Zusammenhang zwischen Produktivkraftentwicklung, Konzentration, Monopol und staatsmonopolistischem Kapitalismus
3. Die Genesis staatsmonopolistischer Formen im Deutschen Reich bis 1914
 - 3.1. Formen der Beziehungen zwischen Staat und Ökonomik im imperialistischen Deutschland vor Ausbruch des ersten Weltkrieges
 - 3.2. Bedingungen und Triebkräfte der staatsmonopolistischen Entwicklung in Deutschland bis 1914
 - 3.2.1. Wirtschaftswachstum und Produktivkraftentwicklung
 - 3.2.2. Wechselwirkung von Ursachen und Folgen
 - 3.2.3. Monopolisierung
 - 3.2.4. Sozialstruktur, Klassenkämpfe
 - 3.2.5. Entwicklung des Staatsapparates und seiner Beziehungen zur Ökonomik
 - 3.3. Zusammenfassung

1. Einleitung

In den letzten Jahren sind in der Deutschen Demokratischen Republik zahlreiche Arbeiten erschienen, in denen Ökonomen, Wirtschaftshistoriker, Historiker, Philosophen und andere die Entwicklung staatsmonopolistischer Formen des Imperialismus insbesondere in Deutschland bzw. Westdeutschland untersuchten. Angesichts der besonderen Bedeutung dieser Problematik in der Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf deutschem Boden hatte die Partei der Arbeiterklasse die Gesellschaftswissenschaftler frühzeitig auf die Erforschung des staatsmonopolistischen Kapitalismus orientiert. Im Programm der SED, das auf dem 6. Parteitag im Januar 1963 angenommen wurde, sind im Abschnitt "Die Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und des Niedergangs des deutschen Imperialismus" Wesenszüge des staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisiert. In Übereinstimmung mit Lenin wird der staatsmonopolistische Kapitalismus hier als ein Hauptkennzeichen oder Hauptzug der imperialistischen Epoche bezeichnet: "Der Imperialismus ist untrennbar mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verbunden. In ihm vollzieht sich die Verschmel-

zung der Macht der Monopole mit der Staatsmacht, die der Sicherung hoher Profite für die Monopole, der Rettung der kapitalistischen Ordnung und der Vorbereitung von verbrecherischen Kriegen dient."¹

Die Ergebnisse der bisherigen umfangreichen Forschungen sind bereits integrierender Bestandteil der gesamten wissenschaftlich-ideologischen Arbeit geworden. Die Komplexität des Forschungsgegenstandes jedoch, die Tatsache, daß es sich bei der staatsmonopolistischen Entwicklung um einen Prozeß handelt, der noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern sich noch ständig ausweitet, haben zur Folge, daß sich bei der Bewertung einzelner Züge und Phänomene Meinungsverschiedenheiten ergeben.

So findet zum Beispiel der "historische Platz" des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Literatur keine einheitliche Interpretation. Die Autoren des Buches "Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" bezeichnen den staatsmonopolistischen Kapitalismus als kapitalistische Antwort auf die Widersprüche "unserer Zeit", das heißt der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems: "In den kapitalistischen Ländern unterliegen die Produktivkräfte gerade gegenwärtig einer technischen Revolution, und Konzentration und Zentralisation machen gewaltige Fortschritte. Auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse verlangen diese Prozesse eine - wenn auch sich auf widerspruchsvoller Basis vollziehende - Lösung der Konflikte auf der Seite der Produktionsverhältnisse, eine - wenn auch kapitalistische - Antwort auf die Widersprüche, vor die sich die kapitalistische Welt gestellt sieht. Diese Antwort auf die grundlegenden Widersprüche unserer Zeit ist der staatsmonopolistische Kapitalismus. Er ist das gesetzmäßige Produkt der Entwicklung der Widersprüche des kapitalistischen Systems. Die jeweilige historische Gestalt des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist das Resultat der Verhältnisse, die sich in der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems herausgebildet haben."² (Meine Hervorhebung - H. N.) Im "Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie" wird der staatsmonopolistische Kapitalismus von Schirrmeister als "imperialistischer Kapitalismus in der Epoche der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems" definiert.³ (Meine Hervorhebung - H. N.) Wenn auch die zitierten Vertreter beider Auffassungen darauf hinweisen, daß sich "staatsmonopolistische Tendenzen"⁴ oder "Bedingungen für die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus"⁵ zugleich mit dem Imperialismus entwickelten, so setzen sie doch die entscheidenden Qualitätssprünge dieser Entwicklung zu unterschiedlichen Zeiten an.

1 Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, hg. u. eingel. v. Lothar Berthold u. Ernst Diehl, 3. Aufl. Berlin 1967, S. 215 f.

2 Gündel, Rudi/Heininger, Horst [u. a.], Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 8 f. = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 22.

3 Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin 1969, S. 448. - Verfasser des Stichworts "Staatsmonopolistischer Kapitalismus" laut Stichwortliste: Caspar Schirrmeister.

4 Ebenda.

5 Zieschang, Kurt, Zum staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus, in: Wirkungsmechanismus des ökonomischen Wachstums. Theoretische Probleme des ökonomischen Wachstums im Sozialismus und Kapitalismus, Bd. 2, Berlin 1968, S. 203 = Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 29.

Eine dritte Version findet sich zum Beispiel bei Pevzner: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus - das ist der Kapitalismus in dem Stadium der Entwicklung, wenn nicht nur die freie Konkurrenz in das Monopol hinüberwächst, sondern wenn zugleich damit der Reproduktionsprozeß ohne breite Einwirkung des Staates unmöglich geworden ist."⁶ Pevzner verknüpft die Notwendigkeit staatsmonopolistischer Formen stärker als die anderen zitierten Autoren mit dem Monopol schlechthin: "Die Grundursachen für die Entstehung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sieht Lenin in den gleichen Gesetzmäßigkeiten, die den Übergang des Kapitalismus aus dem Stadium der freien Konkurrenz in das Stadium des Imperialismus bedingten, - in der Konzentration der Produktion und der Zentralisation des Kapitals, darin, daß die Monopole die entscheidende Rolle in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens erlangen."⁷

Die Unterschiedlichkeit der Ansichten ist eigentlich nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, wie ungleichmäßig sich der Prozeß der "Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus" vollzog und vollzieht - ungleichmäßig sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch im internationalen Maßstab. Gibt es schon einen exakten Bewertungsmaßstab für den Umfang, die Intensität und die Auswirkungen dieses Vereinigungsprozesses in den jeweiligen Perioden oder Ländern? Ein bürgerlicher Autor, der sich mit einem Teilaspekt dieser Frage, der Einwirkung des Staates auf die Wirtschaft, befaßte, kam zu folgendem Schluß: "Es ist unmöglich, einen Maßstab zu finden, der den Gesamteffekt aller Mittel, die die Regierungen zur Formung der ökonomischen Aktivität benutzen, adäquat ausdrückt. Ein sehr gebräuchlicher Maßstab, auf den wir noch eingehen werden, ist der Anteil am Nationaleinkommen, der von der Regierung ausgegeben wird. Dieser Anteil ist in diesem Jahrhundert rasch gewachsen, aber es ist sehr unbefriedigend, damit die Rolle auszudrücken, die die Regierung bei der Abgrenzung der Bedingungen für die Teilnahme der privaten Firmen und Individuen am Wirtschaftsprozeß spielt. Dies kann nicht einfach rechnerisch zusammengefaßt werden ... Wenn man die Ereignisse des 20. Jahrhunderts betrachtet, ist es begründet, zu schließen, daß sich die Rolle des Staates in wirtschaftlichen Angelegenheiten erweitert hat, aber es ist kaum sinnvoll, zu fragen, um wieviel, und es ist nicht immer leicht, einzuschätzen, ob der Staat in einem Land mehr oder weniger Einfluß hat als in einem anderen."⁸ Den Standpunkt dieses Autors wird man in seiner Absolutheit nicht teilen können. Natürlich wird sich weder für den von ihm behandelten Teilaspekt noch für den Gesamtprozeß der Verschmelzung von Monopolmacht und Staatsmacht ein einfacher quantitativer Maßstab, eine statistisch erfassbare Kennziffer finden lassen. Aber mit Hilfe bestimmter Gruppen von Kriterien müssen Qualitätsumschläge feststellbar sein. Einzuräumen ist allerdings, daß es außerordentlich schwierig ist, solche Kriterien zu entwickeln. Voraussetzung dafür ist zunächst eine vergleichende Untersuchung verschiedener historischer Perioden, und zwar eine tiefe, detaillierte Untersuchung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, und schließlich eine ebensolche vergleichende Untersuchung verschiedener Länder. Wie schwierig es ganz allgemein ist, Qualitätsumschläge im historischen Prozeß festzustellen, beweisen nicht zuletzt die immer wieder neu einsetzenden Periodisierungsdiskussionen. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn einige der Begründungen, die verschiedene Au-

6 Pevzner, Ja., Učenie V. I. Lenina o gosudarstvenno-monopolističeskom kapitalizme (Die Lehre W. I. Lenins vom staatsmonopolistischen Kapitalismus), in: Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija, Nr. 4/1970, S. 48.

7 Ebenda, S. 46.

8 Harrison, Anthony, The Framework of Economic Activity. The International Economy and the Rise of the State in the Twentieth Century, London/Melbourne/Toronto/New York 1967, S. 4 f.

toren zum Beispiel dafür geben, daß der entscheidende Qualitätsumschlag in der staatsmonopolistischen Entwicklung erst mit der zweiten und dritten Etappe der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems eingetreten sei, etwas pauschal anmuten und für den Historiker einige Fragen offenlassen.

Ein Autorenkollektiv des Deutschen Wirtschaftsinstituts schreibt zum Beispiel: "So findet mit der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution offensichtlich auf einer höheren Stufe ein Zusammenwachsen der ökonomischen, sozialen und politischen Problematik der imperialistischen Gesellschaft statt. Alle Probleme treten in diesem Sinne komplex auf."⁹ Diese Aussage wird niemand bestreiten wollen. Wie wird nun aber begründet oder bewiesen, daß es sich hier um eine höhere Stufe handelt? "So haben z. B. alle ökonomischen Entwicklungen komplexe gesellschaftliche Auswirkungen und sind ihrer Natur nach Gesellschaftskonflikte, die direkt die Grundproblematik des kapitalistischen Gesellschaftssystems und seine notwendige Überwindung betreffen."¹⁰ (Meine Hervorhebung - H. N.) Für den Historiker ist diese Begründung nichtssagend und stellt kein exaktes Kriterium dar. Gibt es denn eine Gesellschaftsordnung, in der "ökonomische Entwicklungen" keine "komplexen gesellschaftlichen Auswirkungen" haben? Zieschang formuliert als qualitativ neues Merkmal der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg: "Es kommt zu einem engen Verschmelzen der ökonomischen, politischen und sozialen Problematik der Gesellschaft, wodurch der Kampf gegen das Gesamtsystem des Kapitalismus unmittelbarer wird und weitere Kreise umfaßt."¹¹ (Meine Hervorhebung - H. N.) Aber war denn nicht beispielsweise in den Zeiten der revolutionären Nachkriegskrise 1919 bis 1923 oder der Weltwirtschaftskrise ebenfalls die "ökonomische, politische und soziale Problematik der Gesellschaft" aufs engste miteinander verschmolzen? Sind so pauschale Feststellungen wie die zitierten geeignet, Kriterien für neue historische Qualitäten zu setzen?

Das Neue läßt sich natürlich nur bei exakten Vergleichen mit dem Alten finden. Die Frage nach dem "historischen Platz" des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist deshalb eng verknüpft mit dem Problem seiner Genesis. Zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus müssen noch tiefergehende und detailliertere Forschungen betrieben werden, als bisher vorliegen. Im dritten Abschnitt dieses Artikels sollen, aufbauend auf dem jetzigen Forschungsstand, einige Überlegungen zum Problem der Genesis staatsmonopolistischer Formen im Deutschen Reich bis 1914 angestellt werden.

Zuvor aber soll die Genesis des Begriffs bei den Klassikern des Marxismus-Leninismus noch einmal kurz dargestellt werden.

2. Marx, Engels und Lenin über den Zusammenhang zwischen Produktivkraftentwicklung, Konzentration, Monopol und staatsmonopolistischem Kapitalismus

Der Begriff staatsmonopolistischer Kapitalismus ist bekanntlich von Lenin im Jahre 1917 geprägt worden. Doch auch schon vor 1917 beschäftigte sich Lenin mit den Erscheinungen, die diesem Begriff zugrunde liegen. Er beschrieb und analysierte wesentliche von ihnen in

9 Ökonomische Entwicklungstendenzen und Klassenwidersprüche Westdeutschlands im Übergang zu den siebziger Jahren (Thesen), in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 8/1969, S. 1125.

10 Ebenda.

11 Zieschang, Kurt, a. a. O., S. 205.

seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" und entwickelte den theoretischen Ansatz von Marx und Engels über den Zusammenhang zwischen Produktivkraftentwicklung, Kapitalkonzentration und "Staatseinmischung" weiter.

Bereits im dritten Band des "Kapitals" von Marx finden sich wichtige Bemerkungen über diesen Zusammenhang:

"Bildung von Aktiengesellschaften. Hierdurch: 1. Ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. Solche Unternehmungen zugleich, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche. 2. Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst."¹² Im weiteren Kontext ist der gleiche Gedanke noch einmal anders formuliert: "Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie [offensichtlich] als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus."¹³ (Meine Hervorhebung - H. N.)

Marx sieht und formuliert hier den Zusammenhang zwischen Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion, direkt gesellschaftlichen Produktions- und Kapitalsformen, Monopol und Staatseinmischung als notwendigen, allgemeinen, wiederholbaren, das heißt gesetzmäßigen Zusammenhang. Seine Formulierung enthält zugleich dadurch eine Prognose, denn in den Jahren vor 1883 waren Monopole als Erscheinungen des von Marx genannten Widerspruchs überall erst in Ansätzen vorhanden. Schon Anfang der neunziger Jahre aber konnte Engels in einer Zusatzbemerkung zu den hier zitierten Textstellen die Richtigkeit der Prognose hinsichtlich der Monopole bestätigen: "Seit Marx obiges schrieb, haben sich bekanntlich neue Formen des Industriebetriebs entwickelt, die die zweite und dritte Potenz der Aktiengesellschaften darstellen ...", das heißt die Kartelle und Trusts, die in einzelnen Zweigen bereits "die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt und der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet" haben.¹⁴

Für uns bleibt wichtig, festzuhalten - im Hinblick auf Späteres -, daß Marx zwar eine gesetzmäßige Entwicklungslinie in der Ausdehnung des gesellschaftlichen Charakters der kapitalistischen Produktion sieht, die über Aktiengesellschaften zum Monopol und zur Staatseinmischung führt, daß er zwar feststellt, daß hier faktisch "eine Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise selbst" vor sich geht, daß er aber bei diesen Feststellungen zunächst das Kapital als "Produktionsfaktor" im Auge hatte, besser gesagt, die Produktionsweise des Kapitals. In bezug auf die Veränderungen in der Aneignung und der Verfügungsmacht schrieb er nämlich folgendes: Aktienwesen und Kredit bieten "dem einzelnen Kapitalisten, oder dem, der für einen Kapitalisten gilt, eine innerhalb gewisser Schranken absolute Verfügung über fremdes Kapital und fremdes Eigentum, und dadurch über fremde Arbeit. Verfügung über gesellschaftliches, nicht eignes Kapital gibt ihm Verfügung über ge-

12 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S.452.

13 Ebenda, S. 454.

14 Ebenda, S. 453 f.

sellschaftliche Arbeit."¹⁵ Und nach einem Hinweis darauf, daß die Expropriation aller einzelnen von den Produktionsmitteln, die wegen ihres zunehmend gesellschaftlichen Charakters nur noch gesellschaftliches Eigentum sein können, Ziel der kapitalistischen Produktionsweise ist, fährt er fort: "Diese Expropriation stellt sich aber innerhalb des kapitalistischen Systems selbst in gegensätzlicher Gestalt dar, als Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige (...). In dem Aktienwesen existiert schon Gegensatz gegen die alte Form, worin gesellschaftliches Produktionsmittel als individuelles Eigentum erscheint; aber die Verwandlung in die Form der Aktie bleibt selbst noch befangen in den kapitalistischen Schranken; statt daher den Gegensatz zwischen dem Charakter des Reichtums als gesellschaftlichen und als Privatvermögen zu überwinden, bildet sie ihn nur in neuer Gestalt aus."¹⁶ (Meine Hervorhebung - H. N.) Marx stellt also mit aller Deutlichkeit heraus, daß alle Fortschritte in bezug auf den gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der Kapitalorganisation, auch wenn sie so weit gehen, daß man von einer "Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst" sprechen kann, die dem kapitalistischen System immanenten Widersprüche nicht abschwächen, sondern zuspitzen.

Ähnliche Feststellungen traf Engels etwa zur gleichen Zeit, nämlich im III. Abschnitt des Antidühring, den er Anfang 1878 schrieb. Hier konstatiert er, mehr zugespitzt als Marx, wohl weil hauptsächlich im Hinblick auf deutsche Verhältnisse geschrieben, daß die Konsequenz der Vergesellschaftungstendenzen im Kapitalismus das "Staatseigentum an den Produktivkräften" sei. Anfang der neunziger Jahre fügte er in die betreffenden Ausführungen noch Hinweise auf die Trusts (hier in eckigen Klammern) ein: "[So oder so, mit oder ohne Trusts], muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, ihre Leitung übernehmen ... Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften [und Trusts], noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften [und Trusts] liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung. Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel."¹⁷ Und in einer abschließenden, 1891 hinzugefügten Zusammenfassung des geschilderten Entwicklungsganges lesen wir: "Aneignung der großen Produktions- und Verkehrsorganismen zuerst durch Aktiengesellschaften, später durch Trusts, sodann durch den Staat."¹⁸

15 Ebenda, S. 454 f.

16 Ebenda, S. 456.

17 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft ("Anti-Dühring"), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 259 f., 617.

18 Ebenda, S. 620.

In dieser ebenfalls wieder weitgehend prognostischen Einschätzung kam es Engels besonders darauf an, diejenigen Tendenzen herauszuheben, die sich objektiv aus der Entwicklung der Produktivkräfte ergeben und die auf eine Wandlung des "modernen Staates" vom "ideellen Gesamtkapitalisten" zum "wirklichen Gesamtkapitalisten" drängen. Von möglichen Gegentendenzen wird hier noch abstrahiert, aber die Entwicklungsbedingungen für solche Gegentendenzen sind, wie schon erwähnt, bei Marx angedeutet: Die Expropriation der Bourgeoisie vollzieht sich in Form der Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige, deren Verfügungsmacht über gesellschaftliches Kapital und damit gesellschaftliche Arbeit wächst. Daraus ergibt sich, daß die gesellschaftspolitische Macht dieser wenigen ebenfalls wachsen muß und damit die Möglichkeit, den Verlust ihrer Verfügungsmacht über das gesellschaftliche Eigentum zu verhindern und den "Druck der Produktivkräfte" in anderen Formen aufzufangen als durch deren Verwandlung in direktes Staatseigentum.

Hatten Marx und Engels die Widersprüche im Prozeß der direkten Vergesellschaftung der Kapitale und der Produktion noch vorwiegend anhand der Aktiengesellschaften studiert und daraus ihre Prognosen abgeleitet, so konnte Lenin in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg die nun schon in hohem Maße ausgeprägten Formen der nächsten Entwicklungsstufe dieses Prozesses, die Monopole, beobachten und analysieren.

In seinem im Frühjahr 1916 geschriebenen Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" kam es ihm, wie er in der Einleitung bemerkt, vor allem darauf an, die grundlegenden ökonomischen Besonderheiten der neuen Entwicklungsetappe darzustellen: "Auf die nichtökonomische Seite der Frage werden wir nicht so eingehen können, wie sie es verdienen würde."¹⁹

Auf diese Bemerkung muß ausdrücklich hingewiesen werden, weil sie konzeptionelle Bedeutung hat. Lenin hat nicht nur aus Zensurrücksichten die ökonomische Seite so in den Vordergrund gerückt. Die in der bürgerlichen Literatur Ende des 19. Jahrhunderts aufgekommene Betrachtungsweise des Phänomens Imperialismus hatte bekanntlich in starkem Maße die Haltung opportunistischer Kreise in der Arbeiterbewegung beeinflußt. So hatte Kautsky behauptet: "Und nur eine Frage der Macht, nicht aber der ökonomischen Notwendigkeit ist der Imperialismus. Er ist nicht nur nicht notwendig für das kapitalistische Wirtschaftsleben, seine Bedeutung dafür wird vielmehr maßlos überschätzt."²⁰ Lenin bezeichnete es als unrichtig und unmarxistisch, "daß Kautsky die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik trennt, indem er von Annexionen als der vom Finanzkapital 'bevorzugten' Politik spricht und ihr eine angeblich mögliche andere bürgerliche Politik auf derselben Basis des Finanzkapitals entgegenstellt. Es kommt so heraus, als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht monopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik. Als ob die territoriale Aufteilung der Welt, die gerade in der Epoche des Finanzkapitals beendet wurde und die die Grundlage für die Eigenart der jetzigen Formen des Wettkampfs zwischen den kapitalistischen Großstaaten bildet, vereinbar wäre mit einer nicht imperialistischen Politik."²¹

Lenin konzentrierte sich also darauf, die ökonomischen Grundfragen herauszuarbeiten und nachzuweisen, daß es sich beim Imperialismus um eine neue Entwicklungsstufe des Kapitalismus handelt, die aus der Weiterentwicklung seiner Grundeigenschaften erwuchs, aber eindeutig neue ökonomische Merkmale aufweist; daß die Arbeiterbewegung ihre Strategie

19 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 200.

20 Kautsky, Karl, Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915, S. 22.

21 Lenin, W. I., a. a. O., S. 274.

auf die neuen ökonomischen Gegebenheiten ausrichten muß und nicht lediglich für eine Änderung der imperialistischen Politik kämpfen dürfe. Lenin hat mit seiner Analyse die Deutung des Verhältnisses von Politik und Ökonomik im Imperialismus gewissermaßen vom Kopf auf die Füße gestellt. Eine grobe Vereinfachung aber wäre es, wollte man die fünf Merkmale, die Lenin zur Kennzeichnung der neuen Entwicklungsstufe der Ökonomik angibt, als ausreichend für die Kennzeichnung des Gesamtsystems einer imperialistischen Gesellschaft ansehen.

Im Anschluß an seine bekannte Definition des Imperialismus weist Lenin ausdrücklich darauf hin, daß sie sich auf die "grundlegenden rein ökonomischen Begriffe" beschränkt. "Wir werden später sehen", schrieb er, "wie der Imperialismus anders definiert werden kann und muß, wenn man nicht nur die grundlegenden rein ökonomischen Begriffe (auf die sich die angeführte Definition beschränkt) im Auge hat, sondern auch den historischen Platz dieses Stadiums des Kapitalismus in Bezug auf den Kapitalismus überhaupt oder das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den zwei Grundrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung."²²

So ergänzt Lenin die bekannten fünf Merkmale der "rein ökonomischen" Definition durch weitere wesentliche Merkmale wie: Übertragung monopolistischer Herrschaftsformen auf die Ebene der Politik, Oligarchie, Drang nach Herrschaft, statt nach Freiheit.

Und so weist er auch immer wieder auf die neuen Wechselbeziehungen zwischen Ökonomik und Politik, zwischen ökonomischen und staatlich-politischen Bereichen hin und stellt fest, daß sie als notwendige Folge der Entwicklung in der ökonomischen Basis zu begreifen sind. Er erläutert zum Beispiel in den Abschnitten über den Kapitalexport und die Aufteilung der Welt, wie sich in den außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen "monopolistische Prinzipien" ausprägen, wie sich die Aktionen der Monopole und der staatlichen Institutionen immer enger verflechten. "Wir sehen hier anschaulich", schrieb er im Hinblick auf die Vorgänge um das Kalimonopol und das geplante Petroleummonopol in Deutschland, "wie sich in der Epoche des Finanzkapitals private und staatliche Monopole miteinander verflechten und die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes zwischen den größten Monopolisten um die Neuaufteilung der Welt sind."²³ (Meine Hervorhebung - H. N.)

Ohne den Begriff staatsmonopolistischer Kapitalismus schon zu verwenden, beschreibt Lenin doch hier schon sein wesentlichstes Kennzeichen, und zwar abgeleitet aus Grundeigenschaften der "Epoche des Finanzkapitals" und darum auch als wesentliches Merkmal dieser Epoche zu verstehen. Er weist darauf hin, wie sich aus der wachsenden Rolle und dem wachsenden Umfang des Kapitalexports mit Notwendigkeit die gegenseitige Durchdringung "privat"monopolistischer und staatlicher Aktivitäten ergibt: "Die Monopole sind aber überall Träger monopolistischer Prinzipien: An Stelle der Konkurrenz auf offenem Markt tritt die Ausnutzung der 'Verbindungen' zum Zweck eines profitablen Geschäftes... Krupp in Deutschland, Schneider in Frankreich, Armstrong in England - das sind Musterbeispiele von Firmen, die mit den Riesenbanken und der Regierung in engster Verbindung stehen und beim Abschluß von Anleihen nicht so leicht 'umgangen' werden können."²⁴ (Meine Hervorhebung - H. N.)

Als zweites der fünf wichtigsten Merkmale in der "rein ökonomischen" Imperialismusdefinition nennt Lenin: "Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses 'Finanzkapitals'."²⁵ Die Banken verwan-

22 Ebenda, S. 271.

23 Ebenda, S. 255.

24 Ebenda, S. 248.

25 Ebenda, S. 271.

deln sich aus bescheidenen Vermittlungsunternehmen in Monopolisten des Finanzkapitals, und das, so betont er, hat unvermeidliche Folgen für den politisch-staatlichen Bereich. "Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen 'Details'."26 So ist es eine Tatsache, "daß sogar die bürgerliche Literatur über das deutsche Bankwesen fortwährend gezwungen ist, weit über die Behandlung reiner Bankoperationen hinauszugehen und beispielsweise aus Anlaß der sich häufenden Fälle des Übertritts von Regierungsbeamten in den Bankdienst von einem 'Zug zur Bank' zu schreiben."27 Und an anderer Stelle bemerkt er: "Die 'Personalunion' der Banken mit der Industrie findet ihre Ergänzung in der 'Personalunion' der einen wie der anderen Gesellschaften mit der Regierung."28 Von besonderem Interesse für unsere Thematik ist auch eine Bemerkung über die neue Qualität zwischenstaatlicher Beziehungen, wie sie besonders in der ökonomischen Abhängigkeit kleiner, politisch selbständiger Staaten von den großen imperialistischen Staaten zum Ausdruck kommt: "Derartige Beziehungen zwischen einzelnen großen und kleinen Staaten hat es immer gegeben, aber in der Epoche des kapitalistischen Imperialismus werden sie zum allgemeinen System, bilden sie einen Teil der Gesamtheit der Beziehungen bei der 'Aufteilung der Welt' und verwandeln sich in Kettenglieder der Operationen des Weltfinanzkapitals."29

Was Lenin also schon in seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" herausgearbeitet hat, ist dies: Die Verschmelzung der ökonomischen Macht der kapitalistischen Monopole mit der politischen Macht des Staates ergibt sich mit Notwendigkeit aus den Wesenszügen des Imperialismus, den Lenin als eine "Übergangsordnung" charakterisiert, in der der "alte Kapitalismus" abstirbt.

Ende 1916 und im Jahre 1917 ging Lenin wiederholt auf Entwicklungen ein, die sich seit Ausbruch des Krieges vollzogen hatten.³⁰ Ende 1916 stellte er fest: "Während des Krieges hat der Weltkapitalismus einen Schritt vorwärts gemacht nicht nur zur Konzentration überhaupt, sondern auch zum Übergang von den Monopolen schlechthin zum Staatskapitalismus in noch größeren Ausmaßen als früher. Ökonomische Reformen in dieser Richtung sind unvermeidlich."³¹ Am 31. Januar 1917 schrieb er im "Sozialdemokrat": "Der Weltkapitalismus, der in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die progressive, die fortschrittliche Kraft der freien Konkurrenz war und der am Anfang des 20. Jahrhunderts in den monopolistischen Kapitalismus, d. h. in den Imperialismus hinübergewachsen ist, hat während des Krieges einen beachtlichen Schritt vorwärts getan nicht nur zu einer noch stärkeren Konzentration des Finanzkapitals, sondern auch zu seiner Umwandlung in den Staatskapitalismus."³²

26 Ebenda, S. 241.

27 Ebenda.

28 Ebenda, S. 225.

29 Ebenda, S. 268.

30 Siehe dazu ausführlich Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14: Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, S: 171 - 183.

31 Lenin, W. I., Rohentwurf der Thesen für einen offenen Brief an die Internationale Sozialistische Kommission und an alle sozialistischen Parteien, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 218.

32 Derselbe, Eine Wende in der Weltpolitik, in: ebenda, S. 279.

Lenin verwendet hier den Ausdruck Staatskapitalismus im Sinne der oben zitierten Ausführungen von Engels als Ausdruck für ein System, in dem der Staat zum "wirklichen Gesamtkapitalisten" wird. Auf die konkreten Erscheinungsformen dieser Umwandlung und die Verschärfung der Widersprüche, die sich daraus ergeben, geht Lenin kurze Zeit später ein, wobei er einen neuen Begriff einführt. Am 29. April/12. Mai 1917 trug er auf der Siebenten Gesamtrossischen Konferenz der SDAPR(B) eine Resolution vor, in der es hieß: "Die objektiven Voraussetzungen für die sozialistische Revolution, die zweifellos in den am stärksten entwickelten fortgeschrittenen Ländern schon vor dem Kriege gegeben waren, sind noch mehr herangereift und entwickeln sich infolge des Krieges mit rasender Schnelligkeit weiter. Die Verdrängung und der Ruin der Klein- und Mittelbetriebe wird noch mehr beschleunigt. Die Konzentration und Internationalisierung des Kapitals wächst ins Riesenhafte. Der monopolistische Kapitalismus verwandelt sich in staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine Reihe von Ländern gehen unter dem Druck der Verhältnisse zur öffentlichen Regulierung der Produktion und der Verteilung über, einige von ihnen führen die allgemeine Arbeitspflicht ein."³³ (Meine Hervorhebung - H. N.) In der gleichen Resolution wird auf die Zuspitzung der Widersprüche hingewiesen, die sich aus der staatsmonopolistischen Entwicklung während des Krieges ergeben: "Bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gehen alle diese Schritte in Richtung einer größeren Monopolisierung und größeren Verstaatlichung der Produktion unweigerlich Hand in Hand mit einer immer stärkeren Ausbeutung der werktätigen Massen, mit der Verstärkung der Unterdrückung, der Erschwerung des Widerstandes gegen die Ausbeuter, dem Erstarken der Reaktion und des Militärdespotismus, und zugleich führen sie unweigerlich zu einem ungeheuren Anwachsen der Profite der Großkapitalisten auf Kosten aller übrigen Bevölkerungsschichten, zur Verklavung der werktätigen Massen auf viele Jahrzehnte durch Tribute, die sie in Form von Milliardenzinsen für die Anleihen den Kapitalisten entrichten müssen. Die gleichen Bedingungen aber bieten bei Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, bei vollständigem Übergang der Staatsmacht in die Hände des Proletariats die Gewähr für eine erfolgreiche Umgestaltung der Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt und den Wohlstand aller wie jedes einzelnen sichert."³⁴ In den folgenden Monaten verwendet Lenin neben dem neuen Begriff "staatsmonopolistischer Kapitalismus" auch noch den Begriff "Staatskapitalismus" für dieselbe Erscheinung, wobei er aber auch dann stets die Monopole als dessen Grundlage in den Gedankengang einbezieht: "Andererseits hat sich gegen diese hauptsächlich englisch-französische Gruppe eine andere, noch beutegierigere, noch räuberischere Gruppe in Bewegung gesetzt, eine Gruppe von Kapitalisten, die an den Tisch des kapitalistischen Schmauses herantraten, als die Plätze schon besetzt waren, dabei aber neue Verfahren zur Entwicklung der kapitalistischen Produktion, eine bessere Technik und eine unvergleichliche Organisation in den Kampf führten, die den alten Kapitalismus, den Kapitalismus der Epoche der freien Konkurrenz in den Kapitalismus der riesigen Trusts, der Syndikate und Kartelle verwandelte. Diese Gruppe entwickelte die Grundlagen für die Verstaatlichung der kapitalistischen Produktion, für die Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus, der viele Millionen Menschen in einer einzigen Organisation des Staatskapitalismus erfaßt. Das eben ist die Geschichte der Ökonomie, die Geschichte der Diplomatie während mehrerer Jahrzehnte, woran niemand vorbeigehen kann."³⁵ (Meine Hervorhebung - H. N.)

33 Derselbe, Resolution über die gegenwärtige Lage, in: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 302.

34 Ebenda, S. 302 f.

35 Lenin, W. I., Krieg und Revolution. Lektion am 14. (27.) Mai 1917, in: ebenda, S. 401.

Die Vorstellung von der Verschmelzung, die schon in dem Begriff "staatsmonopolistischer Kapitalismus" enthalten ist, wird hier noch näher erläutert. Lenin analysiert die konkreten Erscheinungsformen dessen, was Marx und Engels als höhere Stufe der Konzentrations-tendenz, die letztlich durch den "Druck der Produktivkräfte" hervorgerufen wird, voraus-sagten: die "Staatseinmischung" bzw. die Übernahme der Produktivkräfte in Staatseigen-tum. Die Expropriation der Bourgeoisie, schrieb Marx, vollzieht sich in der Form der An-eignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige. Die nächste Stufe der Kon-zentration besteht nun nicht in einer Expropriation der wenigen zu-gunsten des Staatseigentums an den Produktivkräften, sondern in einer Vereinigung ihrer Eigentums- und Verfügungsmacht mit der "Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus".

In den ersten Äußerungen Lenins zu unserem Problem wird festgestellt, daß sich die Um-wandlung des monopolistischen Kapitalismus zum Staatskapitalismus bzw. staatsmonopoli-stischen Kapitalismus hauptsächlich während des Krieges vollzogen habe. In der zuletzt zi-tierten Bemerkung ist erkennbar, daß Lenin nunmehr die Wurzeln dieses Entwicklungspro-zesses, der erst während des Krieges so überaus deutlich sichtbar geworden war, weiter zurückverfolgte. Noch deutlicher wird dies in seiner im August 1917 verfaßten Schrift "Staat und Revolution", in der es im Vorwort heißt: "Die Frage des Staates gewinnt gegen-wärtig besondere Bedeutung sowohl in theoretischer als auch in praktisch-politischer Hin-sicht. Der imperialistische Krieg hat den Prozeß der Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in staatsmonopolistischen Kapitalismus außerordentlich beschleunigt und verschärft."³⁶ (Meine Hervorhebung - H. N.) In derselben Arbeit heißt es an anderer Stelle: "Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staats-monopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der 'Staatsma-schinerie' auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparats in Verbin-dung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern."³⁷ (Meine Hervorhebung - H. N.) Hier ist die Aussage noch weiter verallgemeinert, der Umwandlungsprozeß wird zeitlich nicht eingegrenzt, es wird festgestellt, daß dieser Umwandlungsprozeß ein Kennzeichen der imperialistischen Epoche ist.

3. Die Genesis staatsmonopolistischer Formen im Deutschen Reich bis 1914

Knüpfen wir nun an die Problematik des ersten Abschnittes an, und spitzen wir sie noch etwas zu. Die These, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus ein besonderes Entwick-lungsstadium innerhalb des Imperialismus sei, impliziert eine andere: daß es ein "privat"-monopolistisches Stadium des Imperialismus gegeben habe, in dem das Monopol ohne Ver-flechtung mit der Staatsmacht existenzfähig gewesen sei und der gesamtgesellschaftliche Reproduktionsprozeß ohne Staatseingriffe funktioniert habe. Ob diese These richtig oder un-richtig ist, kann eigentlich erst entschieden werden, wenn genau untersucht worden ist, wie sich in den wichtigsten imperialistischen Ländern das Verhältnis von Staat und Monopolen seit deren Entstehung entwickelte und wie der Reproduktionsprozeß funktionierte.

³⁶ Derselbe, Staat und Revolution, in: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 395.

³⁷ Ebenda, S. 423.

Aus der Betrachtung eines einzelnen "Falles", das heißt eines imperialistischen Landes, also etwa des imperialistischen Deutschlands, lassen sich noch keine allgemeingültigen Schlußfolgerungen ableiten. Es fehlt der Maßstab für die Beurteilung dessen, was als Allgemeines und Notwendiges und was als Besonderes und Zufälliges anzusehen ist. Die Betrachtung eines Einzelfalles unter dem Blickwinkel der genannten allgemeineren Problematik kann aber dazu beitragen, Fragen aufzuwerfen, die bei der weiteren Forschung beachtet werden müssen.

Ausgehend vom ökonomischen Grundprozeß müssen dabei die Entwicklung des politischen Klassenkampfes, die Wandlungen in der Funktion des Staates und der staatlichen Struktur sowie die Wechselwirkungen zwischen diesen Prozessen untersucht werden.

Die folgenden Ausführungen sollen jedoch kein Gesamtbild der ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung im imperialistischen Deutschland vor 1914 zeichnen. Es muß hier vor allem darauf ankommen, bereits bekannte Tatsachen unter speziellem Blickwinkel anzuvisieren, in speziellem Zusammenhang zu beleuchten und die wichtigsten Bedingungen herauszuarbeiten, die den Prozeß der "Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates" vorantrieben.³⁸

3.1. Formen der Beziehungen zwischen Staat und Ökonomik im imperialistischen Deutschland vor Ausbruch des ersten Weltkrieges

Durchforscht man das Bild, das der heutige Stand der Forschung von den Verhältnissen im Deutschen Reich in den Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges zu zeichnen erlaubt, nach Erscheinungen der Verflechtung zwischen Staat und Ökonomik, der staatlichen Wirtschaftstätigkeit, der Einwirkung von Monopolen auf die Staatstätigkeit, so stößt man auf einen recht umfangreichen Komplex solcher Erscheinungen. Wir wollen die wichtigsten davon zunächst einfach aufzählen, bevor wir weitere Überlegungen anstellen.

Im Unterschied zu England, Frankreich und den USA bestand in Deutschland schon vor 1914 ein umfangreiches Eigentum der "Öffentlichen Hand"³⁹ an Produktionsmitteln. Das Post- und Fernmeldewesen wurde vom Reich betrieben, 93 Prozent aller Vollspur-Eisenbahnen waren Eigentum der Bundesstaaten und des Reiches. Der preußische Fiskus besaß außer recht umfangreichen Domänen und Forsten zahlreiche Bergwerke und war der größte Steinkohlenproduzent Deutschlands. Der Anteil der kommunalen Elektrizitätswerke am Gesamtanschlußwert aller Kraftwerke der Allgemeinversorgung betrug 1911 41 Prozent. Die Unternehmen der Öffentlichen Hand waren bereits in vieler Beziehung, wenn auch in unterschiedlichem Maße, mit dem nichtstaatlichen Monopolkapital verflochten.

Der preußische Fiskus war (neben dem anhaltischen) Mitglied des seit den achtziger Jahren bestehenden Kalisyndikats, das, nachdem seine Monopolstellung durch neu entstandene Aussensteier zu Beginn des 20. Jahrhunderts erschüttert worden, durch Reichsgesetz 1910 als Zwangssyndikat neu gebildet worden war und seitdem der Aufsicht des Reiches unterstand, zu welchem Zweck im Reichsamt des Innern 1912 eine spezielle Unterabteilung (IV K, Kali-

38 Das Folgende ist die nur wenig veränderte Fassung eines Kapitels aus einer unveröffentlichten Kollektivarbeit mit Grundrißcharakter. Die Literatur- und Quellenhinweise sind dementsprechend sehr knapp gehalten.

39 Der Begriff wird übernommen zur zusammenfassenden Kennzeichnung von Reich, Bundesstaaten und Kommunen.

angelegenheiten) gebildet wurde. Die staatlichen Steinkohlengruben in Oberschlesien ließen ihre Produktion durch große Berliner Handelsfirmen vertreiben, die den gesamten Kohleabsatz des Oberschlesischen Reviers monopolisiert hatten. Der Versuch des preußischen Fiskus, durch Ankauf der Aktien der Bergwerksgesellschaft Hibernia Mitglied des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats zu werden, war zwar 1904 mißglückt, weil es infolge des Widerstands des Monopolkapitals nicht gelang, die Aktienmajorität zu erwerben, aber der Staat fungierte dort nun als Großaktionär, bis er 1916 nach vollem Erwerb der Hibernia schließlich Mitglied des Syndikats wurde. Die Tatsache, daß die staatlichen Eisenbahnverwaltungen faktisch die einzigen Abnehmer für Schienen und rollendes Eisenbahnmaterial, also wichtige Abnehmer der Stahl- und Walzwerke und Hauptabnehmer der Lokomotiv- und Waggonbauunternehmen waren, förderte in diesen Zweigen die Kartellbildung und führte zu recht intensiver Einflußnahme der betreffenden Monopolorganisationen auf diese Zweige des Staatsapparats. In den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg bildeten sich in zunehmendem Maße "gemischtwirtschaftliche" Unternehmen in der Elektroenergieerzeugung. Übertroffene Bedeutung als zentraler Regulator der Währungsverhältnisse und des Kreditwesens hatte die Reichsbank, die ebenfalls ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen darstellte; Während das Grundkapital sich in Händen privater Anteilseigner befand, die im "Zentralausschuß" ihren Einfluß geltend machen konnten, wurde die Verwaltung vom Reichsbankdirektorium ausgeübt, dessen Mitglieder vom Kaiser ernannte Reichsbeamte waren.

"Der Staat"⁴⁰ verfügte bereits über einen recht umfangreichen Apparat für Wirtschaftsverwaltung und Regelung wirtschaftlicher Fragen, der allerdings noch nicht straff zentralisiert, sondern in verschiedene Reichs- und bundesstaatliche Behörden zersplittert war. Auf Reichsebene fungierte das Reichsamt des Innern als zentrale Behörde für wirtschaftliche Fragen. Von seinen seit 1900 bestehenden vier Abteilungen waren drei ausschließlich für wirtschaftliche und soziale Probleme zuständig.⁴¹ An zentralen "Ministerien" existierten außerdem das Reichsschatzamt, das Reichskolonialamt, die Reichspostverwaltung. In Fragen der Außenwirtschaftspolitik, die noch unter Bismarck vorwiegend vom Auswärtigen Amt bearbeitet wurden, hatte sich zunehmend das Reichsamt des Innern eingeschaltet. Ihm wurden Teile der wirtschaftlichen Berichterstattung des dichten deutschen Konsularnetzes vom Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt, die dann in den amtlichen Informationsorganen "Handels-

40 Der Begriff "der Staat" soll hier als abstrahierende Zusammenfassung für reichs- und bundesstaatliche Apparate dienen.

41 Aufgabenverteilung der Abteilungen II - IV im Jahre 1913:

Abt. II: Fürsorge für die arbeitenden Klassen (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, Arbeiterschutz, Sonntagsruhe usw.), Wohlfahrtseinrichtungen, Angestelltenversicherung, Arbeitsmarkt, sonstige Sozialpolitik, Gewerbe, Versicherungswesen, Genossenschaftswesen, Hypothekenbankwesen, Prüfung der Handfeuerwaffen.

Abt. III: See- und Binnenschifffahrt, Postdampferverbindungen, Verwaltung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, Auswanderungswesen, See- und Binnenfischerei, geistiges Eigentum, gewerblicher Rechtsschutz, Maß und Gewicht, Medizinal- und Veterinärwesen, land- und forstwirtschaftliche Biologie (seit 1907).

Abt. IV: Handel, Handelspolitik, Handelsverträge, wirtschaftliche Fragen der Landwirtschaft und der Industrie, wirtschaftliche Seiten des Zoll- und Steuerwesens, Produktionsverhältnisse des In- und Auslandes, allgemeine Statistik, Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland, Bank- und Börsenwesen.

Unterabteilung IV K: Kaliangelegenheiten.

(Facius, Friedrich, Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard [Rhein] 1959, S. 238 f. = Schriften des Bundesarchivs 6.)

archiv" und "Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft" (seit 1899) veröffentlicht wurden.

Als Wirtschaftszentralbehörde Preußens, des größten Bundesstaates, auf dessen Territorium alle Schwerindustriezentren lagen, fungierte das Ministerium für Handel und Gewerbe, das unter anderem die Bergbauangelegenheiten verwaltete, für das Börsenwesen zuständig war, aber auch zum Beispiel den Ausbau des Gewerbeschulwesens und die Errichtung von Handelshochschulen organisierte und das innerhalb der gesamten Behördenstruktur ein bedeutendes Gewicht besaß. Mit wirtschaftlichen Fragen befaßt waren unter den preußischen Ministerien ferner das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, das die Eisenbahn- und Kanalbauten leitete, das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und das Finanzministerium. Die Zentralbehörden der Bundesstaaten waren durch ihren Verwaltungsunterbau enger mit der ökonomischen "Basis" verbunden als die Reichsbehörden - und wohl auch enger mit ihr verflochten. Sie konnten sich außerdem auf ein umfangreiches Netz von Handelskammern, Landwirtschaftskammern und ähnliche stützen, die, halb Unternehmerinteressenvertretung und halb staatliche Institutionen, die wechselseitige Beeinflussung von Unternehmerschaft und Staatsorganen förderten. Von größerer Bedeutung jedoch, weil Entscheidungen auf höchster Ebene betreffend, waren die zentralen Beiräte, die auf Druck der Unternehmerverbände, vor allem des von den Schwerindustriemonopolen beherrschten Zentralverbands Deutscher Industrieller, als ständige Einrichtungen entstanden waren. Der Zentralverband fungierte als "Beirat der Regierung im weitesten Sinne: Er benannte nicht nur die Mitglieder des Ausschusses für Verkehrsinteressenten der deutschen Eisenbahnen" und den Beirat für Zollfragen, den "Wirtschaftlichen Ausschuss zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen" beim Reichsamt des Innern, er wurde auch von den verschiedenen Reichsämtern und preußischen Ministerien um Gutachten gebeten und machte auf ihr Ersuchen hin Umfragen bei seinen Mitgliedsverbänden. Der Geschäftsführer konnte feststellen, daß "wir in dem ganzen Deutschen Reich überall konsultiert werden."⁴² Beim Reichsamt des Innern existierte außerdem von 1912 bis zum Kriegsausbruch eine "Ständige Kommission für Mobilmachungsfragen", in der führende Monopolvertreter saßen.

Außer diesen offiziellen Kontakteinrichtungen (oder "Verschmelzungserscheinungen") gab es natürlich eine große Anzahl inoffizieller Kontakte, inoffizieller enger Zusammenarbeit von Vertretern des Finanzkapitals mit Staatsorganen oder einzelnen Staatsbeamten auf allen Ebenen. Diese Form der "Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates" wird oft an erster Stelle genannt, wenn auf Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hingewiesen wird. Diesen Verbindungen kommt zweifellos allergrößte Bedeutung zu. Wir nennen sie nur deshalb hier erst an dieser Stelle, weil ihre Bedeutung, wenn man den wirtschaftshistorischen Aspekt der Entwicklung untersucht, eigentlich erst vor dem Hintergrund der "offiziellen" Struktur der Wechselbeziehungen zwischen Staat und Wirtschaft voll sichtbar wird. Anders ausgedrückt: Wenn "der Staat" in dem Maße in wirtschaftlichen Fragen aktiv ist, wie er es im Deutschen Reich in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg war, erhält die inoffizielle Einflußnahme führender Monopolvertreter auf Teile des Staatsapparates besonderes Gewicht. Doch von der Dialektik dieser Wechselbeziehungen soll später noch ausführlicher die Rede sein. Hier an dieser Stelle können nur die wichtigsten Verflechtungen genannt werden. Besonders schwerwiegend und folgenreich war der Einfluß der Firma Krupp auf den Kaiser und entscheidende Teile des

42 Kaelble, Hartmut, Industrielle Interessenpolitik in der wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895 - 1914, Berlin 1967, S. 5 = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität zu Berlin, Bd. 27.

Staatsapparates. "Ein ganzer staatlicher Beamtenapparat von Ministern und Botschaftern herunter bis zum kleinsten Beamten, der mit ein paar Mark bestochen wird, steht ihnen (den Krupps) zur Verfügung"⁴³, schreibt Kuczynski und stellt vergleichend fest: "Selbstverständlich rüsteten alle imperialistischen Länder auf, zum Teil stärker pro Kopf der Bevölkerung als Deutschland. Aber in keinem anderen imperialistischen Lande hatten die Rüstungsmonopole eine so starke Position wie in Deutschland. In anderen Ländern standen ihnen andere raubgierige Monopole ebenbürtig zur Seite. Nicht so in Deutschland. Nirgends war auch die Verschmelzung von Staat und Rüstungsindustrie so weit vorangeschritten wie in Deutschland."⁴⁴ Aber auch innerhalb Deutschlands war die persönliche Verflechtung nirgends so weit vorangeschritten wie im Fall der Rüstungsindustrie, wie Karl Liebknecht nach seiner Untersuchung von Rüstungsskandalen schon 1913 feststellen konnte.⁴⁵ Als besonders folgenreich wären außerdem die engen Beziehungen führender Vertreter des Finanzkapitals zum Auswärtigen Amt herauszuheben, die sich zwar noch nicht bis zu dem Grad der "Versippung" gesteigert hatten wie im Falle der Rüstungsindustrie, die aber dennoch für die gesamte Außen- und Außenwirtschaftspolitik des Deutschen Reiches nicht weniger bedeutungsvoll, vielleicht sogar entscheidender waren.⁴⁶ Von Bedeutung war ferner auch der Einfluß, den sich Walther Rathenau schon vor dem ersten Weltkrieg insbesondere beim Reichskanzler Bethman Hollweg zu schaffen verstand, womit sich die Forschung erst in den letzten Jahren eingehender beschäftigt hat.

Man kann diese kurze (hier notwendig skizzenhafte) Bestandsaufnahme nicht abschließen, ohne wenigstens andeutungsweise auf die Frage einzugehen, in welchem Umfang nun im Rahmen des geschilderten Beziehungssystems zwischen Staat und Wirtschaft bereits Regulierungen gesamtwirtschaftlicher und sozialer Prozesse stattgefunden haben bzw. versucht wurden. Man muß hier an erster Stelle das Zollsystem nennen. Obwohl die Zölle für den Reichshaushalt als Einnahmequelle noch immer wesentlich waren, überwoog die wirtschaftspolitische Bedeutung nun die fiskalische bei weitem. Zwar hatte diese Entwicklung schon früh eingesetzt, aber seit der Jahrhundertwende war das Zollsystem als Regulierungsinstrument bedeutend verfeinert und ausgebaut worden. Besonders die Agrarzölle wurden bewußt als Mittel zur Aufrechterhaltung der ländlichen Sozialstruktur, vor allem zur Erhaltung der ökonomischen Basis der Junker, angewendet. Institutionell hatte sich diese erhöhte Bedeutung des Zolls als Regulierungsinstrument in der Weise niedergeschlagen, daß seit 1899 im Reichsamt des Innern ein spezielles Referat für die "Wirtschaftliche Seite des Zoll- und Steuerwesens" bestand. Die Steuern wurden noch kaum zu Versuchen der Steuerung des Reproduktionsprozesses eingesetzt, obwohl es auch gewisse Ausnahmen gab; so diente zum Beispiel die Brantweinsteuer, die älteren Datums war, aber 1909 im Zuge der Finanzreform gesetzlich neu geregelt wurde, ausgesprochen der Produktionsregulierung, und zwar hauptsächlich zugunsten der ostelbischen Gutswirtschaften und des Spiritussyndikats. Direkte staatliche Subventionen spielten zum Beispiel im Industriezweig Schiffbau und in der Kolonialwirtschaft eine Rolle, waren aber am Maßstab der gesamten Wirtschaft gemessen, gering.

43 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18, Berlin 1967, S. 94.

44 Ebenda, S. 92.

45 Liebknecht, Karl, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952, S. 218.

46 Siehe dazu die zahlreichen Arbeiten, die in der DDR über die Expansionspolitik des deutschen Imperialismus erschienen sind, u. a. von Werner Basler, Horst Drechsler, Friedrich Katz, Fritz Klein, Jürgen Kuczynski (a. a. O., Bd. 4), Lothar Rathmann, Helmut Stoecker. Vgl. ferner Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1964; Hallgarten, George W. F., Imperialismus vor 1914, 2 Bde., 2. veränd. Aufl. München 1963.

Die Zwangssyndizierung der Kaliproduktion 1910 müßte unter anderem auch unter dem Aspekt betrachtet werden, ob hier nicht der Versuch einer Produktionsregulierung vorliegt, die zwar den Syndikatsteilnehmern die Realisierung von Monopolprofit ermöglichte, aber über die Begünstigung einer kleinen monopolistischen Gruppe hinausging. Die Produktion von Kalisalzen hatte sich zwischen 1900 und 1910 verdreifacht, unter anderem durch Abteufen neuer Schächte durch Syndikatsaußenseiter. Der Preisverfall mußte auch die beteiligten staatlichen Haushalte treffen. (Die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit betragen zum Beispiel 20 Prozent der Staatseinnahmen Preußens, die 1913 übrigens - nur um einen Größenvergleich zu geben - mit 4,2 Milliarden Mark höher lagen als die Einnahmen des Reichshaushalts mit 4,1 Milliarden.) Angesichts der Tatsache, daß Deutschland damals ein natürliches Lagerstättenmonopol besaß, die Auslandspreise des alten, "gemischten" Syndikats höher gelegen hatten als die Inlandspreise (Umkehrung des Dumpings, damals einmalige Erscheinung), der Fiskus also zugleich sowohl Einnahmen aus teuren Auslandsverkäufen erzielt, als auch der Landwirtschaft relativ niedrige Düngerpriese verschafft hatte, erhebt sich die Frage, ob nicht mit dem Kali-Zwangssyndikat eine Produktionsregulierung im Sinne einer volkswirtschaftlich günstigen Steuerung vorgenommen wurde - die aber letztlich wiederum die Verschmelzung von Staats- und Monopolapparaten förderte.

Schließlich liefen in verschiedenen staatlichen Apparaten, zum Beispiel in Bayern und in den Reichsbehörden, Projekte zur zentralen Steuerung der Elektroenergieerzeugung. Im März 1914 war im Reichsamt des Innern ein detaillierter, 62 Paragraphen umfassender Gesetzentwurf fertiggestellt, der einen planmäßigen, koordinierten Ausbau einer rationellen Elektrizitätsversorgung des ganzen Reichsgebietes sichern sollte und der unter maßgeblicher Mitwirkung Walther Rathenaus zustande gekommen war. Vorgesehen war ein riesiges gemischtwirtschaftliches Unternehmen mit dezentralisierter Struktur, in dem die Investitionstätigkeit zentral gesteuert, die operative Betriebsführung aber den Teilunternehmen überlassen werden sollte.

Zu den Regulierungsversuchen sollte man auch den ganzen Komplex der sozialpolitischen Maßnahmen und Einrichtungen rechnen, die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung, die in keinem kapitalistischen Land der Welt damals so ausgebaut waren wie in Deutschland und den offen ausgesprochenen Zweck verfolgten, die Arbeiterklasse zu "manipulieren".

Überblicken wir diesen "Katalog" von Formen der Verflechtung oder Verschmelzung zwischen Staat und Wirtschaft am Vorabend des ersten Weltkrieges, so müssen natürlich verschiedene Fragen auftauchen. Soll man alle diese Erscheinungen schon als staatsmonopolistische Formen ansehen, als Ausdruck einer neuen Qualität der Verflechtung von Staatsmacht und Ökonomik? Inwieweit war die Verflechtung, war die Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß durch dessen monopolistische Struktur bedingt? Inwieweit sind jene Erscheinungen auf ganz spezielle, nur in Deutschland vorhandene Umstände zurückzuführen, die möglicherweise sogar mit Relikten früherer Entwicklungsstufen des Kapitalismus verknüpft sind? Um Allgemeines und Besonderes, Notwendiges und Zufälliges besser abwägen zu können, wird man die Geschichte des Wechselverhältnisses von Staat und Ökonomik noch weiter zurückverfolgen müssen, zweckmäßigerweise zunächst bis 1870.

Im Weltmaßstab gesehen, war die zu betrachtende Epoche durch die zunächst langsame Herausbildung und schließlich rasche Entfaltung des Monopolkapitalismus gekennzeichnet. In Deutschland war dieser Prozeß von einem besonders starken Produktionswachstum begleitet und ging unter der Ägide einer Staatlichkeit vonstatten, die sich von der anderer kapitalistischer Länder gleichen ökonomischen Entwicklungsniveaus beträchtlich unterschied. Die wesentlichsten Entwicklungsmomente dieser Komplexe müssen daher zunächst skizziert werden.

3.2. Bedingungen und Triebkräfte der staatsmonopolistischen Entwicklung in Deutschland bis 1914

3.2.1. Wirtschaftswachstum und Produktivkraftentwicklung

Zwischen 1870/71 und 1914 entwickelte sich Deutschland von einem Agrar- zu einem Industriestaat, die Industrieproduktion vervierfachte sich, wodurch sich das ökonomische Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Ländern insbesondere Europas erheblich veränderte. Im Anteil an der Weltindustrieproduktion rückte Deutschland an die zweite Stelle in der Welt vor (nach den USA), nachdem es England zwischen 1900 und 1910 überholt hatte.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich das Wachstumstempo in Deutschland von Wirtschaftszyklus zu Wirtschaftszyklus steigerte, und zwar auch dann noch, als die Hauptindustriezweige bereits von Monopolen beherrscht waren.

Tabelle 1

Steigerung der Industrieproduktion in Deutschland 1860 bis 1914⁺
(1913 = 100)

Wirtschaftszyklus	Index	Wachstum im Zyklus
1860 - 1866	15	-
1867 - 1875	20	38
1876 - 1886	27	37
1887 - 1893	39	42
1893 - 1902	57	45
1902 - 1914	84	48

+ Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18, Berlin 1967, S. 61.

Ein so rasches - wenn auch nicht stetiges - Industriewachstum konnte nicht vonstatten gehen ohne besonders starkes Wachstum der Abteilung I der Produktion. Nach Kuczynskis Berechnung stieg zwischen 1880 und 1913 die Produktion der Abteilung I auf 462 Prozent, die der Abteilung II auf 210 Prozent.⁴⁷

Rückgrat der Abteilung I aber bildeten damals hauptsächlich die Zweige Kohle, Eisen, Stahl, die nicht nur rasch wuchsen, sondern auch ihrem absoluten Gewicht nach einen hervorragenden Platz in der Volkswirtschaft einnahmen. Wegen der bedeutenden sozialen und politischen Auswirkungen muß auf diesen Umstand besonders hingewiesen werden. Das Wachstum der Produktion von Kohle und Stahl war nur in den USA größer als in Deutschland.⁴⁸

Das rasche Gesamtwachstum war von weiteren Verschiebungen im Gewicht der Zweige begleitet, die zunächst produktionsmäßig bedingt waren, durch den Monopolisierungseffekt verstärkt wurden und sich auf das politische Kräfteverhältnis der Gruppen innerhalb der

47 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 4, S. 60.

48 Ebenda, S. 62.

Bourgeoisie auswirkten; Ausdehnung des Maschinenbaus, aus dem sich bald Elektrotechnik und Elektrizitätserzeugung als neue, von den neunziger Jahren ab besonders rasch wachsende Zweige herauschälten, ferner rascher Vorstoß der Chemieindustrie, während zum Beispiel der bedeutende "alte" Zweig der Textilindustrie zwar noch 1897 dem Wert der Jahresproduktion nach an erster Stelle stand, sich aber nur langsam ausdehnte und an relativem Gewicht verlor.

Von wesentlicher Bedeutung war ferner der Rückgang des Gewichts der Agrarproduktion, die zwar absolut anstieg, aber wesentlich langsamer als die Industrieproduktion und zur Deckung des inneren Bedarfs nicht ausreichte, so daß Deutschland vom Agrarexporteur zum Agrarimporteur wurde. Gewicht und Struktur des gesamten Außenhandels änderten sich ebenfalls beträchtlich. Die Ausfuhr stieg zwischen 1881 und 1913 auf 412 Prozent, der Anteil der Ausfuhr an der Erzeugung auf 147 Prozent. Zwar behauptete England 1913 im Weltaußenhandel trotz des starken Außenhandelswachstums Deutschlands nach wie vor den ersten Platz. Jedoch übertraf zum Beispiel der Wert der deutschen Maschinen- und Chemikalieneporte 1913 den der englischen bei weitem. Während sich der Wert der deutschen Maschinenexporte in industriell schwächer entwickelten Ländern zwischen 1899 und 1913 versiebenfachte, stieg der der englischen nur um das Zweieinhalbfache.⁴⁹

Hierin zeigt sich deutlich die enorme Verschärfung des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt. Außerdem aber entwickelte sich noch für Deutschland eine spezielle Problematik. Verglichen mit den Weltdurchschnitten zeigte sich in Deutschland in diesem Zeitraum eine überdurchschnittliche Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen und eine unterdurchschnittliche Erhöhung ihrer Ausfuhr; eine überdurchschnittliche Steigerung der Ausfuhr von Fabrikwaren und eine unterdurchschnittliche Erhöhung ihrer Einfuhr.

Betrachtet man nun diese zunächst "nackten" Daten des besonders starken Wachstums einer kapitalistischen Wirtschaft, so wird schon daraus klar, daß dieser Prozeß alle Bereiche der Gesellschaft erfaßte, alle Widersprüche des Kapitalismus zur kräftigen Entfaltung gebracht haben muß - die wiederum, indem sie sich entfalten konnten, den Entwicklungsprozeß, den Prozeß der "Verwandlung" des Kapitalismus, vorantrieben. Betrachten wir zunächst Ursachen und Folgen des raschen Wachstums der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland noch etwas genauer.

In Deutschland erfolgte die weitgehende Freisetzung der ökonomischen Haupttriebkraft des Kapitalismus, der freien Konkurrenz, relativ spät. Sie begann sich in einer Zeit zu entfalten, die durch qualitative Sprünge in der internationalen Entwicklung der Produktivkräfte sowie dadurch gekennzeichnet war, daß sich der kapitalistische Weltmarkt voll herausgebildet hatte, der durch Entfaltung der internationalen Arbeitsteilung und Konkurrenz zusätzliche Stimuli schuf. Des weiteren spielten außerökonomische Faktoren eine große Rolle. Der qualitative Sprung in der staatlichen Entwicklung Deutschlands, die Bildung des Deutschen Reiches, wirkte nicht nur deshalb stimulierend, weil nunmehr die staatliche Einheit erreicht war, die sich besonders in den außenwirtschaftlichen Beziehungen auswirkte, sondern gerade auch dadurch, daß er einen Umschlag in der ökonomischen Funktion "des Staates" beinhaltete. Auf die widersprüchlichen Einzelheiten dieser Entwicklung muß später noch eingegangen werden. Hier sei nur auf das Wesen dieses Umschlages hingewiesen. Die staatliche Reglementierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, die zum Beispiel die preußische Wirtschaftspolitik mit ihrer eigenartigen Mischung aus Gewerbeförderung und Akkumulationshemmung kennzeichnete, wurde ersetzt - wenn auch nicht vollkom-

49 Maizels, Alfred, *Industrial Growth and World Trade*, Cambridge 1963, S. 490 f. = *The National Institute of Economic and Social Research. Economic and Social Studies XXI.*

men, so doch recht weitgehend - durch die Schaffung und Garantie günstiger "Rahmenbedingungen" für die kapitalistische Produktion durch den Staat: Vereinheitlichung des Gewerberechts, das heißt durchgängige Gewerbefreiheit in allen deutschen Territorien, Freizügigkeit der Arbeitskräfte, Wegfall des Konzessionszwangs für Aktiengesellschaften, Herstellung günstiger Bedingungen für die Ausweitung des kapitalistischen Kreditsystems, Gründung der Reichsbank.

Welchen Einfluß die Entfaltung des kapitalistischen Kredit- und Aktienwesens auf die Produktionsausdehnung und -konzentration ausübt, hat Marx, wie weiter oben angedeutet, nachgewiesen. Als Gradmesser der Entfaltung dieser Triebkraft nach 1870 kann der Index dienen, den Hoffmann für die Tätigkeit ("Produktion") der Kreditbanken errechnet hat:

Tabelle 2

"Produktion" der Kreditbanken 1850 bis 1910⁺

(1913 = 100)

1850	0,8	1890	15,5
1870	2,3	1910	86,8

+ Hoffmann, Walther Gustav, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts*, unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 437.

Während sich also die "Produktion" der Kreditbanken in den zwanzig Jahren vor 1870 knapp verdreifachte, versiebenfachte sie sich zwischen 1870 und 1890. Zu der "Schaffung günstiger Rahmenbedingungen" sind weiter die gesetzliche Vereinheitlichung der Maße, Gewichte, der Währung, des Post- und Telegraphenwesens zu rechnen, wodurch der Binnenmarkt gefestigt und erweitert wurde. Zu den günstigen Rahmenbedingungen müssen aber unbedingt auch die staatlichen Bildungsaufwendungen gerechnet werden. Es kann hier zwar kein Vergleich mit entsprechenden staatlichen Leistungen in den anderen kapitalistischen Ländern angestellt werden⁵⁰, wohl aber ein Vergleich mit denjenigen während späterer Zeiträume in Deutschland.

50 Zur Illustration nur ein Einzelvergleich: In England gab es 1865 bei einer Bevölkerung von 20 Millionen ungefähr 3 500 Studenten, in Preußen bei einer Bevölkerung von 18,5 Millionen 6 362 Studenten. (Musgrave, P. W., *Technical Change, the Labour Force and Education. A study of the British and German iron/steel industries 1860 - 1964*, Oxford [usw.] 1967, S. 33.)

Tabelle 3

Öffentliche Ausgaben für Schulen und Hochschulen in laufenden Preisen 1860 bis 1959⁺

Periode	Prozentanteil an den		
	Ausgaben für Verwaltung und öffentliche Gebäude	gesamtstaatl. Ausgaben	am Volks- einkommen ⁺⁺
1860/64	27,6	18,1	1,1
1865/69	29,6	15,4	1,1
1870/74	28,8	13,1	1,1
1875/79	31,2	17,6	1,4
1880/84	34,3	20,8	1,7
1885/89	34,9	19,9	1,7
1890/94	34,5	18,9	1,7
1895/99	34,4	21,0	1,8
1900/04	37,0	23,1	2,2
1905/09	34,9	21,8	2,2
1910/13	37,3	23,6	2,6
1925/29	27,5	23,9	3,3
1930/34	24,8	22,1	3,6
1935/37	24,8	9,2	-
1950/54	25,1	16,6	3,5
1955/59	27,7	20,3	2,8

+ Hoffmann, Walther Gustav, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 29, 149. - Ab 1950: Westdeutschland.

++ Öffentliche Ausgaben für Schul- und Forschungszwecke; Volkseinkommen hier: Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen.

Wie sich zeigt, war der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamtstaatlichen Ausgaben (in die auch die "Verteidigungs"ausgaben einbegriffen sind) im wilhelminischen Deutschland höher als im Westdeutschland der Jahre 1950 bis 1959. Die staatlichen Bildungsausgaben wuchsen vor 1913 schneller (jährlich durchschnittlich 3,8 Prozent) als das Volkseinkommen (jährlich durchschnittlich 3,2 Prozent), während es in Westdeutschland von 1950 bis 1959 umgekehrt war.

Die staatliche Einheit wiederum schuf günstige Bedingungen für den Außenhandel, was besondere Bedeutung erhielt angesichts der Tatsache, daß im Prozeß der Herausbildung des kapitalistischen Weltmarktes die zwischenstaatlichen Handelsverträge seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer größeres Gewicht erlangten. Kam es so mit Hilfe des staatlichen Überbaus zu einer weitgehenden Freisetzung der inneren Triebkräfte des Kapitalismus, so wurde die Entfaltung dieser Triebkraft durch weitere spezielle, durch "außerökonomischen Zwang" erzeugte Stimuli gefördert: plötzlicher starker Kapitalzufluß in Form der französischen Kriegskontributionen und Einverleibung der bedeutenden Eisenerzlager Lothringens in das Deutsche Reich. Diese Auftriebskräfte begannen in Deutschland zu einer Zeit zu wirken, als der Übergang von der extensiven zur intensiven Ausbeutung hier gerade vollzogen worden war, "ein Übergang, dessen die Produktivkräfte entfaltende Auswirkung in England und Frankreich schon Jahrzehnte zuvor zutage getreten war."⁵¹ Weiter: Alle die-

51 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 3, S. 4. Im Original in Klammern.

se Auftriebstendenzen wirkten zu einer Zeit, als sich in allen kapitalistischen Ländern bedeutende Umwälzungen der Produktivkräfte vollzogen, als deren Kernprozesse die Entwicklung der Starkstromerzeugungs- und Fortleitungstechnik, die Entwicklung der Chemie und des Verbrennungsmotors anzusehen sind. Diese Entwicklungen bewirkten aber nicht allein den Aufbau neuer Industriezweige - obwohl schon dieser Effekt bedeutend war (1897 lag die Chemieindustrie dem Wert der Jahresproduktion nach bereits an vierter Stelle; 1896 betrug das Kapital aller Aktiengesellschaften in der Elektrotechnik und Elektrizitätserzeugung rund 240 Millionen Mark, 1907 aber bereits rund 1 186 Millionen Mark; damit stellte dieser "neue" Zweig die drittgrößte Kapitalgruppe nach den Banken - rund 3 560 Millionen Mark - und der Schwerindustrie - rund 2 674 Millionen Mark⁵²).

Der Aufbau dieser neuen Industrien förderte auch nicht nur das Wachstum traditioneller Zweige durch erhöhte Nachfrage, sondern bewirkte vor allem auch eine Umwälzung der Produktionsgrundlagen in vielen dieser Zweige und führte zu einer engen gegenseitigen Verflechtung der technischen Entwicklung, was hier nur angedeutet werden kann. (Auswirkungen der Entwicklung von Chemie und Elektrotechnik auf die Schwarzmetallurgie: Stahlgewinnung durch das Thomas- und das Siemens-Martin-Verfahren, später superharte Stähle durch chemisch reine Legierungsstoffe, das hatte nicht nur für Kriegsrüstung, sondern auch für Werkzeugmaschinen- und Fahrzeugbau bedeutende Auswirkungen; Anforderungen der Stahl- und Elektroindustrie [Chrom, Nickel, Kupfer] erhöhten die Rolle der Buntmetallurgie - hier ergaben sich Fortschritte durch die Elektrochemie und die Elektrometallurgie -, dadurch erfolgte die Entwicklung der Leichtmetalle, mit Auswirkungen unter anderem auf den Fahrzeugbau; die Elektrochemie und die Elektroenergieerzeugung entwickelten den Braunkohlenbergbau; die Sprengstoffchemie und die Elektrifizierung der Förderung wandelten den Steinkohlenbergbau; die Verwertung der Kokereiabgase verbreiterte die Rohstoffgrundlage der Chemieindustrie; die Gummi- und Kunststoffchemie trug zur Entwicklung der Elektrotechnik bei ... usw. usf.)

Wie gesagt, vollzogen sich solche Prozesse in dem hier betrachteten Zeitraum in allen kapitalistischen Ländern; sie bringen zum Ausdruck, in welchem Maße der gesellschaftliche Charakter der Produktion wuchs. Diese technische Verflechtung der Zweige ist zweifellos eine der Grundlagen der Verflechtung der Kapitale zum Finanzkapital. In Deutschland wuchsen diese neuen Zweige und ihre technische Verflechtung mit den alten Zweigen besonders rasch. Die deutsche Chemieindustrie überholte nach 1880 die englische und wurde technisch führend. Die deutsche Elektroindustrie lag in technischer Hinsicht zusammen mit der amerikanischen an der Weltspitze. Krupp erzeugte 1893 mit Hilfe der Chemie die härteste Panzerplatte der Welt. Im durchschnittlichen jährlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität wurde Deutschland zwischen 1870 und 1913 nur von den USA und Japan übertroffen.⁵³

3.2.2. Wechselwirkung von Ursachen und Folgen

Wir haben bisher kurz die Ausdehnung der kapitalistischen Produktion in Deutschland dargestellt, sie in gewissem Sinne aus dem Gesamtzusammenhang herausgelöst, um eine quantitative Vorstellung davon zu vermitteln, in welchem Maße sich die kapitalistischen Widersprüche in dieser Zeit entfaltet haben müssen. Wir haben nach den spezifischen Ursachen gefragt, die das besonders starke Produktionswachstum in Deutschland in Gang gesetzt ha-

52 Man kann die Zahlen über den Umfang des Aktienkapitals hier als Gradmesser für Größenordnungen benutzen, weil das nicht in Aktiengesellschaften organisierte Kapital in diesen Zweigen nur geringen Umfang hatte.

53 Lloyd's Bank Review, Nr. 79, 1966, S. 2, 4.

ben, um damit dem Erfassen der speziellen Dynamik, die zur Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus führte, näherzukommen. Wenn wir aber einige der angeführten Bedingungen - rasches Wachstum der Zweige Kohle, Eisen, Stahl sowie der neuen Zweige - noch einmal ins Auge fassen, so fragt sich, ob zum Beispiel diese Wachstumsursachen nicht gleichzeitig auch schon wieder Folgeerscheinungen waren - zum Beispiel Folgen der frühen Monopolisierung oder etwa, im Falle der Chemie, Folge unter anderem des deutschen Patentrechts oder vielleicht auch der staatlichen Bildungsausgaben⁵⁴. Da die Prozesse und Erscheinungen der Wirklichkeit durch ein mehrdimensionales Netz dialektischer Wechselwirkungen verknüpft sind - ebensogut könnte man sagen, durch ein mehrdimensionales Netz von Widersprüchen -, ist es schon theoretisch sehr schwierig, "Ursache" und "Folge" klar voneinander zu trennen, und in der empirischen Erforschung gesellschaftlicher Massenprozesse der Vergangenheit ist das ganz besonders schwierig. Das mehrdimensionale Wechselwirkungsnetz, das zu einem bestimmten Zeitpunkt bestanden hat, läßt sich in den seltensten Fällen vollständig rekonstruieren, meist können nur bestimmte Ausschnitte erfaßt werden.

Alles das ist im Auge zu behalten, wenn wir jetzt von "Folgen" sprechen, die die rasche Ausdehnung der kapitalistischen Produktion in bezug auf die Veränderung der Produktionsverhältnisse, der Sozialstruktur und der politischen Kräfteverhältnisse hatte; wir sind uns klar, daß alle diese Faktoren sich wechselseitig beeinflussten und so die eigentliche Entwicklung zustande kam, deren einzelne Seiten wir hier nur zum Zwecke der Darstellung auseinandernehmen müssen.

Die Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitalismus der freien Konkurrenz in Deutschland nach 1870 zeigte sich zunächst darin, daß die Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion sehr bald an die Grenze der Aufnahmefähigkeit des Marktes stieß und nach heftiger Konjunktur ab 1873 eine lange und schwere Überproduktionskrise folgte, von der zwar auch andere Länder ergriffen wurden, da eben das kapitalistische Weltwirtschaftssystem schon relativ weit herausgebildet war, die aber für Deutschland die schwerste Krise seiner Geschichte vor derjenigen von 1929 bis 1932 war.⁵⁵ Für den Steinkohlenbergbau und die Eisen- und Stahlerzeugung aber brachte die Krise die erste heftige Unterbrechung ihrer seit Beginn der fünfziger Jahre starken, in den ersten siebziger Jahren enormen Aufwärtsentwicklung; nach wiederum recht starkem Aufschwung folgte bald die nächste Krise, die für diese Zweige - ausgenommen Roheisenproduktion - gleich drei Jahre Rückgang und Stagnation mit sich brachte (Stahl 1883 bis 1886, Steinkohle 1884 bis 1887), für den Kalibergbau, der bis dahin keinen Rückgang erfahren hatte, sogar einen Rückgang um 24 Prozent von 1883 bis 1885.⁵⁶ Noch deutlicher aber werden die Wirkungen der freien Konkurrenz, wenn man die Preisentwicklung, zum Beispiel für Steinkohle, betrachtet. Der Preis zum Beispiel für Fettkohle (Essener Börsenpreis) war von 1863 bis 1874 kontinuierlich von

54 Vgl. Musgrave, P. W., a. a. O., S. 45 ff., sieht "the roots of Germany's advantage" gegenüber England hauptsächlich im höheren Niveau des Bildungswesens aller Ebenen, vor allem auch in deren zielbewußter staatlicher Lenkung und Unterstützung. - Ähnlich Landes, David S., und Cole, W. A./Deane, Phyllis, in: The Cambridge Economic History of Europe, Bd. 6, The Industrial Revolutions and after: Incomes, Population and Technological Change (I), Cambridge 1966, S. 566 ff., 17 f.

55 Vgl. Mottek, Hans, Die Gründerkrise. Produktionsbewegung, Wirkungen, theoretische Problematik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte-1966, T. 1, S. 109.

56 Hoffmann, Walther Gustav, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 338 ff.

5, 50 Mark auf 15, 80 Mark pro Tonne gestiegen, danach sank er stark ab, betrug 1879 nur etwa 4, 40 Mark und schwankte bis 1887 ziemlich stark um 5 Mark.⁵⁷ Dieser dauernde Preisverfall und damit Profitverfall zeugte von einer "Überbesetzung" des Zweiges. "Normalerweise" reguliert das Wertgesetz Überproduktion einzelner Zweige, indem bei Profitverfall das Kapital in andere Sphären abfließt. Ist aber, wie im Kohlenbergbau, der Anteil des konstanten fixen Kapitals besonders hoch, seine Umschlagszeit besonders lang, so ist der Kapitalabfluß schwierig. Die Unternehmer helfen sich zunächst dadurch, daß sie die Produktion konzentrieren und rationalisieren und - ausdehnen, um durch Kostendegression bei erhöhtem Produktionsausstoß die Profite trotz sinkender Preise zu erhöhen, was aber die Überproduktion des Zweiges natürlich verschärft. 1887 war die Steinkohlenproduktion doppelt so hoch wie 1874. Daß eine solche "Überbesetzung" des Zweiges Kohlenbergbau zu jener Zeit auftrat, ist kein Wunder, bedenkt man die Wirkungen der freien Konkurrenz mit ihrer spekulativen Vorwegnahme und Überbewertung der Nachfrage gerade zu einer Zeit, die, wie geschildert, durch rasche Industrialisierung und daraus erwachsende Anforderungen an die Schwerindustrie gekennzeichnet war.

Profitverfall hemmt aber auf die Dauer die Entwicklung der Produktivkräfte, technische Neuerungen, die erhebliche Investitionen erfordern, werden verschoben⁵⁸, dadurch sinkt unter Umständen - die Entwicklung geht ja nicht in allen Ländern gleichmäßig vor sich - die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, es kann sich eine kumulative Abwärtsbewegung entwickeln. Der Kapitalismus der freien Konkurrenz ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt.

Der "gesetzmäßige" Ausweg aus dieser Lage ist die Monopolisierung.

3.2.3. Monopolisierung

Der allgemeine Verlauf des Monopolisierungsprozesses in Deutschland bis 1914 ist in seinen Grundzügen bekannt und ausführlich dargestellt worden.⁵⁹ Im Steinkohlenbergbau begann er in der Krise der siebziger Jahre mit einer Reihe von Kartellversuchen, die sich in den achtziger Jahren verstärkten, zunächst wenig reale Erfolge hatten, aber bereits 1893 in der Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats gipfelten, einem Monopolgebilde, das schließlich im Vorkriegsdeutschland die stärksten volkswirtschaftlichen Monopolwirkungen ausübte. Die gesamte Schwerindustrie bildete um 1900 einen ziemlich straff durchmonopolisierten Block, wodurch sich das ökonomische Gewicht dieser Zweige und das politische Gewicht der entsprechenden Gruppe der Bourgeoisie noch weit über die Bedeutung der gleichen Zweige im Reproduktionsprozeß hinaus erhöhte. Der Monopolisierungsprozeß vollzog sich sehr ungleichmäßig und konnte sich bis zum ersten Weltkrieg noch nicht in allen Produktionszweigen voll durchsetzen - beispielsweise nicht im Maschinenbau und in anderen Zweigen der Fertigwarenindustrie; hieraus ergab sich eine Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie, ein gewisses "Gefälle" der Macht und der Einflußmöglichkeiten zwischen

57 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 14, S. 66 ff.; ab 1879 Durchschnitt von 3 Zechen.

58 Der Ingenieur Carl Otto z. B. fand in den achtziger Jahren weder im Bergbau noch bei der Eisenindustrie Geldgeber zur Entwicklung der wichtigen Koksöfen mit Nebenproduktgewinnung (Verwertung der Kokereiabgase). Er hatte 10 Öfen auf eigene Kosten. Erst ab Mitte der neunziger Jahre führten die großen Bergwerksgesellschaften diese Neuerung ein, die ihnen erhebliche Mehreinnahmen brachte. (Ress, Franz Michael, Geschichte der Kokereitechnik, Essen 1957, S. 243.)

59 Siehe dazu Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bde. 3, 4, 14.

den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie, was wiederum dazu führte, daß die Bemühungen, der Kampf um Einfluß auf staatliche Entscheidungen, um "Einflußsphären" im Staatsapparat sich verstärkten. Die Monopolbildung selbst vollzog sich, in Abhängigkeit von den produktionstechnischen und Marktbedingungen der einzelnen Zweige, dem erreichten Grad der Konzentration, in verschiedenen Typen. Überall da, wo Massengüter mit für längere Zeit eindeutig festlegbaren Eigenschaften produziert wurden (Kohle, Kali, Roheisen, chemische Verbindungen, Baumwollgarn und ähnliches), setzte sich zunächst die Kartell- und Syndikatsform als billigste Form der Monopolerrichtung durch. Die Elektroindustrie entwickelte sich auf der Grundlage "natürlicher" technischer Monopole (Schwachstromindustrie) oder Patentmonopole (Starkstromindustrie) zunächst in Form monopolistischer Konzerne, deren monopolistische Stellung aber dann wieder infolge der überstürzten technischen Entwicklung und des Wegfalls des ehemaligen Patentmonopols untergraben wurde und erst nach einer Periode heftigen Konkurrenzkampfes (neunziger Jahre) und daraus resultierenden Kapitalkonzentrationen und -fusionen im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts auf erhöhter Stufenleiter wieder hergestellt werden konnte. In der chemischen Industrie reichten die relativ leicht herzustellenden Kartellbindungen für einzelne Produkte nicht aus, um die Stellung der Unternehmen im Konkurrenzkampf zu sichern (Anfall zahlreicher Vor-, Hilfs-, Nebenprodukte, breites Produktionsassortiment jedes größeren Unternehmens). Die Monopolisierung auf dem Wege der Konzernbildung erlangte hier größere Bedeutung. In Deutschland wurde darüber hinaus die Konzernbildung in der chemischen Industrie durch das deutsche Patentrecht gefördert, das nicht, wie das englische, den Stoff, sondern das Darstellungsverfahren schützt. Dadurch wurde die rasche Entwicklung immer neuer Darstellungsverfahren für gleiche Endprodukte angeregt; rasche Entwertung vorhandener Patente, Preisunterbietungen durch Kartellaußenseiter, Instabilität der Kartelle waren die Folge, verstärkte Konzernbildung der Ausweg. "Kohle und Eisen - kartelliert und syndiziert, Chemie- und Elektroproduktion - konzentriert und vertrautet - so traten die Industriemonopole in Deutschland ihre Herrschaft am Ende des 19. Jahrhunderts an."⁶⁰

Die Tatsache im Auge zu behalten, daß sich der Monopolisierungsprozeß sehr ungleichmäßig vollzog, daß mit dem Eintritt in das imperialistische Stadium zwar das Monopolkapital dominierendes Gewicht besaß, aber längst nicht alle Bereiche der Ökonomik erfaßt hatte, ist für unsere Problematik außerordentlich wichtig. Geht man nämlich von einer vereinfachten Vorstellung aus, etwa der, daß die Volkswirtschaft eines beliebigen imperialistischen Landes schon seit dessen Eintritt in das imperialistische Stadium eine durchweg monopolistische Struktur besaß, die sich im Laufe der Zeit wenig verändert hat, so liegt der Schluß nicht fern, staatsmonopolistischen Kapitalismus als besonderes Stadium des Imperialismus zu deuten, dem ein "privatmonopolistisches" vorausgegangen sei. Hält man sich jedoch vor Augen, daß die Monopolisierung in den meisten Ländern in mehreren großen Wellen erfolgte, die jedesmal einen größeren Bereich der Volkswirtschaft erfaßten, aber noch immer nicht zum endgültigen Abschluß dieses Prozesses geführt haben, dann muß man sich eben fragen, ob die Phasen der staatsmonopolistischen Entwicklung nicht aufs engste mit den Phasen der Monopolentwicklung zusammenhängen, also direkt mit dem Monopol als ökonomischer Kategorie gekoppelt sind. Lenin bemerkte 1919: "Sagte Marx von der Manufaktur, sie sei ein Überbau über der massenhaften Kleinproduktion gewesen, so sind Imperialismus und Finanzkapitalismus ein Überbau über dem alten Kapitalismus. Zerstört man seine Spitze, so tritt der alte Kapitalismus zutage."⁶¹ Hatte die Monopolisierung in Deutschland bis 1914 bedeutende Bereiche der Ökonomik erfaßt, so doch nicht alle Bereiche, und die ökonomischen Auswirkungen des Monopols - zumindest in bezug auf den binnenwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß - waren noch nicht so tiefgehend wie etwa Ende der zwanziger

60 Ebenda, Bd. 3, S. 131.

61 Lenin, W. I., Bericht über das Parteiprogramm, 8. Parteitag der KPR(B) 18. - 23. März 1919, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 153 f.

ziger und Anfang der dreißiger Jahre. Jedoch verstärkte die Erzielung von Monopolprofit nun die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung. Die Erzielung von Monopolprofiten förderte die Entwicklung der Produktivkräfte und das Wirtschaftswachstum in den monopolistisch organisierten Bereichen und bewirkte sprunghafte Veränderungen im Kräfteverhältnis der einzelnen Monopolkapitale und Kapitalgruppen. In dem Maße, in dem der Regulierungsmechanismus der freien Konkurrenz sich abschwächte, die "Planmäßigkeit" innerhalb der monopolistisch beherrschten Bereiche aber zunahm, verstärkte sich die Anarchie im Reproduktionsprozeß. Die Erzielung von Monopolprofiten, die dadurch bewirkte Kapitalballung größten Ausmaßes, die durch die Monopolisierung gewonnene Möglichkeit strategischen Verhaltens führten zur wachsenden Anwendung von Terror, Gewalt und außerökonomischen Druckmitteln gegenüber Konkurrenten, Monopolaußenseitern, Lieferanten und Abnehmern.

Das Monopol fordere die Staatseinmischung heraus, schrieb Marx. Es sei hier ein Modellfall skizziert, und zwar der Fall des 1893 gegründeten Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, eines der mächtigsten Monopole des kaiserlichen Deutschlands.

Wie weiter oben ausgeführt, waren durch die Wirkungen der freien Konkurrenz die Steinkohlenproduktion zwischen 1874 und 1887 auf das Doppelte gestiegen, die Preise aber auf etwa ein Drittel gesunken. Nun wurde von den Unternehmern Staatshilfe gefordert und auch erreicht. Die staatlichen Eisenbahnverwaltungen ermäßigten die Frachttarife für Kohlen, die zur Ausfuhr bestimmt waren, und erleichterten damit den Konkurrenzkampf mit der englischen Kohlenherzeugung bedeutend. Aber entscheidend verändert wurde die Lage dadurch noch nicht. Die entscheidende Veränderung sollte die Monopolbildung bringen. Jahrelang dauerten die Einigungsversuche, die Verhandlungen und Kämpfe zwischen den Unternehmern, bis schließlich - über verschiedene Zwischenstufen - 1893 das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat zustande kam, das zunächst etwa 80 Prozent, zehn Jahre später 100 Prozent der Steinkohlenförderung des rheinisch-westfälischen Reviers erfaßte. Die Produktion wurde reguliert, die Preise stiegen, die Profite stiegen, technische Neuerungen, die größere Investitionen erforderten, konnten wieder durchgeführt werden, kurz: Die Reproduktionsbedingungen des Kapitals innerhalb des Zweiges verbesserten sich. Aber: Das Syndikat konnte nun Marktstrategie betreiben, wodurch schließlich der volkswirtschaftliche Reproduktionsprozeß erheblich gestört und wiederum der Staat auf den Plan gerufen wurde.

Noch Ende der achtziger Jahre hatten staatliche Stellen die Syndikatsbildung unterstützt. Das "Darniederliegen" des Steinkohlenbergbaus hatte die Oberpräsidenten der westlichen preußischen Provinzen veranlaßt, den Einigungsprozeß der betreffenden Unternehmer aktiv zu fördern.

An der Jahrhundertwende aber lagen die Dinge so: Die Produktions- und Exportpolitik des Syndikats hatte dazu geführt, daß die inländische Nachfrage nicht mehr befriedigt werden konnte. Das Syndikat hatte eine Reihe älterer Schächte stillgelegt, den Export enorm gesteigert und übte auf inländische Abnehmer durch Preise und Lieferungsbedingungen einen harten Druck aus. Im Hochkonjunkturjahr mußten Industriebetriebe stillgelegt werden, weil sie keine Kohlen bekamen, während der Kohlenexport des Syndikats noch wuchs. Eine Welle der Empörung erfaßte weite Kreise nichtmonopolistischer Unternehmer und anderer Verbraucher. Politische Parteien - auch bürgerliche - nahmen sich der Sache an, im Reichstag wurden Forderungen nach staatlicher Kartellaufsicht gestellt, die Reichsleitung hielt es schließlich für opportun, eine Kartellenquête durchzuführen. Irgendwelche praktischen ökonomischen Auswirkungen hatte das zunächst nicht. Konkrete Maßnahmen wurden nicht ergriffen. Im preußischen Staatsministerium jedoch machten sich bald stärkere Bedenken geltend: Das Syndikat hatte seine Marktstrategie nicht geändert, es erwies sich als festes, von außen schwer zu beeinflussendes Machtgebilde, als "Staat im Staate"; es hatte zwar bisher die Staatseisenbahnen noch zu gewissen Vorzugsbedingungen beliefert, aber welche Garantie gab es dafür, daß das so bleiben würde? Welche Situation würde sich im Kriegsfall er-

geben? Im Jahre 1904 unternahm der preußische Handelsminister den bis dahin noch nicht dagewesenen Versuch, durch einen Börsencoup den Staat zum Syndikatsmitglied zu machen. Der Versuch, in aller Stille die Aktienmehrheit eines der größten Syndikatsteilnehmer, der Bergwerksgesellschaft Hibernia, aufzukaufen, mißlang. Das Monopolkapital leistete entschlossenen Widerstand. Mit Hilfe einiger Großbanken wurde der sogenannte "Trotztrust" organisiert, eine Holdinggesellschaft, die einen weiteren Verkauf von Aktien verhinderte und durch Heraussetzung des Aktienkapitals das schon vom Staat erworbene Aktienpaket zur Minorität absinken ließ. Der preußische Staat war somit lediglich Großaktionär einer Teilnehmergesellschaft des Syndikats geworden, Sitz und Stimme im Syndikat hatte er nicht erhalten. Er verstärkte nun die eigene unternehmerische Tätigkeit, kaufte Kohlenfelder und Gruben im rheinisch-westfälischen Revier, und in der Novelle zum Berggesetz von 1907 wurde zum ersten Mal ein Staatsvorbehalt für Mutungen auf Steinkohle erlassen. Schließlich kam es dann während des ersten Weltkrieges zur Einigung des preußischen Fiskus mit dem Kohlensyndikat. Durch vollen Erwerb der Bergwerksgesellschaft Hibernia wurde der preußische Staat schließlich Mitglied des Kohlensyndikats.

Nachdem also der Staat zu Beginn als Geburtshelfer des Monopols gewirkt hatte, führte der Weg über Konflikte und Kämpfe schließlich zur Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht.

In diesem Modellfall zeigt sich der allgemeine, gesetzmäßige Zusammenhang zwischen dem Übergang von der freien Konkurrenz zum Monopol, höherem Vergesellschaftungsgrad und planmäßiger Produktion innerhalb des Monopols, Störung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, Außerkraftsetzung des regulierenden Konkurrenzmechanismus.

Gesamtvolkswirtschaftliche Regulierungen werden zur zwingenden Notwendigkeit, und dies kann unter den Kräfteverhältnissen der monopolkapitalistischen Epoche eben nicht anders verwirklicht werden als durch "Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates".

Zum Verständnis des Zusammenhangs zwischen Monopolbildung und staatsmonopolistischer Entwicklung müssen noch weitere Gesichtspunkte erörtert werden. Zunächst muß beachtet werden, daß von einem monopolistischen Gebilde, das den Markt absolut oder nahezu absolut beherrscht, andere Wirkungen auf den Reproduktionsprozeß ausgehen als etwa von fünf in einem Zweig konkurrierenden großen Konzernen. Ein marktbeherrschendes Syndikat, wie etwa das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, konnte durch zielbewußte Produktions- und Exportpolitik den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß sehr empfindlich stören; es erzeugte dadurch eine stärkere "Herausforderung zur Staatseinmischung" als etwa die Chemiekonzerne, die vor dem ersten Weltkrieg noch heftig miteinander konkurrierten, noch nicht in dem Ausmaß Marktstrategie betreiben konnten und den spontanen Wirkungen des Wertgesetzes stärker unterworfen waren, aber eben auch dessen Regulierungsfunktion stärker Rechnung tragen mußten.

Je stärker also die Auswirkungen des Monopols auf den Reproduktionsprozeß sind - und diese Stärke hängt sowohl vom Typ des einzelnen Monopolgebildes als auch von dem Umfang ab, in dem die Monopolisierung bereits die Ökonomik erfaßt hat -, desto stärker wird sich die Herausforderung zur Staatseinmischung geltend machen. Die Geschichte zeigt aber, daß das Monopolkapital Versuchen zur staatlichen Regulierung des Reproduktionsprozesses immer erneut - und zwar bis heute - Widerstand entgegensetzt: Bedeutet doch Produktionsregulierung durch den Staat immer auch Profitregulierung, und dies steht eben im Widerspruch zum Prinzip der Profitmaximierung, das dem Kapital innewohnt. Bestrebungen zur Produktionsregulierung von seiten des Staates fördern daher im allgemeinen die Bestrebungen der Monopolkapitalisten, Einfluß auf den Staatsapparat zu gewinnen, und zwar, um Regulierungen zu verhindern oder nur solche Regulierungen zuzulassen, die für das Monopolkapital im ganzen (Lohnregulierungen) oder für einzelne seiner Gruppen günstig sind. Etwas zugespitzt

formuliert: Der Grad der Verschmelzung zwischen Monopolen und Staat und das Ausmaß der staatlichen Regulierung des Reproduktionsprozesses müssen sich nicht gleichläufig entwickeln, sondern ihre Entwicklung kann direkt gegenläufig sein. Gerade dieser Umstand macht es schwierig, den Grad der staatsmonopolistischen Entwicklung zu bestimmen.

Wenn also die These formuliert wurde, das Monopol fordere mit seinem Entstehen die Staatseinmischung heraus, so muß man diese These nun erweitern: Versuche der Staatseinmischung fordern die Einwirkung der Monopolvertreter auf die Staatstätigkeit heraus. Die Verflechtung von Staat und Ökonomik erhält mit dem Entstehen des Monopolkapitals eine neue Qualität, aber diese neue Qualität muß sich nicht immer sofort in stärkerer Regulierung des Reproduktionsprozesses durch den Staat zeigen, sondern kann sich auch - so paradox das zunächst klingt - im Unterbleiben objektiv notwendig gewordener Regulierungen äußern.

Es liegt auf der Hand, daß sich aus dieser Sachlage eine große Mannigfaltigkeit der Formen staatsmonopolistischer Verschmelzung und ihrer Auswirkungen ergeben muß. Das Kräfteverhältnis zwischen Staatsapparat und Monopolbourgeoisie oder Gruppen derselben spielt hier eine Rolle - die relative Eigenständigkeit der Staatsmacht erlaubt es durchaus, hier von Kräfteverhältnissen zu sprechen -, die Staatsform, die Struktur der Staatsmaschinerie ebenso wie das politische Gewicht der monopolistischen Gruppen, der Grad ihres Einflusses in den politischen Parteien, in Parlamenten, in der Presse usw.

Die historisch entstandenen Formen der Machtausübung der herrschenden Klasse in den verschiedenen Ländern, die Staatsform, die jeweils beim Eintritt in das imperialistische Stadium existierte, hatten gewiß eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Art und Weise der staatsmonopolistischen Entwicklung in den jeweiligen Ländern. Die Besonderheiten der staatlichen Struktur im imperialistischen Deutschland vor 1914 sollen im Abschnitt 3.2.5. noch erörtert werden.

Eine starke Triebkraft für die Verschmelzung der wirtschaftlichen Kommandohöhen mit denen des Staates ergibt sich aus den neuen Bedingungen der außenwirtschaftlichen Reproduktion des Kapitals im Imperialismus. Akkumulieren, expandieren muß das Kapital, bei Strafe seines Untergangs, in allen seinen Entwicklungsstadien. Über die Schaffung des Weltmarktes und die Aufteilung der Welt schrieb Marx und Engels bereits im Kommunistischen Manifest: "Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit aller Nationen voneinander."⁶²

62 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 465 f.

Infolge dieser Expansion ist die Welt bereits im großen und ganzen in Einflußgebiete aufgeteilt, als der Kapitalismus der freien Konkurrenz beginnt, in den Monopolkapitalismus hinüberzuwachsen. Wie die Geschichte der großen Kolonialeroberungen zeigt, ging in früheren Stadien des Kapitalismus im allgemeinen der staatlichen Besitzergreifung die Eroberung und Durchdringung der betreffenden Gebiete durch das Kapital voraus. Auch diese Phase der kapitalistischen Expansion erzeugte Reibungen und Konflikte zwischen den Staaten, zeitigte Erscheinungen der Verflechtung zwischen Staatsmacht und Kapitalmacht. Jedoch nehmen sowohl die zwischenstaatlichen Konflikte als auch die "inneren" Verflechtungsercheinungen in der Epoche des Monopolkapitalismus einen anderen Charakter an. Dies hängt zunächst mit der Veränderung sowohl der "inneren" als auch der "äußeren" Reproduktionsbedingungen des Kapitals in dieser Epoche zusammen.

Da der Konkurrenzkampf mit der Bildung der Monopole nicht aufgehoben, sondern auf eine neue Stufe gehoben wird, wirkt auch der Zwang zu ständig erweiterter Reproduktion mit verstärkter Kraft. Die erweiterte Reproduktion der riesigen Kapitalassoziationen wiederum vollzieht sich auf einer viel höheren Stufenleiter als die der einzelnen Privatkapitale, wodurch der dem Kapital innewohnende Expansionsdrang neue Ausmaße und eine stärkere Stoßkraft erhält.

Dieses verstärkte Expansionsstreben der "nationalen" Monopolkapitale trifft auf dem Weltmarkt zusammen und erzeugt neue Bedingungen für die "äußere" - besser vielleicht: außenwirtschaftliche - Reproduktion. Der Konkurrenzkampf um Absatzmärkte, Kapitalanlagensphären, Rohstoffquellen verschärft sich außerordentlich, zumal einige "neue Industrien", die "nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden", sich gerade in der Periode der Herausbildung des Monopolkapitalismus so enorm entwickelten. So forcierte zum Beispiel der technisch-wissenschaftliche Vorsprung der führenden kapitalistischen Länder in der Chemie- und Elektroindustrie den Waren- und Kapitalexport - diesen besonders in Form von Investitionsgütern - auch auf fernerliegende Märkte. Gleichzeitig erforderte das Wachstum neuer und die technische Entwicklung der älteren Zweige viel größere Mengen und neue Arten von Rohstoffen (Elektroindustrie: Kupfer, Kautschuk; Rüstungsindustrie, Fahrzeug- und Motorbau: Edelmetalle, das heißt Legierungsstoffe wie Wolfram, Molybdän, Mangan, Vanadium, Chrom, Nickel). In Deutschland entwickelte sich zudem als Folge des starken Wachstums der Schwerindustrie ein rasch steigender Importbedarf an Eisenerzen und Roheisen. Aus den von Hoffmann errechneten Indizes für Deutschland ist zu entnehmen, daß die "Importabhängigkeit" am stärksten bei Roheisen anstieg, die "Exportabhängigkeit" am stärksten in den Zweigen Metallverarbeitung und Chemie, daß aber in der gesamten Industrie die Exportabhängigkeit stärker stieg als die Importabhängigkeit.⁶³

Der verschärfte Konkurrenzkampf der riesigen Kapitalassoziationen auf dem Weltmarkt muß folgerichtig zur Bildung internationaler Monopole führen, die auch in Einzelfällen schon vor 1914 entstanden - in durchaus bedeutenden Einzelfällen, wenn man etwa an das Abkommen zwischen der AEG und der General Electric Company denkt, das eine Aufteilung der Märkte und Kapitalanlagensphären beinhaltete -, die aber die Struktur der Weltwirtschaftsbeziehungen noch nicht entscheidend prägten. Die Zerfallstendenzen sind bei internationalen Monopolen noch stärker als bei "nationalen", da die Entwicklungsbedingungen der Teilnehmer noch ungleichartiger sind als bei denen von Monopolvereinigungen auf

63 Import- bzw. Exportabhängigkeit = Import- bzw. Exportvolumenindex geteilt durch den Produktionsindex der betreffenden Branche (Hoffmann, Walther Gustav, a. a. O., S. 158 f., 163).

"nationaler" Basis. (Vergleiche dazu Lenins Auseinandersetzung mit Kautsky über die Illusion, die Monopole könnten auf "friedlichem" Wege zu einem Weltmonopol zusammenwachsen.⁶⁴)

War das "privatmonopolistische" Mittel zur Abschwächung des internationalen Konkurrenzkampfes, die monopolistische Vereinigung mit dem "fremden" Konkurrenten, vorerst nur unter besonders günstigen Umständen erfolgreich, so blieb als Alternative die stärkere Ausnutzung und Einschaltung der "eigenen" Staatsmacht zum Schutz und zur Förderung der eigenen Expansion und zur Schwächung der fremden Konkurrenten. Der Umschlag von Konkurrenz zum Monopol zeigt sich daher auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht hauptsächlich in der Bildung internationaler Monopole, sondern hauptsächlich in der zunehmenden monopolistischen Abschließung der einzelnen Volkswirtschaften, in der Ausbildung "monopolistischer Prinzipien" in der Außenwirtschafts- und Außenpolitik, wie Lenin dies formulierte, mit gleichlaufender zunehmender Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht. So gingen zum Beispiel allmählich alle, auch die stark entwickelten kapitalistischen Länder zum System der Hochschutzzölle über, das den Monopolen die binnenwirtschaftliche Expansion sicherte, indem es fremde Konkurrenten ausschloß, und gleichzeitig die außenwirtschaftliche Expansion förderte, indem es den Monopolen die Dumpingpolitik ermöglichte. Auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen verläuft die Entwicklung ganz analog der in der Produktion selbst. Marx schrieb bereits in seiner Auseinandersetzung mit Proudhon: "... wir wissen alle, daß die Konkurrenz aus dem feudalen Monopol hervorging. So war die Konkurrenz ursprünglich das Gegenteil des Monopols und nicht das Monopol das Gegenteil der Konkurrenz. Das moderne Monopol ist somit nicht eine einfache Antithese, sondern im Gegenteil die wahre Synthese. These: das feudale Monopol, Vorgänger der Konkurrenz. Antithese: die Konkurrenz. Synthese: das moderne Monopol, welches die Negation des feudalen Monopols ist, insofern es die Herrschaft der Konkurrenz voraussetzt, und welches die Negation der Konkurrenz ist, insofern es Monopol ist."⁶⁵ Feudalabsolutistischer Protektionismus, Freihandel, monopolistische Abschließung der einzelnen Volkswirtschaften bei gleichzeitiger Expansion (das "moderne Monopol", die "Synthese") sind die außenwirtschaftlichen Entsprechungen dieser Entwicklung.⁶⁶

Vor dem ersten Weltkrieg waren es unter den führenden kapitalistischen Ländern gerade die Länder mit dem stärksten Wirtschaftswachstum und der stärksten Monopolkonzentration - Deutschland, die USA, Japan -, die das Mittel des modernen Protektionismus besonders entwickelten. Während jedoch die Vereinigten Staaten einen riesigen inneren Markt (USA 1913 = 36 Prozent der Weltproduktion, 11 Prozent Anteil am Weltaußenhandel) und große Rohstoffvorkommen besaßen, war für die deutschen Monopole die Eroberung neuer Märkte, Rohstoffquellen und Kapitalexportmöglichkeiten das Hauptproblem, und zwar ein Existenzproblem! Gelöst werden konnte es nur durch engste Kooperation und Verflechtung mit staatlichen Institutionen. Begünstigt wurde diese Verflechtung zweifellos - unter anderem - durch die Spezifik des deutschen Bankwesens.

Während zum Beispiel die Banken in England sich jeweils auf bestimmte Zweige des Bankgeschäfts spezialisiert hatten (Depositenbanken, Wechselbanken usw.), entwickelte sich in

64 Vgl. Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a. a. O., S. 275 ff.

65 Marx, Karl, Das Elend der Philosophie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 163.

66 Wobei nicht in jedem Fall alle diese Stufen durchlaufen werden. Über den japanischen Kapitalismus könnte man sagen, daß er sich gleich auf der dritten Stufe entwickelte, daß er sozusagen als staatsmonopolistischer Kapitalismus auf die Welt kam.

Deutschland der Typus der Universalbank, die alle traditionellen Bankgeschäfte und darüber hinaus Industriefinanzierung betrieb. Die Struktur des englischen - also im wesentlichen des Londoner - Bankwesens entsprach sicher der Rolle Londons als Welthandels- und Bankplatz, indem es der internationalen Kundschaft größte Sicherheit garantierte. Für die englische Industrie aber war es schwierig, langfristige Kredite zu bekommen, weshalb sie stärker auf Selbstfinanzierung angewiesen war als die deutsche. Umgekehrt entsprach die Universalbank, die zum Beispiel die kurzfristigen Einlagen der Depositenkundschaft in langfristige Kredite und Beteiligungen für die Industrie "verwandelte", was größeres Risiko für die Kundschaft und sinkende Liquidität der Banken zur Folge hatte, sicherlich mehr den Bedürfnissen des deutschen Kapitalismus als Spätkömmling, indem sämtliches potentielle Kapital mobilisiert und zentralisiert wurde, und zwar hauptsächlich für die Entwicklung der Industrie. Hierdurch wurde aber - neben dem das industrielle Wachstum fördernden Effekt - vor allem die enge Verflechtung, ja Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital, also die Herausbildung des Finanzkapitals, beschleunigt. Mehr noch: Durch diesen Banktyp, so möchten wir behaupten, wurde auch, und zwar nun von der Finanzseite her, die Verflechtung von Industriemonopolen und Staat gefördert. Besonders enge Zusammenarbeit zwischen Bankkapital und Staat ist auch für den vormonopolistischen Kapitalismus charakteristisch. (Vielleicht sollte man hinzufügen: Das ist sogar eine uralte Geschichte.) Man denke nur an die Plazierung von Staatsanleihen und Auslandsanleihen, wodurch zumindest die großen Emissionsbanken viel größeren Einfluß auf den Staatsapparat ausüben konnten als im allgemeinen große Industrieunternehmen, soweit sie nicht auf dem Rüstungsgebiet produzierten. Indem nun aber seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das Bankkapital sich mit dem Kapital der sich monopolistisch organisierenden Industrie immer enger verflocht, wurden auch die Industriemonopole immer mehr in das Netz der Finanzbeziehungen, das die Banken mit den verschiedenen Staatsorganen verband, einbezogen.

Es liegt auf der Hand, daß diese "Organisiertheit"⁶⁷ des deutschen Imperialismus seinem Expansionsdrang eine besondere Stoßkraft verleihen mußte: Sie ermöglichte eine Koordinierung der Ausweitung von Warenexport und Kapitalexport und der staatlichen Maßnahmen. Die deutschen Großbanken betrieben zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Geschäft mit Auslandsanleihen, wie auch in den achtziger Jahren, in Zusammenarbeit mit der Reichsleitung, nur im größeren Umfang und mit ausgeprägt imperialistischer Zielsetzung, was notwendigerweise die Zusammenarbeit vertiefen mußte. Kuczynski zitiert in diesem Zusammenhang eine Tagebucheintragung von Kiderlen-Wächter, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, vom 25. September 1910: "Gestern war wieder ein netter Tag: von 3 bis 1/2 8 Uhr war ich nicht eine Minute allein. 3 Uhr der bulgarische Geschäftsträger, der das Agrément für Geschöff nachsuchte; dann Schwabach: ungarische Anleihe; dann der Reichskanzler: Zarenbesuch! 5 Uhr Gwinner und Helfferich: Petroleum, türkische Anleihe, Nachfolger für Testa, der sehr krank sein soll. Dann noch verschiedene Vorträge und um 7 Uhr Salomonsohn über dieselben Sachen wie Gwinner, nur genau im entgegengesetzten Sinne."⁶⁸ Die gleichen Großbanken aber, die hier den Kapitalexport in Form von Auslandsanleihen organisierten, waren nun eng mit der Industrie verflochten und mußten ein Interesse daran haben - ein über das reine Geschäftsinteresse als Bank hinausgehendes -, auch den Kapitalexport in Form von Industrieanlagen, Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland usw. zu fördern. Mehr noch,

67 Lenin benutzt diesen Ausdruck in folgendem Zusammenhang: Deutschland sei "das Muster eines fortgeschrittenen kapitalistischen Landes, das in der Organisiertheit des Kapitalismus, des Finanzkapitalismus, Amerika übertraf". (Lenin, W. I., Bericht über das Parteiprogramm, 8. Parteitag der KPR(B) 18. - 23. März 1919, in: Werke, Bd. 29, a. a. O., S. 155.)

68 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 4, S. 99 f. (Hervorhebung von J. K.)

sie mußten sogar ein Interesse daran haben, den Warenexport der deutschen Industrie, insbesondere aber der mit ihnen eng verflochtenen Industriemonopole, zu fördern. So gingen zum Beispiel die seit 1900 zunehmenden Instruktionen an die deutschen Konsuln, alle Möglichkeiten der Exportförderung auszuschöpfen - auch deutsche Ingenieure für die Tätigkeit in ausländischen Unternehmen anzuwerben! -, auf direkte Vorstellungen der Deutschen und der Dresdner Bank beim Reichskanzler Bernhard von Bülow zurück.⁶⁹

Die besondere "Organisiertheit" des deutschen Monopolkapitalismus ist zweifellos als eine der Komponenten seiner besonderen Aggressivität zu betrachten.

Die geschilderten Entwicklungen auf dem Gebiet der außenwirtschaftlichen Reproduktion des Monopolkapitals mußten unter den Bedingungen der bereits abgeschlossenen territorialen Aufteilung der Welt zu tiefgehenden Konflikten führen, die schließlich im Weltkrieg gipfelten, der wiederum die "Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates" ungeheuer vorantrieb.

3.2.4. Sozialstruktur, Klassenkämpfe

Bisher ist versucht worden, zu skizzieren, wie durch die Entfaltung der inneren Widersprüche des Kapitalismus sich im betrachteten Zeitraum in Deutschland die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse entwickelten, wie die Konkurrenz umschlug in das Monopol, das die Staatseinmischung herausfordert. Nunmehr muß erörtert werden, wie sich die Klassenwidersprüche entwickelten, insbesondere der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der Ausdruck des Grundwiderspruchs des Kapitalismus auf der sozialen Ebene ist, und wie von dieser Seite her die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus gefördert wurde. Betrachten wir zunächst einige wesentliche Veränderungen in der Sozialstruktur.

Die Bevölkerung wuchs in der Zeit zwischen 1870 und 1914 stärker als in England und Frankreich, und zwar von 41 Millionen auf 67 Millionen.

Infolge des raschen industriellen Wachstums verdreifachte sich die Zahl der in den nichtlandwirtschaftlichen Zweigen Beschäftigten, wobei die Zahl der in den landwirtschaftlichen Zweigen Beschäftigten ebenfalls noch absolut zunahm, die Relation zwischen den beiden Gruppen sich aber umkehrte (Tabelle 4).

Innerhalb der Gruppe der nichtlandwirtschaftlich Beschäftigten aber wuchs die Zahl der Industriearbeiter zwischen 1887 und 1914 um 100 Prozent⁷⁰ - während sie zum Beispiel in Frankreich im etwa gleichen Zeitraum (1886 bis 1911) nur um 17 Prozent zunahm⁷¹ -, wobei noch von Bedeutung ist, daß sich ein großer Teil der wachsenden Arbeiterbevölkerung in den industriellen Ballungsgebieten - Ruhrgebiet, Sachsen, Berlin, Oberschlesien - konzentrierte.

Die Bourgeoisie wuchs ebenfalls noch ihrem Umfang nach. Genaue statistische Angaben sind schwierig zu treffen, aber in unserem Zusammenhang nicht so wesentlich. Als Gradmesser für die Steigerung der ökonomischen Stärke der Bourgeoisie ist die oben angegebene Steigerung der Industrieproduktion anzusehen, wobei zu berücksichtigen ist, daß der größte Teil

69 Vgl. Weinberger, Gerda, Die deutschen Konsuln. Ihre Rolle in der ökonomischen Expansion des deutschen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 2, S. 221 f.

70 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 4, S. 316.

71 Ebenda, Bd. 33: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich seit 1848, Berlin 1968, S. 99 und 198; Arbeiter insgesamt.

des gesamten ökonomischen Potentials schließlich in die Verfügungsgewalt einiger hundert Vertreter der Finanzoligarchie gelangte.

Tabelle 4

Anteil der Beschäftigtengruppen an der Zahl der Gesamtbeschäftigten⁺

Periode	Beschäftigte insgesamt in 1 000	Anteil der Beschäftigten in	
		Landwirtschaft Forstwirtschaft Fischerei in %	Bergbau, Salinen, Industrie, Handwerk, Handel, Banken, Versicherung, Gaststätten in %
1861/71	16 450	50,9	34,8
1895/99	24 277	40,0	47,2
1910/13	30 243	35,1	52,5
1955/59 ⁺⁺	24 521	16,5	69,3

+ Hoffmann, Walther Gustav, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 35.

++ Westdeutschland.

Während des ganzen hier betrachteten Zeitraums stieg das Kapitaleinkommen schneller als das Arbeitseinkommen, so daß der Anteil des letzteren am Volkseinkommen durchschnittlich alle vier Jahre um 1 Prozent sank.⁷²

Das Wachstum der intensiven Ausbeutung, die Entfaltung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktion, die innerhalb des hier betrachteten Zeitraumes fünf Wirtschaftskrisen auslösten (1873/75 betrug die Krisenverluste durch Produktionsausfall 2,5 Milliarden Mark, 1890/93 und 1900/02 je 1 Milliarde Mark; als Vergleich dazu betrug der geschätzte Wert der Jahresproduktion von 1880 4 Milliarden Mark), die damit verbundene starke Schwankung der Beschäftigung⁷³ - all dies bewirkte eine Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Es kam zu einer starken Entfaltung des Klassenkampfes, was in Verbindung mit der Tatsache, daß die Erfahrungen der Pariser Kommune bereits vorlagen und der Marxismus als revolutionäre Theorie sich bereits herausgebildet hatte, dazu führte, daß sich das Zentrum der revolutionären Arbeiterbewegung bis zu Beginn des 20. Jahr-

72 Vgl. Hoffmann, Walther Gustav, a. a. O., S. 87.

73 Die Arbeitslosigkeit schwankte im Durchschnitt der Wirtschaftszyklen zwischen 1887 und 1914 nur wenig um 3 Prozent. Jedoch, bemerkt Kuczynski, "der Prozentsatz der Bevölkerung, der der Plage der Arbeitslosigkeit unterliegt, ist während der hier beobachteten Jahre wesentlich gewachsen. Selbst wenn also der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit in der Arbeiterschaft stagniert hatte, wuchs doch der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, und die absolute Zahl der Arbeitslosen ging von Jahrzehnt zu Jahrzehnt herauf." (Kuczynski, Jürgen, a. a. O., Bd. 4, S. 316.)

hunderts nach Deutschland verlagerte.⁷⁴ Doch scheint es für unsere Thematik wichtig, zu beachten, daß selbst dann, als sich das Zentrum der revolutionären Bewegung bereits nach Rußland verlagert hatte, der politische Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland weit stärker war und zu für die Bourgeoisie bedrohlicheren Ergebnissen führte als etwa in England oder den USA. Die Tatsache nämlich, daß zum Beispiel bei den Reichstagswahlen die Sozialdemokraten in zunehmendem Maße die industriellen Wahlkreise für sich eroberten und die Zahl der Unternehmervertreter im Reichstag sank, bildete eine nicht geringe Triebkraft dafür, daß die Unternehmer ihre Einflußnahme auf den Staatsapparat verstärkten, dessen Gewicht ohnehin in Deutschland größer war als das der Parlamente, während sich etwa in England und Amerika, wo es starke bürgerliche Parteien gab, zunächst mehr das System des Lobbyismus entwickelte.

Diese relativ schwache parlamentarische Position der Bourgeoisie, insbesondere der Monopolbourgeoisie in Deutschland seit den neunziger Jahren - die natürlich in einem ganzen Komplex von Ursachen begründet war, von denen die bisher genannten aber wesentlich sind -, führte einerseits dazu, daß die Unternehmerverbände immer mehr politische Funktionen erhielten und zu Instrumenten der Einflußnahme auf den Staatsapparat ausgebaut wurden; andererseits aber, was vielleicht noch wichtiger ist, kam dadurch die in der Unternehmerschaft schon verbreitete antidemokratische, besser vielleicht antiliberalen oder antiparlamentarische Einstellung zu neuer Entfaltung, und zwar insbesondere im schwerindustriellen Flügel der Monopolbourgeoisie. In diesen Kreisen wurden parlamentarische Herrschaftsformen, die ja in Deutschland im Rahmen der halbkonstitutionellen Monarchie ohnehin erst schwach entwickelt waren, als Herrschaftsform der Bourgeoisie überhaupt abgelehnt, und zwar immer schärfer und nachdrücklicher, so daß sich eine direkte Entwicklungslinie von hier bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur ziehen läßt (die sogar in personeller Kontinuität vorhanden ist - zum Beispiel in der Person Emil Kirdorfs).

Aber nicht nur die Zuspitzung des Klassenkampfes im parlamentarischen Bereich erzeugte eine verstärkte Tendenz zur Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht, sondern gerade auch die im außerparlamentarischen Bereich. Die großen Streikkämpfe - der Streik der Crimmitschauer Textilarbeiter, der Ruhrbergarbeiterstreik 1905, die großen politischen Massenstreikaktionen der folgenden Jahre - erschütterten die Stabilität der Gesellschaft in ganz anderem Maße als die Streikkämpfe in früheren Jahrzehnten.

Jedoch bleibt festzustellen, daß diese Erschütterungen noch nicht so weit gingen wie in den letzten Jahren der Weimarer Republik, wobei unter anderem auch im Auge zu behalten ist, daß die Wirtschaftsentwicklung noch stark ansteigend war. Die Tendenz, die Gesellschaft in ein "Militärzuchthaus" für die Arbeiter zu verwandeln, die sich im ersten Weltkrieg und dann im Faschismus in brutalster Weise entfaltete, konnte sich vor 1914 noch nicht durchsetzen, obwohl sie sich auch damals, wie angedeutet, in den Forderungen und Praktiken mächtiger Monopolcliquen äußerte. Selbstverständlich gab es auch in den Jahrzehnten zwischen dem Fall des Sozialistengesetzes und dem Kriegsausbruch unzählige Beispiele für die Anwendung von Terror und Zwang gegenüber Arbeitern und ihren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Für ein Regime strengster militärischer Disziplin und härtester Unterdrückung aller gewerkschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiter innerhalb ihrer Betriebe waren insbesondere viele der Schwerindustrieunternehmen berüchtigt, die staatlichen Gewalten ließen es nicht an hartem Vorgehen gegenüber Streikenden fehlen, es wurden Versuche unternommen, auf legislativem Wege die Koalitions- und Vereinsfreiheit zu beschneiden und abzuschaffen usw. Dennoch muß man feststellen, gerade um die spä-

74 Siehe dazu die detaillierte Darstellung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bde. 1 u. 2, Berlin 1966.

tere Entwicklung deutlicher zu machen, daß es bis 1914 nicht gelungen war, ein wirksames einheitliches Unterdrückungssystem zu schaffen. Vielmehr müssen wir die - zunächst fast erstaunliche - Tatsache verzeichnen, daß sich in der Innenpolitik - zumindest der Reichsleitung - etwa ab 1900 gegenüber der Linie des offenen Terrors eine andere Konzeption stärkere Geltung verschaffte. Diese Konzeption zielte auf eine innenpolitische Entspannung durch vorsichtige und behutsame Taktik gegenüber der Arbeiterbewegung; durch sozialpolitische und wahlrechtliche Zugeständnisse hoffte man, die kompromißgeneigten Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung zu stärken, die Revolutionsgefahr abzuwenden und die Arbeiterschaft als füsamen "Sozialpartner" für die Fortexistenz der bürgerlichen Ordnung zu gewinnen.

Abgekürzt und auch spätere Zeiträume ins Auge fassend, könnte man dies als Linie der "staatsmonopolistischen Manipulierung" der Arbeiterklasse bezeichnen. Ebenfalls spätere Zeiträume ins Auge fassend und etwas grob schematisierend, könnte man ferner sagen, daß sich in Deutschland abwechselnd die Militärzuchthauslinie und die Manipulierungslinie durchsetzte, während etwa in England und den USA vorwiegend die Manipulierung zu beträchtlicher Perfektion ausgebaut wurde.

Prinzipiell handelt es sich bei diesen beiden Linien um taktische Varianten zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, und prinzipiell erhöhen sich mit zunehmender Verschmelzung von Staats- und Monopolmacht die Möglichkeiten zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, sowohl diejenigen der Manipulierung als auch diejenigen der offen terroristischen Unterdrückung. Von den jeweiligen Konstellationen der Klassenkräfte, von der konkreten Art der Zuspitzung der Klassenwidersprüche, von der subjektiven Einschätzung der Lage durch die Monopolbourgeoisie (von welcher Variante man einen größeren "Stabilisierungseffekt" erwartet) hängt es ab, welche der beiden taktischen Linien sich durchsetzt, wobei natürlich auch Synthesen zwischen beiden versucht werden - und die Synthesen vielleicht häufiger sind als die "reinen" Varianten.

In der Gegenwart, unter den Bedingungen erneut wachsender innenpolitischer Labilität in allen imperialistischen Hauptländern, erscheint die Kombination dieser Varianten den herrschenden Schichten offenbar am aussichtsreichsten. Walter Ulbricht stellte auf der Internationalen wissenschaftlichen Session des ZK der SED zum 150. Geburtstag von Karl Marx im Mai 1968 fest: "Um dem Druck der Volksmassen zu begegnen und die Wirksamkeit des sozialistischen Gesellschaftsmodells aufzufangen, ist die Großbourgeoisie bemüht, ein 'gesamtschaftliches Konzept' der 'Integration' aller Klassen und Schichten unter ihrer Führung zu entwickeln. Dabei kombiniert sie autoritäre staatliche Herrschaftsmethoden und materielle Konzessionen mit geistiger Manipulierung."⁷⁵

Wenn weiter oben gesagt wurde, es handele sich bei beiden Linien um staatsmonopolistische Methoden, so könnte man natürlich einwenden, daß die Methode der offenen, brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse so alt ist wie der Kapitalismus selbst, daß man vielmehr die Methode der Manipulierung als das Neue betrachten müsse, das sich erst mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickeln konnte, insofern als sich einerseits erst mit dem Aufkommen des Imperialismus der soziale Ansatzpunkt für die Manipulierung, die Arbeiteraristokratie, herausbildete, andererseits sich erst mit der Verschmelzung von Staats- und Monopolmacht die Möglichkeit ergab, sämtliche Mittel der ideologischen, politischen und ökonomischen Korrumpierung der Arbeiterklasse koordiniert einzusetzen.

Jedoch liegt es auf der Hand, daß alte Methoden sich wandeln, im Rahmen des Gesamtsystems einen neuen Charakter annehmen können; daß das ganze System des außerökonomischen Zwanges, das etwa während des ersten Weltkrieges und während der Zeit des Faschismus in Deutschland entwickelt wurde, eine neue Qualität der Unterdrückung darstellt gegen-

75 Ulbricht, Walter, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin 1969, S. 55 f.

über den Methoden, die beispielsweise die herrschenden Klassen Englands zu Beginn des 19. Jahrhunderts oder diejenigen Deutschlands während der Bismarck-Ära mit Hilfe des Staatsapparates gegenüber der Arbeiterklasse anwandten; daß diese neue, staatsmonopolistische Qualität am besten in dem Leninschen Gleichnis vom Militärzuchthaus erfaßt ist.

Neben den Qualitätssprüngen muß man aber auch die Kontinuitäten in der historischen Entwicklung sehen. Zweifellos war ein Land wie Deutschland, in dem ein "mit feudalem Beisatz vermischter, ... bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus"⁷⁶ noch über die kurze Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Imperialismus gewissermaßen hinübergerettet worden war, besonders disponiert für die Anwendung der staatsmonopolistischen Militärzuchthauslinie. Und zweifellos hatte auch die staatsmonopolistische Manipulierungskonzeption, die sich, wie angedeutet, als Methodensystem schon in dem Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg zu entwickeln begann, ihre Vorläufer in früherer Zeit, ihre Ursachen in der speziellen Entwicklung der Klassenkräfte schon in früheren Jahrzehnten.

Um die Kontinuitäten und Qualitätssprünge in den Herrschaftsmethoden und -konzeptionen beim Übergang zum Imperialismus in Deutschland etwas deutlicher zu machen, muß die Entwicklung seit den siebziger Jahren noch einmal im Überblick betrachtet werden.

Nachdem es in der schweren Krisen- und Depressionszeit der siebziger Jahre zu einem erheblichen Aufschwung der Arbeiterbewegung gekommen war, dessen markantestes Ereignis die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialdemokratischen Partei war, hatten bekanntlich die herrschenden Klassen schon versucht, die Arbeiterbewegung mit einer im internationalen Rahmen neuartigen Kombination von "Zuckerbrot und Peitsche" zu unterdrücken. In der kaiserlichen Thronrede vor dem Reichstag vom 15. Februar 1881, vor der Vorlage der ersten Versicherungsgesetze, hieß es, die "Heilung sozialer Schäden" werde "nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialistischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu sichern sein", und die Versicherungsgesetzgebung werde "als eine Vervollständigung der Gesetzgebung zum Schutze gegen sozialdemokratische Bestrebungen" zu betrachten sein. Um die Unterschiede zu späteren Vorgängen herauszuheben, müssen die Motive erörtert werden, die bewirkten, daß der Peitsche das Zuckerbrot hinzugefügt wurde. Bismarcks politisches Ziel war die politische Integration der Arbeiterklasse mittels Korrumplierung. "Wer eine Pension hat für sein Alter", sagte er in einem Privatgespräch, "der ist viel zufriedener und viel leichter zu behandeln, als wer darauf keine Aussicht hat. Sehen Sie den Unterschied zwischen einem Privatdiener und einem Kanzleidiener oder einem Hofbedienten an; der letztere wird sich weit mehr bieten lassen, viel mehr Anhänglichkeit an seinen Dienst haben als jener; denn er hat Pension zu erwarten."⁷⁷

In der Unternehmerschaft hatte sich gleichzeitig eine starke Initiative in dieser Richtung entwickelt, und zwar am stärksten in Kreisen der Schwerindustrie! Der "soziale Unfriede" war den Profiten der auf kontinuierlichen Betrieb angewiesenen Berg- und Hüttenwerke besonders abträglich, weshalb sich in diesen Kreisen besonders früh die Auffassung entwickelte, "daß sie ihre Werke nur fördern, ihre Ziele nur erreichen konnten mit gutgeschulten, kräftigen und zufriedenen Arbeitern. Nur mit solchen konnte eine der wesentlichsten, grundlegenden Vorbedingungen für das Gedeihen der Industrie und besonders für die angemessene Verwertung der nach Milliarden in ihr angelegten Kapitalien einigermaßen sichergestellt werden, d. i. die erforderliche Kontinui-

76 Marx, Karl, Zur Kritik des Gothaer Programms, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 29.

77 Busch, Moritz, Tagebuchblätter, Bd. 3, Leipzig 1899, S. 9.

tät der Betriebe."⁷⁸ (Meine Hervorhebung - H. N.) Viele dieser großen Schwerindustrieunternehmen aber, in denen sich die Anforderungen der modernen Produktion so früh entwickelten, waren schon Jahrzehnte zuvor entstanden, und in ihnen hatte sich ein halbfeudal-patriarchalisches Regime erhalten und gefestigt, eine Mischung aus Zwang zu strengster Untertänigkeit der Arbeiter und patriarchalischer "Fürsorge", wie sie am prägnantesten im System der Firma Krupp und in der klassischen Formulierung des "Herr-im-Hause"-Standpunktes durch Alfred Krupp (1872) zum Ausdruck kam. Es nimmt daher nicht wunder, daß die Übertragung dieser Zustände auf die gesamte kapitalistische Wirtschaft gerade aus diesen Kreisen her gefordert wurde: Karl Ferdinand Stumm war schon 1869 und dann wieder 1879 mit Forderungen nach einer Arbeiterversicherung aufgetreten, während die dem Laissez-faire-Prinzip ergebene Unternehmerschaft sowohl das Sozialistengesetz als auch die sozialpolitische Gesetzgebung strikt ablehnte.

Fünfzehn bis zwanzig Jahre später jedoch, mit dem Eintritt in das monopolkapitalistische Stadium, ist eine starke Verschiebung der Fronten innerhalb der Bourgeoisie festzustellen. Die Schwerindustrieunternehmer, nunmehr Monopolisten mit erheblich gewachsener Macht, kämpfen für strengste Repressalien und gegen jede Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Einer ihrer damaligen Hauptinitiatoren, Stumm, versuchte in den neunziger Jahren seinen Einfluß auf Wilhelm II. ("Ära Stumm") zur Durchsetzung der Umsturz- und der Zuchthausvorlage auszunutzen, die Repressalien neuen Ausmaßes gegen die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung vorsahen (Stumm forderte sogar, die in der Umsturzvorlage vorgesehenen Repressivmaßnahmen auch auf die Kathedersozialisten und Sozialliberalen auszudehnen). Stumm ist hier nur als Beispiel angeführt, um die allgemeine Entwicklung in der Haltung ein und derselben Person zu verdeutlichen. Dieselbe Haltung bewiesen in dieser Zeit die meisten Vertreter der Schwerindustriemonopole, die damals das Direktorium des Zentralverbands Deutscher Industrieller beherrschten, allen voran Emil Kirdorf, Aufsichtsratsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats, und die jeweiligen Kruppdirektoren. Demgegenüber hatte sich die ehemals recht große Unternehmergruppe, die als Anhänger des ökonomischen Liberalismus sowohl gegen die Peitsche als auch gegen das Zuckerbrot gewesen waren, weiter aufgelöst. Verschiedene Strömungen entstanden, die von unterschiedlichen Ausgangspunkten und mit unterschiedlichen Akzenten alle eine geschicktere Integration der Arbeiter in die monopolkapitalistische Gesellschaftsordnung anstrebten. Derartige Auffassungen wurden entwickelt von den Kathedersozialisten, Sozialliberalen, Reformpolitikern in der Zentrumsparterie, vom Bassermann-Flügel der Nationalliberalen Partei, bis hin zu dem bedeutenden Vertreter des Finanzkapitals, Walther Rathenau, während die Gruppe der Laissez-faire-Anhänger immer mehr zusammenschmolz.

Die Konzeption aber, die sich hier herausbildete, war nun nicht mehr die einfache "Zuckerbrot"-Konzeption, sondern es wurde bereits ein ganzes System der ökonomischen, politischen und ideologischen Korrumptierung angestrebt - es entwickelte sich, wie schon gesagt, die staatsmonopolistische Manipulierungslinie. Die Zuckerbrot- und Peitsche-Konzeption der siebziger und achtziger Jahre war offensichtlich aus dem für das damalige Deutschland typischen Zusammentreffen halbfeudal-patriarchalischer Vorstellungen mit Bedingungen der modernen kapitalistischen Produktion entstanden oder, anders ausgedrückt, aus dem Zusammentreffen einer modernen politischen Arbeiterbewegung mit einem "mit feudalem Beisatz vermischten, schon von der Bourgeoisie beeinflussten ... Militärdespotismus." Der Versuch, die Arbeiterklasse "mit den Mitteln des industriellen und staatlichen Patriarchalismus"⁷⁹ niederzuhalten, scheiterte. Er mußte scheitern in einer Gesellschaft, in der

78 Bueck, Henry Axel, Der Centralverband Deutscher Industrieller 1876 - 1901, Bd. 2, Berlin 1905, S. 84.

79 Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des Imperialismus, Bd. 1: Monopole und Unternehmerverbände, Berlin 1948, S. 189.

sich, wie geschildert, die kapitalistische Produktion mit allen ihren Widersprüchen und auch die Arbeiterklasse so stürmisch entwickelten und in der eine politisch-ideologisch so starke Arbeiterbewegung bestand.

Sowohl der Versuch als auch das Scheitern der Zuckerbrot- und -Peitsche-Konzeption sind in den speziellen deutschen Verhältnissen begründet, aber das Experiment hatte eben Ansatzpunkte zur Entwicklung "erfolgreicherer", dem neuen monopolistischen Stadium angemessener und darum allgemeingültigerer Konzeptionen geliefert. Es mutet beinahe logisch und gesetzmäßig an, daß sich in Deutschland nun auf der einen Seite die Forderung nach Verstärkung der Zwangsmittel erhob - schließlich muß man bedenken, daß während der Zeit des Sozialistengesetzes "nur" mit Ausweisungen aus einzelnen Reichsgebieten (in andere) und Gefängnisstrafen operiert worden war -, während auf der anderen Seite die Manipulierungsmaßnahmen und -ideen ausgebaut wurden. Während beide Konzeptionen nur bei stärkerer Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht zu verwirklichen waren, förderte gleichzeitig der Konkurrenzkampf um ihre Durchsetzung die Verschmelzung der verschiedenen Monopolgruppen mit verschiedenen Teilen des Staatsapparates.

Wir mußten uns hier darauf beschränken, die wichtigsten Folgen darzulegen, die die Entwicklung des Widerspruchs zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft im wilhelminischen Deutschland für die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hatte. Auch bei der Darlegung dieses Hauptwiderspruches konnten einige Aspekte nur gestreift werden: so die Tatsache, daß die Entwicklung der beiden staatsmonopolistischen Herrschaftskonzeptionen mit geprägt wurde durch die Differenzierung innerhalb der Bourgeoisie - nichtmonopolistische und monopolistische Bourgeoisie - und die Gruppenbildung innerhalb der Monopolbourgeoisie, was beides durch die ungleichmäßige Entwicklung und die unterschiedlichen Formen der Monopolisierung, wie in Abschnitt 3.2.3. dargelegt, bedingt war. Bei einer eingehenderen Untersuchung müßten auch die Widersprüche zwischen den anderen Klassen und Schichten des wilhelminischen Deutschlands noch genauer analysiert werden, insofern sie Auswirkungen auf die Herausbildung staatsmonopolistischer Formen hatten. So die Tatsache, daß sich trotz gemeinsamer Machtausübung und teilweise inniger Verschmelzung immer wieder heftige Konflikte (gerade in wirtschaftspolitischen Fragen) zwischen der junkerlichen und den bourgeois Schichten der herrschenden Klasse entwickelten; daß der große Einfluß der junkerlichen Schicht gerade in den Staatsapparaten auch Eingriffe des Staates in die Wirtschaft erzwang, die nicht immer oder nicht unbedingt im Interesse der Monopolbourgeoisie lagen, aber die die Apparate sozusagen auf eine Tätigkeit hauptsächlich im Interesse der Monopolbourgeoisie vorbereiteten (dazu allerdings noch einiges im nächsten Abschnitt); daß die Opposition der nichtmonopolistischen Bourgeoisie und der von zunehmender Existenzunsicherheit bedrohten gewerblichen und kommerziellen Mittelschichten, die antimonopolistische Staatsmaßnahmen forderte, letzten Endes in die gleiche Richtung wirkte (so zum Beispiel die Forderungen nach Verstaatlichung oder staatlichem Ausbau der Kohleförderung).

3.2.5. Entwicklung des Staatsapparates und seiner Beziehungen zur Ökonomik

Ist bisher erörtert worden, welche Triebkräfte sowohl allgemeiner als auch spezieller Art sich aus der Entwicklung der ökonomischen und sozialen Widersprüche für die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland ergaben, so muß nunmehr untersucht werden, inwiefern die besonderen Bedingungen der staatlichen Struktur selbst diese Herausbildung förderten.

Bei der Erörterung dieser Problematik muß auf exakte Verwendung der Begriffe geachtet werden. Der Begriff "der Staat" kann im abstrakten Sinne gebraucht werden, um die Ge-

samtfunktion "Machtinstrument der herrschenden Klasse" zu bezeichnen, er kann auch gebraucht werden zur Bezeichnung einer konkret-historischen Verkörperung dieser Funktion, also eines bestimmten Staatsapparates. Während in anderen Zusammenhängen diese genaue Unterscheidung nicht immer notwendig ist, werden wir sie hier beachten müssen. Wir wollen einige Entwicklungsmomente des Staatsapparates, oder besser: der Staatsapparate, im Deutschen Reich hervorheben, müssen zuvor aber noch einmal auf die allgemeinen Funktionen des Staates zu sprechen kommen.

Die allgemeinste Funktion des Staates in der Klassengesellschaft besteht in der Sicherung der herrschenden Ausbeutungsverhältnisse durch Dämpfung der Klassenkonflikte. Je nach dem Charakter dieser Ausbeutungs-, das heißt Produktionsverhältnisse, gestaltet sich die Art und Weise, wie diese Sicherungsfunktion ausgeübt wird und ändern sich die unmittelbaren Beziehungen zwischen Staat und ökonomischer Basis.

Im Feudalismus zum Beispiel ist der außerökonomische Zwang notwendiger Bestandteil des Funktionierens jeglicher Wirtschaft. In der Periode des Feudalabsolutismus entwickelt sich der außerökonomische Zwang weiter, indem die Staatstätigkeit unmittelbar in den Reproduktionsprozeß eingreift: Förderung, Entwicklung, Reglementierung von Gewerbe und Industrie, Eingriffe zur Entwicklung der Landwirtschaft, hauptsächlich zum Zwecke der Stärkung der Staatsmacht, das heißt der Macht des absoluten Fürsten, die zur Stabilisierung dieses Gesellschaftssystems notwendig ist.

Im Stadium des vormonopolistischen Kapitalismus wird der Reproduktionsprozeß im wesentlichen durch Wert- und Mehrwertgesetz reguliert. Die Wirtschaft besteht aus einem Netz selbsttätiger Regelkreise, in das unter "reinen" Bedingungen - Freihandel und Goldstandard - auch die Außenwirtschaft einbezogen ist, so daß jeder Staatseingriff die Regelmechanismen stört. Die Bourgeoisie kämpft unter diesen Bedingungen für die Beschränkung der Staatstätigkeit auf die Sicherung der Rahmenbedingungen für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Im vormonopolistischen Kapitalismus bilden Staatseingriffe in den Reproduktionsprozeß die Ausnahme. Der Staat ist nur "ideeller Gesamtkapitalist" und fungiert als Gesamtausschuß der Bourgeoisie.

Mit der Entwicklung der Monopole aber verlieren die selbsttätigen Regelmechanismen des Wert- und Mehrwertgesetzes zunehmend an Kraft. Wie Marx und Engels bereits festgestellt haben, erzeugt der zunehmend gesellschaftliche Charakter der Produktionsweise des Kapitals eine Tendenz, den Staat vom "ideellen Gesamtkapitalisten" in einen "wirklichen Gesamtkapitalisten" zu verwandeln; dieser Tendenz aber erwächst eine Gegentendenz durch die Machtballung in den Händen von Monopolisten, in der "Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige". Die Synthese aus beiden Tendenzen ist die Verschmelzung von Staats- und Monopolmacht. Innerhalb dieser Kombination sind nun weder die allgemeinsten Funktionen des Staates aufgehoben (Sicherung der Ausbeutungsverhältnisse durch Dämpfung der Klassenkonflikte), noch ist seine Funktion als "ideeller Gesamtkapitalist" völlig verschwunden. Wesentliches Merkmal des neuen Zustandes ist das Hinzutreten neuer Funktionen. Der Staat ist zwar nicht zum "wirklichen Gesamtkapitalisten" geworden, aber doch zum wirklichen Kapitalisten oder besser: zum wirklichen Monopolisten. Er ist einerseits zum "Teilnehmer" des Reproduktionsprozesses (einer monopolkapitalistischen Wirtschaft) geworden, andererseits ergibt sich aus den Widersprüchen dieses monopolkapitalistischen Reproduktionsprozesses immer mehr der Zwang zur Regulierung des Gesamtsystems. Der Staat als Teil des Gesamtsystems, der verschmolzen ist mit anderen Teilen des Gesamtsystems (den "Privat"monopolen), soll also das Gesamtsystem regulieren; ein antagonistischer Widerspruch. Anders formuliert: "Solange der Regler des Gesamtsystems Repräsentant eines Teilsystems, nämlich der Großbourgeoisie ist, deren Interessen in einem antagonistischen Widerspruch zu den individuellen Interessen der Mehrzahl der Individuen der Gesellschaft stehen, sind die objektiven Voraussetzungen eines gesamtgesellschaftlichen Handelns nicht gegeben."⁸⁰

Soweit die abstrakte Skizze des allgemeinen Funktionswandels. Betrachten wir nun die Veränderungen in der Rolle des Staates in Deutschland nach der Reichsgründung. Schon vor der Reichsgründung hatte die Bourgeoisie in Deutschland dafür gekämpft, die Funktionen des Staates auf die Sicherung der Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion zu beschränken, und dabei Teilerfolge erzielt. Ein gewisser Qualitätssprung wurde in dieser Beziehung mit der Reichsgründung erreicht, wie in Abschnitt 3.2.1. skizziert. Jedoch erfolgte die Reduzierung der ökonomischen Funktionen des Staates doch in Grenzen, es gab entgegenwirkende Faktoren, die größtenteils in der Klassenstruktur begründet waren, sich aber besonders in der staatlichen Struktur auswirkten; es überlagerten sich ferner diesen Reduzierungsbestrebungen der Bourgeoisie bald neue Tendenzen, die auf erneute Staatseingriffe in den Reproduktionsprozeß hielten.

Solche gegenwirkende Faktoren bestanden zum Beispiel in folgendem: Der Klassenkompromiß zwischen Junkern und Bourgeoisie, auf dem das Deutsche Reich aufgebaut war und der durch das bonapartistische Regierungssystem Bismarcks ausbalanciert wurde, ließ einerseits die Bourgeoisie nicht voll zum Zuge kommen, erhöhte andererseits die Rolle der preußischen Junker in ganz Deutschland ("Verpreußung Deutschlands"). Institutionell, also im Staatsapparat, wirkte sich das zum Beispiel so aus, daß die Ministerien für Handel und Gewerbe schließlich in den meisten Bundesstaaten aufgelöst wurden, das betreffende preußische Ministerium aber bestehen blieb und zu einer recht effektiven Wirtschaftszentralbehörde ausgebaut wurde, gegen die aufzukommen zum Beispiel dem Reichsamt des Innern häufig nicht möglich war. Der Einfluß der Junker aber in den preußischen Apparaten wurde nicht gebrochen, sondern wurde sogar nach einer vorübergehenden liberalen Periode (siebziger Jahre) in den achtziger Jahren wieder verstärkt (Maßnahmen Puttkamers). Ein weiterer Faktor, der dem Abbau reglementierender Staatseingriffe entgegenstand, war das ausgedehnte Staatseigentum an Produktionsmitteln. Zum Teil war es, wie die meisten Bergwerke, die Domänen und Forsten, aus der feudalabsolutistischen Periode übernommen, zum Teil war es, wie Post, Telegraphenwesen und Eisenbahnen, hauptsächlich aus politisch-militärischen Erwägungen geschaffen worden. Dieses Staatseigentum an Produktionsmitteln war keine zum Funktionieren der damaligen kapitalistischen Wirtschaft notwendige Einrichtung (vergleiche etwa USA). Da es aber existierte, mußte der Staatsapparat die notwendigen Beziehungen zur übrigen Wirtschaft organisieren, mußte also regulierende Funktionen ausüben. Indem der Staat als Wirtschaftsunternehmer die Beziehungen seiner Betriebe zu der sich allmählich monopolistisch organisierenden Industrie regulierte, wurden diese Betriebe allmählich organische Bestandteile der monopolkapitalistischen Wirtschaft, der Staat als Unternehmer wurde zum Monopolunternehmer; die Tendenz zur Verschmelzung von Staats- und Monopolmacht wurde durch das bloße Vorhandensein von wirtschaftlichem Staatseigentum gefördert.

Zu den oben genannten neu entstehenden Tendenzen in der Bourgeoisie ist zu sagen, sie ergaben sich aus den schon in früheren Abschnitten angeführten binnen- und außenwirtschaftlichen Bedingungen der Monopolisierung, der Abschwächung des selbsttätigen Regelmechanismus, der Zuspitzung der Klassenwidersprüche, setzten schon früh ein und überlagerten bald den Kampf bestimmter Teile der Bourgeoisie um die Reduzierung der ökonomischen Rolle des Staates. Institutionell drückte sich das in dem Ausbau der Wirtschaftsbehörden aus, zum Beispiel dem Anwachsen der wirtschafts- und sozialpolitischen Abteilungen im Reichsamt des Innern, im forcierten Ausbau des Konsularnetzes des Auswärtigen Amtes usw.

Begünstigt wurden diese Tendenzen durch eine gewisse "Eigenbewegung" im Staatsapparat selbst. Wegen der Wichtigkeit dieser Eigenbewegung für die deutsche Variante der staatsmonopolistischen Entwicklung sei ein ausführliches Zitat gestattet. Engelberg schreibt: "Ohne formelle Struktur- und mit relativ geringen Personalveränderungen führte der Zusammenbruch des bonapartistischen Systems Bismarcks zu Verlagerungen des politischen Gewichts innerhalb der obersten Staatsorgane, zu Änderungen in Form und teilweise auch Inhalt ihrer Führungstätigkeit. Das betraf das Verhältnis zwischen Kaiser und dem Reichskanzler, der zugleich preußischer Ministerpräsident war; das Verhältnis zwischen Reichskanzler/Ministerpräsident und seinen Ministern und Staatssekretären; zwischen Staatssekretären und der höheren Bürokratie ...; zwischen der Regierung und den Nebenregierungen, wie Zivil-, Militärkabinet, Hof-, Militär- und Zivilkamarilla ('Pluti' Eulenburg, 'Freund' Krupp, Stumm usw.) ... Die preußischen Minister, unter Bismarck lediglich Verwaltungsbeamte, ausführende Organe des Ministerpräsidenten, erlangten unter Caprivi größere Selbständigkeit und bedeutende Möglichkeiten der Initiative. Das führte dazu, daß der Einfluß der einzelnen Fraktionen der herrschenden Klassen auf die direkte Staatsführung vielfach anarchistischen Charakter annahm. Die sachlichen und persönlichen Gegensätze, vor allem im preußischen Staatsministerium, die sich durchkreuzenden Ressortinteressen und divergierenden Bestrebungen der Minister wurden Ausdruck des Tauziehens innerhalb der herrschenden Klassen. Das politische Gewicht in der preußischen Regierung verlagerte sich einerseits auf Wilhelm II., andererseits vom Ministerpräsidenten auf die Staatsminister ... Auch in der obersten Reichsbehörde setzte sich die gleiche Tendenz wie im preußischen Staatsministerium durch. Nach wie vor war zwar der Reichskanzler der im Reichsmaßstab einzige verantwortliche (dem Kaiser, nicht dem Parlament verantwortliche) 'Minister'. Die Staatssekretäre - unter Bismarck weit mehr noch als die preußischen Minister bloße Verwaltungsbeamte - gewannen jedoch an Verantwortung und Selbständigkeit ... Mit dem Zusammenbruch des Bonapartismus erhielten die einzelnen Glieder des Staatsapparates größeren Spielraum. Bei dem Dualismus innerhalb der politischen Führung gewannen die Nebenregierungen aller Art bedeutenden Einfluß auf die Gesamtpolitik, besonders die militaristischen Kräfte ... Hinzu kam über sich unmittelbar nach Bismarcks Sturz herausbildende Gegensatz von preußischer und Reichspolitik, wobei die preußische Staatsregierung vor allem seit 1892 immer offener die staatl. - politische Verkörperung und Interessenvertretung der reaktionärsten Kräfte darstellte.

Bismarck, der Tyrann über Junker und Bourgeoisie, konnte jetzt nicht mehr die Gegensätze zwischen den verschiedenen Fraktionen der besitzenden Klassen meistern. Diese mußten gleichsam nach dem freien Spiel der Kräfte ausgetragen werden - wobei natürlich diejenigen, die schon feste Positionen im Staatsapparat hatten, wie die Junker, und die ökonomisch Stärksten, also die Großkapitalisten, in den entscheidenden politischen Fragen den Sieg davontrugen."⁸¹

Die Zersplitterung und Konkurrenz der Apparate förderte also einmal aus sich heraus die Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht, weil sie Konkurrenz um die "Einflußsphären" hervorrief, erleichterte zum anderen die Einflußnahme, zu der, wie erläutert, das Monopolkapital ohnehin drängte. Die Zersplitterung und Konkurrenz der Apparate erklärt aber auch, wieso es eigentlich dazu kommen konnte, daß, wie im vorigen Abschnitt dargelegt, die Anhänger der Manipulierungskonzeption trotz der gewaltigen Macht der Schwerindustriemonopole doch ihre Linie weitgehend durchsetzen konnten.

81 Engelberg, Ernst, Deutschland von 1871 bis 1897, Berlin 1965, S. 298 ff. = Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge).

Andererseits mußte natürlich eben diese Zersplitterung und Konkurrenz der Apparate die Ausbildung der Regulierungsfunktion des Staates hemmen, zu der unter anderem die sich enorm entwickelnden Produktivkräfte drängten: Vergleiche als Beispiel die Vorgänge um das Reichselektrizitätsmonopol.⁸²

Es nimmt nicht wunder, daß im ersten Weltkrieg, als die Existenz des deutschen Imperialismus auf dem Spiel stand und straffe Regulierungen für ihn "lebensnotwendig" wurden, Schritte zur Zentralisierung zumindest des wirtschaftslenkenden Behördenapparates unternommen wurden.

3.3. Zusammenfassung

Bei der Herausbildung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus waren Triebkräfte verschiedener Art wirksam. Allgemeine Triebkräfte: Entfaltung aller Widersprüche des Kapitalismus, die schließlich die Konzentration und Monopolisierung und den Umschlag zum Monopolkapitalismus bewirkten, der, indem er einerseits zunächst bestimmte Widersprüche abschwächt, andererseits diese Widersprüche auf höherer Stufe erneut reproduziert und auf verschiedenen Ebenen die "Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates" herausfordert (Klassenwidersprüche, Widersprüche der binnen- und außenwirtschaftlichen Reproduktion des Monopolkapitals). Da sich die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland einerseits relativ spät, andererseits besonders rasch entfaltete, wirkte auch die durch das Monopol erzeugte "Herausforderung zur Staatseinmischung" mit verstärkter Kraft.

Zu den speziell in Deutschland wirkenden, historisch erwachsenen Bedingungen, die die Herausbildung staatsmonopolistischer Züge förderten, gehören die besondere Struktur der Staatsmacht und der Klassenherrschaft, die späte Entwicklung des Kapitalismus, die Tatsache, daß es infolge Verbindung beider Faktoren nicht zur Herausbildung einer "reinen" Laissez-faire-Periode in der Wirtschaftspolitik kam, ferner die Existenz eines bedeutenden staatlichen Eigentums an Produktionsmitteln und - last not least - die Existenz einer besonders starken politischen Arbeiterbewegung.

Die Spätentwicklung des deutschen Kapitalismus in Verbindung einerseits mit früher und starker Monopolisierung, die heftigen Expansionsdrang auslöste und die Verschmelzung mit der Staatsmacht erforderte, und andererseits mit militaristischen Traditionen und Bestrebungen innerhalb der herrschenden Klasse, die sich wiederum im Charakter der Staatsmacht ausprägte, führte dazu, daß der deutsche Imperialismus besonders aggressiven Charakter erhielt und der Kampf um die Neuaufteilung der Welt sich außerordentlich zuspitzte, wodurch sich wieder neue Triebkräfte der staatsmonopolistischen Entwicklung ausbildeten.

⁸² Nussbaum, Helga, Versuche zur Reichsgesetzlichen Regelung der deutschen Elektrizitätswirtschaft und zu ihrer Überführung in Reichseigentum 1908 bis 1914, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 2, S. 117 - 204.

LENIN UND DIE INDUSTRIESTATISTIK

Lenins Werk "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland"

von Rudolf Forberger

In dem umfassenden Erbe, um das Lenin die marxistische Wissenschaft bereicherte und mit dem er ihr den Weg in die Zukunft wies, nehmen statistische Fragen einen wichtigen Platz ein. Die statistische Analyse war für Lenin ein wirksames Mittel der sozialen Erkenntnis, das zur Klärung des sozialökonomischen Charakters der zu untersuchenden Erscheinungen und Prozesse diente. Er verstand es meisterhaft, mit ihrer Hilfe sozialökonomische Gesetzmäßigkeiten aufzudecken und zu interpretieren, kausale Wechselbeziehungen der Erscheinungen sichtbar zu machen und deren Entwicklungsfaktoren zu bestimmen. In mustergültiger interdisziplinärer Koordinierung vereinigen sich in seinen ökonomischen Analysen die fachlichen Ausgangspositionen der Politökonomie mit denen der wissenschaftlichen Statistik. Lenin hatte stets die Einheit von Quantität und Qualität vor Augen: Die quantitative Aussage, die quantitativen Beziehungen sind bei ihm ein fester Bestandteil der qualitativen Seite der Erscheinungen und Prozesse des gesellschaftlichen Lebens.

Eine gründliche Analyse der Verdienste Lenins um die Entwicklung der Statistik würde ein mehrbändiges Werk füllen - von einem Umfang wie die im Erscheinen begriffene dreibändige sowjetische Untersuchung "Lenin und die Statistik der Gegenwart"¹. Die Zielsetzung der folgenden Ausführungen ist weit bescheidener: Es kann dabei nur um einige Aspekte gehen, Aspekte jedoch, denen in der aktuellen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Statistik besondere Bedeutung zukommt und die in meiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit eine wesentliche Rolle spielen.

Lenins Forderungen an die Industriestatistik

In seiner grundlegenden Abhandlung "Statistik und Soziologie"² hat Lenin positive und negative Kriterien hervorgehoben, die für die Statistik im allgemeinen und ganz besonders für die Industriestatistik gelten: "Man muß versuchen, aus exakten und unbestreitbaren Tatsachen ein Fundament zu errichten, auf das man sich stützen kann und mit dem man jede der 'allgemeinen' oder 'auf Beispielen fußenden' Betrachtungen konfrontieren kann, mit

1 Inzwischen ist erschienen V. I. Lenin i sovremennaja statistika (Lenin und die Statistik der Gegenwart), Bd. 1: Teoretičeskoe obosnovanie statističeskoj nauki v trudach V. I. Lenina (Die theoretische Fundierung der statistischen Wissenschaft in den Werken W. I. Lenins), Moskau 1970. - Besonders verwiesen sei auch auf den in deutscher Übersetzung vorliegenden Beitrag von Rjabuschkin, T., Die Leninschen Prinzipien der Analyse statistischer Daten, in: Statistische Praxis, Berlin, Nr. 4/1970, S. 183 - 190.

2 Lenin, W. I., Statistik und Soziologie, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 284 ff.

denen heutzutage in einigen Ländern so maßlos Mißbrauch getrieben wird. Damit es wirklich ein Fundament wird, kommt es darauf an, nicht einzelne Tatsachen herauszugreifen, sondern den Gesamtkomplex der auf die betreffende Frage bezüglichen Tatsachen zu betrachten, ohne eine einzige Ausnahme, denn sonst taucht unvermeidlich der Verdacht, und zwar der völlig berechtigte Verdacht auf, daß die Tatsachen willkürlich ausgewählt oder zusammengestellt sind, daß nicht der objektive Zusammenhang und die objektive wechselseitige Abhängigkeit der historischen Erscheinungen in ihrer Gesamtheit dargestellt werden, sondern daß es sich um ein 'subjektives' Machwerk zur Rechtfertigung einer vielleicht schmutzigen Sache handelt."³

Für Lenin war die Statistik als Bestandteil der objektiven Grundlage für Analysen von Strukturen und Prozessen zugleich auch eine wichtige Waffe in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Positionen. Um ihre Aufgabe zu erfüllen, mußte sie materialmäßig völlig unangreifbar sein. Damit entzog Lenin seinen bürgerlichen Gegnern den Boden. Er verbaute ihnen die Möglichkeit, heimlich im trüben zu fischen, das heißt, sich hinter Phraseologien zu verschansen, mit einseitig ausgewählten Beispielen zu jonglieren und statistisch zu manipulieren.

Wie aber gelangt man zu einer solchen Statistik, die exaktes "konkretes" Material nach den Ansprüchen Lenins bereitzustellen fähig ist? Wie, so fragt Lenin, müssen die Tatsachen gesammelt werden und wie, fragt er weiter, sind der Zusammenhang und die wechselseitige Abhängigkeit von Tatsachen festzustellen?⁴

Lenin befaßte sich mit der ersten Frage bereits im August 1898 in seinem Artikel "Zur Frage unserer Fabrik- und Werkstatistik"⁵. Die Auseinandersetzung mit der im gleichen Jahre in Moskau erschienenen Publikation eines russischen Professors namens Karyšev mit dem Titel "Materialien zur russischen Volkswirtschaft. I. Unsere Fabrik- und Werkindustrie Mitte der neunziger Jahre" weitete er zu einer Kritik an der damaligen amtlichen russischen Fabrik- und Werkstatistik aus. Durch diese Kritik an jener Statistik - ein Verzeichnis der Fabriken und Werke im Russischen Reich für das Jahr 1894/95, aufgestellt vom Departement für Handel und Manufakturen - erfahren wir, gültig bis heute, welche Voraussetzungen bei einer Sammlung und Publikation von Daten zu schaffen und welche Prinzipien, Methoden und Techniken dabei anzuwenden sind. Diese Statistik war schon vom Technisch-Formalen her außerordentlich mangelhaft. Erst recht galt das für ihre Anlage und ihr Programm, so daß sich Lenin zur Klärung von Grundsatzfragen veranlaßt sah. Es war in der Tat für die Kompilatoren jener Statistik beschämend, wenn sie von Lenin darauf hingewiesen werden mußten, daß zur elementaren statistischen Methodik die "Summierung" der gesammelten Daten gehört, wenn diese nicht eine überflüssige "große Masse rohen Materials in Gestalt von Zahlenhaufen" bleiben sollen. Lenin betonte weiterhin, daß in einer Statistik,

3 Ebenda, S. 286. - Wie weittragend dieses Postulat Lenins nach Erfassung des Gesamtkomplexes eines Phänomens "ohne eine einzige Ausnahme" ist, zeigt sich beispielsweise bei der Behandlung der Genesis der Erfindertätigkeit in einem Lande. Bezieht man nur die "epochalen" Erfindungen in die Betrachtungen ein und läßt man die Masse der weniger bedeutenden oder bedeutungslosen ganz aus, so wird man zugunsten der Würdigung der Spitzenleistung nie zu der Erkenntnis kommen können, auf welch breitem Fundament diese Spitzenleistung steht und welche Bedeutung in bezug auf die Impulse der Genesis den breiten Volksmassen auch auf diesem Gebiet zukommt.

4 Ebenda, S. 284 f.

5 Lenin, W. I., Zur Frage unserer Fabrik- und Werkstatistik, Neue statistische Taten Professor Karyschews, in: Werke, Bd. 4, Berlin 1955, S. 1 - 35; vgl. auch derselbe, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Der Prozeß der Bildung des inneren Marktes für die Großindustrie, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 466 - 479.

die einen gewichtigen Beitrag zur Antwort auf die Frage nach dem "Schicksal des Kapitalismus in Rußland" zu leisten habe, Angaben über die Mengen der in Rußland hergestellten Waren und die dabei verwendeten "Arbeitsmechanismen" nicht - wie dies der Fall war - fehlen dürfen.⁶

Zwei "überaus wichtige Vorbedingungen einer erfolgreichen Statistik" sind für Lenin

1. ein richtiges Programm, das den Zweck der Erhebung öffentlich darlegt, und
2. eine Überprüfung der gesammelten statistischen Daten auf ihre Zuverlässigkeit hin⁷, zwei Voraussetzungen, zu denen
3. noch solche terminologischer Natur treten.

In begrifflicher Hinsicht geht es dabei in erster Linie um die für eine Analyse der industriekapitalistischen Genesis unerläßliche Klärung der in der Industriestatistik des späten 18. und des 19. Jahrhunderts zentralen Termini "Manufaktur" und "Fabrik". Lenin hat sich sowohl um die weiterführende Klärung des Manufakturbegriffs als auch um die Präzisierung des Fabrikbegriffs in vielerlei Hinsicht verdient gemacht.

So ist von großer Bedeutung, daß er eine in vielen Ländern zahlenmäßig äußerst wichtige Gruppe kapitalistischer Unternehmungen, die sich unter der Bezeichnung "Kategorie der dezentralisierten Manufaktur" zusammenfassen lassen und die zumeist fälschlicherweise als Phänomene des Handelskapitals (als Verlag) angesehen wurden, mit bestechender Logik analysierte und dabei im Ergebnis dem Industriekapital zuordnete.⁸ Damit hat Lenin die These von der Kontinuität aller Erscheinungen, die auf industriegeschichtlichem Gebiet den engen und unmittelbaren Zusammenhang zwischen den aufeinanderfolgenden Formen der Industrie bedeutet, auf der Grundlage der Erkenntnisse von Marx schöpferisch weiterentwickelt. Diesen Zusammenhang kennzeichnet er folgendermaßen: "In der Entwicklung der kapitalistischen Formen der Industrie kommt der Manufaktur große Bedeutung zu: sie ist das Bindeglied zwischen Handwerk und kleiner Warenproduktion mit primitiven Kapitalformen einerseits und maschineller Großindustrie (Fabrik) andererseits."⁹ Ebenfalls in seiner Arbeit "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" betonte er unter Hinweis auf die russischen Verhältnisse, die "Grundtendenz der kleinen Warenproduktion" bestehe in der Entwicklung des Kapitalismus, insbesondere in der Herausbildung der Manufaktur, und die Manufaktur wiederum wachse "vor unseren Augen mit größter Geschwindigkeit in die maschinelle Großindustrie hinüber."¹⁰ Auf dieser theoretischen und terminologischen Grundlage war es der marxistisch-leninistischen Forschung der Folgezeit möglich, in Verbindung mit dem erforderlichen Faktenmaterial die Kontinuität der Genesis von der kleinen Warenproduktion über

6 Derselbe, Zur Frage unserer Fabrik- und Werkstatistik, a. a. O., S. 1 - 3.

7 Ebenda, S. 4. - Diesen beiden Vorbedingungen suchte man beispielsweise in Sachsen seit der Existenz einer Wirtschaftsstatistik gerecht zu werden. Siehe hierzu Forberger, Rudolf, Beiträge zur statistischen Erfassung der gewerblichen Produktion Sachsens in der Frühzeit des Kapitalismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 4, S. 224 - 246 u. Tabellenanhang 1 - 14.

8 In "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", a. a. O., schreibt Lenin auf S. 393: "Die Vergebung einiger Teilarbeiten außer Haus ändert natürlich absolut nichts an der ökonomischen Struktur dieses Typs der Industrie. Die Arbeitsstätten der Weber, seien es nun Webstuben oder ihre eigenen Häuser, stellen lediglich das auswärtige Departement der Manufaktur dar."

9 Ebenda, S. 392.

10 Ebenda, S. 558.

die arbeitsteilige Kooperation (die Manufaktur) konkret nachzuweisen, so beispielsweise für Sachsen.¹¹

Die Klarstellung des Fabrikbegriffs erwies sich als äußerst wichtig, weil man in Rußland "in der amtlichen Statistik und überhaupt in der Literatur ... unter Fabrik jeden mehr oder minder großen Industriebetrieb mit einer mehr oder minder großen Anzahl von Lohnarbeitern" verstand¹², wie wir das auch von den deutschen bürgerlichen Historikern und Nationalökonomern, mögen sie Karl Bücher, Georg Jahn oder sonstwie heißen¹³, her kennen. Den Erkenntnissen von Marx folgend, ist für Lenin "maschinelle (fabrikmäßige) Großindustrie nur eine bestimmte, und zwar die höchste Stufe des Kapitalismus in der Industrie. Das grundlegende und wesentlichste Merkmal dieses Stadiums besteht in der Anwendung eines Systems von Maschinen in der Produktion."¹⁴ Diese präzise Terminologie ist für Lenin die Voraussetzung und der methodologische Ausgangspunkt für eine ebenso präzise, säuberliche Trennung des Manufakturstadiums der Industrie von deren Fabrikstadium, weil man nur so "die umgestaltende, fortschrittliche Rolle des Kapitalismus" verstehen könne, denn der "Übergang von der Manufaktur zur Fabrik bedeutet eine völlige technische Umwälzung, die die in Jahrhunderten erworbene Handfertigkeit des Handwerksmeisters verdrängt" und der "unvermeidliche die radikalste Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, die endgültige Spaltung der verschiedenen an der Produktion beteiligten Gruppen, der vollständige Bruch mit der Tradition, eine Verschärfung und Ausdehnung aller düsteren Seiten des Kapitalismus und gleichzeitig eine umfassende Vergesellschaftung der Arbeit durch den Kapitalismus" folgen.¹⁵

Spekulationen waren der Persönlichkeit Lenins ebenso fremd, wie sie der Methode des historischen Materialismus widersprechen. Diese Tatsache findet in der terminologischen Behandlung des Begriffs "Fabrik" (fabrika) eine ihrer vielen Bestätigungen. Lenin bietet hier keine "Patentlösung" ohne zeitlichen und räumlichen Bezug - dies hätte im letzten Formalismus und Dogmatismus bedeutet und wäre mit Lenins Lehre völlig unvereinbar gewesen -, sondern stellt seine Definitionen auf den Boden des jeweiligen konkreten Untersuchungsgegenstands, der eine ebenso sorgfältige wie exakte Analyse erfährt. Jede dieser Definitionen fordert zur schöpferischen Anwendung auf und gehört unter dieser Voraussetzung zu den Eckpfeilern der marxistisch-leninistischen industriegeschichtlichen Forschung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Grundsätzlich war die Fabrik für Lenin - genauso wie für Marx - die (kapitalistische) Produktionsstätte, in der Maschinenarbeit angewandt wurde und die Handarbeit abgelöst war; sie erstreckte sich also auf alles das, was als "Große Industrie" in der "Kleinen Industrie" das heißt der Hausindustrie und der Manufaktur wie auch dem Handwerk sein Gegenstück fand. Fabriken waren größere Industriebetriebe¹⁶, die sich sowohl von den Handwerksbetrieben als auch vom "Kustargewerbe", der vorwiegend ländlichen russischen Hausindustrie¹⁷, unterschieden.

11 Forberger, Rudolf, Zur Auseinandersetzung über das Problem des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik, in: Beiträge zur Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Berlin 1962, S. 171 - 188.

12 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 464.

13 Forberger, Rudolf, Zur Auseinandersetzung über das Problem des Übergangs von der Manufaktur zur Fabrik, a. a. O., S. 171, 174, 178 - 180.

14 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 464.

15 Ebenda, S. 464 f.

16 Derselbe, Zur Frage unserer Fabrik- und Werkstatistik, a. a. O., S. 2.

17 Ebenda, S. 9.

Dort, wo es die Situation erforderte, nahm Lenin eine - auf den konkreten Fall ausgerichtete - weiterführende Präzisierung des Begriffs Fabrik vor, wobei er die Anwendung von Dampfmaschinen, den Konzentrationsprozeß der Arbeitskräfte oder auch deren Struktur als Kriterien einzeln und kombiniert zugrunde legte.

Wie bereits angedeutet, besitzen diese Kriterien ein von Fall zu Fall unterschiedliches Gewicht. So gab es Produktionsstätten, bei denen der Einsatz von Maschinenarbeit bedeutungslos war, weil der entscheidende Produktionsprozeß, die Stoffumwandlung, auf der Anwendung physio- und chemotechnischer Verfahren beruhte. Produktionsbetriebe dieser Art, so zum Beispiel die Bergwerksprodukte verarbeitenden Werkstätten, die wir als "Bergfabriken" bezeichnen, zählt Lenin in seiner statistischen Praxis daher mit Recht ebenfalls zu den Fabriken.¹⁸

Für Lenin war das Ringen um terminologische Klarheit stets Mittel zum Zweck der exakten und überzeugenden Beweisführung und nie Selbstzweck. Aus diesem Grunde nahm er es auch als gegeben hin, daß in der damaligen russischen Statistik "Werk" (zavod) und "Fabrik" (fabrika) als terminologische Synonyme auftraten. Auch darin war Lenin Meister, daß er selbst unzulängliche Quellen bis zur Grenze des Möglichen auszuschöpfen verstand, daß er aber stets zugleich den nüchternen und realen Blick für diese Grenze besaß.

Eine genauso wichtige Vorbedingung für eine aussagekräftige Statistik wie die begriffliche Klarheit, die nicht ausschließlich, aber in beträchtlichem Maße in einer säuberlichen Terminologie ihre Widerspiegelung findet, war für Lenin die Technik der Erhebung. Hier geht es ihm vor allem um die zweckmäßigste Gestaltung der Erhebungstabellen und da wiederum um die richtige Gruppenbildung der zu sammelnden Daten, bei denen er wenigen relativ glaubwürdigen vollständigen und gleichartigen den Vorzug vor vielen fragmentarischen, zweifelhaften und unvergleichbaren gibt. Solche Tabellen können - und beide Kategorien sind notwendig - als "Gruppentabellen", als Tabellen "nach verschiedenen Merkmalen" oder als "kombinierte Tabellen", als Tabellen, "die verschiedene Merkmale vereinigen", aufgestellt werden. Für die Aufstellung solcher Tabellen hat Lenin ganz genaue Vorstellungen und gibt demzufolge auch völlig konkrete Direktiven.

So hat nach Lenin eine Fabrikstatistik als Gruppentabelle für jeden einzelnen Betrieb die folgenden Gruppierungen von durch eine "Meldekarte" erfaßten Daten zu enthalten:

1. Standort
2. "Gewerbegruppe"
3. Zahl der Arbeiter
4. Art der Antriebsmaschinen
5. Umfang der Produktion,

während "sich die Gruppierung nach allen diesen Merkmalen" in der Fabrikstatistik als kombinierter Tabelle "nicht auf die Bestimmung der Zahl der Betriebe in jeder Gruppe (oder in den Untergruppen) beschränken" darf, "sondern ... für jede Gruppe unbedingt durch die Berechnung der Arbeiterzahl wie des Produktionswertes sowohl in den Betrieben mit Dampfmaschinen als auch in den Betrieben mit ausschließlicher Handarbeit usw. ergänzt werden" muß.¹⁹

Über diese Postulate an eine Fabrikstatistik hinaus charakterisiert Lenin in diesem Zusammenhang gleich auch noch die vergleichsweise viel größeren und insbesondere noch mehr

¹⁸ An einer Stelle (Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 349) verwendet Lenin das Wort "Kleinindustrie", jedoch nicht nur als Gegensatz zur "Großen Industrie", sondern er zeigt auch, wie sie zu "Anhängseln der Fabrik" wird.

¹⁹ Lenin, W. I., Zur Frage unserer Fabrik- und Werkstatistik, a. a. O., S. 32 - 34.

Vollständigkeit verlangenden Forderungen an eine "Gewerbebezahlung". Diese soll "Fragen nach der Geschichte des Betriebs, nach seinem Verhältnis zu den benachbarten Betrieben und zur benachbarten Bevölkerung, nach der kommerziellen Seite der Sache, nach den Rohstoffen und Hilfsmaterialien, nach der Menge und Art des Produkts, nach dem Arbeitslohn, dem Arbeitstag, den Schichten, der Nacht- und Überstundenarbeit usw. usf." beantworten.²⁰

Die Postulate Lenins in bezug auf die Fabrikstatistik und die Gewerbebezahlungen boten nicht nur eine Grundlage zur Verbesserung der amtlichen Industriestatistik, sondern erlauben es auch, danach eine Forschungstabelle zur Erfassung der Genesis der Fabrik in jedem Lande einzurichten, mit der die Entwicklung aller wichtigen Kategorien ihrer Produktivkräfte sowie ihrer Produktionsverhältnisse, der Lage ihrer Arbeiter und des Klassenkampfes - wie er sich im Einzelbetrieb spiegelt - erfaßt werden können. Darüber hinaus wird es sogar möglich, von einer derartigen Analyse der Mikrostruktur des Industriekapitalismus, der Fabrik, her, Aussagen über die Entwicklung und den Konjunkturablauf der Industrie im ganzen zu gewinnen. Ein solches, derart von Lenin inspiriertes Tabellenwerk wird zur Zeit vom Verfasser dieses Artikels für die Entwicklung der Fabrik in Sachsen bis 1861 aufgestellt, indem für jeden dort bis dahin entstandenen Fabrikbetrieb eine Forschungstabelle mit 170 Fragepunkten angelegt wird.²¹

Zu diesem Impuls Lenins für die industriegeschichtliche Arbeit unserer Tage tritt ein weiterer, ebenfalls äußerst wichtiger. Lenin hat um die Jahrhundertwende ja nicht nur um Wissenschaftlichkeit bei der technischen Erfassung statistischer Daten gekämpft, wobei seiner Meisterschaft im Umgang mit den Zahlen verschiedener Quellen der konkrete, zahlenmäßige Nachweis gelang, daß die Zahl der Fabriken in Rußland zwischen 1885 und 1894/95 trotz des bereits in Gang befindlichen Konzentrationsprozesses der industriellen Produktion im Gegensatz zu den Behauptungen Karyševs gestiegen war²² und sich der Anteil der Arbeiter an der russischen Gesamtbevölkerung in diesem Jahrzehnt ebenfalls entgegen der Ansicht Karyševs erhöht hatte.²³ Lenins Kampf galt vor allem aber jeder absichtlichen Verfälschung der Statistik, dem mit ihr getriebenen Mißbrauch, so wie er von den "Volkstümlern"²⁴ geübt wurde, welche die kapitalistische Entwicklung in Rußland als diesem Lande ungemäß, als Kunstprodukt und ein "Abweichen vom Wege" hinstellten. Lenin wandte sich gegen jedwede Apologetik im statistischen Gewande, die sich rechnerischer und terminologischer Manipulation bediente. Und so wie er damals aus seiner Erkenntnis des Zusammenhangs her-

20 Ebenda, S. 32 f.

21 Forberger, Rudolf, Einige Bemerkungen zur Meßbarkeit wirtschaftshistorischer Prozesse, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Jg. 1968, S. 114 ff.

22 Lenin, W. I., Zur Frage unserer Fabrik- und Werkstatistik, a. a. O., S. 12 f., 18.

23 Ebenda, S. 23.

24 Derselbe, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 27, 466, 512 f., 515 f. - Der Gegensatz zwischen Lenin und den "Volkstümlern" bestand in bezug auf die Einschätzung des Kapitalismus in Rußland darin, daß Lenin dessen fortschrittliche Rolle bei völliger Berücksichtigung auch seiner "negativen und düsteren Seiten" anerkannte, während die Volkstümler "sich aus Leibeskräften bemühen, die Sache so hinzustellen, als bedeute es, ein Apologet des Kapitalismus zu sein, wenn man seine historische Fortschrittlichkeit anerkennt, gerade die Volkstümler sündigen durch Unterschätzung (mitunter auch durch Verschweigen) der überaus tiefen Widersprüche des russischen Kapitalismus, indem sie die Auflösung der Bauernschaft, den kapitalistischen Charakter der Entwicklung unserer Landwirtschaft, die Bildung einer Klasse ländlicher und gewerblicher Lohnarbeiter mit Bodenanteil und die volle Vorherrschaft der niedrigsten und schlechtesten Formen des Kapitalismus in der vielgerühmten Ku-starindustrie vertuschen." (Ebenda, S. 616 f.)

aus zwischen einwandfreier Terminologie und einwandfreier Statistik gegen seine Zeitgenossen Held und Struve zu Felde zog und in dieser Hinsicht auch Kritik an Büchern übte²⁵, so müssen wir uns heute nach seinem Vorbild gegen Georg Jahn²⁶ und andere bürgerliche Historiker und Nationalökonomisten zur Wehr setzen²⁷, die durch terminologische Manipulationen der marxistisch-leninistischen These von Kontinuität und qualitativem Umschlag in der Entwicklung der Betriebsformen die Möglichkeit des statistischen Beweises entziehen wollen.

Lenins Handhabung der Industriestatistik

Lenins Kampf gegen den Mißbrauch der Statistik durch die Volkstümler war zugleich ein Kampf gegen deren falsche Theorien, die diesen Mißbrauch erst ermöglichten. So wird augenfällig, welche Bedeutung nicht nur der Terminologie (den Begriffen gewissermaßen) als Baustein der konkreten Theorie, sondern eben auch dem Gesamtgebäude der Theorie für die Statistik zukommt. Ohne Theorie gibt es weder eine wissenschaftliche Statistik noch eine wissenschaftliche Geschichtsschreibung.²⁸ Die Theorie Lenins ist die des historischen Materialismus und zugleich sein Bestandteil. Lenin geht aus vom Systemcharakter der Gesellschaft, der in den objektiven gesellschaftlichen Gesetzen seinen Ausdruck findet.

In seinem Werk über "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" wendet er - wie Marx als erster im "Kapital" - dieses Systemdenken in seinem Lande auf die Analyse einer Gesellschaftswende und auch die einer sich herausbildenden neuen Gesellschaftsstruktur an, wobei er der Statistik zur Aufdeckung und zum Sichtbarmachen des Wandels eine außerordentlich große Rolle zuweist. Mit Hilfe der gewissermaßen eine Pilotfunktion ausübenden marxistischen Theorie des Übergangs von einer Gesellschaftsformation in eine andere kommt er zu einer Heuristik²⁹, zu einem systematischen Katalog von Problemen der Gene-

25 Ebenda, S. 567.

26 Jahn, Georg, Die Entstehung der Fabrik, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, 69. Jg., Wiesbaden 1949.

27 Diese auf Karl Bücher beruhende Konzeption Jahns hat Eingang in die Darstellungen u. a. von Haussherr, Hans, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts, Weimar 1954, und in die neuesten westdeutschen Publikationen über die Entwicklung der Manufaktur in einigen Territorien Deutschlands gefunden. (Vgl. hierzu Forberger, Rudolf, Rezension zu Reuter, Ortluf, Die Manufaktur im fränkischen Raum. Eine Untersuchung großbetrieblicher Anfänge in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth als Beitrag zur Gewerbe-geschichte des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1961, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 8/1962, S. 1954 - 1960; ferner Blumberg, Horst, Manufaktur, Staat und beginnende Industrialisierung in Deutschland. Einige Bemerkungen zu: Ortluf Reuter, Die Manufaktur im fränkischen Raum. Eine Untersuchung großbetrieblicher Anfänge in den Fürstentümern Ansbach und Bayreuth als Beitrag zur Gewerbe-geschichte des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts; Gerhard Slawinger, Die Manufaktur in Kurbayern. Die Anfänge der großgewerblichen Entwicklung in der Übergangsepoche vom Merkantilismus zum Liberalismus 1740 - 1833; Ulrich Peter Ritter, Die Rolle des Staates in den Frühstadien der Industrialisierung. Die preußische Industrieförderung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 4, S. 409 - 444.)

28 So pointiert formuliert bei Purš, Jaroslav, Historie a kybernetika (Geschichte der Kybernetik), in: Československý časopis historický, Jg. 1961, S. 396.

29 Siehe auch Thiel, Rainer, Quantität oder Begriff? Der heuristische Gebrauch mathematischer Begriffe in Analyse und Prognose gesellschaftlicher Prozesse, Berlin 1967,

sis auf dem Gesamtgebiet der Produktionsweise und ihrer Elemente (der Produktivkräfte ebenso wie der Produktionsverhältnisse und solcher beide beeinflussender Phänomene des Überbaus), die er - soweit dies die schlechte amtliche Statistik nur irgend erlaubte - aus Zahlenmaterial ableitete und mit Zahlen belegte. Lenins Werk enthält eine Vielzahl von Tabellen und auch einige Diagramme über die den Kapitalismus in Rußland heraufführenden Prozesse, das jeweils erreichte Niveau, die Strukturen und Zusammenhänge.

Das Ziel, um das sich bei ihm in diesem Werk alle Einzeluntersuchungen dabei gleichsam konzentrisch bewegten, hat er im Vorwort zur ersten Auflage wie folgt gekennzeichnet: "Uns schien es erforderlich, den ganzen Entwicklungsprozeß des Kapitalismus in Rußland in seiner Gesamtheit zu analysieren und seine Darstellung zu versuchen."³⁰

Folgerichtig beginnt Lenin nach einer theoretischen Fundierung mit einer Analyse des Prozesses der Auflösung der Bauernschaft und ihrer für die Bildung eines kapitalistischen Warenmarktes entscheidenden Differenzierung in landwirtschaftliche Unternehmer und Arbeiter und schließt dieser eine Untersuchung des Übergangs der Grundeigentümer von der Fronwirtschaft zur kapitalistischen Wirtschaft und des Wachstums der warenproduzierenden Landwirtschaft an (S. 1 - 334).³¹ Auf dieser Grundlage behandelt er in drei weiteren seines acht Kapitel umfassenden Werkes die ersten Stadien des Kapitalismus in der Industrie, die kapitalistische Manufaktur und Hausarbeit, die Entwicklung der maschinellen Großindustrie und die Bildung des inneren Marktes (S. 335 - 622). Lenin stellt, wie diese Inhaltsübersicht zeigt, somit die Genesis des ganzen kapitalistischen Systems in Rußland im Zusammenhang vor. Wir wollen im folgenden lediglich seine Behandlung eines Teilsystems, und zwar "Die Entwicklung der maschinellen Großindustrie" (S. 464 - 568, Kap. 7), auf die von ihm angewandte industriestatistische Methodik hin betrachten.

Beginnen wir mit seiner Quellenkritik und seiner Bildung statistischer Gruppen, und untersuchen wir daraufhin einige der 19 statistischen Tabellen, die er diesem 7. Kapitel beigegeben hat.

Die erste dieser von Lenin publizierten Tabellen (S. 473) enthält für jeweils drei Jahrfünftel bzw. Jahrsechste Angaben über die Zahl der "Fabriken" und "Werke" im europäischen Rußland, ihren Produktionswert und die Zahl der Arbeiter. Ganz bewußt und demonstrativ wird von Lenin dem Leser ein scheinbar paradoxer Tatbestand vor Augen geführt: Die Tabelle zeigt nämlich von 1879 bis 1890 bei steigendem Wert der Produktion einen beträchtlichen Rückgang der Zahl der Betriebe und der Arbeiter an; und Lenin weist nach, wodurch die paradoxe Aussage zustande gekommen ist: Die amtliche Statistik grenzte die Kleinbetriebe von den Fabriken zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich ab.

Mit der zweiten wiedergegebenen Tabelle (S. 475), die sich auf zwei verschiedene amtliche Quellen³² stützte, zeigte Lenin nochmals frappierend die völlige Unzulänglichkeit des staatlichen Materials. Bei der Zahl der Fabriken gehen die beiden Statistiken um 267 Prozent,

bes. S. 20 ff.; vgl. hierzu außerdem die entsprechenden Stichworte im Wörterbuch der Kybernetik, hg. v. Georg Klaus, Berlin 1967.

30 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 11.

31 Alle nicht näher gekennzeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O.

32 Es sind dies die Sammlung von Angaben über Rußland für die Jahre 1884/85, hg. v. Zentralen Statistischen Komitee, Petersburg 1887 (Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 475), und die "Zusammenstellungen von Daten über die Fabrik- und Werkindustrie in Rußland", hg. v. Department für Handel und Manufaktur ab 1885 (ebenda, S. 473).

bei der Zahl der Arbeiter um 11,9 Prozent und beim Produktionswert um 15,2 Prozent auseinander.³³

Die dritte und vierte Tabelle (S. 484) gehören aussagemäßig zusammen. In der dritten wird für den Zeitraum von 1866 bis 1890 ebenfalls ein gewaltiger Rückgang der Gesamtzahl der "Fabriken", und zwar in der Baumwollweberei, ausgewiesen, der aber, wie Lenin anhand der Entwicklung zweier großer Fabriken (Tabelle 3) für diese Zeit nachweist, ebenfalls nur scheinbar ist, wobei das Trugbild dadurch zustandekommt, daß in der dritten Tabelle völlig unmotiviert zu den Fabriken "Kontore" (Betriebe, die Arbeit außer Haus vergeben, also Verlagsunternehmen) und "Webstuben" (Betriebe mit einem Produktionswert von weniger als jährlich 2 000 Rubel) hinzugerechnet wurden, deren Zahl in dieser Zeitspanne rapid zurückging (in den beiden oben erwähnten, von Lenin zum Beweis herangezogenen Fabriken beispielsweise bis auf Null). Ein taugliches Bild der Entwicklung der maschinellen Großindustrie in dieser Branche konnte nur - worauf Lenin hinweist - bei Berücksichtigung der Zahl der mechanischen Webstühle gewonnen werden.³⁴

Die fünfte Tabelle (S. 493) dieses 7. Kapitels betrifft einen der Produktionszweige, die in der offiziellen Statistik am unzulänglichsten erfaßt wurden, die Nahrungsmittelindustrie und da speziell die Mehlmühlen, wo "die Verworrenheit der Daten ... ihren höchsten Grad erreicht"³⁵, wurden doch von Gouvernement zu Gouvernement völlig unterschiedlich und rein willkürlich einmal nur Dampfmühlen, ein andermal außerdem Wassermühlen und als drittes schließlich auch Windmühlen sowie Mühlen mit Pferdeantrieb in die statistische Erhebung einbezogen. Lenin orientiert hier, um die Genesis der Mechanisierung statistisch sichtbar zu machen, das Merkmal der Fabrik auf das Vorhandensein zumindest einer Dampfmaschine im Produktionsbetrieb und erreicht so für einen Zeitraum von 13 Jahren eine aussagekräftige Statistik über die in den 50 Gouvernements des europäischen Rußlands steigende Zahl der Dampfmühlen wie auch ihrer Arbeiter und den sich ebenfalls erhöhenden Wert der Produktion.³⁶ Während die vier ersten Tabellen hier primär wegen Lenins kritischer Behandlung ihrer Daten von Interesse waren, interessiert diese fünfte im vorliegenden Zusammenhang wegen ihrer Gruppenbildung.³⁷ Zunächst nimmt Lenin eine zeitliche Gruppierung vor (die Zahl der Dampfmühlen wird für die Stichjahre 1866, 1879, 1890 und 1892 erfaßt) und danach eine sachliche nach zwei Merkmalen (einmal nach der Zahl der Arbeiter und zum anderen nach dem Produktionswert). Auf diese Weise bietet uns Lenin mit seiner Tabelle die Möglichkeit, die zahlenmäßige Entwicklung dieser drei Phänomene zunächst einmal einzeln zu charakterisieren (alle drei nehmen in diesem Zeitraum zu, und zwar steigt die Zahl der Dampfmühlen von 1879 bis 1892 um 292 Prozent, die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter um 227 Prozent und ihr Produktionswert um 277 Prozent). Zugleich werden wir aber auch in die Lage versetzt, ihren jeweiligen Stand, ihre Struktur im synchronen Querschnitt aller drei Phänomene sowie den Strukturwandel, wie er sich von Stichjahr zu Stichjahr vollzog, im chronologischen Längsschnitt der drei Faktoren zu erfassen, wobei sich beispielsweise ergibt, daß 1879 auf eine Dampfmühle 17,7 Arbeiter und ein Produktionswert von 104 161 Rubel = 5 896 Rubel pro Arbeiter kamen, während 1890 auf eine Mühle 16,1 Arbeiter und nahezu der gleiche Produktionswert, nämlich 103 823 Rubel = 6 458 Rubel pro Arbeiter entfielen und 1892 die entsprechenden Zahlen 14,9 Arbeiter bei nur 100 323 Rubel Produktionswert = 6 754 Rubel pro Arbeiter Produktionswert betragen. Die von Lenin systematisierte und so statistisch brauchbar gemachte russische Mühlenstatistik ermöglicht

33 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 475.

34 Ebenda, S. 483 - 485.

35 Ebenda, S. 491.

36 Ebenda, S. 493.

37 Ökonomisches Lexikon, Bd. 1, Berlin 1966, S. 848 (Stichwort "Gruppenbildung").

die Aussage, daß sich der Produktionswert der dampfgetriebenen Mahlmühlen in den untersuchten 13 Jahren zwar nicht pro Mühle, wohl aber pro Arbeiter, und zwar um 14,6 Prozent, erhöht hat.

Die sechste Tabelle (S. 502) zeigt eine weitere Bereicherung der Gruppierung: Die zeitlichen und sachlichen werden durch örtliche Gruppierungsmerkmale ergänzt (zur Sammlung und Gruppenbildung von Daten für das gesamte Russische Reich, für den Ural und für den Süden) - aufgrund deren Lenin die Überflügelung der Roheisenerzeugung des Urals durch die des Südens quantitativ nachweist, wobei er außerdem ein zweites zu dem ersten (der Roheisenerzeugung) in zwangsläufiger Abhängigkeit und kybernetischer Beziehung stehendes sachliches Moment (die Steinkohlenförderung) einbezieht. Mit der Vereinigung von sachlichen, zeitlichen und örtlichen Merkmalen hat diese sechste Tabelle das Maximum der in einer Statistik theoretisch und prinzipiell überhaupt möglichen Aussagekraft erreicht.

Tabellen dieser differenzierten und zugleich diffizilen, an den Leser einige Anforderungen stellenden Art weist das Werk Lenins in seinem 7. Kapitel noch mehrere auf. Bei alledem tritt Lenins Kunst zutage, durch eine geniale Kombination der Merkmale objektive industriegeschichtliche Prozesse in ihrer Qualität wie in ihrer Quantität sichtbar zu machen. Unter Zuhilfenahme mustergültiger Analysen eines Systems von Merkmalen und der in gleichem Maße vorbildlichen Synthese dieser Analysen erbrachte Lenin den unumstößlichen Beweis der eindeutig kapitalistischen Entwicklung in Rußland.

Zugleich enthüllte er - mit einer weit über den Untersuchungsgegenstand hinausgehenden Aussagekraft - die "tiefen und allseitigen gesellschaftlichen Widersprüche, die den historisch vergänglichen Charakter dieses ökonomischen Regimes (des Kapitalismus - R. F.) offenbaren"³⁸, und in diesem Rahmen die ungleichmäßige und disproportionierte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion im Kapitalismus.

Dies gilt nicht nur für sein Werk "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", sondern genauso auch für andere Untersuchungen, ganz besonders - wenn die politische Aktualität ins Auge gefaßt wird - für seinen "Imperialismus".³⁹ In meisterhafter Vollendung schlug Lenin die Bourgeoisie hier mit ihren eigenen Waffen; er legte das Wesen des Imperialismus vor aller Welt bloß, und eine der Grundlagen seiner Beweisführung war die bürgerliche Statistik, eine Ausgangsbasis, an der die Apologeten des Kapitals nicht rütteln und deuteln konnten.

Lenin war nicht nur ein Politiker von weltumspannender Bedeutung, sondern zugleich auch ein Wissenschaftler von höchstem Rang. In beispielhafter Weise verkörperte er die fruchtbare Synthese von Wissenschaft und Politik. Er hat insbesondere auch die Wirtschaftsgeschichtsschreibung nicht zuletzt durch wesentliche terminologische und methodologische Leistungen bereichert. Er ist uns wie Marx und Engels ein Vorbild für unsere wirtschaftshistorische Arbeit, gerade auch, weil er die exakte Erforschung der Fakten und Zusammenhänge mit ihrer parteilichen Auswertung verband.

38 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 617.

39 Derselbe, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960.

ENGELS' MITWIRKUNG AN DER HERAUSBILDUNG DES HISTORISCHEN MATERIALISMUS

von Auguste Cornu

Die wiederholt betonte Feststellung von Engels, er habe bei der Herausbildung des Marxismus nur eine untergeordnete Rolle gespielt, könnte manchmal dazu verleiten, seine Mitarbeit gering einzuschätzen. Engels hat jedoch bei der Herausbildung des historischen Materialismus eine ebenso wichtige Rolle gespielt wie Marx, nur auf eine andere Weise, was auf die verschiedenartigen Lebensverhältnisse und die unterschiedliche Ausbildung beider zurückzuführen ist.

Marx verlebte seine Kinder- und ersten Jugendjahre in einer liberal gesinnten aufgeklärten Familie, genoß auch auf dem Gymnasium den Unterricht aufgeklärter Lehrer und war von Jugend auf daran gewöhnt, sich mit philosophischen Fragen zu beschäftigen. Auch während seiner Universitätsjahre in Bonn und Berlin beschäftigte ihn nicht nur das Studium des Rechts, sondern vor allem das der Philosophie.

Engels dagegen verlebte seine Kinder- und ersten Jugendjahre in einer reaktionären pietistisch gesinnten Familie und genoß auf dem Gymnasium den Unterricht pietistischer Lehrer. Er mußte daher schon in seiner frühen Jugendzeit gegen reaktionäre und pietistische Anschauungen kämpfen und sich aufklärerische und liberale selbst zu eigen machen. Dafür genoß Engels aber gegenüber Marx den Vorteil, daß er in einer Fabrikantenfamilie aufwuchs, in der das Interesse für Industrie und Handel vorherrschend war. Das brachte ihn von Jugend an in einen viel engeren Kontakt mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Praxis, als das bei Marx der Fall war. Daher Engels' größere Hinwendung zum praktischen Leben, während Marx sich von vornherein mehr für abstrakte, philosophische Probleme interessierte; daher auch die verschiedenartige Weise, in der sie an die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Probleme herangingen.

Beide traten zur gleichen Zeit in die politische Arena, indem sie als radikale Demokraten an der junghegelschen Bewegung teilnahmen. Während sich aber Engels dieser Bewegung begeistert anschloß und auch auf Fichtes Subjektivierung der Dialektik und der Rolle des Individuums in der Geschichte zurückgriff, nahm Marx sehr bald eine kritische Haltung dazu ein. In seiner Dissertation zeigte der letztere, daß die Entwicklung der Welt zwar insofern nach Fichtes Ansicht vor sich gehe, als der Geist sich deren Unvernünftigwerden entgegengesetzt, daß aber dieses Entgegensetzen in dem Maße aufhöre, wie die Welt wieder vernünftig werde, und daß es auf diese Weise wiederum eine Vereinigung von Geist und Welt im Sinne Hegels gebe. Marx und Engels wurden dann beide stark von Feuerbach beeinflusst. Feuerbach vermittelte durch seine radikale Kritik an der Religion und am Idealismus sowie durch

+ Vortrag, gehalten auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz der Stadt Wuppertal zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels, 26. - 30. 5. 1970 in Wuppertal.

seinen Materialismus, der auf dem realen Menschen und der konkreten Natur basiert, Marx' und Engels' Übergang vom Idealismus zum Materialismus und vom Demokratismus zum Kommunismus.

Feuerbachs Einfluß bestimmte weitgehend Marx' Entwicklung während seiner Mitarbeit an der Rheinischen Zeitung. Hielt Marx zunächst noch als radikaler Demokrat an der Hegelschen Auffassung von der bestimmenden Rolle des Staates in der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse fest, so machte ihm die eingehendere Analyse der politischen und sozialen Frage, die ihn zunehmend von der junghegelschen Phraseologie entfernte, die Hegelsche Staats- und Rechtsphilosophie immer fraglicher.

Durch die Analyse sozialer Fragen, unter anderem durch die Beschäftigung mit der Lage der Moselbauern, erkannte Marx, daß sich solche Fragen nicht einfach durch den Staat vermittelt einer Veränderung der Gesetzgebung regeln lassen, daß deren Lösung vielmehr eine Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse erfordert. Das führte ihn dazu, seine Auffassung des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat, die er von Hegel übernommen hatte, zu überprüfen. Er tat es anhand einer Kritik der Hegelschen Staats- und Rechtsphilosophie. Dabei ging er von Feuerbachs Entfremdungstheorie aus. Marx zeigte, daß, wie in der Religion der Mensch der Erde den Himmel, in dem er auf illusorische Weise ein "seliges" Leben führt, entgegengesetzt, in seinem realen Leben der Mensch der Gesellschaft ein ideelles Gebilde in der Form des Staates entgegengesetzt, in dem er - wie im Himmel, aber ebenfalls nur auf illusorische Weise - ein ideelles Leben hat. Der Grund dafür ist, daß in einer auf Privateigentum beruhenden Gesellschaft, in der die Menschen zu isolierten, egoistischen Individuen werden, der Mensch kein seinem Gattungswesen entsprechendes Leben führen kann. Das vermag er nur im Staat zu tun, der - wie Gott - eine Entfremdung der Gattungseigenschaften des Menschen darstellt.

Um diese Entmenschlichung des Menschen, die durch die Entfremdung seiner Gattungseigenschaften im Verhältnis zum Staat entstand, aufzuheben, müssen Staat und Gesellschaft von Grund auf verändert werden. Da Marx jedoch noch nicht Kommunist ist, kommt er noch nicht auf den Gedanken, daß dies nur durch Abschaffung des Privateigentums als der Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates möglich sei, sondern meint, dies sei durch die Verallgemeinerung der Demokratie zu erreichen.

Als Marx Ende 1843 in Paris vom Demokratismus zum Kommunismus übergeht, gibt er eine neue Lösung des sozialen Problems in den Artikeln, die in den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" erscheinen. Von der Auffassung ausgehend, daß der bürgerliche Staat als politischer Staat entsteht durch Entgegensetzung zur bürgerlichen Gesellschaft, als Gebilde, in dem der Mensch - aber nur auf illusorische Weise - ein seinem Gattungswesen entsprechendes Leben führen kann, meint Marx nun, daß die Befreiung des Menschen von dieser Trennung zwischen Gesellschaft und Staat, die seine Entmenschlichung zur Folge hat, nicht durch die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft bewirkt werden könne, sondern nur durch die Abschaffung des Privateigentums als Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Weg einer kommunistischen Revolution, die das Werk des Proletariats sein werde.

Diese Auffassung über Proletariat und kommunistische Revolution ist indessen noch vorwiegend theoretisch und daher abstrakt, da beide nicht in ihrer historischen Bedingtheit analysiert werden, sondern sozusagen als an sich existierende Wesenheiten, die notwendig sind, um die bestehenden Verhältnisse abzuschaffen und eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten.

Bei der Herausbildung des auf dem historischen Materialismus fundierten wissenschaftlichen Sozialismus machte es Engels durch seine Hilfe zum erstenmal Marx möglich, seine neugewonnenen theoretischen Ansichten auf geschichtlicher Grundlage zu untermauern.

Engels kam auf ganz anderem Wege als Marx vom Idealismus zum Materialismus und vom radikalen Demokratismus zum Kommunismus. Auch ihm verhilft Feuerbach dazu. Doch die politisch-soziale Aktivierung vollzieht sich nicht wie bei Marx auf dem Wege der theoretischen Ergründung von zunächst politischen und dann sozialen Problemen. In der "Rheinischen Zeitung"; sie entwickelt sich vielmehr während seines Aufenthaltes in England, wo er auf die in Europa am stärksten entwickelten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse trifft. Die aus dem unmittelbaren Kontakt mit dem englischen Leben gewonnenen Erfahrungen bilden auch die Thematik seiner im ersten Jahr seines Aufenthaltes in Manchester geschriebenen Artikel: "Die inneren Krisen", "Lage der arbeitenden Klasse in England", "Briefe aus London", in denen er verschiedene Aspekte des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens in England beschreibt. Das Fazit dieser Erfahrungen zieht er in den Artikeln, die er in den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" publiziert, besonders in "Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie". Hier vervollständigt er Marx' noch ziemlich abstrakte Konzeption von Gesellschaft, Staat, Proletariat und kommunistischer Revolution durch eine eingehende Analyse des kapitalistischen Systems und dessen Entwicklung. Er zeigt, daß der Kommunismus die notwendige Folge der Entwicklung des kapitalistischen Systems ist, weil nämlich beim Übergang des kapitalistischen Systems von der Manufaktur- zur Fabrikproduktion das Großkapital in steigendem Maße nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Kleinbourgeoisie unterdrückt, die zunehmend proletarisiert wird. Dadurch entsteht die Teilung der Gesellschaft in zwei entgegengesetzte Klassen: Großbourgeoisie und Proletariat. Das wiederum hat die stetige Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat zur Folge und führt unvermeidlich zur kommunistischen Revolution.

Von dem Bedürfnis getrieben, sich einen klareren Begriff zu machen von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen, die die Entwicklung und zugleich die Zersetzung des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Gesellschaft bestimmen, und wohl auch angeregt durch Engels' Artikel, den er genial findet, macht sich Marx kurz nach der Veröffentlichung von Engels' Arbeit in den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" daran, das kapitalistische System und die bürgerliche Gesellschaft gründlich zu analysieren. Er tut das in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten", die die Herausbildung des historischen Materialismus eigentlich einleiten. Marx geht hier wiederum von Feuerbachs Entfremdungstheorie aus, diesmal aber nicht, um die Beziehungen zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und dem politischen Staat darzulegen, sondern um die Eigenart der kapitalistischen Produktionsweise zu ergründen. Diese Produktionsweise, meint er, ist durch die entfremdete Arbeit gekennzeichnet, die durch die Art der kapitalistischen Produktion erzeugt wird. Im kapitalistischen System werden nämlich die Beziehungen unter den Menschen verdinglicht. Es sind keine unmittelbaren Beziehungen von Mensch zu Mensch mehr, sondern Beziehungen, die durch den Austausch von Waren und der zur Ware gewordenen Arbeit vermittelt werden. Dies führt zur Entmenschlichung aller Menschen, sowohl der Arbeiter, die ihre produktive Arbeit - die ihr wahres, menschliches Wesen ausmacht - als Ware verkaufen müssen und dadurch selbst zu Waren werden, als auch der Kapitalisten, die durch das kapitalistische System und die Verdinglichung der menschlichen Verhältnisse zu Unmenschlichen werden. Da im kapitalistischen System die produzierten Waren nicht dem Arbeiter gehören, der sie schafft, sondern dem Besitzer der Produktionsmittel und da die dem Arbeiter entzogenen produzierten Waren auf dem Markt zu einem höheren Preis verkauft werden, als ihre Produktion gekostet hat, der ausgebeutete Arbeiter aber nur einen Minimallohn für seine produktive Arbeit erhält, so verarmt der Arbeiter in dem Maße, in dem er produziert, während der Kapitalist sich entsprechend bereichert. Durch diese Art der Produktion und der Entlohnung entsteht die entfremdete Arbeit, die die Grundlage und das Merkmal des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist.

Durch eingehende Analyse der entfremdeten Arbeit wird Marx auf die Bedeutung der produktiven Arbeit überhaupt aufmerksam, die von den bürgerlichen Nationalökonomern, vor allem

von Smith und Ricardo, hervorgehoben worden war. Von der produktiven Arbeit, die er als Praxis bezeichnet, leitet Marx eine neue materialistische Weltanschauung ab. Dabei geht er von einer grundlegenden Kritik an Hegel aus. Hegel - so legt er dar - hat wohl erkannt, daß die Umwandlung der Natur durch die produktive Tätigkeit des Menschen die Grundlage des menschlichen Lebens und der Menschheitsgeschichte ist. Da er aber Menschen und Natur vergeistigt und den Geist dadurch zum Bindeglied zwischen Mensch und Natur macht, begreift er die produktive Tätigkeit des Menschen vornehmlich als geistige Arbeit. Daher seine Mystifizierung von Mensch, Natur und Menschheitsgeschichte. Um zu einer richtigen Weltanschauung zu gelangen, muß man, meint Marx, Mensch und Natur in ihrer konkreten Realität fassen. Dann ergibt sich, daß nicht der Geist, sondern die menschliche produktive Tätigkeit als Basis des menschlichen Lebens das Wesen des Menschen und das Bindeglied zwischen Mensch und Natur bildet und somit auch die Triebkraft der Veränderung der Natur und des Menschen ist. Im Unterschied zum Tier vermag der Mensch aufgrund des Verstandes und mit Hilfe der Technik die Natur immer tiefer und umfassender umzubilden, um sie der Befriedigung seiner Bedürfnisse anzupassen. Dabei verändert er sich selbst in dem Maße, wie er die Natur umgestaltet. Diese gleichzeitige Veränderung von Mensch und Natur durch die menschliche produktive Tätigkeit, durch die Praxis, bildet den wesentlichen Inhalt der Geschichte.

Aus dieser Auffassung der Geschichte durch Marx ergibt sich deren etwas utopische Einteilung in zwei Hauptperioden, in eine unmenschliche, die die Ära umfaßt, in der die entfremdete Arbeit vorherrscht, und in eine menschliche, in der die entfremdeten Menschen durch die Abschaffung der entfremdeten Arbeit und deren Ersetzung durch die wahre Arbeit wieder "wahre" Menschen werden, die ein Leben führen können, das ihrem wahren Wesen entspricht.

Wie in dem Artikel "Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie" in den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" ergänzt Engels wiederum die noch abstrakten und utopischen, weil noch nicht auf einer eingehenden exakten Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse fußenden Ansichten von Marx. Engels zeigt am Beispiel einer bestimmten Periode der Geschichte eines Landes, wie die menschliche produktive Tätigkeit in der Form der Produktion und der wirtschaftlichen Verhältnisse die Entwicklung der gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Verhältnisse dieses Landes bestimmt. Er weist das nach in seinen Artikeln "Die Lage Englands", die kurz nach dem Abschluß der "Ökonomisch-philosophischen Manuskripte" im "Vorwärts" erscheinen. In diesen Artikeln leitet Engels die Lage des modernen England aus der Entwicklung der Industriellen Revolution ab, die dort um die Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzte. Durch die fortschreitende Ersetzung der Manufakturproduktion durch die Fabrikproduktion, die Maschinen anwendet und Dampf als Triebkraft benutzt, veränderte die Industrielle Revolution die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Verhältnisse in England in zunehmendem Maße.

War in den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" der Einfluß der Feuerbachschen Philosophie auf Marx noch stark zu spüren, so beginnt er in der gemeinsam mit Engels verfaßten "Heiligen Familie" sich seiner zu entledigen. Anhand der kritischen Analyse von Bauers "Kritischer Kritik" behandelt er den französischen Materialismus und einige soziale Fragen schon von einem ausgesprochen materialistischen Standpunkt aus und vervollkommnet dabei seine neugewonnene historisch-materialistische Weltanschauung. Ganz befreit er sich vom Einfluß der Feuerbachschen Philosophie in den "Thesen über Feuerbach". Dort leitet er alle Mängel dieser Philosophie davon ab, daß Feuerbach die Praxis nicht in Betracht zieht und dadurch zu einer beschaulich-sentimentalen Haltung gegenüber der Natur und der Gesellschaft gelangt. Aus ihr erklären sich Feuerbachs falsche Auffassungen von Individuum und Gesellschaft, von deren Beziehungen zueinander, von den sozialen Fragen, insbesondere von

der Religion wie auch von den theoretischen Fragen, unter anderem der Frage des Verhältnisses zwischen Denken und Sein. Erst vom Standpunkt der Praxis aus kommt man zu einer richtigen Auffassung von all diesen Fragen. Das Individuum erscheint dann durch seine untrennbaren Beziehungen zur Gesellschaft als das "Ensemble" der gesellschaftlichen Verhältnisse und wird somit integrierender Bestandteil der Gesellschaft. Aus der Auffassung, daß die Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft aus der Praxis entspringen, ergibt sich die richtige Lösung aller sozialen Probleme, unter anderem des religiösen Problems wie auch der Frage des Verhältnisses zwischen Denken und Sein. Vom Standpunkt der Praxis kommt man auch zu einer neuen Auffassung der Philosophie, die sich von der alten dadurch unterscheidet, daß sie sich nicht mehr damit begnügt, die Welt zu interpretieren, sondern vornehmlich darauf hinzielt, sie zu verändern.

Diese - allerdings bloß skizzierte - historisch-materialistische Weltanschauung vervollständigt Engels wiederum, indem er die allgemeinen Prinzipien des historischen Materialismus nicht aus philosophischen Betrachtungen, sondern aus einer tieferen Analyse der Geschichte ableitet. Dies tut er in seinem Buch "Die Lage der arbeitenden Klasse in England", das er ungefähr zu der Zeit abschließt, in der Marx seine "Thesen über Feuerbach" schreibt. In diesem Werk zeigt Engels weit eingehender als in seinem Artikel über die Lage Englands, wie die im modernen England herrschenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Verhältnisse durch die Industrielle Revolution bedingt sind. Er vertieft somit die Grundprinzipien des historischen Materialismus auf eine ganz andere Art als Marx in den Thesen über Feuerbach, nämlich auf dem Wege der Analyse einer bestimmten Geschichtsperiode.

Bei ihrer Begegnung im April 1845 in Brüssel stellen Marx und Engels mit großer Genugtuung fest, daß ihre Anschauungen übereinstimmen, daß sie sich gegenseitig ergänzen. Sie beschließen, den historischen Materialismus besser und allgemeiner durch eine Analyse der Hauptperioden der Menschheitsgeschichte auszuarbeiten.

Diese Analyse unternehmen sie in der "Deutschen Ideologie". Sie gehen von Marx' Grundanschauung aus, verfahren aber bei der Analyse jeder Hauptperiode so, wie es Engels in "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" getan hat, und zeigen, wie in jeder dieser Hauptperioden die jeweilige Produktionsweise die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Verhältnisse bestimmt.

Aus diesem kurzen Überblick der Herausbildung des historischen Materialismus durch Marx und Engels ersehen wir, wie Engels auf jeder Stufe dieser Entwicklung Marx' Ansichten ergänzt und so vervollständigt hat, wie er Marx' Anschauungen, die vornehmlich theoretischen Charakter hatten, durch seine historischen Analysen fundiert hat, und daß er seine Mitarbeit allzu bescheiden bewertet hat, zumindest was die Herausbildung des historischen Materialismus betrifft, bei der er - wenn auch anders als Marx - eine Hauptrolle gespielt hat.

DIE REFLEKTION DER ARBEITERBEWEGUNG IN DER REGIERUNGSPRESSE VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG

Eine vornehmlich quantitative Analyse (Ungarn)

von Erika Behm/Jürgen Kuczynski

Angeregt wurde diese Untersuchung durch die Tatsache, daß die "Financial Times", das Blatt der Londoner City, täglich eine Seite "Labour News" bringt, in der vor allem über Streiks berichtet wird - mit der reaktionären Absicht zu zeigen, wie die Wirtschaft durch solche Aktionen "gestört" wird und daß "man etwas gegen die ungehemmte Streikfreiheit tun müsse".

Es liegt nahe zu prüfen, wie die Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg - der doch lange von der herrschenden Klasse vorbereitet wurde und in den es doch für das Kapital galt, die Arbeiterklasse möglichst ohne Widerstand hineinzuführen - auf den Klassenkampf nachrichtenmäßig reagierte.

Dabei gehen wir so vor: Wir sammeln zunächst die Meldungen über Streiks, Aussperrungen bzw. auch Zugangssperren in dem führenden Organ der Arbeiterklasse, wobei es uns nur darauf ankommt, die Pressemeldungen vollständig zusammenzustellen - nicht etwa an sich eine vollständige Liste aller Streiks, ob in der Arbeiterpresse gemeldet oder nicht, zu erhalten. Darauf wird das Regierungsorgan auf entsprechende Meldungen überprüft. Schließlich werden die Meldungen beider Zeitungen verglichen.

Für Deutschland gilt es zum Beispiel, die Meldungen im "Vorwärts" und in der "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" durchzuarbeiten, für Frankreich die in "Humanité" und im "Temps" usw. Als Untersuchungszeitraum wählen wir das Jahr vom August 1913 bis zum Juli 1914.

Daß wir mit Ungarn beginnen, ist, von der Thematik her betrachtet, rein zufällig.

Das deutschsprachige Zentralorgan der Sozialdemokraten in Ungarn war vor dem Ersten Weltkrieg die "Volksstimme" mit einer Auflage von etwa 3 000 Exemplaren. Die "Volksstimme" erschien dreimal wöchentlich, normalerweise mit einem Umfang von sechs Seiten, und wurde vor allem von deutschsprachigen gelernten Industriearbeitern gelesen.² Die deutschsprachigen Industriearbeiter Ungarns zogen nicht nur häufig nach Österreich, sondern so oft nach Deutschland, daß die "Volksstimme" auch Nachrichten von gewerkschaftlichen "Zuzugssperren" etwa im Falle eines Streiks in Breslau brachte.

Der "Pester Lloyd", das Regierungsorgan, war zweifellos eine der hervorragendsten Zeitungen der Weltbourgeoisie: im allgemeinen Niveau überlegen der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", im Wirtschaftsteil und in der Nachrichtenzahl natürlich der "New York Times" unterlegen, in der politischen Bedeutung selbstverständlich kleiner als die Londoner "Times", sie im Kulturteil jedoch überragend. Der "Pester Lloyd" gibt auch heute noch dem Forscher einen guten Einblick in die bourgeoise Welt, also nicht nur der Ungarns, jener Zeit.

Das heißt, wir stellen gegenüber: Ein kleines Blatt der Arbeiterbewegung, das nur dreimal wöchentlich erscheint, und eine, mit den damals modernsten Mitteln in vielfachem Seitenumfang hergestellte, zweimal täglich erscheinende Zeitung der Regierung.

Bei der Überprüfung des gesammelten Materials konnten wir vier Modelle der Reaktion des "Pester Lloyd" bauen.

Das erste Modell umfaßt alle Streiks und Aussperrungen in Ungarn³, die in beiden Zeitungen im Januar und Februar 1914 gemeldet wurden. Das heißt, es handelt sich nicht um alle Streikmeldungen, denn diese können natürlich, zumeist über mehrere Tage verteilt, den gleichen Streik behandeln. Es handelt sich nur um die erste Anzeige überhaupt, daß ein Streik oder eine Aussperrung hier oder dort stattfindet.⁴

1 Das Material wurde gemeinsam von Erika Behm und Jürgen Kuczynski aus der Presse herausgesucht. Die technische Aufstellung der Tabellen und ihre statistische Analyse lagen in den Händen von Erika Behm; die Modellstrukturen und der Text sind von Jürgen Kuczynski.

2 Um uns ein Bild von der Zahl der Deutschsprachigen in der ungarischen Arbeiterbewegung zu machen, seien folgende Angaben gemacht: 1913 erschienen vier Flugblätter in folgender Sprachauflagenhöhe:

Flugblatt- titel:	1. An die Arbeiter Ungarns	2. Nieder mit dem Kriege! 3. Auf Leben und Tod	4. Was ist der politische Massenstreik?
Auflagenhöhe:			
ungarisch	100 000	150 000	200 000
deutsch	25 900	30 000	30 000
slowakisch	?	30 000	30 000
rumänisch	?	30 000	-

Im Durchschnitt betrug die deutsche Auflage ein Fünftel der ungarischen.

3 Zu Ungarn wurden bei unserer Untersuchung nicht gezählt: Kroatien und Slawonien sowie Fiume.

4 Für die einzelnen Streiks vgl. Tabelle I im Anhang.

Gemeldete Streiks und Aussperrungen in Ungarn

Januar 1914

	"Volksstimme"		"Pester Lloyd"	
	Streiks	Aussperrungen	Streiks	Aussperrungen
Metallarbeiter	3	2	-	1
Automobilunternehmen	-	1	-	1
Tischler	-	1	-	-
Schuharbeiter	1	1	-	-
Steinmetze	1	-	-	-
Bäcker	-	1	-	-
Rauchfangkehrergehilfen	3	-	1	-
	8	6	1	2

Februar 1914

	"Volksstimme"		"Pester Lloyd"	
	Streiks	Aussperrungen	Streiks	Aussperrungen
Metallarbeiter	2	3	-	-
Automobilunternehmen	1	1	-	1
Holzarbeiter	1	1	-	-
Schuharbeiter	1	-	-	-
Lederarbeiter	1	-	-	-
Schneiderarbeiter	1	-	-	-
Wäschereiarbeiter	1	-	-	-
Rauchfangkehrergehilfen	1	-	-	-
Chauffeure und Austräger	1	-	-	-
Steinmetze	1	-	-	-
Bergarbeiter	1	-	-	-
	12	5	-	1

Das Resultat ist, obgleich man ähnliches erwarten konnte, doch erstaunlich. In den beiden hier untersuchten Monaten berichtete das kleine Organ der Arbeiterklasse von 20 verschiedenen Streiks, das umfangreiche Regierungsblatt dagegen nur von einem einzigen! Gleichzeitig meldete das Arbeiterblatt 11 Aussperrungen, das Regierungsorgan 3 - auch das ist typisch: Aussperrungen geschehen auf Initiative des Kapitals!, also wenn überhaupt, dann wird von Aussperrungen und nicht von Streiks berichtet! Die herrschende Klasse hat die Linie: Aus der Arbeiterbewegung wird möglichst wenig berichtet, es sei denn, es handele sich um spezifisches "Material" zur Durchpeitschung eines vor dem Parlament fälligen Gesetzes zur weiteren Unterdrückung der Arbeiterklasse. Streik- und Aussperrungsmeldungen boten damals kein solches Material.

Jedoch würde uns viel an Einsicht entgehen, wenn wir damit unsere Untersuchung abschließen. Wir gehen jetzt vielmehr zur Aufstellung eines zweiten Modells über, das eine Über-

sicht über alle Streik- und Aussperrungsmeldungen (auch wenn mehrere Meldungen den gleichen Streik oder die gleiche Aussperrung betreffen) beider Zeitungen enthält. Auch beschränken wir diese Übersicht jetzt nicht auf Streiks und Aussperrungen in Ungarn, sondern nehmen auch solche im übrigen Österreich-Ungarn und in anderen Ländern hinzu. Das heißt, die folgende statistische Übersicht umfaßt sämtliche Streik- und Aussperrungsmeldungen beider Zeitungen. Da die Meldungen des "Pester Lloyd" an den verschiedensten Stellen erscheinen und es vielleicht auch interessiert, unter welcher Rubrik der jeweilige Streik gemeldet wird, geben wir die Rubrik im allgemeinen in der materiellen Streikübersicht ebenfalls an⁵; auch wurde vermerkt, wenn die Streikmeldung besonders viel Raum einnahm. Die Zeit, für die dies zweite Modell aufgestellt wurde, umfaßt wiederum die Monate Januar und Februar 1914.

Statistische Übersicht 2

Streiks und Aussperrungen⁺ in den beiden ersten Monaten des Jahres 1914

Januar 1914

	"Volksstimme"		"Pester Lloyd"	
	Nationale	Internationale ⁺⁺⁺	Nationale	Internationale
Streikmeldungen ⁺⁺	10	16	16	128
Aussperrungsmeldungen	8	1	5	-

Februar 1914

	"Volksstimme"		"Pester Lloyd"	
	Nationale	Internationale ⁺⁺⁺	Nationale	Internationale
Streikmeldungen ⁺⁺	16	3	-	37
Aussperrungsmeldungen	5	-	1	-

+ Nur Streiks und Aussperrungen, die tatsächlich stattfanden; in der Übersicht im Anhang sind dagegen auch Meldungen von Streikdrohungen etc. gegeben.

++ Die an verschiedenen Orten gleichzeitig ausgebrochenen und in einer Meldung vereinten Streiks der Rauchfangkehrer wurden als ein Streik gezählt.

+++ Unter "Internationale" sind hier alle Streiks außerhalb Ungarns in hier begrenztem Sinne zu verstehen.

Diese Übersicht zeigt die nach der vorangehenden völlig überraschende Tatsache, daß im Regierungsblatt insgesamt 187 Streik- und Aussperrungsmeldungen zu finden sind gegenüber nur 59 im Zentralorgan der Arbeiterpartei.

Untersuchen wir nun Streiks und Aussperrungen in Ungarn, dann wandelt sich das Bild. Die "Volksstimme" brachte mit 39 nicht viel weniger als doppelt so viele Meldungen wie der "Pester Lloyd", der 22 Meldungen aufzuweisen hatte.

5 Vgl. Tabelle I im Anhang.

Das heißt, das Organ der Bourgeoisie ist vor allem an Streiks außerhalb des Landes interessiert, während das Zentralorgan der Sozialdemokratie bei seinem beschränkten Raum sich natürlich auf ungarische Streiks konzentriert.

Insbesondere konnte der "Pester Lloyd" offenbar gar nicht genug Meldungen über den Generalstreik im fernen Südafrika bringen. Von den 165 nichtungarischen Streikmeldungen entfallen allein 100 auf den Streik in Südafrika. Sie hatten in den Augen des "Pester Lloyd" un-gefährliches Sensationsinteresse. Das gilt im allgemeinen auch für die anderen Auslandsstreikmeldungen, wenn bei einigen auch politisches Interesse in den Vordergrund rückt - insbesondere bei Streikmeldungen aus Rußland.

Vielleicht spielt auch die Tatsache eine Rolle, daß die Eigentümer des "Pester Lloyd" den Redakteuren in mancher Beziehung eine relativ liberale Haltung erlauben - zum Beispiel hinsichtlich ausländischer Streiks im Gegensatz zu Streiks in Ungarn.

Weitere Untersuchungen für andere Länder - zum Beispiel für Deutschland, wo man bei der "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wahrlich auch auf beschränktestem Gebiet keine liberalen Einflüsse unter den Redakteuren, wie beim "Pester Lloyd", feststellen kann - werden mehr Aufklärung über diese Problematik geben.

Doch noch ein anderer Gesichtspunkt drängt sich beim Studium der vorangehenden Tabelle auf. Man mag nämlich zu dem Vorangehenden einwenden: Immerhin berücksichtigt der "Pester Lloyd" doch auch die ungarischen Streiks etwas mehr als halb so häufig wie das Arbeiterorgan, was doch recht bemerkenswert ist. Das aber hat in diesem Modell, wie ein Rückblick auf das erste Modell vermuten läßt, seine besonderen Gründe. Betrachten wir darum unser drittes Modell, das durch die folgende statistische Übersicht⁶ repräsentiert wird:

Statistische Übersicht 3

Ungarische Streik- und Aussperrungsmeldungen

Januar 1914

	"Volksstimme"	"Pester Lloyd"
Insgesamt	18	21
Davon:		
Streik der Rauchfangkehrer ⁺	4	16
Andere Streiks und Aussperrungen	14	5

Juni 1914

	"Volksstimme"	"Pester Lloyd"
Insgesamt	25	18
Davon:		
Streik der Apotheker-gehilfen ⁺	5	17
Andere Streiks und Aussperrungen	20	1

+ Die an verschiedenen Orten gleichzeitig ausgebrochenen und in einer Meldung vereinten Streiks der Rauchfangkehrer bzw. Apothekergehilfen wurden als ein Streik gezählt.

⁶ Vgl. dazu auch Tabelle II im Anhang.

Jetzt erkennen wir sofort das Geheimnis der relativ hohen Zahl von Streik- und Aussperrungsmeldungen im "Pester Lloyd": Das Regierungsorgan der herrschenden Klasse zeigt ein besonderes Interesse an bestimmten Streiks.

Was sind das für Streiks? Beides, der Rauchfangkehrer- und der Apothekergehilfenstreik sind Streiks gegen Handwerksmeister - im Gegensatz zu Großkapitalisten in Industrie, Bergbau und Handel. Beides sind Streiks, die das tägliche "Konsumleben" der herrschenden Klasse direkt berühren und sie ärgerlich machen. In beiden Fällen ist der "Pester Lloyd" im großen und ganzen auf Seiten der Streikenden.

Es gibt auch noch einen Streik bzw. eine Aussperrung, die den "Pester Lloyd", wann immer sie ausbricht, lebhaft interessiert. Es handelt sich dabei um die Ganzsche Fabrik in Budapest. Diese ist mit Produktion für das Militär beschäftigt. Schließen wir diese im Januar 1914 ebenfalls aus, dann ergibt sich: Andere Streiks und Aussperrungen "Volksstimme": 11, "Pester Lloyd": 2.

Das heißt, der "Pester Lloyd" brachte im Januar 1914 ebenso wie im Juni 1914 praktisch überhaupt keine Meldungen - im Januar 2 und im Juni 1 - von ungarischen Streiks und Aussperrungen, außer, wenn die herrschende Klasse an einem Streik aus Spezialgründen ein besonderes Interesse hatte.

Dabei streikten im Juni zum Beispiel seit vielen Wochen schon 3 500 Bergarbeiter in Pécs - auf sie bezieht sich die einzige Streikmeldung im "Pester Lloyd". Streiks bzw. Aussperrungen von Bauarbeitern, Schneidern, Holzarbeitern, Metallarbeitern, Lederarbeitern, Mühlenarbeitern usw. interessieren den "Pester Lloyd" nicht.

Das sei noch einmal deutlich gemacht an unserem vierten Modell, das die Streik- und Aussperrungsmeldungen sowie auch Meldungen von Zugangssperren in einem Monat zeigt, in dem kein Streik bzw. keine Aussperrung stattfinden, die die herrschende Klasse besonders interessieren⁷:

Statistische Übersicht 4

Ungarische Streik-, Aussperrungs- und Zugangssperremeldungen

April 1914

	"Volksstimme"	"Pester Lloyd"
1. Erste Meldungen über Streiks ⁺	24	2
2. Erste Meldungen über Aussperrungen ⁺	2	-
3. Andere Meldungen über Streiks und Aussperrungen	1	-
4. Meldungen von Zugangssperren ⁺⁺	6 ⁺⁺⁺	-
5. Insgesamt	33	2

+ Nicht notwendigerweise Streikausbruch oder Aussperrungsbeginn, die im Vormonat oder noch früher stattgefunden haben können.

++ Zugangssperren werden in den Gewerkschaften ausgesprochen, wenn Streiks oder Aussperrungen drohen oder ausgebrochen bzw. verhängt worden sind.

+++ Die Zugangssperren der Maurer an 9 und der Steinhauer an 3 Orten der Provinz wurden als je eine Zugangssperre gezählt.

7 Vgl. dazu auch Tabelle III im Anhang.

Dieses Bild entspricht genau den Vorstellungen, die wir vor Beginn unserer Untersuchung hatten: Die herrschende Klasse nimmt in ihrer Presse praktisch keine Notiz von Streiks, Aussperrungen und erst recht nicht von Zuzugssperren.

Auf Grund unserer Untersuchungen ergibt sich also:

Erstens: Im allgemeinen berichtet die herrschende Klasse praktisch überhaupt nicht über inländische Streiks.

Zweitens: Das Regierungsorgan der herrschenden Klasse nimmt mehr Notiz von ausländischen Streiks und Aussperrungen als das Zentralorgan der Arbeiterklasse.

Drittens: Es gibt jedoch inländische Streiks und Aussperrungen, an denen die herrschende Klasse ein besonderes Interesse nimmt und über die sie darum unter Umständen sehr ausführlich berichtet.

Selbstverständlich gelten diese Schlußfolgerungen vorläufig nur für Ungarn. Weitere, international vergleichende Untersuchungen werden uns zeigen, ob diese Forschungsergebnisse eine allgemeinere Bedeutung haben bzw. ihre Aussagen zu modifizieren sind.

ANHANG

Tabelle I

1. Meldungen über (oder im Zusammenhang mit) Streiks und Aussperrungen in der "Volksstimme"¹ im Januar und Februar 1914

a) Nationale

Nr. 1, 1. 1.

Bäckermeister B. Stern, Budapest, hat 13 Arbeiter ausgesperrt.

Rauchfangkehrerarbeiten in Budapest und Provinz streiken weiter.

Aussperrung der Schuhmacher in Békescsaba dauert an.

Streik der Schuhoberteilarbeiter des Lederhändlers Emil Ullmann, Budapest, dauert an, ebenso bei J. Berki.

Nr. 2, 3. 1.

Aussperrung in der Fa. Ganz, Budapest, dauert an.

Nr. 3, 6. 1.

In der Ganzschen Fabrik, Budapest, hat man, mit Ausnahme von 93 Arbeitern, sämtliche ausgesperrten Arbeiter zurückgenommen.

Nr. 4, 8. 1.

Feilenhauer und Schleifer in Mecenzéf im Streik.

Direktion der Ganzschen Fabrik, Budapest, hat die Arbeit am Montag (5. 1.) wieder aufnehmen lassen. Dienstag vormittag (6. 1.) wurden sämtliche Arbeiter wieder ausgesperrt.

1 42. Jg., Budapest 1914.

Kampf der Kaminfeger Budapests dauert unverändert an. Dasselbe gilt von den Streiks in Komárom, Pápa, Losonc, Sárbogárd, Tamási, Ipolyság, Ujpest.

Nr. 5, 10. 1.

Sämtliche streikenden Feilenhauer in Mecenzéf verließen den Ort.

Nr. 6, 13. 1.

Aussperrung der Tischlermacher in Békescsaba.

Nr. 10, 22. 1.

Streik der Silberarbeiter in der Budapester Walzfabrik zusammengebrochen.

Kampf der Steinmetze in Süttö dauert an.

Nr. 12, 27. 1.

Rauchfangkehrer in Budapest siegten im Streik.

Ungarisch-Belgische Metallindustrie AG, Budapest, sperrte alle 200 Arbeiter aus.

Bei Manfred Weiss, Csepel, streiken ca. 300 Arbeiter.

Nr. 13, 29. 1.

Marta - Automobilunternehmen, Arad, hat 300 Arbeiter ausgesperrt.

Nr. 14, 31. 1.

Streik der Rauchfangkehrer in Miskolc begann am Montag (26. 1.).

Nr. 15, 5. 2.

400 Arbeiter der Neuen Schweißerei in Ódz traten "vor Tagen" in den Streik und siegten nach wenigen Tagen.

Nr. 16, 7. 2.

Holzarbeiter der Fa. Neumann & Co., Budapest, streiken.

Rauchfangkehrerstreiks in Ungvár, Ujpest und Losonc dauern unverändert an.

Aussperrung der Schmiede der Debrecener Hufeisenfabrik.

Nr. 17, 10. 2.

Seit dem 4. 2. Streik der 51 Monteure der Marta-Autotaxiunternehmung, Budapest.

Emaillwarenfabrik Fuchs & Schlichter, Budapest, hat 35 Arbeiter ausgesperrt.

In einer Schuhoberteilwerkstätte in Budapest ist ein Streik ausgebrochen.

In der Holzwarenfabrik Neumann, Budapest, streiken 90 Holzarbeiter.

Meldung über Rauchfangkehrerstreik in Ungvár.

Nr. 18, 12. 2.

Streik bei Riemenmeister Samuel Manicza, Ujpest.

Nr. 20, 17. 2.

Meldung über Streik der 51 Autotaximonteure der Fa. Marta, Budapest.

Arbeiter der Automobilfabrik Marta, Arad, weiter im Kampf.

Sieg der Schneiderarbeiter nach Streik bei Budapester Firmen Haulich und Titelbach, F. Fiai und Totis.

Nr. 21, 19. 2.

In der Brückenbauabteilung der Steg-Fabrik, Resila, sind 200 Arbeiter im Streik.
Sämtliche Betriebe der Rimamuraux-Salgótárjányer Eisenwerks AG sind zu meiden.

Nr. 22, 21. 2.

Streik der Steinmetze in Süttö dauert an.

Nr. 23, 24. 2.

Arbeiter des Kacolaer Bergwerks streiken dritte Woche gegen Budapester Fa. Maudello.
Streik der Chauffeure und Austräger der Fa. Gerbeaud, Budapest.

Seit 3 Wochen wird in der Holzarbeitermontageabteilung der Ganzschen Fabrik, Budapest, nicht gearbeitet.

Rauchfangkehrer in Ungvár und Siklós im Streik.

Wäscherei Prinz & Co., Budapest, bestreikt.

Nr. 25, 28. 2.

Gesperrt für Eisenarbeiter ist die Marta-Autobusunternehmung, Budapest.

Gesperrt für Holzarbeiter ist Kolozsvár.

Ungarisch-Belgische Metallwarenfabrik, Budapest, hat vorige Woche ihre Arbeiter ausgesperrt.

b) Internationale

Nr. 1, 1. 1.

Buchdruckerstreik in Graz und Lemberg. Grazer Blätter haben Erscheinen eingestellt.
Auch in Lemberg streiken die Buchdrucker, und sämtliche polnischen Blätter sind gezwungen, ein gemeinsames Blatt herauszugeben.
Die ruthenischen Blätter erscheinen überhaupt nicht.

Nr. 3, 6. 1.

12 000 Bergarbeiter in den Kohlenbergwerken in Colorado im Streik.

Buchdruckerstreik in Österreich. 10 000 Buchdruckergehilfen und 3 000 Hilfsarbeiter der Buchdruckereien stehen im Kampfe.

Nr. 6, 13. 1.

Streik der österreichischen Buchdrucker dauert fort.

Nr. 8, 17. 1.

Generalstreik im Burenlande. Seit voriger Woche stehen sämtliche Eisenbahnangestellten Südafrikas im Streik (1 1/2 Spalten).

Linke-Hofmann-Werke in Breslau: Arbeitsniederlegung der Stemmer. Zuzug von Metallarbeitern sowie Tischlern, Stellmachern, Malern und Kupferschmieden nach Breslau ist zu unterbinden.

Nr. 9, 20. 1.

Kampf der Buchdrucker in Österreich in rund 300 Betrieben mit nahezu 3 600 Gehilfen und mehr als 900 Hilfsarbeitern siegreich beendet.

Streik der Chauffeure der größten Brüsseler Mietautogesellschaft beendet.

Generalstreik im Burenlande. Johannesburg: Durch Proklamierung des Belagerungszustandes scheint der Zusammenbruch des Streiks sicher zu sein (2 Spalten).

Nr. 11, 24. 1.

Generalstreik im Burenlande: Abwürgung des Eisenbahnerstreiks scheint der Regierung gelungen (1/2 Spalte).

Nr. 12, 27. 1.

Aussperrung der Bauarbeiter in London am 25. Januar.

Kurze Notiz über Kampf der Buchdrucker Österreichs.

Nr. 13, 29. 1.

30 000 Bauarbeiter wurden in England ausgesperrt. Zahl der Streikenden beträgt bereits 100 000.

Meldung über Kohlentransportarbeiterstreik in London.

Nr. 14, 31. 1.

Kampf der Buchdrucker Österreichs (kurze Notiz).

Über Kohlentransportarbeiterstreik in London kurze Notiz.

Nr. 15, 5. 2.

Streiks in England mit Tabelle über Lohnkämpfe in Großbritannien (1/2 Spalte).

Nr. 16, 7. 2.

Drohende Aussperrung der Former und Möbeltischler in Norwegen (1/2 Spalte).

Kurze Notiz über Lehrerstreik in England.

Nr. 22, 21. 2.

Arbeitsaufnahme im österreichischen Buchdruckergewerbe (1/2 Spalte).

Nr. 24, 26. 2.

Bewegung der Maler- und Anstreicherarbeiter in Zágráb. Zágráb für Maler und Anstreicher gesperrt (1/2 Spalte).

Nr. 25, 28. 2.

England: Landung der im Gefolge des Generalstreiks deportierten Südafrikaner. Protest der ungarländischen Arbeiterschaft (1/2 Spalte).

2. Meldungen über (oder im Zusammenhang mit) Streiks und Aussperrungen im "Pester Lloyd"² im Januar und Februar 1914

a) Nationale

Nr. 1 (Morgenblatt) 1. 1.

"Lokalnachrichten": Bericht über Streik der Rauchfangkehrergehilfen; Zahl der Arbeitswilligen hat zugenommen.

Nr. 3 (Abendblatt) 5. 1.

"Lokalnachrichten": Wiederaufnahme der Arbeit in der Ganzschen Fabrik, Budapest.

Nr. 6 (Morgenblatt) 7. 1.

"Lokalnachrichten": Neuerliche Aussperrung in der Ganzschen Fabrik, Budapest.

Nr. 4 (Abendblatt) 7. 1.

"Tagesneuigkeiten": "Friede in der Ganzschen Fabrik", Budapest.

Nr. 7 (Morgenblatt) 8. 1.

"Lokalnachrichten": Polizeiüberfall auf Streikversammlung der Rauchfangkehrergehilfen unter der Überschrift: "Auflösung des Streiklagers der Rauchfangkehrergehilfen".

Nr. 8 (Morgenblatt) 9. 1.

"Lokalnachrichten": Mit Rauchfangkehrergehilfen finden Verhandlungen statt.

Nr. 12 (Morgenblatt) 14. 1.

"Kommunalangelegenheiten": Scharfe Stellungnahme gegen Meister der streikenden Rauchfangkehrergehilfen. Es sei ein Skandal, wie stark jene beim Magistrat sind. Höchste Zeit, daß dieser begonnen hat, etwas zu tun.

Nr. 10 (Abendblatt) 14. 1.

"Tagesneuigkeiten": Bericht über Fortgang der Verhandlungen mit streikenden Rauchfangkehrergehilfen.

Nr. 11 (Abendblatt) 15. 1.

"Tagesneuigkeiten": Bericht über Fortgang der Verhandlungen mit Rauchfangkehrergehilfen.

Nr. 14 (Morgenblatt) 16. 1.

"Lokalnachrichten": Bericht über Fortgang des Rauchfangkehrerstreiks.

Nr. 16 (Morgenblatt) 18. 1.

"Lokalnachrichten": Meldung über Streik der Rauchfangkehrergehilfen.

Nr. 14 (Abendblatt) 19. 1.

"Kommunal-Angelegenheiten": Meldung über Rauchfangkehrerstreik.

- Nr. 17 (Morgenblatt) 20. 1.
"Kommunal-Angelegenheiten": Meldung über Rauchfangkehrerstreik.
- Nr. 15 (Abendblatt): 20. 1.
"Tagesneuigkeiten": Meldung über Rauchfangkehrerstreik.
- Nr. 17 (Abendblatt) 22. 1.
"Tagesneuigkeiten": Meldung über Rauchfangkehrerstreik.
- Nr. 18 (Abendblatt) 23. 1.
"Tagesneuigkeiten": Meldung über Rauchfangkehrerstreik.
- Nr. 21 (Morgenblatt) 24. 1.
"Lokalnachrichten": Meldung über Rauchfangkehrerstreik.
- Nr. 22 (Morgenblatt) 25. 1.
"Lokalnachrichten": Meldung über Rauchfangkehrergehilfenstreik.
- Nr. 20 (Abendblatt) 26. 1.
"Lokalnachrichten": Meldung über Ende des Streiks der Rauchfangkehrer.
- Nr. 23 (Morgenblatt) 27. 1.
"Streiks und Aussperrungen": 300 Automobilarbeiter in Arad ausgesperrt.
"Lokalnachrichten": Bewegung unter den Postbeamtinnen.
- Nr. 24 (Morgenblatt) 28. 1.
"Streiks und Aussperrungen": Meldung über Aussperrung der Automobilarbeiter in Arad.
- Nr. 26 (Morgenblatt) 30. 1.
"Lokalnachrichten": Bewegung unter den Bäckerarbeitern in Budapest.
- Nr. 31 (Abendblatt) 9. 2.
"Streiks und Aussperrungen": Automobilarbeiterstreik in Arad am 9. 2. beendet. +
- Nr. 41 (Morgenblatt) 17. 2.
"Lokalnachrichten": Prügelei in einem "Streiklager" der Holzarbeiter (gegen Gelbe).
- Nr. 42 (Morgenblatt) 18. 2.
"Lokalnachrichten": Prügelei im "Streiklager" der Holzarbeiter.
- Nr. 45 (Abendblatt) 25. 2.
"Tagesneuigkeiten": Schwierigkeiten des Buchdruckerverbandes bei Zahlung von Streikunterstützungen an Noch-nicht-Mitglieder.

+ In der Annahme, daß es sich um einen Fehler in der Meldung handelt, wurde diese "Streikbeendigung" in der statistischen Übersicht als Aussperrungsmeldung gezählt (siehe Meldung in der "Volksstimme" v. 29. 1. 14 und im "Pester Lloyd" v. 27. 1. 14).

b) Internationale

Nr. 1 (Morgenblatt) 1. 1.

"Streiks und Aussperrungen": Bericht von einem Grubenstreik in Transvaal.

Nr. 3 (Abendblatt) 5. 1.

"Streiks und Aussperrungen": Nach Madrider Meldung stockt der Handel in Rio Tinto infolge des Streiks der dortigen Arbeiter.

Nr. 6 (Morgenblatt) 7. 1.

"Streiks und Aussperrungen": Eisenbahner in Südafrika wollen streiken.

Nr. 7 (Morgenblatt) 8. 1.

"Streiks und Aussperrungen": 4 verschiedene Meldungen aus Südafrika über Streiks.

Nr. 8 (Morgenblatt) 9. 1.

"Streiks und Aussperrungen": 7 Meldungen aus Südafrika über Streiks.

Nr. 9 (Morgenblatt) 10. 1.

"Streiks und Aussperrungen": 4 Meldungen aus Südafrika über Streiks.

Meldung aus Brüssel über Streik der Taxis.

Meldung aus Prag: Prager Abendblatt der "Bohemia" und "Prager Tageblatt" seit Ausbruch des Setzerstreiks zum ersten Male erschienen.

Nr. 7 (Abendblatt) 10. 1.

"Streiks und Aussperrungen": Grazer Buchdruckereien im Streik.

Nr. 10 (Morgenblatt)

"Streiks und Aussperrungen": 11 Meldungen aus Südafrika über Streiks.

Nr. 8 (Abendblatt) 12. 1.

"Streiks und Aussperrungen": 2 Streikmeldungen aus Südafrika.

Lemberg: "Slowo Polskije" zum ersten Male seit Setzerstreik wieder erschienen.

Nr. 11 (Morgenblatt) 13. 1.

"Streiks und Aussperrungen": 7 Streikmeldungen aus Südafrika.

Graz: Arbeit bei "Grazer Tagespost" wieder aufgenommen.

Nr. 9 (Abendblatt) 13. 1.

"Streiks und Aussperrungen": 4 Streikmeldungen aus Südafrika.

Genua: Streik der Rechtsanwälte.

Nr. 10 (Abendblatt) 14. 1.

Im politischen Teil: 6 Meldungen unter der Überschrift "Der Generalstreik in Südafrika".

"Streiks und Aussperrungen": Streik der Taxichauffeure in Brüssel beendet.

Meldung aus Madrid: Rio Tinto-Streik beigelegt.

Nr. 13 (Morgenblatt) 15. 1.

Im politischen Teil: 3 Meldungen über den Generalstreik in Südafrika.

Nr. 14 (Morgenblatt) 16. 1.

5 Meldungen über den Generalstreik in Südafrika.

Streiks und Aussperrungen: Lissabon: Angestellte der portugiesischen Eisenbahngesellschaften sind in den Streik getreten.

Nr. 12 (Abendblatt) 16. 1.

2 Meldungen über den Generalstreik in Südafrika.

"Streiks und Aussperrungen": Madrid: Bericht über portugiesischen Eisenbahnerstreik.

Nr. 15 (Morgenblatt) 17. 1.

Im politischen Teil: 5 Meldungen über den Generalstreik in Südafrika.

"Streiks und Aussperrungen": Allgemeiner Setzerstreik in Warschau.

Nr. 13 (Abendblatt) 17. 1.

"Tagesneuigkeiten": Streik der Hörer der Wiener Exportakademie, da keine Umwandlung in eine Handelshochschule erfolgt.

Nr. 16 (Morgenblatt) 18. 1.

9 Meldungen über den Generalstreik in Südafrika.

Nr. 14 (Abendblatt) 19. 1.

3 Meldungen über den Generalstreik in Südafrika.

"Streiks und Aussperrungen": Lissabon: Meldung über Eisenbahnerstreik.

Nr. 17 (Morgenblatt) 20. 1.

Im politischen Teil: 1 Meldung über den Generalstreik in Südafrika.

Nr. 15 (Abendblatt) 20. 1.

"Streiks und Aussperrungen": Streik auf der Delaware- and Hudson-Railway.

Nr. 18 (Morgenblatt) 21. 1.

Im politischen Teil: 5 Meldungen über den Generalstreik in Südafrika.

"Streiks und Aussperrungen": Meldung über Rio-Tinto-Streik.

USA-Eisenbahnerstreik beigelegt.

Nr. 19 (Morgenblatt) 22. 1.

Im politischen Teil: Meldung über den Generalstreik in Südafrika.

Nr. 17 (Abendblatt) 22. 1.

Im politischen Teil: 3 Meldungen über Beendigung des Generalstreiks in Südafrika.

Nr. 20 (Morgenblatt) 23. 1.

Im politischen Teil: 2 Meldungen über Streiks und Demonstrationen in Rußland.

2 Meldungen über den Generalstreik in Südafrika.

"Streiks und Aussperrungen": Meldung über Lissabonner Eisenbahnerstreik.

Nr. 18 (Abendblatt) 23. 1.

Im politischen Teil: Meldung über Streiks in Rußland.

- Nr. 22 (Morgenblatt) 25. 1.
Im politischen Teil; 2 Meldungen über den Generalstreik in Südafrika.
- Nr. 20 (Abendblatt) 26. 1.
"Streiks und Aussperrungen": Meldung über Londoner Kohlentransportarbeiterstreik.
- Nr. 23 (Morgenblatt) 27. 1.
Meldung über Demonstrationsstreik in Petersburg.
Meldung über den Generalstreik in Südafrika.
"Tagesneuigkeiten": Meldung über Streik an der Exportakademie Wien.
"Streiks und Aussperrungen": Meldung aus Südafrika.
Meldung vom Rio-Tinto-Streik.
Meldung vom Eisenbahnerstreik in London.
Meldung vom Buchdruckerstreik in Wien.
- Nr. 24 (Morgenblatt) 28. 1.
"Streiks und Aussperrungen": Meldung über Kohlentransportarbeiterstreik in London.
Meldung über Bauarbeiterstreik in London.
- Nr. 22 (Abendblatt) 28.1.
Im politischen Teil: Meldung über den Generalstreik in Südafrika.
- Nr. 25 (Morgenblatt) 29. 1.
Im politischen Teil: Meldung über den Generalstreik in Südafrika (immer noch Folgen des Generalstreiks).
"Streiks und Aussperrungen": Meldung über Kohlentransportarbeiterstreik in London.
Petersburg: Streik in den Obuchow-Werken.
- Nr. 23 (Abendblatt) 29. 1.
Im politischen Teil: Meldung über den Generalstreik in Südafrika.
- Nr. 26 (Morgenblatt) 30. 1.
"Streiks und Aussperrungen": Marseille: Kapitäne der Küstendampfer streiken.
- Nr. 24 (Abendblatt) 30. 1.
Im politischen Teil: Meldung über den Generalstreik in Südafrika.
- Nr. 27 (Morgenblatt) 31. 1.
Im politischen Teil: Ausführliche Meldung über den Generalstreik in Südafrika.
"Streiks und Aussperrungen": Meldung aus Lens: Generalstreik der Bergarbeiter.
Meldung über Bauarbeiterstreik in London.
- Nr. 28 (Morgenblatt) 1. 2.
"Streiks und Aussperrungen": Meldung über Buchdruckerstreik in Wien.
- Nr. 29 (Morgenblatt) 3. 2.
Im politischen Teil: Meldung über den Generalstreik in Südafrika.

"Streiks und Aussperrungen": St. Petersburg: Nach 3 Wochen Streik wurde die Arbeit in den Obuchow-Werken wieder aufgenommen.

Nr. 26 (Abendblatt) 3. 2.

"Tagesneuigkeiten": Streikende Volksschullehrer in Heresfordshire.

Nr. 31 (Morgenblatt) 5. 2.

Meldung über den "Generalstreik in Südafrika" (Parlamentsbehandlung; immer noch alte Überschrift).

Nr. 29 (Abendblatt) 6. 2.

Im politischen Teil: Meldung über den Generalstreik in Südafrika.

Meldung über "Gärung" unter italienischen Eisenbahnern.

"Streiks und Aussperrungen": Bilbao: Streikbeschuß der Offiziere und Matrosen der Handelsflotte.

Drohender Arbeitskonflikt (Generalstreik) in Norwegen.

Nr. 33 (Morgenblatt) 7. 2.

"Streiks und Aussperrungen": Christiana: In letzter Minute Konflikt beigelegt.

Hafenarbeiter von Neapel streiken.

Nr. 34 (Morgenblatt) 8. 2.

"Streiks und Aussperrungen": Rom: Telegraphenbeamtenbeschlossen passive Resistenz.

Nr. 35 (Morgenblatt) 10. 2.

"Streiks und Aussperrungen": Meldung über Bauarbeiterstreik in London.

Nr. 36 (Morgenblatt) 11. 2.

"Streiks und Aussperrungen": London: Streik der Taxichauffeure.

Nr. 40 (Morgenblatt) 15. 2.

Unter der Überschrift "Streik", nach "Tagesneuigkeiten", vor "Sport": Meldung über Buchdruckerstreik in Österreich.

Nr. 41 (Morgenblatt) 17. 2.

"Streiks und Aussperrungen": Krakau: Setzerstreik beendet.

Sidney: Streik der Schlächtergehilfen.

Nr. 44 (Morgenblatt) 20. 2.

"Streiks und Aussperrungen": Marseille: Offiziere und Maschinisten bei Messageries Maritimes streiken.

Mailand: Meldung über Kohlenabladerausstand in Genua.

Nr. 45 (Morgenblatt) 21. 2.

"Streiks und Aussperrungen": Streik bei der Schiffbauanstalt Becker & Co., Riga, beendet.

Schlächtergehilfenstreik in Sidney.

- Nr. 42 (Abendblatt) 21. 2.
"Streiks und Aussperrungen": Streik in Marseille dauert an.
- Nr. 46 (Morgenblatt) 22. 2.
"Streiks und Aussperrungen": Neuer Taxi-Streik in Brüssel.
Unveränderte Streiksituation in Marseille.
- Nr. 43 (Abendblatt) 22. 2.
"Streiks und Aussperrungen": Streik der Druckereien Böhmens nach 9 Wochen siegreich beendet.
3 Meldungen aus Paris über Bergarbeiterstreik.
- Nr. 47 (Morgenblatt) 24. 2.
"Streiks und Aussperrungen": Triest: Nach fast 2 Monaten Streik Arbeitsaufnahme im Druckereigewerbe.
Meldung aus Paris über Streik der Bergarbeiter.
- Nr. 48 (Morgenblatt) 25. 2.
Im politischen Teil: "Generalstreik in Südafrika": 2 Meldungen aus London über Ankunft der deportierten südafrikanischen Arbeiterführer in England.
"Streiks und Aussperrungen": Meldung aus Paris über Bergarbeiterstreik.
Paris: Bericht über Streik bei Messageries Maritimes in Marseille.
Lissabon: Möglicher Eisenbahnerstreik.
- Nr. 45 (Abendblatt) 25. 2.
"Streiks und Aussperrungen": Paris: Solidaritätsaktionen für Bergarbeiter.
- Nr. 49 (Morgenblatt) 26. 2.
"Streiks und Aussperrungen": Meldung betreffend Streik in Marseille.
- Nr. 46 (Abendblatt) 26. 2.
Valencia: Generalstreik proklamiert.
- Nr. 47 (Abendblatt) 27. 2.
Im politischen Teil: Meldung über Generalstreik in Valencia.
Eisenbahnerstreik in Portugal.
- Nr. 51 (Morgenblatt) 28. 2.
"Generalstreik in Südafrika": Meldung über deportierte südafrikanische Arbeiterführer in London.
- Nr. 48 (Abendblatt) 28. 2.
Im politischen Teil: Bericht über Streik in der Wiener Exportakademie.

Tabelle II

1. Meldungen über (oder im Zusammenhang mit) ungarischen Streiks und Aussperrungen in der "Volksstimme" im Juni 1914
- Nr. 63, 4. 6.
Aussperrung der Soproner Holzarbeiter dauert an.
- Nr. 64, 6. 6.
Aussperrung in der Ungarisch-Belgischen Metallwarenfabrik, Budapest. Seit Monaten Kampf der Schmiede und Eisendreher.
Aussperrung der Arbeiter bei der Firma Fábíán und Kálmán, Budapest, hält an.
Streik der Pécsvidéker Bergarbeiter dauert an.
- Nr. 65, 9. 6.
Freitag abend, d. 5. Juni, Beschluß der Budapester Apothekergehilfen in den Ausstand zu treten.
Sämtliche 12 Provinzorganisationen des Verbandes haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt.
Beitrag über Budapester Herrenkonfektionsschneider. Am 24. Mai 1913 Aussperrung der Budapester Herrenkonfektionsschneider, Dauer: 10 Wochen. Arbeiter kämpfen weiter. 1 Jahr später, am 27. Mai 1914, kam Einigung zustande.
Betrifft Streik der Bergarbeiter im Pécs-er Revier: Donnerstag abend, d. 4. Juni, fand in Pécs diesbezüglich eine Versammlung statt.
- Nr. 66, 11. 6.
Kampf der "Apothekersklaven" Budapests hält an. Apothekergehilfen namhafter Provinzstädte schlossen sich dem Streik an. Die Bevölkerung sympathisiert mit den Streikenden.
Die Angestellten der Schuhgeschäfte (Ort unbekannt, wahrscheinlich Budapest) haben eine Bewegung eingeleitet und hielten Dienstag abend, d. 9. Juni, eine Konferenz ab: Forderung 7-Uhr-Ladenschluß.
Streik der Bergarbeiter im Pécs-er Revier dauert die 5. Woche an.
Die Maurer und Bau- und Hilfsarbeiter in Pécs traten am 6. Juni in den Streik.
Aussperrung der Holzarbeiter in Sopron dauert an.
- Nr. 67, 13. 6.
Der Streik der Apothekergehilfen in Budapest dauert an.
Debrecener Apothekergehilfen sind aus Solidaritätsgefühl für die Budapester Gehilfen ebenfalls in den Streik getreten.
Meldung über Bauarbeiter- und Bauhilfsarbeiterstreik in Pécs.
Infolge Arbeitslosigkeit ist Ujpest für Riemer gesperrt.
Kampf um 7-Uhr-Sperrstunde: Die Handelsangestellten (Ort unbekannt, wahrscheinlich Budapest) führen seit Monaten einen erfolgreichen Kampf um die 7-Uhr-Sperrstunde während der Sommermonate. Die Besitzer der Leder- und Schuhzubehörgeschäfte haben nachgeben müssen.

Nr. 68, 16. 6.

Meldung über siegreichen Streik der Apothekergehilfen nach einwöchiger Dauer.

Meldung über den Streik der Mühlenarbeiter in Pápa.

Der Bergarbeiterstreik (3 500 Arbeiter) in Pécs begann vor 6 Wochen und dauert immer noch an.

Meldung über Schneiderarbeiterstreiks in Ujvidék und Dunaharaszti.

Zeitungskolporteurs des "Esti Ujság" im Streik.

Nr. 69, 18. 6.

Meldung über Aussperrung "ungarischer Schneider" in Ujvidék am 12. Juni.

Mühlenarbeiterstreik in Pápa dauert an.

Meldung über den Streik der organisierten Zeitungskolporteurs des "Esti Ujság".

Nr. 71, 23. 6.

Meldung über Holzarbeiterstreik in Alsólendva.

Die Parkettleger in Budapest stehen vor einem Lohnkampf. Parkettleger werden aufgefodert, Budapest zu meiden.

Die Radiatorenfabrik in Budapest hat wegen Lohndifferenzen Gießerei ausgesetzt.

Nr. 73, 27. 6.

Seit dem 10. Juni Streik der Maurer auf dem Pécs-er Bau des Budapest-er Baumeisters Karl Koch.

2. Meldungen über (oder im Zusammenhang mit) ungarischen Streiks und Aussperrungen im "Pester Lloyd" im Juni 1914
- Nr. 127 (Abendblatt) 6. 6.
Nach "Tagesneuigkeiten" großer Artikel über den Streik der Budapester Apothekergehilfen. Streik begann am 6., Beschluß vom 5. abends.
- Nr. 132 (Morgenblatt) 7. 6.
"Lokalnachrichten": Großer Artikel über den Streik der Apothekergehilfen.
- Nr. 128 (Abendblatt) 8. 6.
"Kommunal-Angelegenheiten": Meldung über den Streik der Apothekergehilfen.
"Lokalnachrichten": Ebenfalls Meldung über den Streik der Apothekergehilfen (unter Sonderüberschrift).
- Nr. 133 (Morgenblatt) 9. 6.
"Lokalnachrichten": Meldung über den Streik der Apothekergehilfen.
- Nr. 129 (Abendblatt) 9. 6.
"Streiks und Aussperrungen": Bergarbeiterstreik in Pécs hält seit 6 Wochen für 3 500 Arbeiter an.
"Tagesnachrichten": Meldung über den Streik der Apothekergehilfen.
- Nr. 134 (Morgenblatt) 10. 6.
"Lokalnachrichten": Großer Aufsatz über den Streik der Apothekergehilfen. Ebenso Meldung über Streik der Apothekergehilfen in Sopron.
- Nr. 130 (Abendblatt) 10. 6.
Nach "Tagesneuigkeiten" Aufsatz über den Apothekergehilfenstreik.
- Nr. 135 (Morgenblatt) 11. 6.
"Kommunal-Angelegenheiten": Meldung über den Streik der Apothekergehilfen und
"Lokalnachrichten": ebenfalls Meldung über den Streik der Apothekergehilfen.
- Nr. 136 (Morgenblatt) 12. 6.
"Lokalnachrichten": Großer Artikel über den Streik der Apothekergehilfen.
- Nr. 131 (Abendblatt) 12. 6.
Sonderartikel über den Streik der Apothekergehilfen.
- Nr. 137 (Morgenblatt) 13. 6.
"Lokalnachrichten": Meldung über den Streik der Apothekergehilfen.
Meldung über Sieg der streikenden Apothekergehilfen in Marosvásártely.
- Nr. 138 (Morgenblatt) 14. 6.
Im politischen Teil: Großer abschließender Artikel zum Streik der Apothekergehilfen.
"Lokalnachrichten": Meldung über Beendigung des Apothekergehilfenstreiks.
- Nr. 142 (Morgenblatt) 19. 6.
"Lokalnachrichten": Meldung über Demonstration der Handelsgehilfen für früheren Arbeitsschluß.

Tabelle III

1. Meldungen über (oder im Zusammenhang mit) ungarischen Streiks, Aussperrungen und Zuzugssperren in der "Volksstimme" im April 1914

Nr. 39, 2. 4.

Streik in der Ungarisch-Belgischen Metallwarenfabrik, Budapest, hält an.

Streiks in der Budapester Eisen- und Metallindustrie:

1. Feilenhauer der Fa. Roesemann und Kühnemann (Werkstätten Magirius und Topits);
2. Eisengießer der Maschinenfabrik Kecskemét;
3. sämtliche Gießereien;
4. Pohlsche Maschinenfabrik, Szombathely;
5. Maschinenschlosser bei Hozai Gépgyar.

Streik der Installateure sämtlicher Betriebe in Miskolc.

Kupferschmiede bei Adalbert Hauck, Budapest, streiken.

Streik der Emaillearbeiter der Fa. Fuchs u. Schlichter, Budapest.

Automonteuere der Fa. Marta, Budapest, streiken.

Bauschlosser der Fa. Anton Sorg, Budapest, streiken.

Streik in der Emaillewarenfabrik, Fülekk.

Nr. 40, 4. 4.

Für Maurer gesperrt: Erzsébetfalva, Keszthely, Nagyszentmiklós, Tolna, Zalaegerszeg, Kolozsvár, Nagyenyed, Eled, Ocsanád.

Für Steinhauer gesperrt: Karánsebes, Munkács, Zombor.

Nr. 41, 7. 4.

Monteuere bei Siemens, Schuckert und Halske, Budapest, im Streik.

Aussperrung in der Autoabteilung der Fa. Ganz-Danubius, Budapest.

200 Konfektionsarbeiter in Nagyvárád streiken.

Holzarbeiteraussperrung in Pancsova.

300 Arbeiterinnen der Baumwollfabrik, Arad, streiken.

Die Schuhoberteilarbeiter in Miskolc sind seit dem 26. März im Streik.

Nr. 43, 11. 4.

Sieg der Damenkonfektionsarbeiter in Nagyvárád und Győr.

Kurzfristiger Streik der Ziegeleiarbeiter in Miskolc.

Nr. 44, 16. 4.

Gesperrt für Eisen- und Metallarbeiter:

1. Kabel- und Gummiwerke, Pozsony;
2. sämtliche Betriebe in Miskolc für Installateure;
3. Fa. Spengler, Besztercebánya;
4. sämtliche Betriebe der Rimamurány-Salgótarjánér Eisenbahnwerks AG.

Bäckereiarbeiterstreik in Kolozsvár seit dem 30. März.

Nr. 45, 18. 4.

Vor 3 Wochen siegreicher eintägiger Streik in der Kohlenbergwerks- und Ziegeleifabrik AG (Ort unbekannt).

Streik in der Kónyaschen Pantoffelfabrik in Nagybecskerek.

Nr. 47, 23. 4.

Die Fleischindustriearbeiter in Miskolc streiken seit 2 Wochen.

Alle Holzarbeiter bei Tischlermeister Printz, Erzsébetfalva, streiken.

Streik gegen Unfallgefahren in der Fenster-, Türen- und Möbelfabrik, Nyiregyháza.

2. Meldungen über (oder im Zusammenhang mit) ungarischen Streiks, Aussperrungen und Zuzugssperren im "Pester Lloyd" im April 1914

Nr. 78 (Morgenblatt) 1. 4.

In der Götzischen Holzfabrik, Galatz, seit einer Woche Streik.

Nr. 82 (Morgenblatt) 5. 4.

"Streiks und Aussperrungen": 200 Frauen streiken seit dem 4. April in der Textilfabrik Hungaria, Arad.

DER STAATLICHE SEKTOR INDIENS: PROBLEME DER EFFEKTIVITÄT

von S. I. Tjul'panov/G. M. Vejce

Die mannigfaltigen und komplizierten Probleme, denen sich die Entwicklungsländer in ihrem Streben nach einer unabhängigen Entwicklung gegenübersehen, zwingen sie, nach möglichst wirksamen Wegen und Mitteln zur Umgestaltung der rückständigen Wirtschaftsstruktur und zur beschleunigten Entfaltung der Produktivkräfte zu suchen. Mit Hilfe und auf der Basis des staatlichen Sektors bemühen sich die Regierungen vieler dieser Länder, die beschränkten Ressourcen zu konzentrieren und für den Aufbau einer weitverzweigten Wirtschaft, die Schaffung moderner Industriezweige, die Modernisierung der Landwirtschaft und die Hebung der Arbeitsproduktivität zu nutzen. Die zwanzigjährigen Erfahrungen der von der Kolonialherrschaft befreiten Staaten Asiens, die zehnjährigen Erfahrungen dieser Länder in Afrika und die neue Etappe des Kampfes der Länder Lateinamerikas für die ökonomische Unabhängigkeit lassen die Schlußfolgerung zu, daß die Entwicklung des staatlichen Sektors, das heißt die Tendenz zur Steigerung der Kapitalinvestitionen im Interesse der gesamtvolkswirtschaftlichen Akkumulation, eine allgemeine Gesetzmäßigkeit beim Aufbau der Volkswirtschaft der befreiten Länder ist. Dabei ist unbedingt zu beachten, daß die spezifischen sozialökonomischen Bedingungen den Charakter, die Stellung und die Rolle des staatlichen Sektors - und vor allem seine Entwicklungsrichtung - bestimmen. Eine gründliche Untersuchung der Entwicklungsprobleme des staatlichen Sektors und seiner wenn auch noch kurzen Geschichte in den verschiedenen Ländern ist daher wahrhaft unerlässlich; durch eine vergleichende Geschichte des staatlichen Sektors einer Reihe von Entwicklungsländern läßt sich für jedes von ihnen das Allgemeine und das Besondere klarer herausarbeiten.

In Indien hat der staatliche Sektor bekanntlich starke Positionen inne, und er übt wesentlichen Einfluß auf den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes aus. Das Studium seiner Entwicklungsprobleme ist von besonderem Interesse - und zwar nicht nur, weil Indien, so bedeutsam dieser Umstand auch ist, die zweitgrößte Bevölkerung unter allen Staaten der Welt hat; vielmehr sind die Probleme Indiens, darunter auch die seines staatlichen Sektors, in vieler Hinsicht typisch für jene Länder, die ihre komplizierten sozialen Probleme auf dem kapitalistischen Entwicklungsweg zu lösen versuchen. Die Situation in Indien weist viele rein nationale Besonderheiten auf, aber das ändert nichts an den wesentlichsten Konsequenzen dieses Entwicklungstyps der neuen souveränen Staaten. Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich mit Fragen der ökonomischen Effektivität des staatlichen Sektors in der Industrie Indiens.

Die Entwicklung Indiens im Zeitraum der drei Fünfjahrpläne war von einem Wachstum des staatlichen Sektors in der Ökonomik des Landes begleitet, machten die staatlichen Investitionen in der Wirtschaft während des zweiten Fünfjahrplanes (1956 bis 1961) 54,1 Prozent aus, so waren es im Zeitraum des dritten Fünfjahrplanes (1961 bis 1966) bereits 63 Prozent. Beachtenswert ist dabei, daß die staatlichen Investitionen nicht nur in den Zweigen der Infrastruktur überwogen (auf den Staat entfielen in diesem Bereich 90 Prozent aller In-

vestitionen), sondern auch in der Großindustrie. Der Anteil des staatlichen Sektors an den Gesamtinvestitionen in der Industrie betrug während des zweiten Fünfjahrplanes 56,6 Prozent und während des dritten Fünfjahrplanes 59,1 Prozent. Im staatlichen Sektor entsteht ein Komplex moderner industrieller Großbetriebe, von denen viele mit Hilfe der Sowjetunion gebaut und ausgerüstet werden. Die staatlichen Betriebe in der Großindustrie bestreiten insgesamt rund ein Viertel der Produktion. Dabei nehmen aber diese neuen staatlichen Betriebe in den wichtigsten Zweigen der Schwerindustrie eine führende oder sogar eine Monopolstellung ein. Dem staatlichen Sektor ist es zu verdanken, daß Indien bei der Schaffung einer modernen Industrie einen wesentlichen Schritt vorangekommen ist; es konnte das vorrangige Wachstum der Zweige der Abteilung I sichern und sein Industrierpotential erheblich stärken. In der Zeit von 1951/52 bis 1966/67 stieg die Zahl der staatlichen Betriebe der Zentralregierung von 50 auf 740, und ihre Investitionen erhöhten sich von 290 Millionen auf 24 150 Millionen Rupien.¹

Der Anteil des staatlichen Sektors an den Produktionsgrundfonds des Landes stieg von 3 Prozent im Jahre 1951 auf 40 Prozent im Jahre 1967; 1970 soll er 50 Prozent erreichen.²

Bekanntlich ist die Entwicklung des staatlichen Sektors unter den Bedingungen der sogenannten "gemischten Ökonomik" Indiens mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die reaktionären Kräfte des Landes konnten ihre Positionen im Parlament und vor allem in den gesetzgebenden Körperschaften und den Regierungen einer Reihe von Gliedstaaten während der letzten Jahre festigen. Gelenkt vom privaten Großkapital und von ausländischen Monopolen, gehen die reaktionären politischen Kreise in geschlossener Front gegen die schon unter Nehru ausgearbeitete wirtschaftliche und politische Generallinie des Landes vor. Ihre besonderen Angriffe richten sich gegen den staatlichen Sektor; sie sind bestrebt, ihn in seinem Wachstum zu beschränken und den Interessen des privaten Großkapitals unterzuordnen und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in die Bahnen einer unumschränkten Durchsetzung des Kapitalismus zu lenken, wobei sie sich auf das Bündnis mit dem ausländischen Monopolkapital stützen. Das Kräfteverhältnis der Klassen und das politische Kräfteverhältnis des Landes gestatten es der Reaktion jedoch nicht, das entscheidende Übergewicht zu erlangen. So konnte sich Premierminister Indira Gandhi auf die demokratischen Kräfte stützen, als sie erneut versicherte, die Regierung sehe ihre Aufgabe darin, den staatlichen Sektor zum führenden Wirtschaftsbereich zu entwickeln, weil dies die Kontrolle über die Kommandohöhen der Wirtschaft ermögliche, die Lösung der strategischen Aufgaben der sozialen Entwicklung fördere und die nötigen Mittel zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme freimache.³ Diese Haltung der Regierung Indiens ist charakteristisch für alle Regierungen, die gesamtstaatliche Interessen vertreten, was objektiv (und in vielen Fällen auch subjektiv) die Fortsetzung und Vertiefung der nationalen Befreiungsrevolution bedeutet. Die Erfahrung der Entwicklungsländer zeigt zwar deutlich, daß das Privatkapital nicht imstande ist, den allseitigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu sichern, aber das "beunruhigt" die Bourgeoisie als Klasse keineswegs, denn ihre Gewinninteressen werden davon am allerwenigsten berührt. Die negativen Erfahrungen mit dem privaten Großkapital, das mit seiner monopolistischen Tendenz den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt behindert, stellt daher die fortschrittlichen Gesellschaftsschichten vor die Notwendigkeit, konsequent die Entwicklungsprogramme des staatlichen Sektors zu verteidigen. Der staatliche Sektor, wird in diesem Zusammenhang immer wieder in der offiziellen indischen Zeitschrift *Economic Review* betont, sei eher imstande, die kardinalen Entwicklungsprobleme des Landes zu lösen, und müsse die führende Rolle spielen. Der Privatsektor habe weder die Fähigkeit noch die erforderliche Einstellung, um die statische Ökonomik in eine wachsende, dynamische

1 The Eastern Economist, März 1968, S. 12.

2 Capital v. 26. 12. 1968.

3 Ebenda.

sche Ökonomik zu verwandeln.⁴ Die Erfahrungen der Entwicklung Indiens im Zeitraum der drei Fünfjahrpläne zeigen aber auch mit aller Deutlichkeit, daß das quantitative Wachstum des staatlichen Sektors noch nicht seine Entwicklung zum führenden Wirtschaftsbereich bedeutet. Bekanntlich gibt es in einer Anzahl von Ländern Lateinamerikas, in der Türkei, im Iran und in einigen anderen Ländern schon seit langem einen staatlichen Sektor; er ist sozusagen erwachsen und hat starke Positionen in der Wirtschaft inne. Dennoch wurde er nicht zu einem wirklichen Hebel tiefgreifender sozialökonomischer Umgestaltungen und einer beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte. In seiner, insgesamt progressiven, Rolle beschränkt, entwickelte er sich in diesen Ländern nicht zum führenden Wirtschaftssektor; im Gegenteil, er übt dem Privatkapital gegenüber Hilfsfunktionen aus, wird von der nationalen Bourgeoisie für ihre klassenmäßig beschränkten Interessen ausgenutzt und nimmt in gewissem Sinne selber einige der negativsten Züge des staatsmonopolistischen Kapitalismus der imperialistischen Länder an.

Die Erfahrungen mit der Leitung staatlicher Betriebe zeigen bereits, daß der staatliche Sektor Indiens seinem Wesen nach Staatskapitalismus ist und die dem Kapitalismus eigenen grundlegenden Gesetzmäßigkeiten nicht zu überwinden vermag. Dieser Widerspruch zwischen einer progressiven Politik, die auf die Wahrnehmung gesamtnationaler Interessengerichtet ist, und der gemischtenökonomischen Basis, auf die sie sich stützt, tritt immer wieder in der praktischen Politik zutage; aus ihm erklären sich ihre Fehlschläge und Inkonssequenzen. Man darf nicht vergessen, daß der staatliche Sektor auch in Indien eng mit dem privatkapitalistischen Sektor verbunden ist, ja daß seine Entwicklung selber in vieler Hinsicht durch das Streben der nationalen Bourgeoisie bestimmt wird, den Staat für ihre Klasseninteressen, für die Sicherung ihrer ökonomischen und politischen Herrschaft auszunutzen. Doch bei dem bestehenden Kräfteverhältnis der Klassen, bei dem auch das Verhältnis zwischen dem national und patriotisch gesinnten Teil der Bourgeoisie und ihrem rechten Monopolflügel eine Rolle spielt, ist es möglich, den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Einfluß des privaten Großkapitals auf die allgemeine Wirtschaftsentwicklung des Landes wesentlich zu beschränken. Darin besteht die aktive Einflußnahme der objektiv revolutionären Politik auf die Wirtschaft. Insgesamt aber kann der staatliche Sektor, wenngleich er die proportional ausgewogene und beschleunigte Entwicklung der Wirtschaft fördert und damit den Interessen progressiver Gesellschaftsschichten entspricht, der Entwicklung der Volkswirtschaft doch keine planmäßige Form geben und sie auch nicht den Interessen der werktätigen Massen unterordnen. Das ist nur dann möglich, wenn er zur führenden Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung, zum führenden Wirtschaftssektor wird. Eine solche Umwandlung des staatlichen Sektors aber kann wiederum nur auf der Basis weiterer fortschrittlicher sozialer Umgestaltungen der Gesellschaft erfolgen, durch die er die Kontrolle über die entscheidenden Wirtschaftszweige erhält und in die Lage versetzt wird, den Hauptanteil der Akkumulation für die erweiterte Reproduktion zu bestreiten. Dabei ist der staatliche Sektor ein äußerst wichtiger Hebel zur Verwirklichung bestimmter strategischer Aufgaben der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Es sind auch tatsächlich nicht nur die ökonomischen Auswirkungen der Tätigkeit des staatlichen Sektors, sondern weit mehr noch ihre sozialen Folgen - man denke an die Veränderung der Stellung und Rolle der verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen der indischen Gesellschaft! -, die dazu führten, daß sich bei der Ausarbeitung und Verwirklichung der Fünfjahrpläne ständig zwei entgegengesetzte Tendenzen zeigten und zeigen.

Wie schon betont wurde, steigen die staatlichen Investitionen in der Wirtschaft Indiens absolut und relativ; in der Zeit von 1966 bis 1968 erreichten sie 68 Prozent der Gesamtbruttoinvestitionen. Die Finanzierung des staatlichen Sektors erfolgt jedoch unter äußerst ange-

4 Economic Review, hg. v. All India Congress Committee (AICC), Jg. 1968, Bd. 20, Nr. 5, S. 34.

spannten Bedingungen und sehr widersprüchlich, was in erster Linie auf die beschränkte staatliche Akkumulation zurückzuführen ist (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

Die Struktur der Finanzierungsquellen des staatlichen Sektors in der Zeit des dritten Fünfjahrplanes (1961 bis 1966)

(in Prozent)

Finanzierungsquellen	Plan	Ist
1. Staatliche Akkumulation	14,8	2,6
2. Zusätzliche Besteuerung	22,8	31,1
3. Anleihen beim Privatsektor	22,2	22,9
4. Defizitfinanzierung	7,3	12,5
5. Sonstige Quellen	3,6	2,9
6. Auswärtige Quellen	29,3	28,0

Quelle: Economic Bulletin for Asia and the Far East, hg. v. United Nations, Nr. 2/1968, S. 55.

Der Plan zur Finanzierung des staatlichen Sektors sah staatliche Bruttoinvestitionen in Höhe von 11 Milliarden Rupien vor, davon 5,5 Milliarden aus Budgetmitteln und 5,5 Milliarden aus Erträgen der staatlichen Betriebe. In der Praxis ging diese Rechnung jedoch nicht auf. Durch das erhebliche Ansteigen der laufenden Ausgaben, vor allem der militärischen, wurden die über den Haushalt zu finanzierenden Investitionen nicht nur nicht realisiert, sondern es entstand ein Defizit von 4,5 Milliarden Rupien. Allerdings überschritten die Zuführungen aus den staatlichen Betrieben die Planziffer; sie beliefen sich auf 6,7 Milliarden Rupien, womit das erwähnte Defizit gedeckt wurde. Für die staatlichen Investitionen verblieben somit 2,2 Milliarden Rupien. Diese machten damit insgesamt 2,6 Prozent aller Finanzierungsquellen des staatlichen Sektors aus. Daraus ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung der staatlichen Investitionen; die Regierung sah sich gezwungen, zusätzliche, vor allem indirekte, Steuern zu erheben und die inflationäre Defizitfinanzierung zu erweitern. Die Abhängigkeit von auswärtigen Geldquellen nahm nicht nur nicht ab, sondern verstärkte sich. Es leuchtet ein, daß das Problem der Effektivität des staatlichen Sektors, seines Beitrags zur Bildung der inneren Akkumulationsquellen und zur Finanzierung der Wirtschaftsvorhaben der Fünfjahrpläne unter diesen Umständen noch größere Bedeutung erlangen mußte (und zwar nicht nur unter dem prinzipiellen, sozialökonomischen Aspekt, sondern auch in der Praxis, bei der Überwindung von Schwierigkeiten). Dies alles machte den staatlichen Sektor zu einem der umstrittensten Probleme auf dem weiten Feld der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Klassenkräften des heutigen Indiens. Die Ideologen des Großkapitals gehen auf sehr einfache, ja geradezu primitive Weise an das Problem der Effektivität des staatlichen Sektors heran. Sie setzen Effektivität mit Rentabilität gleich, ignorieren die spezifischen Bedingungen, unter denen sich der staatliche Sektor Indiens entwickelt, spekulieren demagogisch auf die Schwierigkeiten seiner Bildung und seines Wachstums und führen eine hartnäckige und systematische Kampagne gegen ihn. Dies entspricht einem ganz bestimmten, seit langem verfolgten Klassenziel: den staatlichen Sektor zu diskreditieren, ihn als etwas von Natur aus Uneffektives, wenn nicht gar als Auswuchs am Körper der Gesellschaft darzustellen - und so den Weg freizumachen für die Offensive des Großkapitals gegen den Wirtschaftskurs des Landes.

Die Vertreter des nationalen und internationalen Monopolkapitals ignorieren in diesem Falle bewußt den von der Wissenschaft (und nicht nur der marxistischen) festgestellten Unterschied zwischen den volkswirtschaftlichen Kriterien des Wirtschaftswachstums (den makroökonomischen Kriterien) und den Kriterien der ökonomischen Effektivität einzelner Betriebe, also den mikroökonomischen Kriterien. Es liegt auf der Hand, daß die Kriterien der Effektivität des staatlichen Sektors nicht mit denen der Rentabilität identisch sind. Sie beruhen auf einer Analyse des allgemeinen, zu Veränderungen führenden Einflusses, den der staatliche Sektor mit der Entwicklung neuer und neuester führender Zweige auf die Zweigstruktur der Gesellschaft ausübt, wobei die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit steigt - auf einer Analyse seines Einflusses auf das Wachstum und die Veränderungen im Privatsektor, auf die fortschrittliche Entwicklung in der Landwirtschaft usw.

Mit anderen Worten, es reicht für die Berechnung der volkswirtschaftlichen Effektivität des staatlichen Sektors nicht aus, die Aufwendungen für seine Entwicklung mit dem unmittelbaren Ertrag, soweit er sich in Geld oder Produkten ausdrückt, zu vergleichen. Die realen wertmäßigen Auswirkungen sind tatsächlich schwer zu berechnen, denn ein großer Teil des im staatlichen Sektor geschaffenen Wertes wird außerhalb seines Bereichs realisiert. Es liegt jedoch auf der Hand, daß der im staatlichen Sektor geschaffene Wert (oder besser gesagt, sein Effekt) weit größer ist als sein Anteil am Nationaleinkommen des Landes.

Die feindselige Kampagne gegen den staatlichen Sektor ruft bei den fortschrittlichen Kräften des Landes, die für einen unabhängigen Kurs eintreten, zunehmende Besorgnis hervor. Die Ökonomen dieser Richtung fordern andere Kriterien für die Effektivität des staatlichen Sektors, Kriterien, die den konkreten historischen Bedingungen der von kolonialer Abhängigkeit befreiten Länder Rechnung tragen. Ihrer Meinung nach muß man sich von engen Rentabilitätsvorstellungen freimachen und den staatlichen Sektor nach den großen Aufgaben beurteilen, die vor dem Land stehen. Als wichtigste Kriterien werden in diesem Zusammenhang die volkswirtschaftliche Effektivität, die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und die Erzeugung der für die Gesellschaft erforderlichen Produkte und Dienstleistungen genannt. Die Rentabilität, so wird geltend gemacht, könne nicht als allgemeines Kriterium der Effektivität dienen, da sie mit dem Preis verknüpft sei. Eine Reihe privater Gesellschaften wiesen zum Beispiel dank ihrer Monopolstellung auf dem Markt eine hohe Rentabilität auf, was sich jedoch nicht unbedingt mit hoher Effektivität gleichsetzen lasse. Ein staatlicher Betrieb wiederum könne in der Preispolitik das Prinzip "kein Gewinn, kein Verlust" (no profit, no loss) verfolgen oder sogar ein sogenanntes künstliches Defizit (das heißt ein auf preispolitischen Gründen beruhendes rein rechnungstechnisches Defizit) haben, ohne daß dies Uneffektivität bedeuten müsse, sofern er Bedürfnisse des Landes befriedige. Als Kriterium der Effektivität dürfe daher nicht der Gewinn, sondern müßten der Umfang und die Kosten der Produktion dienen.⁵

Einige namhafte indische Ökonomen, die den staatlichen Sektor unterstützen, versuchen das Prinzip der volkswirtschaftlichen Effektivität mit dem der Effektivität im engeren Sinne (Rentabilität) zu verbinden. Diese, unseres Erachtens richtige Betrachtungsweise verbindet den ökonomischen mit dem sozialen Aspekt der Rentabilität; sie berücksichtigt den Prozeß des Wachstums und der Vervollkommnung des staatlichen Sektors, wenn die Hebung der Effektivität der Produktion ihren verallgemeinernden Ausdruck im Gewinn und in der Rentabilität findet. Natürlich wandelt sich die Verknüpfung dieser volkswirtschaftlichen Kriterien der Arbeit eines Betriebes des staatlichen Sektors (wie überhaupt des gesamten staatlichen Sektors) von Fünfjahrplan zu Fünfjahrplan entsprechend der jeweiligen Entwicklungsstufe. Mit dem zunehmenden Erstarken der Volkswirtschaft und dem wachsenden Gewicht des staatlichen Sektors innerhalb der Gesamtwirtschaft spiegeln die Wertkriterien (Produktionskosten,

5 Ebenda, Nr. 1, S. 15, u. Nr. 5, S. 34.

Preis, Gewinn usw.) immer genauer sowohl die Effektivität des einzelnen Betriebes wie auch die allgemeine volkswirtschaftliche Effektivität des staatlichen Sektors wider.

Vom Standpunkt der optimalen Rentabilität geht beispielsweise der namhafte Wirtschaftswissenschaftler Tripathy aus, Verfasser des bekannten Buches über die Staatsfinanzen in den Entwicklungsländern. "Der Gewinn", betont Tripathy, "darf nicht dadurch entstehen, daß die Monopolstellung des Staates ausgenutzt und der Verbraucher ausgebeutet wird; er darf nicht die unzulängliche Effektivität der Produktion verdecken. Er muß die rationelle Nutzung der Ressourcen widerspiegeln und zum Gradmesser der Effektivität werden."⁶

Das Prinzip der optimalen Rentabilität im staatlichen Sektor ist offiziell in den Fünfjahrplänen zur Entwicklung des Landes verankert.

Eine mehr oder weniger klare Vorstellung von den finanziellen Ergebnissen der Betriebe des staatlichen Sektors vermitteln die Jahresübersichten der Reservebank Indiens (siehe Tabelle 2). Die letzte dieser Übersichten erschien im September 1968; sie enthält eine Analyse der Tätigkeit von 73 nicht im Bank- oder Versicherungswesen tätigen Gesellschaften, die 99 Prozent des eingezahlten Kapitals aller derartigen Gesellschaften und 77 Prozent des Kapitals aller entsprechenden staatlichen Unternehmen auf sich vereinigten; Stichtag war der 31. März 1967.⁷

Tabelle 2

Hauptkennziffern der Tätigkeit staatlicher Gesellschaften Indiens

A Große Gesellschaften

Zeitraum	1965/66	1966/67
Anzahl	8	8
Bruttoertrag (in Mill. Rupien)	4 624	5 687
Bruttoprofit (in Mill. Rupien)	340	156
Bruttoprofitrate (in %) ⁺	1,8	0,7
Nettoprofit (in Mill. Rupien)	41	-234
Nettoprofitrate (in %) ⁺	0,2	- 1,3

B Andere Gesellschaften insgesamt

Zeitraum	1965/66	1966/67
Anzahl	65	65
Bruttoertrag (in Mill. Rupien)	2 989	3 914
Bruttoprofit (in Mill. Rupien)	246	369
Bruttoprofitrate (in %) ⁺	5,2	6,2
Nettoprofit (in Mill. Rupien)	72	119
Nettoprofitrate (in %) ⁺	1,5	2

Die Profitrate entspricht dem Verhältnis zwischen Profit und den als Kapital in der Bilanz nach dem Nettoprinzip ausgewiesenen Aktiva (net assets).

Quelle: *Finances of Government Companies 1966/67*, in: Reserve Bank of India Bulletin, Nr. 9/1968, S. 1146 f.u. 1149.

⁶ Tripathy, Ram Nivanjan, *Public Finances in Underdeveloped Countries*, Calcutta 1964, S. 268.

⁷ *Finances of Government Companies 1966/67*, in: Reserve Bank of India Bulletin, Nr. 9/1968, S. 1143 - 1158.

C Andere Gesellschaften aufgeschlüsselt

Zeitraum	Extraktive		Verarbeitende		Sonstige	
	1965/66	1966/67	1965/66	1966/67	1965/66	1966/67
Anzahl	6	6	43	43	16	16
Bruttoertrag (in Mill. Rupien)	169	180	1217	1445	1603	2288
Bruttoprofit (in Mill. Rupien)	18	22	153	211	74	135
Bruttoprofitrate (in %) ⁺	4,3	4,4	4,7	5,4	6,9	8,6
Nettoprofit (in Mill. Rupien)	7	5	40	70	26	45
Nettoprofitrate (in %) ⁺	1,6	0,9	1,2	1,8	2,4	2,9

+ Die Profitrate entspricht dem Verhältnis zwischen Profit und den als Kapital in der Bilanz nach dem Nettoprinzip ausgewiesenen Aktiva (net assets).

Quelle: Finances of Government Companies 1966/67, in: Reserve Bank of India Bulletin, Nr. 9/1968, S. 1146 f. u. 1149.

Auffällig ist an diesen Angaben die starke Verschlechterung der finanziellen Ergebnisse der großen Gesellschaften (mit einem eingezahlten Kapital von jeweils mehr als 200 Millionen Rupien). Ihr Jahresbruttoprofit ging von 340 auf 156 Millionen Rupien zurück, und nach Zahlung der Zinsen und Steuern entstand ein Defizit von 234 Millionen Rupien.⁸ Diese ungünstige Situation ergab sich zum Teil daraus, daß die Zunahme der Produktionskosten erheblich den Produktionszuwachs übertraf (31,6 Prozent gegenüber 25,7 Prozent).

Der Produktionsumfang der übrigen 65 Gesellschaften stieg in etwas stärkerem Maße als ihre Aufgaben, so daß sich ihr Bruttoprofit von 246 auf 369 Millionen Rupien und ihr Nettoprofit von 72,4 auf 119 Millionen Rupien erhöhte. Die Bruttoprofitrate stieg von 5,2 auf 6,2 Prozent und die Nettoprofitrate von 1,5 auf 2 Prozent. Die entsprechende Grundtendenz gilt gleichermaßen für die extraktiven, die verarbeitenden und die nichtindustriellen Gesellschaften (Transport, Bauwesen, Plantagen, Handel). In der letztgenannten Gruppe war die höchste Rentabilität zu verzeichnen (eine Bruttoprofitrate von 8,6 Prozent 1966/1967).

Wenn die angeführten Daten auch insofern unzulänglich sind, als sie nur pauschale Angaben nach Gruppen von Gesellschaften enthalten, so bieten sie doch genügend Material für bestimmte Schlußfolgerungen und Vergleiche. Insgesamt ist das Rentabilitätsniveau im staatlichen Sektor noch sehr niedrig, und zwar erheblich niedriger als im privaten Sektor. 1963/64 belief sich die Profitrate im staatlichen Sektor auf 1,67 Prozent, 1964/65 auf 2,5 Prozent, 1965/66 auf 2,4 Prozent, 1966/67 auf 1,95 Prozent.⁹ Die durchschnittliche Bruttoprofitrate der privaten Gesellschaften betrug 1965/66 nach Angaben der Reservebank Indiens 11,8 Prozent.¹⁰ Auf den privaten Sektor entfielen rund vier Fünftel des Profits, der 1965/66 in den Industrie- und Handelsunternehmen erzielt wurde. Besonders niedrig war die Profitrate 1964/65 im Kohlenbergbau mit 0,79 Prozent und auch in der Metallurgie mit 2,5 Prozent. Zur gleichen Zeit erzielten die staatlichen Maschinenbaubetriebe eine Profitrate von 11,24 Prozent.¹¹

Natürlich muß man bei der Beurteilung der Rentabilität des staatlichen Sektors eine ganze Reihe wichtiger objektiver Umstände berücksichtigen. Viele Betriebe gehören zu den fonds-

8 Ein Defizit hatten u. a. die Hindustan Steel, die National Coal Corporation und die Fertilizer Corporation of India.

9 The Developing Economies, März 1968, S. 9; Reserve Bank of India Bulletin, Nr. 9/1968, S. 1144.

10 Reserve Bank of India Bulletin, Nr. 1/1968, S. 11.

11 The Eastern Economist, Annual Number 1968, S. 1174.

intensiven Zweigen der Infrastruktur und der Schwerindustrie; hier ist eine lange Aufbau- und Anlaufzeit erforderlich, so daß diese Betriebe unter Umständen jahrelang nur bescheidene finanzielle Ergebnisse bringen können. So wurden 6 der oben erwähnten 8 großen Gesellschaften in der Zeit des zweiten und dritten Fünfjahrplanes gebildet; von den 65 übrigen Gesellschaften entstanden 22 während des dritten Fünfjahrplanes, 18 in der Zeit des zweiten und 11 in der Zeit des ersten Fünfjahrplanes; nur die restlichen 14 existierten schon vor 1951.

Hinzu kam eine Reihe negativer, mit Mängeln in der Leitungstätigkeit verbundener Erscheinungen in der Arbeit der staatlichen Betriebe. So führten Überschreitung der Fristen für den Bau und die Inbetriebnahme der Werke zu erheblichen Kostenerhöhungen gegenüber dem Plan. Der indische Parlamentsausschuß für staatliche Betriebe untersuchte 1968 in dieser Hinsicht 32 Betriebe und stellte dabei fest, daß dort die tatsächlichen Baukosten 10 Milliarden Rupien betragen, während der Plan dafür 5,9 Milliarden vorsah.¹² Disproportionen ergaben sich im staatlichen Sektor auch aus der mangelnden Koordinierung der Tätigkeit miteinander verbundener Objekte. Besonders nachteilig wirkte sich das Problem der Produktionskosten aus. Bei einer Analyse dieses Problems erwähnen die bekannten Ökonomen Dutt und Sundharam die typischsten Erscheinungen, die die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Kostensenkung in den staatlichen Betrieben behindern. Hierzu gehören die Nichtauslastung des Produktionsapparats, die Überschreitung der Rohstoff- und Materialverbrauchsnormen, das Vorhandensein überschüssiger Umlaufmittel, überhöhte Gemeinkosten, aufgeblähter Personalbestand, mangelhafte Organisation des Tarifwesens, das Fehlen elastischer Arbeitsstimuli für die Arbeiter und Angestellten und planmäßiger Schulungs- und Umschulungsprogramme für die Arbeiter sowie der große Mangel an erfahrenen Verwaltungsexperten und Spezialisten.¹³ Mängel in der Organisation des Handels führen zu Absatz- und Versorgungsschwierigkeiten. Unfähigkeit bei der Organisation des Kohlenabsatzes hat zum Beispiel bewirkt, daß selbst staatliche Betriebe es häufig vorziehen, die Kohle nicht von staatlichen Kohlegesellschaften, sondern beim Privatsektor zu beziehen. Leider gehen die Autoren bei der Aufzählung der Gründe für die Mängel in der Arbeit und Organisation der staatlichen Betriebe nicht auf die eigentlichen Ursachen ein, das heißt auf die Klassenwurzeln dieser Mängel, die ein direktes Ergebnis der Tätigkeit der Agenten der Monopole auf der höheren und mittleren Leitungsebene der staatlichen Betriebe sind.

Eins der kompliziertesten Probleme des staatlichen Sektors ist die Preisbildung. In den Satzungen der staatlichen Gesellschaften sind die Prinzipien der Preisbildung nicht genau formuliert, so daß diese Frage in jedem konkreten Fall nach der Spezifik des Betriebes gelöst wird. Die indische Praxis der Preisbildung im staatlichen Sektor richtet sich vor allem nach der Einteilung der Betriebe in zwei Gruppen. Die erste umfaßt Betriebe, die als gewöhnliche Konkurrenten auf dem Markt in Erscheinung treten; zu ihnen gehören vor allem Industrieunternehmen. Hier muß der Betrieb vom Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot ausgehen, das heißt von einer normalen Rentabilität auf der Basis eines Preises, der die marginalen oder auch mittleren Kosten entsprechend der Spezifik der Produktion widerspiegelt. Der Ausschuß für staatliche Betriebe hat sich wiederholt gegen eine künstliche Senkung der Preise für die Produktion dieser Betriebe gewendet, da dies die Struktur der Nachfrage verzerre, das Marktgleichgewicht störe und die Privatbetriebe verdränge, deren Tätigkeit in Indien als unerlässlich zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Entwicklungspläne gilt. Zugleich wendet sich der Ausschuß jedoch auch gegen eine Maximalisierung der Gewinne durch den Preis, um der Ausbeutung des Verbrauchers keinen Vorschub zu leisten. Aus diesen Gründen orientieren sich die staatlichen Betriebe gegenwärtig auf eine Profitrate von 10 bis 12 Prozent, was dem Stand im Privatsektor entspricht.

¹² Capital v. 26. 12. 1968.

¹³ Dutt, Rajani Palme/Sundharam, K., Indian Economy, Neu-Delhi 1968, S. 202.

Zur zweiten Gruppe gehören Betriebe, die auf dem Markt mehr oder weniger eine Monopolstellung innehaben. In der Frage der Preisbildung für die Produkte und Dienstleistungen dieser Betriebe, die in ihrer Mehrheit zur Infrastruktur und zur Schwerindustrie gehören, gibt es zwei Standpunkte. Die Anhänger des ersten meinen, am vorteilhaftesten sei hier das Prinzip niedriger Preise, genauer gesagt, das Prinzip "kein Gewinn, kein Verlust", weil dies das Ansteigen der Nachfrage nach der Produktion dieser Betriebe fördere und vor allem die Produktionssteigerung und Kostensenkung in den von ihnen belieferten Zweigen stimuliere. Andere Ökonomen halten diesen Weg für untauglich, weil dem Betrieb in diesem Falle die Mittel zur Eigenfinanzierung fehlen, er so von Regierungssubventionen abhängig wird und daher mit seiner Akkumulation keinen finanziellen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes leistet.

Die Regierung geht in ihrer Preispolitik von der Notwendigkeit aus, diesen staatlichen Betrieben eine entsprechende Rentabilität zu sichern. Allerdings weist sie das Prinzip "no profit, no loss" nicht gänzlich von der Hand. Eine staatliche Kraftwerksgesellschaft zum Beispiel befolgt dieses Prinzip bei den Gebühren für Elektroenergie, die zu Bewässerungszwecken benutzt wird, während in anderen Fällen der Preis einen Gewinn sichert, der der durchschnittlichen Rendite auf das eingesetzte Kapital entspricht. Ermäßigte Preise gelten auch für einige Stahlsorten und für Eisenbahnfrachttarife. Bei Zement sind die Preise zwei- bis dreimal niedriger als auf dem freien Markt. Viele Gesellschaften erhalten von der Regierung Subventionen. So deckte die staatliche Schiffsbaugesellschaft im Produktionszeitraum 1964 bis 1966 mit Hilfe von Subventionen 35 bis 40 Prozent der Kosten der gebauten Schiffe. Bis 1965/66 erhielt die Gesellschaft bei einem Eigenkapital von 60,9 Millionen Rupien Subventionen in Höhe von 116,9 Millionen Rupien.¹⁴

Das Prinzip der Rentabilität als Grundlage der Preispolitik im staatlichen Sektor Indiens ist offiziell im dritten Fünfjahrplan verankert: "Unerlässlich ist eine rationelle und ökonomisch fundierte Preispolitik, die den staatlichen Betrieben eine entsprechende Kapitalrendite und damit eine Beteiligung an der erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft sichert."¹⁵

Zu beachten ist hierbei, daß die Preispolitik im staatlichen Sektor Schauplatz heftiger Kämpfe ist. Das Großkapital, das den staatlichen Sektor für seine eigennützigen beschränkten Klasseninteressen ausnutzen möchte, versucht, der Regierung eine entsprechende Preispolitik aufzudrängen. Sobald staatliche Konkurrenzbetriebe auf Wachstumsschwierigkeiten stoßen und eine geringe Rentabilität aufweisen, wird eine erbitterte Kampagne gegen sie geführt, um ihre Schwierigkeiten noch zu vergrößern und ihre Tätigkeit zu beschränken, wenn sich zum betreffenden Zeitpunkt ihre Privatisierung nicht durchsetzen läßt. Gleichzeitig führt das Großkapital eine Kampagne gegen "staatsmonopolistische Tendenzen" und drängt der Regierung das Prinzip "kein Gewinn, kein Verlust" in den Zweigen auf, die sich innerhalb des staatlichen Sektors entwickeln und die Wirtschaft des Landes mit wichtigen Erzeugnissen und Dienstleistungen versorgen. Hier sind die staatlichen Betriebe, wie der Minister für Metallurgie, Reddy, betonte, oft zu einer Senkung der Preise gezwungen, selbst wenn insgesamt eine entgegengesetzte Tendenz herrscht.¹⁶

Die Befürworter der Entwicklung des staatlichen Sektors fordern daher nicht zufällig ernsthafte Maßnahmen für eine Preisregulierung. Einige Wirtschaftsfachleute, wie zum Beispiel Professor Bansal, fordern die Bildung eines Expertenausschusses für Preise bei der Zentralregierung, der sich mit den wirtschaftlichen Faktoren und Tendenzen, die auf das Preisniveau einwirken, befassen soll. Nach Meinung von Bansal muß die Preisbildung im staatlichen Sektor planmäßig erfolgen, und die unmittelbare Verantwortung dafür soll bei der Re-

14 The Developing Economies, März 1968, S. 21.

15 Third Five Year Plan, hg. v. Planning Commission, Neu-Delhi 1961, S. 264.

16 Economic Review, a. a. O., Bd. 19, Nr. 11 - 13, S. 36.

gierung liegen.¹⁷ Wenn die Möglichkeiten einer planmäßigen Preisbildung unter den Bedingungen Indiens auch problematisch sind, sind derartige Forderungen doch äußerst bezeichnend, denn sie spiegeln das Bedürfnis nach einer Vervollkommnung der Tätigkeit des staatlichen Sektors wider.

Bekanntlich ging es in Indien bei der endgültigen Ausarbeitung des vierten Fünfjahrplanes (1969/70 bis 1973/74) vor allem auch darum, die Positionen des staatlichen Sektors in der Wirtschaft des Landes wesentlich zu stärken. Die Verfasser des Planes sind sich darüber im klaren, daß die Effektivität des staatlichen Sektors steigen muß, damit die Eigenfinanzierung der Betriebe größere Bedeutung erlangt und aus ihren Gewinnen zusätzliche Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der wachsenden Wirtschaft freiwerden. Am Ende des dritten Fünfjahrplanes sollte die durchschnittliche Profitrate im staatlichen Sektor 10 Prozent betragen, doch dieses Ziel wurde nicht erreicht. Eine Reihe namhafter Wirtschaftsfachleute wie Dutt und Sundharam meinen, die Durchschnittsprofitrate müsse bei 20 Prozent liegen, wenn der staatliche Sektor die geforderte Effektivität erreichen und die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen soll.¹⁸

Natürlich wird das Wachstum des staatlichen Sektors auf den erbitterten Widerstand der reaktionären Kräfte stoßen. Die Entwicklung des staatlichen Sektors zum führenden Sektor der Wirtschaft des Landes wird von der Fähigkeit der progressiven nationalen Kräfte abhängen, den unabhängigen Kurs des Landes zu verteidigen und im Interesse des Volkes den Weg sozialökonomischer Umgestaltungen zu beschreiten. Der staatliche Sektor kann sich erst dann erfolgreich entwickeln, wenn seine Tätigkeit der Kontrolle der demokratischen Öffentlichkeit unterstellt wird. Heute stehen viele Betriebe stark unter dem Einfluß von Vertretern des Großkapitals und bourgeoisiefreundlichen bürokratischen Elementen, die im Leitungssystem des staatlichen Sektors Schlüsselpositionen innehaben. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß allein die direkten Vertreter des Großkapitals 114 der 445 Direktorenposten in den Verwaltungsgremien von 43 großen staatlichen Gesellschaften bekleiden, deren Tätigkeit sich auf sämtliche Wirtschaftsbereiche erstreckt. Die Notwendigkeit der Einbeziehung von Vertretern der Werktätigen in die Leitung der staatlichen Betriebe wird von der Regierung Indiens offiziell anerkannt, aber bisher ist diese so überaus wichtige Frage noch nicht gelöst. Solange dies jedoch nicht geschieht, dürfte es kaum möglich sein, die staatlichen Betriebe zu demokratisieren und die Bestrebungen des Großkapitals, den staatlichen Sektor für seine Interessen auszunutzen, zu paralisieren.

Die weitere Entwicklung Indiens wird daher zweifellos von einer Verschärfung des Klassenkampfes begleitet sein. Der staatliche Sektor ist ein äußerst wichtiges Feld des Zusammenpralls der verschiedenen sozialen und politischen Kräfte. Das hat der erbitterte Kampf anläßlich der Verstaatlichung der privaten Großbanken deutlich genug gezeigt.

Die Stärkung des staatlichen Sektors ist ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur wahrhaften ökonomischen Unabhängigkeit Indiens.

(Übersetzt von Roswitha Czollek)

17 Bansal, B., Pricing Policies in Public Sector, Bombay 1968, S. 23.

18 Dutt, Rajani Palme/Sundharam, K., a. a. O., S. 202.

DIE STELLUNG DER DEUTSCHEN TEERFARBENINDUSTRIE ZUM STOFF- UND VERFAHRENPATENT IN DER ZEIT BIS ZUM ZWEITEN DEUTSCHEN PATENTGESETZ VON 1891⁺

von Thomas Kuczynski

Vorbemerkung

1. Die Entstehung des Gesetzes von 1877
2. Die Patente und ihre unterschiedlichen Wirkungen im Monopolisierungsprozeß der Teerfarbenindustrie
3. Der chemische Patentkongreß von 1879
4. Vom Patentkongreß zur Patentenquôte
5. Die Enquôte von 1886
6. Von der Patentenquôte zum neuen Patentgesetz

Schlußbemerkung

Vorbemerkung

In den letzten Jahren sind in der wirtschaftshistorischen Literatur der DDR eine ganze Reihe von Arbeiten erschienen, die sich der Untersuchung des Verhältnisses von Monopol und Patent in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus widmen. Einige von ihnen haben speziell die chemische Industrie - und hier wiederum besonders die Teerfarbenindustrie - zum Inhalt, andere wollen die Problematik allgemeiner betrachten, konzentrieren sich dabei aber ebenfalls auf die Teerfarbenindustrie.¹

+ Der vorliegenden Arbeit liegt der Text einer im Frühjahrssemester 1967 im Fach Wirtschaftsrecht an der Hochschule für Ökonomie geschriebenen Hausarbeit zugrunde. Meinem Betreuer, Herrn Dr. jur. habil. Walter Nowotka möchte ich an dieser Stelle nochmals für die Hinweise und Ratschläge danken, die er mir bei der Abfassung dieser Arbeit gegeben hat.

1 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14: Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, bes. Kap. II, Abschñ. 2, u. S. 33 - 39; Sonnemann, Rolf, Der Einfluß des Patentwesens auf die Herausbildung von Monopolen in der deutschen Teerfarbenindustrie (1877 - 1904), phil. Habil.-schrift Halle-Wittenberg 1963; Sonnemann, Rolf/Etzold, Heike, Patent und Monopol, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 1, S. 121 - 159.

Über die Ursachen hierfür schreibt Jürgen Kuczynski: "Bemerkenswert neben der Konzentration von Arbeitskraft die Konzentration von spezifischer Intelligenz" in der chemischen Industrie. "Und damit hängt eine andere Eigenart der chemischen Industrie zusammen. Die entscheidende Rolle, die die Konzentration von, nennen wir es, potentiellen Produktivkräften, von Verfahrensweisen, Formeln usw. spielt. Darum wird auch in der Geschichte der chemischen Industrie den Fragen des Patentwesens und des Betriebsgeheimnisses solche Aufmerksamkeit geschenkt. Und wenn wir den Begriff der Konzentration richtig erfassen, in seiner ganzen Breite und Tiefe, dann werden wir verstehen, daß diese Fragen mit ein Teil der Problematik der Konzentration, die dicht an das Monopol führt, sind."² Er zitiert dann Rassow: "Dasjenige Reichsgesetz, das für die deutsche chemische Industrie von allergrößter Bedeutung geworden ist, war das Deutsche Patentgesetz vom Jahre 1877 ..."³

Das besondere Interesse der wirtschaftshistorischen Forschung an der Teerfarbenindustrie ist wohlbegründet, denn erstens waren die Teerfarbenfabriken "der Kern der chemischen Industrie"⁴, zweitens ist klar, "daß die Industrie der organischen Farbstoffe das bei weitem größte Interesse an den Fragen der Patentgesetzgebung" hatte⁵, denn "schließlich ist die Patentgesetzgebung für keinen anderen chemischen Industriezweig auch nur annähernd so wichtig gewesen wie für die Teerfarbenindustrie"⁶.

Obwohl nun Sonnemann mit seiner Arbeit über den "Einfluß des Patentwesens auf die Herausbildung von Monopolen in der deutschen Teerfarbenindustrie (1877 - 1904)" eine umfassende Untersuchung der Probleme geliefert hat, nachdem schon Ungewitter ein sehr faktenreiches Kapitel seiner Geschichte des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands der Patentfrage gewidmet hatte, erscheint es trotzdem zweckmäßig, die Stellung der Teerfarbenindustrie zum Verfahrens- und Stoffpatent eingehender zu betrachten, insbesondere, weil Sonnemann den juristischen Aspekt, dem Anliegen seiner Arbeit entsprechend, sehr stark in den Hintergrund gerückt hat.

Wie eng der Zusammenhang zwischen der Stellung zum Patent und der zum Monopol ist, wird im folgenden deutlich werden.

1. Die Entstehung des Gesetzes von 1877

Sieht man sich die ersten Entwürfe zum Patentgesetz (PatG) und das PatG in seiner 1877 verabschiedeten Gestalt an, so fällt eine Änderung besonders ins Auge: Während im sogenannten "Reichskanzlerentwurf"⁷ von 1876 die chemische Industrie keineswegs speziell erwähnt wird (wenn wir einmal von den uns hier nicht interessierenden Industrien der Genuß- und Arzneimitteln absehen), ist ihr im PatG von 1877 eine generelle Ausnahmestellung in der Weise gegeben, daß "Erfindungen ... von Stoffen, die auf chemischem Wege hergestellt werden", vom Patentschutz ausgenommen sind, "soweit die Erfindungen nicht ein bestimmtes

² Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 34.

³ Rassow, Berthold, Die chemische Industrie, Gotha 1925, zit. nach Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 34.

⁴ Sonnemann, Rolf/Etzold, Heike, a. a. O., S. 122.

⁵ So der Vorsitzende der Patentkommission des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie und Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF), der Großindustrielle Caro, in der Vorstandssitzung v. 18. 2. 1884, abgedr. bei Ungewitter, Claus, Ausgewählte Kapitel aus der chemisch-industriellen Wirtschaftspolitik (1877 - 1927), Berlin 1927, S. 302.

⁶ Sonnemann, Rolf/Etzold, Heike, a. a. O., S. 122.

⁷ Entwurf eines Patentgesetzes, Berlin 1876.

Verfahren zur Herstellung der Gegenstände betreffen" (§ 1 Abs. 2 Ziff. 2 PatG).⁸ In den seit jener Zeit verflossenen neunzig Jahren ist viel darüber gerechert und gestritten worden, wie jener Paragraph (und der mit ihm verbundene § 4 PatG) auszulegen gewesen sei. Vor-erst sei nur festgestellt, daß er der chemischen Industrie eine bestimmte Sonderstellung einräumte, die sie im wesentlichen auch noch heute besitzt.⁹

Die erste Frage, die hier zu beantworten ist, ist die, warum der chemischen Industrie eine Ausnahmestellung gegeben wurde.

Zu der Zeit, als die Enquête zum Patentgesetz von 1877 veranstaltet wurde, war der Kampf darum, ob überhaupt ein "Patentgesetz für das Deutsche Reich" erlassen werden sollte oder nicht, so gut wie entschieden.¹⁰ Die Enquête-Kommission tagte mit dem festen Vorsatz, dem Reichstag einen verbesserten PatG-Entwurf zu liefern.¹¹ Der einzige der Kommissionsmitglieder, der sich gegen jeden Patentschutz erklärte, war der Chemieindustrielle Siermann. Er hielt "jeden Patentschutz für überflüssig, ja für schädlich und unberechtigt ..."¹² Sein Antrag, ohne PatG auszukommen, wurde aber einstimmig abgelehnt.¹³

Der zweite - für die vorliegende Untersuchung wesentlich wichtigere - Punkt bei der Untersuchung der Patentenquête war der, "ob die chemische Industrie vom Patentschutz auszu-schließen sei."¹⁴ Hasenclever von der Farbenfabrik Rhenania trat für einen Patentschutz auch in der chemischen Industrie ein,¹⁵ Dagegen war der Vertreter der Farbwerke Hoechst, Brüning, strikter Gegner des Patentschutzes in der chemischen Industrie, weil "bei ihr die schädlichen Folgen der Patente am deutlichsten hervor(treten). Letztere haben in Frankreich und England das Aufkommen neuer Zweige der Industrie, wie der Anilin- und Alizarinfabrikation verhindert. Die Erfindung in der chemischen Fabrik bestehe meist in einer Idee, deren Ausführung große Schwierigkeiten biete. In England und Frankreich seien Patente für die Alizarin- und Anilinfarben erteilt, deren Verwertung den Erfindern nur in der mangel-

8 Merkwürdigerweise haben weder Müller, Alfred, Die Entwicklung des Erfinderschutzes und seiner Gesetzgebung in Deutschland, München 1898, noch Wehr, Johann, Die Anfänge des Patentwesens in Deutschland, phil. Diss. Erlangen 1936, diesen Umstand erwähnt.

9 Vgl. § 1 Abs. 2 Ziff. 2 der Patentgesetze von 1877 (Reichsgesetzblatt [im folgenden: RGBL] 1877, S. 501 ff.), von 1891 (ebenda 1891, S. 79 ff.), von 1936 (ebenda 1936 II, S. 117 ff.), der westdeutschen Bundesrepublik von 1953 (Bundesgesetzblatt 1953 I, S. 623 ff.) und 1961 (ebenda 1961 I, S. 550 ff.) sowie § 1 Abs. 3 u. 4 des Patentgesetzes der Deutschen Demokratischen Republik von 1950 (Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950, S. 989 ff.).

10 Eine ausführliche Beschreibung und Analyse dieses Kampfes liefert Nowotka, Walter, Entwicklung und Regelung des Rechts auf das Patent im deutschen Patentgesetz von 1877, jur. Habil.-schrift Berlin 1967, T. 2, vor allem Kap. 2 - 6.

11 Das Protokoll der ersten Sitzung beginnt mit der Feststellung: "Der Vorsitzende begrüßt die Versammlung und glaubt in deren Sinn zu sprechen, wenn er eine Diskussion der Vorfrage, ob überhaupt eine reichsgesetzliche Regelung des Patentwesens eintreten solle für entbehrlich hält." (Verlauf und Ergebnis der über die Reichsgesetzliche Regelung des Patentwesens durch Beschluß des Bundesrathes veranlaßten Sachverständigen-Vernehmungen - Amtliche Protokolle [im folgenden: Verlauf und Ergebnis], Berlin 1877, S. 3.)

12 Ebenda, S. 4.

13 Ebenda, S. 8. - Die Gründe für Siermanns ablehnende Haltung sind seinen Ausführungen nicht zu entnehmen, liegen jedoch, wie das Protokoll zeigt (ebenda, S. 13), nicht in seiner Stellung als Besitzer einer chemischen Fabrik begründet.

14 Ebenda, S. 8.

15 Ebenda, S. 8 f.

haftesten Weise gelungen sei. Es wäre dort je eine monopolisierte Fabrik entstanden, deren Hauptaufgabe es gewesen, das Entstehen anderer Fabriken zu verhindern. In Deutschland sei die chemische Industrie dagegen aufgeblüht, weil kein Patentschutz die Entwicklung der Konkurrenz gehindert habe. So sehr er auch für eine Belohnung der Erfinder sei, so müsse er doch angesichts der großen nationalökonomischen Nachteile, welche durch Monopolisierung wichtiger Industriezweige entstünden, einen Patentschutz für die chemische Industrie bekämpfen.¹⁶ Er wies darauf hin, daß die chemische Industrie Erfindungen nicht geheimhalten könne, da die Natur des neuauftauchenden Produkts zumeist bestimmt werden könne.¹⁷

Warum war Brüning - von der chemischen Industrie zu sprechen, wie das Sonnemann tut¹⁸, ist wohl angesichts der divergierenden Ansichten nicht richtig - ein Gegner des Patentschutzes in der chemischen Industrie, weil letztere eben zur Monopolstellung bestimmter Betriebe führe, warum war er gegen eine mögliche Monopolisierung in der chemischen Industrie?

Brüning hatte die Entwicklung der Chemie- und speziell der Teerfarbenindustrie in Frankreich vor Augen. Das französische PatG hatte der chemischen Industrie keine Ausnahmestellung eingeräumt, die chemischen Stoffe konnten als solche patentiert werden.¹⁹ Daher konnte die Lyoner Firma "Renard frères et Franc" in den Besitz eines Patentes auf den Farbstoff Fuchsin gelangen, so daß niemand diesen Stoff - auch nicht nach einem anderen Verfahren - ohne Erlaubnis der "Renard frères" herstellen durfte. Infolgedessen wanderten die französischen Teerfarbenindustriellen aus, zumal das Patent später auch noch auf sämtliche aus dem Fuchsin herstellbaren Farbstoffe ausgeweitet wurde.²⁰ Derartiges konnte sich die damals noch nicht weit fortgeschrittene deutsche Teerfarbenindustrie auf keinen Fall leisten.

Der Auffassung Brünings traten sämtliche Kommissionsmitglieder entgegen, da "eine Gefährdung der chemischen Industrie ... nicht zu befürchten" sei, "zumal wenn der Lizenzzwang eintrete, der eine schädliche Monopolisierung der Fabrikation verhindere."²¹ Im Ergebnis der Verhandlungen stimmte lediglich Brüning gegen die Patentierbarkeit chemischer Erfindungen.²²

Die Frage des Lizenzzwanges spielt für die chemische Industrie eine große Rolle, insbesondere wegen der (patentrechtlichen) Abhängigkeit vieler Erfindungen voneinander, von der noch zu sprechen sein wird. Daher war es nicht verwunderlich, wenn Brüning, nachdem er sich nicht durchgesetzt hatte, sich nun für den unbedingten Lizenzzwang einsetzte als dem einzigen "Mittel, die schädliche Wirkung des Patentschutzes auszugleichen."²³ Natürlich wußte er genau, daß der Patentrechtler Wirth völlig recht hatte, als er sagte: "Die Lizenz führt hier zur direkten Aufhebung des Patentes."²⁴ Genau dies hatte Brüning ja im Sinn.

Aber noch ein anderer Aspekt an dieser Frage ist interessant. Wiener bemerkte einmal, "daß ein starkes Patent in einer schwachen Hand stets weniger wirkungsvoll ist als ein schwaches Patent in starken Händen".²⁵ Wenn ein kleines Unternehmen eine Lizenz erteilen

16 Ebenda, S. 10 f.

17 Ebenda, S. 12.

18 Sonnemann, Rolf, a. a. O., S. 110.

19 Vgl. § 1 des französischen Patentgesetzes, abgedr. in Patentblatt 1877, S. 87.

20 Vgl. Sonnemann, Rolf/Etzold, Heike, a. a. O., S. 127.

21 So der Maschinenbauindustrielle Möller: Verlauf und Ergebnis, a. a. O., S. 13.

22 Ebenda, S. 14.

23 Ebenda, S. 25.

24 Ebenda, S. 20.

25 Wiener, Norbert, Mensch und Menschmaschine, Berlin/Frankfurt (Main) 1952, S. 109.

muß, dürften die großen Lizenzträger binnen kurzer Zeit den eigentlichen Patentinhaber erschlagen haben (und damit unter Umständen selbst Patentinhaber werden²⁶), wogegen ein Großbetrieb - natürlich Großbetrieb in Hinsicht auf die damaligen Betriebsgrößen -, der eine Lizenz an einen anderen Großbetrieb erteilen muß, keineswegs automatisch kaputtgehen muß, sondern genauso Chancen hat, gestärkt aus dem Kampf hervorzugehen. Die Farbwerke Hoechst gehörten ja schon damals zu den größeren Sechs, den späteren großen Sechs - BASF, Bayer, Agfa, Cassella & Co., Kalle & Co. und die Farbwerke.

Die Frage des Lizenzzwanges klärte die Kommission keineswegs endgültig. Laut des Beschlusses waren fünf Mitglieder gegen jeden Lizenzzwang (darunter Siermann, der kapitalschwächste unter den anwesenden Chemieindustriellen), sechs für den unbedingten (darunter Brüning, der kapitalstärkste unter den Chemieindustriellen), fünfzehn für den bedingten (darunter Hasenclever).²⁷ Von einer einheitlichen Meinungsäußerung der Chemie zu sprechen, ist also verfrüht. Die Frage, auf welche Gebiete sich der Patentschutz erstrecken solle (§ 4 PatG), ist, da von irgendwelchen Beschränkungen der chemischen Industrie gegenüber noch nicht die Rede ist, hier noch nicht interessant.

Die für die vorliegende Untersuchung interessierenden Teile des PatG lauteten in der Fassung des Reichskanzlerentwurfs: § 1 Abs. 2: Von der Patentierung "ausgenommen sind ... 3) Erfindungen solcher Gegenstände, welche zum Genuß oder zu Heilzwecken bestimmt sind, soweit die Erfindung nicht das Verfahren zur Herstellung der Gegenstände betrifft."

§ 4 Abs. 1: "Das Patent hat die Wirkung, daß niemand befugt ist, den Gegenstand der Erfindung ohne Erlaubnis des Patentinhabers herzustellen oder feilzuhalten."

§ 4 Abs. 2: "Bildet ein Verfahren ... den Gegenstand der Erfindung, so hat das Patent außerdem die Wirkung, daß niemand befugt ist, ohne Erlaubnis des Patentinhabers das Verfahren anzuwenden oder den Gegenstand der Erfindung zu gebrauchen."

§ 10: "Das Patent kann zurückgenommen werden: 1) wenn der Patentinhaber sich weigert, zur Benutzung der Erfindung im Inlande die Erlaubnis zu erteilen, obwohl ihm, unter genügender Sicherheit, eine Vergütung angeboten wird, welche in ihrem Werte einer bereits anderwärts im Inlande oder Auslande für die Benutzung der Erfindung vereinbarten Vergütung entspricht; 2) ..."²⁸

Die Sachlage änderte sich von Grund auf, als die Deutsche Chemische Gesellschaft zu Berlin eine Petition an den Reichstag sandte, in der gefordert wurde: "Bei der Erteilung von Patenten für chemische Erfindungen soll der Grundsatz festgehalten werden, daß einzig und allein die Methode der Darstellung eines chemischen Produktes, nicht aber das Produkt selbst, Gegenstand des Patenten sein kann. Motiv: Ein chemisches Produkt läßt sich auf verschiedenen Wegen und aus verschiedenen Materialien darstellen; die Patentierung des Produktes selbst - welche nach dem Wortlaut der Regierungsvorlage nicht ausgeschlossen scheint - würde verhindern, daß später aufgefundene, verbesserte Verfahrensweisen im Interesse des Publikums und der Erfinder zur Ausführung gelangen."²⁹ Um den Wandel zu charakterisieren, sei hier der Kommissionsbericht zitiert: "Nachdem ... der erwähnte Antrag (von Brüning - Th. K.) bei der ersten Lesung abgelehnt war, trat die Kommission auf

26 So ging das Patent auf das Herstellungsverfahren für die Betanaphthylaminsulfosäure der Firma Brönnner nach deren Ankauf durch die Agfa selbstverständlich auf die letztere über. (Vgl. Duisberg, Carl, Meine Lebenserinnerungen, Leipzig 1933, S. 36.)

27 Verlauf und Ergebnis, a. a. O., S. 35 f.

28 Vgl. Anm. 10 der vorliegenden Arbeit.

29 Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft, 1877, S. 507 f.

Anregung mehrerer Mitglieder (welcher ist nicht feststellbar, jedoch schreibt Wirth, daß der Antrag von einem "Farbenfabrikanten" gekommen sei³⁰ - Th. K.) bei der zweiten Lesung in eine Diskussion darüber, ob nicht ebenso wie die Nahrungs-, Genuß- und Arzneimittel auch die 'auf chemischem Wege hergestellten Stoffe' von der Patentierung auszuschließen seien. Es wurde der Antrag gestellt, im § 1 Abs. 3 hinter 'Arzneimitteln' die Worte hinzuzufügen: 'sowie von Stoffen, welche auf chemischem Wege hergestellt werden'.³¹ Dieser Antrag wurde mit "großer Majorität" angenommen.

Vor dieser Kommissionssitzung und der Petition der Deutschen Chemischen Gesellschaft waren meines Wissens keinerlei Anträge dieser Art gestellt worden.

Schließlich wurden noch die Worte "das Verfahren" (§ 1 Abs. 2 Ziff. 3 des Reichskanzlerentwurfs) durch "ein bestimmtes Verfahren" ersetzt.³² Um den § 4 gab es keine Diskussion. Dem § 11 (der frühere § 10) wurde von der Kommission die folgende Fassung gegeben:

"Das Patent kann nach Ablauf von drei Jahren zurückgenommen werden: ... 2) wenn im öffentlichen Interesse die Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung der Erfindung an andere geboten erscheint, der Patentinhaber aber gleichzeitig sich weigert, gegen angemessene Vergütung und genügende Sicherstellung diese Erlaubnis zu erteilen. Daß die Erteilung der Erlaubnis im öffentlichen Interesse geboten sei, ist namentlich dann anzunehmen, wenn ein Patent für eine andere Erfindung erteilt ist, deren Benutzung von der Erteilung der Erlaubnis abhängt."³³

Daß hinter dieser Fassung unter anderem auch Brüning gestanden haben muß, ist unschwer zu erraten. Die Sicherung der Interessen der Großindustrie gegen die Interessen der kleinen Betriebe ist klar ersichtlich, denn eine angemessene Vergütung zu stellen, fällt - wenn angemessener Profit sichergestellt ist - dem Kapital nie schwer, wohl aber kleinen Betrieben, von Nur-Erfindern ganz zu schweigen.

Der § 1 Abs. 2 Ziff. 2 des Reichskanzlerentwurfs wurde gestrichen und an seine Stelle die vorherige Ziffer 3 in folgender Fassung gestellt: Ausgenommen sind "Erfindungen von Nahrungs-, Genuß- und Arzneimitteln, sowie von Stoffen, welche auf chemischem Wege hergestellt werden, soweit die Erfindungen nicht ein bestimmtes Verfahren zu Herstellung der Gegenstände betreffen."³⁴

Das letzte Kapitel der Vorbereitung des ersten einheitlichen deutschen Patentgesetzes war die Diskussion im Reichstag. Zu den §§ 1 und 4 gab es keine Diskussion. Dagegen wurde der § 11, insbesondere der Absatz 2, von mehreren Rednern sehr scharf angegriffen und teilweise auch zu Fall gebracht. Die Bedeutung dieses Paragraphen wird aus der Mitteilung des Patentamtes schon vom Dezember 1877 deutlich, in der es heißt: "... wird auf die Verbesserung (einer patentierten Erfindung - Th. K.) ein selbständiges Patent erteilt, sokann - ohne besondere Erlaubnis - der Inhaber des letzteren Patentes die vorausgegangene Erfindung ebensowenig benutzen, als der Inhaber des ersten Patentes die erfundene Verbesse-

30 Wirth, Franz, Die Reform der Patentgesetzgebung in der Neuzeit, Frankfurt 1883, S. 4.

31 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags (im folgenden: Reichstagsprotokolle), Bd. 46 = 3. Legislaturperiode, 1. Session, Bd. I der Anlagen, Berlin 1877, S. 399.

32 Ebenda, S. 400.

33 Ebenda, S. 418.

34 Ebenda, S. 416 f.

zung. Eine derartige Kollision kann unter Umständen seine Erledigung auf die im § 11 bezeichnete Weise finden.³⁵

Der Lizenzzwang war ursprünglich als Kompromißvorschlag für die Patentgegner gedacht. Da er aber gleichzeitig das Patent in seiner Wirkung auch schwächte, lehnten ihn die Befürworter des Patentwesens ab. Sie übersahen ganz offensichtlich, daß der Lizenzzwang, wie oben dargelegt, in erster Linie die Monopolisierung fördert. Gerade für die chemische Industrie aber war er besonders wichtig. Die chemischen Großbetriebe brauchten den Lizenzzwang für ihren Plan, eine vertikale Konzentration chemischer Verfahren zu erreichen und alle Ausgangs-, Zwischen- und Endprodukte selbst herzustellen.³⁶

Es wurden vier Abänderungsanträge - teils im Sinne des Abs. 2 Satz 2, teils gegen ihn gerichtet - eingebracht.³⁷ Besonders interessant ist der - übrigens von einem Junker und einem Vertreter der staatlichen Justiz eingebrachte - Antrag: "Die Erteilung der Erlaubnis kann jedoch in diesem Falle (dem des § 11 Abs. 2 Satz 2 PatG - Th. K.) nur verlangt werden, wenn dem ersten Patentinhaber auf dessen Verlangen die sofortige Benutzung der letzteren Erfindung gegen angemessene Vergütung in gleicher Weise gewährt wird."³⁸ Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt und dann durch Beschluß der Sitzung der § 11 Abs. 2 Satz 2 gestrichen³⁹ - eine Maßnahme, die keineswegs im Interesse der chemischen Industrie lag -, so daß bei der endgültigen Fassung des PatG die §§ 1, 4 und 11 Abs. 1 unverändert blieben und in § 11 Abs. 2 der zweite Satz gestrichen wurde.⁴⁰

2. Die Patente und ihre unterschiedlichen Wirkungen im Monopolisierungsprozeß der Teerfarbenindustrie

Warum forderte nun die chemische Industrie Deutschlands als gesetzlich zu fixierende Patentart für alle auf chemischem Wege hergestellten Stoffe das Verfahrenspatent? Diese vorgeschlagene Regelung war ja im internationalen Patentrecht der damaligen Zeit einzigartig.⁴¹ Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns mit der Problematik der verschiedenen Erfindungen befassen, die im Patentrecht verschieden behandelt werden.

Durch das PatG kann eine Erfindung auf dreierlei Art geschützt werden: durch das Sachpatent, das Verfahrenspatent und das beschränkte Stoffpatent.⁴²

35 Patentblatt 1877, S. 85.

36 In einer Geschichte der BASF heißt es über die Ziele bei ihrer Gründung: "Das klar erkannte Ziel war, den gemischten chemischen Betrieb mit vertikaler Produktionsfolge - vom Grundstoff zum fertigen Farbstoff aufzubauen." (Zit. nach Mauersberg, Hans, Deutsche Industrien im Zeitgeschehen eines Jahrhunderts, Stuttgart 1964, S. 71.) Wenn also Richter und Sonnemann bemerken: "So beginnt seit etwa 1892 eine qualitative Umschichtung im Prozeß der Monopolisierung. Im Bereich der Produktion entsteht eine Reihe vertikaler Verbände..." (Richter, Siegfried/Sonnemann, Rolf, Zur Problematik des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 2, S. 76), so muß festgehalten werden, daß das Streben nach möglichst breiter vertikaler Ausdehnung für die Teerfarbenindustrie Deutschlands schon von Anbeginn vorhanden war und durchgesetzt wurde, so daß die späteren ersten Interessengemeinschaften hierauf bereits aufbauen konnten.

37 Vgl. Reichstagsprotokolle, Bd. 46, a. a. O., S. 509 f., 515, 528 u. 543.

38 Ebenda, S. 543.

39 Ebenda, Bd. 44, A. 938.

40 Ebenda, Bd. 45, S. 546 - 550; RGBl, 1877, S. 501 ff.

41 Nach Wirth, Franz, a. a. O., S. 4 f.

42 Vgl. zum folgenden Bernhard, Wolfgang, Lehrbuch des deutschen Patentrechts, Ber-

Das Sachpatent schützt erfundene Sachen, das Stoffpatent - als Untergruppe der Sachpatente - erfundene Stoffe. Es verbietet, ohne Erlaubnis des Patentinhabers den Gegenstand der Erfindung, hier also den chemischen Stoff, gewerbsmäßig herzustellen und zu gebrauchen, in Verkehr zu bringen und feilzuhalten. Dies ist auch dann der Fall, wenn der Stoff nach einem völlig anderen Verfahren hergestellt wird. Dagegen ist es gestattet, das Verfahren, mit dessen Hilfe der patentierte Stoff hergestellt wurde, zur Herstellung eines anderen Stoffes zu benutzen. Der auf diese Weise mittels eines alten Verfahrens hergestellte neue Stoff ist ebenfalls patentierbar.

Das Verfahrenspatent schützt erfundene Verfahren. Es verbietet, ohne Erlaubnis des Patentinhabers das Verfahren anzuwenden. Ebenso ist es verboten, noch unbekannte Stoffe mittels dieses Verfahrens herzustellen. Dagegen ist es gestattet, den durch das patentierte Verfahren hergestellten Stoff durch ein anderes Verfahren herzustellen. Bedingt durch die §§ 40 und 49 StGB, wird auch derjenige bestraft, der einen durch gesetzwidriges Anwenden des vom deutschen Patentamt patentierten Verfahrens hergestellten chemischen Stoff in Verkehr bringt bzw. feilhält.⁴³

Nun kann aber jedes nationale Gesetz nur auf vollzogene, versuchte oder geplante Vergehen angewendet werden, die entweder in dem Land, wo das Gesetz gültig ist (Territorialitätsprinzip), oder von Bürgern des Staates, wo es gültig ist (Personalitätsprinzip), begangen werden. Da im hier zu untersuchenden Fall im deutschen Recht das Territorialitätsprinzip galt, konnte niemand bestraft werden, der eine dem deutschen Recht widersprechende Handlung im Ausland beging. Daher konnten bei Existenz des Verfahrenspatentes ohne Erlaubnis des Patentinhabers im Ausland hergestellte Waren in Deutschland straffrei verkauft werden. Da das Ursprungsdelikt (Herstellung) nicht strafbar war, so war der Verkauf der eben nicht auf ungesetzliche Art und Weise hergestellten Waren ebenfalls nicht strafbar. Um auch gegen jene vorgehen zu können, die Waren in Deutschland verkauften, die ohne Erlaubnis des Patentinhabers im Ausland hergestellt wurden, mußte das beschränkte Stoffpatent gesetzlich verankert werden.⁴⁴ Dieses Patent schützt erstens ein bestimmtes Verfahren und zweitens die mittels dieses Verfahrens hergestellten Stoffe; sofern die angegebenen Stoffe nach einem anderen Verfahren hergestellt werden, dürfen sie auch verkauft werden.

Die Chemieindustrie war einheitlich gegen die Patentierung des chemischen Stoffes und wollte, daß lediglich das Verfahren zur Herstellung der Stoffe patentierbar sein sollte. Eine Ursache hierfür mögen die so sehr schlechten Erfahrungen der Teerfarbenindustrie in Frankreich gewesen sein. Aber dies war nicht der alleinige Grund.

Das Patent begründet immer und in erster Linie ein Ausschließungsrecht, erst an zweiter Stelle steht das Verwertungsrecht. Nie wird ein Patent aus dem Grunde verlangt, daß man eine Erfindung benutzen kann, immer, um sie allein benutzen zu können (oder zumindest, um den Kreis der Benutzer nach eigenem Ermessen kleiner oder größer halten zu können). Dem Patent ist also die Tendenz zum Monopol immanent, es ist ein Mittel zum Zweck der Monopolisierung. Die Frage für die Bourgeoisie und den einzelnen Bourgeois ist lediglich, wie dieser Prozeß am vorteilhaftesten durchgesetzt werden kann.

lin/München 1963. - Wie alle bürgerlichen Patentrechtler basiert auch Bernhard auf den Schriften Kohlers, insbesondere auf dessen "Lehrbuch des Patentrechts" (Mannheim/Leipzig 1908).

- 43 Durch das Inverkehrbringen von durch patentwidriges Benutzen eines Verfahrens hergestellten Gegenständen macht sich der Verkäufer der Beihilfe an gesetzeswidrigen Handlungen schuldig. Die Gegenstände können daher eingezogen werden. (Vgl. Das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich, erläutert durch F. C. Oppenhoff, 7. Aufl. Berlin 1879.)
- 44 Erst in späterer Zeit erhielt der § 4 Abs. 2 einen Zusatz, der diese Sachlage unter Umständen ändern kann.

Das Stoffpatent wirkt zwar an sich wesentlich stärker auf die Monopolisierung, hätte damals aber derart ungünstige Auswirkungen auf den Monopolisierungsprozeß gehabt, daß es unvorteilhaft und unter Umständen vielleicht auch das Verderben der Teerfarbenindustrie Deutschlands gewesen wäre. Das mag paradox klingen, aber es wäre tatsächlich so gewesen. Das Stoffpatent hätte zwar einem einzigen Betrieb ein Monopol gegeben, das aber, wie in Frankreich, alle anderen absolut von der Herstellung hätte ausschließen können. Das konnte sich die Teerfarbenindustrie beim damaligen Stand ihrer Entwicklung nicht leisten.⁴⁵ Das Anlagenkapital der neun Aktiengesellschaften der chemischen Industrie beispielsweise betrug im Jahre 1877 durchschnittlich 2,6 Millionen Mark, hingegen in der gesamten Wirtschaft (ohne Chemie) 10,6 Millionen Mark. Wenn man die Aktiengesellschaften von Eisenbahnen und Banken unberücksichtigt läßt, so sinkt dieser Durchschnitt zwar auf 4,0 Millionen Mark⁴⁶, aber selbst dann war die Konzentration des Kapitals der Aktiengesellschaften in der Volkswirtschaft (ohne Chemie, Banken und Eisenbahnen) um mehr als 50 Prozent höher als in der chemischen Industrie. Die Zahl der Beschäftigten in der gesamten Teerfarbenindustrie war 1875 noch nicht einmal halb so groß wie etwa die des Kruppkonzerns. Nicht einer der "großen Sechs" hatte mehr als tausend Beschäftigte, insgesamt hatten sie vielleicht zweieinhalbtausend Menschen angestellt.⁴⁷ Die Betriebe waren also noch recht klein - auch wenn sich schon damals die Stellung und Leistungsfähigkeit der sechs vor den anderen Fabriken auszuzeichnen begann.⁴⁸ Diese sechs werden aber kaum in der Lage gewesen sein, Deutschland von Teerfarbenimporten freimachen zu können. So berichtet beispielsweise Sonnemann über die häufigen Schwierigkeiten beim Kauf von Anthrazen, das aus England bezogen werden mußte.⁴⁹ Daher mußte die Teerfarbenindustrie beschleunigt entwickelt werden, was bei der Stoffpatentierung unmöglich war. Sie hätte die Herstellung desselben Stoffes durch andere nach besseren und billigeren Verfahren verboten.⁵⁰ Auch in anderer Hinsicht widersprach das Stoffpatent den Interessen der Teerfarbenindustrie. Die Stoffpatentierung hätte den Aufbau vertikaler Betriebe verhindert, hätte dazu geführt, viele Stoffe kaufen zu müssen, statt sie durch andere Verfahren selbst herstellen zu können. Andere Verfahren neben den vorhandenen zu finden, war den großen Betrieben möglich, den kleinen Betrieben hingegen kaum. Daraus folgt, daß das Verfahrenspatent mit seinen zahlreichen dem industriellen Fortschritt dienenden Möglichkeiten der Verbesserung und Verbilligung von Verfahren praktisch den Monopolisierungsbestrebungen des Großkapitals diene, während die kleinen Betriebe das Nachsehen hatten. Das Verfahrenspatent bot zudem gerade der Teerfarbenindustrie den großen Vorteil, daß durch die Patentierung eines Verfahrens ein ganzes Gebiet der Produktion, der Forschung und der Entwicklung anderen versperrt wurde, faktisch also ein Regenschirmpatent geschaffen werden konnte.

45 Da keine Produktionszahlen vorhanden sind, muß im folgenden auf zwar wenige, aber doch immerhin aussagefähige Zahlen zurückgegriffen werden.

46 Berechnet nach Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 47 - 52.

47 Schätzungen nach den Angaben von Sonnemann, Rolf, a. a. O., S. 61 - 63; für Krupp vgl. Stenzel, Günter, Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation - in wichtigen Details seines Wirkens dargestellt an der Entwicklung des Krupp-Trusts, wirtschaftswiss. Diss. Freiberg 1961, Bd. 2, S. 3.

48 1886 umfaßten sie etwa 90 % aller Beschäftigten der Teerfarbenindustrie. (Vgl. Sonnemann, Rolf, a. a. O., S. 63.)

49 Ebenda, S. 55 f.

50 Obwohl die Schutzzollbestrebungen der deutschen Bourgeoisie in jener Zeit sicher einen Einfluß auch auf die Gestaltung der Patentgesetzgebung in Deutschland gehabt haben werden, kann hier nicht auf sie eingegangen werden. Fest steht, daß die deutsche Teerfarbenindustrie verschiedene Zwischenprodukte aus dem Ausland einführen mußte.

Vor der Beantwortung der Frage, warum die chemische Industrie das Verfahrens- und nicht das beschränkte Stoffpatent forderte, muß auf den Inhalt der §§ 1 und 4 PatG eingegangen werden. Die ausführliche Darstellung ihrer Genesis zeigte, daß die Chemieindustrie das Verfahrenspatent im Patentgesetz verankert haben wollte. Da diese Problematik aber allzuoft unrichtig dargestellt wurde, soll hier der Gesetzestext nochmals beleuchtet werden, damit falsche Interpretationen als solche erkannt werden können.

Im Abs. 1 des § 1 wird erklärt, was im Sinne des Patentgesetzes patentfähig ist. Der Abs. 2 bezieht sich auf Erfindungen, die im Sinne des Abs. 1 eigentlich patentfähig - weil neu und gewerbsmäßig verwertbar - sind, aber aus außerhalb der Rechtswissenschaft zu suchenden Gründen nicht patentfähig sein sollen. Zu derartigen Erfindungen gehören "Stoffe, die auf chemischem Wege hergestellt werden". Von dieser Ausnahmestellung befreit sind die Erfindungen, die "ein bestimmtes Verfahren zur Herstellung der (vorgenannten - Th. K.) Gegenstände betreffen".

Die strittige Frage ist nun, ob diese Befreiung von der Ausnahmestellung sich auf ein "bestimmtes Verfahren" allein oder auch auf die mit seiner Hilfe hergestellten Stoffe bezieht, ob also ein Recht auf ein Verfahrens- oder eines auf ein beschränktes Stoffpatent vorlag. Diese Frage, die bis zur Neufassung des PatG von 1891 stets und ständig zur Debatte stand, muß vor der in den nächsten Abschnitten folgenden Darlegung der Diskussionen darüber klar und eindeutig beantwortet werden, da sonst der ganze Kampf der Teerfarbenindustrie um diesen Paragraphen als semantische Kritik des Gesetzes, nicht als Ausdruck handfester Kapitalinteressen erscheinen mag.

In der schon zitierten Petition der Deutschen Chemischen Gesellschaft wurde verlangt, "daß einzig und allein die Methode der Darstellung eines chemischen Produktes, nicht aber das Produkt selbst Gegenstand des Patentbesitzes sein kann."⁵¹ Die Chemieindustrie verlangte also nicht, daß der Stoff mitgeschützt werde. Daher ist im ersten wissenschaftlichen Lehrbuch zum deutschen Patentrecht von dem schon erwähnten Kohler⁵² nirgendwo von dieser dritten Patentart die Rede, die zum Beispiel bezüglich chemischer Stoffe schon seit langem in England bestand.⁵³

Bleibt noch die Frage zu beantworten, warum sich der Gesetzesgeber so unklar ausdrückte. Die Ursache hierfür ist, wie das Lehrbuch Kohlers zeigt, darin zu sehen, daß das deutsche Patentrecht das beschränkte Stoffpatent überhaupt nicht kannte. Die Reichstagskommission von 1876 vermerkte, "daß auch im Sinne des Gesetz-Entwurfes 'Stoffe' als solche in der Regel nicht Gegenstand der Patentierung seien. Die preußische Patentbehörde habe diesen Standpunkt stets eingenommen ..."⁵⁴ Da im folgenden keine Ausnahmen von der Regel genannt werden und an irgendwelche Ausnahmestellungen für die Chemieindustrie damals noch gar nicht gedacht wurde, ist also weder die Patentierung von Stoffen als solchen noch von Stoffen in Verbindung mit Verfahren zulässig.

Aus dieser Interpretation des § 1 Abs. 2 Ziff. 2 PatG folgt von selbst, daß dann für das Verfahrenspatent zwar de jure der ganze § 4 PatG in Frage kommt - wie ja auch in Abs. 2 ausdrücklich gesagt wird: so hat das Patent außerdem die Wirkung -, aber wegen der Unmöglichkeit des Herstellens, Inverkehrbringens und Feilhaltens eines Verfahrens⁵⁵ de facto

51 Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft, a. a. O., S. 507 f. (Hervorhebungen v. Verf. - Th. K.)

52 Kohler, Josef, Deutsches Patentrecht, Mannheim/Straßburg 1878.

53 Vgl. Chemische Industrie, 1879, S. 400.

54 Reichstagsprotokolle, Bd. 46, a. a. O., S. 399 (Hervorhebung v. Verf. - Th. K.).

55 Natürlich kann ein Verfahren feilgehalten und in Verkehr gebracht werden, indem man eine Lizenz darauf vergibt. Das schließt ein, daß das Verfahren dann rechtmäßig von

nur der Abs. 2 des § 4 PatG gilt. Wäre nämlich durch Abs. 1 der Stoff geschützt, so könnte er eben nicht, auf andere Weise hergestellt, in den Handel gebracht werden.

Für die Ausnahmestellung der chemischen Industrie im deutschen Patentrecht wurde und wird versucht, eine juristische Begründung zu geben. Jedoch spricht Mediger nur die halbe Wahrheit aus, wenn er sein Werk einleitet mit der Feststellung, daß bei der Lösung des Problems "nicht allein theoretische Erörterungen maßgebend sein können, vielmehr besonders die sich in der Praxis ergebenden und von der Praxis vertretenen Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen"⁵⁶, denn es läßt sich keine rechtswissenschaftliche Begründung für diese Rechtsprechung geben. Die Begründung ist zu suchen in der Gegensätzlichkeit privater Interessen. In anderen Ländern können diese Gegensätze und damit auch die Gesetzgebung anders gestaltet sein.⁵⁷ Heute sieht die Lage auch in der westdeutschen chemischen Industrie schon etwas anders aus, worauf aber hier nicht eingegangen werden kann.

Um die Stellung von Patent und Monopol zueinander in das rechte Licht zu rücken und den Inhalt der von der Teerfarbenindustrie gegebenen Interpretationen des PatG verständlich zu machen, muß auf die Stellung des Rechts in der Wirtschaft überhaupt eingegangen werden.

Ausgehend von der Tatsache, daß das Rechtsverhältnis "ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt," ist⁵⁸, muß festgehalten werden, daß die Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus stets Geschichte der Produktionsverhältnisse sein muß. Der Staat als wichtigster Teil des Überbaues benutzt aber zur Leitung und Lenkung das Recht. Der Monopolisierungsprozeß als Aktion der Bourgeoisie ist nicht recht verständlich ohne die Maßnahmen des Staates als Interessenvertreter der Bourgeoisie. Er setzt stets nur das "Durchschnittsinteresse" der Bourgeoisie durch⁵⁹, aber dieser Durchschnitt selbst ändert sich mit der Änderung der Einzelinteressen. Welche Einzelinteressen der Staat berücksichtigt und in welchem Maße er das tut, zeigt die Macht und die Stellung dieser Einzelnen im Produktionsverhältnis.

Ein weiterer Grund für die ausführliche Darstellung der juristischen Seite des Monopolisierungsprozesses ist in folgendem zu sehen: "... so ausgeklügelt und unreal auch die eine oder die andere juristische Konstruktion scheinen mag, hat sie doch festen Boden unter den Füßen, solange sie innerhalb der Grenzen des Privatrechts, in erster Linie des Vermögensrechts, bleibt."⁶⁰ Wenn daher die Unmöglichkeit einer Begründung des Stoffschutzverbotes auf juristischer Basis festgestellt wird, so kann daraus nicht geschlossen werden, daß solche Argumentationen a priori sinnlos sind. Sie haben einen Sinn, und dieser liegt in der Vertretung und Durchsetzung von Privatinteressen, in dem im Patentrecht oft nicht so klar erkennbaren Klassencharakter des bürgerlichen Rechts begründet. Das Recht als Mittel zur Durchsetzung von Interessen impliziert unter anderem das Recht als Mittel zur Leitung und Lenkung der Monopolisierung im Interesse der Bourgeoisie.

dem Lizenznehmer angewandt wird, also das Recht als etwas Immaterielles mitzugeben wird. Dieser Fall soll hier unberücksichtigt bleiben.

56 Mediger, Peter, Das Problem des Stoff- und Verfahrensschutzes im Patentrecht unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte, Stuttgart 1953, S. VII.

57 Nach Boguslawski, M. M., Internationale Rechtsprobleme des Erfinderwesens, Berlin 1958, S. 88.

58 Marx, Karl, Das Kapital, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1962, S. 99; vgl. auch Paschukanis, E. B., Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, Berlin/Wien 1929, S. 55.

59 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1962, S. 62 f.

60 Paschukanis, E. B., a. a. O., S. 57.

Wenn Witt schreibt: "Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Patentierung der Substanz, das sogenannte Stoffpatent, einen gewissen Mangel an Logik in sich schließt, denn jegliche Substanz ist durch die Gesetze der chemischen Affinität vorgesehen, sie kann sich auch ohne dazutun des Menschen bilden, sobald die Bedingungen ihrer Bildung gegeben sind. Es läßt sich sehr wohl der Fall denken, daß eine nach dem Prinzip der Stoffpatente geschützte Substanz nachträglich auch als in der Natur fertig gebildet vorgefunden werden könnte. Soll dann die Natur wegen Patentverletzung unter Anklage gestellt und verurteilt werden?"⁶¹, so ist das falsch. Wenn ein erfundener Stoff nachträglich in der Natur gefunden wird, ist alles Vorangegangene keine Erfindung, sondern eine Entdeckung: "Doch ist die Erfindung zu- erst einmal nie eine Entdeckung. Letztere ist die Aufdeckung eines bereits vorhandenen, bisher aber verhüllten, d. h. nicht gekannten Objektes; im Gegensatz dazu ist die Erfindung die Schaffung eines neuen, bisher noch nicht vorhanden gewesenen Gegenstandes oder Produktionsmittels oder Produktionsverfahrens zu materiellen Zwecken."⁶²

Der tatsächliche Grund für das Verbot der Stoffpatentierung war einfach - wie schon gesagt - der, daß kein Chemieindustrieller es wagen konnte, für das Stoffpatent einzutreten, um dann vielleicht seinen ganzen Betrieb einstellen zu müssen wegen eines an seinen Konkurrenten erteilten Patents.⁶³ Dagegen bot ihm das Verfahrenspatent genügend Möglichkeiten, nach mehr oder minder langem Suchen ein Verfahren zu finden, um den neuen Stoff durch ein neues - natürlich auch patentierbares - Verfahren produzieren zu können. Das beschränkte Stoffpatent war unbekannt.

3. Der chemische Patentkongreß von 1879

Ein Jahr nach Inkrafttreten des PatG wurde der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands (im folgenden kurz Verein genannt) gegründet als Interessenvertretung der deutschen Chemieindustriellen. Schon ein Jahr nach seiner Gründung hielt er einen chemischen Patentkongreß ab. Ihm ging der Internationale Pariser Patentkongreß voraus, dessen Ergebnis wohl nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Chemieindustriellen in Deutschland geblieben ist. Der internationale Kongreß beschloß mit nur acht Stimmen Mehrheit, "daß Patente erteilt werden sollen auf chemische und Nahrungsmittel-Erzeugnisse".⁶⁴

Die erste Äußerung der chemischen Industrie zur Patentfrage findet sich in der Denkschrift von Clemm (BASF) an die außerordentliche Hauptversammlung vom April 1879. Er stellte fest, daß das PatG sowohl das Patentieren von Stoffen, die auf chemischem Wege hergestellt sind, als auch das Anwendungspatent verbietet. Lediglich das Verfahrenspatent sei zulässig: "Diese Darstellung (eines chemischen Stoffes - Th. K.) kann aber die Aufeinanderfolge bekannter chemischer Reaktionen sein. - Das Wesen unserer patentfähigen Erfindung liegt daher in der neuen Kombination bekannter Elemente und eine jede von der unsrigen abweichende Kombination würde daher ein neues patentfähiges Verfahren, eine neue Erfindung be-

61 Witt, Otto Nikolaus, Die deutsche chemische Industrie in ihren Beziehungen zum Patentwesen (im folgenden: Die deutsche chemische Industrie), Berlin 1893, S. 11 f. - Alle modernen Befürworter des Stoffschutzverbots stützen sich direkt oder indirekt auf Witt.

62 Landgraf, Josef, Patentrecht, Artikel im Wörterbuch des Verwaltungsrechts von Karl Frhr. v. Stengel, Freiburg i. Br. 1890, Bd. 2, S. 208.

63 Vgl. auch die Argumentation von Wirth, Franz, a. a. O., S. 4 f.

64 Patentblatt, 1878, S. 194; vgl. auch Cohn, Der internationale Congres für das sog. industrielle Eigenthum in Paris, in: Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft, 1880, T. 2, S. 105 - 131.

gründen. Mit dieser Betrachtung stehen wir wieder sofort vor der Frage nach der Neuheit der Erfindung, und nach dem Umfang und der Abgrenzung des uns zustehenden Rechtsanspruches... Wird dieses Recht aber auch allgemein anerkannt?" Diese Frage verneint Clemm, da durch das Einschleichen chemischer Äquivalente das Verfahren zwar nur unwesentlich verändert werden würde, aber trotzdem ein neues patentfähiges Verfahren entstehen würde, und er fragt: "Dann wäre es am Ende wohl am geratendsten, überhaupt keine chemischen Erfindungen zu patentieren?" Da jedoch die Schwierigkeiten der Geheimhaltung chemischer Verfahren zu groß seien, wird diese Frage vom Verfasser der Denkschrift verneint.⁶⁵

Die BASF war wohl die erste Teerfarbenfabrik, die das PatG in seiner ganzen Bedeutung für ihre Industrie erfaßte. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich ihre Denkschrift⁶⁶ sehr ausführlich mit der Lehre vom Schutzzumfang beschäftigt. Auf Vorschlag ihres Direktors, Caro, war auch die Patentkommission des Vereins gebildet worden, deren erster Vorsitzender Caro selbst war. Bei der Bildung dieses Unternehmerverbandes - wie sollte es auch anders sein? - übernahm die Großindustrie also sofort die Führung. Die Leitung der Abteilung "Kohleleerindustrie und organische Farbstoffe" lag ebenfalls in den Händen von Caro, das Patentwesen wurde neben Caro insbesondere von Martius, Direktor der Agfa, "überwacht."⁶⁷

Wenden wir uns jetzt den Verhandlungen des chemischen Patentkongresses zu. Der erste Teil beschäftigte sich mit dem Problem "Vorprüfung des chemischen Patents", das uns hier nicht interessiert. Hingegen ist der zweite Teil der Verhandlungen, betitelt "Schutz des chemischen Patents", hochinteressant, insbesondere auch in der Hinsicht, wie schon damals einige der namhaftesten Vertreter der bürgerlichen Rechtswissenschaft - immerhin waren außer Gareis wohl die bedeutendsten Patentrechtler Deutschlands (Kohler, Klostermann und Wirth) vertreten - der Bourgeoisie die juristischen Begründungen für ihre Forderungen lieferten.

Im folgenden wird deutlich werden, daß der Gesetzesinhalt per Interpretation sehr wohl stark verändert werden kann. Beide - Gesetzesinhalt und Gesetzesinterpretation - schließen einander nicht aus, sondern bedingen und durchdringen sich.

Die Diskussion auf dem chemischen Patentkongreß wurde von Wirth eröffnet, der wohl schon damals Anhänger des Stoffpatentes war⁶⁸ und die einzig richtige Interpretation des Gesetztextes lieferte, die sich mit der hier oben gegebenen deckt. Dabei wies er jedoch auf die Gefahren hin, die vom Ausland her drohen, und stellte die Aufgabe, "diese zumindest unklare Seite unseres Patentgesetzes klarzustellen".⁶⁹

Dieser Gesetzesinterpretation stellte Martius seine eigene gegenüber, die den Interessen der Teerfarbenindustrie entsprach: "... ich bin vielmehr der Ansicht, daß aus den §§ 1 und 4 des Patentgesetzes, besonders unter Berücksichtigung der Verhandlungen der Enquête-Kommission, des Patentschutzvereins und der Motive, welche bei der Einbringung des Gesetzes von der Reichsregierung vorgelegt worden sind, zur Genüge hervorgeht, daß das

65 Chemische Industrie, 1879, S. 145 - 150.

66 Ebenda, S. 75 - 81.

67 Vgl. auch Sonnemann, Rolf, a. a. O., S. 159. - Zum sogenannten "Fall Martius" vgl. Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung I (im folgenden: DZA) Potsdam, Reichsministerium des Innern (im folgenden: RMdI), Nr. 7330, Bl. 64 - 90.

68 Vgl. Wirth, Franz, a. a. O., S. 4 f., wo er sich nicht nur für das beschränkte, sondern für das absolute Stoffpatent ausspricht. Es war mir leider nicht möglich, seine früher erschienene Broschüre "Die Patentreform" aus dem Jahre 1875 einzusehen.

69 Chemische Industrie, 1879, S. 398.

nach einem patentierten Verfahren erzeugte chemische Produkt gleichfalls unter Patentschutz steht. Wäre diese Auffassung irrig, so würde ein chemisches Patent in Deutschland absolut wertlos sein.⁷⁰ Jedoch ergibt sich aus den Entwürfen des Patentschutzvereins⁷¹ derselbe Umstand wie beim § 4 PatG: De jure gilt der ganze Paragraph für ein patentiertes Verfahren, de facto aber nur der zweite Teil. Im übrigen war ein Patent nur dann wertlos, wenn der Fall eintrat, daß vom Auslande her diese Stoffe eingeführt wurden.

Zur Interpretation von Kohler⁷² ist zu sagen: Es ist ein Rechtsirrtum anzunehmen, daß, wenn ein Verfahren patentiert ist, nicht nur dieses, sondern auch das durch das Verfahren hergestellte nicht patentierbare Produkt patentrechtlich geschützt ist. Damit wird der Geltungsbereich des Patentgesetzes ausgedehnt auf den Schutz nicht patentierbarer Erfindungen, ein Schutz, der im Gesetz nicht ausdrücklich vorgesehen ist. Da ein solcher Schutz eine Ausnahme darstellen würde, hätte er auch *expressis verbis* genannt werden müssen. Daher sind die Ausführungen Kohlers eine *ipso jure* falsche Beweisführung.

Die zweite Darstellung von Martius, daß die Chemische Gesellschaft - deren Mitglied er damals war - gewollt hätte, "daß das Produkt nicht als solches, sondern nur in Verbindung mit dem neuen patentierten Verfahren geschützt ist", entspricht nicht den Tatsachen.⁷³

Was die chemische Großindustrie erreichen wollte, ist wohl von Caro auf dem Kongreß am deutlichsten ausgesprochen worden: "In England ist ein chemisches Produkt an sich und unabhängig von seiner Darstellungsmethode nicht patentfähig (es sei daran erinnert, daß Brüning zwei Jahre zuvor auch die englischen Verhältnisse der Teerfarbenindustrie beklagte - Th. K.). Das Patent auf ein Herstellungsverfahren schützt indessen auch den nach diesem bestimmten Verfahren hergestellten Stoff. Es schützt ihn vor unbefugter Nachahmung, vor unbefugtem Verkauf und Gebrauch. Dagegen gilt derselbe Stoff nicht für patentiert, wenn er aus einer anderen Darstellungsmethode hervorgegangen ist. Findet der Patentinhaber, daß sein Produkt von anderer Seite in den Handel gebracht wird, so kann er auf Patentverletzung nur dann klagen, wenn er den Beweis erbringt, daß das Produkt nach seinem patentierten Verfahren dargestellt worden ist. In derselben Weise gestaltet sich nun auch wohl in Wirklichkeit der Schutz des deutschen chemischen Patentbesitzes."⁷⁴

Nachdem der Inhalt des PatG in dieser Art interpretiert und damit zum ersten Male die Forderung nach einem beschränkten Stoffpatent erhoben worden war, wurde der folgende Antrag "mit großer Majorität" angenommen: "Die Versammlung ist der Ansicht, daß unter dem in § 4 Abs. 1 PatG bezeichneten 'Gegenstand der Erfindung' nicht nur ein patentiertes Produkt, sondern auch dasjenige Produkt, welches nach einem patentierten Verfahren hergestellt ist, zu verstehen sei."⁷⁵

Zum Abschluß der Betrachtung des chemischen Patentkongresses sei noch erwähnt, daß sich die Teilnehmer eindeutig gegen die Patentierung des Stoffes aussprachen.⁷⁶ Immer noch war

70 Ebenda, S. 399.

71 Vgl. dazu Entwurf eines Patentgesetzes, Berlin 1875, S. 31 f.; Revidirter Entwurf eines Patentgesetzes, Berlin 1876, S. 30.

72 Chemische Industrie, 1879, S. 400.

73 Ebenda, S. 403. - Es muß festgehalten werden, daß die Reichstagskommission den Antrag der Chemischen Gesellschaft als "Unterstützung" der Bestrebungen verschiedener Kommissionsmitglieder, das Verfahrenspatent für chemische Stoffe einzuführen, bezeichnete. (Vgl. Reichstagsprotokolle, Bd. 46, a. a. O., S. 399.)

74 Chemische Industrie, a. a. O., S. 400. - Später wird von Caro aber die Umkehrung der Beweislast gefordert.

75 Ebenda, S. 404.

76 Ebenda, S. 395 f.

die Zahl der konkurrierenden Firmen zu groß, waren die Firmen selbst zu klein, als daß sie sich auf das Stoffpatent hätten einlassen können.

4. Vom Patentkongreß zur Patentenquête

Der Patentkongreß hatte die Maßstäbe für die weitere Arbeit gesetzt. Im September 1883 wurde auf der Hauptversammlung des Vereins der Antrag, eine Enquête zum PatG veranstalten zu lassen, einstimmig angenommen.⁷⁷ Im Dezember 1884 wurden dem Leiter des Patentamtes die Resolutionen der Hauptversammlung des Vereins vom September 1884 übersandt. Die Resolutionen III, IV und VIII lauteten⁷⁸:

III. "Der Ausdruck 'bestimmtes Verfahren' ist für die chemische Industrie wie folgt zu definieren: Das bestimmte Verfahren ist die Anwendung einer oder mehrerer miteinander verbundener chemischer Reaktionen auf einen bestimmten Fall zur Erreichung eines bestimmten gewerblichen Zwecks mit bestimmten Mitteln oder deren Ersatzmitteln. - Aus dieser Definition folgt, daß die ursprüngliche Anmeldung die in allen wesentlichen Punkten scharf präzierte Beschreibung eines einzigen, von unzweifelhaft beschriebenen Materialien ausgehenden und bis zu genau beschriebenen Endprodukten führenden Verfahren enthalten soll. Dagegen muß dem Anmelder das Recht zustehen, durch dieselbe Patentanmeldung bzw. durch die nach § 20 zulässigen Nachträge zu derselben die Verwendung von Ersatzmitteln (Substanzen und Arbeitsbedingungen) zu beanspruchen, durch welche eine wesentliche Abänderung des Verfahrens nicht bedingt ist. Ersatzmittel (Materialien und Arbeitsbedingungen), welche zur Zeit der ursprünglichen Anmeldung als gleichwertig (für den chemischen Effekt) mit den darin genannten Materialien und Methoden anerkannt waren, bedürfen keiner namentlichen Auf-führung in der Patentanmeldung.

Gründe: ... Weder der neue Stoff an sich, losgelöst von der Methode seiner Herstellung, ... noch die neue chemische Methode, losgelöst von Stoffen, auf welche sie anzuwenden und welche sie hervorzubringen bestimmt ist, ... wird Gegenstand des Patentschutzes. Nur die tatsächlich erfundene neue Kombination von bestimmten Stoffen mit bestimmten Methoden und Arbeitsbedingungen (oder deren chemisch gleichwertigen Ersatzmitteln) - das bestimmte chemische Verfahren - ist patentberechtigt."

IV. "Bis zur Bekanntmachung der Anmeldung müssen dem Patentamt Belegmuster der für die Charakterisierung des Verfahrens wesentlichen Produkte eingereicht werden."

VIII. "Der Verein erachtet die Erteilung von Abhängigkeitspatenten im Interesse der chemischen Industrie und steht den hierauf gerichteten Bestrebungen sympathisch gegenüber.

Gründe: ... weil sie (die Erteilung von Abhängigkeitspatenten - Th. K.) den Schutz der ursprünglichen Erfindung gegen wirkliche oder scheinbare Verbesserung bezwecke, und die kollidierenden Interessen des Erfinders und Verbesserers von vornherein auf den friedlichen Ausgleich der gegenseitigen Lizenzerteilung hinweise."

Nach der Resolution IV scheint es, als sollten keine Globalpatente vergeben werden - global formuliert, obwohl nur zum kleinsten Teile experimentell überprüft. Aber dem ist nicht so. Die daraufhin im Jahre 1887 erlassene Verfügung vom Patentamt über die Einsendung von Proben besagte, daß von jedem Stoff zweimal acht bis zehn Gramm in Glasflaschen von etwa dreißig Millimeter äußerem Durchmesser und achtzig Millimeter Gesamthöhe zu liefern seien; bei Teerfarbstoffen außerdem noch Ausfärbungen, befestigt auf Kartonpapier von

77 Ebenda, Jg. 1883, S. 295 - 298.

78 DZA Potsdam, RMDI, Nr. 7405, Bl. 50 - 56.

der Größe 330 x 210 Millimeter in ebenfalls zwei Exemplaren, und zwar von jedem Farbstoff Ausfärbungen in drei verschiedenen Nuancen.⁷⁹ Selbst der Teerfarbenindustrielle Witt⁸⁰ sah die Ungerechtigkeit des Gesetzes, die sich aus der Ungleichheit der Arbeitsbedingungen von Großindustrie und einzelner Erfinder ergab: "Nehmen wir als Durchschnittszahl 200 (verschiedene Stoffe - Th. K.), so erfordert ein solches Verfahren die Einrichtung von 400 Glasflaschen mit insgesamt vier Kilogramm Mustern. Für die Herstellung dieser Muster braucht ein Chemiker, wenn er an jedem nur zwei Tage arbeitet, 400 Arbeitstage. Für die zugehörigen Ausfärbungen in je drei Nuancen ist ... die Kleinigkeit von 24 Quadratmetern Wollstoff erforderlich" (dabei rechnet Witt mit einer Größe von 20 x 10 Zentimetern).⁸¹ Die Großindustrie war der einzige Gewinner bei dieser Maßnahme, die - und daher wird sie hier erwähnt - ganz eindeutig auf die beschränkte Stoffpatentierung abzielte, ja, durch diese eigentlich nur Sinn für die chemische Industrie bekam.

Um den Inhalt der Resolution III und der eng mit ihr in Zusammenhang stehenden Resolution VIII genau beurteilen zu können, muß man die Besonderheiten der chemischen Technik und ihrer Verfahren kennen.

Ein bekanntes Verfahren, mit dem ein bekannter Stoff hergestellt wird, ist prinzipiell nicht patentierbar. Ein neues Verfahren, mit dem ein neuer Stoff hergestellt wird, ist prinzipiell patentierbar. Die interessantesten Fälle sind jedoch die Herstellung bekannter Stoffe mittels neuer Verfahren und die Herstellung neuer Stoffe mittels bekannter Verfahren. In Deutschland waren nur Verfahren patentierbar. Das hätte praktisch bedeutet, daß jedes neue Herstellungsverfahren patentierbar gewesen wäre. Nun können aber, durch die Kenntnis der Homologie und Isomerie der Kohlenwasserstoffe bedingt, einfach bestimmte Stoffe durch ihre nächsten Homologen oder Isomere ersetzt werden - ihre Wirkung kann im wahrsten Sinne des Wortes am Schreibtisch "errechnet" werden -, so daß de facto ein neues Verfahren vorliegt: "Chemische Methoden und Verfahren unterscheiden sich dagegen in der Weise, daß bei der chemischen Methode nur ein Weg genannt ist ohne Mittel, ohne bestimmte Ausgangsstoffe, ohne bestimmte Endprodukte. Das Verfahren dagegen konkretisiert das."⁸² Methoden aber sind nicht patentierbar, nur Verfahren. Um nun der Gefahr vorzubeugen, daß die äquivalente Substitution eines einzigen Stoffes im Verfahren zur Patentwürdigkeit dieses "neuen" Verfahrens führt, wurden deswegen geführte Prozesse durch die Rechtsprechung dahin ent-

79 Patentblatt, 1887, S. 119.

80 Witt war Direktor der Farbenfabriken des Vereins Chemischer Fabriken Mannheim. (Vgl. Hintz, Ernst, Werden und Wirken des Vereins Chemischer Fabriken Mannheim, Leipzig 1904, S. 20.) Seine Abhandlung, Witt, Otto Nikolaus, Chemische Homologie und Isomerie in ihrem Einflusse auf die Erfindungen aus dem Gebiete der organischen Chemie (im folgenden: Chemische Homologie), Berlin 1889, in der er gegenüber der Probeneinsendung einen ganz ähnlichen Standpunkt einnimmt (vgl. ebenda, S. 18 f.), ist "Herrn Dr. Heinrich Caro in Mannheim freundschaftlichst gewidmet vom Verfasser". Allerdings muß er wohl eine Ausnahme gewesen sein, denn an anderer Stelle fordert er naiv "die Anpassung der Technik an die Erfordernisse der Patentgesetzgebung" (derselbe, Die deutsche chemische Industrie, a. a. O., S. 60), womit er nicht etwa die Technik des Patenterteilungsverfahrens, sondern die Technik der chemischen Industrie meinte.

81 Derselbe, Die deutsche chemische Industrie, a. a. O., S. 28.

82 Müller, Emil, Chemie und Patentrecht, Berlin 1928, S. 8. -- Bedauerlicherweise geht Welsch, Fritz, Zur Herstellung künstlicher Farbstoffe im 19. Jahrhundert und deren Bedeutung für die Entwicklung der Chemie, in: Zeitschrift für die Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin, H. 2/1960, S. 81 - 103, überhaupt nicht auf die Erfolge bei der Entwicklung der Lehre von der Homologie und Isomerie in der Teerfarbstoffindustrie ein.

schieden, daß derartige Verfahren nicht patentierbar sind.⁸³ Diese Verfahrensweise ist in jeder Beziehung berechtigt.

Dagegen sind äquivalente Verfahren zur Herstellung eines Erzeugnisses, dessen Eigenschaften nicht vorhersehbar waren, sehr wohl patentfähig. In der Entscheidung des Reichsgerichts vom 20. März 1889 wegen der Nichtigkeitsklage von Ewer & Pick gegen das Kongorot-Patent von Bayer/Agfa wird dazu ausgeführt: "Wenn aber der Chemiker durch Anwendung der Methode auf einen Fall, auf welchen sie noch nicht angewendet ist, neue Bahnen erschließt, so hat er patentrechtlich ein neues Verfahren erfunden."⁸⁴ Hier wurde ein bekanntes Verfahren patentiert, weil mit ihm ein neuer Stoff mit neuen Eigenschaften hergestellt wurde. Das ist ganz klar ein logischer Bruch in der Rechtskonstruktion und Rechtsprechung - der aber bis heute noch nicht überwunden ist.⁸⁵

Um die "bestimmten Verfahren" voneinander unterscheiden zu können, wurde daher die Resolution III gefertigt. Sie ist zwar im Interesse der Teerfarbenindustrie verfaßt worden, dient aber nicht nur deren Profitinteresse, sondern auch der eindeutigeren und einheitlicheren Rechtsprechung in Patentangelegenheiten, wiewohl der Zusammenhang mit der Resolution IV nicht übersehen werden darf. Dieser Zusammenhang besteht darin, daß das Verfahren nur insoweit patentiert ist, als die Ausgangs- und Endprodukte und die Ersatzmittel ersterer angegeben sind, und für diese in Verbindung mit dem Verfahren gilt das Patent. Dagegen können ohne weiteres nicht im Patent aufgeführte Ausgangsstoffe in das patentierte Verfahren eingesetzt werden, ohne daß eine Patentverletzung vorliegt, so daß die Großindustrie aus den bei Resolution IV angeführten Gründen doch wieder den Vorteil aus einer derartigen Änderung ziehen würde und auch gezogen hat, da die Rechtsprechung wirklich geändert wurde.⁸⁶

Es verdient festgehalten zu werden, daß die Interessen der Großindustriellen zumindest damals in ihrer Wirkung oft identisch gewesen sind mit denen der möglichst schnellen Entwicklung der Produktivkräfte. Die Konzentration von Patenten ist gleichzeitig eine Konzentration von Kapital und "entspricht der historischen Mission des Kapitalismus und seiner spezifischen gesellschaftlichen Struktur: die erste besteht in der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft; die zweite schließt die Nutzbarmachung dieser technischen Errungenschaften durch die Masse der Bevölkerung aus", zu der im Imperialismus in immer stärkerem Maße auch die Besitzer kleiner Fabriken zu zählen ist.⁸⁷ Es kann daher davon gesprochen werden, daß Caro und die anderen als Großkapitalisten nur ausführende Organe des ökonomischen Gesetzesmechanismus des Kapitalismus sind, wenn sie nach Wegen suchen, so viele Patente und diese so mehrwertträchtig wie möglich in ihren Besitz zu bringen.

In der Resolution VIII wird der schon von Brüning gemachte Vorschlag auf eine Zwangslizenzierung in neuem Gewande vorgebracht. Nach langem Hin und Her wurde die Erklärung eines Abhängigkeitspatentes durch das Patentamt vom Reichsgericht für unstatthaft erklärt.⁸⁸

⁸³ Vgl. etwa die Entscheidung gegen Bayer im Falle des Benzopurpurin 4 B, abgedruckt bei Witt, Otto Nikolaus, Chemische Homologie, a. a. O., S. 69 - 73, auf die noch einmal zurückzukommen sein wird.

⁸⁴ Patentblatt, 1889, S. 209 - 212.

⁸⁵ Vgl. Mediger, Peter, a. a. O., S. 36.

⁸⁶ Vgl. Entscheidung des Reichsgerichts v. 27. 6. 1891, abgedr. in Patentblatt, 1891, S. 32 - 40.

⁸⁷ Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 45.

⁸⁸ Vgl. die verschiedenen Entscheidungen von Patentamt und Reichsgericht aus den Jahren 1883 und 1885 in Patentblatt, 1883, S. 171 - 173, 217 f., 405 - 407 u. 413 - 416; ebenda, 1885, S. 19 - 22.

Zur Zeit der Abfassung der Resolution jedoch war die Frage noch ungeklärt. Um zu einem späteren Zeitpunkt mit der Forderung nach Zwangslizenzierung durchzukommen, erschien es den Teerfarbenfabrikanten vorteilhafter, daß direkt die Abhängigkeit eines Patentes von einem anderen ausgesprochen wird: "Abhängigkeit liegt vor, wenn die zweite Erfindung zwar nicht Gegenstand des älteren Patentes ist, aber nicht ausgeführt werden kann, ohne in den Schutzbereich jenes Patentes einzugreifen."⁸⁹ Auf diese Frage wird bei der Betrachtung der Ausführungen von Reuling in der Enquête-Kommission von 1886 zurückzukommen sein, wiewohl schon hier auf den Artikel des Teerfarbenindustriellen Leonhardt über "Die Wirkung des Patentschutzes auf die chemische Industrie" verwiesen werden soll, in dem ein obligatorischer Lizenzzwang gefordert wurde.⁹⁰

Die Antwort des Staatssekretärs des Innern auf die Resolutionen des Vereins war mehr als freundlich: "Ich werde die hierin enthaltenen Vorschläge gerne in Erwägung nehmen."⁹¹

Daß das PatG als solches bezüglich der chemischen Erfindungen äußerst unlogisch war (und es auch blieb), ist nicht von der Hand zu weisen.⁹² Daher ist die Erklärung der Generalversammlung des Vereins von 1885 über die Inkonsequenz und den Widerspruch zur Rechtslogik, "dem einen den Handel mit einem Stoffe zu gestatten, dessen Herstellung dem anderen verboten ist", völlig berechtigt.⁹³ Es muß allerdings nochmals darauf hingewiesen werden, daß selbstverständlich schon damals der Verkauf von in Deutschland nach patentierten Verfahren ohne Erlaubnis des Patentinhabers hergestellten Stoffen verboten war und diese Stoffe eingezogen werden konnten (§ 40 StGB infolge der Stellung des deutschen Verkäufers nach § 49 StGB). Nur hatte die Chemieindustrie diese für sie jetzt ungünstige Rechtsprechung selbst bestellt durch den Antrag der chemischen Gesellschaft von 1877. So beweist sich die Feststellung von Paschukanis über die Rechtllichkeit unreal scheinender, aber Privatinteressen vertretender Gesetzesparagrafen.

1885 forderte der Verein dann ganz direkt nicht etwa allgemein eine Patentenquôte, sondern eine Enquête einzig und allein "über die Wirkungen des PatG auf die chemische Industrie und über die im Interesse der letzteren wünschenswerten Veränderungen des PatG, die diesbezüglichen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen".⁹⁴ Der Chef von Bayer (Leverkusen), Rumpff, forderte von Bismarck selbst das Verbot des Imports von in Deutschland patentierten Waren.⁹⁵ Der Verein forderte zum § 4 PatG folgenden Zusatz: "Bildet ein Verfahren zur Herstellung eines chemischen Produktes den Gegenstand der Erfindung, so hat das Patent außerdem noch die Wirkung, daß niemand befugt ist, ohne Erlaubnis des Patentinhabers das nach dem patentierten Verfahren hergestellte chemische Produkt in Verkehr zu bringen oder feilzuhalten. Ist das nach dem patentierten Verfahren hergestellte chemische Produkt zugleich ein neues Produkt, so gilt, bis zum Beweise des Gegenteils, dasselbe aus dem Ausland importierte chemische Produkt während der Rechtsdauer des Patentes als mittels dieses Verfahrens oder etwaiger später patentierter Verfahren hergestellt."⁹⁶

89 Bernhard, Wolfgang, a. a. O., S. 113.

90 Chemische Industrie, 1884, S. 389 - 392.

91 DZA Potsdam, RMdI, Bd. 7405, Bl. 57.

92 So ist der Stoff, der auf chemischem Wege hergestellt ist, nicht patentierbar, hingegen ist es derselbe Stoff, wenn er auf mechanischem Wege hergestellt ist. (Vgl. Müller, Emil, Chemie und Patentrecht, Berlin 1928, S. 14.) Insofern sind die Stoffe eben nicht identisch, sie lassen sich in Beziehung auf ihre Herstellungsart unterscheiden. (Vgl. auch Ujomov, A. I., a. a. O., S. 22.)

93 DZA Potsdam, RMdI, Nr. 7405, Bl. 69 - 73.

94 Ebenda, Bl. 43 - 48.

95 Ebenda, Bl. 83 - 89.

96 Ebenda, Nr. 7331, Bl. 27 f., Anlage zu einem Brief sämtlicher bedeutender Teerfarbenindustrieller an Bismarck.

Schon vorher wurden Schritte unternommen, um den Forderungen der Chemie nachzukommen. In einem Schreiben des Präsidenten des Patentamtes an den Staatsminister von Boetticher vom 25. März 1886 heißt es, daß der Vorschlag Beachtung erfordere, andererseits aber "darin eine unbefangene Würdigung der vorhandenen Bedürfnisse, Aufgaben und Möglichkeiten nicht zu erblicken" sei.⁹⁷ Dieser Auffassung zufolge sollte eine Enquête veranstaltet werden. Jedoch war man im Reichsinnenministerium anderer Auffassung - zumindest in der Hinsicht, daß den Forderungen des Vereins schneller nachzukommen sei. In einem interministeriellen Schreiben verlangte der Staatsminister die Änderung des PatG noch "in dieser Session des Reichstags", eine Auffassung, die auch von Bismarck unterstützt wurde.⁹⁸

Am 16. August 1886 erschien dann der Erlaß von Bismarck, der die dringendste Forderung der chemischen Industrie erfüllte: "Für die Herstellung von Genuß- und Arzneimitteln sowie chemischen Stoffen besteht nur das besondere, daß ... jene Stoffe unmittelbar nach § 1 Abs. 2 nicht patentiert werden können. Aber die Bestimmung des § 1 hat gerade die Bedeutung, daß wenn und soweit der chemische Stoff etc. das Produkt eines neuen und patentierten Verfahrens ist, es als Gegenstand der Erfindung von der Wirkung des Patentes umfaßt und namentlich also die gewerbliche Verwertung desselben dem Patentinhaber gewährleistet wird."⁹⁹ In gleichlautenden Schreiben an Rumpff und Martius bemerkte Bismarck schon eine Woche vor Erscheinen des Erlasses, "daß wenn diese Grundsätze in der gerichtlichen Praxis sachgemäß zur Anwendung gebracht werden, der chemischen Industrie, soweit sie sich nach Ihrer Eingabe beschwert fühlt, in erheblichem Maße geholfen sein wird."¹⁰⁰ Wir werden sehen, inwieweit diese Bedingung für die Befriedigung der Chemie in Erfüllung ging.

Fragt man nach den Ursachen für das so schnelle Eingreifen des Staates im Interesse der Teerfarbenindustrie, so kann hier nicht einfach auf die - damals in dem Maße noch gar nicht vorhandene - Verbindung von Staat und Industriekapital verwiesen werden. Vielmehr muß besonders der Mangel an Kolonien von Deutschland hervorgehoben werden. Wickel verweist in seiner Arbeit über die "IG Deutschland" sehr richtig auf die Möglichkeiten, die die künstliche Herstellung von zahllosen Produkten eröffnete, die bis dahin natürliches Monopol waren, damals vor allem die Farben, später dann künstliches Petroleum, künstlicher Kautschuk, Kunstseide, Kunstwolle usw., und fährt fort: "Damit wurde aber auch die chemische Industrie zu einer Bedrohung der Industrien und Staaten, deren Machtstellung auf der Beherrschung der großen Rohstoffgebiete der Erde beruht. So ist es ganz natürlich, daß sie ihre höchste Entwicklung in Deutschland fand, das bei der Aufteilung der Kolonien zu spät gekommen war und das sich in der chemischen Industrie eine neue, eigenartige und unbegrenzt ausdehnungsfähige Kolonie schuf."¹⁰¹ Und zu jener Zeit waren ja schon die Krappfarbstoffe durch das Kongorot von Agfa ersetzt, existierte das Methylenblau der BASF, wurde fieberhaft an der Darstellung des künstlichen Indigo sowohl in den BASF als auch in den Farbwerken Hoechst gearbeitet.

5. Die Enquête von 1886

Aus der Vielzahl von Fragen, die der Enquête-Kommission von 1886 vorgelegt wurden, sind hier drei interessant: Erstens, ob der Erlaß von Bismarck Gesetzeskraft erlangen sollte; zweitens, ob tatsächlich "Produkte, welche nach einem im Inlande patentierten Verfahren

97 Ebenda, Nr. 7405, Bl. 97 - 121.

98 Ebenda, Bl. 82 u. 125 - 127.

99 Ebenda, Bl. 158 - 160.

100 Ebenda, Bl. 161 f.

101 Wickel, Helmut, IG Deutschland - ein Staat im Staate, Berlin 1932, S. 53.

hergestellt sind, zum Nachteil des Patentinhabers in erheblichem Umfange aus dem Ausland eingeführt werden"; drittens, ob bei der Einfuhr von Stoffen, deren Herstellungsverfahren im Inland patentiert ist, präsumiert werden soll (bis zum Beweise des Gegenteils), daß sie nach diesem hergestellt wurden.¹⁰² Diese Fragen wurden en bloc in einer Sitzung behandelt. Sie wurde eingeleitet durch ein Grundsatzreferat von Caro. Daß der Reichskanzler der Forderung nach Schutz des durch das patentierte Verfahren hergestellten Erzeugnisses einfach durch eine ipso jure falsche Gesetzesinterpretation nachgekommen war, überraschte ihn so, daß er erklärte: "Ich konstatiere, daß in den Kreisen der chemischen Industrie bis vor kurzem ganz allgemein die Ansicht herrschte, es sei ein derartiges Recht dem Inhaber eines auf ein Herstellungsverfahren lautenden Patenten vom Gesetze nicht verliehen." Ungeachtet des Erlasses von Bismarck "halten wir es doch nicht für nötig, daß im Gesetze ausdrücklich ausgesprochen werde, es stehe uns ein derartiges weiteres Recht zu ..."¹⁰³

Hier enthüllt sich der Grund, weshalb der Verein nicht sogleich nach dem chemischen Patentkongreß auf eine Änderung des § 4 PatG bestand, ja, eine derartige noch nicht einmal beantragte. Man war sich eben doch seiner Sache nicht so sicher bezüglich der Gesetzesinterpretation, wie es auf dem Kongreß den Anschein hatte. Daher verlangte Caro jetzt: "In demselben Patente, das auf ein neuentdecktes Verfahren lautet, sollen diejenigen neuen Produkte desselben namhaft gemacht und scharf charakterisiert werden, womöglich mit Einreichung von Belagsmustern, die wir zu beanspruchen wünschen. Was nicht in diesem Patente, beziehungsweise in dessen Zusätzen einzeln beansprucht wird, gehört dem Publikum ..."¹⁰⁴ Dieser Vorschlag wurde mit den Worten begründet: "Dadurch nämlich, daß man nur das Herstellungsverfahren patentieren wollte, hat man tatsächlich das Stoffpatent in ganz enormem und wirtschaftlich schädlichem Umfange gewährt. Vor zehn Jahren war es noch nicht vorzusehen, daß es heute ein Verfahren geben könnte, daß imstande wäre, nur durch Einsetzen verschiedener Materialien in dasselbe eine Unzahl von neuen Stoffen hervorzubringen, welche nach keinem anderen Verfahren darstellbar sind."¹⁰⁵

Dieser Vorschlag und sein Motiv hören sich zwar sehr liberal und demokratisch an, sind es aber nicht. Die vorgeschlagene Fassung des Gesetzes gab der Großindustrie den immensen Vorteil in die Hand, der schon bei der Analyse des Vorschlages auf Probeneinsendung aufgezeigt wurde. Wahrhaft demagogisch ist Caros Begründung für die Neufassung des Gesetzes, die daraus folge, "daß wir durch das deutsche PatG instand gesetzt werden, unserem deutschen Konkurrenten, der am Ende doch durch seine Fabrikation zur Hebung des nationalen Wohles beiträgt, in seinem Fabrikbetriebe brachzuliegen und dann den Fabrikationsnutzen dieses Mannes dem Auslande zu überweisen"¹⁰⁶, denn der wahre Grund wird von ihm nur eine Seite später enthüllt: "Wir haben, ohne von irgendeinem inländischen Fabrikanten eine Konkurrenz für unsere Hauptartikel zu erfahren, den Preis derselben nach und nach um 50 Prozent und mehr herabsetzen müssen, nicht weil irgendwie den Konsumenten damit gedient war (! - Th. K.), sondern nur, um der unerlaubten Konkurrenz vom Auslande her zu begegnen."¹⁰⁷

102 Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Enquête in Betreff der Revision des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877 (im folgenden: Enquête-Bericht), Berlin 1887, S. 4.

103 Ebenda, S. 89.

104 Ebenda, S. 98.

105 Ebenda, S. 97.

106 Ebenda, S. 90.

107 Ebenda, S. 91. - Hier sah sich sogar der Industrielle Kollmann gezwungen zu erwidern: "Meine Herren, ich bin gewiß ein guter Schutzzöllner, aber das geht mir doch zu weit." (Ebenda, S. 102.)

Caro forderte weiterhin, daß Patente auf spätere Verfahren keinen Patentanspruch auf den Stoff enthalten dürften, da ein solcher sich bereits im Patent des ersten Erfinders befindet.¹⁰⁸ Während also durchaus ein bekanntes Verfahren zur Herstellung eines neuen Stoffes patentfähig sein sollte, sollte der umgekehrte Fall nicht vorgesehen werden. Allerdings sollte der § 5 PatG dahin abgeändert werden, daß der aus einem anderen als dem patentierten Verfahren hervorgehende Stoff nicht von jenem patentrechtlich abhängig sein sollte.¹⁰⁹ Damit war der Weg geöffnet, der das Patentieren neuer Verfahren zur Herstellung bekannter Stoffe ermöglichte. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Stoff nur so lange als neu gelten sollte, "als die Dauer des Patentes reicht". Erlischt das Patent, "dann hört auch der Stoff schon damit auf, als neu zu gelten". Dies sei, nach Caro, "eine scharfe und bestimmte Definition des 'neuen' Stoffes", der also, technisch und wissenschaftlich betrachtet, keineswegs neu sein mußte, um patentiert werden zu können.¹¹⁰ Wenn also kein Patent auf ein Verfahren besteht, ist auch der mittels dieses Verfahrens hergestellte Stoff nicht geschützt. Es kann ohne weiteres ein neues Verfahren zur Herstellung dieses bekannten, aber nicht geschützten Stoffes patentiert werden, und dieses Patent hat dann die Wirkung, daß dieser - eigentlich schon bekannte - Stoff auch geschützt ist. Das war für die Großindustrie ein sehr willkommener Vorschlag, denn nur diese nutzte die fünfzehnjährige Schutzfrist.¹¹¹

Hier ist der Platz, um nochmals auf das Problem der Analogieverfahren einzugehen. Die Firma Bayer (Leverkusen) - an der Spitze der Beteiligten Duisberg - hatte 1885 ein Patent beantragt, nach dem das Verfahren zur Herstellung des Farbstoffes Benzopurpurin 4 B (hergestellt durch Kombination von Tetrazoditolyll mit Alpha- und Betanaphthylamin oder deren Mono- oder Disulfosäuren, wobei die Salze ersterer dargestellt werden sollten aus dem durch alkalische Reduktion von Ortho-, Para- oder technischem Nitrotoluol erhaltenen Tolidin) geschützt werden sollte. Dieses Patent wurde zuerst vernichtet, da Agfa darauf klagte, daß hier durch Einsetzen von Tolidin statt seinem niederen Homologen Benzidin ein Analogieverfahren vorliege. Derartige Analogieverfahren sollten nicht patentfähig sein. Durch die Forderung Caros, daß im Patent nicht aufgeführte Stoffe als außerhalb des Patents liegend zu betrachten seien, war aber die Möglichkeit gegeben, nach nicht patentierbaren und zugleich nicht patentwidrigen Verfahren Farbstoffe herzustellen. Um dem vorzubeugen, sollte das Abhängigkeitspatent eingeführt werden. Der von Bayer beschriebene Vorgang war ja tatsächlich abhängig vom Agfa-Patent in der Weise, daß lediglich ein Glied des Verfahrens - Einwirken von Benzidin auf Betanaphthylaminsulfosäure¹¹² - ersetzt wurde, also auch keine Verbesserungserfindung vorlag, da zu dieser ein "Überschuß der Erfindung", der "in der Neuheit der Kombination bestehen" muß, notwendig ist.¹¹³ Also war dieses Verfahren (wegen der Entscheidung des Patentamtes, "daß die Anwendung von Homologen und Isomeren zur Erzielung desselben technischen Effektes keine patentfähige Erfindung sei") nicht patentfähig, trotzdem aber, nach der beabsichtigten Fassung des Gesetzes, nicht patentwidrig. Durch die Existenz von Abhängigkeitspatenten wäre das Verfahren von Bayer patentfähig gewesen, wäre darauf ein Abhängigkeitspatent erteilt worden, wie denn Agfa, nachdem sie sich mit Bayer geeinigt hatte, auch auf das Benzopurpurin 4 B ein Zusatzpatent zugesprochen bekam.¹¹⁴

108 Ebenda, S. 106.

109 Ebenda, S. 97; vgl. auch S. 106.

110 Ebenda, S. 108.

111 Zur Schutzfrist vgl. Sonnemann, Rolf/Etzold, Heike, a. a. O., S. 139 f.

112 Vgl. Duisberg, Carl, a. a. O., S. 35.

113 Kohler, Josef, Deutsches Patentrecht, a. a. O., S. 47.

114 Vgl. Witt, Otto Nikolaus, Chemische Homologie, a. a. O., S. 69 - 73.

Der Enquête-Kommission war unter anderem auch die Frage vorgelegt worden, ob Abhängigkeitspatente zugelassen werden sollten oder nicht. Sie wurde "einstimmig bejaht"¹¹⁵. Damit trat natürlich sofort die Forderung nach Zwangslizenzierung bei Abhängigkeitspatenten auf den Plan. Der Lizenzzwang war, wie oben gezeigt, nur für die Großindustrie von Vorteil.¹¹⁶ Er wurde von den Teerfarbenindustriellen mehr als einmal erhoben.¹¹⁷ In den Äußerungen des Vereins zur Enquête von 1886 wurde ein Zusatz zum § 11 PatG gefordert, der verankern sollte, daß der Lizenzverweigerung der Entzug des Patentes folgt.¹¹⁸

Merkwürdigerweise sagte Caro nichts zur Frage des Lizenzzwanges, sondern überließ dies dem Patentanwalt Reuling - einem Freund der chemischen Großindustrie, wie seine Haltung im Prozeß Bayer/Agfa gegen Ewer & Pick 1890 bewies¹¹⁹ -, der eine ganz andere Variante des chemischen Patentes entwickelte, die angesichts der gegenwärtigen Situation in der internationalen und speziell der westdeutschen Chemieindustrie auch aktuelle Bedeutung besitzt.

"Ich möchte also vorschlagen, jede Beschränkung des Patentschutzes auf dem Gebiet der chemischen Industrie fallenzulassen, und zwar um deswillen, weil wir bereits im § 11 des Gesetzes in der Notwendigkeit der Lizenzgewährung eine unbedingte Garantie dafür haben, daß derjenige, der ein neues Herstellungsverfahren erfunden hat, auch in der Lage ist, dieses neue Verfahren anwenden zu können, auch dann, wenn der Stoff selbst patentiert ist, so daß also der Erfinder des neuen Herstellungsverfahrens nur ein Abhängigkeitspatent bekommen kann. Derjenige, der das Abhängigkeitspatent bekommt, steht ja auch betreffs der Lizenzgewährung unter dem Schutz von § 11 Abs. 2. An und für sich würde man vielleicht keine weiteren Bestimmungen zu treffen brauchen; doch nun erhebt sich die weitere Frage, ob es sich nicht vielleicht empfiehlt, direkt in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, über die ich hier eine Abstimmung nicht provozieren will, die ich aber den maßgeblichen Faktoren zur Erwägung empfehlen möchte: eine Bestimmung nämlich des Inhalts, daß wenn ein neuer Stoff patentiert ist und demnächst ein Abhängigkeitspatent, dieses Abhängigkeitspatent eine weitertragende Wirkung erhält als sonst ein Abhängigkeitspatent hat. Während nämlich sonst bei einem Abhängigkeitspatent die Ausübung der durch dasselbe geschützten Erfindung von der Zustimmung des Inhabers des Hauptpatentes, also von einer Lizenz abhängig ist, die der Inhaber des Hauptpatents je nach dem erteilen muß, so könnte man hier einfach sagen: das Abhängigkeitspatent gibt ohne weiteres zu gleicher Zeit auch die Berechtigung zum Eingriff in das Hauptpatent, durch Betätigung des neuen Herstellungsverfahrens und damit zur Produktion des betreffenden patentierten neuen Stoffes, aber es gibt zu gleicher Zeit auch als Korrelat, gleichsam als Gegenleistung für den Eingriff in das Hauptpatent, dem Inhaber des Hauptpatentes das Recht, das neu patentierte Verfahren auch seinerseits ohne Gegenleistung auszuüben, so daß für den Fall eines solchen Abhängigkeitspatentes Lizenz und Gegenlizenz ohne weiteres durch die Gesetzgebung garantiert sind ... Bei dieser Gestaltung haben wir auch weiter den Vorteil - und darauf lege ich besonders Gewicht -, daß wenn ein neuer Stoff patentiert ist, jedenfalls dieser neue Stoff in einem anderen Herstellungsverfahren nicht hergestellt werden kann, ohne daß dieses neue Herstellungsverfahren auch patentiert wird, denn das Recht zum Eingriff in das Hauptpatent wird zugleich unter die Verpflichtung gestellt, das neue Herstellungsverfahren

115 Enquête-Bericht, a. a. O., S. 89.

116 Diese Darlegungen beziehen sich auf die inländische Konkurrenz, beim Ausland gestaltet sich die Lage etwas anders.

117 Vgl. Chemische Industrie, 1884, S. 389 - 392; vgl. auch die Äußerungen der Mitglieder des Vereins zur Enquête im Jahre 1886. (DZA Potsdam, RMDI, Bd. 7395, Bl. 164 - 187.)

118 Vgl. auch Reichstagsprotokolle, Bd. 46, a. a. O., S. 418.

119 Vgl. Duisberg, Carl, a. a. O., S. 42 - 48.

ebenfalls der Öffentlichkeit preiszugeben, so daß das neue Verfahren wiederum eine Basis weiterer industrieller Fortschritte bildet."¹²⁰

Diese Lösung des Problems ist auch für die heutige Rechtsprechung meiner Ansicht nach juristisch, und zwar sowohl praktisch als auch theoretisch, im Interesse des technischen Fortschritts die bestmögliche. Dem widerspricht nicht, daß sie zugleich für die Großindustrie ungeheuer vorteilhaft war. Söder schreibt mit vollem Recht: "Die kapitalistischen sozialen Verhältnisse begünstigen den Fortschritt der Erkenntnis, insofern er der Steigerung des Profits dient, sie hemmen die Erkenntnis, wo das nicht der Fall ist, bis zur Entstellung der Wahrheit. So gebiert der Kapitalismus eine eigenartige Mischung von Apologie und Wahrheit. Apologie schließt Wahrheit nicht aus, sondern bedingt sie zu einem gewissen Grade."¹²¹ Das trifft auch auf die Rechtsprechung zu.

Es scheint mir unzweifelhaft, daß Reuling seinen Beitrag mit den sich herausbildenden Monopolen der Teerfarbenindustrie abgesprochen hat, denn in seiner Hauptversammlung von 1885 hatte der Verein darüber schon diskutiert, ohne zu einer Entscheidung zu gelangen¹²², und wenig später trat Caro mit einem ganz ähnlichen Vorschlag vor die Patentkommission des Vereins. Daß Caro oder einer seiner Kollegen - Kalle, Hasenclever und der "Vater der Teerfarbstoffe", Hoffmann, waren ebenfalls bei der Enquête vertreten - nicht diesen, für sie sehr günstigen Vorschlag unterstützten, sondern im Gegenteil durch Caro versichern ließen, sie seien "ganz einmütig gegen die bedingungslose Patentierung chemischer Produkte"¹²³, erklärt sich daraus, daß sie sich keineswegs sicher waren, daß dieser Vorschlag angenommen werden würde, wo doch schon der Erlaß des Reichskanzlers - wie wir noch sehen werden - in der Gerichtspraxis keineswegs ohne Schwierigkeiten durchgesetzt werden konnte, und sie - wie auch geschehen - gerade von der Staatsjustiz starken Widerstand erwarten konnten. Dieser Vorschlag war deshalb so günstig für die Großindustriellen, weil sie durch ein geschickt konstruiertes patentwürdiges Analogieverfahren¹²⁴ in den Genuß der Teilhaberschaft am Stoffpatent kommen konnten und den tatsächlichen Stoffpatentinhaber, wenn er schwach war, ausschalten oder sich, wenn er gleichstark war, mit ihm in irgendeiner Weise, zum Beispiel durch eine Konvention, verständigen konnten.

Caros wichtigster Vorschlag lief auf ein faktisches Stoffpatent hinaus. Der § 1 Abs. 2 Ziff. 2 PatG sollte lauten: "Ausgenommen von der Patentierung sind Erfindungen von Stoffen, welche auf chemischem Wege hergestellt werden, sofern die Erfindungen nicht zugleich ein bestimmtes Verfahren zur Herstellung der Gegenstände betreffen."¹²⁵

Die Anträge Caros wurden von der Enquête-Kommission angenommen. Wichtig für die weitere Entwicklung ist zu wissen, daß unter den drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen sich die Vertreter der Berg- und Hüttenindustrie Nordrhein-Westfalens und der Reichsgerichtsrat Bolze befanden.¹²⁶

Am Rande sei noch erwähnt, daß Caro und seine Anhänger durchsetzten, daß, wenn ein neues Verfahren und ein neues Produkt vorlagen und letzteres von einem anderen ohne Er-

120 Enquête-Bericht, a. a. O., S. 101.

121 Söder, Günter/Lauterbach, Herbert, Planung - Wissenschaft oder Spekulation? Berlin 1965, S. 14 f.

122 DZA Potsdam, RMDI, Bd. 7331, Bl. 28.

123 Enquête-Bericht, a. a. O., S. 89.

124 Vgl. dazu Kirchner, Ernst, Zur Frage der Patentfähigkeit chemischer Analogieverfahren, Marktheidenfeld 1951, S. 1.

125 Enquête-Bericht, a. a. O., S. 97.

126 Ebenda, S. 111.

laubnis des Patentinhabers auf den Markt geworfen wurde, es - bis zum Beweise des Gegenteils durch den Beschuldigten - als nach dem patentierten Verfahren hergestellt galt. Die Anwendung dieses Rechtsmittels, der Präsümption, zu der die Patentkommission des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) erklärte, "es sei ihren Rechtsanschauungen zuwider, und es wäre auch gegen die Prinzipien des Strafrechts, jemanden solange als strafrechtlich schuldig anzusehen, bis er den Beweis seiner Unschuld geliefert habe"¹²⁷, ist ein weiterer Beweis dafür, welche Rolle die Interessen der Teerfarbenindustrie in Deutschland spielten.

6. Von der Patentenquôte zum neuen Patentgesetz

Die Patentenquôte war für die Großindustriellen der deutschen Teerfarbenfabrikation in ihren Ergebnissen äußerst erfreulich gewesen. Im Januar 1887 brachte die Patentkommission des Vereins in der Vorstandssitzung desselben eine Zusammenfassung der Forderungen, die sämtlich angenommen wurden.¹²⁸ Da die Forderung nach der Patentfähigkeit chemischer Stoffe offenbar von einflußreichen Kreisen immer noch bekämpft wurde, heißt es, um wenigstens die Justiz und den Staatsapparat zu "beruhigen" und für die Interessen der Teerfarbenindustrie einzunehmen, in einem Schreiben des Vereins an den Reichskanzler: "Das Interesse der beteiligten Kreise wird sich nach wie vor auf das patentierte Verfahren konzentrieren."¹²⁹

Die folgenden Jahre sind insofern recht interessant, als sie zeigen, daß die Rechtsprechung nicht daran dachte, sich den Vorstellungen der Chemie in jedem Fall zu beugen.¹³⁰ Da in allen privatrechtlichen Angelegenheiten stets das Reichsgericht und nicht die Regierung letztere Instanz ist, ist das kein Widerspruch zu dem Rundschreiben Bismarcks. Gesetzgebende und richterliche Gewalt sind voneinander getrennt.

Der Gegensatz von Reichskanzlererlaß und Rechtsprechung trat besonders zutage im Prozeß der BASF gegen Geigy. Geigy hatte nach dem der BASF in Deutschland patentierten Verfahren zur Herstellung von Methylenblau in der Schweiz produziert und über Zwischenhändler in Deutschland verkaufen lassen. Obwohl der Reichskanzlererlaß bestimmte, daß der Verkauf dieser Erzeugnisse ipso jure strafbar ist, entschied das Oberlandesgericht Dresden in zweiter Instanz in, wie oben gezeigt, richtiger Auslegung des Gesetzes, daß der Vertrieb nicht strafbar sei: nullum crimen, nulla poena sine lege. Als der Verein sich darüber bei Bismarck beschwerte, konnte jener nur antworten, er hoffe, daß die Arbeiten an der allgemeinen Revision des PatG bald abgeschlossen seien und dabei die "auf einen wirksameren Schutz gerichteten Wünsche der chemischen Industrie entsprechende Würdigung und Berücksichtigung erfahren" würden.¹³¹

Diese Prozesse zeigten mit aller Deutlichkeit, daß die Interpretation der §§ 1 und 4 PatG durch den Reichskanzler und seine Sachverständigen so durchsichtig war, daß eine Reihe von Gerichten es nicht wagte, diese Paragraphen in Anwendung zu bringen. Die erste Ent-

127 So zitiert von Caro in ebenda, S. 91.

128 Sie decken sich im wesentlichen mit dem Vorgenannten. (Vgl. Chemische Industrie, 1887, S. 41 - 44.)

129 DZA Potsdam, RMDI, Bd. 7395, Bl. 175.

130 Bemerkenswert ist, daß weder im Bericht "Über die Entwicklung des deutschen Patentwesens von 1877 bis 1889" (ebenda, Nr. 7332, Bl. 64 - 151), noch in der "Denkschrift über das Patentgesetz von 1891" (ebenda, Bd. 7386, 4 - 8 f. Bl. 196 - 240), beide von Mitgliedern des Patentamtes verfaßt, auch nur ein Wort über die Wünsche der chemischen Industrie verloren wird.

131 Ebenda, Nr. 7395, Bl. 188 f.

scheidung hatte das Landesgericht Leipzig geliefert. Es entschied für die BASF. Dresden entschied gegen die BASF. Daraufhin legte die BASF beim Reichsgericht Revision ein, der insofern stattgegeben wurde, als das Urteil von Dresden aufgehoben und die Angelegenheit dorthin zur erneuten Verhandlung verwiesen wurde. Das abschließende Urteil ist leider nicht zu finden.¹³²

Zwar stellte der Staatsminister von Boetticher 1889 im Reichstag fest, daß das Reichsgericht dem Reichskanzlererlaß folge¹³³, aber auch im nächsten Jahr wurden im Reichstag dieselben Angriffe gegen die Nichtbefolgung des Erlasses durch die Gerichte wiederholt.¹³⁴ Die Diskussion eines Entwurfs eines neuen PatG im Reichstag und seiner Patentkommission ist für die vorliegende Untersuchung uninteressant.

Caros in der Enquête-Kommission durchgesetzter Antrag auf Änderung des § 1 Abs. 2 Ziff. 2 durch Ersetzen des Wortes "soweit" durch das Wort "sofern" wurde von der Reichstags-Kommission keines Wortes gewürdigt. Dies voraussehend, hatte Caro noch 1890 einen Generalangriff auf die Ausnahmestellung der Chemie im PatG in der Patentkommission des Vereins gestartet und erklärt, "daß alle Schwierigkeiten auf dem Gebiete des chemischen Patenten aus der für diese geschaffene Ausnahmestellung entspringen. Man suche jetzt diese Schwierigkeiten durch allerlei künstliche Mittel, wie auf Umkehrung der Beweislast abzielenden Präsumtionen etc. zu beheben. Eine wirkliche Abhilfe werde aber nur durch die Beseitigung der seines Erachtens durch nichts gerechtfertigten Ausnahmebestimmung des § 1, wonach die Patentierung des Stoffes ausgeschlossen sei, getroffen werden können. Er verkenne dabei nicht die Schäden der Stoffpatentierung. Aber diese ließen sich durch die Einführung eines geeigneten Lizenzzwanges vermeiden ... Er beantrage daher die Streichung der Ausnahmebestimmung des § 1 und Einführung einer Zwangslizenz in § 11, vermöge deren für den Fall, daß jemand durch entgegenstehende Patentrechte an der Ausbeutung seiner Erfindung gehindert werde, er die Beseitigung dieses Hindernisses im Wege des geordneten Verfahrens gegen angemessene Entschädigung erlangen könne." Dieser Antrag kam nicht durch, obwohl man nicht behaupten kann, daß die Großindustrie nicht die entscheidende Kraft in der Patentkommission war (die Sitzverteilung war: Höchst drei, BASF und Bayer je zwei Sitze, je einen Sitz hatten Agfa, Gans & Co., Leonhardt & Co. und Vorster & Grüneberg). Im Protokoll der Sitzung heißt es: "... diesem Antrage wird von mehreren Seiten entschieden widersprochen ...", dagegen wurde der - auf der alten Linie stehende - Antrag von Martius angenommen. Der Grund für diese Entscheidung war, daß der Antrag von Caro noch weniger Chancen gehabt hätte, im Reichstag durchzukommen, wie es ja denn auch im Bericht heißt, daß man "durch weitergehende Anträge das Zustandekommen des Gesetzes nicht gefährden wolle".¹³⁵

Daß der Änderungsantrag zum § 1 Abs. 2 Ziff. 2 nicht durchkam, lag nicht an der Chemieindustrie. Es besteht Anlaß zu der Vermutung, daß die treibenden Kräfte an ganz anderer Stelle, nämlich in der Berg- und Hüttenindustrie zu suchen sind. Der Verein für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirke beispielsweise hatte "auf die folgenreicheren Bedenken aufmerksam" gemacht, "daß demnach in Zukunft verboten werden dürfte, in Deutschland geschütztes Thomas-Eisen von Luxemburg zu beziehen und zu verwenden".¹³⁶ Und vergessen wir nicht, daß beide Vertreter der Berg- und Hüttenindustrie dem

132 Ebenda, Bl. 3 - 13; Bd. 7332, Bl. 2 - 24.

133 Reichstagsprotokolle, Bd. 105 (7. Legislaturperiode, 4. Session, Bd. I der Sitzungsprotokolle), S. 81.

134 Ebenda, Bd. 111 (7. Legislaturperiode, 5. Session, Bd. I der Sitzungsprotokolle), S. 397.

135 Chemische Industrie, 1890, S. 192 - 197.

136 DZA Potsdam, RMDI, Nr. 7396, Bl. 181 - 188.

Vorschlag Caros in der Enquête-Kommission nicht positiv - der eine unentschieden, der andere ablehnend - gegenüberstanden.¹³⁷ Leider war es mir nicht möglich, weitere Anhaltspunkte für diese Hypothese zu finden. Selbst wenn sie stimmt, so können doch die Ursachen für diese Haltung hier nicht untersucht werden. Hier soll nur festgehalten werden, daß dem imperialistischen Deutschland zwar seine künstlichen Farbstoffe im Kampf gegen England und Frankreich wichtig waren, die mit der Rüstungsindustrie damals viel enger als die Chemie verbundene Berg- und Hüttenindustrie jedoch in weit größerem Maße.¹³⁸

Schlußbemerkung

Die vorliegende Arbeit sollte zeigen, wie die Teerfarbenindustrie Deutschlands es verstand, die Patentgesetzgebung für ihre Zwecke auszunutzen, zu interpretieren und zu verändern. Sinn und Aufgabe dieser Bestrebungen war es, die Monopolisierung in für das Kapital vorteilhafter Weise zu forcieren. Die Patentfrage mußte jedoch bald in ganz anderer Weise gelöst werden, denn die Zahl der Patente stieg ins unübersehbare. Kennzeichnend für die Lage ist der Vergleich Witts aus dem Jahre 1902: "Wie ein Mensch, der sich verbergen will, dies am besten dadurch erreicht, daß er sich in eine Volksmenge mischt, so verschleiert die Farbenindustrie die Identität ihrer Produkte durch die Fülle ihrer Erzeugnisse."¹³⁹ Um diesen lästigen Umstand zu beseitigen und die kleinen Konkurrenten endgültig zu beseitigen, wurde 1904 die erste Interessengemeinschaft der chemischen Industrie gebildet. Ein Vierteljahrhundert später, 1929, schildert das erste Vorstandsmitglied der IG Farben, Carl Bosch, die Aufgabe der Gemeinschaft so: "In der damaligen Interessengemeinschaft war beabsichtigt, die häufigen Streitigkeiten wegen der Patente usw. auszuschalten, die darin bestanden, daß jeden Tag neue Umgehungsfarbstoffe auf den Markt kamen. Wir waren damals eben fast ausschließlich Farbstoffunternehmen. Wir haben uns verpflichtet, gewisse Gebiete den anderen (Mitgliedern der Interessengemeinschaft - Th. K.) zu überlassen, wogegen diese uns wieder andere Gebiete zur ausschließlichen Bearbeitung eingeräumt haben. Diese Interessengemeinschaft, die ja aus einer Interessenverbindung selbständiger Firmen bestand, wurde dann vertieft durch besondere Abmachungen; die Gewinne wurden Ende des Jahres zusammengeworfen und nach einem Schlüssel verteilt, der sich aus den Bilanzen der letzten Jahre ergab. Ferner sollten die Verfahren ausgetauscht werden, und vor allem sollte natürlich kaufmännisch auch mehr oder weniger einheitlich vorgegangen werden."¹⁴⁰

So zieht sich ein Faden hin vom gemeinsamen Vorgehen in der Patentfrage im Verein über die erste Interessengemeinschaft der Chemieindustrie zu dem Trust, dem - gleichfalls 1929 - ein Journalist den bezeichnenden Namen gab: IG Deutschland - ein Staat im Staate.¹⁴¹

137 Enquête-Bericht, a. a. O., S. 111.

138 In den Jahren 1891 bis 1894 wurde immerhin schon die Grundkonzeption eines möglichen Zweifrontenkrieges Deutschlands gegen Rußland und Frankreich ausgearbeitet. Zum anderen war der damalige Reichskanzler Caprivi der Meinung, ein Krieg sei "über lang oder kurz unvermeidlich". (Vgl. Otto, Helmut, Schlieffen und der Generalstab, Berlin 1966, S. 149 - 151.)

139 Witt, Otto Nikolaus, Die chemische Industrie des deutschen Reiches im Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1902, S. 209.

140 Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugnis- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, 1. Unterausschuß, 3. Arbeitsgruppe, 1. Teil, S. 436, zit. nach Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus, Bd. 1: Monopole und Unternehmerverbände, 2. Aufl. Berlin 1952, S. 139 f.

141 Nach Wickel, Helmut, a. a. O., S. 200.

DIE SOZIALE ZUSAMMENSETZUNG DER BÜRGERWEHR IN KÖLN 1848/49

von Karl Obermann

Köln, die Hauptstadt der Rheinprovinz, schon im Mittelalter eine führende Handelsmetropole, hatte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer der wichtigsten Großstädte Preußens und Deutschlands entwickelt. Die schnell aufsteigende kapitalistische Industrie und der Handel beschleunigten den Bevölkerungszuwachs, namentlich den Zustrom von Arbeitern, wesentlich.¹ Mit 86 671 Einwohnern (ohne den rechtsrheinischen Vorort Deutz) im Jahre 1848 übertraf Köln alle rheinischen Industriestädte wie Aachen, Düsseldorf oder Krefeld etwa um das Doppelte.² Die Zahl der Einwohner hatte sich in Köln von 1815 bis 1844 verdoppelt.³ Die Stadt zählte Ende 1845 insgesamt 9 020 Wohnhäuser, 181 Fabrikgebäude, Mühlen usw. und 227 Kirchen, Schulhäuser und sonstige öffentliche Gebäude.⁴ Aufschluß über die soziale Struktur der Kölner Bevölkerung im Jahre 1848 vermitteln folgende Angaben. Im Kölner Adreßbuch von 1848 werden 18 Bankiers und Geldwechsler, 5 Maschinenfabrikanten,⁴ Mühlenbauer, 13 Schiffbauer, 28 Tuch-Fabrikanten und -Handlungen, 13 Ziegelfabrikanten und 14 Zuckersiedereien aufgeführt.⁵ Neben diesen größeren Unternehmungen, die zahlreiche Arbeiter beschäftigten, fehlt es auch nicht an Kleinbetrieben, an Weißgerbereien, Rotgerbereien, Tapetenfabriken, Leimsiedereien, Bierbrauereien. Die Zahl der selbständigen Unternehmer und Gewerbetreibenden, die ein gewerbsteuerpflichtiges Einkommen hatten, war jedoch im Vergleich zur Einwohnerzahl gering. Die Gewerbesteuertabelle von 1848 weist Einzahlungen von insgesamt 4 722 Steuerpflichtigen auf. Den höchsten Anteil am Gewerbesteueraufkommen hatten 809 Kaufleute mit kaufmännischen Rechten der Steuerklasse A. Hier handelte es sich um selbständige Unternehmer, Bankiers, Fabrikanten und Großkaufleute, deren Zahl sich in den letzten Jahren ständig erhöht hatte, seit 1845 um 93. An zweiter Stelle standen 1 605 Händler, deren Gewerbesteuerleistungen jedoch nur halb so hoch waren wie die der 809 Kaufleute. Weit unter dem von den Kaufleuten eingezahlten Gewerbe-

1 Vgl. Kuske, Bruno, Die wirtschaftliche Eigenart der Stadt Köln. Historische Betrachtungen für die Gegenwart, Köln (Rhein) 1921, S. 17 f. = Kölner wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studien, H. 2.

2 Vgl. Historisches Archiv der Stadt Köln: Fuchs, Stadtchronik 1845 - 1854. Chronik und Darstellung, 1848, S. 71; vgl. ferner: Stübgen, J., Städtebauliche Entwicklung, in: Die Rheinprovinz 1815 - 1915. Hundert Jahre preußischer Herrschaft am Rhein, bearb. u. hg. v. Joseph Hansen, Bd. 2, Bonn 1917, S. 304 f. - Nach der Volkszählung vom 3. Dezember 1861 stand Köln in der Reihe der deutschen Großstädte an 5. Stelle. Siehe Brückner, N., Die Entwicklung der großstädtischen Bevölkerung im Gebiete des Deutschen Reiches, in: Allgemeines Statistisches Archiv, hg. v. Georg v. Mayr, Jg. 1890, S. 142.

3 Vgl. Dreesen, Jacob, Köln im tollen Jahr 1848, Köln 1898, S. 32.

4 Vgl. Kölner Adreß-Buch, hg. v. J. G. Heyn, Köln 1846, S. V.

5 Allgemeiner Wohnungs-Anzeiger (Adreß-Buch) für Köln, hg. v. Wilhelm Greven, Köln 1848, S. 209 f.

Tabelle 1

Kölner Gewerbesteuertabelle 1848⁺

Klasse	Anzahl	Gewerbsteuerbetrag	
		Taler	Sgr. Pf.
A Kaufleute mit kaufmännischen Rechten	809	26 604	15
B			
a) Händler ohne kaufmännische Rechte	1 605	13 916	15
b) Marketender	7	15	5
C Gast- und Schankwirte	561	7 262	20
D Bäcker	184	2 816	20
E Fleischer	182	2 838	10
F Bierbrauer	121	851	15
H Handwerker (außer den besonders klas- sifizierten)	1 049	9 056	20
I Müller	13	203	20
K			
a) Schiffer	70	1 990	13 4
b) Fuhrleute	80	328	7 6
L Gewerbe im Umherziehen, Hausierer	41	176	12
	4 722	66 060	22 10

+ Historisches Archiv der Stadt Köln: Fuchs, Stadtchronik 1845 - 1854, Chronik und Darstellung, IV, Nr. 218, 1848, S. 74.

steuerbetrag blieben auch die Einzahlungen der selbständigen Handwerker. Am Gewerbesteueraufkommen waren beteiligt: 184 Bäcker, 182 Fleischer, 1 049 Handwerker verschiedener Fachgruppen, 121 Bierbrauer und 13 Müller, also insgesamt 1 549 Handwerker. 561 Wirte hatten weniger als ein Drittel des Gewerbesteuerbetrages der Kaufleute aufgebracht. Sehr gering waren die Gewerbesteuerzahlungen von 70 Schiffen, 80 Fuhrleuten, 41 Hausierern und 7 Marketendern.⁶

Der 1845 von Friedrich Engels und Moses Heß herausgegebene "Gesellschaftsspiegel, Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart", untersuchte, ausgehend von der Gewerbesteuertabelle des Jahres 1844, die 4 326 Gewerbesteuerpflichtigen aufwies, das Verhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat in Köln bzw. die Klassenstruktur der Kölner Bevölkerung. Unter den Gewerbesteuerpflichtigen der Klasse A wurden 4 Bankiers und ein Zuckerfabrikant ermittelt, die den höchsten Gewerbesteuersatz von 260 Taler pro Jahr zahlten. Es folgten Fabrikanten und

⁶ Historisches Archiv der Stadt Köln: Fuchs, Stadtchronik 1845 - 1854, Chronik und Darstellung, IV, Nr. 218, 1848, S. 74.

Großkaufleute mit Steuersätzen von 169, dann 156 bis hinab zu 39 Taler jährlich.⁷ Die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden lag aber laut Gewerbetabellen um etwa 1 500 bis 1 600 Personen höher als die Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen. Es handelte sich vorwiegend um arme Handwerksmeister, die ohne Gesellen oder bloß mit einem Gesellen ihr Gewerbe ausübten und nur ein geringes Einkommen erzielten. An Handwerksgehlen, Fabrikarbeitern und Dienstboten zählte Köln 11 002 Personen, und zwar 3 925 Handwerksgehlen, 1 384 Fabrikarbeiter, 2 292 Knechte und Mägde in der Ackerwirtschaft und 3 401 Dienstboten. Die Aufrechnung schließt mit der Feststellung: "Rechnet man die Rentner und Gewerblösen mit ihren Familien und die Greise zusammen auf 4 000 Köpfe, und die Beamten mit ihren Familien eben so hoch, so bleibt immer noch eine Bevölkerung von etwa 18 000 Personen in Köln, deren Erwerb- und Subsistenzmittel nicht nachzuweisen ist. Hierzu die 11 002 unselbständigen Gewerbetreibenden, 1 600 selbständige Gewerbetreibende, welche aber so arm sind, daß sie keine Gewerbesteuer bezahlen können und deren Frauen und Kinder, so haben wir in Köln eine Bevölkerung von mindestens 40 000 Seelen, welche zum Proletariat zählen."⁸ Für die Notlage zahlreicher Familien spricht auch die große Zahl der arbeitenden Kinder, die in der Rubrik Fabrikwesen der Kölner Stadtchronik 1845 nachgewiesen wird. 815 Kinder waren in Spinnereien und Webereien sowie in Tabaks- und Tapetenfabriken beschäftigt. Hinzu kommt, daß es sich bei den 312 Personen, die in den 2 Nadelfabriken arbeiteten, meistens um Kinder handelte.⁹ Was hier über die Jahre 1844/1845 festgestellt wird, trifft erst recht nach den Hungerjahren 1846/1847 für das Jahr 1848 zu.

Die Handels- und Industriestadt Köln mit einer Bevölkerung, in der sich die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bereits deutlich abzeichnete, mußte 1848 zu einem wichtigen Zentrum der Revolution werden. In seinem Ende 1848 erschienenen Buch "Die Deutsche Revolution" schildert der zur demokratischen Linken gehörende Historiker Wilhelm Zimmermann, wie die Nachricht von der Pariser Februarrevolution in Köln aufgenommen wurde: "In der rheinischen Hauptstadt, in Köln, war Jubel und Bestürzung gleich groß. War doch Köln einst eine französische Stadt, noch herrschte da französisches Gesetz, und französische Sympathien waren zwar nicht überwiegend, aber doch nicht ganz erloschen. Die Republik in Frankreich! Ein Blumenmann (ein Arbeiter - K. O.) unter den Häuptern der Regierung! Gleichheit und Brüderlichkeit! Das war für das Kölner Volk zum Entzücken, und die Marseillaise spielte in allen Kaffeehäusern mit Gesangbegleitung. Umsonst zischten andere darein und ließen zur Sühne das 'Heil dir im Siegerkranz' spielen, aber die Musik wurde ausgepiffen, sie mußte verstummen. Betroffen, Lots Salzsäule gleich, standen die sonst sichersten und erhabensten Leute, die Kaufleute, die Bankiers, die Besitzenden, die Personen von feiner Bildung."¹⁰ Die Beteiligung der Bevölkerung an den Kundgebungen und Versammlungen der Demokraten war im März 1848 sehr hoch. So heißt es in der Kölner Stadtchronik: "Bei der am Sonntag 26. März auf dem Saale Gürzenich (dem größten der Stadt - K. O.) stattgefundenen Volksversammlung waren wenigstens 4 000 Personen anwesend."¹¹

7 Gesellschaftsspiegel. Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart, H. 9/1846, S. 96 - 98.

8 Ebenda, H. 5/1845, S. 175 f.

9 Historisches Archiv der Stadt Köln: Fuchs, Stadtchronik, a. a. O., 1845, S. 57 f.

10 Zimmermann, Wilhelm, Die Deutsche Revolution, Karlsruhe 1848, S. 20.

11 Historisches Archiv der Stadt Köln: Fuchs, Stadtchronik, a. a. O., 1848, S. 19 f. - Hermann Camphausen, der Sohn des rheinischen Industriellen und Märzministers Ludolf Camphausen, der seinen Vater über die Vorgänge in Köln informierte, schrieb am 26. März 1848: "Von der heutigen Versammlung kann ich Dir weiter nichts berichten, als daß dieselbe so besucht war, daß ich nach 3 Uhr nicht einmal bis an das Eingangstor vordringen konnte." Ebenda, Nachlaß Camphausen, Abt. 1023/L 150.

Zu den wichtigsten Forderungen der Revolution gehörte die allgemeine Volksbewaffnung. "Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung einer allgemeinen Volksbewaffnung mit vom Volke gewählten Führern", lautete die dritte der sechs Volksforderungen, die auf der Arbeiterkundgebung am 3. März vor dem Kölner Rathaus vorgetragen und in den folgenden Tagen als Flugblatt verbreitet wurden.¹² Doch statt der Volksbewaffnung wurde nach dem Sieg des Volkes auf den Berliner Barrikaden am 19. März nur eine Bürgerbewaffnung angeordnet. Aus der "Bekanntmachung" geht deutlich hervor, daß die ersten provisorischen Bestimmungen den Wünschen einiger Vertreter der Berliner liberalen Bourgeoisie entsprachen. In der "Bekanntmachung" heißt es: "Seine Majestät der König haben auf den Wunsch der Einwohner Berlins die Bürgerbewaffnung zu genehmigen geruht und ist darüber von den dazu ernannten Unterzeichneten einstweilen folgende provisorische Bestimmung getroffen:

- § 1 Es wird eine Bürgerbewaffnung organisiert.
- § 2 Daran nehmen die Bürger und Schutzverwandten teil.
- § 3 Die Kosten der Bewaffnung trägt der Staat.
- § 4 Die Schützengilde wird auf der Stelle einberufen und außerdem eine angemessene Zahl von Bürgern sogleich armiert.
- § 5 Alle näheren gesetzlichen Bestimmungen dieser Organisation werden so schnell als möglich in den nächsten Tagen erfolgen.

Berlin, den 19. März 1848

gez. v. Minutoli, Hollbein, Glaue, Haack, Woeniger, Devaranne, Krug.¹³ Die Bourgeoisie sah die Möglichkeit, ihre Stellung gegenüber der revolutionären Volksbewegung zu festigen und bemühte sich sofort, Bürgerwehrkompanien aufzustellen. "Die Bewaffnung der Bürger wird mit Eifer und in großer Ausdehnung betrieben, gebe Gott, daß sie vollendet sei, bevor die Masse das Gelüste ergreift, sich ebenfalls Waffen auszubitten", berichtete Otto Camphausen am 20. März in einem Brief an Claessen, einem liberalen Freund in Köln.¹⁴

Die liberale Bourgeoisie zeigte auch in Köln großen Eifer, eine Bürgerwehr unter ihrer Führung zu organisieren. Doch die Demokraten bemühten sich ebenfalls, in der Bürgerwehr Einfluß zu gewinnen. Die in der Stadt schon lange ansässigen Handwerker und Arbeiter waren nach dem Gesetz Bürger und daher berechtigt, in die Bürgerwehr einzutreten. Mit tatkräftiger Hilfe von Justiz- und Regierungsbeamten gelang es der Bourgeoisie, sofort einige von ihren Vertretern geleitete Kompanien aufzustellen. Bei der Wahl des Kommandanten im April 1848 erhielt der Vertreter der Bourgeoisie, das liberale Mitglied des Kölner Stadtrats und ab 2. Mai 1848 Regierungspräsident in Köln, Heinrich von Wittgenstein, 2 010 Stimmen. Auf den Kandidaten der Demokraten, Advokat Schneider II, entfielen nur 151 Stimmen. Bei der Wahl des Stellvertreters siegte Justizrat Heinrich Joseph Stupp, der später als Abgeordneter der preußischen konstituierenden Versammlung in Berlin zur äußersten Rechten zählte.¹⁵ Die "Ordnung für die kölnische Bürgerwehr", die am 13. April 1848 vom Kommandanten von Wittgenstein erlassen wurde, betonte zwar das Recht eines jeden Kölner Bürgers,

12 Ein Exemplar des Flugblatts befindet sich im Staatsarchiv Koblenz, Abt. 403, Nr. 2550.

13 Abgedr. bei Obermann, Karl, Einheit und Freiheit, Berlin 1950, S. 282.

14 Historisches Archiv der Stadt Köln, Nachlaß Camphausen, Abt. 1023/L 1593; desgl. Hansen, Joseph, Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830 - 1850, Bd. 2: 1846 - 1850, erste Hälfte: Januar 1846 - April 1848, Bonn 1942, S. 610.

15 Vgl. Historisches Archiv der Stadt Köln, Oberbürgermeisteramt I - 9 D - 23, Bürgerwehrwahlen.

in die Bürgerwehr einzutreten, gab aber gleichzeitig dem Kommandanten und den Bürgerwehrehauptleuten der Kompanien die Möglichkeit, ein Eintrittsgesuch abzulehnen. In der "Ordnung" heißt es:

I. Zweck der Bürgerwehr.

Schutz der gesetzlichen Freiheit, Erhaltung der Eintracht und des Friedens unter allen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft, Abwehr jeder Störung der öffentlichen Ordnung.

II. Aufnahme in die Bürgerwehr.

1. Jeder großjährige, waffenfähige unbescholtene Bürger Köln's hat das Recht, in die Bürgerwehr einzutreten.
2. Auch bleibt es den Kompanien überlassen, mit Genehmigung des Kommandanten jeden Deutschen, der sich für längere Zeit in Köln aufhält, in die Bürgerwehr aufzunehmen.
3. Über die Unbescholtenheit entscheidet die Kompanie.
4. Der Aufgenommene wird von dem Hauptmann auf die gegenwärtige Ordnung durch Handschlag vor der Kompanie verpflichtet.

III. Bildung der Bürgerwehr.

1. Die Bürgerwehr in Köln teilt sich nach bestimmten Stadtbezirken in einzelne Kompanien ab. Die Begrenzung dieser Bezirke geschieht durch den Kommandanten unter Zuziehung der derzeitigen Bürgerhauptleute nach Stimmenmehrheit. Die Aufnahme von Wehrmännern, welche außer dem betreffenden Bezirk wohnen, kann jedoch auf den Vorschlag des Hauptmanns der Kompanie durch den Kommandanten bewilligt werden.

2. Jede Kompanie steht unter einem Bürgerhauptmann.¹⁶

Diese "Ordnung" war das Instrument in der Hand des Kommandanten und der Bürgerhauptleute, aus der Kölner Bürgerwehr eine Einrichtung der liberalen Bourgeoisie gegen die revolutionäre Volksbewegung, gegen Demokraten und Arbeiter zu machen. Es waren vorwiegend Beamte und angesehene Kaufleute oder Fabrikanten, die Ende März und Anfang April 1848 Bürgerwehrkompanien in den Stadtbezirken organisierten. Sie ließen sich als Bürgerhauptleute von den geworbenen Offizieren und Bürgerwehrleuten bestätigen. Die Bürgerwehrkompanien führten Stammlisten, in denen Namen und Adressen der zur Kompanie gehörenden Bürgerwehrmänner verzeichnet wurden. Diese Listen sind nicht alle gleichzeitig und nicht nach einheitlichen Richtlinien angefertigt worden. Einige Listen aus den Monaten März bis Juni 1848 enthalten vollständige Angaben über den Beruf der Bürgerwehrmänner, gewähren also einen hinreichenden Einblick in die soziale Zusammensetzung der Bürgerwehr.

Eine der ersten Bürgerwehrformationen war die Kompanie Eintracht, die spätere 16. Kompanie. Sie wurde am 22. März 1848 von dem Mitglied des Kölner Stadtrats, dem kleinbürgerlichen Demokraten und Advokaten Dr. G. A. Böcker gemeinsam mit dem Mitglied des Bundes der Kommunisten, dem Arzt und Stadratsmitglied Dr. Karl D' Ester aufgestellt. D' Ester war am 21. März abends aus Berlin mit anderen Mitgliedern der Delegation des Kölner Stadtrates zurückgekehrt. Die vom 22. März datierte erste Stammliste der Kompanie nennt Böcker als Hauptmann und D' Ester als Offizier, dann folgen die Namen und Adressen von 84 Bürgerwehrleuten, jedoch ohne Berufsangaben. Unter ihnen befindet sich das Mitglied der Kölner Gemeinde des Bundes der Kommunisten, August Willich, mit dem Vermerk: ein Gewehr. Dieser Vermerk, der nur hinter wenigen Namen zu finden ist, be-

16 Ebenda, I - 9 D - 24, Korrespondenz der Behörden.

sagt, daß dieser Kompanie nicht sofort die notwendigen Waffen ausgehändigt wurden.¹⁷ In dieser Kompanie, der Bewohner eines kleinen Bezirks der Altstadt angehörten, versahen im Sommer 1848 auch drei Redakteure der "Neuen Rheinischen Zeitung" ihren Bürgerwehrdienst, und zwar Friedrich Engels, Ernst Dronke und Georg Weerth. Das geht aus einem Rapport vom 1. September 1848 hervor.¹⁸

Die liberalen Bürgerhauptleute waren bei der Aufstellung ihrer Kompanien bestrebt, politisch aktive Arbeiter und Demokraten fernzuhalten. Der Kölner Arbeiterverein führte von seiner Gründung am 13. April 1848 an einen ständigen Kampf gegen die Diskriminierung seiner Mitglieder durch Hauptleute und Offiziere der Bürgerwehr. Die Gründungsversammlung des Arbeitervereins am 13. April war durch zwei Bürgerwehroleute, die sich mit Gewalt Eingang verschafft hatten, gestört worden. Der schriftlichen Beschwerde des Arbeitervereins vom 14. April, die die Ausstoßung der namentlich genannten Unruhestifter aus der Bürgerwehr verlangte, schlossen sich 16 Bürgerwehroleute an. Als eine Deputation des Arbeitervereins am 15. April beim Kommandanten im Hauptquartier der Bürgergarde im Rathaus vorstellig wurde, erhielt sie zur Antwort, "daß die Ausschließung aus der Bürgergarde nach den vorläufigen Reglements nur Sache der einzelnen Kompanien sei".¹⁹ Eine Antwort der betreffenden Bürgerhauptleute liegt nicht vor. Aber es ist ein Memorandum des Arbeitervereins vom 10. Juni 1848 vorhanden, in dem zahlreiche Fälle von Ablehnungen bürgerwehreberechtigter Arbeiter durch Bürgerhauptleute aufgeführt wurden. Dieses Memorandum kennzeichnet sehr treffend das Verhalten der Bourgeoisie gegenüber den Arbeitern. Hier heißt es: "Es haben sich in der letzten Zeit viele Leute bei verschiedenen Kompanien der Bürgerwehr zur Einzeichnung in die Reihen der Garde und zur Abnahme der Gewehre gemeldet. Sie wurden aber unter allerlei Vorwänden zurückgewiesen. Bis jetzt sind uns folgende hierhergehörigen Tatsachen zugekommen:

Constantin Schmitz, Theodor Schmitz, Andreas Bubsal, Joseph Litz und Wilhelm Marx meldeten sich bei der elften Kompanie. Der Hauptmann der Kompanie zuckte die Achseln und wies sie ab, als er hörte, daß sie einfache Zuckerarbeiter und Mitglieder des Arbeitervereins seien.

Johann Hilgers, Peter und Andreas Weiler, Johann Cremer wollten in die erste Kompanie eintreten, wurden nach drei Tagen wiederbestellt, und erhielten dann den Bescheid, es seien keine Waffen mehr disponibel.

Mathias Kurth wollte man bei der 18. Kompanie keine Waffe verabfolgen lassen, weil er keine genügende Bürgschaft stellen könne; verflossenen Dienstag, den 6. ds. M. meldete er sich mit Theodor Giesen abermals, wurde aber wieder abgewiesen.

Jacob Wirtz ~~meldete~~ sich vor etwa 4 Wochen bei der 19. Kompanie, wurde aber vertröstet, bis die topographische Einteilung der Stadt in Distrikte erfolgt sei.

Johann Schmitz beantragte bei der 18. Kompanie vorgestern am 7. ds. M. seine Einzeichnung. Man bemerkte ihm, er möge in künftiger Woche noch einmal kommen, und wieder anfragen.

17 Ebenda, I - 9 D - 13, Stammlisten etc. der Bürgerwehr 1848. - In einer Stammliste der Kompanie vom 23. April 1848 sind 137 Namen, jedoch ohne Berufsangaben genannt. Hauptmann: Dr. Böckert, I. Zug: Zugführer: Dr. D'Ester. In der Liste vom 1. Juli 1848 ist der Name von D'Ester nicht mehr zu finden, da er als Abgeordneter der preussischen konstituierenden Versammlung in Berlin weilte.

18 Vgl. ebenda, I - 9 D - 25 Rapporte.

19 Ebenda, I - 9 D - 19, Bürgergarde der Stadt Köln, Rapport-Buch des Hauptquartiers im Rathaus. - Die Eintragungen in diesem Rapport-Buch gehen nur bis zum 13. Mai 1848.

Franz Nobis legte man in der 1. Kompanie auf sein Verlangen, eingezeichnet zu werden, zuerst die Statuten der Bürgerwehr vor, und als er sich mit denselben einverstanden erklärte, wurde er vertröstet, er möge über 4 - 6 Wochen sich noch einmal melden, wo er dann wahrscheinlich eine Waffe erhalten werde.

Georg Emans und Paul Schlei meldeten sich gleich bei der Bildung der Bürgerwehr bei der 18. Kompanie, wurden aber mit dem Bemerkten abgewiesen, es müßte erst der siebente Zug der Kompanie komplett sein, man würde sie später benachrichtigen; - dies ist bis jetzt nicht geschehen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß noch eine Menge ähnlicher Fälle, wie die oben angeführten, könnten angegeben werden, wenn man sich die Mühe geben wollte, sie alle aufzuzeichnen. Wir verlangen aber eine Erklärung dieserhalb von Einer löblichen Kommandantur der Bürgerwehr. ²⁰

In einem Begleitbrief, ebenfalls vom 10. Juni 1848 und von F. Anneke und Jean J. Jansen unterzeichnet, heißt es: "Wir Unterzeichneten sind von einer großen Zahl Arbeiter aufgefordert worden, die Abstellungen der Willkürlichkeiten, wie dieselben oben näher bezeichnet sind, zu beantragen." ²¹

Die Kommandantur und die Bürgerhauptleute beantworteten dieses Schreiben damit, daß sie am 31. Juli 1848 den Zigarrenarbeiter P. G. Röser wegen seiner Artikel in Nr. 10, 12 und 15 der Zeitung des Arbeiter-Vereins aus der 7. Kompanie ausschlossen. ²²

Die 9. Kompanie der Kölner Bürgerwehr, die, wie die bereits genannte 16. Kompanie, einen führenden kleinbürgerlichen Demokraten, nämlich Karl Wachter zum Hauptmann hatte, wurde Ende Juni 1848 von den Liberalen gesprengt, nachdem der Hauptmann und etwa 20 Bürgerwehrmänner seiner Kompanie am 23. und am 26. Juni mit einem roten Bändchen im Knopfloch zum Zeichen ihrer Sympathie für die Republik erschienen waren. Am 27. Juni unterzeichneten 96 Bürgerwehrmänner dieser Kompanie ein Schreiben an den Kommandanten. Hier legten sie dar: "Die Bedeutung dieses Zeichens kann nicht zweifelhaft sein, wo in Paris die Partei der Anarchie die 'rote Fahne der roten Republik' aufgesteckt hat, wo in der am vorigen Sonntag auf dem Gürzenich gehaltenen Volksversammlung die baldige Proklamierung der Republik in Aussicht gestellt, das Tragen eines roten Bandes als deren Symbol ... empfohlen wurde." ²³ Anschließend gaben sie zu Protokoll: "Sie können einen solchen Hauptmann als den Ihrigen nicht anerkennen und vereinigen sich zu der Erklärung: daß sie die neunte Kompanie verlassen und eine neue Kompanie bilden wollen." ²⁴

Unter den in der 9. Kompanie Verbliebenen befanden sich viele Mitglieder des Arbeitervereins und der demokratischen Gesellschaft, unter anderem Karl Schapper und Hermann Becker. Sie galt als die "rote Kompanie". ²⁵ Die Ausgeschiedenen bildeten die 20. Kompanie unter dem Advokat-Anwalt Zimmermann als Hauptmann. Bei den Bürgerwehrwahlen am 1. Juli 1848 war diese 20. Kompanie bereits vertreten. Die Organisation der Kölner Bürgerwehr bestand nun aus 5 Bannerbezirken mit je 4 Kompaniebezirken, das heißt insgesamt 20 Kompanien. Dazu kamen 4 Wallkompanien, 1 Kavallerieabteilung, 1 Artillerieabteilung

20 Ebenda, I - 9 D - 30, Köln, Bürgerwehr, Diverse 1848.

21 Ebenda.

22 Ebenda, I - 9 D - 28, Schriftstücke betr. Ausschließung von Personen aus der Kölner Bürgergarde.

23 Ebenda.

24 Ebenda.

25 Vgl. Becker, Gerhard, Karl Marx und Friedrich Engels in Köln 1848 - 1849. Zur Geschichte des Kölner Arbeitervereins, Berlin 1963, S. 138.

und 1 Schützenabteilung. Mit den Kompaniebezirken wurde es nicht sehr genau genommen. Sie entsprachen auch keineswegs den städtischen Verwaltungsbezirken. Nach der Bürgerwehrrordnung legten die Bürgerwehrrhauptleute die Begrenzung ihrer Kompaniebezirke im Einvernehmen mit dem Kommandanten fest. Die Kompanien teilten die Straßen eines städtischen Verwaltungsbezirkes nach eigenem Gutdünken unter sich auf, wobei sie sich nicht an die Bezirksgrenzen hielten. Einzelne Straßen der Altstadt gehörten zum Bereich von zwei Kompanien. Die Bürgerwehrrhauptleute machten in weitgehendem Maße von ihrem Recht Gebrauch, die Wehrrmänner ihrer Wahl in die Kompanie aufzunehmen, auch wenn sie in einem anderen Bezirk wohnten. Obwohl von Wittgenstein seit Mai Regierungspräsident in Köln war, bestätigte ihn die Wahl am 1. Juli in seiner Funktion als Kommandant der Kölner Bürgerwehr. An Stelle des stellvertretenden Kommandanten Stupp, der inzwischen als Abgeordneter in Berlin weilte, wurde der gemäßigte Demokrat und Zigarrenfabrikant Franz Raveaux, Leiter der Kavallerieabteilung, gewählt.²⁶

Bei fünf Kompanien, der erwähnten 20. Kompanie, ferner der 19., 11., 4. und 3. Kompanie, gestatten die Berufsangaben in den bereits oben erwähnten Stammlisten eine genaue Analyse der sozialen Struktur. Diese Kompanien erfaßten zudem die wichtigsten Straßen des Stadtzentrums, also der eigentlichen Altstadt mit ihrem alten Handwerker- und Geschäftsviertel sowie dem Regierungs- und Gerichtsviertel. Die Bürgerwehrrkompanien setzten sich dementsprechend aus allen Klassen der Einwohner zusammen, die das Kölner Bürgerrecht besaßen, aus Vertretern der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums sowie der Arbeiterklasse. Als Vertreter der Bourgeoisie sind vor allem die Fabrikanten und Kaufleute zu betrachten. Die Berufsbezeichnung Kaufmann besagte damals, daß der Betreffende Inhaber eines selbständigen Handelsunternehmens oder einer Fabrik war und zur Steuerklasse A der Kaufleute mit kaufmännischen Rechten gehörte. Zur Bourgeoisie sind aber auch die Regierungsbeamten und die Vertreter der Justiz, die Advokaten, Justizräte, Gerichtsräte, Gerichtsvollzieher, Assessoren und Referendare, zu zählen. Doch auch die unteren Beamten, wie zum Beispiel die Kanzleivorsteher, die Steuersekretäre, Steuerassistenten und die Gerichtsschreiber müssen zur Bourgeoisie gerechnet werden, da sie sich in den meisten Fällen selbst dieser Klasse zugehörig oder wenigstens verpflichtet fühlten. Partikuliers gehören als vermögende Privatleute selbstverständlich ebenfalls zur Bourgeoisie, desgleichen die Rentner, die von einer Pension oder von ihrem Kapital leben. Auch diejenigen Bürgerwehrrmänner, die keinen Beruf angegeben haben, gehören wahrscheinlich vorwiegend zur besitzenden Klasse.

Zum Kleinbürgertum sind vor allem alle Händler zu zählen, die Spezerei-, Möbel-, Leder- und Holzhändler, Handelsleute aller Art, Buchhändler, aber auch die Makler und Maklergehilfen. Ferner müssen hier die Angestellten berücksichtigt werden: Das sind zunächst die kaufmännischen und städtischen Angestellten, die sogenannten Commis oder Handlungsdienner, die Buchhalter, die Privatsekretäre und Schreiber, aber auch die Marktaufseher, Waagemeister, Hafenverwalter und die Magazin-Kornmeister. Die technischen Angestellten, Architekten, Baumeister, Techniker, Ingenieure, Chemiker, verdienen besonders aufgeführt zu werden. Hier sind aber auch die Eisenbahnangestellten einzuordnen. Auf kleinbürgerlichem Niveau lebten auch die meisten Fuhrmänner, Kutscher und kleinen Fuhrunternehmer, desgleichen die Gastwirte, Restaurateure und die im Gastwirtsgerwerbe tätigen Musiker. Eine besondere Gruppe des Kleinbürgertums bilden die Handwerksmeister, die Maurer-, Tischler-, Dachdecker-, Schneider-, Schuhmacher-, Mühlen-, Bäckermeister usw. Auch die wenigen in der Stadt ansässigen "Ackerer" oder Bauern sind als Kleinbesitzer zum Kleinbürgertum zu zählen. Zur Masse des Kleinbürgertums muß aber schließlich auch noch die

²⁶ Historisches Archiv der Stadt Köln, Oberbürgermeisteramt, I - 9 D - 19a, Bürgerwehr der Stadt Köln, Ergebnis der Wahlen.

Intelligenz gerechnet werden, die Angehörigen der medizinischen Berufe, wie Ärzte und Apotheker, ferner die Lehrer, Oberlehrer, Musiklehrer und Schuldirektoren, schließlich Theologen und Studenten.

Bei den Arbeitern sind zunächst die Handwerker und Fabrikarbeiter zu nennen. Alle wichtigen Berufe sind zu finden: baugewerbliche Berufe wie Maurer, Stukkateure, Zimmerleute, Dachdecker, Tischler, Anstreicher, Treppenbauer und Glaser; holzverarbeitende Berufe wie Schreiner, Drechsler, Stellmacher, Korbmacher, Bürstenmacher und Faßbinder; metallverarbeitende Berufe wie Schlosser, Kupfer-, Nagel-, Waffen- und Hufschmiede, Pumpenmacher, Kupferschläger, Maschinenarbeiter, Mechaniker, Klempner; das Textil- und Bekleidungs-gewerbe stellte Seidenweber, Färber, Gerber, Schneider, Schuhmacher, Handschuhmacher, Posamentierer, Friseur; das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe stellte Bäcker, Fleischer bzw. Metzger, Bierbrauer, Branntweimbrenner, dazu sind aber auch die Gärtner zu rechnen; zu den sogenannten mechanischen Künstlern zählten Uhrmacher, Goldarbeiter, Galanteriearbeiter, Instrumentenmacher, Klaviermacher, Optiker, Bildhauer, Vergolder; aus dem Druckereigewerbe kamen Lithographen, Steindrucker und Buchbinder. Die Tagelöhner, die Knechte, die sogenannten Handarbeiter, das heißt die Zuckerarbeiter, die Tabakarbeiter, die Schiffzieher und Rhein- bzw. Hafendarbeiter verdienen besonders aufgeführt zu werden. Sie vertreten die Masse des Proletariats.

Es ist durchaus berechtigt, von der Berufsangabe auf die soziale Lage des betreffenden Mannes zu schließen. Der Überblick "Über die Zahl der Urwähler im Preussischen Staate und deren Verteilung nach Geschäften und Erwerbszweigen"²⁷, den das statistische Büro in Berlin 1849 veröffentlichte, legt der Klassifizierung der Urwähler ebenfalls die Berufsangaben zugrunde. Die erläuternden Bemerkungen zur Begründung der Klassifizierung bieten konkrete Hinweise auf die soziale Notlage, die in verschiedenen Berufen und Erwerbszweigen herrschte. Diese Hinweise besitzen allgemeine Gültigkeit. Zudem war der Personenkreis der männlichen Bürger über 24 Jahre, der als wahlberechtigt galt und die Berechtigung zum Bürgerwehrdienst hatte, vollkommen identisch. Auch das statistische Büro nimmt eine Einteilung nach Klassen vor, doch heißt es bei der Bourgeoisie noch "wohlhabende" und "gebildete Stände", zu denen auch die medizinischen Berufe, die Geistlichen und die Lehrer mit Ausschluß der Elementarlehrer gerechnet werden. Sie gelten als Angehörige der "gebildeten Stände", doch gehören sie ihrer sozialen Lage nach bis auf einige Ausnahmen mehr zum Kleinbürgertum. Neben Rittergutsbesitzern, Offizieren, Beamten im Justiz- und im Staatsdienst sowie Rentiers haben Fabrikanten und Kaufleute den größten Anteil an diesem Personenkreis der "Wohlhabenden" und "Gebildeten" bzw. der Bourgeoisie. 2,67 Prozent der Urwähler waren nach diesem Überblick Fabrikanten und Kaufleute. Der gesamte Personenkreis der "Wohlhabenden" und "Gebildeten" stellte 5,30 Prozent der Urwähler. Allerdings rechnete das statistische Büro zu den Kaufleuten auch die "Kaufleute mit offenen Läden", das heißt also die Spezereiwaren- und andere Händler. Dazu wird jedoch einschränkend bemerkt: "Von den Kaufleuten mit offenen Läden möchten doch allerdings viele sein, die mit Notkämpfen". Mithin können sie nur zum Kleinbürgertum gerechnet werden, so daß in Wirklichkeit der Anteil der sogenannten wohlhabenden Fabrikanten und Kaufleute auf knapp 2 Prozent herabsinkt.

Unter "Mittlerer Stand", das heißt also als Kleinbürgertum werden aufgeführt: "1. Elementar-Lehrer, 2. Handwerks- und Webermeister, Mühlenbesitzer, Krämer, Schiffer, Fuhrherren, Gastwirte und Schankbesitzer, 3. Landbesitzer von 50 - 250 Morgen." Dazu wird bemerkt, daß nur "Meister oder für eigene Rechnung arbeitende Personen" noch als zum "mittleren Stand" gehörig gelten können. In bezug auf Weber und Webermeister heißt es:

27 Die folgenden Angaben und Zitate siehe Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 2. Jg, 1849, S. 17 f.

"Viele der Weber im ganzen Staate möchten in ihren Existenzmitteln wohl nur dem Tagelöhner und der gewöhnlichen Arbeiterklasse gleichzustellen sein." Auch bei den "Krämern mit kurzen Waren" wird eingeschränkt, daß viele "zu der eigentlichen Arbeiterklasse" gerechnet werden müßten. Von den Musikanten in den Gastwirtschaften heißt es ebenfalls, daß sie "offenbar ... in die Klasse der gewöhnlicheren Arbeiter gehören." Der Anteil der zum Kleinbürgertum gehörenden Handwerksmeister, der Krämer, Fuhrherren und Gastwirte an der Gesamtzahl der Urwähler betrug nach diesem Überblick 18,04 Prozent. Im Hinblick auf die Kölner städtischen Verhältnisse ist es zu vertreten, alle Ärzte und Lehrer sowie die Kaufleute mit offenen Läden, das heißt die Händler jeder Art, und die Musiker im Gastwirts-gewerbe zum Kleinbürgertum zu rechnen.

Unter "Arbeiterklasse und ganz kleiner Besitz" fielen nach diesem Überblick des statistischen Büros 68,92 Prozent der preußischen Urwähler. Davon stellte allein die Schicht der ärmsten Arbeiter, der Tagelöhner und Handarbeiter 23,84 Prozent, auf das männliche Ge-sinde entfielen 10,92 Prozent, auf die Fabrikarbeiter 7,74 Prozent und auf die Handwerks-gesellen 5,67 Prozent.

Wenn auch aus den Berufsangaben Bäcker, Fleischer, Bierbrauer, Schuhmacher, Buchdruck-ker, Lithograph usw. nicht immer hervorgeht, ob es sich um einen selbständigen Gewerbe-treibenden oder um einen Gesellen bzw. Lohnempfänger handelt, ist es bei der geringen Zahl der Handwerker, die 1848 in Köln Gewerbesteuer zahlten, durchaus berechtigt, nur diejeni-gen zum Kleinbürgertum zu rechnen, die sich ausdrücklich selbst als Meister bezeichnen und alle übrigen der Arbeiterklasse zuzuordnen. Dazu veranlassen auch die Bemerkungen über die Lage des Handwerks, die in dem Jahres-Bericht 1847 der Kölner Handelskammer, veröffentlicht am 15. Januar 1848, enthalten sind. In bezug auf Tischler, Schuhmacher und Schneider heißt es hier: "In dem Tischlergewerbe wird fortwährend über Mangel an Arbeit für die vorhandene Zahl von Meistern und Gesellen geklagt, und manche Meister sollen als Gesellen arbeiten, ohne daß jedoch der Lohn der letzteren niedriger wäre als seit einigen Jahren. Dieselben Klagen über Überfüllung erheben die Schuhmacher und Schneider, in wel-chen Gewerben aber auch die Arbeitslöhne seit einigen Jahren merklich gefallen sind."²⁸ Am 10. Mai 1845 brachte das "Gemeinnützige Wochenblatt des Gewerb-Vereins zu Köln" ei-ne Notiz, derzufolge von 3 222 Kölner Handwerksmeistern 2 207 nicht in der Lage waren, Gewerbesteuer zu zahlen. Keiner der Kölner Seiden-, Leinen-, Strumpf-, Woll-, Samt- oder Kattunweber sowie der Knopfmacher zahlte Gewerbesteuer.²⁹ In den Krisenjahren 1846 bis 1848 hatte sich die Lage aber keineswegs verbessert, sondern für das Handwerk weiter verschlechtert.

Die zahlenmäßige Stärke und die soziale Zusammensetzung der Bürgerwehrkompanien weist Unterschiede auf, vor allem im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Angehörigen der Arbei-terklasse und der Bourgeoisie. Das geht deutlich aus der Tabelle (Seite 152/153) hervor.

28 Historisches Archiv der Stadt Köln: Jahres-Bericht 1847, Köln, den 15. Januar 1848, hg. v. d. Königlichen Handelskammer, S. 6.

29 Vgl. Gemeinnütziges Wochenblatt des Gewerb-Vereins zu Köln, Nr. 19, v. 10. 5. 1845, S. 76.

Die Tabelle zeigt bemerkenswerte Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung der verschiedenen Kompanien, vor allen Dingen im Verhältnis zwischen den Angehörigen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Aber die Arbeiterklasse war noch sehr zersplittert. Die Angehörigen der verschiedenen Berufe hatten noch wenig miteinander gemein. Bei den Handwerkern waren die alten Zunftideen noch nicht völlig überwunden, und es bestanden starke kleinbürgerliche Neigungen. Die große Zersplitterung in den Reihen der Arbeiter ermöglichte es den geschlossen auftretenden Angehörigen der Bourgeoisie, den Kaufleuten, Fabrikanten und Beamten, sich die Führung der Kompanien zu sichern. Dabei fanden sie auch die Unterstützung der Kleinbürger, deren Anteil zwischen 15 und 30 Prozent schwankte. Beamte und Kaufleute stellten die Offiziere der Kompanien. Sie nutzten ihre führende Stellung aus, um zu verhindern, daß Mitglieder des Kölner Arbeitervereins, namentlich proletarische Elemente, wie Zuckerarbeiter, zugelassen wurden. Der Hauptmann der 20. Kompanie war, wie bereits erwähnt, Advokat-Anwalt, der Kompaniechef der 4. Kompanie war ein Justizrat, der der 3. Kompanie ein Kaufmann.

Aus der Tabelle geht aber auch hervor, daß die Kompanien nur einen geringen Prozentsatz der Bürger der Stadt erfassen, die gesetzlich berechtigt waren, Dienst in der Bürgerwehr zu leisten. Die Bürgerwehr repräsentierte also durchaus nicht das gesamte städtische Bürgertum. Weder das Kleinbürgertum noch die Arbeiter stellten den Anteil an Bürgerwehrmännern, der ihrem Bevölkerungsanteil entsprach. Dagegen stellte die Bourgeoisie einen höheren Prozentsatz, als ihr auf Grund ihres Bevölkerungsanteils zukam. Die Bourgeoisie war nicht daran interessiert, alle oder auch nur den größten Teil der Bürgerwehreberechtigten in den Kompanien zu erfassen. Eine Einbeziehung aller Berechtigten, namentlich aller Arbeiter, die das Bürgerrecht besaßen, hätte zur Volksbewaffnung führen können. Das wollte die Bourgeoisie unter allen Umständen verhindern. Ihre Bemühungen galten einer unter ihrer Führung stehenden ausgewählten Bürgerwehrtruppe, die sie, entsprechend der "Ordnung für die kölnische Bürgerwehr" vom 13. April 1848, als ein Instrument zur "Abwehr jeder Störung der öffentlichen Ordnung", das heißt gegen die Volksrevolution, gegen alle Bestrebungen der Arbeiter und Demokraten, die Revolution bis zur demokratischen Umwälzung weiterzuführen, benutzen konnte. Die wenigen aktiven Demokraten und die Mitglieder des Arbeitervereins in der Bürgerwehr, vor allem in der 9. und der 16. Kompanie, konnten trotz aller Anstrengungen ein entschiedenes Vorgehen der Bürgerwehrkompanien gegen die immer stärker hervortretende feudale und militaristische Konterrevolution nicht durchsetzen. Aus Angst vor den Volksmassen verzichtete die bürgerliche Führung darauf, die Bürgerwehr zur Verteidigung der Märzerrungenschaften gegen die Konterrevolution einzusetzen.

In welchem Ausmaß sich die Hauptleute der Kompanien auf eine Auswahl der bürgerwehreberechtigten Einwohner beschränkten, zeigt eindeutig eine Analyse der sozialen Struktur des VI. Stadtbezirks, eines der bedeutendsten Stadtteile Kölns.³⁰ Die 3. und 4. Kompanie, die zu den stärksten Formationen der Kölner Bürgerwehr gehörten, stützten sich auf diesen Stadtbezirk. Auch die 19. Kompanie erfaßte Bürgerwehrmänner aus einigen Straßen dieses Bezirks. Aber die Kompaniechefs hatten außerdem nicht darauf verzichtet, von dem in der Bürgerwehr-Ordnung verankerten Recht Gebrauch zu machen, Bürger benachbarter Bezirke, namentlich der an den VI. Bezirk grenzenden vornehmen Geschäftsstraßen, aufzunehmen. Der VI. Stadtbezirk, der 57 Straßen zählte, war das eigentliche traditionelle volkreiche Handwerkerviertel der Altstadt, Straßennamen wie Blaubach, Rothgerberbach, Weißgerbergasse, Weißbüttengasse, Große Spitzengasse, Kleine Spitzengasse, Weidenbach, Kämmergasse erinnern daran, daß hier alte Handwerkerzünfte lebten und wirkten. Der Bezirk war ein überaus lebendiges und beliebtes Zentrum industrieller und gewerblicher Tätigkeit geblieben, in dem sich

30 Historisches Archiv der Stadt Köln, Oberbürgermeisteramt, I - 9 D - 13, Bürgerwehrliste des VI. Bezirks v. 10. 1. 1849.

Tabelle 2

Soziale Zusammensetzung von fünf Bürgerwehrkompanien⁺

	3. Kom- panie	Anteil in %	4. Kom- panie	Anteil in %	11. Kom- panie	Anteil in %	19. Kom- panie	Anteil in %	20. Kom- panie	Anteil in %
I. Bourgeoisie:										
Regierungs- u. Justizbeamte	6	2,15	9	4,30	10	4,85	18	9,15	30	19,70
Kaufleute u. Fa- brikanten	129	46,40	20	9,50	25	12,15	27	13,70	36	23,70
Privatiers u. Rentner	4	1,45	3	1,45	1	0,50	14	7,10	10	6,60
Gutsbesitzer Leutnant a. D.	1	0,35					1	0,50	1	0,65
ohne Berufsange- gabe					6	2,90			6	3,95
zusammen:	140	50,35	32	15,25	42	20,40	60	30,45	83	54,60

⁺ Historisches Archiv der Stadt Köln, Oberbürgermeisteramt, I - 9 D - 13, Stammliste der 3. Kompanie v. 13. 5. 1848; Stammliste der 4. Kompanie v. 25. 3. 1848; Stammliste der 11. Kompanie v. 28. 4. 1848; Stammliste der 19. Kompanie v. 12. 5. 1848; Stammliste der 20. Kompanie v. 12. 7. 1848.

	3. Kom- panie	Anteil in %	4. Kom- panie	Anteil in %	11. Kom- panie	Anteil in %	19. Kom- panie	Anteil in %	20. Kom- panie	Anteil in %
II. Kleinbürgertum:										
Händler aller Art	13	4,70	11	5,25	7	3,40	16	8,10	4	2,60
Kaufm. u. städt. Angestellte	6	2,15	11	5,25	10	4,85	7	3,55	17	11,15
technische An- gestellte	3	1,10	9	4,30	2	1,00	5	2,55	3	2
Handwerksmeister	3	1,10	6	2,85	3	1,50	11	5,60	8	5,25
Fuhrmänner, Fuhr- unternehmer			2	0,95	2	1,00	2	1,00		
Gastwirtsgewerbe	3	1,10	4	1,90	5	2,40	5	2,50	3	2,00
Ackerer, Bauern	1	0,35			2	1,00				
Medizin, Berufe	4	1,45	2	0,95			1	0,50	5	3,30
Lehrer aller Art	7	2,50	5	2,35			4	2,00	3	2
Sonstige:	1 ⁺⁺	0,35					1 ⁺	0,50		
zusammen:	41	14,75	50	23,80	31	15,10	52	26,30	43	28,30
III. Arbeiter:										
Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter	96	34,50	117	55,70	114	55,30	82	41,60	25	16,45
Tagelöhner, Knech- te und Handarbeiter	1	0,35	11	5,25	19	9,20	3	1,55	1	0,65
zusammen:	97	34,85	128	60,95	133	64,50	85	43,15	26	17,10
Summe:	278	100	210	100	206	100	197	100	152	100

+ Theologe.

++ Student.

auch zahlreiche Händler und Kaufleute angesiedelt hatten. Die vom Polizeikommissariat des VI. Bezirkes Ende 1848 aufgestellte Liste der über 24 Jahre alten männlichen zum Dienst in der Bürgerwehr berechtigten Bürger enthält 3 150 Namen mit Adresse und Angabe des Berufes. Die Bevölkerungsstruktur des VI. Kölner Bezirks kann als durchaus typisch für einen Großstadtbezirk im Jahre 1848 angesehen werden. Hier waren die Arbeiter in einer bedeutenden Zahl vertreten. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß es sich hier nur um die seit längerer Zeit ansässigen Bürger handelt und sicherlich im Bezirk noch zahlreiche zugewanderte Arbeiter wohnten, die das städtische Bürgerrecht noch nicht erlangt hatten. Seit der Gewerbezahlung von 1846 beschäftigte sich die Statistik in zunehmendem Maße mit der zahlenmäßigen Stärke und Bedeutung der Arbeiterklasse. Im ersten Jahrgang der "Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin" wird durch einen Artikel "Statistische Übersicht der im Preußischen Staate überhaupt und insbesondere in Berlin zu den sogenannten Arbeiterklassen gerechneten Personen" unterstrichen, daß die "Arbeiterfrage" große Beachtung verdient, "da deren Lösung und Ordnung innig mit Handel und Verkehr in Verbindung steht." In den einleitenden Bemerkungen wird zugegeben, die Arbeiterklasse habe einen "wesentlichen Anteil an den Errungenschaften des 18. März", überhaupt übe sie "einen so wesentlichen Einfluß auf Ruhe, Ordnung und geregelten Verkehr aus", daß die Frage berechtigt sei, "wie groß denn diese Klasse der Staatsangehörigen sei, und in welchem Verhältnis solche zu der Zahl der Einwohner überhaupt stehe".³¹ Dazu bieten die Ende 1846 amtlich aufgenommenen Gewebetabellen reichlich Material. Der nachfolgenden Tabelle zur Bevölkerungsstruktur des VI. Stadtbezirks liegt ebenfalls die Berufsklassifizierung der Gewebetabellen zugrunde.

Die vom Polizeikommissariat des VI. Kölner Verwaltungsbezirks angefertigte Liste enthält noch einige zusätzliche Bemerkungen zur Lage einiger Personen. Diesen Bemerkungen ist zu entnehmen, daß die fehlende Berufsangabe nicht immer, wie bei den Kompaniestammlisten auf eine wohlhabende Person hindeutet, sondern auf einen alten und kranken Menschen. In einigen Fällen wird auf das Alter besonders hingewiesen, zum Beispiel 66 Jahre alt, 79 Jahre alt usw. In einem anderen Falle heißt es: "48 Jahre alt, ist fortwährend krank und unfähig." Unter den Personen ohne Berufsangabe befinden sich wahrscheinlich auch einige asoziale Elemente. So wird zum Beispiel bei einem 25jährigen Mann ohne Beruf vermerkt: "Wegen Diebstahl die Nationalkokarde verloren." Diese Bemerkung ist aber im übrigen noch achtmal in der Bürgerwehrliste zu finden, und zwar dreimal bei einem Tagelöhner, zweimal bei einem Schreiner, einmal bei einem Zimmermann, einmal bei einem Schuster und einmal bei einem Kutscher. Diese acht Arbeiter haben wahrscheinlich aus Not gestohlen und können keineswegs als Asoziale oder Kriminelle eingeschätzt werden. Auch die Bemerkung "Steht unter Polizeiaufsicht", die dreimal vorkommt, und zwar bei einem Tagelöhner, bei einem Schneider und bei einem Schuster, besagt, daß sich der Betreffende aus Not und Empörung gegen die gültigen bürgerlichen Gesetze aufgelehnt hat, die ihn zu Hunger und Elend verurteilten. Das gleiche gilt von der Bemerkung: "Steht lebenslänglich unter Polizeiaufsicht", die viermal zu finden ist, und zwar bei zwei Tagelöhnern, einem Gerber und einem Schuster. Für die große Not, die bei den Webern, den Schneidern und bei den Zimmerleuten herrschte, spricht auch die Tatsache, daß ein Weber, zwei Zimmerleute und ein Schneider neben ihrem Hauptberuf außerdem als Nachtwächter tätig waren.

Unter den Bäckern, Fleischern, Müllern und Bierbauern dürften aber auch einige selbständige Gewerbetreibende sein, die zu der kleinen Zahl der oben genannten Handwerker gehören, die sich am Gewerbesteueraufkommen, wenn auch nur mit einem kleinen Betrag, beteiligten, also zum Kleinbürgertum gerechnet werden müßten.³²

31 Mitteilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 1. Jg. 1849, S. 68 f.

32 Historisches Archiv der Stadt Köln, Oberbürgermeisteramt, I - 9 D - 13, Bürgerwehrliste des VI. Bezirks v. 10. 1. 1849.

Tabelle 3

Bürgerwehrliste der 3 150 Berechtigten im VI. Bezirk der Stadt Köln⁺

I. Arbeiter

	Anzahl	Anteil in %
a) Tagelöhner, Handarbeiter aller Art	782	24,85
Gesinde	42	1,35
	824	26,20
b) Fabrikarbeiter, Handwerker		
1. Textilgewerbe (Weber, Färber)	107	3,40
2. Gerberei (Gerber aller Art)	85	2,70
3. Baugewerbe (Maurer, Tischler, Zimmerer usw.)	358	11,35
4. Holzverarbeitendes Gew. (Schreiner, Korbmacher usw.)	281	8,90
5. Metallverarbeitung (Mechaniker usw.)	111	3,55
6. Bekleidungsgewerbe (Schneider, Schuhmacher, Fri- seure usw.)	395	12,55
7. Nahrungsmittelgewerbe (Bäcker, Müller, Metzger, Gärtner usw.)	165	5,25
8. Genußmittelgewerbe (Bierbrauer, Küfer, Zigarren- macher)	48	1,50
9. Mechanische Künstler (Uhrmacher, Bildhauer usw.)	45	1,45
10. Druckereigewerbe (Schriftsetzer, Buchdrucker usw.)	39	1,25
11. Sonstige Berufe (Seiler, Lackierer usw.)	38	1,20
	1 672	53,10
Zusammen:	2 496	79,30

+ Historisches Archiv der Stadt Köln, Oberbürgermeisteramt I - 9 D - 13, Bürgerwehrliste des VI. Bezirks v. 10. 1. 1849.

<u>II. Kleinbürgertum</u>	Anzahl	Anteil in %
1. Händler aller Art, einschließl. 9 Trödler	113	3,60
2. Kaufmänn. u. städtische Angestellte	96	3,05
3. Technische Angestellte	16	0,50
4. Handwerksmeister	62	2,00
5. Fuhrunternehmer, Fuhrmänner	46	1,45
6. Gastwirtsgewerbe, Gastwirte, Kellner, Musiker usw.	45	1,45
7. Ackerer, Bauern	10	0,30
8. Medizinische Berufe	13	0,40
9. Lehrer aller Art	24	0,75
10. Sonstige, Student, Schuldiener, Kirchendiener	7	0,20
zusammen:	432	13,70

<u>III. Bourgeoisie</u>		
1. Regierungs- u. Justizbeamte	32	1,00
2. Kaufleute u. Fabrikanten	119	3,80
3. Rentner	9	0,30
4. Professoren	5	0,15
zusammen:	165	5,25

IV. Sonstige:

Ohne Berufsangabe	57	1,80
-------------------	----	------

Bei den Fuhrleuten, Buchdruckern, Lithographen und Buchbindern läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, ob sie Lohnempfänger sind, also zur Arbeiterklasse gehören, oder als selbständige Unternehmer zum Kleinbürgertum zählen. Jedenfalls muß angenommen werden, daß auch in diesen Berufen viele nicht über den Lebensstandard eines Arbeiters hinauskamen. Nach der Untersuchung über die Arbeiterklasse in den "Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin" entfallen auf die 24 Schriftgießereien in Preußen 244 Arbeiter und Gehilfen, also 10 auf eine Schriftgießerei, die 574 Buch- und Notendruckereien beschäftigen 3 585 Arbeiter und Gehilfen, die 424 lithographischen Anstalten beschäftigen 1 301 Arbeiter und Gehilfen, auf 3 196 Buchbindereien entfallen allerdings nur 2 758 Arbeiter und Gehilfen. Daraus ergibt sich, daß sicherlich wenigstens die Hälfte der 39 Angehörigen in diesen Berufen zur Arbeiterklasse gerechnet werden müssen.³³ Die Zahl der selbständigen Fuhrunternehmer betrug 1846 in Preußen 7 590. Sie beschäftigten 11 080 Ge-

³³ Mittheilungen des statistischen Bureaus in Berlin, 1. Jg. 1849, S. 78.

hilfen, so daß auch in diesem Falle angenommen werden muß, daß wenigstens die Hälfte der 40 Fuhrleute bzw. Kutscher zur Arbeiterklasse gehören³⁴.

Die Bürgerwehrlisten, die von den Polizeikommissariaten der Bezirke aufgestellt wurden, können im großen ganzen als zuverlässig bezeichnet werden. Die Listen lagen in den ersten Monaten 1849 auf den Rathhäusern der Bezirke zur Einsichtnahme aus. Aus dem VI. Bezirk liegt keine Beschwerde wegen versäumter Eintragung vor, wohl aber aus einem Nachbarbezirk. Das Mitglied des Kölner Arbeitervereins und Mitglied des Bundes der Kommunisten Peter Nothjung schrieb am 15. März 1849 an das Oberbürgermeisteramt: "Bei Durchlesung der Bürgerwehrliste auf hiesigem Rathause finde ich meinen Namen nicht aufgezeichnet und ersuche Sie deshalb höflichst mir gefl. mitteilen zu wollen, warum mein Name nicht vorfindlich." Daraufhin wurde ihm am 19. März 1849 mitgeteilt, daß er "in der von der Polizeibehörde angefertigten Liste der Bürgerwehrpflichtigen nachträglich eingetragen" werde.³⁵ Ein weiteres Schreiben dieser Art mit der Bitte, nachträglich die Eintragung zu veranlassen, vom 26. März 1849, trägt 9 Unterschriften. Der Schrift nach handelt es sich auch hier um Arbeiter.³⁶

Die Bürgerwehrliste (Tabelle 3) liefert vor allem den Nachweis, daß in der Bevölkerungszusammensetzung einer aufsteigenden Industrie- und Handelsstadt, wie Köln es war, die sich formierende Arbeiterklasse den entscheidenden Schwerpunkt bildet. Die Arbeiter treten als ein maßgebender Faktor in der Bevölkerungsentwicklung auf. Nicht mehr das selbständige gewerbetreibende Kleinbürgertum dominiert, sondern die Arbeiter treten zahlenmäßig an die erste Stelle. Zu den alten handwerklichen Berufen sind zahlreiche neue auf gekommen. Die Arbeiter im Baugewerbe und in der Metallverarbeitung, die Maurer, Dachdecker, Eisengießer, Maschinisten, Schmiede und Schlosser haben den Vorrang gegenüber Webern und Gerbern erlangt. Die Handwerker sind zu Lohnarbeitern geworden. Das Bild der sich formierenden Arbeiterklasse wird nicht zuletzt durch die große Zahl der sogenannten Handarbeiter bzw. Tagelöhner geprägt. Sie stellen als Zuckerarbeiter, Eisenbahnarbeiter usw. das Arbeiterreservoir für die neuen Industrie- und Handelsunternehmen. In den Bürgerwehrkompanien sind diese armen Proletarier jedoch am allerwenigsten berücksichtigt. Der Anteil der Fabrikanten und Kaufleute an der Zahl der Bürgerwehreberechtigten im VI. Kölner Stadtbezirk liegt mit 3, 80 Prozent etwas höher als in der preußischen Urwählerstatistik. Allein die 3. Kompanie zählte mehr Fabrikanten und Kaufleute als im VI. Bezirk wohnten. Sie kamen aus den angrenzenden Geschäftsstraßen.

Nach dem Bürgerwehrgesetz, das die preußische konstituierende Versammlung am 13. Oktober 1848 mit 233 gegen 110 Stimmen angenommen hatte, war jede Gemeinde verpflichtet, alle Bürgerwehrpflichtigen in einer Stammliste zu erfassen. Nach § 8 dieses Gesetzes bestand eine Berechtigung und Verpflichtung zum Bürgerwehrdienst für jeden männlichen Bürger. Hier heißt es: "Jeder Preuße nach vollendetem 24. und vor zurückgelegtem 50. Lebensjahre ist, vorbehaltlich der unverkürzten Erfüllung der Militärpflicht, zum Dienste in der Bürgerwehr derjenigen Gemeinde berechtigt und verpflichtet, in welcher er seit wenigstens einem Jahre sich aufgehalten hat."³⁷ Noch am gleichen 13. Oktober hatte der Kommandant der Berliner Bürgerwehr, Rimpler, in einem als Flugblatt verbreiteten Aufruf das Bürgerwehrgesetz gefeiert, ihm große Bedeutung für die "feste Organisation" der Bürgerwehr zubilligt und dazu erklärt: "Anerkannt durch das Gesetz und somit unantastbar hingestellt

34 Ebenda, S. 79.

35 Historisches Archiv der Stadt Köln, Oberbürgermeisteramt, I - 9 D - 19a, Bürgerwehr 1848.

36 Ebenda, I - 9 D - 31, Bürgerwehr, Gesuche.

37 Verhandlungen der Preußischen National-Versammlung zu Berlin, Stenographische Berichte, Dritte Abteilung, Breslau 1848, S. 1932 f.

wird nun das Recht und die Pflicht eines jeden mündigen Mannes, in die Bürgerwehr einzutreten, sobald er in einer Gemeinde auch nur ein Jahr seßhaft ist."³⁸ Es kennzeichnet die Haltung der liberalen Bourgeoisie, daß sie dieses von ihren Abgeordneten beschlossene Gesetz aus Angst vor der sich formierenden Arbeiterklasse nicht durchführte. Das war auch der Grund dafür, daß die Bürgerwehr im entscheidenden Augenblick versagte, das heißt nicht in der Lage war, die auch im Interesse der Bourgeoisie liegenden Märzerrungenschaften gegen die Reaktion zu verteidigen. Joseph Weydemeyer, ein enger Freund und Kampfgefährte von Marx und Engels, beurteilte bereits am 19. April 1848 die von der Bourgeoisie organisierte Bürgerwehr folgendermaßen: "Nicht zum Schutz der Freiheit, sondern zum Schutz des angeblich bedrohten Eigentums ist sie an den meisten Orten zusammengetreten, d. h. bei Licht besehen, zur Unterdrückung jeder der Bourgeoisie feindlichen Meinung. Sie verrichtet den Dienst der Polizei mit der größten Ängstlichkeit und nicht selten mit größerer Härte; sie ermüdet sich unnütz durch Wacht- und Patrouillendienst, und macht es den arbeitenden Klassen dadurch unmöglich, sich daran zu beteiligen. Auch liebt sie durchgängig selbst nur solche in ihren Reihen, welche etwas haben und schließt den wackeren Arbeiter gern aus, während sie die Anhänger des alten Regiments, Polizisten und Bürokraten, mit offenen Armen unter ihre Mitglieder aufnimmt."³⁹

Noch war die zersplitterte und uneinige Masse der Arbeiter und der proletarisierten Handwerker zu schwach, sich gegen die bürgerliche Klasse, deren Kern die Fabrikanten und Kaufleute bildeten, die sich auf die Beamten und zum Teil auch auf das Kleinbürgertum stützen konnten, durchzusetzen. Die Uneinigkeit und Zersplitterung in den Reihen der Arbeiter hemmte den Formierungsprozeß zu einer geschlossenen und bewußten Arbeiterklasse. Zu viele fühlten sich noch als Anhängsel des Kleinbürgertums. Doch die revolutionären Auseinandersetzungen 1848/49, in die auch die Bürgerwehr hineingezogen wurde, beschleunigten den Formierungsprozeß der Arbeiterklasse.

38 Flugblatt abgedr. bei Obermann, Karl, Einheit und Freiheit, a. a. O., S. 592.

39 Das Westphälische Dampfboot, Nr. 4, v. 19. 4. 1848.

DIE ANFÄNGE DES FRÜHMITTELALTERLICHEN STÄDTEWESENS IN POLEN IM LICHT DER ERZÄHLENDE QUellen⁺

von Siegfried Epperlein

1. Zum Stand der Forschung über das mittelalterliche Städtewesen in Polen und zur Aussagekraft der erzählenden Quellen
2. Die erzählenden Quellen über die im Inneren Polens gelegenen Siedlungen
 - 2.1. Kraków
 - 2.2. Gniezno
 - 2.3. Poznań
 - 2.4. Giecz
3. Zur Verwendung der Begriffe "urbs", "civitas" und "castrum" in den erzählenden Quellen
4. Die erzählenden Quellen über die an der polnischen Ostseeküste gelegenen Siedlungen
 - 4.1. Gdańsk
 - 4.2. Kołobrzeg
 - 4.3. Wollin
 - 4.4. Szczecin
 - 4.5. Wolgast und Kamień

1. Zum Stand der Forschung über das mittelalterliche Städtewesen in Polen und zur Aussagekraft der erzählenden Quellen

Seit geraumer Zeit werden in der Geschichtsforschung über das Mittelalter Fragen der Entstehung des europäischen Städtewesens in internationalem Maßstab eingehend diskutiert¹ -

+ Vortrag, gehalten im Oktober 1967 vor der Gdańskie Towarzystwo Naukowe (Gdańsker Wissenschaftlichen Gesellschaft) und im Historischen Seminar der Universität Toruń. Die Anmerkungen wurden nachgetragen.

¹ Vgl. Studien zu den Anfängen des europäischen Städtewesens, Bd. 4, Konstanz 1958 = Reichenau-Vorträge 1955/56; Francastel, Paul, Les origines des villes Polonaises, Paris 1960; für den Raum zwischen Elbe und Oder vgl. Herrmann, Joachim, Siedlung, Wirtschaft und gesellschaftliche Verhältnisse der slawischen Stämme zwischen Oder/Neiße und Elbe, Berlin 1968, S. 226 ff.

Probleme also, die auch für eine wissenschaftlich zutreffende Beurteilung der mittelalterlichen slawischen Geschichte von erheblicher Bedeutung sind. Im Zusammenhang mit der im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert von bürgerlichen Historikern vielfach unter nationalistischem Blickwinkel entwickelten These von der angeblichen Kulturlosigkeit der Slawen im Mittelalter spielte die Auffassung eine wesentliche Rolle, daß, etwa bei den Westslawen, die Entstehung von Städten nahezu allein der Siedlungsbewegung deutscher Handwerker und Kaufleute im Verlauf der feudalen deutschen Ostexpansion zu verdanken sei.

Dieser Ansicht trat schon die bürgerliche polnische Geschichtsforschung über das Mittelalter mit kritischen Argumenten entgegen. Doch erst die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in Volkspolen in umfassender Weise einsetzende historische Forschung hat dieser Auffassung den Boden entzogen, wobei wichtige Erkenntnisse vor allem auf die Arbeit der Archäologen zurückgehen. Es ergab sich, daß seit dem frühen Mittelalter die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung in ihren Grundzügen mit zeitlicher Phasenverschiebung bei einem großen Teil der Westslawen ähnlich verlief wie in Westeuropa. Hier wie in weiten Gebieten Osteuropas ermöglichte die Arbeitsteilung zwischen Ackerbau und Handwerk die Entstehung einer vielseitigen gewerblichen Tätigkeit, die eine wichtige Voraussetzung für die Entfaltung städtischen Lebens, etwa in Polen, schon vor der deutschrechtlichen Siedlungsbewegung darstellt.

Die namentlich von der polnischen Archäologie² in den letzten beiden Jahrzehnten erreichten Resultate haben dazu geführt, daß auch in der bürgerlichen Mediävistik die Frühformen städtischer Entwicklung in Polen in stärkerem Maße Aufmerksamkeit gefunden haben.³

- 2 Vgl. zuletzt Hensel, Witold, Anfänge der Städte bei den Ost- und Westslawen (im folgenden: Anfänge), dt. Ausg. Bautzen 1967, S. 9; vgl. allgemein Labuda, Gerard, Die Anfänge des polnischen Städtewesens im Hochmittelalter (im folgenden: Anfänge), in: Ergon. Kwartalnik Historii Kultury Materialnej, H. 3/1962, S. 3; ebenda, fasciculum supplemente, S. 315 f.; Gieysztor, Alexander, From "Forum" to "Civitas". Urban changes in Poland in the 12th and 13th centuries, in: La Pologne au XII^e congrès international des sciences historiques à Vienne, Warschau 1965, S. 7 f.; vgl. auch Helbig, Herbert/Simsch, Adelheid, Polnische Forschungen zur mittelalterlichen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 12, Jg. 1963, S. 211 f.
- 3 Ludat, Herbert, Frühformen des Städtewesens in Osteuropa (im folgenden: Frühformen), in: Studien zu den Anfängen des europäischen Städtewesens, a. a. O., S. 527 ff.; vgl. auch Schlesinger, Walter, Zur Frühgeschichte der europäischen Stadt, in: derselbe, Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters (im folgenden: Beiträge), Bd. 2, Göttingen 1963, S. 70 f., der kritisch vermerkt, daß Ennen, Edith, Frühgeschichte der europäischen Stadt, Bonn 1953, die Suburbien und Märkte der Slawen nicht berücksichtigt; vgl. weiter Schlesinger, Walter, Über mitteleuropäische Städtelandschaften der Frühzeit, in: Beiträge, a. a. O., S. 53 f., der dort auf die "Burgstadt" im slawischen Siedlungsbereich hinweist; vgl. auch Rezension Schlesinger, Walter zu Haase, Carl, Die Entstehung der westfälischen Städte, in: Westfälische Forschungen, Bd. 13, 2. Aufl. Münster 1960, S. 208 ff.; vgl. weiter Lewald, Ursula, in einer Besprechung von "Atlas östliches Mitteleuropa", Berlin/Hannover 1959, in: Rheinische Vierteljahresblätter, Bd. 24, Jg. 1959, bes. S. 284, die dort bemängelt, daß bei einer von Stoob, Heinz, in dem betreffenden Atlas vorgenommenen kartographischen Darstellung des Städtewesens in Polen jene Orte fehlen, die im frühen Mittelalter "die Funktion einer Stadt, Sitz von Handel und Gewerbe und Mittelpunkt kirchlicher und weltlicher Verwaltung zu sein, erfüllen, ohne ein Stadtrecht zu haben"; vgl. demgegenüber Stoob, Heinz, Zur Frage der Darstellung von Stadtentstehungsgeschichten im "Atlas östliches Mitteleuropa", in: ebenda, Bd. 25, Jg.

Im folgenden soll untersucht werden, was die erzählenden Quellen⁴ über die Anfänge städtischen Lebens in Polen zu sagen haben. Die entsprechende Fragestellung ergibt sich aus Überlegungen dreifacher Art:

Erstens gestatten innerhalb der schriftlichen Überlieferung allein die erzählenden Quellen, den eigenständigen Ursprung des mittelalterlichen Städtewesens in Polen vor der deutsch-rechtlichen Siedlungsbewegung zu betrachten. Nur die Archäologie ermöglicht es, hier noch weiter zurückzugehen.

Zweitens bieten die erzählenden Quellen ihrer Herkunft nach - sie stammen vor allem aus Skandinavien, Deutschland, Polen und Böhmen, teilweise auch aus Rußland - eine überregionale, internationale Betrachtungsweise und Untersuchungsführung an, die von vornherein die Schranken einer zu engen, einseitigen Sicht des Problems überwindet.

Drittens liegt bis heute noch keine Synthese vor, die den Gesamtbereich der erzählenden Quellen, namentlich aus dem frühen Mittelalter, ins Auge faßt, soweit sie die Anfänge des mittelalterlichen polnischen Städtewesens behandeln. Zweifellos gibt es viele wichtige und wertvolle Spezialuntersuchungen. Es sei nur an entsprechende Arbeiten von Kiersnowski⁵,

1960, S. 201; derselbe, Die Ausbreitung der abendländischen Stadt im Mittelalter, in: Zeitschrift für Ostforschung, Bd. 10, Jg. 1961, S. 49, der dort nachdrücklich für eine besondere "kartographische Erfassung der frühmittelalterlichen nichtagrarisches Siedlungen im östlichen Mitteleuropa" eintritt; vgl. auch Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Berlin 1964 = Veröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin, Abt. 4, 8. Lieferung, wo die Karte "Stadt und Stadtrecht im Mittelalter" außer der Mark Brandenburg auch polnisches Gebiet mit der Begründung erfaßt, daß "nur so wesentliche Entwicklungszüge wie das Vordringen des Städtewesens nach Osten im Verlauf der deutschen Siedlungsbewegung" deutlich werden, wobei jedoch auf die Darstellung nicht-agrarischer Wirtschaftszentren mit der wenig überzeugenden Motivation verzichtet wurde, daß "von einer geradlinigen Entwicklung der Suburben und Märkte zur europäischen Stadt im Rechtssinne nicht gesprochen werden kann".

4 Vgl. Ludat, Herbert, Frühformen, a. a. O., S. 538, der dort auf die Bedeutung chronikalischer Zeugnisse bei der Erforschung osteuropäischer nichtagrarisches Wirtschaftszentren des frühen und hohen Mittelalters hinweist; Hensel, Witold, a. a. O., S. 9 Anm. 10, bemerkt mit Recht, "Die Interpretation der beschreibenden Quellen ist mit größten Schwierigkeiten verbunden. Die in ihnen verwandten Begriffe lassen oft Skepsis aufkommen". Ähnlich äußerte sich schon Münch, Henryk, Geneza rozplanowania miast wielkopolskich XII do XIV w. (Die Genesis der Anlage großpolnischer Städte des 12. - 14. Jh.), Kraków 1946, S. 60 f.

5 Kiersnowski, Ryszard, Budownictwa zachodniopomorskie w XII w. w świetle źródeł pisanych (Die westpommerschen Bauten des 12. Jh. im Lichte schriftlicher Quellen; im folgenden: Budownictwa), in: Wiadomości Archeologiczne, Bd. 19, Jg. 1953, S. 103 f.

Leciejewicz⁶, Lalik⁷, Tymieniecki⁸, Maleczyński⁹, Ludat¹⁰, Trawkowski¹¹, Labuda¹², Łowmiański¹³, Gieysztor¹⁴, Samsonowicz¹⁵ erinnert. Doch steht eine zusammenfassende Darstellung, zu der vorliegende Studie beitragen möchte, noch aus.

Der Begriff "erzählende Quellen" wird im folgenden nicht "sensu strictu" verstanden. Es sollen also nicht nur Chroniken behandelt werden, wie sie uns vor allem durch Gallus Anonymus¹⁶ für Polen, Kosmas¹⁷ für Böhmen, Thietmar von Merseburg¹⁸ und Widukind von

- 6 Leciejewicz, Lech, Die Anfänge und die älteste Entwicklung der westpommerschen Ostseestädte (im folgenden: Anfänge), in: *Archaeologia Polona*, Bd. 3, Warschau 1960, S. 120 f.; derselbe, Początki nadmorskich miast na Pomorzu zachodnim (Die Anfänge der Küstenstädte in Westpommern; im folgenden: Początki), Wrocław/Warschau/Kraków 1962; derselbe, Miasta słowiań północno-połabskich (Städte der nordpolabischen Slawen), Wrocław/Warschau 1968.
- 7 Lalik, Tadeusz, Recherches sur les origines des villes en Pologne, in: *Acta Poloniae Historica* (im folgenden: APH), Bd. 2, Warschau 1959/60, S. 95; derselbe, Kształtowanie się miast za pierwszych Piastów (Die städtische Entwicklung unter den ersten Piasten), in: *Początki państwa polskiego* (Die Anfänge des polnischen Staates), Bd. 2, Poznań 1962, S. 107 ff.
- 8 Tymieniecki, Kazimierz, Podgrodzia w północnozachodniej Słowiańszczyźnie i pierwsze lokacje miast na prawie niemieckim (Die Vorburgen im nordwestlichen slawischen Bereich und die erste Lokation von Städten nach deutschem Recht; im folgenden: Podgrodzia), in: *Slavia occidentalis*, Jg. 1922, S. 55 f.; derselbe, Słowiańskie miasta Pomorza na tle dziejów wczesnego średniowiecza (Die slawischen Städte Pommerns vor dem Hintergrund der Geschichte des frühen Mittelalters), in: *Materiały Zachodnio-Pomorskie* (Westpommersche Materialien), Bd. 10, Jg. 1964, S. 265 ff.
- 9 Maleczyński, Karol, Die ältesten Märkte in Polen und ihr Verhältnis zu den Städten vor der Kolonisierung nach dem deutschen Recht (im folgenden: Die ältesten Märkte), dt. Ausg. Breslau 1930, S. 133 f.
- 10 Ludat, Herbert, Frühformen, a. a. O., S. 527 f.
- 11 Trawkowski, Stanisław, Zur Erforschung der deutschen Kolonisation auf deutschem Boden im 13. Jahrhundert, in: APH, Bd. 7, Warschau 1962, S. 70 ff.
- 12 Labuda, Gerard, Anfänge, a. a. O., S. 320 f.
- 13 Łowmiański, Henryk, Podstawy gospodarcze formowania się państw słowiańskich (Die wirtschaftlichen Grundlagen der Herausbildung slawischer Staaten), Warschau 1953, S. 179 f.
- 14 Gieysztor, Alexander, a. a. O., S. 7 f.
- 15 Samsonowicz, Henryk, Badania nad dziejami miast w Polsce (Untersuchungen zur Geschichte der Städte in Polen), in: *Kwartalnik Historyczny*, Bd. 72, Jg. 1965, S. 111 f.
- 16 Galli Anonymi Cronica et gesta ducum sive principum Polonorum (Gallus Anonymus, Chronik und Taten der Fürsten und Großen der Polen; im folgenden: Gallus Anonymus), hg. v. Karol Maleczyński, Kraków 1952 = *Monumenta Poloniae Historica* (im folgenden: MPH), Neue Serie, Bd. 2.
- 17 Cosmae Pragensis Chronica Boemorum (Kosmas von Prag, Chronik der Bewohner Böhmens; im folgenden: Kosmas von Prag), hg. v. Berthold Bretholz, Berlin 1923 = *Monumenta Germaniae Historica* (im folgenden: MGH), *Scriptores Rerum Germanicarum*, Neue Serie, Bd. 1.
- 18 Thietmari Merseburgensis episcopi Chronicon (Die Chronik des Bischofs Thietmar von Merseburg; im folgenden: Thietmar von Merseburg), hg. v. Robert Holtzmann, Berlin 1935 = MGH, *Scriptores Rerum Germanicarum*, Neue Serie, Bd. 9.

Korvei¹⁹ aus dem deutschen Bereich sowie Saxo Grammaticus²⁰ für Dänemark überliefert sind. Vielmehr werden auch Biographien einbezogen, wie sie Canaparius über den heiligen Adalbert²¹, die Mönche Ebbo²², Herbord²³ über den Bischof und Missionar in Pommern, Otto von Bamberg, schrieben und außerdem geographische Schilderungen, etwa Erdbeschreibungen, berücksichtigt, wie sie der arabische Geograph al-Idrisi im 12. Jahrhundert anfertigte²⁴. In einigen Fällen werden auch Angaben altrussischer Heldenlieder verwertet.²⁵ Schließlich soll uns noch kurz eine Art dichterisches Erzeugnis beschäftigen, der sogenannte Bericht eines Leubuser Zisterziensermönches aus einer späteren Zeit - dem 14. Jahrhundert.

Damit werden unsere Ausführungen einen Zeitraum erfassen, der etwa an der Wende vom 9. zum 10. Jahrhundert einsetzt und bis in das 12. Jahrhundert reicht. Ein Blick in das 14. Jahrhundert bildet den Abschluß.

2. Die erzählenden Quellen über die im Inneren Polens gelegenen Siedlungen

2.1. Kraków

Zunächst sollen die im Inneren Polens gelegenen Siedlungen analysiert und im Anschluß daran die Orte an der Ostseeküste behandelt werden, soweit sie in den Gesichtskreis der Chronisten fielen. Beginnen wir mit Kraków, das bereits in dem Bericht des Kaufmanns Ibrahim-ibn-Jakub genannt wird, der zwischen 965 und 973 entstand und in dem Buch der Wege und

- 19 Widukindi monachi Corbeiensis *rerum gestarum libri tres* (Des Mönches Widukind von Korvei drei Bücher der vollbrachten Taten; im folgenden: Widukind von Korvei), hg. v. Paul Hirsch, Hannover 1935 = MGH, *Scriptores Rerum Germanicarum*, Bd. 60.
- 20 Saxonis Grammatici *gesta Danorum* (Saxo Grammaticus, Taten der Dänen; im folgenden: Saxo Grammaticus), hg. v. S. Olrik u. H. Raeder, Kopenhagen 1931 - 1937.
- 21 Sancti Adalberti *episcopi Pragensis et martyris vita prior*. A. Redactio imperialis vel Ottona (Die ältere Lebensbeschreibung des heiligen Adalbert, des Prager Bischofs und Märtyrers. A. Kaiserliche oder Ottonische Redaktion; im folgenden: Die ältere Vita des heiligen Adalbert), hg. v. Jadwiga Karwasifska, Warschau 1962, S. 3 ff. = MPH, Neue Serie, Bd. 4, Faszikel 1.
- 22 Ebbonis *vita Ottonis episcopi Babenbergensis* (Ebbo, Lebensbeschreibung des Bischofs Otto von Bamberg; im folgenden: Ebbo), hg. v. Jan Wikarjak, Warschau 1969 = MPH, Neue Serie, Bd. 7, Faszikel 2.
- 23 Herbordi *dialogus de vita Ottonis episcopi Babenbergensis* (Herbord, Dialog über das Leben des Bischofs Otto von Bamberg; im folgenden: Herbord), S. 746 f. = MGH, *Scriptores Rerum Germanicarum*, Bd. 12; vgl. weiter die Prüfeninger Vita des Bischofs Otto von Bamberg (im folgenden: Prüfeninger Vita), hg. v. Adolf Hofmeister, Greifswald 1924 = *Denkmäler der pommerschen Geschichte*, Bd. 1; Sancti Ottonis episcopi babenbergensis Vita Prieflingensis (Die Prüfeninger Vita des Bischofs Otto von Bamberg), hg. v. Jan Wikarjak, Warschau 1966 = MPH, Neue Serie, Bd. 7, Faszikel 1.
- 24 Lewicki, Tadeusz, *Polska i kraje sąsiednie w świetle "księgi Rogera"* geografa arabskiego z XII wieku al-Idriesego (Polen und die benachbarten Länder im Lichte des "Roger-Buches" des arabischen Geographen al-Idrisi aus dem 12. Jh.), Bd. 1, Kraków 1945.
- 25 Vgl. Vilnbachov, V. B., *Baltijskie slāviane v ruskom ěpose i folklore* (Die Ostseeslawen im russischen Epos und in der russischen Folklore), in: *Slavia Occidentalis*, Bd. 25, Jg. 1965, S. 155 f.; derselbe, *Baltijskie slāviane i Ruś* (Die Ostseeslawen und die Ruś), in: ebenda, Bd. 22, Jg. 1962, S. 253 f.

Länder des arabischen Geographen al-Bekri enthalten ist.²⁶ Kurz danach tritt Kraków zwischen 985 und 992 als "Craccoa" in dem sogenannten Dagome-iudex-Fragment²⁷ auf. Ausführlicher geht der zu Beginn des 12. Jahrhunderts wirkende, wohl aus dem südlichen Frankreich oder der Provence stammende Gallus in seinem zu Ehren Boleslavs III. verfaßten, bekannten und wichtigen Geschichtswerk auf Kraków ein. Die ganze Art und Weise, wie Gallus von Kraków schreibt, zeigt von vornherein deutlich, daß wir es hier mit einem sehr bedeutenden Ort zu tun haben. Kraków wird nicht nur "civitas" genannt²⁸, sondern auch als "Königssitz" (sedis regni)²⁹, "Hauptsitz des Königreiches" (sedis regni principalis)³⁰ bezeichnet. Tatsächlich fungierte Kraków seit 1138 als Residenz und Krönungsort der Piasten, ähnlich etwa, wie im frühmittelalterlichen "imperium" Aachen die Krönungsstätte der deutschen Könige war.

Kraków wird auch von dem 1045 in Prag geborenen, in Lüttich ausgebildeten Dekan des Prager Domkapitels Kosmas in seiner zwischen 1119 und 1121 verfaßten Chronik der Böhmen als bedeutender Ort herausgestellt. 999 habe Herzog Mieszko, wie Kosmas fälschlich meint (in Wirklichkeit war es Boleslaw Chrobry), die "urbs" Kraków Böhmen entrissen.³¹ 1038/39 unternahm Herzog Bretislav I. von Böhmen einen Vergeltungszug und drang auch in Kraków ein. In diesem Zusammenhang ist von der "Hauptstadt" (metropolis) der Polen die Rede.³²

Demgegenüber wird Kraków von Gallus als "urbs" bezeichnet und damit dieser Begriff in einer umfassenderen Bedeutung als der einer bloßen Burg gebraucht.³³ Schließlich wird in einem Privileg, das Kaiser Heinrich IV. dem Herzog Wratislaw nach Kosmas erteilte, die "urbs" Kraków mit den zugehörigen Gebieten erwähnt.³⁴ Mit anderen Worten: Kraków erscheint hier als Mittelpunkt eines Herrschaftskomplexes, dessen Umfang und dessen Grenzen allerdings nicht näher gekennzeichnet werden.

Die Bedeutung, die Kraków im frühen Mittelalter, im 10. und 11. Jahrhundert, zukam, blieb auch in entfernteren Gebieten lebenden Chronisten nicht verborgen. Der arabische Geograph Abu Abdallah Mohammed Idrisi, der im 12. Jahrhundert am Hofe des Normannenkönigs Roger II. eine große, in Silber getriebene Karte der damals bekannten Erdgebiete erarbeitete,

26 Vgl. Jacob, Günter, Arabische Berichte von Gesandten an germanische Fürstenhöfe aus dem 9. und 10. Jahrhundert, Berlin/Leipzig 1927, S. 49; Kowalski, Tadeusz, Relacja Ibrahima ibn Jakuba z podróży do krajów słowiańskich w przekazie al Bekriego (Der Bericht Ibrahims-ibn-Jakub über seine Reise in slawische Länder in der Überlieferung des al-Bekri), Kraków 1946, S. 49 f.

27 Vgl. Codex diplomaticus necnon epistolaris Silesiae (Schlesisches Urkundenbuch), hg. v. Karol Maleczyński, Bd. 1, Wrocław 1956, Nr. 2, S. 7 f.; neuere Literatur zu der umstrittenen Aufzeichnung in Słownik starożytności słowiańskich (Wörterbuch slawischer Altertümer; im folgenden: Słownik) u. d. Red. v. Władysław Kowalenko, Gerard Labuda u. Tadeusz Lehr-Spławiński, Bd. 1, Wrocław/Warschau/Kraków 1961, S. 311 f. (mit ausführlichen Literaturangaben).

28 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 51 Z. 5 u. S. 68 Z. 3; vgl. auch Słownik, Bd. 2, Wrocław/Warschau/Kraków 1964, S. 507 f.

29 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 83 Z. 11.

30 Ebenda, S. 75 Z. 10.

31 Kosmas von Prag, a. a. O., S. 60 Z. 20 f.

32 Ebenda, S. 83 Z. 17 f.

33 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 34 Z. 21.

34 Kosmas von Prag, a. a. O., S. 138 Z. 8; vgl. Die Urkunden Heinrichs IV., bearb. v. Dietrich v. Gladiss, Weimar 1959, Nr. 390 (1086, April 29) = MGH, Diplomata, Bd. 6, T. 1.

bezeichnet in seiner Erdbeschreibung, dem sogenannten Rogerbuche, Polen als ein Gebiet "mit großen Städten". Namentlich wird hier auch Ikraku - also Kraków - erwähnt.³⁵

2.2. Gniezno

Ein für die frühmittelalterliche polnische Geschichte ebenfalls wichtiger Ort ist Gniezno, der von verschiedenen Chronisten erwähnt wird. Bereits der Sachse Thietmar, von hochadliger Herkunft, der seit 1009 Bischof von Merseburg war und slawische Sprachen beherrschte, erwähnt in seiner zwischen 1012 und 1018 verfaßten, in kulturgeschichtlicher Hinsicht gerade für die slawischen Gebiete sehr ertragreichen Chronik Gniezno. Er geht darauf ein, wie Boleslaw Chrobry den deutschen Kaiser Otto III. bei dessen denkwürdigem Besuch Polens im Jahre 1000 nach Gniezno führte. Dabei gebraucht Thietmar die Bezeichnung "urbs" Gniezno.³⁶ Achtzehn Jahre später nennt derselbe Chronist ein "suburbium Gnezni", das offenbar schon längere Zeit bestand.³⁷ Daraus aber ergibt sich, daß um das Jahr 1000 in Gniezno mit der Burg eine Siedlung suburbialen Charakters verbunden war - ein Tatbestand, den Thietmar mit dem Begriff "urbs" umreißt. Auch hieraus geht hervor, daß "urbs" keinesfalls nur die Burg kennzeichnete. Darauf deutet außerdem eine Urkunde, die Kaiser Otto III. in Gniezno zwischen dem 8. und 14. März des Jahres 1000 ausstellte. In der Datumszeile lesen wir: "... geschehen in Slawonien in der 'civitas' Gnesni, wo der Leichnam des seligen Märtyrers Adalbert ruht" (... actum in Slavaniae in civitate Gnesni, ubi corpus beati marygri Adalberti ... requiescit).³⁸ Das Kanzleipersonal Ottos III. wurde in Gniezno offenbar an Verhältnisse erinnert, die ihm auf deutschem Boden aus der Zeit der Marktprivilegien der Ottonen her wohl vertraut waren.³⁹ "Civitas" umfaßte in den Augen der Kanzlisten nicht nur die "Burg", sondern dazugehörige Siedlungseinheiten - sei es nun ein "suburbium" oder ein Markt. Außerdem bot natürlich die Tatsache, daß in Gniezno die Gebeine des berühmten Märtyrers Adalbert ruhten, genügend Anlaß, den Ort Gniezno besonders zu kennzeichnen. Damit kann, was für die frühmittelalterliche polnische Stadtgeschichte relativ selten möglich ist, allein schon aus der schriftlichen Überlieferung an einem Einzelbeispiel die Wahrscheinlichkeit abgeleitet werden, daß "urbs" und "civitas" nicht unbedingt nur als Burgbefestigung aufzufassen sind - eine Frage, auf die wir noch eingehen werden. Eine gewisse Bestätigung für unsere Annahme bietet zudem noch Gallus, der sowohl die "civitas"⁴⁰ als auch das "suburbium Gnezniensis" erwähnt⁴¹. Kosmas nennt die "urbs Gnesni", in die Herzog Bretislav von Böhmen 1039 eindrang und den Leib des heiligen Adalbert raubte. Zwar sei, meint Kosmas, Gniezno durch Lage und Befestigung sehr stark; je-

35 Jacob, Günter, a. a. O., S. 49; vgl. auch Hensel, Witold, Die Slawen im frühen Mittelalter (im folgenden: Slawen), dt. Ausg. v. Siegfried Epperlein, Berlin 1965, S. 327 f.

36 Thietmar von Merseburg, a. a. O., S. 182 Z. 28 u. S. 184 Z. 1; vgl. Ludat, Herbert, Piasten und Ottonen, in: L' Europe aux IX^e-XI^e siècles. Aux origines des états nationaux, Warschau 1968, S. 321 f.; vgl. weiter Słownik, Bd. 2, a. a. O., S. 114 f.

37 Thietmar von Merseburg, a. a. O., S. 512 Z. 2 f.; vgl. auch Geppert, Friedrich, Die Burgen und Städte bei Thietmar von Merseburg, in: Thüringisch-sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Bd. 16, Jg. 1927, S. 162 f.

38 Die Urkunden Ottos III., Hannover 1888, Nr. 349 (1000), S. 779 Z. 28/29 = MGH, Diplomata, Bd. 2, T. 1.

39 Vgl. auch Schlesinger, Walter, Burg und Stadt, in: derselbe, Beiträge zur deutschen Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Bd. 2, Göttingen 1963, S. 146.

40 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 9 Z. 9 u. S. 43 Z. 9.

41 Ebenda, S. 9 Z. 16.

doch habe es sich leicht erobern lassen, da dort nur wenige "cives" gewohnt hätten. Möglicherweise war ein Teil der Bewohner vor den heranrückenden Böhmen geflohen.⁴²

Schließlich wird Gniezno auch von al-Idrisi erwähnt und dabei einfach "Ginazna" genannt.⁴³

2.3. Poznań

Eine weitere wichtige Ortschaft im frühmittelalterlichen Polen, Poznań, tritt bei Gallus lediglich als "Poznan" auf, ohne daß ein erläuterndes Attribut beigefügt wird.⁴⁴ Auf deutscher Seite berichtet Thietmar über das Jahr 1005, daß Heinrich II. in Polen eingedrungen sei und den Feind derartig verfolgt habe, daß dieser in keiner seiner "urbs" zu übernachten wagte. Nur zwei Meilen entfernt aber machte Heinrich II. vor der "urbs Posnani" halt.⁴⁵ Die Vermutung liegt nahe, daß Thietmar in diesem Falle den Begriff "urbs" in doppelter Bedeutung gebraucht: einmal im Sinne von Landes- oder Kastellaneiburgen, wo das fortifikatorische Element überwog, und zweitens zur Bezeichnung eines Burgmarkortos. Dieser zweite Fall träfe auf Poznań zu, wenn man die Stellung berücksichtigt, die es damals schon einnahm.

2.4. Giecz

Ein anderer Ort, Giecz, ein Wirtschaftszentrum, wie Grabungen ergaben, wird außer bei Gallus⁴⁶ bei Kosmas erwähnt: 1039 habe Herzog Bretislaw von Böhmen die "metropolis" Kraków verwüstet, in ähnlicher Weise die übrigen "urbs" niedergebrannt und schließlich das "castrum Gdec", also Giecz, südwestlich von Gniezno erreicht.⁴⁷ Weiter heißt es, daß die Bewohner des Ortes nach der Bezeichnung der "urbs" noch heute Gedcane, also Gedcanner, genannt würden.⁴⁸

3. Zur Verwendung der Begriffe "urbs", "civitas" und "castrum" in den erzählenden Quellen

Bereits hier stoßen wir auf eine Erscheinung, die uns im folgenden noch beschäftigen wird: Die Begriffe "urbs", "civitas", "castrum" werden von den Chronisten oft willkürlich verwandt - so nennt Kosmas den Ort Giecz, den er eben erst als "castrum" bezeichnet hat, plötzlich "urbs", gebraucht also offenbar die beiden Ausdrücke synonym.⁴⁹ Ähnlich verfährt er bei der Bezeichnung der Orte Wrocław und Głogów. 1054, so berichtet der böhmische Geschichtsschreiber, seien die "urbs Wratislau" und andere "civitates" von Herzog Bretislaw von Böhmen unter der Bedingung jährlicher Tributzahlung an Polen zurückgegeben worden.⁵⁰ "Urbs" und "civitas" werden hier offenbar zur Bezeichnung der gleichen Sied-

42 Kosmas von Prag, a. a. O., S. 84 Z. 12.

43 Lewicki, Tadeusz, a. a. O., S. 142 f.; Hensel, Witold, Slawen, a. a. O., S. 321; derselbe, Anfänge, S. 115 f.

44 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 25 Z. 18.

45 Thietmar von Merseburg, a. a. O., S. 306 Z. 20 f.

46 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 26 Z. 1.

47 Kosmas von Prag, a. a. O., S. 83 Z. 17 u. 21 f.; vgl. weiter Słownik, Bd. 2, a. a. O., S. 104 f.

48 Kosmas von Prag, a. a. O.

49 Ebenda.

50 Ebenda, S. 101 Z. 6 f.

lungsform verwandt. Unter dem Jahr 1124 erwähnt Kosmas die "urbs Glogov" und ihren "praefectus".⁵¹ Aber kurz darauf nennt er Głogów "castrum".⁵²

Auch Gallus läßt in dieser Beziehung keine einheitliche Terminologie erkennen. So nennt er bedeutende Orte wie Płock, Głogów und Kiew sowohl "urbs" als auch "civitas". Andere, ebenfalls wichtige Wirtschaftszentren, wie Kraków und Gniezno, werden vorwiegend als "civitas", andere, wie Wrocław, als "urbs" bezeichnet.⁵³ Dabei ist zu beachten, daß Gallus in seiner Chronik eine festen Regeln folgende Kunstprosa bevorzugte. Deshalb war in der Darstellung vielfach in erster Linie entscheidend, daß die Silbenzahl und der Reim stimmten.⁵⁴ Dies zeigt sich bei Gallus zum Beispiel deutlich, indem er den Ort Głogów einmal "oppidum" nennt, um den bei vielen Dichtern und Chronisten des Mittelalters besonders beliebten "cursus velox" korrekt anwenden zu können – eine aus der Antike übernommene Form der lateinischen Kunstprosa, wobei die Satzenden rhythmisch, das heißt unter bestimmtem Wechsel von betonten und unbetonten Silben, gestaltet werden. Da in dem entsprechenden Satz aus grammatischen Gründen der Akkusativ stehen mußte, konnte hier nur "oppidum", nicht etwa "civitas" verwandt werden⁵⁵, wie Gallus den betreffenden Ort kurz vorher genannt hatte. Der Akkusativ "civitatem" aber hätte hier den gewünschten Wortrhythmus gestört.⁵⁶ Im Grunde gaben in diesen Fällen also formale Fragen für die unterschiedliche Verwendung von "urbs" und "civitas" den Ausschlag.

Thietmar von Merseburg nennt bei seiner Beschreibung der deutsch-polnischen Auseinandersetzungen Wrocław durchweg "civitas Wortizlawa"⁵⁷ und Głogów "urbs Glogov" – einer der wenigen polnischen Orte, der auch in einer russischen Quelle, der sogenannten Nestorchronik, erwähnt wird. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß Wrocław als "Ratislaba" auch in der Darstellung des arabischen Geographen al-Idrisi auftritt.⁵⁸

An polnischen Ortsbezeichnungen kommen bei Gallus schließlich noch vor: Płock, das teils als "civitas", teils als "urbs Plocensis" Erwähnung findet⁵⁹, das "castrum" Włocławek⁶⁰, das "castrum" Łęczyca⁶¹ und "castrum" Kruczwica⁶².

Zusammenfassend ergibt sich, daß die bisher von uns berücksichtigten Chronisten Gallus Anonymus, Kosmas von Prag und Thietmar von Merseburg für das 11. und beginnende 12. Jahrhundert folgende polnische Orte größeren Umfangs kannten: Kraków, Gniezno, Poznań, Giecz, Wrocław, Głogów, Sandomierz, Płock, Kruszwica, Łęczyca und Włocławek. Diese Orte werden von den erwähnten Geschichtsschreibern als "urbs", "civitas", "oppidum", "castrum" bezeichnet. Dabei beziehen sich "urbs" und "civitas" keineswegs ausschließlich auf die Sitze von polnischen Bistümern und Erzbistümern wie etwa Gniezno, Kraków, Poznań,

51 Ebenda, S. 161 Z. 29 u. S. 162 Z. 2; vgl. Słownik, Bd. 2, a. a. O., S. 110 f.

52 Kosmas von Prag, a. a. O., S. 231 Z. 15.

53 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 22 Z. 16 f., S. 23 Z. 9, S. 83 Z. 14, S. 86 Z. 5, S. 133 Z. 11 f., S. 9 Z. 9, S. 51 Z. 5 u. S. 81 Z. 2.

54 Vgl. auch Maleczyński, Karol, in: Gallus Anonymus, a. a. O., S. XLI.

55 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 133 Z. 11.

56 Ebenda, S. 133 Z. 19.

57 Ebenda, S. 477 Z. 28.

58 Jacob, Günter, a. a. O., S. 49; Hensel, Witold, Anfänge, a. a. O., S. 115 f.; Povest' vremennyh let (Erzählung aus vergangenen Zeiten), Bd. 1, Moskau 1950, S. 360; Die altrussische Nestorchronik Povest' vremennyh let, in Übersetzung hg. v. Reinhold Trautmann, Leipzig 1931, S. 201 = Slavisch-baltische Forschungen, H. 6.

59 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 86 Z. 5, S. 83 Z. 14 u. 21 f. u. S. 88 Z. 13.

60 Ebenda, S. 25 Z. 20.

61 Ebenda, S. 108 Z. 7; Słownik, Bd. 3, Wrocław/Warschau/Kraków 1964, S. 116 f.

62 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 71 Z. 13.

Wrocław und Płock. Auch andere Orte werden von den Chronisten als "urbs" bezeichnet. So nennt Kosmas beispielsweise Głogów "urbs". Allerdings müssen wir konstatieren, daß keiner dieser Chronisten beim Gebrauch dieser Begriffe eine eindeutige Systematik erkennen läßt. Wir wissen nicht, ob hier Vokabeln wie etwa "urbs" und "civitas" generell im engeren oder weiteren Sinne Verwendung finden, ob also nur der von den Burgmauern umschlossene Raum oder auch die gegebenenfalls davor liegenden Siedlungen und Fluren einbegriffen werden. Lediglich für Gniezno konnte aus einer Kombination von chronikalischer und urkundlicher Überlieferung die Wahrscheinlichkeit abgeleitet werden, daß hier "urbs" und "civitas" in der Bedeutung von Burg und Siedlung auftreten.

Der eben erwähnte Mangel an Systematik beim Gebrauch von "urbs", "civitas" und "oppidum" ist nicht weiter verwunderlich, denn selbstverständlich wollten die einzelnen Chronisten keine Geschichte der frühmittelalterlichen städtischen Entwicklung in Polen schreiben. Ihr Interesse konzentrierte sich ja nahezu ausschließlich auf die wichtigsten politischen und religiösen Ereignisse, unter denen Kriegszüge, namentlich in deutsch-polnischen und böhmisch-polnischen Grenzgebieten, und Missionierungsversuche, etwa in Pommern, eine hervorragende Stellung einnahmen. Und nur in Verbindung mit diesen Eroberungszügen und Missionsbestrebungen traten befestigte Siedlungen überhaupt erst in den Gesichtskreis des Chronisten, erschienen sie ihm erwähnenswert. Daraus ergibt sich, daß wir nicht mit Vollständigkeit in ihren Berichten rechnen können. So werden bei Gallus bedeutendere Orte, wie beispielsweise "Spitimir"⁶³ (Spicymierz an der Warta) und "Calis" (Kalisz)⁶⁴, ohne nähere Bezeichnung nur nebenbei erwähnt. Opole, das durch Grabungen als größere Siedlung nachgewiesen werden konnte⁶⁵, nennt Gallus überhaupt nicht. Gerade Opole ist ein drastisches Beispiel dafür, wie sehr man sich über Möglichkeiten und Grenzen der Aussagekraft der schriftlichen Überlieferung hinsichtlich städtischer Wirtschaftszentren im klaren sein muß. Das gilt ganz besonders für das westslawische Gebiet. Einmal mehr zeigt sich hier, welche Bedeutung in diesem Zusammenhang der Archäologie zukommt.

Eine vergleichsweise differenzierte Betrachtungsweise läßt eine relativ unbedeutende Quelle aus dem 12. Jahrhundert erkennen, auf die hier noch kurz eingegangen sei. Um 1141 beschreibt ein Mönch aus dem Kloster Zwiefalten in Württemberg die Reise seines Bruders Otto von Stuzzelingen durch Polen.⁶⁶ In seinem Reisebericht stellt er das "opidulum Pagineense" (das Städtchen Pajęczno) und die "ecclesia loci Malgostus" (das Kirchdorf Małogoszcz) der "civitas Lantsiza", also Łęczyca und damit einem Orte gegenüber, den Gallus lediglich als "castrum" bezeichnet hatte. Neuere Grabungen haben hier ein größeres "suburbium" freigelegt.⁶⁷ Die primäre Absicht des Chronisten, das zu schildern, was der durch Polen reisende Mönch sah, richtete sein Augenmerk in viel größerem Ausmaß auf das Landschaftsbild mit seinen Eigenheiten, wie zum Beispiel Siedlungen, als es etwa bei Kosmas, Thietmar oder Gallus der Fall war. Sie schrieben - um einen moderneren Ausdruck zu gebrauchen - vorwiegend politische Geschichte und brachten für wirtschaftliche oder topographische Einzelheiten ein verhältnismäßig begrenztes Interesse auf.

63 Ebenda, S. 108 Z. 5.

64 Ebenda, S. 108 Z. 2; Słownik, Bd. 2, a. a. O., S. 353.

65 Vgl. Hensel, Witold, Anfänge, a. a. O., S. 129 ff., sowie die ebenda, S. 50 f., angegebene Literatur; Ludat, Herbert, Vorstufen und Entstehung des Städtewesens in Ost-europa, Köln/Braunsfeld 1955, S. 26 f.

66 Monumenta Poloniae Historica, Bd. 2, Lwów 1872, S. 4 Z. 13, 15 u. 19; vgl. Maleczyński, Karol, Die ältesten Märkte, a. a. O., S. 134.

67 Hensel, Witold, Slawen, a. a. O., S. 296 f., 322 f. u. 332 f; Słownik, Bd. 3, a. a. O., S. 116 f.

Insgesamt ist festzustellen, daß in den erzählenden Quellen eine ganze Reihe von Orten, die vornehmlich im Landesinnern lagen, zwar namentlich genannt werden. Verschiedentlich wird ihre politische Bedeutung, etwa im Falle von Kraków, Wrocław oder Sandomierz, besonders hervorgehoben. Dies geschieht jedoch lediglich dadurch, daß sie als "sedis regni" oder "metropolis" bezeichnet werden. Damit aber sind die differenzierenden Kriterien der Chronisten bei der Charakterisierung der einzelnen Ortschaften schon weitgehend erschöpft. Über das "Städtische" oder "Stadtähnliche" einer Siedlung, ihren wirtschaftlichen und sozialen Charakter erfahren wir aus den erzählenden Quellen im Hinblick auf die im Inneren Polens gelegenen Orte ziemlich wenig.

Um hier weiterzukommen und zu einer näheren Kennzeichnung der einzelnen Siedlungen zu gelangen, müssen wir den Bereich der schriftlichen Quellen verlassen und jene von der archäologischen Forschung erschlossenen "unterirdischen Archive" kurz befragen, um schließlich die bisher erwähnten Orte in den größeren Zusammenhang des entstehenden frühfeudalen polnischen Staates einzuordnen. Durch eine systematisch betriebene Grabungstätigkeit konnte für Gniezno, Poznań und Kruszwica - um nur drei der von Gallus, Kosmas und Thietmar genannten größeren Orte herauszugreifen - nachgewiesen werden, daß hier im 10. und 11. Jahrhundert ein "suburbium" bestand und verschiedene Handwerker ansässig waren, die sich mit der Verarbeitung von Holz, Horn, Knochen, Lehm, Eisen und Edelmetallen beschäftigten. Auch ein gewisser Marktverkehr ist zu verzeichnen.⁶⁸

Betrachten wir die in den erzählenden Quellen verwandten Begriffe "urbs" und "civitas" auf dem Hintergrund des soeben nur kurz skizzierten archäologischen Sachverhalts, so ist eine etwas genauere Definition dessen, was mit diesen Termini gemeint ist, möglich. Man wird dann diese Orte als mit einer älteren Burg verbundene Wirtschaftszentren bezeichnen können, in denen auf engem Raum neben spezialisierten Handwerkern auch Kaufleute ansässig waren und ein gewisser Warenaustausch mit der näheren und weiteren Umgebung des Ortes auf jährlich oder mehrmals im Jahr abgehaltenen Märkten stattfand.

Damit soll keineswegs verkannt werden, daß in allen diesen Siedlungen das fortifikatorische Element zweifellos wichtig war und hier stärker, dort schwächer hervortrat. Von der Bedeutung, die den Burgen als militärischen Anlagen unter Boleslaw Chrobry zukam, berichtet Gallus Anonymus. Er verweist darauf, daß Poznań, Gniezno, Włocławek und Giecz⁶⁹ eine bedeutende Anzahl von Panzerreitern und Schildträgern besaßen.

Doch war die Befestigungsanlage nur ein, wenn auch sicher wichtiges, Merkmal der von den Chronisten genannten "urbes", "civitates" und "oppida" im frühmittelalterlichen Polen, ein Merkmal freilich, das für Thietmar, Kosmas und Gallus bei der Schilderung der militärischen Operationen Heinrichs II., Boleslavs Chrobry und Herzog Bretislavs I. von Böhmen im deutsch-polnischen bzw. polnisch-böhmischen Grenzgebiet im Vordergrund stand und das, von außen her gesehen, dem jeweiligen Ort sein besonderes Gepräge gab.

Darüber hinaus dürften Geschichtsschreibern wie Thietmar von Merseburg bei der Anwendung von Ausdrücken wie "civitas" und "urbs" auf polnische Ortschaften in dieser Hinsicht auch die Verhältnisse im frühmittelalterlichen Deutschland vor Augen gestanden haben, wo im Zusammenhang mit der von den Ottonen betriebenen Reichskirchenpolitik im 10. Jahrhundert verschiedenen Bischöfen Marktprivilegien erteilt wurden. Seitdem kann "urbs",

⁶⁸ Grundsätzlich hierzu Hensel, Witold, Slawen, a. a. O., passim; derselbe, Anfänge, a. a. O., passim; Ludat, Herbert, Vorstufen und Entstehung des Städtewesens in Osteuropa, a. a. O., passim; Epperlein, Siegfried, Neuere Forschungen zur polnischen Geschichte des Mittelalters, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 2/1957, S. 439 ff.

⁶⁹ Gallus Anonymus, a. a. O., S. 25 Z. 18 ff. u. S. 26 Z. 1.

"civitas", "oppidum" im Sprachgebrauch deutscher Chronisten nicht nur die Befestigungsanlage, sondern auch die Burg zusammen mit den zugehörigen Siedlungen - also die sogenannte "Burgstadt" - bezeichnen⁷⁰, und es ist recht aufschlußreich, daß beispielsweise Thietmar diese Begriffe auch auf die polnischen Siedlungen anwendet, die seinen Vorstellungen von der deutschen "civitas" offenbar nahe kamen.

Die Entstehung solcher "civitates", "urbes" und "oppida" als topographische Einheiten von Burg, "suburbium" und Markt seit dem 10. Jahrhundert dürfte in engem Zusammenhang mit der Herausbildung des frühfeudalen polnischen Staates stehen, dessen maßgebende Repräsentanten, die piastischen Fürsten und die sich herausbildende feudale Oberschicht, an einer sich weiter entwickelnden gewerblichen Produktion ebenso wie an einer regen Handelstätigkeit interessiert waren, um ihre steigenden Konsumtionsbedürfnisse zu befriedigen und ihre ökonomische Position zu festigen.⁷¹

4. Die erzählenden Quellen über die an der polnischen Ostseeküste gelegenen Siedlungen

4.1. Gdańsk

Nach einer Betrachtung präkommunaler Wirtschaftszentren im Landesinneren Polens sollen nun die Verhältnisse an der Ostseeküste, speziell in Pommern, behandelt werden. Wir beginnen mit Gdańsk.⁷² Es tritt uns in der chronikalischen Überlieferung zum erstenmal in der Adalbertsvita des Canaparius entgegen. Wie es heißt, sei der heilige Adalbert im Jahre 997 bei seinen Bemühungen, die Pruzzen zu missionieren, zu Schiff mit 30 Kriegerern zur "urbs Gyddanycz" gelangt, um dort zahlreiche Taufen vorzunehmen.⁷³ Möglicherweise entstand diese "urbs" anstelle oder in der Nähe des von Pruzzen bewohnten Ortes Truso, der in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts in Wulfstans Reisebericht über Preußen⁷⁴ erwähnt wird. Erst sehr viel später tritt uns Gdańsk noch dreimal in der Zeit vor der Verleihung deutschen Rechts in der schriftlichen Überlieferung entgegen - diesmal allerdings in Urkunden. In einer Papsturkunde Eugens III. von 1148 wird "castrum Kdanzc in Pommerania" er-

70 Schlesinger, Walter, Burg und Stadt, a. a. O., bes. S. 146; vgl. auch Słownik Jacyń średniowiecznej w Polsce (Wörterbuch des Mittellateins in Polen), Bd. 2, H. 2, Wrocław/Kraków/Warschau 1960, Sp. 234 f. (castrum), Sp. 468 (civitas); vgl. weiter Mediae latinitatis lexicon minus (Mittellateinisches Wörterbuch), Faszikel 2, Leiden 1955, S. 155 (castrum), S. 183 f. (civitas); ebenda, Faszikel 8, Leiden 1960, S. 740 f. (oppidum).

71 Vgl. Łowmiański, Henryk, a. a. O., S. 112 f. u. 179 f.; zu den Verhältnissen im elb-slawischen Gebiet vgl. Herrmann, Joachim, a. a. O., S. 226 f.

72 Vgl. jetzt Zbiński, Andrzej, Port Gdański na tle miasta w X - XIII wieku (Der Hafen von Gdańsk vor dem Hintergrund der städtischen Entwicklung vom 10. - 13. Jh.), Gdańsk 1964, passim; Słownik, Bd. 2, a. a. O., S. 87 f.; vgl. weiter Archaeologia urbium (Archäologie der Städte), hg. v. Witold Hensel, Faszikel 1: Gdańsk des X. - XIII. siècles, bearb. v. Konrad Jażdżewski, Warschau 1966; Mielczarski, Stanisław, Gdańsk, in: Rocznik Gdański, Bd. 19/20, Gdańsk 1962, S. 237.

73 Die ältere Vita des heiligen Adalbert, a. a. O., S. 40 Z. 13.

74 Vgl. dazu Leciejewicz, Lech, Początki, a. a. O., S. 41 f.; Zbiński, Andrzej, a. a. O., S. 221 f.; Labuda, Gerard, Źródła, sagi i legendy do najdawniejszych dziejów Polski (Quellen, Sagen und Legenden der ältesten Geschichte Polens), Warschau 1960, S. 62 f.; vgl. jetzt Historia Pomorza (Geschichte Pommerns), Bd. 1 (bis 1466), T. 1, u. d. Red. v. Gerard Labuda, Poznań 1969, S. 262 f. u. 376 f.

wähnt. 1178 und 1198 kommt in Urkunden pommerscher Fürsten "Gdanzc" bzw. "Gdantz" vor. Dabei wird eine Landungsbrücke für Schiffe und Zölle genannt - Zeichen einer offenbar regen Handelstätigkeit.⁷⁵

4.2. Kołobrzeg

Ein anderer, ebenfalls im östlichen Pommern gelegener bedeutender Ort war Kołobrzeg, den Thietmar erwähnt.⁷⁶ Bei Gallus begegnet uns Kołobrzeg als "urbs Cholbræg" mit einem "suburbium"⁷⁷, ja als "ruhmvolle und hervorragende 'urbs' der Pomoronen" (gloriosa Pomeranorum urbs et precipua)⁷⁸. Tatsächlich war Kołobrzeg eine Art Zentralort für Ostpommern, den Boleslaw Krzywousty mehrfach bekriegte, um das Land unter seine Herrschaft zu bringen. Die Bewohner von Kołobrzeg, die neben der Nutzung von Salinen auch Schifffahrt betrieben, waren gegenüber der fürstlichen Gewalt in Pommern ziemlich selbständig und entschieden gemeinsam über wichtige, die "civitas" betreffende Angelegenheiten. So erhielt Bischof Otto von Bamberg, der 1125 Kołobrzeg erreichte, von den Bewohnern des Ortes den Bescheid, daß es ihnen so lange nicht möglich sei, auf "Neuerungen", also etwa auf die Annahme des christlichen Glaubens, einzugehen, bis ihre Mitbürger, die gerade zu Schiff eine Handelsfahrt unternähmen, zurückgekehrt seien.⁷⁹ Offenbar gab es in Kołobrzeg im 12. Jahrhundert schon eine Art Versammlung, wie sie auch in anderen slawischen Gebieten üblich war und unter der Bezeichnung "Wetsche" bekannt ist. Dort fanden sich Personen eines Ortes oder einer Landschaft mit Entscheidungsbefugnis ein und berieten über die verschiedensten öffentlichen Angelegenheiten.⁸⁰ In der Umgebung von Kołobrzeg wird schließlich auch die wehrhafte und starke "civitas" Nakło genannt, eine wohl bei dem Dorf Kędrzyna (oder Gołańcz Pomorska?) gelegene befestigte Anlage⁸¹ - nicht zu verwechseln mit dem verschiedentlich bei Gallus erwähnten "castrum Nakel"⁸², das sich zwar ebenfalls in Pommern befindet, jedoch an der Netze liegt und 1119 durch Boleslaw III. erobert wurde.

Wenden wir uns nun den im Westen des Landes gelegenen Orten zu, soweit sie von den erzählenden Quellen genannt werden.

4.3. Wollin

In Westpommern kam Wollin seit frühesten Zeiten als Handelsort und Zentrum des Widerstandes gegenüber der weit nach Nordwesten ausgreifenden Politik Mieszkos I. im 10. Jahrhundert besondere Bedeutung zu. Darauf weist schon die erste Erwähnung in den erzählenden

75 Vgl. Pommerellisches Urkundenbuch, hg. v. Max Perlbach, Danzig 1882, Nr. 2 (1148), 6 (1178), 9 (1198); vgl. auch Keyser, Erich, Neue polnische Forschungen zur Geschichte Danzigs und Pommerellens bis zum 13. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Ostforschung, Bd. 16, Jg. 1967, S. 676 f.

76 Thietmar von Merseburg, a. a. O., S. 184 Z. 8 u. S. 486 Z. 24.

77 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 95 Z. 9, S. 110 Z. 6 u. S. 96 Z. 5.

78 Ebenda, S. 96 Z. 3 f.

79 Herbord, a. a. O., S. 745 Z. 6 f.; vgl. auch Słownik, Bd. 2, a. a. O., S. 445 f.

80 Vgl. jetzt Zernack, Klaus, Die burgstädtischen Volksversammlungen bei den Ost- und Westslawen, in: Gießner Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens, Bd. 33, Wiesbaden 1967, S. 229 f.

81 Herbord, a. a. O., S. 727 Z. 5; vgl. Słownik, Bd. 2, a. a. O., S. 348 f.; Kiersnowski, Ryszard, a. a. O., S. 114.

82 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 126 Z. 21 u. S. 127 Z. 3.

den Quellen hin. Der Ende des 10. Jahrhunderts wirkende jüdische Kaufmann Ibrahim-ibn-Jakub berichtet⁸³, daß die Ubaba, also die Wolliner, am Weltmeer eine Stadt mit zwölf Toren und einem Hafen hätten und Mieszko I. bekriegten. Die Unloini oder Vuloini erwähnt auch Widukind von Korvei, der namhafteste deutsche Geschichtsschreiber des 10. Jahrhunderts.⁸⁴ Aus einer etwas späteren Zeit überliefert uns Thietmar von Merseburg eine Nachricht, die auf die recht weitgehende politische Selbständigkeit Wollins gegenüber den Herren Pommerns und Polens zu Beginn des 11. Jahrhunderts schließen läßt. Im Jahre 1007 erscheinen neben Gesandten der Liutizen und des Herzogs von Böhmen auch Abgesandte der großen "civitas Livilni" zu Ostern in Regensburg bei König Heinrich II. und verlangen Hilfe gegen Boleslaw Chrobry.⁸⁵ Die große "civitas Livilni" wird heute in der deutschen⁸⁶ und polnischen Forschung⁸⁷ übereinstimmend auf Wollin bezogen.

Ein weiteres eindrucksvolles Zeugnis von der Größe dieses Ortes gibt uns der aus dem östlichen Franken stammende Domscholaster Adam, der um 1075 aufgrund älterer Chroniken und Urkunden sowie mündlicher Nachrichten eine Hamburgisch-Bremische Kirchengeschichte verfaßte. Nach Adam war die hochberühmte "civitas Jumne" für Barbaren, Slawen und Griechen ein viel beachteter Treffpunkt. Auch die Fremden aus Sachsen hatten hier gleiches Niederlassungsrecht. Die "urbs", wie Wollin von Adam ebenfalls bezeichnet wurde, sei mit Waren aller Völker des Nordens angefüllt - nichts Begehrenswertes oder Seltenes fehle.⁸⁸

Die etwas überschwengliche Darstellung wiederholt nahezu wörtlich der in Sachsen geborene, später als Pfarrer am Plöner See zu Holstein lebende Helmold von Bosau, der, gestützt auf eigene Erlebnisse und mündliche Überlieferung, zwischen 1160 und 1170 eine Chronik der Slawen verfaßte, die auch heute noch namentlich für die deutsch-slawischen Beziehungen im Nordosten Deutschlands als eines der besten Quellenwerke des 12. Jahrhunderts gilt. Bei ihm ist unter anderem von der sehr selbstbewußten "civitas" der Slawen (civitas opinatissima Slavorum nomine Jumneti)⁸⁹ die Rede. Ähnlich wie die um 1150 entstandene, unter dem Namen *Annalista Saxo*⁹⁰ bekannte Aufzeichnung übernimmt er die Angaben Adams von Bremen. Besonders nachhaltig tritt Wollin in den Gesichtskreis deutscher Chronisten, als Otto von Bamberg zu Beginn des 12. Jahrhunderts seine Missionsfahrten nach Pommern durchführt, die in einigen Biographien des "Pommernbischofs" beschrieben werden.⁹¹ Einer ih

83 Jacob, Günter, a. a. O., S. 49.

84 Widukind von Korvei, a. a. O., S. 143 Z. 22.

85 Thietmar von Merseburg, a. a. O., S. 313 Z. 37; vgl. auch die polnische Ausgabe Kronika Thietmara, hg. v. Marian Zygmunt Jedlicki, Poznań 1953, S. 362 Anm. 165 (Literaturangaben).

86 Vgl. Brüske, Wolfgang, Untersuchungen zur Geschichte des Lutizenbundes, in: *Mitteldeutsche Forschungen*, Bd. 3, München/Köln 1955, S. 203; Herrmann, Joachim, a. a. O., S. 20 ff., 122 f. u. 232.

87 Kronika Thietmara, a. a. O., S. 362; Historia Pomorza, Bd. 1, T. 1, a. a. O., S. 265 f. u. 277 f.

88 Magister Adam Bremensis gesta Hammaburgensis ecclesia pontificum (Adam von Bremen, *Hamburgische Kirchengeschichte*; im folgenden: Adam von Bremen), 3. Aufl. Hannover/Leipzig 1917, S. 137 Z. 21 = *MGH, Scriptorum Rerum Germanicarum*.

89 Helmoldi presbyteri Bozoviensis Chronica Slavorum (Helmold von Bosau, *Slawenchronik*; im folgenden: Helmold von Bosau), 3. Aufl. Hannover 1937, S. 32 Z. 9 = *MGH, Scriptorum Rerum Germanicarum*.

90 Annalista Saxo, Hannover 1841, S. 631 Z. 14 = *MGH, Scriptorum*, Bd. 6.

91 Über die Glaubwürdigkeit der über Bischof Otto von Bamberg verfaßten Lebensbeschreibungen vgl. Andernacht, Dietrich, *Die Biographien Bischofs Ottos von Bamberg*, phil. Diss. Frankfurt (Main) 1950, S. 37 ff.; Łowmiański, Henryk, a. a. O., S. 202 f.; Li-

rer Verfasser, der Mönch Ebbo aus Michelsberg bei Bamberg, hat zwar den Bischof noch persönlich gekannt, selbst aber nicht an den missionarischen Unternehmungen Ottos in Pommern teilgenommen. Ebbo schilderte diese vor allem nach mündlichen Mitteilungen des Priesters Udalrich von der Sankt-Egidien-Kirche, der Otto von Bamberg bei seiner zweiten Missionsfahrt begleitete und 1159 starb. Ebbo bezeichnet Wollin als hochberühmte "civitas" (civitas nobilissima)⁹², große "urbs" (urbs magna)⁹³.

Auch ein anderer Biograph Ottos von Bamberg, Herbord, ebenfalls Mönch in Michelsberg, erwähnt Wollin. Er benutzte Ebbos Werk und kannte den Bischof persönlich nicht mehr. In der um 1158/59 verfaßten Lebensbeschreibung, die in Dialogform, teilweise sogar in einer Art Dreigespräch dargestellt wird, berichtet der Mönch Sefrid, der den Bischof selbst in Pommern begleitete, über dessen Erlebnisse. Als das Gespräch auf Wollin kommt, wird der Ort als große und starke "civitas" (civitas magna et fortis) bezeichnet.⁹⁴ Nach neueren Forschungen ist zu erwägen, ob Herbord das, was er als Erzählung eines Mönches hinstellt, nicht direkt von Ebbo abgeschrieben hat.⁹⁵

Über die "civitas" Wollin erfahren wir bei Ebbo und Herbord noch einige interessante Einzelheiten. So überliefert Herbord, daß der "dux Pomeraniae" in verschiedenen "civitates", unter anderem auch in Wollin, ein geschütztes Anwesen (palacium) mit Häusern und Höfen besaß.⁹⁶ Auf ein gewisses Asylrecht deutet die Bemerkung hin, daß laut Gesetz (lex) die Sicherheit und Unverletzlichkeit desjenigen, der von einem Feind verfolgt werde und in einem solchen "palacium" Zuflucht suche, zu respektieren sei.⁹⁷ Auch von kleinen Brücken und Straßen im Inneren Wollins ist die Rede, die teilweise nur schwer passierbar gewesen seien.⁹⁸ Regengüsse und die auf die Straßen geleiteten Abwässer hätten die Wege oft in tiefen Morast verwandelt. Die Bewohner hätten dann an Kreuzungen angebrachte Springsteine benutzt und sich dicke Holzsohlen, sogenannte Trippen, unter die Schuhe gebunden, um überhaupt vorwärtszukommen.

Schließlich sei darauf verwiesen, daß neben altrussischen Heldenliedern⁹⁹ (Bylinen) auch skandinavische erzählende Quellen Wollin erwähnen. In den Liedern des Arnorr Jarlaskald, in denen die Kämpfe Magnus des Guten von Norwegen und Dänemark geschildert werden, kommt auch Jomi, also Wollin, vor, das 1043 zum erstenmal von Magnus erobert wur-

man, Karol, Stań badań nad żywotami sw. Ottona z Bambergu (Stand der Forschungen zu den Biographien über Bischof Otto von Bamberg), in: Studia źródłoznawcze (Quellenkundliche Studien), Bd. 3, Poznań 1958, S. 23 f.; Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 7, Freiburg (Breisgau) 1962, Sp. 1302 f.; Wattenbach, Wilhelm/Holtzmann, Robert, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter, T. 2, Neuausgabe hg. v. Franz-Josef Schmale, Weimar 1967, S. 483 f.

92 Ebbo, a. a. O., S. 91.

93 Ebenda, S. 66.

94 Herbord, a. a. O., S. 735 Z. 43 f.

95 Vgl. Andernacht, Dietrich, a. a. O., S. 68 f.

96 Herbord, a. a. O., S. 735 Z. 49 f.

97 Ebenda.

98 Ebenda, S. 736 Z. 27.

99 Vilinbachov, V. B., Baltijskie slavjane v ruskom èpose i folklore, a. a. O., S. 155 f.; derselbe, Baltijskie slavjane i Ruś, a. a. O., S. 253 f. - Die Bylinen als älteste Form der epischen Volksdichtung in Rußland stammen etwa aus der Zeit vom 10. - 16. Jh. Sie wurden im 17. und Anfang des 18. Jh. aufgezeichnet und können nur bedingt als aussagekräftige historische Quellen herangezogen werden. In einem dieser Heldenlieder, der Byline des Fürsten Stepanovič, werden u. a. die "berühmte, reiche Stadt (gorod) Wollin", das "Wolliner Meer" und die "Insel Wollin" genannt.

de¹⁰⁰ - ein Ereignis, an das sich die sogenannte Vinetasage knüpfte. Als Jomsburg tritt uns Wollin dann für das Jahr 1170 in der dänischen Knythlingasaga entgegen.¹⁰¹ Glaubwürdige Zeugnisse für die Mutmaßung, wonach eine besondere dänische Feste, die Jomsburg, in der Gegend der Odermündung seit der Zeit Harald Blauzahns bestanden haben soll, liegen nicht vor. Was jüngere nordische Quellen, wie etwa die Jomswikinger-Sage aus dem 14. Jahrhundert, von der Niederlassung nordischer Wikinger an der slawischen Ostseeküste und ihren Heldentaten berichten, hält der Kritik nicht stand. Das einzige, was sich durch Adam von Bremen namentlich nachweisen läßt, ist das pomoranische Julin - Wollin. Eine besondere befestigte Anlage "Jomsburg", eine Stadt "Jumne", "Jumnet" oder Vineta gab es nicht.¹⁰²

Fassen wir noch einmal kurz zusammen, was uns die erzählenden Quellen, namentlich Thietmar, Adam von Bremen und die Biographien des Bischofs Otto von Bamberg über Wollin berichten. Es ergibt sich ganz eindeutig, daß diese "civitas" einer der wichtigsten Handelsplätze an der Ostsee im 10. bis 12. Jahrhundert war, wo Kaufleute aus den verschiedensten Ländern ihre Waren umschlugen.¹⁰³ Die Bewohner der "civitas" trieben Fernhandel und nahmen seit dem 10. Jahrhundert eine recht selbständige Stellung sowohl gegenüber dem "dux Pomeraniae" als auch gegenüber den polnischen Herrschern ein.¹⁰⁴ 1007 traten die Wolliner neben Böhmen und Liutizen gleichberechtigt auf dem Hoftag Heinrichs II. in Regensburg auf, wo sie Hilfe gegen Boleslaw Chrobry erbaten.¹⁰⁵

Bevor wir uns weiteren Orten in Westpommern zuwenden, soll noch kurz auf eine weiter zurückliegende, eigentümliche Nachricht eingegangen werden, die Rimbert in einer zwischen 865 und 876 verfaßten Biographie des 801 in der Nähe des Klosters Corbie an der Somme geborenen Erzbischofs Ansgar von Hamburg überliefert, der sich vor allem der Mission im Norden widmete. Rimbert berichtet von einer "urbs" im Gebiet der Slawen (urbs in finibus Slavorum), die zwischen 830 und 850 von den Dänen geplündert wurde. Von den Bewohnern (habitantès) der "urbs" sei wertvolle Beute zu holen gewesen.¹⁰⁶ Mit großer Wahrscheinlichkeit handelt es sich hierbei um eine an der pommerschen Küste gelegene Siedlung, die sich jedoch nur sehr schwer genauer lokalisieren läßt. Es ist möglich, daß hier eine jener Ansiedlungen gemeint ist, aus denen später Kofobrzeg oder Wollin hervorging, wie zuletzt Leciejewicz annahm.¹⁰⁷ Über Vermutungen wird hier aber nicht hinauszukommen sein.

100 Labuda, Gerard, *Śłowianszczyzna pierwotna* (Das alte Slawentum), Warschau 1954, S. 305 f.

101 Monumenta Germaniae Historica, *Scriptores*, Bd. 29, Hannover 1892, S. 274 Z. 17.

102 Hofmeister, Adolf, *Der Kampf um die Ostsee vom 9. - 12. Jahrhundert*, 2. Aufl. Greifswald 1942, S. 15 ff. u. 43 f.; Warnke, Charlotte, *Die Anfänge des Fernhandels in Polen (900 - 1025)*, Würzburg 1964, S. 47 f.

103 Vgl. auch Bollnow, Hermann, *Studien zur Geschichte der pommerschen Burgen und Städte im 12. u. 13. Jahrhundert*, Köln/Graz 1964, S. 8 f.; die Rezension dazu von Herrmann, Joachim, in: *Deutsche Literaturzeitung*, H. 12/1967, Sp. 1108 f.

104 Vgl. auch Helbig, Herbert/Simsch, Adelheid, a. a. O., S. 223. f.

105 Thietmar von Merseburg, a. a. O., S. 313 Z. 37. *

106 *Vita Anskarii auctore Rimberto* (Das Leben des Ansgar, verfaßt von Rimbertus), Hannover 1884, S. 43 = *MGH, Scriptores Rerum Germanicarum*; vgl. auch Schlesinger, Walter, *Burg und Stadt*, a. a. O., S. 143.

107 Leciejewicz, Lech, *Początki*, a. a. O., S. 54 f.

4.4. Szczecin

Ein anderer, sehr wichtiger Ort Westpommerns, Szczecin, findet, lassen wir einmal die unterschiedlich interpretierte "civitas Schinesghe" im sogenannten Dagome-iudex-Fragment außer acht¹⁰⁸, in den erzählenden Quellen der verschiedensten Länder reiche Erwähnung. Nicht nur der arabische, in Sizilien lebende Geograph al-Idrisi erwähnt unter den von ihm als groß bezeichneten polnischen Städten auch Nugraa Sitnu¹⁰⁹ - also wahrscheinlich Szczecin. Beachtung verdient hier vor allem der dänische Geschichtsschreiber Saxo Grammaticus, der eine nicht allein für die nordische Sagengeschichte wichtige "Geschichte der Dänen" verfaßte. Vielmehr geht er besonders in den letzten Kapiteln, die wohl Ende des 12. Jahrhunderts entstanden, auf die dänischen Eroberungszüge in Pommern ein. Er überliefert für diese Gebiete wertvolle kulturhistorische Einzelheiten und nennt unter anderem verschiedene pomoranische Ortschaften - vor allem aber Szczecin. Besondere Aufmerksamkeit widmet Saxo, seinem Anliegen entsprechend, den Kriegszügen der Dänen nach Pommern, ihren Siegen und Niederlagen und den dabei umkämpften Festungsanlagen. So schildert Saxo besonders eindrucksvoll die Befestigung von Szczecin, um so den Fehlschlag des dänischen Eroberungsversuchs zu begründen. Die "urbs" Szczecin sei von einem hervorragenden Wall umgeben und durch ihre natürliche Lage sowie die Festungsbaukunst der Bewohner nahezu uneinnehmbar.¹¹⁰

Daß Szczecin nicht nur als Festung, als Burg, wichtig war, sondern als eine der bedeutendsten städtischen Siedlungen in Pommern im 12. Jahrhundert zu gelten hat, bezeugen recht eindrucksvoll alle drei Biographen Ottos von Bamberg. Den Anfang machte Wolfger von Prüfening, der den Bischof selbst kannte und zwischen 1140 und 1146 dessen Lebensbeschreibung verfaßte. Wolfger, der selbst nicht in Pommern war, stützte sich auf Berichte der Begleiter Ottos von Bamberg - vor allem auf Mitteilungen des Bischofs von Wollin, der auch als Dolmetscher des Missionars fungierte. Bezeichnet Wolfger die "civitas" Szczecin als Hauptstadt der Provinz (provinciae metropolis)¹¹¹, so belegt Ebbo, der zweite Biograph Ottos, diese "civitas" sogar mit den Attributen "vielgerühmt, riesengroß, großmächtig" (nobilissima, amplissima, potentissima)¹¹². Herbord schließlich krönt die Fülle der Superlative mit der Bemerkung, Szczecin sei nicht nur die Hauptstadt ganz Pommerns (totius Pomeraniae metropolis), sondern auch eine "sehr alte und vielgerühmte" (antiquissima et nobilissima) "civitas", ja die Mutter aller "civitates" Pommerns überhaupt.¹¹³ Als 1147 die Kreuzfahrer im Verlaufe des sogenannten Wendenkreuzzuges in Pommern einfielen, erreichten sie, wie Vincent von Prag in seinen Annales berichtet, auch die "metropolis Stetin".¹¹⁴

Ist der kritische Betrachter auch geneigt, am überschwenglichen Lobpreis der Chronisten einige Abstriche vorzunehmen, so steht doch fest, daß Szczecin tatsächlich seit dem Ende des 11. Jahrhunderts an der Spitze der pomoranischen "civitates" stand. Wie Herbord bezeugt, wurde hier wöchentlich zweimal Markt abgehalten. In der Mitte des Marktplatzes er-

108 Codex diplomaticus necnon epistolaris Silesiae, a. a. O., Nr. 2, S. 8 f.; dazu Leciejewicz, Lech, Początki, a. a. O., S. 263; vgl. auch Słownik, Bd. 1, a. a. O., S. 271 f.

109 Vgl. zuletzt Hensel, Witold, Anfänge, a. a. O., S. 116; derselbe, Slawen, a. a. O., S. 322.

110 Saxo Grammaticus, a. a. O., S. 488 Z. 32 - S. 490 Z. 2.

111 Prüfeninger Vita, a. a. O., S. 49; vgl. Historia Pomorza, Bd. 1, T. 1, a. a. O., S. 301 f.; ebenda, Bd. 1, T. 2, Poznań 1969, S. 43.

112 Ebbo, a. a. O., S. 91 u. 93.

113 Herbord, a. a. O., S. 727 Z. 4 u. S. 737 Z. 17.

114 Vincenti Pragensis Annales (Die Jahrbücher des Vincent von Prag), S. 663 Z. 14 (1147) = MGH, Scriptores, Bd. 17.

richtete man eine Kirche.¹¹⁵ Die Einwohnerzahl des damaligen Szczecin läßt sich aufgrund der 900 "Familienväter" (patres familias), die Herbord für die "civitas" angibt, ungefähr errechnen.¹¹⁶ Es existierten etwa 400 bis 500 Herdstellen, was ungefähr 2 500 bis 3 000 Bewohnern entspricht.¹¹⁷ Einzelne Hinweise namentlich bei Ebbo gestatten es uns, einen Blick in die soziale Struktur der "civitas Stetinensis" zu werfen. Die Angehörigen der herrschenden Schicht werden als "maiores", "potentes" und "primates" bezeichnet. Unter ihnen erwiesen sich zwei als besonders einflußreich. Ebbo erwähnt zunächst einen gewissen "Domuzlaus". Als "oberster Adliger" (primor nobilis) und "hervorragendster Angehöriger des Adels von Szczecin" (ex genere nobilitate inter Stetinenses eminentissimus) verfügte er über Grundbesitz und etwa 500 Unfreie.¹¹⁸ Außer ihm nennt Ebbo noch den "sehr mächtigen Mann" (praepotens vir) und den "überaus mächtigen Bürger" (civis potentissimus) "Witsacus" oder "Wirtschachus". Der Chronist berichtet, daß dieser "civis" mehrfach nach Dänemark gezogen und mit reicher Beute zurückgekehrt sei - ähnlich wie die Dänen öfters "Piratenzüge" (incursiones piraticas) nach Pommern unternahmen.¹¹⁹ Offenbar war Handel, verbunden mit Piraterie, eine wesentliche Quelle des Reichtums dieser Oberschicht. Weiter überliefert Ebbo, daß Wirtschachus erheblichen Einfluß auf "principes" und "maiores", also die herrschenden Kreise, in Szczecin ausgeübt und sie schließlich dazu bewegen habe, den heidnischen Göttern zu entsagen und den christlichen Glauben anzunehmen.¹²⁰

Diese Oberschicht stand über der Masse der Bevölkerung, den "parvuli" oder "mediocres", und führte in der Versammlung der Bewohner der "civitas" das Wort. Sie war im Jahre 1124 maßgebend an den Verhandlungen über die Friedensbedingungen mit Boleslaw III. (1102 bis 1138) beteiligt und entschied auch über die Annahme des christlichen Glaubens¹²¹, zu dessen Verbreitung in Pommern ja Bischof Otto von Bamberg wesentlich beitrug, der damit den Feudalisierungsprozeß in diesen Gebieten vorantrieb.

Im Verlauf der Eroberungszüge, die Boleslaw III. nach Pommern unternahm, leistete ihm außer Wollin, Szczecin und Kołobrzeg auch Białogard Widerstand, wurde aber schließlich doch erobert. Gallus Anonymus bezeichnet diese städtische Siedlung als "urbs" und "civitas" und belegt sie mit den schmeikenden Beiworten "einfluß- und volkreich" (opulens et populosa), "prächtig und hervorragend" (regia et egregia).¹²² Es handelt sich hier offenbar um einen gut befestigten, volkreichen Ort, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß Gallus bei seiner Schilderung der Befestigung etwas übertreibt, um die Einnahme durch seinen "Helden" Boleslaw III. besonders pointieren zu können.

115 Herbord, a. a. O., S. 737 Z. 45 f.

116 Ebenda, S. 741 Z. 43.

117 Dziewulski, Witold, Zaludnienie i rozmiary Szczecina w r. 1124 (Bevölkerung und Umfang Szczecins im Jahre 1124), in: Kwartalnik Historii Kultury Materialnej (Vierteljahresschrift für die Geschichte der materiellen Kultur), Bd. 2, Warschau 1954, S. 45 f.; vgl. Łowmiański, Henryk, a. a. O., S. 205 f.

118 Ebbo, a. a. O., S. 69.

119 Ebenda, S. 95.

120 Ebenda, S. 94 f. u. 125.

121 Zernack, Klaus, a. a. O., S. 229; Leciejewicz, Lech, Początki. a. a. O., S. 273 f.

122 Gallus Anonymus, a. a. O., S. 89 Z. 9, 12 u. 16; vgl. Słownik, Bd. 1, a. a. O., S. 111.

4.5. Wolgast und Kamieñ

Unter den größeren Orten Westpommerns sind schließlich noch Wolgast und Kamieñ zu nennen. Wolgast wird von Ebbo als "überaus einflußreiche" (opulentissima) "civitas"¹²³, von Herbord als "civitas"¹²⁴, von Helmold von Bosau als "urbs"¹²⁵ und in der dänischen Knythlingasaga als "Valagust" bezeichnet.¹²⁶ Auch dieser wichtige Handelsort trat den Herrschaftsbestrebungen besonders der pomoranischen Fürsten in ähnlicher Weise entgegen, wie wir es bei anderen städtischen Siedlungen Westpommerns beobachten konnten. Kamieñ, von Ebbo "castrum", "magnum castrum", "castellum"¹²⁷, von Herbord "civitas", auch "civitas ducis Camin"¹²⁸ und von Saxo Grammaticus mehrfach "urbs" genannt¹²⁹, blieb bis zum Beginn des 12. Jahrhunderts etwas im Hintergrund. Erst als Wollin in dieser Zeit den Höhepunkt seiner Entwicklung überschritten hatte und der Niedergang begann, hob sich allmählich die Bedeutung von Kamieñ. Als schließlich 1188 durch eine Bulle Papst Clemens III. die Verlegung des Bischofssitzes von der im Kriege verwüsteten "civitas" Wollin nach der "civitas" Kamieñ bestätigt wird, da dieser Ort "sicherer" (securior) und "volkreicher" (populosior) sei, verfügt Kamieñ über eine "taberna", einen Markt und besitzt mehrere Dörfer.¹³⁰ Zweifellos wurde das wirtschaftliche Wachstum von Kamieñ zusätzlich dadurch gefördert, daß es als Bischofssitz das 1140 begründete Bistum Wollin ablöste. Über die gesellschaftliche Bevölkerungsstruktur dieser befestigten "civitas" oder die Berufe ihrer Einwohner erfahren wir aus den erzählenden Quellen leider nichts.

Aus unseren bisherigen Ausführungen ergibt sich, daß vor allem Szczecin, ähnlich wie Wollin, im 12. Jahrhundert eine der bedeutendsten städtischen Siedlungen an der pomoranischen Ostseeküste war und von erzählenden Quellen aus dem deutschen und skandinavischen Bereich mehrfach gerühmt wird. Namentlich Saxo Grammaticus und die Biographen Ottos von Bamberg lassen erkennen, daß Szczecin nicht nur eine schwer zu erobernde Festungsanlage, sondern in gleichem Maße ein wichtiges Handelszentrum war und neben Wollin eine führende Rolle auch in den Auseinandersetzungen mit den Expansionsbestrebungen der polnischen Herrscher spielte.¹³¹ Im 12. Jahrhundert, zur Zeit der Missionsfahrten Ottos von Bamberg nach Pommern, stand dabei in Szczecin ebenso wie in Wollin und Kołobrzeg eine feudale Oberschicht an der Spitze. Diese "maiores", "optimates" oder "potentes" genannten Herren verfügten über Grundbesitz, trieben Handel und betätigten sich auch als Seeräuber. Vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, sie waren es, die über das innere Leben der "civitas" oder auch deren "außenpolitische" Angelegenheiten entschieden.¹³²

Während Szczecin, Wollin, Wolgast, Białogard, Kamieñ, Kołobrzeg und Gdańsk zu den bedeutenden, reichen und auch mächtigen nichtagrarischen Wirtschaftszentren in Pommern zählten, erlangten die folgenden Orte nicht jene Bedeutung wie die eben erwähnten städtischen Siedlungen.

123 Ebbo, a. a. O., S. 106.

124 Herbord, a. a. O., S. 749 Z. 48.

125 Helmold von Bosau, a. a. O., S. 155.

126 Monumenta Germaniae Historica, Scriptores, Bd. 29, a. a. O., S. 319 Z. 29.

127 Ebbo, a. a. O., S. 86 u. 102; vgl. auch Bollnow, Hermann, a. a. O., S. 170 f.

128 Herbord, a. a. O., S. 733 Z. 48, S. 734 Z. 18 u. S. 735 Z. 1.

129 Saxo Grammaticus, a. a. O., S. 483 Z. 18 - 24.

130 Vgl. Bollnow, Hermann, a. a. O., S. 186 Anm. 87; Codex Pomeraniae Diplomaticus (Pommersches Urkundenbuch), Bd. 1, hg. v. Friedrich Wilhelm Hasselbach u. Gottfried Carl Kosegarten, Greifswald 1862, Nr. 63 (1188).

131 Leciejewicz, Lech, Anfänge, a. a. O., S. 127 f.

132 Derselbe, Początki, a. a. O., S. 196 f.

Außer Gützkow¹³³, das bei Herbord als "civitas", bei Saxo Grammaticus als "urbs Cozco-va"¹³⁴ und in der Knythlingasaga als "Kotsburgaburg"¹³⁵ in Erscheinung tritt, sind hier zunächst Demmin und Usedom anzuführen. Demmin wird von Ebbo¹³⁶, Herbord¹³⁷ und in der Prüfeninger Vita des Bischofs von Bamberg "civitas"¹³⁸, bei Adam von Bremen¹³⁹ wie Helmold von Bosau¹⁴⁰ sowohl "civitas" als auch "urbs" genannt und von Saxo Grammaticus als "urbs" bezeichnet¹⁴¹. Darüber hinaus bezeugt Ebbo, daß die Bewohner des Ortes den sich nähernden Bischof Otto von Bamberg, zu einer "öffentlichen Beratung" (conventus forensis) versammelt, vor dem Tor der "civitas" erwarteten.¹⁴² Ähnlich wie in einigen anderen pomoranischen "civitates" gab es auch in Demmin eine Art "Versammlung", wo alle wichtigen Angelegenheiten beraten wurden. Sicherlich war, wiederum ähnlich wie in den anderen städtischen Siedlungen Pommerns, auch in Demmin der Einfluß der "primores" groß, deren Existenz Ebbo für Demmin ausdrücklich bezeugt und die hier wie anderwärts die Oberschicht bildeten.¹⁴³

Das von Herbord als "civitas Unxnoimia"¹⁴⁴ und in der Knythlingasaga als "urbs Ozna" erwähnte Usedom¹⁴⁵ sei deshalb noch kurz genannt, weil sich an dessen Beispiel der offenbar nicht unbedeutende Marktverkehr recht deutlich zeigt. So sei, da der Lärm der Händler an Markttagen die Andacht der Mönche gestört habe, im Jahre 1184 das Kloster Grobe aus der Vorburg auf den Marienberg bei Usedom verlegt worden.¹⁴⁶

Schließlich sei noch ein kurzer Blick einer Ortschaft gewidmet, die bis heute noch nicht eindeutig identifiziert werden konnte: der bei Herbord¹⁴⁷, Ebbo¹⁴⁸ und Wolfer¹⁴⁹ in ihren Biographien Ottos von Bamberg erwähnten rätselhaften "civitas Clodona", die auch unter der Bezeichnung "villa pergrandis" oder "locus Clodinensis" auftritt. Den Angaben der erzählenden Quellen entsprechend überwog hier wie auch in anderen pomoranischen "civitates" der Handel, der über die Ostsee mit verschiedenen "insulae" getrieben wurde. In erster Linie wäre hier wohl an Rügen zu denken. Wahrscheinlich ist "Cloden, Chlodona" mit dem heutigen zwischen Kamieñ und Kołobrzeg an einer alten Handelsstraße gelegenen Kłodkowa¹⁵⁰ zu identifizieren.

133 Ebbo, a. a. O., S. 109.

134 Saxo Grammaticus, a. a. O., S. 451 Z. 3 f.

135 Monumenta Germaniae Historica, Scriptores, Bd. 29, a. a. O., S. 317 Z. 18.

136 Ebbo, a. a. O., S. 104 (civitas), S. 102 (urbs).

137 Herbord, a. a. O., S. 745 Z. 15, S. 747 Z. 58.

138 Prüfeninger Vita, a. a. O., S. 82.

139 Adam von Bremen, a. a. O., S. 77 Z. 5 (civitas), S. 80 Z. 3 (urbs).

140 Helmold von Bosau, a. a. O., S. 8 Z. 33 (civitas), S. 15 Z. 30 (urbs).

141 Saxo Grammaticus, a. a. O., S. 450 Z. 38.

142 Ebbo, a. a. O., S. 102.

143 Ebenda, S. 104 f.; vgl. allgemein Zernack, Klaus, a. a. O., S. 230.

144 Herbord, a. a. O., S. 799 Z. 11.

145 Monumenta Germaniae Historica, Scriptores, Bd. 29, a. a. O., S. 75 Z. 41.

146 Codex Pomeraniae Diplomaticus, Bd. 1, a. a. O., Nr. 56 (1184).

147 Herbord, a. a. O., S. 744 Z. 43 f.

148 Ebbo, a. a. O., S. 86.

149 Prüfeninger Vita, a. a. O., S. 69 mit Anm. 2.

150 Früher Klotkow (Klotikow) an der Rega zwischen Treptow (Rega) und Greifenberg; vgl. auch Kiersnowski, Ryszard, Kłodona - Kłodzień - wczesnośredniowieczna osada Pomorska (Kłodona - Kłodzień - eine frühmittelalterliche Siedlung in Pommern), in: Studia wczesnośredniowieczne (Frühmittelalterliche Studien), Bd. 3, Warschau 1955, S. 87 f.

Fassen wir noch einmal die Ergebnisse unserer Ausführungen über die städtischen Siedlungen in Pommern zusammen. Insgesamt darf festgestellt werden, daß nahezu alle wichtigen pomoranischen Wirtschaftszentren des 11. und 12. Jahrhunderts in den erzählenden Quellen tatsächlich erfaßt sind. Im Vergleich zu dem, was sie über die binnenländischen Siedlungen berichten, ist das Bild, das namentlich in den Lebensbeschreibungen des Bischofs von Bamberg und bei Adam von Bremen von den "urbes" und "civitates" in Pommern gezeichnet wird, weitaus eingehender und farbenreicher. In der Unterscheidung nach Berufen wird den Kaufleuten in den städtischen Siedlungen an der Ostseeküste die erste Stelle eingeräumt. Aber daneben treten auch Handwerker auf. Wir finden Drechsler, Zimmerleute, Töpfer, Weber und metallverarbeitende Berufe. Ganz allgemein ist zu sagen, daß die Bewohner der "urbes" und "civitates" vielfach Fischerei, aber auch Ackerbau, Viehzucht und Imkerei betrieben - ein deutliches Zeichen dafür, wie eng "Stadt" und "Land" im 11. und 12. Jahrhundert in Pommern noch miteinander verflochten waren. Der innere Aufbau und die Anlage der städtischen Siedlungen werden von den erzählenden Quellen gleichfalls beschrieben. Zwischen Blockhäusern führen Bohlenwege entlang, und auf den Marktplätzen stehen - oft an der Stelle der ehemaligen heidnischen Tempel errichtete - Kirchen.¹⁵¹

Unter den Bewohnern der pomoranischen Wirtschaftszentren tritt deutlich eine Oberschicht hervor, die durch Gewinne aus dem Fernhandel und der Piraterie reich gewordenen "magnates", "primores", "maiores", "potentes", die über Grundbesitz verfügen und an der Entscheidung aller wichtigen Angelegenheiten maßgeblich beteiligt sind. Vergleicht man die im Inneren und an der Ostseeküste Polens gelegenen, teilweise bedeutenden nichtagrarischen Wirtschaftszentren mit entsprechenden Erscheinungen in Westeuropa, so fallen zweifellos bestehende Ähnlichkeiten und mancher übereinstimmende Grundzug in der ökonomischen und sozialen Struktur deutlich ins Auge. Allerdings weist die weitere Entwicklung über das präkommunale Stadium hinaus zur privilegierten "Stadt im Rechtssinn" in Ost und West unverkennbare Unterschiede auf, wobei innerhalb des slawischen Geschichtsbereichs wiederum zwischen Polen und Böhmen einerseits und Rußland auf der anderen Seite zu differenzieren ist.

Speziell für Pommern wäre zu prüfen, ob die außerordentlich rege Teilnahme der Oberschichten am Fernhandel, dem wir bei voller Berücksichtigung der vorhandenen gewerblichen Produktion im Gegensatz zu manchen im Innern Polens gelegenen städtischen Siedlungen für die Entstehung der pomoranischen "civitates" eine entscheidende Bedeutung beimessen, nicht dazu führte, daß die "primores" und "magnates", die reiche Handelsgewinne erzielten, zunächst nicht so stark am Aufbau von feudal strukturiertem Grundeigentum interessiert waren. Es scheint so, als ob die dadurch mitbedingte relativ schwache Feudalentwicklung in Pommern im 11. und 12. Jahrhundert das rasche Aufkommen bedeutender Handelszentren erheblich begünstigte, jener Handelszentren, die sich mit Erfolg gegen die Herrschaftsbestrebungen pomoranischer und polnischer Fürsten und Feudalgewalten zur Wehr setzten.¹⁵²

151 So schon Tymieniecki, Kazimierz, Podgródzia, a. a. O., S. 76; vgl. weiter Kiersnowski, Ryszard, Budownictwa, a. a. O., S. 107 f.; derselbe, Grodziska pomorskie w najdawniejszych przekazach źródeł pisanych (Pommersche Burgen in der ältesten schriftlichen Überlieferung), in: Archaeologia Polaki (Die Archäologie Polens), Bd. 2, Warschau 1958, S. 242 f.; Leciejewicz, Lech, Początki, a. a. O., S. 186 f.

152 Vgl. auch Leciejewicz, Lech, Anfänge, a. a. O., S. 127 ff. - Zweifellos war die Verknüpfung der verschiedenen städtischen Siedlungen in Pommern mit der ländlichen Umgebung noch sehr eng. Verschiedene "primores" der einzelnen "civitates" verfügten über Landbesitz. Daß sie jedoch, wie etwa im 14. Jh. die Lehnbürger in Brandenburg, Naturaleinkünfte aus ihrem Grundbesitz für den Handel verwandten und den dabei erzielten Erlös wiederum für den Ankauf von Grundeigentum benutzten, kann für das

Kann auf dem Hintergrund des bisher Ausgeführten die berechnete Frage nach der Glaubwürdigkeit der ja aus zweiter Hand schöpfenden Biographen Ottos von Bamberg, die uns das meiste Material liefern, positiv beantwortet werden, so steuern die bisher durchgeführten Ausgrabungen ein übriges bei, um die Angaben der erzählenden Quellen weitgehend zu bestätigen. Generell ist festzuhalten, daß die erzählenden Quellen im europäischen Maßstab die wichtigsten städtischen Siedlungen in Polen im frühen Mittelalter, also bis ins 12. Jahrhundert hinein, erwähnen und in teilweise anschaulicher Form schildern. Diese "urbes", "civitates", "oppida" liegen, entwicklungsgeschichtlich gesehen, fast durchweg zwischen den primitiven vorstädtischen Siedlungen, die Archäologen für das 8. und 9. Jahrhundert erschlossen, und der im 13. Jahrhundert erfolgenden urkundlich deutlich erfassbaren deutschrechtlichen Lokation.

Diese aufgrund der Aussagen erzählender Quellen vor allem des 11. und 12. Jahrhunderts erzielten Resultate zieht nun eine deutsche Quelle aus dem 14. Jahrhundert in Zweifel. Ein Mönch des schlesischen Zisterzienserklosters Leubus unterstellt in einer um 1384 entstandenen Aufzeichnung dem polnischen Volk, der "gens Poloniae", ganz allgemein eine niedrige Kulturstufe. Weder "civitates" noch "oppida" habe es auf polnischem Gebiet gegeben. Erst mit dem Einzug der Zisterzienser sei alles besser geworden.¹⁵³

Bei der historischen Wertung dieser Quelle dürfte es vor allem darauf ankommen, sie in den größeren Zusammenhang der Gründung von Zisterzienserklöstern in Deutschland und im ostelbischen Gebiet zu stellen. Aufzeichnungen aus den Klöstern Loccum in Niedersachsen, Volkrode in Thüringen, Doberan, Kolbatz und Dargun in Mecklenburg zeigen ganz deutlich die Absicht, die Kultivierungsarbeit der Mönche herauszustreichen. Für die gewünschte Kontrastwirkung war eine übertriebene Ödlandsschilderung der passende Hintergrund. Neuere siedlungsgeschichtliche Arbeiten zeigen die Brüchigkeit der These, wonach die Zisterzienser sich vor allem östlich der Elbe durchweg in völliger Wildnis niedergelassen hätten und es allein der Arbeit der Mönche in der grauen Kutte zu verdanken sei, wenn aus hoffnungsloser Wüstenei gleichsam mit einem Schläge blühende Ländereien wurden. Die Zisterzienser ließen sich oft in schon besiedeltem Gebiet nieder und mieden durchaus nicht immer belebtere Landstriche und Handelswege. Auch unmittelbar nahmen sie am Handel teil. Nicht selten gerieten sie dabei in Schulden, so daß bereits Ende des 12. Jahrhunderts das Generalkapitel gegen verschuldete Klöster einschreiten mußte.

All dies ist auch bei einer Wertung der sogenannten "Versus Lubenses" zu berücksichtigen. Tatsächlich lassen sich gewisse Ähnlichkeiten zwischen dem Bericht des Leubuser Mönches aus dem 14. Jahrhundert über die angebliche Einöde, welche die Zisterzienser um die Mitte des 12. Jahrhunderts in Leubus angetroffen hätten, und der tendenziösen Schilderung der Klosteranfänge in den Gründungsgeschichten west- und ostelbischer Zisterzen nicht verken-

Pommern des 12. Jh. nicht angenommen werden. Die große Rolle, die die Piraterie in dieser Zeit spielte, zeigt, wie geringfügig die Einnahmequellen im Land selbst noch waren. (Vgl. zu dieser Problematik auch Engel, Evamaria, Lehnbürger, Bauern und Feudalherren in der Altmark 1375, in: Feudalstruktur, Lehnbürgertum und Fernhandel im spätmittelalterlichen Brandenburg, Weimar 1967, S. 29 ff. = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, Bd. 7.)

153 Vgl. zum Folgenden Epperlein, Siegfried, Gründungsmythos deutscher Zisterzienserklöster westlich und östlich der Elbe im hohen Mittelalter und der Bericht des Leubuser Mönches im 14. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 3, S. 303 f.; vgl. auch Zientara, Benedykt, Konflikty narodościowe na pograniczu niemiecko-słowiańskim w XIII - XIV w. i ich zasięg społeczny (Konflikte zwischen Völkern an der deutsch-slawischen Grenze im 13. u. 14. Jh. und ihre Auswirkung auf die Gesellschaft), in: Przegląd Historyczny, Bd. 59, Jg. 1968, S. 197 f.

nen. In allen diesen Fällen wurde die Anlage von Klöstern idealisiert. Die Schilderung des Leubuser Mönches dürfte daher vor allem aus einem - in der Erinnerung übersteigerten - Gründungsmythos der Leubuser Zisterzienser des 12. Jahrhunderts entstanden und gleichsam als legendäre Verklärung der Klosteranfänge zu verstehen sein. Außerdem spiegelt der Bericht auch die Ansichten eines Teils der deutschen feudalen Oberschicht wider, die, vielfach im deutsch-slawischen Grenzbereich selbst ansässig, oft abfällig über die einheimische Bevölkerung urteilte.

Begünstigt wurden solche Ansichten im 14. Jahrhundert noch dadurch, daß sich, gefördert durch das Vordringen deutscher Feudalherren und Siedler sowie durch die politischen Auseinandersetzungen, Elemente eines nationalen Gefühls oder auch schon Bewußtseins im deutsch-slawischen Bereich herausbildeten - ein Prozeß, der sich unter Spannungen und zum Teil heftigen gegenseitigen Anklagen vollzog.¹⁵⁴

Es darf daher festgestellt werden, daß die "Versus Lubenses" in keiner Weise geeignet sind, das von den erzählenden Quellen des 11. und 12. Jahrhunderts entworfene Bild von den Anfängen städtischen Lebens in Polen irgendwie zu korrigieren oder zu erschüttern.

Vielmehr konnte gezeigt werden, daß die schriftlichen Quellen das von der archäologischen Forschung gewonnene Bild einer ausgeprägten städtischen Entwicklung im polnischen Küstengebiet sowie im Landesinnern Polens bestätigen. Freilich finden sich in der schriftlichen Überlieferung keine eindeutigen Anhaltspunkte dafür, daß die im 12. Jahrhundert im westeuropäischen Raum vorhandene ausgeprägte rechtliche und verfassungsmäßige Herauslösung der Städte aus dem agrarischen Bereich auch auf Polen zutraf.

Es gilt also, die glaubwürdigen Angaben zu berücksichtigen, die Geschichtsschreiber aus Polen und Böhmen, aus Deutschland und Skandinavien sowie aus Rußland und Arabien bereits für das 11. und 12. Jahrhundert überliefern. Daß Polen seinen festen Platz im Gefüge der frühmittelalterlichen europäischen Stadtlandschaft einnimmt, hat sich durch archäologische Ausgrabungen und durch die Auswertung der erzählenden Quellen als gesicherte Tatsache erwiesen.

154 Für Böhmen vgl. jetzt Graus, František, Die Bildung eines Nationalbewußtseins im mittelalterlichen Böhmen, in: *Historica*, Bd. 13, Prag 1966, S. 5 f.

Betriebsgeschichte

DER SOZIALISTISCHE WETTBEWERB IN DER LPG "FRIEDEN" (BEYERN, KREIS
HERZBERG, BEZIRK COTTBUS) 1961/1962

von Helmut Winzer

Der sozialistische Wettbewerb in der Landwirtschaft und der
VI. Deutsche Bauernkongreß (Dezember 1960)

Die Teilnahme am Wettbewerb um das schöne sozialistische Dorf

Die Teilnahme am Albinshofer Wettbewerb

Die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 und das Produk-
tionsaufgebot der Genossenschaftsbauern (August 1961 bis Fe-
bruar 1962)

Das politische Bekenntnis der Genossenschaftsbauern als Garan-
tie für ökonomische Erfolge im Produktionsaufgebot

Die höhere ökonomische Aufgabenstellung der LPG

Die Qualifizierung der Genossenschaftsbauern als wichtige Reser-
ve zur Steigerung der genossenschaftlichen Produktion

Die Entwicklung der Zusammenarbeit beider LPGs der Gemeinde
Beyern

Zusammenfassung

Der sozialistische Wettbewerb in der Landwirtschaft und der VI. Deutsche Bauernkongreß
(Dezember 1960)

Seit Beginn der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft förderte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands den Wettbewerb in und zwischen den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs).¹ Sie beherzigte damit in ihrer Agrarpolitik die Hinweise Lenins, der den Wettbewerb als "eine der wichtigsten und dankbarsten Aufgaben der gesellschaftlichen Reorganisation"² bezeichnete, denn "der Sozialismus ... schafft erstmalig die Möglichkeit, ihn wirklich auf breiter Grundlage, wirklich im Massenumfange anzuwenden,

1 Vgl. Ulbricht, Walter, Die Bauernbefreiung in der DDR (im folgenden: Bauernbefreiung), Bd. 1, Berlin 1961, S. 321, 339 f., 365, 402 f., 455 f., 473; Beschluß des V. Parteitages der SED, Berlin 1958, S. 51.

2 Lenin, W. I., Ursprünglicher Entwurf des Artikels "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 196.

die Mehrheit der Werktätigen auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unverstegbaren Quell gleich, hervorbringt und die der Kapitalismus zu Tausenden und Millionen zertreten, niedergehalten und erdrückt hat."³

Nachdem die Arbeiter der volkseigenen Betriebe seit Beginn des ersten Fünfjahresplanes (1951 bis 1955) beispielgebende Erfahrungen im sozialistischen Massenwettbewerb sammelten, nahmen 1952 auch die Mitglieder der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach dem Aufruf der LPG "Fortschritt" in Kattersnaundorf, Kreis Delitzsch, den sozialistischen Wettbewerb auf.⁴ Die Genossenschaftsbauern waren auf dem Lande die entscheidende Kraft, um mit hervorragenden Produktionserfolgen zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik beizutragen.

Die Spezifik des sozialistischen Wettbewerbs in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften besteht darin, daß er auf den genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsverhältnissen in den LPGs, besonders dem kollektiven Charakter der bäuerlichen Arbeit, beruht. Sein Inhalt wird durch die jeweiligen konkreten Produktionsaufgaben bestimmt und dient stets dem gesellschaftlichen Fortschritt. Er regt die schöpferische Initiative der Genossenschaftsbauern an und wird so zu einer mächtigen Triebkraft der genossenschaftlichen Entwicklung. Karl Marx hatte bereits im "Kapital" darauf hingewiesen, daß die Kooperation der Produzenten nicht nur eine einfache Summierung ihrer Kräfte bewirkt, sondern der "bloße gesellschaftliche Kontakt einen Wettstreit und eine eigne Erregung der Lebensgeister"⁵ hervorbringt. Der Erfahrungsaustausch und die gegenseitige Unterstützung im sozialistischen Wettbewerb, die zutiefst dem Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse entsprechen, erhöhen seine Ergebnisse.

Seine Breite hängt in der Landwirtschaft vom Umfang der genossenschaftlichen Bewegung ab. Bis 1960 bestand seine Hauptaufgabe darin, einerseits die Überlegenheit der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gegenüber den einzelnen bäuerlichen Wirtschaften unmittelbar nachzuweisen und andererseits durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Entwicklung und Festigung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die sozial-ökonomischen Grundlagen der Arbeiter- und Bauern-Macht zu stärken. Darin lag ein bedeutender politischer Aspekt.

Der sozialistische Wettbewerb der Genossenschaftsbauern stellte eine qualitativ höhere Stufe gegenüber dem Wettbewerb der werktätigen Einzelbauern dar, den die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) in den Jahren vor 1960 organisierte. Er beruhte auf den Grundlagen der einzelbäuerlichen Produktionsweise. Die Kreisvorstände der VdgB werteten im Wettbewerb der werktätigen Bauern und ihrer örtlichen Organisationen die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die Entwicklung der gegenseitigen Bauernhilfe (einfache Formen der Gemeinschaftsarbeit, Produktions- und Ablieferungshilfe usw.). Allerdings bestimmte der mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln verbundene Konkurrenzkampf Denken und Handeln der Warenproduzenten. Privatkapitalistisches Denken beeinflusste auch unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauern-Macht den einzelbäuerlichen Wettbewerb, wobei - das ist Teil seiner Negation - die Produktionssteigerung der besseren Versorgung der Bevölkerung diente und die Positionen des Sozialismus festigte.

3 Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 413 f.

4 Siehe Beschluß zur Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs in den LPG, in: Die 1. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG v. 5. - 6. 12. 1951 in Leipzig, Berlin 1953, S. 323.

5 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 345.

Der einzelbäuerliche Wettbewerb in der DDR wirkte der Isoliertheit der Einzelbauern entgegen, die sich aus der kleinen Warenproduktion ergab.⁶ Allerdings konnte er nicht diese ökonomische Basis aufheben. Wie kompliziert es deshalb war, im einzelbäuerlichen Wettbewerb die gegenseitige Bauernhilfe zu entwickeln, läßt unter anderem der rückblickende Vergleich des LPG-Vorsitzenden Georg Wille erkennen:

"Waren wir bemüht, dem Nachbarn unsere Erfahrungen und Methoden zu übermitteln? Haben wir uns damals wirklich darum bemüht, dem Schwächeren zu helfen und ihn an die Erfolge und Erträge der besten Bauern heranzuführen mit dem Ziel, der Allgemeinheit, der Gesellschaft zu dienen? ... Nein, das war kein sozialistischer Wettbewerb ..."⁷

Seine Bemerkung, das sei "der Anfang, die einfachste und harmloseste Form des Konkurrenzkampfes"⁸ gewesen, wies in ihrem Wesen auf die bereits genannten Erscheinungen dieses Wettbewerbs hin, die freilich durch die politisch-organisatorische Arbeit der VdgB eingeschränkt wurden. Die progressiven Elemente des Wettbewerbs der Einzelbauern bereiteten den Boden für den Wettbewerb der in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vereinigten Bauern vor, an dem sich 1960 bereits 193 522 LPG-Mitglieder beteiligten.⁹

Am 8. und 9. Dezember 1960 fand in Rostock der VI. Deutsche Bauernkongreß, der "erste Kongreß der Gemeinschaft aller Bauern der DDR"¹⁰, statt. An ihm nahmen 2 096 von den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften delegierte Genossenschaftsbäuerinnen- und -bauern, unter ihnen die Genossenschaftsbäuerin Ursula Quick aus der LPG "Frieden", Typ III, in Bayern¹¹, teil. Vor dem Kongreß war der Beschlußentwurf in demokratischer Mitbestimmung in 19 350 landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beraten worden.¹² Insgesamt unterbreiteten die genossenschaftlichen Kollektive 3 454 Veränderungs- und Ergänzungsvorschläge.¹³

Im Mittelpunkt der Beratungen stand das Ziel, das Jahr 1961 zum "Jahr der guten genossenschaftlichen Arbeit"¹⁴ zu machen. Die genossenschaftliche Arbeit war die Grundlage für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes, für eine schnelle Festigung aller landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Vor allem durch gute Brigadearbeit waren die Produktion und die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Wirtschaftlichkeit der LPG herzustellen und zu erhöhen. Die im Beschluß des VI. Deutschen Bauernkongresses vorgesehene "Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs und des Leistungsvergleiches in unseren LPGs, von LPG zu LPG und von Dorf zu Dorf"¹⁵ war eine Hauptmethode zur Entwicklung der guten genossenschaftlichen Arbeit. Nach dem genossenschaftlichen Zusammenschluß aller Bauern empfahl der VI. Deutsche Bauernkongreß, den sozialistischen Wettbewerb zielstrebig auf die gesamte Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik auszudehnen. Das entsprach den objektiven Klasseninteressen der Genossenschaftsbauern an besseren Arbeitsergebnissen und an der Verbesserung ihres Lebensstandards.

6 Engels, Friedrich, Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 1, Berlin 1956, S. 513.

7 LPG-Verwaltungsarchiv Bayern, Ordner "Archiv 1962", Referatsdisposition über den sozialistischen Wettbewerb.

8 Ebenda.

9 Statistisches Jahrbuch der DDR 1962, Berlin 1962, S. 410.

10 Ulbricht, Walter, Bauernbefreiung, Bd. 2, Berlin 1962, S. 1259.

11 Lausitzer Rundschau v. 29. 11. 1960.

12 Ulbricht, Walter, Bauernbefreiung, Bd. 2, a. a. O., S. 1259.

13 Neues Deutschland v. 10. 12. 1960, Ausg. A.

14 Beschluß des VI. Deutschen Bauernkongresses in Rostock v. 11. 12. 1960, in: Ulbricht, Walter, Bauernbefreiung, Bd. 2, a. a. O., S. 1550.

15 Ebenda, S. 1537.

Die Teilnahme am Wettbewerb um das schöne sozialistische Dorf

Von den Genossenschaftsbauern der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Beschlüsse mit großer Zustimmung aufgenommen.

Eine Arbeitsgruppe des Zentralvorstandes der VdgB hatte vorgeschlagen, Fermerswalde, Vorjahrsieger des Bezirkes Cottbus im Wettbewerb um das schöne sozialistische Dorf¹⁶, solle den Wettbewerb 1961 mit der Nachbargemeinde Beyern durchführen. Der Vorsitzende der LPG "Neuer Weg", Typ I, in Fermerswalde, Friedhelm Gnieser, gleichzeitig Vorsitzender des Kreisvorstandes der VdgB und Mitglied des Zentralvorstandes dieser Organisation, unterstützte aktiv den Vorschlag. In mehreren Beratungen entstand eine Wettbewerbsvereinbarung, die am 23. März 1961 von 15 Vertretern der staatlichen Organe und der drei LPGs beider Gemeinden unterzeichnet wurde.¹⁷ Sie sah vor, unter der Losung "Keiner siegt ohne den anderen, einer lernt vom anderen" die selbst ausgearbeiteten Pläne für das Jahr 1961 kontinuierlich und artengerecht zu erfüllen. Das galt für

1. die "Erfüllung bzw. Übererfüllung des einheitlichen Planes der Marktproduktion der Gemeinden",
2. "den im Plan für 1961 vorgesehenen 100 ha-Besatz in allen Positionen" (Viehbestand),
3. die "vorfristige Erfüllung in bester Qualität" bei Getreide und Kartoffeln und
4. die Qualifizierung.¹⁸

Der Wettbewerb war auf die gute Erfüllung der staatlichen Planaufgaben gerichtet.

Schon im ersten Quartal 1961 gelang es der Gemeinde Beyern, den Partner in der Marktproduktion zu überflügeln und den eigenen Wirtschaftsplan, der dem Gemeinderat noch vor Monaten zu hoch erschienen war¹⁹, bis auf Milch und Geflügel anteilig zu überbieten. Wesentlichen Anteil an diesem Erfolg hatte die LPG "Frieden". Im Mai 1961 wurde sie erstmalig als beste LPG des Typs III im Landkreis Herzberg ausgezeichnet.²⁰ Der jungen Genossenschaft war gelungen, was ihr Vorsitzender kurz nach der LPG-Gründung als Ziel nannte: "Verlaßt Euch darauf! Es dauert gar nicht lange, und wir sind die beste LPG im Kreis!"²¹ Der Vorstand der LPG "Frieden" hatte gewissenhaft überlegt, wie die Konzeption der eigenen LPG zur Durchführung der Beschlüsse des VI. Deutschen Bauernkongresses beitragen konnte.

Die komplizierten örtlichen Bedingungen abwägend, arbeitete er schließlich auf eine aktive Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb hin. Eine von vielen Gräben durchzogene Flur, geringwertige diluviale Sandböden, wenige maschinentechnische Ausrüstungen und die Verteilung des Viehs auf mehrere Ställe erschwerten die genossenschaftliche Arbeit und stell-

16 Siehe Der Freie Bauer v. 25. 9. 1960.

17 Siehe Wettbewerbsvereinbarung der Gemeinden Beyern und Fermerswalde v. 23. 3. 1961, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.

18 Ebenda. - Im Programm wurden die Planzahlen für beide Gemeinden angeführt:

Position	Fermerswalde	Beyern
Fleisch insgesamt	792,7 dt	1 183 dt
Milch	4 183 dt	6 710 dt
Eier	179 800 St.	205 000 St.

19 Am 25. 1. 1961 stellte der Rat der Gemeinde protokollarisch fest, die Planaufgabe 1961 sei zu hoch. Damit sei "jegliche Grundlage und jedweder Anreiz zur Teilnahme am Wettbewerb ... genommen" (Verwaltungsarchiv der Gemeinde Beyern).

20 Neues Elsterland, Nr. 28/1961, 2. Juliausg.

21 Lausitzer Rundschau v. 18. 5. 1960.

ten außerordentliche Anforderungen an die Bauern. Trotz dieser ungünstigen Faktoren sollten mit Hilfe des Wettbewerbs höchste Ergebnisse erreicht werden. Der LPG-Vorstand erkannte und nutzte frühzeitig die Möglichkeiten sozialistischer Produktionsverhältnisse. Die gleichen Bauern, die noch vor zwei Jahren mit den ungünstigen Faktoren ihre Vorbehalte gegen den genossenschaftlichen Zusammenschluß begründet hatten, überwandten jetzt als Genossenschaftsbauern, gestützt auf die Kraft des Kollektivs, ihre alten Anschauungen im sozialistischen Wettbewerb. Darin äußerte sich die tiefgreifende Umwälzung, die mit den neuen Produktionsverhältnissen den Menschen selbst veränderte.

Die besten Bauern, von den LPG-Mitgliedern in die leitenden Funktionen der Genossenschaft gewählt, machten den organisierten Wettbewerb zur Hauptmethode ihrer Leitungstätigkeit. Die mehrjährigen Erfahrungen fortgeschrittener Genossenschaften lehrten, daß die breite in-nergenossenschaftliche Demokratie, die Festigung der Brigaden, die Ausnutzung aller Produktionsreserven, die Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins mit Hilfe des Wettbewerbs zu entwickeln waren²² und nicht bei seiner Aufnahme vorausgesetzt werden durften.

Ein zielstrebig geführter Wettbewerb nutzt stets allen Partnern. Das Motto des Wettbewerbs der Gemeinden Fermerswalde und Beyern wurde eindeutig bestätigt, als bei der Auswertung des ersten Halbjahres 1961 sowohl die LPG "Neuer Weg", Typ I, in Fermerswalde als auch die LPG "Frieden", Typ III, in Beyern zu den Bezirkssiegern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gehörten.²³

Im Wettbewerb der Gemeinden Beyern und Fermerswalde folgte keine weitere Auswertung, obwohl es in der Vereinbarung vorgesehen war. Auf der örtlichen Initiative lasteten die Schäden, die den Gemarkungen Fermerswalde und Beyern durch Hochwasser zugefügt wurden. Herbert Rosewick, Bürgermeister der Gemeinde Fermerswalde, berichtete: "Durch den großen Hochwasserschaden 1961 sind wir mit unserem Plan vollkommen 'abgerutscht'. Der Viehbesatz ging herunter. Wie ersichtlich²⁴, erhielten wir auf Grund dessen große Absetzungen bei den pflanzlichen Produkten (gegenüber der ursprünglichen Aufgabenstellung des Anbau- und des Volkswirtschaftsplanes - H. W.). Eine vorfristige Erfüllung war nicht mög-

22 Eine Bestätigung dieses Zusammenhangs finden wir in dem "Beschuß über die Verbesserung der Arbeitsorganisation, die Anwendung des Leistungsprinzips und die Förderung der Aktivisten- und Neuererbewegung".

Der Wettbewerb "für hohe Ernteerträge 1953", an dem sich 2 585 LPGs beteiligten, führte zur breiten Anwendung fortschrittlicher Arbeits- und Anbaumethoden und zur bedeutenden Steigerung der Hektarerträge in den LPGs. "Der Wettbewerb erwies sich bereits im ersten Jahr der genossenschaftlichen Arbeit als ein wirksames Mittel, durch das die Arbeitsproduktivität gehoben und die Initiative der Genossenschaftsbauern geweckt wurde." (Siehe Die II. Konferenz der Vorsitzenden und der Aktivisten der LPG v. 5. u. 6. 12. 1953 in Halle, o. O. o. J., S. 318.)

23 Siehe Lausitzer Rundschau v. 18. 7. 1961.

24 Vgl. dazu die folgenden Angaben: Die Gemeinde Fermerswalde verfügte 1961 über eine landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) von 310 Hektar. Geplanter Ernteertrag bei pflanzlichen Produkten:

Position	Plan	Planherabsetzung (wegen Wasserschadens)
Getreide	1 002 dt	350 dt
Kartoffeln	2 428 dt	2 000 dt
Ölfrüchte	45 dt	

lich, ebenso konnte man von einer guten Qualität nicht mehr sprechen ... Alles war nutzlos geworden.²⁵ Inwieweit die Wettbewerbspartner die Ziele ihrer Vereinbarung erreichten, geht für die Gemeinde Beyern aus den Ergebnissen der folgenden Wettbewerbe des Jahres 1961 hervor, die noch behandelt werden. (Die Ergebnisse der Gemeinde Fermerswalde sind aus der Anmerkung 24 ersichtlich.)

Auch die LPG "Frieden" mußte die ersten Wettbewerbserfolge hart erkämpfen. Im Frühjahr 1961 entstanden auf ihren mit Hafer und Kartoffeln bestellten Äckern ebenfalls große Schäden durch das Hochwasser.²⁶ Der Produktionsprozeß der LPG war gefährdet.

Der Vorstand der LPG "Frieden" berief eine Mitgliederversammlung ein. Er wies darauf hin, daß die Produktion absinken werde, wenn es nicht gelinge, die geschädigten Fluren neu zu bestellen. An der hohen Leistung im Viehstall hatten auch die Mitglieder der Feldbaubrigade ein materielles Interesse; denn die Viehwirtschaft war Haupteinnahmequelle dieser LPG. Von ihren Ergebnissen hingen entscheidend die genossenschaftlichen Fondszuführungen, der Stand der Arbeitseinheit und damit die persönlichen Einkünfte aller Mitglieder ab.

Neben der materiellen Interessiertheit war das ideelle Interesse der Mitglieder der LPG "Frieden" an der genossenschaftlichen Arbeit bemerkenswert. Aus dem Vergleich mit fortgeschrittenen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und aus dem eigenen, relativ späten genossenschaftlichen Zusammenschluß leiteten sie die Notwendigkeit ab, "verlorene Zeit aufzuholen"²⁷. Mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs konnten sie das Entwick-

Produktion 1961:

Position	Plan	Ist	% (Plan = 100) je ha	
Rind	235 dt	306 dt	130	99,2 kg
Schwein	490 dt	472,3 dt	96,4	152,8 kg
Geflügel	14 dt	15,3 dt	108	5 kg
Lebendvieh	739 dt	793,6 dt	107,3	257 kg
Milch	4 160 dt	3 794,4 dt	91,2	1 228 kg
Eier	170 000 St.	149 400 St.	87,8	481 800 St.
Getreide	652 dt	702,15 dt	107	226,5 kg
Kartoffeln	428 dt	461,56 dt	107,8	148,7 kg
Ölfrüchte	45 dt	41,71 dt	92,7	13,4 kg

Viehbestand 1961 je 100 ha LN:

Position	Plan	Ist
Rinder,	92,4	89,6
darunter Kühe	48,9	48,4
Schweine,	167,5	128,4
darunter Sauen	15,1	12,2
Legehennen	567,6	347,1

(nach Unterlagen der Gemeinde Fermerswalde, die der Bürgermeister Herbert Rosewick zusammenstellte).

- 25 Aufzeichnungen v. Herbert Rosewick, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.
 26 Verwaltungsarchiv der Gemeinde Beyern, Protokoll der Gemeindevertretung v. 26. 5. 1961.
 27 Wille, Georg, Die Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der LPG "Frieden" Beyern und ihre Bedeutung für die Wandlung der Menschen, Abschlußarbeit 1963, Fachschule für Landwirtschaft Cottbus, S. 6.

lungstempo beschleunigen. Das Berufsethos, das bereits die Arbeit der werktätigen Einzelbauern erfüllt hatte, wurde durch richtige ideologische Arbeit auf die LPG übertragen. "Wir appellieren", so drückte es der LPG-Vorsitzende aus, "an Ehre, Stolz und Verantwortlichkeit"²⁸ der Genossenschaftsmitglieder, an die unbedingte Pflicht, den Staatsplan zu erfüllen.

Der Stolz und die Ehre der Bauern bestanden darin, die Felder vorbildlich zu bestellen und in Ordnung zu halten, das Vieh gut zu versorgen, auf Ordnung und Sauberkeit in der Wirtschaft zu achten und so durch gewissenhafte Arbeit einen Ruf als tüchtige Bauern zu genießen.

Der Vorstand fragte die Genossenschaftsmitglieder, ob sie zur Zweitbestellung der geschädigten Fluren bereit wären. Sie erklärten ihre Bereitschaft und bestellten in fleißiger, anstrengender Arbeit - wobei der vorbildliche Einsatz der Genossenschaftsbauerinnen besondere Erwähnung verdient - zwanzig Hektar neu mit Rüben und Kartoffeln.²⁹

In der demokratischen Beratung bewährte sich die gemeinsame Verantwortung für die Produktion. Aus ihr erwuchs die Initiative der Genossenschaftsbauern.

Sie war aber gleichzeitig ein Forum der gegenseitigen Erziehung. Als sich ein Mitglied der Baubrigade trotz mehrfacher Aussprachen wiederum weigerte, in der ernstesten Situation die Feldbaubrigade zu unterstützen, beschloß die Mitgliederversammlung mit großer Stimmenmehrheit wirkungsvolle Maßnahmen gegen ihn.³⁰ Ihm sollten einige Rechte in der Genossenschaft so lange aberkannt werden, bis er von seinem schädigenden Verhalten abrücken und diszipliniert an der genossenschaftlichen Arbeit teilnehmen würde.³¹ Es zeigte sich jedoch später, daß er nicht gewillt war, sich in die Gemeinschaft einzuordnen. So trennte sich die LPG von ihm und schloß mit dem Rat des Kreises einen Nutzungsvertrag für die von ihm eingebrachte landwirtschaftliche Nutzfläche von 3,14 Hektar ab. Der sozialistische Wettbewerb erfordert in besonderem Maße Arbeitsdisziplin und straffe Organisation.

Die Teilnahme am Albinshofer Wettbewerb

Der sozialistische Wettbewerb der LPG "Frieden" durchlief mehrere Stadien, von losen Vereinbarungen bis zur straff organisierten Wettbewerbsform zwischen den Genossenschaftsbauern, ihren Brigaden und mit anderen Genossenschaften. Sein Niveau erhöhte sich in dem Maße, wie das Bewußtsein, die Erfahrung und der Organisationsgrad der Genossenschaftsbauern wuchsen. Anfangs gab es keinen innerbetrieblichen Wettbewerb, sondern mehr ein Wettstreiten mit anderen Genossenschaften, um die Leistungsfähigkeit des eigenen Kollektivs zu demonstrieren, um zu beweisen, daß seine Mitglieder genauso verantwortungsvoll handeln, wie sie es im Arbeiter- und Bauern-Staat als Einzelbauern getan hatten.³²

Die Beteiligung der LPG-Mitglieder am sozialistischen Wettbewerb erreichte eine höhere Phase, als sich die LPG "Frieden" am 29. Mai 1961 dem Albinshofer Wettbewerb an-

28 Ebenda, S. 7.

29 LPG-Verwaltungsarchiv Bayern, Ordner "Archiv 1962", Referatsdisposition über den sozialistischen Wettbewerb.

30 Wille, Georg, a. a. O., S. 14.

31 LPG-Verwaltungsarchiv Bayern, Ordner "Archiv 1960/1961", Beschluß der Mitgliederversammlung, Protokoll v. 10. 11. 1960.

32 Ebenda, Ordner "Archiv 1962", Rechenschaftsbericht des Vorstandes v. 20. 1. 1962.

schloß.³³ Mit ihr beteiligten sich rund 8 700 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und volkseigene Güter (VEG) der DDR, darunter etwa 4 000 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften des Typs I, am Albinshofer Wettbewerb.³⁴ Das waren etwa 40 Prozent aller Genossenschaften. Erstmals nahm ein Wettbewerb in der sozialistischen Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik diesen Massencharakter an. Er war der einzige sozialistische Massenwettbewerb in der vollgenossenschaftlichen Landwirtschaft, der unter den Bedingungen der offenen Grenzen zum aggressiven westdeutschen Staat durchgeführt wurde. Diese Tatsache beeinflusste erheblich seinen Inhalt.

Der Albinshofer Wettbewerb sah als Beitrag zur Stärkung der Republik die Überbietung der Planziele vor. Nach dem Albinshofer Vorbild konnte das erreicht werden

1. mit der Verwirklichung der führenden Rolle der SED und der Durchsetzung ihrer Beschlüsse in der LPG;
2. durch breite Einbeziehung aller Mitglieder in die Lenkung und Leitung der LPG;
3. bei leistungsgerechter Entlohnung aller LPG-Mitglieder nach Planerfüllung und
4. durch Feststellung und öffentliche Auswertung der Leistungen eines jeden Genossenschaftsmitgliedes im Wettbewerb.³⁵

Diese Hauptprinzipien hatten eine zielstrebige politisch-ideologische Arbeit als Grundorganisationen der SED, die Entwicklung der innergenossenschaftlichen Demokratie, die konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips und die Anerkennung der genossenschaftlichen Verdienste zum Inhalt. In ihrer komplexen Verwirklichung lag der Erfolg im sozialistischen Wettbewerb der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften begründet.

Das Neue bestand darin, daß dieser Wettbewerb wesentliche Seiten des genossenschaftlichen Produktionsprozesses umfaßte. Seine Prinzipien waren allgemeingültig im sozialistischen Wettbewerb der Landwirtschaft.

Der Vorstand der LPG "Frieden" in Bayern erarbeitete sich nach dem Beispiel des von Franz Krahn im "Neuen Deutschland" beschriebenen "Albinshofer Einmaleins"³⁶ seine Schwerpunkte:

Grundlage des Wettbewerbs ist der staatliche Plan, der auf die Brigaden aufgeschlüsselt wird. "Jedes Mitglied kennt den Plan" und tritt so in eine unmittelbare, persönliche Beziehung zu ihm. Darüber hinaus kommt es darauf an, alle an der Ausarbeitung des Betriebsplanes zu beteiligen.

"Die Verteilung der Einkünfte erfolgt nach Leistung." Genossenschaftliche Erfolge waren nur möglich, wenn sich die Leitung auf die persönliche Interessiertheit der Mitglieder an guter genossenschaftlicher Arbeit stützen konnte. Während in der Viehwirtschaft ausschließlich nach dem Endprodukt vergütet wurde, strebte der Vorstand eine leistungsgerechte Vergütung auch in der Feldwirtschaft an.³⁷

33 Ebenda, Ordner "Archiv 1960/1961", Protokoll der Vorstandssitzung v. 29. 5. 1961. - Die LPG "Florian Geyer", Typ III, Albinshof, Kreis Anklam, rief alle LPGs und VEGs der DDR zum sozialistischen Wettbewerb auf. (Vgl. Neues Deutschland v. 13. 5. 1961, Ausg. A.)

34 Reichelt, Hans, Interview zum Albinshofer Wettbewerb, in: Einheit, H. 8/1961, S. 1176 f.

35 Siehe Neues Deutschland v. 13. 5. 1961 u. v. 6. 7. 1961, Ausg. A.

36 Krahn, Franz, Albinshofer Einmaleins, in: Neues Deutschland v. 13. 5. 1961, Ausg. A, S. 3.

37 Von der LPG Stechau wurden später Bewertungssätze für die Leistungsvergütung im

Prämiierungen werden "vorher in Vorstandssitzungen und Vollversammlungen" beraten und beschlossen.

Zwischen den Brigaden des Feldbaus und der Viehwirtschaft ist, um die Brutto- und Marktproduktion zu erhöhen, eine enge Zusammenarbeit unerlässlich. Im Rahmen des Wettbewerbs kommt es darauf an, die sozialistische Hilfe zwischen den Brigaden zu organisieren. Die Mitglieder der Feldbaubrigade werden "unmittelbar an den Prämien der Viehwirtschaft beteiligt".³⁸

Die hier skizzierte Konzeption läßt erkennen, wie gründlich der Vorstand der LPG "Frieden" von den Besten der Genossenschaftsbewegung lernte, um das angestrebte Entwicklungstempo zu beschleunigen. Erstmals übernahmen die Mitglieder dieser LPG quantitativ fixierte Wettbewerbsaufgaben, um die staatlichen Kennziffern für die Marktproduktion zu überbieten. Sie verpflichteten sich, im Planjahr über den Plan hinaus pro Hektar 50 Kilogramm Milch, 20 Kilogramm Fleisch und 120 Eier zu liefern.³⁹

Der Albinshofer Wettbewerb begann unter schwierigen Bedingungen. Im Frühjahr 1961 hatte der westdeutsche Imperialismus und Militarismus mit Unterstützung seiner NATO-Verbündeten unmittelbare Aggressionsvorbereitungen gegen die Deutsche Demokratische Republik eingeleitet. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse und das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern fürchtend, verstärkten die imperialistischen Kräfte dabei auch ihre Hetze gegen die LPGs. "Je länger die Zeit fortschreitet", schrieb die mit dem Monopolkapital liierte westdeutsche Zeitung "Industriekurier", "um so schwieriger wird die Entkollektivierung sein".⁴⁰

Zu den massiven Versuchen der westdeutschen Monopolbourgeoisie, unter Ausnutzung der offenen Staatsgrenzen den sozialistischen Aufbau in der DDR zu stören und die geplante Aggression psychologisch vorzubereiten, kamen im Sommerhalbjahr 1961 äußerst ungünstige natürliche Bedingungen für den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß. Im Monat Mai und in der ersten Hälfte Juni hatten die Niederschläge eine extreme Höhe erreicht. Niedrige Temperaturen hemmten die gesamte Vegetation. Außerordentliche Anstrengungen waren notwendig, um mit Fleiß und Energie die Schwierigkeiten zu überwinden und eine gute Ernte zu sichern.⁴¹

Mit ihrem Arbeitsenthusiasmus wuchsen die Mitglieder der LPG "Frieden" in Bayern, ungeachtet aller ideologischer Störversuche des Klassenfeindes, in der "Hochwasserschlacht" über sich selbst hinaus.

Wie der parteilose LPG-Vorsitzende mit Recht hervorhob, war diese gute genossenschaftliche Arbeit nur in klarer Erkenntnis der sozialistischen Perspektive möglich: "Wir wissen, daß der Weg, der in unserem Staat gegangen wird, der richtige ist, und wir setzen für ihn unsere ganze Kraft ein ... Da können zwangsläufig die Erfolge nicht ausbleiben."⁴²

Die Einsatzfreude der LPG-Mitglieder bei der genossenschaftlichen Arbeit wurde durch ein neues Verantwortungsbewußtsein bestimmt. Die Anforderungen waren hoch, aber sie wurden

Feldbau übernommen. (Vgl. Aufzeichnungen v. Gunther Junkert, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.)

38 Die Zitate sind entnommen bei: Wille, Georg, a. a. O., S. 20 f.

39 Neues Elsterland, Nr. 24/1961, 2. Juniausgabe.

40 Industriekurier v. 8. 7. 1961.

41 Das Zentralkomitee der SED hatte alle Genossenschaftsmitglieder und die gesamte Bevölkerung zur gemeinsamen Überwindung der Schwierigkeiten aufgerufen. (Siehe Dokumente der SED, Bd. 8, Berlin 1962, S. 438 ff.)

42 Lausitzer Rundschau v. 21. 7. 1961, S. 3.

gemeistert. Täglich mußten fast 200 Rinder versorgt werden. Im Wasser stehend, mähten die Genossenschaftsmitglieder das Grünfutter mit der Sense. Andere bargen das Gras mit Gabeln und Tragen von den überschwemmten Wiesen, um es auf den Hügeln zu trocknen.

Die Genossenschaftsbäuerin Else Wahn berichtete über die vorbildliche Arbeitsmoral der Feldbaubrigade: "Wir arbeiteten, obwohl uns das Wasser bis an die Knie reichte. Jeder machte mit. Unser Brigadier, Kollege Rennert, war unermüdlich; und wenn er um Hilfe bat, kamen alle. Das Heu wurde geborgen, fast ohne Verluste."⁴³

Befragt, warum sie als Rentnerin an der "Hochwasserschlacht" teilnahm, ergänzte die bejahrte Bäuerin Elisabeth Quick: "Der langanhaltende Regen hatte die Wiesen überschwemmt, und da mußte man doch helfen. Es war doch unser gemeinsames Eigentum, das geborgen werden mußte. (Hervorhebung - H. W.) Und so half ich eben mit. Die Arbeit war schwer, oft lief das Wasser in die Stiefel, aber wie schön war die Genugtuung, als alles im Trocknen war."⁴⁴

Jeder setzte seine Kraft ein, damit die Genossenschaft ihre Verpflichtung im Albinshofer Wettbewerb erfüllen konnte. Der selbstlose Einsatz aller Genossenschaftsmitglieder spiegelte den Prozeß der Herausbildung eines gesellschaftlichen Eigentumssinnes wider, der das neue Verhältnis zur Arbeit bestimmte. Durch ihren Einsatz entschieden sie über Umfang und Entwicklung ihres gemeinsamen Eigentums, das die Grundlage der persönlichen Einkünfte jedes einzelnen Genossenschaftsmitgliedes bildete.

Auch Mitglieder der Viehzuchtbrigade hatten während der "Hochwasserschlacht" in den Reihen der Feldbaubrigade gestanden. Die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Brigaden, ihre gegenseitige Hilfe und Unterstützung, wirkte sich positiv auf die genossenschaftliche Entwicklung aus. Der sozialistische Wettbewerb förderte, bei bewusster Arbeitsdisziplin der Genossenschaftsbauern, den Organisationsprozeß in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auf vielfältige Weise.

Der Kampf der LPG-Mitglieder um optimale Erträge war erfolgreich. Am 16. Juni 1961 zeichnete der Rat des Bezirkes die LPG - "Frieden" Beyern als beste LPG des Typs III im Bezirk Cottbus für die allseitige Überbietung des Volkswirtschaftsplanes⁴⁵ mit der Wanderfahne aus und prämierte sie zusätzlich für ihre Viehwirtschaft, insbesondere dafür, daß trotz der schwierigen Situation der Tierbestand keine nennenswerte Einbuße erlitten hatte.⁴⁶ Die "Perle der Genossenschaft"⁴⁷, die Frauenarbeitsgruppe Rennert/Kläber/Süptitz, wurde in Leipzig-Markkleeberg als drittbeste Schweinemastbrigade unserer Republik geehrt. Sie hatte mit 119 Kilogramm pro Hektar im ersten Halbjahr bereits 85 Prozent des Jahresplanes erfüllt.⁴⁸

43 Brigadeaufzeichnungen v. Else Wahn, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.

44 Brigadeaufzeichnungen v. Elisabeth Quick, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.

45 Das Aufkommen der LPG "Frieden", Typ III, in Beyern betrug im ersten Halbjahr 1961 je Hektar: 164,1 kg Schlachtvieh, 570 kg Milch, 358 Eier. (Vgl. Rat des Bezirkes Cottbus, Verwaltungsarchiv, Abt. Landwirtschaft, ohne Aktenzeichen, Wettbewerbsauswertung 1961.)

46 Ebenda. - Das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion und der Viehbestände wurde in dieser Zeit in zahlreichen Landwirtschaftsbetrieben durch hohe Tierverluste gehemmt, die der gesamten Volkswirtschaft Schaden zufügten. (Vgl. Neues Deutschland v. 9. 7. 1961, Ausg. A, S. 5.)

47 Einschätzung des LPG-Vorsitzenden, Tonbandaufzeichnung v. 5. 10. 1961, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.

48 Rat des Bezirkes Cottbus, Verwaltungsarchiv, Abt. Landwirtschaft, ohne Aktenzeichen, Wettbewerbsauswertung 1961.

Die Genossenschaftsbauern empfanden im sozialistischen Wettbewerb die Übereinstimmung zwischen persönlichen und genossenschaftlichen Interessen immer deutlicher. Es erwies sich, daß persönliche Interessen der Genossenschaftsbauern keine Privateigentümerinteressen sind, sondern durch die genossenschaftliche Arbeit bestimmt und befriedigt werden. Die LPG fördert im Rahmen des Kollektivs die Individualität der Genossenschaftsbauern, ihre Talente und Fähigkeiten durch entsprechenden Einsatz im Großbetrieb und durch Qualifizierung, überträgt ihnen in sozialistischer Demokratie Verantwortung und Mitbestimmungsrecht, erkennt die Leistungen materiell und moralisch an. Somit verlieren in der sozialistischen Landwirtschaft die persönlichen Interessen der Bauern ihren individualistischen Inhalt.

Die alte, erfahrene Bäuerin Elisabeth Quick legte angesichts der guten Gemeinschaftsarbeit ein Bekenntnis zu ihrer LPG und damit zur sozialistischen Gesellschaftsordnung ab: "Ein Weg zurück in die Vergangenheit wäre schrecklich."⁴⁹ Ein Leben ohne die Genossenschaft wurde für sie undenkbar. So setzte sie ihre ganze Kraft für die genossenschaftliche Arbeit inmitten einer prächtigen Gemeinschaft ein.

Eine antikommunistische Hauptthese im westdeutschen ideologischen Arsenal jener Jahre war die Behauptung, der genossenschaftlich-sozialistische Zusammenschluß kleiner Warenproduzenten sei "erzwungen" und "ersticke jede Einzelinitiative".⁵⁰ Die hohe Arbeitsmoral der Genossenschaftsmitglieder sprach eine andere, überzeugende Sprache. Ihre Arbeitsfreude beruhte, wie bereits Lenin festgestellt hatte, "je weiter, desto mehr ... auf der freien und bewußten Disziplin der Werktätigen selbst."⁵¹

Die haltlosen Behauptungen Pacynas und anderer Wortführer des kalten Krieges zeigen nur allzu deutlich, wie sehr die revanchistischen Kräfte die Überlegenheit genossenschaftlicher Kollektive fürchten. Sie diffamieren die marxistisch-leninistische Bündnispolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, um das Bündnis der Arbeiter mit den anderen Werktätigen zu stören.

Ganz besonders den Leistungen vieler Genossenschaftsbauern im Albinshofer Wettbewerb ist es zu verdanken, daß die Marktproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei wachsenden Viehbeständen weiter anstieg.

Bis zum 31. August 1961 erhöhte sich das staatliche Aufkommen in der DDR gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bei Schlachtvieh auf 106,5 Prozent, Geflügel auf 153,4 Prozent, Eiern auf 109,6 Prozent, Milch auf 103,1 Prozent.⁵² Der Albinshofer Wettbewerb wurde zur Schule der guten genossenschaftlichen Arbeit für die Mitglieder der LPG "Frieden" und für Tausende anderer Genossenschaftsbauern.

In den Schwerpunkten und bei der Durchführung des Albinshofer Wettbewerbs zeichnete sich bereits ab, daß der LPG-Vorstand immer besser in die Rolle eines sozialistischen, kollektiven Leitungsorgans hineinwuchs und, ausgehend von der gesicherten genossenschaftlichen Perspektive, wichtige politisch-ideologische und ökonomische Leitungsmethoden in der LPG anwandte.

49 Brigadeaufzeichnungen v. Elisabeth Quick, a. a. O.

50 Vgl. Pacyna, Günther, Agrarfabriken oder Bauernhöfe, Hamburg (1958), S. 140 u. 282; Thalheim, Karl, Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, (West-)Berlin 1964, S. 17; Krautkrämer, Elmar, Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1962, S. 71.

51 Lenin, W. I., Die große Initiative, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 409.

52 Siehe Einheit, H. 10/1961, S. 1483.

Indem der Wettbewerb als Leitungsinstrument half, den richtigen Führungsstil zu entwickeln, trug er entscheidend zur Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Deutschen Bauernkongresses bei. Die Erfolge der LPG "Frieden" in Bayern, Kreis Herzberg, zeigten, daß bei qualifizierter Leitung junge, im "sozialistischen Frühling" des Vorjahres entstandene Genossenschaften durch die Teilnahme am Wettbewerb ihr Entwicklungstempo beschleunigten und die staatlichen Pläne überboten. Angesichts der gesteigerten Aggressivität des westdeutschen Imperialismus im Sommer 1961, bei der er die offenen Grenzen skrupellos ausnutzte, wurden die Genossenschaftsbauern ihrer nationalen Verantwortung in zunehmendem Maße gerecht.

Die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 und das Produktionsaufgebot der Genossenschaftsbauern (August 1961 bis Februar 1962)

Die unmittelbaren Aggressionsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten hatten eine außerordentlich gefährliche Lage auf deutschem Boden geschaffen. Im Interesse aller friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes durchkreuzte die Arbeiter- und Bauern-Macht rechtzeitig die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Großbourgeoisie. Sie schirmte am 13. August 1961 die sozialistischen Errungenschaften durch die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls ab. Dem westdeutschen Imperialismus wurde vor aller Welt klargemacht, daß seine Pläne zur Ausdehnung seiner Macht nach Osten keinerlei Chancen hatten und haben. Die Militaristen waren besiegt worden, bevor sie den Kriegsbrand entfachen konnten. Die erfolgreichen Maßnahmen des deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates führten allen Menschen das wirkliche Kräfteverhältnis deutlich vor Augen.

Mit dem 13. August 1961 begann eine neue Etappe unseres Kampfes. Im Schutze einer gesicherten Grenze entstanden günstigere Voraussetzungen für die Entfaltung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Die entscheidende Aufgabe bestand jetzt darin, alle Werktätigen in den Kampf um die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes einzubeziehen. Genauso wie in der Industrie waren auch in der Landwirtschaft die durch die westdeutschen Imperialisten verursachten Disproportionen zu beseitigen. Aber es galt hier darüber hinaus, die Auswirkungen der Mißernte, die die DDR und andere Gebiete Europas betroffen hatte, durch eine außerordentliche Aktivität bei der Ausschöpfung aller Reserven wettzumachen. Zudem war der Verbrauch an Fleisch und Butter schneller gestiegen, als der Siebenjahrplan vorsah.

Das Zentralkomitee der SED verstärkte unter den neuen historischen Bedingungen die massenverbundene politisch-ökonomische Leitung. Dabei orientierte es sich bei der Lösung der Widersprüche auf den fortgeschrittenen Teil der Werktätigen, um mit ihrer Hilfe alle Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Angehörigen der Intelligenz zu hohem sozialistischem Bewußtsein zu erziehen.⁵³ In Stadt und Land entfaltet die Werktätigen ihre Kräfte, um durch die wirtschaftliche Stärkung der DDR den Frieden schützen zu helfen.⁵⁴ Ihr Elan zeichnete sich am klarsten im Produktionsaufgebot ab, zu dem die Arbeiter des VEB Elektrokohle Berlin am 6. September 1961 aufriefen. Klassenbewußte Arbeiter gaben dem politischen, ökonomischen und ideologischen Klassenkampf gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus unmittelbar nach der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls starke Impulse,

53 Siehe Bericht des ZK an den VI. Parteitag der SED, in: Protokoll des VI. Parteitages der SED, Bd. 4, Berlin 1963, S. 93.

54 Nach dem 13. 8. 1961 erhöhte sich im Kreis Herzberg bei insgesamt 111 LPGs die Zahl der am Albinshofer Wettbewerb beteiligten LPGs von 9 auf 56. (Vgl. Lausitzer Rundschau, Lokalseite Herzberg, v. 23. 9. 1961; Materialien der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Bezirksstelle Cottbus.)

wobei sie darum rangen, alle Werktätigen in den sozialistischen Wettbewerb einzubeziehen.

Durch das Beispiel der Genossenschaftsbauern von Zickhusen⁵⁵ wurde die Initiative der Arbeiter von der Industrie auf die Landwirtschaft übertragen. Die Teilnahme der fortgeschrittenen Genossenschaftsbauern am Produktionsaufgebot war ein Bekenntnis zur Politik der SED und manifestierte die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung. Das Produktionsaufgebot entwickelte den Albinshofer Wettbewerb weiter. Mit seiner Hilfe galt es alle Reserven für die Sicherung der Produktion bei der Überwindung der entstandenen Schwierigkeiten auszuschöpfen und die Voraussetzungen für eine weitere Verbesserung der genossenschaftlichen Arbeit im Jahre 1962 zu schaffen. Unter neuen Bedingungen schuf das Produktionsaufgebot die Möglichkeit, alle Werktätigen in den Kampf um die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und um die Erfüllung des Planes einzubeziehen.

Nach dem Aufruf des VEB Elektrokohle Berlin und der Mitglieder der LPG Zickhusen kamen auf Initiative des Parteisekretärs die Genossen und Vorstandsmitglieder der LPG "Frieden", Typ III, in Beyern zusammen, um über die Teilnahme am Produktionsaufgebot zu beraten. In dieser Beratung wurden folgende Aufgaben festgelegt:

1. ein politisches Bekenntnis der Genossenschaftsbauern als Garantie für ökonomische Erfolge im Produktionsaufgebot;
2. die höhere ökonomische Aufgabenstellung der LPG;
3. die Qualifizierung der Genossenschaftsbauern als wichtige Reserve zur Steigerung der Produktion;
4. die Entwicklung der Zusammenarbeit beider LPGs der Gemeinde Beyern und
5. der Aufruf an alle LPGs des Kreises, dem Beispiel der LPG "Frieden" in Beyern zu folgen.

In den folgenden Abschnitten wird die Lösung der gestellten Aufgaben behandelt.

Das politische Bekenntnis der Genossenschaftsbauern als Garantie für ökonomische Erfolge im Produktionsaufgebot

Das Produktionsaufgebot der LPG "Frieden" sollte zu einem entscheidenden Mittel bei der sozialistischen Bewußtseinsbildung werden und eine ständige gute genossenschaftliche Arbeit garantieren. Bei seinen Vorschlägen zum politischen Teil ging der Parteisekretär von der richtigen Auffassung aus, ohne eine starke Parteiorganisation in der LPG könne das Produktionsaufgebot nicht mit optimalem Erfolg durchgeführt werden. Die Hauptreserve im Produktionsaufgebot war das Bewußtsein der Genossenschaftsmitglieder. Die Schöpferkraft der Genossenschaftsbauern entwickelt sich nicht spontan auf der Grundlage der veränderten Verhältnisse, sondern ist das Ergebnis einer zielgerichteten ideologischen Arbeit der SED. Über die Grundorganisation übt die Partei ihre führende Rolle gegenüber den Werktätigen in der Praxis aus, verwirklicht sie ihre Beschlüsse. Nur eine ideologisch und organisatorisch starke Grundorganisation gewährleistet die qualifizierte, den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus entsprechende Leitung. Die bisherige Ortsparteiorganisation Beyern hatte sich gefestigt, besaß jedoch in ihrer Zusammensetzung noch nicht die Gewähr, die neuen Aufgaben lösen zu können. Von den neun Mitgliedern standen drei im Rentenalter; zwei weitere arbeiteten außerhalb des Ortes.

⁵⁵ Siehe Neue Deutsche Bauernzeitung, Nr. 37/1961, v. 15. 9. 1961.

"Wie aber sollte die Parteiorganisation führen, wenn die besten Genossenschaftsbauern nicht zu ihr gehören?", fragte sich deshalb der Sekretär der Grundorganisation.⁵⁶

In der Vorlage für die LPG-Vollversammlung hieß es: "Um der Forderung nach dem Friedensvertrag noch stärkeren Nachdruck zu verleihen, werden wir uns noch enger um die Partei der Arbeiterklasse scharen. Darum wollen wir gute Genossenschaftsbauern als Kandidaten für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gewinnen. Ein Höhepunkt im Leben unserer Genossenschaft wird die Bildung einer Parteiorganisation der SED sein."⁵⁷

Die Stellung zur Partei war zum Prüfstein für die politische Reife der Genossenschaftsmitglieder geworden. Lebhaft diskutierten einige: "Warum das?", "Das ist nicht notwendig ... und damit bin ich nicht einverstanden".⁵⁸ Sie wußten die Friedenspolitik des Arbeiter- und Bauern-Staates zu schätzen. Sie waren bereit, in der LPG gut zu arbeiten, aber sie scheuten eine weitergehende politische Stellungnahme.⁵⁹ Die Bewußtseinsentwicklung war komplizierter und schwieriger als in der Arbeiterklasse, die - niemals Privateigentümer an Produktionsmitteln, aber mit der modernen Technik und Produktion verbunden - von jeher die am besten organisierte und bewußteste Vorhut der Werktätigen war. "Das Bewußtsein kann nie etwas anderes sein als das bewußte Sein", lehrt Karl Marx, "und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß."⁶⁰

Auf der Grundlage der genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsverhältnisse hatte das sozialistische Bewußtsein der Genossenschaftsbauern durch die systematische Überzeugungsarbeit eine bestimmte Stufe erreicht. Bereit, sich zur eigenen Genossenschaft zu bekennen, erkannten jedoch mehrere LPG-Mitglieder bislang nicht den unteilbaren Zusammenhang zwischen dem gesamten sozialistischen Aufbau und der notwendigen Führung durch die SED.

In Aussprachen der LPG-Mitglieder mit dem Parteisekretär und ihrem Vorstand wandelten sich alte Standpunkte. "Es fehlte auch gar nicht mehr soviel am Willen als vielmehr am Mut zum Bekenntnis", schätzte der LPG-Vorsitzende ein.⁶¹ In dem Meinungsstreit der Vollversammlung überwandten zahlreiche Genossenschaftsbauern Schranken überlebter kleinbürgerlicher Auffassungen, tiefwurzelnder Traditionen und entschlossen sich zu einem klaren Bekenntnis für die Politik der SED.

Einstimmig beschlossen die Mitglieder der LPG "Frieden" entsprechend dem vorgelegten Entwurf ihr Programm für die Teilnahme am Produktionsaufgebot. Es wurde beim Erntefest der LPG am 14. Oktober 1961 feierlich verkündet.

In den folgenden Wochen verstärkten die Parteimitglieder ihre politische Massenarbeit und sprachen mit den besten Genossenschaftsbauern, um sie als Kandidaten für die SED zu gewinnen. Besonders der Parteisekretär erläuterte in vielen Gesprächen die Rolle der SED und die Aufgaben eines Parteimitgliedes. Die tiefere Einsicht der Genossenschaftsmitglieder in gesellschaftliche Entwicklungsprozesse, vor allem in die internationale Stärke des

56 Junkert, Gunther, Die Erfolge des Produktionsaufgebots in der LPG "Frieden", Typ III, in Bayern, Erhebungsauftrag der Pädagogischen Hochschule Potsdam, Phil. Fakultät, Fach Deutsch, Potsdam 1963, S. 7.

57 Produktionsaufgebot der LPG "Frieden" in Bayern, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.

58 Siehe Lausitzer Rundschau v. 10. 4. 1962.

59 Vgl. Lausitzer Rundschau v. 13. 6. 1962; Brigadeaufzeichnungen v. Horst Block, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.

60 Siehe Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 26.

61 Wille, Georg, Vom "ohne mich" zum Kämpfer für das Neue, in: Lausitzer Rundschau v. 10. 4. 1962.

Sozialismus, wurde durch persönliche Erlebnisse mehrerer LPG-Mitglieder beeinflusst, die sie bei einer Reise in die Sowjetunion hatten. Vor dem XXII. Parteitag der KPdSU, der "ein Lehrbuch für unseren eigenen sozialistischen Aufbau war"⁶², weilten die Genossenschaftsbauern Erwin Rennert, Georg Wille und Werner Bastigkeit in der Sowjetunion. Sie erlebten die Volksdiskussion über den Entwurf des Programms, das auf dem Parteitag der KPdSU beschlossen werden sollte. Der kommunistische Aufbau, der Arbeitseifer der Sowjetbürger und ihre Gastfreundschaft beeindruckten sie nachhaltig. Der parteilose LPG-Vorsitzende Georg Wille äußerte, "er werde empfehlen, Genossenschaftsmitglieder auf Kosten der LPG in die Sowjetunion fahren zu lassen. Das würde die LPG noch schneller vorwärtsbringen".⁶³ Das Vorbild der Sowjetunion weckte in den Herzen der Werktätigen aller Länder das Vertrauen in ihre eigene schöpferische Kraft. Es festigte ihr Verhältnis zur marxistisch-leninistischen Partei. Sie verstanden immer besser, daß die Partei den Sinn ihrer Tätigkeit darin sieht, im Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen.

Bis Ende 1961 wurden mehrere Mitglieder der LPG "Frieden" in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands aufgenommen, darunter der LPG-Vorsitzende Georg Wille und der Feldbaubrigadier Erwin Rennert. Später folgten weitere aktive Genossenschaftsbauern. Der unmittelbare Einfluß der Partei in der LPG vervielfachte sich. Es wuchsen Kraft und Autorität der örtlichen Parteioorganisation.

Georg Wille, 1926 geboren, stammt aus einer alten Bauernfamilie.⁶⁴ In seinem Heimatdorf Bayern besuchte er die zweiklassige Schule und wurde mit "Leib und Seele" Bauer wie seine Vorfahren. Nachdem er aus dem zweiten Weltkrieg als Schwerverwundeter zurückgekehrt war, prägten die Kriegserlebnisse seine antimilitaristische Grundhaltung, seinen Haß gegen die imperialistische Kriegspolitik.

Charakteristisch für seinen weiteren Lebensweg wurde die aktive Teilnahme am demokratischen Neuaufbau. Zuerst wurde er Mitglied der Antifa-Jugend. 1948 gehörte er, der leidenschaftliche Schachspieler, zu den Gründern der Sportgemeinschaft Bayern.⁶⁵ Außerdem wirkte er im Volkschor mit. Bei den Wahlen 1957 erhielt er als Abgeordneter das Vertrauen der Dorfbevölkerung. Bei ihm begann sich die Einheit von persönlichen und gesellschaftlichen Interessen herauszubilden, wobei ihm damals noch nicht bewußt war, daß die Interessen des werktätigen Bauern in der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft lagen. Er stand ihr zunächst skeptisch gegenüber. Als "Interessenvertreter" der Einzelbauern besuchte er mit anderen schwache LPGs, um sich bei seinen Vorbehalten gegen den genossenschaftlichen Zusammenschluß auf schlechte LPG-Beispiele stützen zu können. Später begann sich Georg Wille mit marxistisch-leninistischen Schriften zu beschäftigen, um in Diskussionen den Parteimitgliedern der SED gewachsen zu sein und dabei das eigene passive Verhalten rechtfertigen zu können. Das gelang ihm nicht, denn er stellte fest, die Überlegenheit genossenschaftlicher Arbeit war begründet. Ihm, dem wohlhabenden Mittelbauern fiel es besonders schwer, sich offen zum Sozialismus zu bekennen. "Nun sollte ich 'ja' sagen und erst hatte ich 'nein' gesagt".⁶⁶ In seinen Worten drückt sich die Kompliziertheit der Bewußtseinsentwicklung, des

62 Ulbricht, Walter, Rede auf der Freundschaftskundgebung in Leningrad v. 26. 10. 1961, in: Neues Deutschland v. 28. 10. 1961, Ausg. A.

63 Aufzeichnungen v. Gerd Fabian, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.

64 Siehe Lausitzer Rundschau v. 3. 4. 1962.

65 Ende 1965 zählte die Sportgemeinschaft Bayern 140 Mitglieder (25,9 % aller Einwohner). Sie hatte sich zur stärksten Massenorganisation im Ort entwickelt. Ihre 1. Männermannschaft im Kegeln gehörte der Bezirksliga an. (Vgl. Lausitzer Rundschau v. 23. 9. 1963; ebenda, Lokalseite Herzberg, 26. 1. 1966.)

66 Siehe Lausitzer Rundschau v. 10. 4. 1962.

Umschlags vom einzelbäuerlichen zum genossenschaftlich-sozialistischen Denken aus. Viele Bauern scheuten sich, eine derartige Wandlung zu bekennen, weil sie meinten, das verstoße gegen Tradition und Bauernmoral. Georg Wille erkannte immer klarer, ehrenvoll handeln hieß nicht, konservativ zu sein, das heißt, alte, überlebte Zustände zu konservieren, sondern sich von diesen Fesseln zu befreien, um an der Seite der Arbeiterklasse die neue humanistische Ordnung des Sozialismus aufzubauen.

Als sich in der DDR die Massen der Bauern in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften vereinigten, lud Georg Wille vier Bauern in seine Wohnung ein, um sich mit ihnen über den bevorstehenden genossenschaftlichen Zusammenschluß zu beraten. Zu dritt - die anderen waren ferngeblieben - gelobten sie sich trotz mancher Zweifel, den neuen Weg gemeinsam zu gehen. Georg Wille, Georg Kläber und Erwin Rennert bereiteten sich mit klugen Erwägungen auf die LPG vor. In der Gründungsversammlung wurden sie, die als ausgezeichnete Mittelbauern bekannt waren, mit leitenden Funktionen in der Genossenschaft betraut. Die Mitglieder wählten Georg Wille zum Vorsitzenden der LPG "Frieden".

Ihn zeichnete eine starke Überzeugungskraft aus, die auf die Genossenschaftsmitglieder ausstrahlte. "Der Weg führt zum sozialistischen Großbetrieb, und er muß mit aller Konsequenz, unter Einsatz des ganzen Könnens gegangen werden", argumentierte er. Wort und Tat stimmten bei Georg Wille überein. So hatte er als erster den Umbau seines Wirtschaftsgebäudes vorgeschlagen. Unmittelbar nach der LPG-Gründung begann er sein Studium zum Erwerb des Fachschulabschlusses.

Ein Vertrauensverhältnis entwickelte sich zwischen ihm und dem Sekretär der Ortsparteiorganisation Beyern der SED, mit dem wichtige Fragen beraten wurden. Folgerichtig verband ihn seine gesellschaftliche Arbeit, seine Erkenntnis zunehmend mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, bis sein Entschluß heranreifte, Kandidat der marxistisch-leninistischen Partei zu werden.

Erwin Rennert, Jahrgang 1924, kam aus anderen sozialen Verhältnissen. Nach dem Besuch der zweiklassigen Dorfschule Buckau erlernte er, ein Arbeitersohn, den Beruf eines Autoschlossers. Nach Kriegsende organisierte er sich gewerkschaftlich und wurde außerdem Mitglied der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Er heiratete 1956 eine Bauerntochter und arbeitete nunmehr als werktätiger Einzelbauer. 1960 zählte er zu den Initiatoren der LPG "Frieden", Typ III, deren Mitglieder ihn zum Feldbaubrigadier wählten. Der wortkarge Erwin Rennert, der an sich selbst die höchsten Anforderungen stellte, erwartete auch von den Mitgliedern seiner Brigade höchsten Einsatz. Im Dezember 1961 bat er um Aufnahme in die SED, "weil ich in unserer Genossenschaft noch aktiver für unsere Sache (Hervorhebung - H. W.) arbeiten will."⁶⁷

Daraus sprach seine Überzeugung, daß ein Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei sich vorbildlich für das gesellschaftliche Wohl einsetzt. Die Begründung zeigt, daß ehemalige Arbeiter zu den progressivsten Genossenschaftsbauern zählen und wesentlich zu einem einheitlichen sozialistischen Standpunkt der Arbeiter und Genossenschaftsbauern beitragen. Der Eintritt der fortgeschrittensten Genossenschaftsbauern in die SED läßt hier, wie überall in unserer Republik, die Rolle der SED als Partei der gesamten mit der Arbeiterklasse verbundenen werktätigen Bevölkerung deutlich werden, der objektive Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen. Er beruht bei den Bauern auf dem Übergang zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsweise und spiegelt die Wandlung im Bewußtsein vieler Genossenschaftsbauern, ihre Annäherung zur Arbeiterklasse wider. Sie erkannten die SED als ihre politische Interessenvertretung und waren bereit, als Parteimitglieder an vorderster Stelle für den gesellschaftlichen Fortschritt einzutreten.

67 Siehe Kreisleitung Herzberg der SED, Begründung des Aufnahmeantrags v. Erwin Rennert als Kandidat der SED.

Die Gewinnung der besten Genossenschaftsbauern für die SED und der Kampf um die Fortsetzung des sozialistischen Wettbewerbs im Rahmen des Produktionsaufgebotes 1961 bildeten eine Einheit. Die Grundorganisation der Partei verwirklichte ihre führende Rolle in der LPG "Frieden" und in der Gemeinde Beyern, indem sie den Erfolg des Produktionsaufgebotes sicherte.

Die höhere ökonomische Aufgabenstellung der LPG

Aus der politischen Erkenntnis leiteten die LPG-Mitglieder die ökonomischen Ziele des Produktionsaufgebotes ab: "Je stärker die Deutsche Demokratische Republik, desto stärker ist der Friede in Deutschland."⁶⁸ Sie schätzten den Stand und die Möglichkeiten der genossenschaftlichen Produktion ein und stellten in einer stolzen Bilanz fest, die LPG habe keine Planrückstände. Aber bei "Ausnutzung aller Reserven" könnten "die gesteckten Ziele nochmals überboten werden". Insgesamt 120 Dezitonnen Milch, 110 Dezitonnen Fleisch und 45 000 Eier über den staatlichen Plan - das war ihre Verpflichtung im Produktionsaufgebot. Sie entsprach einer Leistung von 1 210 Kilogramm Milch, 260 Kilogramm Fleisch und 532 Stück Eiern je Hektar.⁶⁹

Das Produktionsaufgebot der LPG "Frieden" sah zur Nutzung aller Reserven auch Maßnahmen vor, die nicht mehr im gleichen Produktionsjahr wirksam wurden. Sie waren auf die Kontinuität der genossenschaftlichen Entwicklung gerichtet. Dazu zählte in erster Linie eine straff organisierte Herbstbestellung zu den agrotechnisch günstigsten Terminen.⁷⁰ Das konnte erreicht werden, nachdem sich der Bestand von bisher drei Traktoren durch den Kauf eines Traktors vom Typ "Zetor Super" auf vier erhöhte. Er wies mit 1,6 Zugkraft (umgerechnet 15 Zughaken-Pferdestärken) eine größere Leistungskapazität auf.⁷¹

Für die Herbstarbeiten der Maschinen-Traktoren-Station (MTS) war eine Wertsumme von 5 380 Mark geplant worden.⁷² Seitdem die landwirtschaftliche Nutzfläche der Gemeinde Beyern durch den MTS-Stützpunkt Buckau betreut wurde, hatte sich die Zusammenarbeit mit der MTS wesentlich verbessert. Der Wert der von der MTS ausgeführten Arbeiten stieg 1961 gegenüber 1960 um mehr als das Doppelte.⁷³

Schon diese wenigen Angaben deuten darauf hin, wie mit dem Übergang zur genossenschaftlichen Feldwirtschaft der Mechanisierungsgrad der landwirtschaftlichen Arbeiten wächst.

Die Genossenschaft erweiterte den Anbau der Winterzwischenfrüchte, um eine gute Futtergrundlage für die hohen Viehbestände⁷⁴ zu schaffen. Der Zusammenhang zwischen Futter-

68 Alle nicht mit einer Fußnote versehenen Zitate sind dem Text des Produktionsaufgebotes der LPG "Frieden" in Beyern, a. a. O., entnommen.

69 Die Verpflichtungen wurden bei Milch mit 60 dt = 50 %, bei Fleisch mit 161,75 dt = 147 % und bei Eiern mit 47 101 Stück = 104,7 % erfüllt. (Vgl. Vaterland-Frieden-Sozialismus - Wir siegen! o. O. o. J., S. 3.)

70 Die Verpflichtungen wurden eingehalten. (Vgl. Verwaltungsarchiv der Gemeinde Beyern, Protokoll des Rates der Gemeinde v. 10. 11. 1961.)

71 LPG-Verwaltungsarchiv Beyern, Ordner "Archiv 1962", Jahresabschlußbericht 1961 der LPG "Frieden", Typ III.

72 Ebenda, Ordner "Archiv 1960/1961", Betriebsplan 1961.

73 Errechnet nach: ebenda, Jahresabschlußberichte 1960 und 1961 der LPG "Frieden", Typ III.

74 Der 100-Hektar-Besatz belief sich im Herbst 1961 auf 43 Kühe, 137 Schweine und über 500 Stück Geflügel. (Siehe Produktionsaufgebot der LPG "Frieden" in Beyern, a. a. O.)

bau und Milchleistung in der LPG "Frieden", Typ III, Bayern wurde in einem Artikel der Neuen Deutschen Bauernzeitung anhand folgender Tabelle nachgewiesen.

Tabelle 1

Futterbau und Milchleistung in der LPG "Frieden" Bayern 1960 bis 1963

Jahr	Hauptfutterfläche (in Ar/RGV) ⁺	Zusatzfutterfläche (in AR/RGV) ⁺	Winterzwischenfrucht (in % der Ackerfläche)	Marktproduktion an Milch (in kg/ha)
1960	0,60	0,35	11	816
1961	0,51	0,52	12	1 141
1962	0,49	0,55	18	1 161
1963	0,44	0,61	27	1 292

+ Ar/Rauh- und Saftfutter verzehrende Großvieheinheit.

Quelle: Neue Deutsche Bauernzeitung, Nr. 12/1964, v. 30. 3. 1964.

Die LPG "Frieden" wandte eine veränderte Fruchtfolge an, die für den Zwischenfruchtanbau größere Flächen ergab. Georg Wille sagte darüber auf der erweiterten Plenartagung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, die am 21. und 22. September 1962 in Güstrow stattfand: "Wir bestellen nach Kartoffeln Roggen und nach Roggen Sommergetreide. Das heißt also: Wir gewinnen Flächen für den Sommerzwischenfruchtanbau. Diese Umstellung der Fruchtfolge setzt eine straffe Organisation in der Arbeit voraus."⁷⁵

Außerdem spielte der Anbau von Zwischenfrüchten für die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit eine bedeutende Rolle. Um die Wurzelrückstände von Lupinen und Seradella zu nutzen, die den Humusgehalt des Bodens günstig beeinflussen, baute die Feldbaubrigade grundsätzlich nach diesen Zwischenfrüchten Kartoffeln an und erreichte so gute Durchschnittserträge.⁷⁶ Auch die Winterfurche sollte rechtzeitig gezogen werden.⁷⁷

Die Jahreshauptversammlung der LPG "Frieden", Typ III, in Bayern konnte am 20. Januar 1962 eine ausgezeichnete Bilanz ihres ersten genossenschaftlichen Produktionsjahres verzeichnen. Alle Positionen des Volkswirtschaftsplanes wurden überboten und die Produktionsgrundlagen für das nächste Jahr geschaffen:

75 Siehe Die Landwirtschaft, 13. Jg., Sonderh. 1962, S. 59.

76 Vgl. Wille, Georg, Jetzt gilt's, in: Neue Deutsche Bauernzeitung, Nr. 14/1962, v. 6. 4. 1962.

77 1960 hatte die LPG "Frieden" die Anlage der Winterfurche nicht rechtzeitig beenden können. (Siehe ebenda.)

Tabelle 2

Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1961 durch die LPG "Frieden", Typ III, in Beyern

Position	Menge	Prozent	Menge je Hektar
Rind	173,88 dt	120,0	78,6 kg/ha
Schwein	411,83 dt	133,7	186,3 kg/ha
Milch	2 635,91 dt	102,0	1 192,7 kg/ha
Eier	119 568 St.	165,0	541 St./ha
Getreide insgesamt	487,25 dt	125,0	19,6 dt/ha
Kartoffeln	1 112,00 dt	100,0	170,0 dt/ha
Ölfrüchte	27,01 dt	184,0	119,5 kg/ha

Quelle: Unterlagen des Rates der Gemeinde Beyern.

An der Spitze der Produktionsergebnisse stand die Arbeitsgruppe "Schweinemast" der Genossenschaftsbäuerinnen Lisbeth Rennert und Hildegard Kläber, denen es gelang, ihre Verpflichtungen zu überbieten und den Verbrauch je Dezitonne produzierten Schweinefleisches auf 4,5 Getreideeinheiten zu senken.⁷⁸ Im Wettbewerb der besten Schweinemastbrigaden der Republik erreichten sie den dritten Platz.

Mit hervorragenden Leistungen folgte ihr ein anderes Frauenkollektiv, die Arbeitsgruppe Getzschmann/Schulze, die unter den Melkerbrigaden des Kreises Herzberg den ersten Platz errang. Bei einer Planerfüllung an Milch mit 107 Prozent erreichte sie eine durchschnittliche Jahresleistung pro Kuh von 3 637 Kilogramm Milch.⁷⁹

Der wichtigste wirtschaftliche Gradmesser der genossenschaftlichen Entwicklung einer LPG ist das Wachstum ihrer genossenschaftlichen Fonds. Deren Summe betrug in der LPG "Frieden" 1961 bereits 1 013 805,33 Mark.⁸⁰ Das waren 18 433 Mark je LPG-Mitglied oder 4 485 Mark je Hektar.

Die Grundmittel der LPG "Frieden" setzten sich am Jahresende 1961 aus folgenden Werten zusammen: Pflanzliche Erzeugnisse = 56 710 Mark, Dünger (mineralischer) = 4 770 Mark, Wirkstoffkonzentrate = 5 490 Mark, sonstige Mineralien = 7 060 Mark, Gebäude = 52 521,82 Mark, Maschinen und Geräte = 97 400 Mark, Viehbestand = 337 210,30 Mark, Baumaterial = 5 037,30 Mark.⁸¹

Die genossenschaftlichen Viehbestände besaßen demnach einen Wert von 1 525,84 Mark je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die Wertsumme der Viehbestände ergab sich aus 87 Stück Rindvieh = 239 120 Mark, 11 Pferden = 19 500 Mark, 340 Schweinen = 68 890,30 Mark, 10 Schafen = 700 Mark, 750 Hühnern = 9 000 Mark.

78 Vgl. Vaterland-Frieden-Sozialismus - Wir siegen!S. 7.

79 Ebenda, S. 11.

80 LPG-Verwaltungsarchiv Beyern, Ordner "Archiv 1962", Jahresabschlußbericht 1961 der LPG "Frieden", Typ III.

81 Ebenda.

In der Feldwirtschaft waren die Grundmittel der Genossenschaft gestärkt worden durch den Kauf des Traktors "Zetor Super" und die Elektrifizierung des Druschplatzes, in der Viehwirtschaft durch Umbauten ehemals einzelbäuerlicher Wirtschaftsgebäude zu einem Schweinemaststall und zu einem Hühnerintensivstall und durch den Bau einer Jauchengrube.⁸²

Die Produktionsbauten sind bekanntlich Grundmittel, deren Erhöhung größte Aufwendungen erfordert. Deshalb war in dieser Phase der genossenschaftlichen Entwicklung der Um- und Ausbau vorhandener Gebäude am wirtschaftlichsten. Die Kosten der Umbauten betragen beim Schweinemaststall 27 600 Mark, beim Hühnerintensivstall 8 510 Mark.⁸³

Durch die Stärkung des genossenschaftlichen Eigentums festigten sich Schritt für Schritt die ökonomischen Bedingungen für die Herausbildung einer einheitlichen leistungsorientierten sozialen Stellung der Genossenschaftsmitglieder.

Für ihre hervorragenden Leistungen im Jahre 1961 erhielt die LPG "Frieden" in Beyerngemeinsam mit so bekannten Genossenschaften wie LPG "Florian Geyer" in Albinshof und "Zum Lichte empor" in Krien die Wanderfahne des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik.⁸⁴ Die junge Genossenschaft war in die Reihe der besten LPGs unserer Republik vorgestoßen.

Im Rechenschaftsbericht des Vorstandes zum Jahresabschluß wurden die Erfolge der LPG-Mitglieder eingeschätzt und mit der schöpferischen Verwirklichung der zentralen Beschlüsse in der Genossenschaft begründet. Abschließend hieß es: "Wir haben die Losung des VI. Deutschen Bauernkongresses in Rostock - 1961 zum Jahr der guten genossenschaftlichen Arbeit zu machen - sehr ernst genommen, und das hat sich sehr gut ausgezahlt."⁸⁵

Die Qualifizierung der Genossenschaftsbauern als wichtige Reserve zur Steigerung der genossenschaftlichen Produktion

Der genossenschaftliche Produktionsprozeß, der mit einem wachsenden Mechanisierungsgrad der landwirtschaftlichen Arbeiten und mit der fortschreitenden Konzentration und Intensivierung der Produktion verbunden ist, verlangt von den LPG-Mitgliedern eine entsprechende Qualifikation. Sie bestimmt weitgehend die Effektivität der genossenschaftlichen Arbeit.

Wie vorrangig die Lösung dieser Aufgabe in allen LPGs war, belegte die damalige Ausbildungsstruktur, nach der im Bezirk Cottbus am 30. September 1960 von 62 922 LPG-Mitgliedern erst 0,07 Prozent einen Hochschulabschluß, 0,48 Prozent einen Fachschulabschluß und 0,67 Prozent eine Meistersausbildung besaßen.⁸⁶

Hier wirkte die Begrenztheit des einzelbäuerlichen Kleinbetriebes sowie das Zurückbleiben des Dorfes gegenüber der Stadt in der kapitalistischen Vergangenheit nach. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt erforderte aber, die Genossenschaftsbauern als wichtigste gesellschaftliche Produktivkraft in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR zu qualifizieren.

Die Einsicht in die Notwendigkeit der eigenen Qualifizierung setzte sich, trotz des gemeinsam beschlossenen Produktionsaufgebotes, bei den Mitgliedern der LPG "Frieden" in Beyern

82 Ebenda.

83 Ebenda.

84 Siehe Neues Deutschland v. 25. 2. 1962, Ausg. A.

85 LPG-Verwaltungsarchiv Beyern, Ordner "Archiv 1962", Rechenschaftsbericht des Vorstandes an die Mitgliederversammlung der LPG "Frieden" v. 20. 1. 1962.

86 Errechnet nach: Statistisches Taschenbuch 1961, Bezirk Cottbus, S. 90.

nur allmählich durch. Die Scheu, noch einmal als Erwachsene "die Schulbank drücken zu müssen", ließ sich allein durch geduldige Aufklärung überwinden. Zuerst war die Notwendigkeit von Genossenschaftsbauern erkannt worden, die bereits vor dem genossenschaftlichen Zusammenschluß in ihren einzelbäuerlichen Betrieben eine hohe landwirtschaftliche Produktion erreicht hatten und nun in der LPG eine verantwortungsvolle Funktion bekleideten. Unmittelbar nach der LPG-Gründung im Frühjahr 1960 hatten die LPG-Vorsitzenden Georg Wille (LPG "Frieden") und Herbert Lehmann (LPG "Einigkeit", Beyern) ihr Studium zum Erwerb des Fachschulabschlusses als "Staatlich geprüfter Landwirt" begonnen; ihnen folgten Erwin Rennert, Georg Kläber (beide LPG "Frieden"), Horst Hönicke (LPG "Einigkeit"), die sich zu Meistern und Anneliese Wille (LPG "Frieden"), die sich zum Facharbeiter qualifizierten.

Anneliese Wille, Mutter von vier Kindern, begründete ihre Qualifizierung mit den höheren Anforderungen in der genossenschaftlichen Produktion.⁸⁷ Darüber hinaus ergab sich das Wissensbedürfnis aus der politischen Überzeugung, daß dem sozialistischen Großbetrieb die Zukunft gehört und eine hohe genossenschaftliche Produktion im gesellschaftlichen und persönlichen Interesse liegt.

Die örtlichen Staatsorgane förderten in zahlreichen Dörfern die Lernbewegung. In Beyern, Kreis Herzberg, wirkten vor allem die selbst mit gutem Beispiel vorangehenden Vorstandsmitglieder auf die anderen Mitglieder ein. Der LPG-Vorsitzende Wille erklärte: "Wir haben viele persönliche Aussprachen mit den Mitgliedern unserer Genossenschaft geführt. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, daß in absehbarer Zukunft nur noch qualifizierte LPG-Mitglieder in der Landwirtschaft arbeiten können. Die Zeit, wo man geringschätzig vom 'dummen Bauern' sprach, ist ein für allemal vorbei. Künftig kann nicht mehr jeder in der Landwirtschaft arbeiten."⁸⁸ So ist zum Beispiel eine termingerechte Feldbestellung nur durch einen rationellen Einsatz der Technik im Mehrschichtsystem möglich. Dem LPG-Vorstand gelang es, 1961/1962 vier weitere Schichtfahrer in mehrwöchigen Lehrgängen auszubilden zu lassen, so daß der Genossenschaft zehn Schichtfahrer zur Verfügung standen.⁸⁹

Im Winterhalbjahr 1962/1963 begannen schließlich 15 Mitglieder der LPG "Frieden", Typ III, und ein Mitglied der LPG "Einigkeit", Typ I, an der Dorfakademie ihre Facharbeiterausbildung.⁹⁰ Von den 16 Teilnehmern waren 11 Genossenschaftsbäuerinnen. Weil die genossenschaftliche Viehwirtschaft die Haupteinnahmequelle der Genossenschaft war, hatte die LPG "Frieden" die umfassende Qualifizierung auf dem Gebiet der Viehhaltung begonnen, in der vorwiegend weibliche Genossenschaftsmitglieder eingesetzt waren. Die Weiterbildung festigte ihre gleichberechtigte Stellung im gesellschaftlichen Leben.

Das genossenschaftliche Kollektiv erleichterte es den LPG-Mitgliedern, an der Qualifizierung teilzunehmen. Für die Zeit des vierstündigen Schulbesuches wurden 0,6 Arbeitseinheiten als materieller Anreiz vergütet, während andere Mitglieder dringliche Arbeiten der Lehrgangsteilnehmer übernahmen. Einige ältere LPG-Mitglieder lehnten diese Regelung ab: "Die Jungen qualifizieren sich auf unsere Kosten, und wir sollen die einfachen Arbeiten machen, die schlechter bezahlt werden." Die materielle und moralische Anerkennung jeder gutenge-

87 Vgl. Brigadeaufzeichnungen v. Anneliese Wille, im Besitz des Verfassers vorliegender Arbeit.

88 Aufzeichnungen v. Georg Wille, ebenda.

89 Wille, Georg, Jetzt gilt's, a. a. O.

90 Die Dorfakademie ist eine vorteilhafte Schulform der Erwachsenenqualifizierung in der DDR, die es der Masse der Genossenschaftsbauern ermöglicht, unmittelbar in der Gemeinde den Facharbeiterbrief zu erwerben oder sich zu Meistern landwirtschaftlicher Berufe zu qualifizieren.

nossenschaftlichen Arbeit, die überzeugende Diskussion mit diesen LPG-Mitgliedern überwand ihre einseitigen Auffassungen.

Im folgenden Jahr beendeten 12 Mitglieder der LPG "Frieden" und ein Mitglied der LPG "Einigkeit" erfolgreich den Lehrgang mit dem Facharbeiterabschluß. 27,6 Prozent aller Mitglieder der LPG "Frieden" hatten sich 1963 qualifiziert. Bei den Genossenschaftsbäuerinnen waren es 44,4 Prozent. Unter ihnen waren sechs Mitglieder, die bereits 1960 der Viehzuchtbrigade angehörten.⁹¹

Der Unterschied zwischen der LPG Typ III und der LPG Typ I bei der Teilnahme ihrer Mitglieder an Qualifizierungslehrgängen erklärt sich hauptsächlich daraus, daß in der LPG Typ I das Vieh individuell gehalten wurde und die LPG-Mitglieder eine Ausbildung in der Tierzucht nicht für notwendig erachteten. Allein die Einsicht in die genossenschaftliche Perspektive konnte ihre Bereitschaft zur Qualifizierung wecken.⁹²

Die Entwicklung der Zusammenarbeit beider LPGs der Gemeinde Beyern

Aufgrund der Wettbewerbsleistungen der LPG "Frieden" verzeichnete die Gemeinde Beyern 1961 einen guten Stand der Produktion, trotz der Planrückstände, welche die zweite ortsansässige LPG aufwies.⁹³

"Eine wesentliche Reserve liegt in der Verbesserung der Zusammenarbeit beider Genossenschaften unserer Gemeinde", schrieben die Mitglieder der LPG "Frieden" in ihrem Produktionsaufgebot. "Wir wollen die guten Anfänge des Zusammenwirkens weiter entwickeln und voneinander lernen. Das wird unserer gemeinsamen Sache einen großen Dienst erweisen und die Entwicklung des Dorfes beschleunigen."

Mit der Festigung der genossenschaftlichen Grundlagen in der LPG "Frieden", Typ III, entwickelte sich zugleich auch das genossenschaftlich-sozialistische Denken der LPG-Mitglieder und führte folgerichtig zu Überlegungen, die auf eine bessere Zusammenarbeit mit der LPG "Einigkeit", Typ I, hinzielten. Das ergab sich objektiv aus den gemeinsamen Interessen der Genossenschaftsbauern in der sozialistischen Gesellschaft. Diese Interessen äußerten sich hier in einer gegenseitigen Bauernhilfe unter neuen Bedingungen.

Die gemeinsame Teilnahme am Produktionsaufgebot wurde zum ersten Schritt in dieser Richtung. Schließlich wollte auch die LPG "Einigkeit", bei allen Vorbehalten, die einige Mitglieder gegen die Teilnahme am Wettbewerb geltend machten, nicht mehr hinter der LPG "Frieden" zurückstehen. Unter Beachtung ihrer Planrückstände in der Produktion tierischer Erzeugnisse berieten die Mitglieder der LPG "Einigkeit" ihr Produktionsaufgebot. Sie beschloßen, am Wettbewerb Albinshof teilzunehmen, um ihre Marktproduktion zu erhöhen.⁹⁴ Die

91 Der Viehzuchtbrigadier Georg Kläber hatte ebenfalls seine Ausbildung als Meister der Rinderzucht abgeschlossen.

92 Wie in der Gemeinde Beyern war im ganzen Bezirk Cottbus der Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsgrad der genossenschaftlichen Produktion, dem Niveau der ideologischen Arbeit in der LPG und der Bereitschaft der Genossenschaftsbauern zur systematischen Qualifizierung zu erkennen. Während sich bis zum 30. 9. 1963 von 19 785 Mitgliedern der LPG Typ III 15,7 % qualifizierten, waren es von den 37 473 Mitgliedern der LPG Typ I und II erst 4,8 %. (Errechnet nach: Statistisches Taschenbuch 1964, Bezirk Cottbus, S. 95 f.)

93 Verwaltungsarchiv der Gemeinde Beyern, Bericht des Rates der Gemeinde an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Herzberg v. 9. 8. 1961 (Durchschlag).

94 LPG-Verwaltungsarchiv Beyern, Hefter "1961" der LPG "Einigkeit", Produktionsaufgebot der LPG "Einigkeit", Typ I, in Beyern.

neue Gemeindevertretung⁹⁵ wurde aufgefordert, die Zusammenarbeit beider Genossenschaften zu unterstützen.

Der Vorstand der LPG "Einigkeit" überprüfte noch einmal die Produktion der individuellen Viehwirtschaften. Die schlechten Produktionsgrundlagen einiger schwacher Wirtschaften erschwerten eine rasch wirkende Unterstützung. "Mit Hilfe einer guten analytischen Arbeit des Rates der Gemeinde" sollten Maßnahmen festgelegt werden, die 1962 die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes sichern sollten.⁹⁶ Grundsätzlich ließ sich der Produktionsrückgang in individuellen Viehwirtschaften nur durch den Aufbau einer genossenschaftlichen Viehhaltung ausgleichen, wie es die LPG-Mitglieder richtig in ihrem Produktionsaufgebot vorsehen. Die Gemeindevertretung empfahl, "schon jetzt die Voraussetzungen für die genossenschaftliche Viehhaltung zu schaffen".⁹⁷

In der Genossenschaft wurde beraten, "in welcher Richtung und in welchem Umfange im Jahre 1962 die genossenschaftliche Viehhaltung einzurichten ist. Es sind Überlegungen anzustellen, ob es nicht möglich ist, sofort mit der genossenschaftlichen Bullenmast zu beginnen. Die erforderlichen Umbauten wären ohne große Schwierigkeiten sofort durchführbar."⁹⁸

Die Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion in der LPG Typ I war berechtigt, nachdem im Feldbau die genossenschaftliche Arbeit gut organisiert wurde. Zügig wurden die Kartoffelrodung und -ablieferung durchgeführt. 15 bis 20 Hausfrauen aus dem Ort halfen täglich bei der Ernte.⁹⁹

Auch in diesem Jahr sollte durch Gesundkalkung die Bodenfruchtbarkeit erhalten und gesteigert werden. Die LPG "Einigkeit", Typ I, verbrauchte 1961 an Mineraldünger pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche: Stickstoff (N) 5,4 Kilogramm, Phosphorsäure (P_2O_5) 19 Kilogramm, Kali (K_2O) 52,4 Kilogramm, Kalk (CaO) 350 Kilogramm, 90 Hektar wurden mit Wirtschaftsdünger versorgt, und zwar entfielen auf den Hektar 240 Dezitonnen.¹⁰⁰

Die positive Einstellung zur Genossenschaft hatte sich bei zahlreichen Mitgliedern der LPG "Einigkeit" gefestigt. Allerdings gelang es ihnen nicht mehr, bis Jahresende die Rückstände in der Planerfüllung aufzuholen.

95 Am 17. 9. 1961 hatten von 381 Wahlberechtigten der Gemeinde Beyern 376 (99, 68 %) einstimmig die vorgeschlagenen 20 Gemeindevertreter und 7 Nachfolgekandidaten gewählt. Unter den vorgeschlagenen Gemeindevertretern waren die Genossenschaftsbauern Georg Kläber, Ernst Krahlisch, Else Teubner, Georg Wille, Werner Bastigkeit (alle LPG Typ III) sowie Herbert Lehmann (LPG Typ I). Nachfolgekandidaten waren Wally Steglich (LPG Typ III) und Manfred Ponickau (LPG Typ I). (Siehe Verwaltungsarchiv der Gemeinde Beyern, Protokoll der Gemeindevertretung v. 29. 9. 1961.)

96 LPG-Verwaltungsarchiv Beyern, Hefter "1962" der LPG "Einigkeit" Typ I, Schlußwort des LPG-Vorsitzenden Herbert Lehmann bei der Jahresabschlußversammlung 1961/1962.

97 Verwaltungsarchiv der Gemeinde Beyern, Protokoll der Gemeindevertretung v. 27. 10. 1961.

98 LPG-Verwaltungsarchiv Beyern, Hefter "1961" der LPG "Einigkeit" Typ I, Rechenschaftsbericht 1961 des Vorstandes.

99 Lausitzer Rundschau, Lokalseite Herzberg, v. 13. 10. 1961.

100 LPG-Verwaltungsarchiv Beyern, Lose-Blatt-Mappe, Jahresabschlußbericht 1961 der LPG "Einigkeit", Typ I, in Beyern.

Die damals gesammelten Erfahrungen der LPG "Frieden" lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Ausgangspunkt der beispielgebenden Erfolge der Mitglieder der LPG "Frieden", Typ III, in Bayern im Produktionsjahr 1961 war die komplexe Leitungstätigkeit des LPG-Vorstandes, der von der Einheit von Politik und Ökonomie ausging. Bei der schöpferischen Anwendung der zentralen Beschlüsse schuf er in erster Linie ideologische Klarheit über die entscheidenden politischen Fragen. Die Genossenschaftsbauern waren von der Perspektive der genossenschaftlich-sozialistischen Landwirtschaft überzeugt. Der politische Meinungsstreit bezog sich auf die genossenschaftliche Praxis und bewährte sich in ihren Ergebnissen.
Die Brigadearbeit wurde straff organisiert. Die Aufgabenbereiche waren klar abgegrenzt, so daß jedes LPG-Mitglied genau seine Verantwortlichkeit und Aufgaben kannte.
2. Zur Hauptform des Kampfes um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und zum stärksten Hebel des genossenschaftlichen Fortschritts machte der Vorstand den sozialistischen Wettbewerb, der die genossenschaftliche Aktivität durch die Verbindung der materiellen Interessiertheit mit moralischen Stimuli förderte.
Der sozialistische Wettbewerb stärkte bei den Genossenschaftsbauern die Bewußtheit, daß eine gute genossenschaftliche Arbeit im persönlichen Interesse liegt und der Genossenschaft nutzt. Indem die Wettbewerbsleistung des einzelnen LPG-Mitgliedes und seine materielle Vergütung von der kollektiven Zusammenarbeit entscheidend beeinflusst wurde, erhöhte der Wettbewerb die positive Einstellung zur genossenschaftlichen Arbeitsorganisation. Vom Organisationsgrad hing die Festigung der LPG ab.
Außerdem zeigte sich, daß der LPG-Vorstand durch die überlegte Wettbewerbsführung, indem er zweckentsprechende politisch-ideologische und ökonomische Leitungsmethoden anwandte, schneller zu einem sozialistischen Leitungsorgan wurde.
3. Die Erfolge der LPG "Frieden" im sozialistischen Wettbewerb wurden durch die breite Entfaltung der innergenossenschaftlichen Demokratie möglich. In regelmäßig durchgeführten Mitgliederversammlungen¹⁰¹ faßten die Mitglieder ihre grundsätzlichen Beschlüsse. Jeder brauchbare Hinweis wurde vom Vorstand beachtet.¹⁰² Das genossenschaftliche Mitbestimmungsrecht aller Mitglieder schlug sich in ihrer produktiven Arbeit nieder, die aus der realen Mitentscheidung starke Impulse erhielt.
4. Die volle Orientierung auf die genossenschaftliche Arbeit, unter Einbeziehung der spezifischen Form der "individuellen Hauswirtschaft", trug wesentlich zu den Erfolgen der LPG bei.
5. Der Wettstreit beider Genossenschaften, der ihre Entwicklung gefördert hatte, trat mit dem Produktionsaufgebot in ein neues Stadium. In Bayern näherte sich Ende 1961 die erste Phase des Übergangs zur genossenschaftlichen Produktion ihrem Abschluß. Sie war vor allem durch die Anwendung bewährter bäuerlicher Erfahrungen auf der qualitativ höheren Stufe der genossenschaftlichen Arbeit gekennzeichnet.

101 1961 fanden 14 Mitgliederversammlungen statt. (Siehe ebenda, Ordner "Archiv 1962", Jahresabschlußbericht 1961 der LPG "Frieden", Typ III.)

102 Die Vorstandsmitglieder berieten in ihren Aufgabenbereichen mit den anderen LPG-Mitgliedern die aktuellen Fragen. Häufig konnten Vorschläge aus diesen Beratungen bereits bei der Beschlußvorlage für die Mitgliederversammlung berücksichtigt werden.

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Berlin veranstaltete am 27. und 28. März eine zentrale Konferenz zur Regional- und Betriebsgeschichte in der DDR.² Krusch hob in seinem einleitenden Referat die höheren Anforderungen hervor, welche für die Regional- und Betriebsgeschichte aus dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED "Die weitere Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft in der DDR" und den Dokumenten der 9. Tagung des ZK erwachsen.

In der anschließenden umfassenden Diskussion berichtete Grüner über Ergebnisse soziologischer Untersuchungen zum Geschichtsdenken in Auswertung der Erfolge betriebsgeschichtlicher Agitations- und Propagandaarbeit.³ Müller und Redlich informierten über den Stand und die Probleme der Forschungsarbeiten zur Agrarbetriebsgeschichte.⁴ Radandt gab eine kritische Analyse der Darstellung der Rolle der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Partei in betriebsgeschichtlichen Veröffentlichungen.⁵ Die Betriebsgeschichtsforschung in strukturbestimmenden Betrieben behandelte Knoll.⁶

Auf Beschluß des Politbüros der SED wurden im Jahre 1969 anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR unter anderem im VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht", im VEB Carl Zeiss Jena, im VEB Bandstahl-Kombinat Stammwerk Eisenhüttenkombinat Ost und im VEB Volkswerft Stralsund theoretische Konferenzen über die Entwicklung der Betriebe unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauern-Macht durchgeführt, die von großer Bedeutung für die politisch-ideologische Orientierung der Betriebsgeschichtsschreibung in den betreffenden Bezirken waren.⁷

- 1 Der vorliegende Bericht ist die erste Fortsetzung der im Jahrbuch für Wirtschaftsge-
schichte 1969, T. 4, S. 197 ff., begonnenen Informationsserie. Er wurde von Hans Czi-
hak, Hans-Heinrich Müller, Hans Radandt, Rudolf Schröder und Helmut Seidl zusammen-
gestellt; vgl. hierzu auch die Bibliographie von Günther, Renate, in diesem Band.
- 2 Krusch, Hans-Joachim, Bilanz und Aufgaben regionalgeschichtlicher Arbeit im Zeichen
des 20. Jahrestages der Gründung der DDR, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiter-
bewegung (im folgenden: BZG), H. 5/1969, S. 861 - 871.
- 3 Grüner, Ernst, Der Beitrag der Geschichtskommissionen der Partei bei der Entwick-
lung des Geschichtsbewußtseins unserer Werktätigen, in: Wissenschaftliche Mittellun-
gen der Deutschen Historiker-Gesellschaft, H. 1/1970, S. 67 - 72.
- 4 Müller, Hans-Heinrich, Probleme der agraren Betriebsgeschichte, in: ebenda, S. 73 -
75; Redlich, Friedrich, Zu Fragen der agraren Betriebsgeschichtsforschung, in: ebenda,
S. 94.
- 5 Radandt, Hans, Die Darstellung der führenden Rolle der Partei, ihres ideologischen Rin-
gens in Betriebsgeschichten, in: ebenda, S. 98 - 102.
- 6 Knoll, Rudolf, Betriebsgeschichtsforschung und Darstellung in strukturbestimmenden
Betrieben, ebenda, S. 103 - 106.
- 7 Vgl. derselbe, Erfahrungen und Ergebnisse einer theoretischen Konferenz über die Ge-
schichte des VEB Eisenhüttenkombinat Ost, in: BZG, H. 2/1970, S. 316 - 319, u. Ja-
winsky, Johanna, Zur Betriebsgeschichte des VEB Volkswerft Stralsund, in: ebenda,
S. 319 - 321.

Die 6. Arbeitstagung des Arbeitskreises Geschichte der chemischen Industrie fand am 21. Mai 1969 in Leipzig statt. Ein Vortrag von Radandt über die "Darstellung der Rolle der SED in der Betriebsgeschichte" sowie ein Lichtbildervortrag von H. Becker über "150 Jahre Kadmium" bildeten die Grundlage für einen regen Erfahrungsaustausch.

Auf der 7. Arbeitstagung des Arbeitskreises Geschichte der chemischen Industrie am 16. Dezember 1969 gab Schröder einen Bericht über die Tätigkeit des Arbeitskreises im Jahre 1969. In der Diskussion über den Arbeitsplan des Arbeitskreises für das Jahr 1970 wurde vorgeschlagen, Arbeitstagungen des Arbeitskreises im Jahre 1970 im VEB Chemiefaserkombinat Guben und im VEB Chemiefaserwerk Schwarza durchzuführen.

Zur weiteren Unterstützung der Betriebsgeschichtsarbeit in den Kaliwerken fand im Mai 1969 die 11. Tagung des Arbeitskreises "Geschichte der Kaliindustrie" statt, die sich mit dem Stand der Betriebsgeschichtsschreibung in der Kaliindustrie und mit der Entwicklung des Kalihandels und des Kaliabsatzes seit 1945 beschäftigte. Über Probleme des Kalihandels sprach Heinemann (VVB Kali, Erfurt).

Auf Anregung der Forschungsgemeinschaft agrare Betriebsgeschichte hat Hönig mit der Bibliographierung der in den Bezirken der DDR erschienenen Veröffentlichungen zur Geschichte landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften begonnen.

Eine Arbeitsgruppe Regional- und Betriebsgeschichte wurde vom Bezirksvorstand der Deutschen Historiker-Gesellschaft am 29. Januar 1969 in Leipzig gebildet. Ihre Aufgabe ist vor allem, Lehrer und Studenten für betriebsgeschichtliche Forschungen zu interessieren und ihnen bei der Bearbeitung betriebsgeschichtlicher Probleme Anleitung und Unterstützung zu geben.

Im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte vermittelte Czihak ein Beispiel für die Untersuchung der Rationalisierung und Investitionspolitik in einem kapitalistischen Konzern.⁸ Aus einem Beitrag von Wächtler kann der Betriebshistoriker Hinweise entnehmen, wie die Traditionen des Bergbaus vom deutschen Faschismus für seine volks- und menschenfeindliche Politik mißbraucht wurden.⁹ Radandt regte aufgrund der Untersuchung betriebsgeschichtlicher Veröffentlichungen an, die Darstellung der ideologischen Überzeugungsarbeit der Betriebsparteiorganisationen künftig stärker in die Betriebsgeschichten einzubeziehen.¹⁰ Für die Untersuchung der planmäßigen Entwicklung der materiellen Interessiertheit im Betrieb lassen sich aus dem Beitrag von Seidl wichtige Hinweise entnehmen.¹¹ Für ökonomische Aspekte der Untersuchung der Geschichte von Vereinigungen Volkseigener Betriebe gibt Schädel viele Anregungen.¹²

8 Czihak, Hans, Rationalisierung und Investitionspolitik in einem kapitalistischen Konzern in den zwanziger und dreißiger Jahren, dargestellt am Beispiel der A. Riebeck'schen Montanwerke AG, Halle a. S., in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 1, S. 325 - 346.

9 Wächtler, Eberhard, Die bergbauliche Tradition als Bestandteil der antikommunistischen Politik des deutschen Imperialismus seit 1933, in: ebenda 1969, T. 3, S. 277 - 286.

10 Radandt, Hans, Vom Wachsen der Menschen in den Betrieben. Zur Darstellung der ideologischen Überzeugungsarbeit der Betriebsparteiorganisation in Betriebsgeschichten, in: ebenda 1969, T. 4, S. 181 - 191.

11 Seidl, Helmut, Der Beginn der bewußten planmäßigen Entwicklung der materiellen Interessiertheit in der Kaliindustrie der DDR in den Jahren 1948 bis 1951, dargestellt vor allem am Beispiel der Grubenbetriebe, in: ebenda 1969, T. 4, S. 55 - 88.

12 Schädel, Manfred, Die Entwicklung der VVB Technische Textilien im ökonomischen System des Sozialismus, in: ebenda 1969, T. 4, S. 41 - 54.

Die Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der SED-Kreisleitung Eilenburg veröffentlichte in vier Bänden eine "Chronik des Kreises Eilenburg" von 1945 bis 1969. Umfangreiche Angaben zur Entwicklung der Betriebe und zu Ereignissen in den Betrieben bieten den Betriebsgeschichtskommissionen des Kreises wertvolle Materialien.

Eine betriebsgeschichtliche Arbeit über "Die Entwicklung der sozialistischen Wettbewerbsbewegung und der sozialistischen Brigaden im Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree, Betriebsteil Kabelwerk Vacha, in der Zeit zwischen dem VI. und VII. Parteitag der SED (1963 - 1967)", wurde als wissenschaftliche Abschlußarbeit im Fernstudium für Geschichtslehrer abgeschlossen und bei der Pädagogischen Hochschule Dresden eingereicht.

An der Universität Rostock, Sektion Tierproduktion, wurde eine Diplomarbeit betriebsgeschichtlichen Inhalts über die LPG Trinwillershagen angefertigt. Eine Dissertation über die Geschichte einer LPG in der Nähe von Neubrandenburg wurde in Angriff genommen.

Nach der Bildung des VEB Erdölverarbeitungskombinat "Otto Grotewohl" Böhlen wurde mit der Erarbeitung der Kombinatgeschichte begonnen. Die Kombinatgeschichte umfaßt die Betriebsgeschichten der ehemals selbständigen Kombinate "Otto Grotewohl" Böhlen, Espenhain und Teerverarbeitungswerk Rositz. Der Rohentwurf der geplanten Kombinatgeschichte soll bereits bis Juni 1970 vorliegen.

Ein Betriebsgeschichtskollektiv hat die Erarbeitung der Betriebsgeschichte des VEB Volltuchwerke Crimmitschau aufgenommen. Bis zum Jahresende lagen bereits die Abschnitte bis zum Jahre 1932 im Rohentwurf vor.

Die Mitarbeiter der Abteilung Betriebsgeschichte wurden unter anderem von folgenden Betrieben in Fragen betriebsgeschichtlicher Darstellungen konsultiert: Bandstahlkombinat Stammwerk EKO, Eisenhüttenstadt; Braunkohlenkombinat Lauchhammer; BVG Berlin; Chemiefaserkombinat Wilhelm-Pieck-Stadt-Guben; Chemiefaserwerk Friedrich Engels, Premnitz; Chemiekombinat Bitterfeld; EAW Treptow, VVB Energieversorgung, Halle; Kalikombinat Werra; Elektronik, Dresden; Filmfabrik Wolfen; Orbitaplast Werk Eilenburg; Thermometerwerk Geraberg; Werkzeugfabrik Königsee; Metallverarbeitung Leipzig; PGH Taucha.

Besonders häufig wurden bei den Konsultationen Fragen gestellt, welche die Zeit nach 1945 betrafen. Das Hauptaugenmerk war darauf gerichtet, diese Entwicklung möglichst umfassend, aber auch interessant darzustellen und eine gute Kombination zwischen chronologischer und thematischer Behandlung zu finden.

BERICHT ÜBER DIE TAGUNG DER ARBEITSGEMEINSCHAFT "GESCHICHTE DER ÖKONOMISCHEN POLITIK DER SED"

von Jörg Roesler

Am 25. und 26. Juni 1970 fand in Freiberg (Sachsen) eine Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft "zur Geschichte der ökonomischen Politik der SED und der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR von 1945 bis 1975" statt, zu der Prof. Dr. Karl Reißig und Prof. Dr. Hans Müller vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Prof. Dr. Waltraud Falk vom Bereich Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität und Prof. Dr. Eberhard Wächtler von der Bergakademie Freiberg eingeladen hatten.

Die auf der Arbeitstagung gehaltenen Referate und Diskussionsbeiträge zum Konferenzthema "Die Bedeutung des Buches 'Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR' für die Wirtschaftsgeschichte" offenbarten die Bedeutung und Vielfalt der Anregungen, die dieses Werk den auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus arbeitenden Zeithistorikern gegeben hat und gibt.

In seinem Referat "Probleme der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus" konzentrierte sich Hans Müller auf diejenigen Aspekte des in der DDR erfolgreich vollzogenen Ablösungsprozesses der kapitalistischen durch die sozialistische Gesellschaftsordnung, die in der Klassenauseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus im Mittelpunkt stehen bzw. für diejenigen Nationalstaaten, die sich für den nichtkapitalistischen Weg entschieden haben, von Bedeutung sind. Er wies am Beispiel der Entwicklung des durch die Enteignung der Monopolkapitalisten entstandenen öffentlichen Eigentums und seiner allmählichen Umwandlung in Volkseigentum die Eigenständigkeit der antifaschistisch-demokratischen Revolution in der DDR nach. Anhand der nach dem VI. Parteitag der SED in Angriff genommenen Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet konnte Hans Müller eindeutig die bürgerlichen und revisionistischen Behauptungen von der abnehmenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse bei der Steuerung der gesellschaftlichen und insbesondere der Wirtschaftsentwicklung widerlegen und die wachsende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und der Arbeiterklasse auf der Grundlage überzeugender Kriterien nachweisen.

Waltraud Falk zeigte in ihrem Referat zum Thema "Die Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus" anhand einer Fülle von interessanten Beispielen, daß Ökonomie und wissenschaftlich-technische Revolution zwar die Grundlage für den Sieg des Sozialismus in der Auseinandersetzung zwischen beiden Weltsystemen bilden. Zur Verwirklichung bedarf es dabei jedoch der Politik der Partei der Arbeiterklasse, die die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse wirksam miteinander verbindet.

Zum Abschluß ihrer Darlegungen ging die Referentin auf die Rolle und Aufgaben ein, die sich aus der engen Verbindung von Politik, Ökonomie und Ideologie unter den gegenwärtigen Bedingungen für die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus ergeben. Sie nannte im einzelnen folgende Aufgaben:

1. Die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus muß sich in engster Zusammenarbeit mit den ökonomischen Disziplinen und anderen Gesellschaftswissenschaften im Sinne einer gegenseitigen Befruchtung entwickeln.
2. In einem solchen Integrationsprozeß muß die wirtschaftshistorische Forschung als erste Bearbeitungsstufe eines Forschungszyklus angesehen werden. Sie muß sich darauf orientieren, durch wirtschaftshistorische Untersuchungen einen Beitrag zur Klärung der im Zusammenhang mit der Forschungsthematik zu lösenden theoretischen Probleme zu leisten. Es würde dagegen ihrer Spezifik widersprechen, wenn man von ihr bereits die Entwicklung detaillierter Systemregelungen verlangt.
3. Um einen Beitrag zur Lösung von theoretischen Problemen leisten zu können, muß der bereits eingeleitete Übergang von der bloßen Beschreibung von Prozessen zu ihrer historischen Analyse energisch weiter beschritten werden.
4. Die Wirtschaftsgeschichte darf nicht bei der Darstellung der Funktionsweise des ökonomischen Systems des Sozialismus stehenbleiben, sondern muß darüber hinaus die Auswirkungen auf die Verhaltensweisen der Menschen untersuchen, um daraus Schlußfolgerungen für die künftige Gestaltung der Wirtschaftsprozesse ziehen zu können.

Karl Reißig, der die Bedeutung des Buches "Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" für die Zeitgeschichte noch einmal ausdrücklich in seinem Referat "Methodologische Probleme der zeitgeschichtlichen Darstellung in der DDR in den sechziger Jahren" würdigte, widmete sich im weiteren vor allem den Problemen, denen sich der Zeitgeschichtler gegenüber sieht, wenn er von der Darstellung und Analyse der ökonomischen Prozesse der Übergangsperiode zur Untersuchung der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse im gesellschaftlichen System des Sozialismus (das heißt in der ausbeutungsfreien Gesellschaft) übergeht. Als solche neu zu durchdenkenden Probleme nannte Karl Reißig unter anderem

die Frage nach den Kriterien der Periodisierung des Geschichtsprozesses bei noch nicht abgeschlossenen Entwicklungsprozessen;

das Verhältnis zwischen Geschichtsprozeß einerseits, Strategie und Taktik der Partei andererseits unter den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, in der die spontanen Einflüsse auf den Geschichtsverlauf immer mehr an Bedeutung verlieren und in der Strategie und Taktik nicht nur Weg und Ziel bestimmen, sondern auch immer mehr zum Hauptsteuerungsinstrument werden;

die Darstellung der Haupttriebkraft des gesellschaftlichen Fortschritts im Sozialismus. Diese ist nicht in erster Linie als Regelmechanismus, sondern als weitere Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse unter - im Vergleich zur Übergangsperiode - veränderten Bedingungen aufzufassen, was unmittelbare Konsequenzen für den Platz, der den Initiativen der Werktätigen in der wirtschaftshistorischen Darstellung eingeräumt werden muß, hat.

Am zweiten Konferenztag behandelten Eberhard Wächtler und Wolfgang Mühlfriedel die Themen "Die Bedeutung des Buches 'Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR' für die Geschichte der Produktivkräfte" und "Zur Rolle der SED bei der planmäßigen Einbeziehung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in den Reproduktionsprozeß seit 1949". Ihre Referate waren den wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Überwindung des durch den Imperialismus deformierten Systems der Produktivkräfte in der DDR und der Schaffung eines den Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution angepaßten Systems der Produktivkräfte gewidmet.

Eberhard Wächtler wies in seinem Referat nach, daß bei der erfolgreichen Lösung dieser Aufgaben jeweils bestimmte Zielstellungen in den einzelnen Perioden im Vordergrund standen, angefangen vom Kampf um die Arbeitsdisziplin 1945 bis 1949 bis zur Sicherung ei-

ner ständigen Produktivitätssteigerung mit wissenschaftlich-technischen Methoden 1962 bis 1970.

Wolfgang Mühlfriedel untersuchte in seinem Referat, mit welchen Maßnahmen die Partei der Arbeiterklasse die Bewältigung der Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution seit Mitte der fünfziger Jahre in Angriff genommen hat und wie es ihr gelang, das Instrumentarium zur Lenkung der Entwicklung der Produktivkräfte von Jahr zu Jahr zu verbessern und zu vervollkommen.

Die zu den Referaten - überwiegend von Mitarbeitern des Instituts für Gesellschaftswissenschaften - gehaltenen Diskussionsbeiträge ergänzten und vertieften die in den Vorträgen gemachten Aussagen. Erfreulich war vor allem, daß die Mehrzahl der Diskussionsteilnehmer es verstand, ihre Ausführungen zur ökonomischen Entwicklung der DDR mit einer Auseinandersetzung mit bürgerlichen, vor allem westdeutschen Theorien und Auffassungen über die Faktoren und Prozesse, die die Entwicklung der DDR in den sechziger Jahren charakterisierten, zu verbinden. Über Umfang und Zielrichtung der zeitgeschichtlichen ökonomischen, soziologischen und politologischen Arbeiten westdeutscher Autoren zu diesem Thema informierte insbesondere Magda Hesse in ihrem Diskussionsbeitrag.

Insgesamt bewies der Verlauf der Arbeitstagung die Notwendigkeit und Nützlichkeit von Veranstaltungen, auf denen die Wissenschaftler, die sich mit der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus befassen, den Gedankenaustausch pflegen können.

Quellen und Materialien

PLÄNE DER DEUTSCHEN ELEKTROKONZERNE ZUR "NEUORDNUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT" IM ZWEITEN WELTKRIEG⁺

von Hermann Wandschneider

In jüngster Zeit erschienen in der DDR eine Reihe von Arbeiten, die die Pläne der mächtigen deutschen Monopole der chemischen, optischen und eisenschaffenden Industrie zur faschistischen "Neuordnung Europas" erhellten und wesentlich dazu beitrugen, das Geheimnis der imperialistischen Kriege aufzudecken.¹ Weniger bekannt sind bisher die "Neuordnungsprogramme" der führenden Elektrokonzerns Siemens und AEG sowie die Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung im zweiten Weltkrieg.

Das heutige Expansionsprogramm der Nachfolgekonzerns der IG Farbenindustrie AG, des Siemens-Konzerns, der AEG, der Ruhr-Konzerns, des Flick-Konzerns und der Großbanken ist in seinen Zielen zunächst - ähnlich wie vor 1945 - auf die Bildung eines "europäischen Großraumes" gerichtet. Dessen Zweck umriß Franz Josef Strauß in seinem Buch "Entwurf für Europa": "Es ist höchste Zeit für Europa, die Kräfte in der Welt zu verändern."² Das ist in der Grundlinie eine Neuauflage des faschistischen Programms der "Neuordnung" Europas und der Welt, wie sie die deutschen Monopole im zweiten Weltkrieg verwirklichen wollten. Ihr Wesen und ihr Ziel bestanden in der "Herstellung und Sicherung der Hegemonie des deutschen Monopolkapitals in Europa. Sie sollte die räuberische Aktion des deutschen Imperialismus gegen die UdSSR vorbereiten und entscheidende Voraussetzungen für seinen Kampf um die Weltherrschaft schaffen".³

Ein wesentlicher Bestandteil des Programms des faschistischen deutschen Imperialismus zur "Neuordnung Europas" war die "Neuordnung der europäischen Wirtschaft" unter der Hegemonie der führenden deutschen Monopole. Sie wurde im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der militärischen Raubzüge von den großen Monopolverbänden und ihren staatsmonopolistischen Institutionen geplant und systematisch betrieben. Das trifft

+ Mit unserer Genehmigung erschien diese Dokumentation in der Publikationsreihe der Parteihochschule "Karl Marx" beim ZK der SED "Vorlesungen und Schriften" im Juni 1970 als Vorabdruck - d. Red.

1 Anatomie des Krieges, hg. u. eingel. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969; Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Bd. 1, Berlin 1969; Monopole und Staat in Deutschland 1917 - 1945, Berlin 1966; Eichholtz, Dietrich, Die IG-Farben-"Friedensplanung", in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 3, S. 271 - 332; Schumann, Wolfgang/Bednarek, Horst, Die faschistische "Neuordnung Europas", in: Deutsche Außenpolitik, H. 8/1969; Czollek, Roswitha/Eichholtz, Dietrich, Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 1, S. 141 - 181.

2 Strauß, Franz Josef, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 56.

3 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 275.

auch auf die führenden deutschen Elektrokonzerne, Siemens und AEG, voll zu. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß sich die Pläne der "Neuordnung" West-, Süd- und Nordeuropas - und nur hierauf geht der Verfasser ein, weil die Materialsituation und der Rahmen der Publikation eine umfassendere Darstellung nicht zulassen - von denen gegenüber Polen und der Sowjetunion wesentlich unterschieden.⁴

Wie die vorliegenden Dokumente beweisen, versuchte der faschistische deutsche Imperialismus, seine reaktionären und illusionären "Neuordnungspläne" bei gleichzeitiger Bildung einer dazu im objektiven Gegensatz stehenden "Kriegsgemeinschaft" aus verbündeten, neutralen und okkupierten imperialistischen Staaten gegen die sozialistische Sowjetunion zu verwirklichen. Das führte zu vielfältigen Schwierigkeiten und zwang die führenden deutschen Monopole oft, die Taktik zu verändern. Dabei traten auch im eigenen Lager Meinungsverschiedenheiten in taktischen Verfahrensfragen auf. Sie berührten jedoch keineswegs das Wesen des verbrecherischen Expansions- und Kriegsprogramms.

Wesentliche Teile des Kriegszielprogramms der großen deutschen Elektrokonzerne sind im Frankreich-Bericht der Reichsgruppe Industrie vom März 1941 enthalten.⁵ Wenn die hierin niedergeschriebenen Forderungen und Wünsche sich auch speziell auf Frankreich beziehen, so enthalten sie doch die Grundlinie der Expansionspolitik der deutschen Elektrokonzerne für die Verwirklichung ihrer Hegemonie in West-, Süd- und Nordeuropa überhaupt. Im einleitenden Teil des Frankreich-Berichtes ist diese allgemeine Grundlinie skizziert: "Die Form der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich ist von der Gestaltung des Friedensvertrages abhängig und daher noch unbekannt. Selbstverständlich wird ein für Deutschland siegreiches Kriegsende zugrunde gelegt. Im übrigen wird bei den folgenden Anregungen von dem erstrebenswerten Optimum ausgegangen. Es wird dabei als feststehend betrachtet, daß Kontinentaleuropa einen wirtschaftlichen Großraum bilden soll ..."⁶ Die in dem Bericht enthaltenen Kriegsziele der Elektrokonzerne zeigen, daß ihre Politik zur "Neuordnung der europäischen Elektroindustrie" einen integrierenden Bestandteil des gesamten faschistischen "Neuordnungsprogramms" darstellt. Sie lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Revision der Ergebnisse des ersten Weltkrieges. Ersatzleistung für die dem deutschen Monopolkapital aus dem Versailler Vertrag entstandenen "Schäden";
2. Revision aller bestehenden Verträge mit ausländischen Konzernen und Staaten;
3. Uneingeschränkte Beherrschung der Binnenmärkte aller europäischen Länder durch die deutsche Elektroindustrie, Schaffung eines einheitlichen europäischen Marktes unter der Hegemonie der deutschen Elektrokonzerne;
4. Umstellung der Elektroproduktion der anderen Länder auf deutsche Kennziffern (Normung, Typisierung, Technologie, Qualität, Materialverwendung und anderes);
5. Verbot der Produktionsausdehnung für ausländische Konzerne;
6. Schaffung von Möglichkeiten zur direkten Kontrolle, Unterwanderung und Einverleibung ausländischer Unternehmen sowie des Einsatzes von deutschen Betriebsführern in solchen Unternehmen.

⁴ Anatomie des Krieges, a. a. O., S. 25; Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, a. a. O., S. 197 ff.

⁵ Frankreich-Bericht der Reichsgruppe Industrie, März 1941 (Auszug als Dokument 1 im Anhang).

⁶ Vgl. ebenda.

Es ging also um die staatsmonopolistische Beherrschung der europäischen Elektroindustrie durch die führenden deutschen Elektrokonzerne.

In den Arbeiten der imperialistischen Historiographie fehlt es nicht an Versuchen, dieses Wesen der faschistischen "Neuordnung der europäischen Wirtschaft" zu entstellen bzw. zu verschleiern. So schreibt beispielsweise Milward: "Aber in all den Jahren entwickelte Deutschland kein System, um diese verschiedenen Wirtschaftskörper zu einer deutschen Wirtschaft zu verschmelzen. Die 'Neue Ordnung' war lediglich eine Ausdehnung der Blitzkrieg-Wirtschaft auf die besetzten Gebiete ..."⁷ Die militärischen Eroberungen dienten - und soweit hat Milward recht - zunächst auch unmittelbar der Schaffung des erforderlichen Wirtschaftspotentials zur Realisierung der Blitzkriegsstrategie des faschistischen deutschen Imperialismus. Deshalb standen auch die räuberische wirtschaftliche Ausplünderung der besetzten Länder in Nord-, West- und Südeuropa und damit verbunden die Zwangsverschleppung von Arbeitssklaven dieser Länder nach Deutschland im Vordergrund seiner wirtschaftspolitischen Maßnahmen.⁸ Doch die "Neuordnungspolitik" erschöpfte sich keineswegs darin. Europa, dessen Beherrschung die führenden deutschen Monopole als Vorstufe und Grundlage für ihre Weltherrschaftspläne ansahen, sollte in einen unter deutscher Hegemonie stehenden, staatsmonopolistisch organisierten und als System funktionierenden "Großwirtschaftsraum" verwandelt werden.⁹ Das belegen auch die hier zum Teil erstmalig veröffentlichten Dokumente.

Die im Frankreich-Bericht der Reichsgruppe Industrie skizzierte sogenannte Friedensplanung von Siemens, AEG und anderen war die praktische Anwendung der von den Vertretern führender Monopole und des faschistischen Staatsapparates in der Tagung der Reichsgruppe Industrie am 17. Juni 1941 gemeinsam gefaßten Beschlüsse zur "Neuordnung der europäischen Wirtschaft".¹⁰ Diese Gemeinsamkeit fand auch in der Folgezeit ihre Fortführung. Während die Monopole mit Hilfe ihrer staatsmonopolistischen Einrichtungen (Reichsgruppe Industrie mit ihren Wirtschaftsgruppen und Fachgruppen) die "Neuordnungspläne" ausarbeiteten und koordinierten, erließen die zuständigen Gremien des faschistischen Staatsapparates im Sinne der Wünsche und Forderungen der Monopole die entsprechenden Verfügungen; die gesamte faschistische Staatsmaschinerie wurde eingesetzt, um zusammen mit den Monopolen die gemeinsamen Ziele zu verwirklichen. Der geheime Erlaß Görings, Beauftragter des Vierjahrplanes, vom 2. August 1940 beweist das:

"Ein Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik ist die Vergrößerung des deutschen Einflusses bei ausländischen Unternehmungen. Ob und inwieweit der Friedensvertrag die Abtretung von Anteilen usw. bringen wird, ist noch nicht zu übersehen. Notwendig ist es aber schon jetzt, daß jede Gelegenheit ausgenutzt wird, um noch während des Krieges der deutschen Wirtschaft Eingang in die interessanten Objekte der Wirtschaft der besetzten Länder zu ermöglichen und Verschiebungen zu verhindern, die die Erreichung des obengenannten Zieles erschweren können ..."¹¹

Dieser Erlaß kann zu den staatlichen Grundsatzdokumenten über die "Neuordnung der europäischen Wirtschaft" gezählt werden. Zwei Dokumente ähnlicher Art sind im Anhang enthalten.¹²

7 Milward, Alan Steele, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Stuttgart 1966, S. 47.

8 Vgl. auch Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, a. a. O., S. 161.

9 Ebenda, S. 161 ff.

10 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 275.

11 Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung I (im folgenden: DZA), Potsdam, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Nr. 434, ADB 145 A, Dok. EC-137.

12 Vgl. Dok. 2 u. 3 im Anhang.

Das unmittelbare Zusammenwirken von Monopolen und Staat bei der Planung und Durchführung des faschistischen Raubzuges im zweiten Weltkrieg wird in führenden Arbeiten der imperialistischen Historiographie totgeschwiegen bzw. demagogisch entstellt. Sie stellen die These von der "Befehlswirtschaft" in den Mittelpunkt, in deren Rahmen die Industrie durch "Weisungen" der "Staatsleitung" zur Teilnahme am Kriegskurs des faschistischen Regimes gezwungen wurde. In der "Geschichte des Hauses Siemens"¹³ wird die Demagogie bis zu der Mär getrieben, daß sich der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Siemens & Halske AG, Friedrich Lüschen, nur deshalb von Speer in die Funktion des Leiters des Hauptausschusses Elektrotechnik berufen ließ, damit er nach "dem Sieg mit Hitler und seinen Leuten abrechnen" konnte¹⁴. Daß Hitlers Politik auch die Politik des Hauses Siemens war, die Leute wie Lüschen - der neben der obengenannten Funktion noch Mitglied des Industrierrates des Oberkommandos der Wehrmacht, Reichsbeauftragter für elektrotechnische Erzeugnisse, Leiter der Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie und Mitglied des Großen Beirates der Reichsgruppe Industrie war¹⁵ - in und mit diesen staatsmonopolistischen Organen planten und durchsetzten, wird wohlweislich verschwiegen. Was Siemens heute nicht wahrhaben will, ist im "Völkischen Beobachter" vom 6. Juli 1944 nachzulesen: "Für große Verdienste um die Rüstungsproduktion wurde an Dr. ing. Lüschen das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes mit Schwertern am 5. 7. 1944 verliehen ... Vom Reichsminister Speer wurde Lüschen mit der Leitung des Hauptausschusses Elektrotechnik und der Hauptkommission Elektrotechnik betraut. Dr. Lüschen steuert damit die Fertigung und Entwicklung der gesamten Elektrotechnik."¹⁶

Wie der Frankreich-Bericht der Reichsgruppe Industrie, vornehmlich der Programmteil der Elektroindustrie, zeigt, sahen die Elektrokonzerne in europäischen "marktregelnden Vereinbarungen" einen Weg, um wesentliche Teile der "Neuordnungspläne" durchsetzen zu können. Der Reichswirtschaftsminister betonte in einem Schreiben vom 17. April 1941 an die Reichsgruppe Industrie zunächst für die besetzten westeuropäischen Länder ihre "besondere Bedeutung".¹⁷ Ihr besonderer Platz bei der Verwirklichung der Hegemonie des deutschen Monopolkapitals wurde auch in einer offiziellen Publikation des Hauptgeschäftsführers der Reichsgruppe Industrie unterstrichen: "Die wirtschaftliche Neuordnung Europas stellt der Reichsgruppe Industrie die neue Aufgabe der Beratung und Betreuung des deutschen Teils internationaler marktregelnder Verbände."¹⁸ Die Vorarbeiten der großen deutschen Elektrokonzerne für die Bildung solcher Verbände war 1941, wie das Beispiel der Rundfunkindustrie zeigt, schon weit fortgeschritten. Der "Ordnung" des europäischen Marktes ging dabei die "Ordnung" in der deutschen Elektroindustrie voraus. Sie beinhaltete die staatsmonopolistische Formierung der Produzenten von Rundfunkeinheiten unter dem führenden Einfluß von Siemens und sollte ihr einheitliches Auftreten auf den Auslandsmärkten sichern. Zudem letztgenannten Zweck wurden im Bereich der Wirtschaftsstellen der Rundfunkindustrie am 14. Mai 1940 Exportgemeinschaften gebildet.¹⁹ Sie richteten sogenannte Ausfuhr-Kommissionen ein, die "aufgrund von Marktbeobachtungen ... Preise und sonstige Bedingungen für

13 Siemens, Georg, Der Weg der Elektrotechnik, Geschichte des Hauses Siemens, Bd. 2, Freiburg/München 1961, S. 324.

14 Ebenda, S. 342.

15 DZA Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 349.

16 Ebenda.

17 Vgl. Dok. 4 im Anhang.

18 Guth, Karl, Die Reichsgruppe Industrie, Berlin 1941, S. 53.

19 Betriebsarchiv des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky" Teltow (im folgenden: Betriebsarchiv WBN Teltow), Europa-Konventionen, T 79/146, Vorgangsblatt Europa-Konventionen.

die an der Ausfuhr beteiligten deutschen Firmen verbindlich" festlegten²⁰, wodurch ein Übergang vom "Preiswettbewerb" zum "Leistungswettbewerb" erfolgte²¹. Der nächste Schritt bestand im Abschluß "marktregelnder Vereinbarungen" mit einzelnen "maßgebenden ausländischen Herstellern" bzw. in der Modifizierung bestehender Abmachungen.

Mitte des Jahres 1941 begann dann die unmittelbare Vorbereitungsphase zur Bildung eines europäischen "marktregelnden Verbandes" unter deutscher Hegemonie, der die gesamte Rundfunkeinzeltellefertigung umfassen sollte. Ein entsprechendes Projekt war unter der Leitung des Siemens-Konzerns ausgearbeitet worden und trug die Bezeichnung "M 115-Europa-Konventionen".²² Es sah die Gründung eines Kartells der Hersteller von Rundfunkeinzeltellen vor - zunächst konzentriert auf Elektrolytkondensatoren, Schwachstromkondensatoren, Widerstände und Potentiometer. Siemens und andere verfolgten damit vorerst das Ziel, einen einheitlichen, von ihnen beherrschten europäischen Markt zu bilden und so ihre Interessen im Absatz, in der Preisbildung, der Typenbeschränkung und Typenbereinigung zu verwirklichen.²³

Das sollte jedoch nur die Grundlage für die weitere Expansion der deutschen Elektrokonzerne bei der "Neuordnung der europäischen Elektrowirtschaft" sein. Es war geplant, ein Kartell aufzubauen, das die gesamte Fertigung und den Absatz der europäischen Elektroindustrie umfassen sollte unter dem Namen "Europa-Konvention Elektroindustrie".²⁴ Deshalb war die Sicherung der deutschen Hegemonie Kernstück des Europa-Projekts M 115. Das läßt der Satzungsentwurf vom Sommer 1941 besonders in §§ 2, 10, 11 und 14 erkennen²⁵: Durch das Ausklammern der deutschen Elektroindustrie aus dem räumlichen Geltungsbereich der Konvention (§ 2) wurde unterstrichen, daß es sich um ein Projekt der Unterordnung der gesamten europäischen Elektroindustrie handelte. Die Formulierung in § 2 läßt außerdem deutlich werden, daß die Expansionsziele über die Grenzen des europäischen Kontinents hinausgingen. Sie zeigt das Weltherrschaftsstreben der deutschen Imperialisten.

Die Einteilung nach Ländergruppen und die damit verbundenen Festlegungen über die Leitung der Gruppen sowie der Modus der Stimmenfestsetzung sollten den führenden deutschen Monopolen der Elektroindustrie auf der Grundlage der militärischen Okkupation in Nord- und Westeuropa in drei der vier Ländergruppen die Führung sichern. Der § 11 über den geschäftsführenden Ausschuß rundete den Mechanismus der Sicherung der uneingeschränkten Hegemonie von Siemens & Halske ab.

Die Taktik der deutschen Elektrokonzerne, die mit diesem Projekt die Monopole verbündeter, neutraler wie okkupierter Länder gleichermaßen unter ihre Hegemonie zwingen wollten, mußte außerordentlich beweglich sein. So hieß es in der Niederschrift über eine die Gründungsversammlung der Europa-Konvention vorbereitende Sitzung der Wirtschaftsstelle der Fabrikanten von Widerständen vom 4. August 1941, "... daß es zweifellos nicht wünschenswert ist, die WdRI (Wirtschaftsstelle der Rundfunkindustrie - d. Verf.) als Geschäftsstelle nach außen hin in Erscheinung treten zu lassen, da der Umstand, daß die Geschäfts-

20 Ebenda, Entwicklung auf dem Gebiet der Absatzregelungen bzw. Marktordnungen für die Ausfuhr von Widerständen, Potentiometern, Schwachstrom-Kondensatoren und Elektrolyt-Kondensatoren bis zur heutigen Organisation der Europa-Konventionen (im folgenden: Entwicklung der Absatzregelungen), 23. 3. 1942, S. 2.

21 Ebenda.

22 Ebenda.

23 Ebenda; vgl. auch 2. Entwurf einer Satzung der Europa-Konvention v. 20. 6. 1941 (Ebenda).

24 Vgl. Dok. 11 im Anhang.

25 Vgl. Dok. 5 im Anhang.

stelle in den Händen eines bekannten Inlandkartells ruht, leicht bei den ausländischen Vertragspartnern Anstoß erregen könnte".²⁶

Am 4. und 5. September 1941 - zur Zeit der größten Machtausdehnung des deutschen Imperialismus in Europa - fand in Berlin die Gründungsversammlung des Europa-Kartells unter Teilnahme führender Vertreter der Elektroindustrie aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Holland, Italien und Ungarn statt.

Ihr offizielles Abschlußdokument bringt die ganze Demagogie bei der praktischen Verwirklichung der "Großraumpläne" zum Ausdruck:

"Aus der bisherigen und der zu erwartenden Entwicklung ist zu schließen, daß der europäische Wirtschaftsraum ein einheitliches Absatzgebiet mit einer starken Verflechtung der gegenseitigen Geschäftsbeziehungen darstellen wird. Es erscheint daher im Interesse aller europäischen Hersteller von Elektrolytkondensatoren, Schwachstromkondensatoren, Widerständen und Potentiometern liegend, durch einen Zusammenschluß den europäischen Markt zu ordnen. Sinn dieser Ordnung muß sein, den Wettbewerb einer gegenseitigen Unterbietung der Preise und Verkaufsbedingungen zu ersetzen durch einen Leistungswettbewerb, in dessen Rahmen allein die Qualität des Erzeugnisses für die Wahl des Abnehmers entscheidend ist."²⁷

Vornehmlich durch den Widerstand des italienischen Elektrokonzerns Ducati kam man auf der Gründungsversammlung "nach langen schwierigen Debatten" zu Ergebnissen, die weit unter den Zielen und Erwartungen der deutschen Elektrokonzerne lagen.²⁸ Die Schwierigkeiten bestanden vor allem darin, "daß die betonte Herausstellung einer deutschen Führung von den ausländischen Partnern, gleich zu welchem Zeitpunkt", abgelehnt wurde.²⁹ Über die Annahme des Satzungsentwurfs konnte keine Einigung erzielt werden. Deshalb erschien es "angebracht, bis auf weiteres einen kartellmäßigen Rahmen, ohne Festlegung einer bis ins einzelne gehenden Satzung zu schaffen und in dieser Weise die bisherigen Verträge zusammenzufassen".³⁰ Es kam auch nicht zur Gründung einer einheitlichen, den gesamten Bereich der Rundfunkeinzelteile umfassenden Organisation, sondern zur Bildung von Einzelorganisationen nach Fachgebieten unter den Namen "Europa-Konvention Elektrolytkondensatoren",

26 Betriebsarchiv WBN Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146, Abschrift der Niederschrift über die Sitzung der Wirtschaftsstelle der Fabrikanten von Widerständen v. 4. 8. 1941. - Noch deutlicher ist dieser Gedanke, der auch heute im Rahmen der Europapolitik des westdeutschen Imperialismus praktiziert wird, in einem anderen Dokument. Es wurde im September 1941 vom Botschafter z. V. U.v. Hassell verfaßt und trägt den Titel "Leitgedanken für den künftigen wirtschaftlichen Austausch Deutschlands mit Südosteuropa und die deutsche Mitarbeit an der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder". (DZA Potsdam, Auswärtiges Amt, Handelspolitische Abteilung, Handakten Wiehl, Nr. 68 697.) Dort heißt es: "Für jede deutsche Politik sind selbstverständlich die eigenen deutschen Interessen der absolute Maßstab. Es entspricht aber diesen Interessen selbst, die Begriffe 'Führung' und 'Ordnung' so aufzufassen, daß alle beteiligten Völker das Gefühl bekommen, in dieser Ordnung seien sie selbst am besten aufgehoben und in ihrer Freiheit nur soweit beschränkt, wie es die Notwendigkeiten des Zusammenlebens unbedingt erfordern." (Ebenda, S. 1.)

27 Betriebsarchiv WBN Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146, Niederschrift über die Gründungssitzung der Europa-Konventionen v. 4. u. 5. 9. 1941, S. 3.

28 Ebenda, Entwicklung der Absatzregelungen, S. 3.

29 Vgl. Dok. 11 im Anhang.

30 Betriebsarchiv WBN Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146, Entwicklung der Absatzregelungen, S. 4.

"Europa-Konvention Schwachstromkondensatoren" und "Europa-Konvention Widerstände und Potentiometer".

Die Leitung der jeweiligen Konvention erfolgte durch Comités, deren Führung allerdings in Händen deutscher Elektrokonzerne lag. Ein als "Delegation" bezeichnetes Gremium hatte die Aufgabe, die Tätigkeit dieser Konventionen zu koordinieren und den Comités Richtlinien für ihre Arbeit zu erteilen. Unter der Federführung von Siemens & Halske, vertreten durch Oberingenieur Lohmann, gehörten die Elektrokonzerne Philips, Holland, und Ducati, Italien, der Delegation an. Die Gliederung innerhalb der Europa-Konventionen konnte nicht nach Ländergruppen, sondern nur nach Landesausschüssen geschaffen werden. Dadurch erlangten die deutschen Elektrokonzerne nur in fünf der 13 Landesausschüsse die direkte Federführung.³¹ Die Aufgabe der Konventionen sollte zunächst in der Vorbereitung für einheitliche Marktordnungen und Preisgestaltungen bestehen.

Den deutschen Elektrokonzernen unter Führung von Siemens & Halske war es so dennoch gelungen, einen größeren Teil der europäischen Elektroproduzenten in "marktregelnden Verbänden" zusammenzuschließen, wenngleich Form, Struktur und selbst Termini noch nicht dem imperialistischen Maximalprogramm entsprachen. Ihre Hegemonie hatten sie in den Organisationen de facto gesichert. Die juristische Anerkennung der deutschen Vorherrschaft konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Auch der sachliche Wirkungsbereich war zunächst enger als geplant.

Der folgende Zeitabschnitt bis zur 1. Generalversammlung der Europa-Konventionen am 29. April 1942 in Weimar war gekennzeichnet durch die Konstituierung der Organe der Europa-Konventionen und den Beginn der Arbeiten an den neuen Marktordnungen durch die einzelnen Landesausschüsse. Die Zahl der Mitglieder nahm zu. Durch praktische Arbeitsergebnisse sollten eine günstigere Atmosphäre und die Voraussetzungen für die vollständige Verwirklichung der Ziele der deutschen Elektrokonzerne geschaffen werden.

Die 1. Generalversammlung formulierte zwar die "vollkommene Ordnung des europäischen Marktes" als das "weitere Ziel der Europa-Konventionen", verlief aber dennoch nicht ganz den Interessen des deutschen Monopolkapitals entsprechend. Obwohl die Tagung Fortschritte in der sachlichen Arbeit der Europa-Konventionen zeigte - die Ausarbeitung der Marktordnungen in den einzelnen Ländern war weit fortgeschritten; eine Technische Kommission wurde bei der Delegation gebildet, um die Typenbereinigung vorzubereiten; der Mitgliederkreis der Konventionen hatte sich auf etwa hundert Firmen vergrößert, die rund 90 Prozent des europäischen Absatzes von Vertragserzeugnissen herstellten -, in der Anerkennung des deutschen Führungsanspruchs durch die ausländischen Partner war man nicht vorangekommen.³²

Dieser Umstand führte zu immer stärkeren Differenzen im Lager der deutschen Elektromonopole. Die vornehmlich von den Vertretern des Siemens-Konzerns betriebene Taktik des Lavierens und der gelegentlichen Kompromißbereitschaft wurde heftiger Kritik unterzogen. Davon zeugt ein Brief des "Ringführers N 7", Riepka, an den Vorsitzenden der Delegation der Europa-Konventionen vom 7. Mai 1942, der im Anhang abgedruckt ist.³³ Der Brief ver-

31 Vgl. Dok. 6 im Anhang.

32 Vgl. Betriebsarchiv WBN Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146, Niederschrift über die 1. Generalversammlung der Europa-Konventionen v. 29. 4. 1942.

33 Vgl. Dok. 7 im Anhang. - Riepka war neben seiner Tätigkeit als Ringführer Betriebsführer des Dralowid-Werkes in Teltow, das zur Steatit-Magnesia AG gehörte. Er wurde von Hitler zum Wehrwirtschaftsführer ernannt. Heute ist Riepka wieder in leitender Position bei der Steatit-Magnesia AG in Westdeutschland tätig und arbeitet eng mit dem Bundesnachrichtendienst zusammen. (Vgl. Neues Deutschland v. 15. u. 17. 10. 1967.)

mittelt einen Einblick in die Bemühungen ausländischer Konzerne, besonders Ducati, Italien, und Philips, Holland, die juristische Anerkennung der deutschen Führung wie auch den weiteren Ausbau der gegebenen De-facto-Führung zu verhindern und ihre eigenen Positionen zu stärken. Er zeigt aber auch, daß eine Reihe von Vertretern der Elektromonopole und ihrer staatsmonopolistischen Einrichtungen in der Taktik des Siemens-Konzerns eine Gefahr für die "Neuordnungspläne" unter deutscher Hegemonie sahen. Die Entwicklung in den Europa-Konventionen, im Hinblick auf ihre Funktion bei der "Neuordnung der europäischen Wirtschaft", ging einigen Monopolvertretern zu langsam vorwärts. Sie wünschten Schritte zur weiteren staatsmonopolistischen Verflechtung in den anderen Ländern, um rascher voranzukommen.³⁴

Am 3. Juni 1942 kam es zu einem Gespräch zwischen Riepka und dem Vorsitz der Delegation der Europa-Konventionen, Oberingenieur Lohmann.³⁵ Lohmann stimmte darin mit Riepka überein, daß man "die ganzen Verhandlungen immer wieder von dem Gesichtspunkt aus betrachten [müsse], daß Deutschland sein Kriegsziel, nämlich ein geeintes Europa, unter starker deutscher Wirtschaftsführung erreicht".³⁶ Über die Ziele gab es demzufolge keine unterschiedlichen Meinungen zwischen den Monopolvertretern, sondern nur in der Taktik zu ihrer Verwirklichung. Lohmann unterstrich auch, daß der Siemens-Konzern gewillt wäre, an seiner taktischen Linie festzuhalten, die als "außerordentlich konzilient" bezeichnet wurde. In der Aussprache einigte man sich, durch die rasche Ausarbeitung einer neuen Satzung für die Europa-Konventionen und die Diskussion darüber in der weiteren Durchsetzung des deutschen Führungsanspruchs voranzukommen.³⁷ Am 16. August 1942 lag ein neuer Entwurf vor. Seine überarbeitete Fassung vom Januar 1943 trug die Bezeichnung "Generalvertrag" und sah vor, eine einheitliche Europa-Konvention für Kondensatoren, Widerstände und sonstige Einzelteile zu schaffen und damit den durch den Widerstand der ausländischen Monopole bei der Gründungsversammlung am 4. und 5. September 1941 erzwungenen Kompromiß zu beseitigen.³⁸ Er berücksichtigte den Standpunkt des Reichswirtschaftsministeriums vom 31. August 1942, das den deutschen Monopolen gegenüber den ausländischen Partnern durch die Formulierung von vier Kriterien für den abzuschließenden Generalvertrag zu Hilfe kam³⁹.

1. Die Satzung ist nach deutschem Recht und in deutscher Sprache aufzustellen.
2. Die Mehrzahl der leitenden Persönlichkeiten müssen Deutsche sein, jedoch spricht nichts dagegen, unter Berücksichtigung der deutschen Stimmenzahl ca. 30 % der leitenden Stellen an Ausländer zu vergeben.
3. Die Geschäftsstelle muß in Deutschland liegen, der Geschäftsführer muß ein Deutscher sein.
4. Bei einem Schiedsgericht darf kein ausländischer Schiedsrichter (etwa Schweiz) und auch nicht die Internationale Handelskammer zu Paris (jetzt Stockholm) gewählt werden."

34 Vgl. Dok. 7 im Anhang.

35 Dok. 8 im Anhang.

36 Ebenda.

37 Ebenda.

38 Dok. 9 im Anhang.

39 Betriebsarchiv WBN Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146, Aktenvermerk über eine Rücksprache mit dem Wirtschaftsministerium wegen Satzung Europa-Konvention v. 1. 9. 1942.

Dieser Standpunkt des Reichswirtschaftsministeriums stimmte im wesentlichen mit der bereits oben skizzierten taktischen Linie des Siemens-Konzerns überein. Eine "juristische Fixierung" der deutschen Führung, die einige Vertreter von Elektrokonzernen forderten, wurde nicht für erforderlich gehalten. Deshalb traten auf einer Sitzung der Vertreter der deutschen Elektrokonzerne am 15. April 1943, die die Verhandlungen über den Generalvertrag in der Delegation vorbereiten sollte, wiederum Meinungsverschiedenheiten auf. Während der Siemens-Vertreter Lohmann die bereits skizzierte Linie verteidigte, brachten andere ihren Unwillen über die "ungenügende" Durchsetzung des deutschen Führungsanspruchs zum Ausdruck. Nach einer handschriftlichen Mitschrift über die Sitzung forderte Sasse von der "Nürnberger Schraubenfabrik und Elektrowerk": "Wir wollen Sicherheit für die Zukunft schaffen!" Leser vom Hydrowerk Berlin fragte nachdrücklich: "Wo bleibt die klare deutsche Führung?" Und Klinger zeigte sich über die "Abschwächung (des) d(eu)t(s)ch(en) Einfl(usses) enttäuscht".⁴⁰

Nach dieser Sitzung wurden mit den ausländischen Konzernen Kontakte zur klaren Formulierung des Führungsanspruchs der deutschen Monopole im Generalvertrag aufgenommen. Sie blieben jedoch erfolglos, wie sich auf der am 3., 5. und 6. Mai 1943 in Innsbruck durchgeführten Delegations-Sitzung erwies.⁴¹

Neben den Firmen Ducati, Italien, und Philips, Holland, lehnten nun auch die ungarische Landesgruppe, vertreten durch den ungarischen Elektrokonzern Remix, und die dänische Landesgruppe eine juristische Anerkennung der deutschen Führung ab. Letztere drohten sogar mit ihrem Austritt aus den Konventionen, falls ihre ablehnende Haltung in dieser Frage nicht akzeptiert würde.⁴² Die Diskussion auf der Innsbrucker Sitzung spitzte sich in der Frage der juristischen Anerkennung der deutschen Hegemonie soweit zu, daß die Konventionen "fast geplatzt" wären.⁴³ Der Widerstand der ausländischen Monopolvertreter war so stark, daß sich die deutschen Teilnehmer zu einem erneuten Kompromiß in der Frage der Stimmbildung und -verteilung gezwungen sahen und eine generelle Überarbeitung des Generalvertragsentwurfes in Kauf nehmen mußten.⁴⁴

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Hauptursachen für die unnachgiebige Haltung der ausländischen Elektromonopole in der sich immer klarer abzeichnenden Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg sucht.

Die Ergebnisse der Delegations-Sitzung von Innsbruck waren Gegenstand einer Beratung der deutschen Landesgruppen am 16. Juni 1943. Erneut prallten die Meinungen der verschiedenen Monopolvertreter aufeinander. Eine Reihe von ihnen "kritisierte scharf die neue Regelung des Stimmrechts", mußte sich aber schließlich der Argumentation des Vertreters von Siemens & Halske und anderen beugen, "daß es unter den jetzigen politischen Verhältnissen nicht möglich gewesen sei, ein besseres Stimmenverhältnis herauszuhandeln".⁴⁵ Deshalb wurde das weitere Vorgehen der deutschen Elektrokonzerne wie folgt formuliert: "Weitere Verhandlungen über den Generalvertrag sind zur Zeit inopportun. Da über den Generalvertrag die Generalversammlung entscheidet, diese aber in diesem Jahr bestimmt nicht und im

40 Ebenda, handschriftliche Mitschrift Riepkas über die Besprechung der Wirtschaftsstellen zum Generalvertrag der Europa-Konvention v. 15. 4. 1943, S. 1.

41 Auszug aus dem Protokoll als Dok.10 im Anhang.

42 Ebenda.

43 Betriebsarchiv WBN Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146, handschriftliche Mitschrift Riepkas über die Sitzung der deutschen Landesgruppe der Europa-Konventionen am 16. 6. 1943.

44 Vgl. Dok. 10 im Anhang.

45 Betriebsarchiv WBN Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146, Aktenvermerk über die Besprechung der deutschen Landesgruppen v. 16. 6. 1943.

nächsten Jahr voraussichtlich auch nicht stattfinden wird, braucht über das Thema 'Satzung und Stimmrecht' vorläufig nicht gesprochen zu werden. Das positive Ergebnis der Innsbrucker Besprechung ist die genaue Definition der Aufgaben der verschiedenen Organe, nämlich der Delegation, jetzt Verwaltungsrat, der Comités, jetzt Fachausschüsse, und der Landes- ausschüsse. Dieses Ergebnis soll aus dem Vertrag herausgezogen und als eine Art Geschäfts- ordnung oder Richtlinie für die weitere Zusammenarbeit innerhalb der Europa-Konvention vom Geschäftsführer ausgearbeitet und in der nächsten Delegations-sitzung (September 1943) beschlossen werden."⁴⁶

Noch am selben Tage fand eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der Wirtschaftsstellen Drehkondensatoren und Elektrolyt-Kondensatoren-Vereinigung e. V., Schwachstromkondensatoren e. V. und Widerstände e. V. statt. Hier kristallisierten sich zwei Gruppen von Meinungen heraus. Die eine stimmte für den baldigen Abschluß des Generalvertrages, der in Innsbruck ausgehandelt worden war, die andere für seine Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt, wobei letztere erneut Befürchtungen über einen teilweisen Verlust der deutschen Führung vorbrachte.⁴⁷

Da jedoch keine Einigung erzielt werden konnte, wählte man einen Kompromiß. "Vorläufig wird es als eine praktische Lösung angesehen, auf der Grundlage der Satzung vom 4. 9. 1941 eine Regelung der Arbeitsweise für den Verwaltungsrat, die Fach- und Landesauschüsse aus dem Entwurf des Generalvertrages zu entnehmen und auf ihre Einführung als Geschäfts- ordnung hin in einer weiteren Sitzung zu überprüfen."⁴⁸

Insgesamt lief das am 16. Juni vereinbarte Vorgehen darauf hinaus, durch die praktische Arbeit der Europa-Konventionen die "Neuordnung der europäischen Elektrowirtschaft" unter der Hegemonie der deutschen Elektrokonzerne weiter voranzutreiben. Gleichzeitig sollten günstigere Bedingungen geschaffen werden, um die wirtschaftlichen Reserven des west-, nord- und südeuropäischen Raumes im Sinne der proklamierten totalen Kriegsführung des faschistischen deutschen Imperialismus voll auszuschöpfen und der sich immer deutlicher abzeichnenden Niederlage zu entgehen.⁴⁹ Aber wie die Niederlage des deutschen Imperialismus war auch das Scheitern seiner Neuordnungspläne gesetzmäßig. Die Widersprüche zwischen den ausländischen und deutschen Monopolen sowie die Gegensätze innerhalb der deutschen Monopolbourgeoisie über taktische Varianten des Vorgehens verstärkten den traditionellen antagonistischen Widerspruch des deutschen Imperialismus "zwischen seiner hemmungslosen Gier nach Weltherrschaft und seinen begrenzten politischen, ökonomischen und militärischen Möglichkeiten".⁵⁰ Sein Versuch, eine "Neuordnung Europas" zu erreichen, scheiterte hauptsächlich an der "eindeutigen politischen, ökonomischen, militärischen und moralischen Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion".⁵¹

Die Geschichte lehrt, daß die "Neuordnungsprojekte" des deutschen Imperialismus reaktionär und illusionär zugleich sind. Darüber kann auch der Versuch des westdeutschen Imperialismus, diese verbrecherischen Ziele mit Hilfe des Sozialdemokratismus zu verschleiern, nicht hinwegtäuschen. Sie haben in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus keine Chance auf Verwirklichung. Das gilt um so mehr heute, als sich aufgrund der Überlegenheit des Sozialismus in der Welt die allgemeine Krise des imperialistischen Systems immer mehr zuspitzt.

46 Ebenda.

47 Dok. 11 im Anhang.

48 Dok. 11 im Anhang. - Aufschlußreich ist die Stellungnahme des Vertreters des Reichswirtschaftsministeriums, Klinger, v. 22. 6. 1943, die mit der Linie des Siemens-Konzerns übereinstimmte. (Siehe hierzu Dok. 12 im Anhang.)

49 Vgl. Anatomie des Krieges, a. a. O., S. 421.

50 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a. a. O., S. 411.

51 Ebenda, S. 410.

Dokument Nr. 1

Aus dem Frankreich-Bericht der Reichsgruppe Industrie vom März 1941

9.) Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie.

Allgemeine Wünsche.

Wiedergutmachung der Schäden aus dem Versailler Vertrage, insbesondere auf dem Gebiet der Starkstromanlagen, der Telephonie und Telegraphie ohne und über Draht, der Glühlampen (Rückübereignung der Firma La Lampe Osram mit Konstruktionen etc.) und der Zähler.

Wegfall von Kontingentsbeschränkungen für die deutsche Einfuhr. Revision der französischen Gütevorschriften. Gleichsetzung des deutschen VDE-Zeichens und des französischen USF-Zeichens.

Ausdehnung der deutschen Normen und Typenanweisungen auf die französische Industrie.

Erweiterungs- und Errichtungsverbot.

Anwendung von deutschen Produktionsbeschränkungen und Materialverwendungsvorschriften auf die französische Elektroindustrie.

Bereinigung der französischen Ausschreibungsbedingungen von Vorschriften, die die deutsche Industrie benachteiligen.

Wegfall der Bestimmung, daß in Frankreich nur französische Staatsangehörige Betriebsleiter sein können.

Wegfall des Ursprungsbezeichnungszwanges, insbesondere für elektrische Glühlampen, Schaltapparate geringeren Gewichts, Gegenstände der Röntgenologie und Elektrotherapie, Heizgeräte, Akkumulatoren, Kältemaschinen, Trockenelemente, geformte Gegenstände aus plastischen Stoffen.

Wegfall der französischen Einfuhrzölle, besonders dringlich bei bestimmten Gegenständen.

Sonderwünsche

Starkstromanlagen. Überprüfung des "gros-materiel-Vertrages", der den Firmen Siemens und AEG einen bestimmten, bisher nicht erreichten Anteil an der Belieferung des französischen Marktes sichern sollte.

Rundfunkindustrie. Bereinigung des französischen Marktes von der großen Zahl zweit- und drittklassiger Firmen.

Neuregelung der Röhrenbestückungsfrage mit Philips.

Marktregelnde Vereinbarungen mit der französischen Industrie.

Telephonie und Telegraphie ohne Draht. Stärkung des deutschen Einflusses auf die der I. T. T. gehörenden Firmen.

Marktregelnde Vereinbarungen.

Telephonie und Telegraphie über Draht. Beschränkung auf die bisherige französische Produktion.

Leitungsdraht. Marktregelnde Vereinbarungen.

Glühlampen. Neuregelung des Phoebus-Vertrages mit dem Ziel der Herabsetzung des Lieferanteils von Philips und Tungstam.

Zähler. Wegfall des sogenannten O:O-Abkommens im Rahmen des Pariser Abkommens. Überführung der Tochtergesellschaften der CDC außerhalb Frankreichs in deutsches Eigentum.

Akkumulatoren. Ausdehnung des Abkommens zwischen der AFA Berlin und der OGE Paris auf die S. A. F. T.

Kohlen und Kohlenbürsten. Verbot für die Firmen Le Carbone, die europäischen Märkte mit Platten zu beliefern, und Schließung der französischen Plattenschneidereien ...

(Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, Nr. A 25 751, Frankreich-Bericht der Reichsgruppe Industrie, März 1941 [Fotokopie], Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Bd. 1, Berlin 1969, S. 357 f.)

Dokument Nr. 2

Aus dem vertraulichen Schreiben des Reichswirtschaftsministers, vertreten durch Dr. Landfried, an die Reichsgruppen Industrie und Handel vom 27. 8. 1940

Die beginnende Neuordnung der europäischen Wirtschaft wird internationalen Kartellen Veranlassung geben, den neuen Verhältnissen durch eine Änderung ihrer Organisation oder der Verträge (z. B. Wechsel in der Leitung oder im Sitz der Geschäftsführung, Veränderung der Quoten, der geregelten Märkte oder der geschützten Heimatmärkte, der Bestimmungen über die Schiedsgerichtsbarkeit u. a. mehr) Rechnung zu tragen. Weiterhin dürfte es auch zu neuen Vereinbarungen über Waren oder Märkte, die von einer internationalen Regelung bisher noch nicht erfaßt sind, kommen. Die Notwendigkeit derartiger Vereinbarungen mit den nationalwirtschaftlichen Erfordernissen in Einklang zu bringen, macht eine rechtzeitige Unterrichtung der Wirtschaftsführung über die Absichten der deutschen Teilnehmer erforderlich ...

(Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 8445, Bl. 32.)

Dokument Nr. 3

Aus einer vertraulichen Hausmitteilung des Reichswirtschaftsministers vom 27. 8. 1940

Vorstehende Abschrift übersende ich zur Kenntnis. Die Bearbeitung der eingehenden Berichte erfolgt durch die Fachreferate unter Beteiligung des Referats S 3 und der Länderreferate V cd. Es wird hierbei zu berücksichtigen sein, daß internationale Kartellvereinbarungen zu ihrem Teil dazu beitragen können, die deutsche Vormachtstellung im künftigen Wirtschaftsraum zu stärken. Sollten einzelne Berichte etwa erkennen lassen, daß sich die deutschen Verhandlungspartner darauf beschränken, unter Hintanstellung nationalwirtschaftlicher Gesamtinteressen lediglich die Belange der von ihnen vertretenen Wirtschaftskreise durchzusetzen ... so wird auf die deutschen Verhandlungspartner unverzüglich entsprechend einzuwirken sein ...

(Deutsches Zentralarchiv Potsdam, RWM, Nr. 8445, Bl. 82.)

Aus einem Schreiben des Reichswirtschaftsministers an die Reichsgruppe Industrie vom 17. 4. 1941

Im Rahmen der Neuordnung der europäischen Wirtschaft wird dem Abschluß marktregelnder Vereinbarungen mit der Wirtschaft in den Niederlanden, in Belgien und den besetzten französischen Gebieten besondere Bedeutung zukommen. Ich nehme daher Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß sich mein Erlaß vom 27. Aug. 1940 - § 17134/40 - auch auf diese Gebiete bezieht. Die in diesem Erlaß vorgesehene Unterrichtungspflicht erstreckt sich auch auf die Vorlage der von den deutschen Partnern beabsichtigten vertraglichen Vereinbarungen. Ich bitte daher, unbeschadet der Pflicht zur Unterrichtung der Wirtschaftsführung über die Einleitung und den Fortgang derartiger Verhandlungen, mir künftig den Entwurf solcher Verträge über die zuständige Wirtschaftsgruppe und Reichsgruppe vorzulegen, sobald die deutschen Verhandlungspartner hierzu in der Lage sind ...

(Deutsches Zentralarchiv Potsdam, RWM, Nr. 8445, Bl. 81.)

Dokument Nr. 5

Aus dem II. Satzungsentwurf der Europakonvention vom 20. 6. 1941

§ 2

Räumlicher Bereich der Konvention.

Der Bereich der Konvention erstreckt sich auf alle Länder der Welt, mit Ausnahme des Großdeutschen Reiches ...

§ 10

Ländergruppen.

a) Die Konvention ist in verschiedene Ländergruppen gegliedert.

Diese Ländergruppen sind folgende:

- 1) Deutsche Gruppe,
- 2) westeuropäische Gruppe,
- 3) nordeuropäische Gruppe,
- 4) südeuropäische Gruppe, usw.

b) In den einzelnen Gruppen werden die Hersteller der Vertragsware eines oder mehrerer Länder, die hinsichtlich der Vertragsware als geschlossenes Wirtschaftsgebiet betrachtet werden können, zusammengeschlossen.

c) Die Mitglieder der Ländergruppen bilden eine Mitgliederversammlung, die sich ihre Geschäftsordnung selbst gibt.

d) Aus der Reihe der Mitgliederversammlung der Ländergruppe wird der Geschäftsführer der Ländergruppe bestellt. Der Geschäftsführer der Ländergruppe vertritt die Ländergruppe in dem geschäftsführenden Ausschuß der Europakonvention.

e) Die Mitgliederversammlung der Ländergruppe, die unter dem Vorsitz ihres Geschäftsführers zusammentritt, faßt Beschluß über alle Angelegenheiten der Gruppe. Die Beschlüsse bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung des geschäftsführenden Ausschusses.

Geschäftsführender Ausschuß

- a) Der geschäftsführende Ausschuß setzt sich aus der Geschäftsführung der Ländergruppen zusammen. Vorsitzender des Ausschusses ist der Geschäftsführer der Deutschen Ländergruppe. Der geschäftsführende Ausschuß sorgt für die Durchführung der Aufgebender Konvention. Er gibt den Ländergruppen Richtlinien für die Festsetzung der Preise und Bedingungen für den Absatz von Verbandsware. Er faßt insbesondere Beschluß über die Genehmigung der Beschlüsse der Ländergruppenversammlungen.
- b) Der geschäftsführende Ausschuß ist auch berechtigt, mit verpflichtender Wirkung für alle Mitglieder Preise und Bedingungen für den Absatz der Verbandsware festzusetzen.
- c) Die Beschlüsse des geschäftsführenden Ausschusses erfolgen mit Stimmenmehrheit. Jeder Geschäftsführer vertritt hierbei die Stimmen, die seiner Ländergruppe entsprechend dem § ... dieses Vertrages zustehen. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzers ...

Stimmenfestsetzung

Jedes Mitglied ist verpflichtet, der Geschäftsstelle die Kapazität in der Herstellung der Vertragsware mitzuteilen. Auf Grund der Mitteilung errechnet die Geschäftsstelle im Verhältnis zu der Gesamtkapazität aller Mitglieder die Stimmenanzahl einer jeden Ländergruppe. Die so errechnete Stimmenanzahl ist für die Abstimmung in der Mitgliederversammlung der Europakonvention und für die Abstimmung in dem geschäftsführenden Ausschuß maßgebend...

(Betriebsarchiv des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky" Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146.)

Europakonventionen (EK)

DELEGATION

Siemens & Halske
Ducati, Bologna
Philips, Eindhoven

COMITE

EK - Elektrolyt-Kondensatoren

Federführung: Siemens & Halske, Berlin

Dänisches Kondensatoren-Kartell, Kopenhagen
Ducati, Bologna
Elektrolytkondensatoren-Vereinigung, Berlin
Französische Kondensatoren-Industrie
Philips, Eindhoven

COMITE

EK- Schwachstrom-Kondensatoren

Federführung: Nürnberger Schraubenfabrik

Dänisches Kondensatoren-Kartell, Kopenhagen
Ducati, Bologna
Französische Kondensatoren-Industrie
Philips, Eindhoven
Remix, Budapest
Wirtschaftsstelle Schwachstromkondensatoren,
Berlin.

COMITE

EK- Widerstände

Federführung: Watt AG, Wien

Steatit-Magnesia AG., Berlin
Philips, Eindhoven
Remix, Budapest
Società El. Chimica, Ital. Milano
Vitrohm, Kopenhagen
Wi-Stelle Widerstände, Berlin
(Frankreich
Lesà, Italien)

Vorbehalten:



Landesausschüsse

BELGIEN

Federführung: Philips, Eindhoven
Dralowid, Ducati, Hydra, Kremenezky, MCB,
Nürnberger Schraubenfabrik, Remix, Safo, Seci,
Siemens, Trevoux.

BULGARIEN	<u>Federführung:</u> Hydrarwerk, Berlin Austria, Dralowid, Ducati, Kremenezky, Nürnberger Schraubenfabrik, Philips, Remix, Siemens.
DÄNEMARK	<u>Federführung:</u> Hellesens Enke & V. Ludvigsen, Kopenhagen a) Kondensatoren: Dänisches Kondensatorenkartell, Philips, Siemens für die deutsche Gruppe. b) Widerstände: Dralowid, Kremenezky, Nürnberger Schraubenfabrik, Philips, Siemens, Vitrohm.
FINNLAND	<u>Federführung:</u> Philips, Eindhoven Dralowid, Ducati, Hellesens, Hydra, Kremenezky, Nürnberger Schraubenfabrik, Remix, Siemens, Vitrohm.
FRANKREICH	<u>Federführung:</u> Trevoux, St. Quen, im Auftrag des Comités d'organisation de la Constructions Electrique, Gruppe 8 Dralowid (Radiac), Hydra, Französische Industrie, Kremenezky, Nürnberger Schraubenfabrik, Remix, Siemens.
ITALIEN	<u>Federführung:</u> Ducati, Bologna Gruppe Radiokonstructori, Jahre, Remix, Siemens.
NORWEGEN	<u>Federführung:</u> Siemens, Berlin Dralowid, Ducati, Hellesens, Hydra, Kremenezky, Nürnberger Schraubenfabrik, Philips, Remix, Trevoux, Vitrohm.
RUMÄNIEN	<u>Federführung:</u> Hydrarwerk, Berlin Austria, Baugatz, Ducati, Nürnberger Schrauben- fabrik, Philips, Remix, Siemens.
SCHWEDEN	<u>Federführung:</u> Siemens, Berlin Baugatz, Ducati, Dralowid, Hellesens, Hydra, Kremenezky, Nürnberger Schraubenfabrik, Philips, Remix, Vitrohm.

SCHWEIZ

Federführung: Philips, Eindhoven
 Dralowid, Ducati, Hydra, Jahre, Kremenezky,
 Nürnberger Schraubenfabrik, Remix, Safco, Seci,
 Siemens, Trevox.

SLOWAKEI

Federführung: Hydra, Berlin
 Always, Dralowid, Ducati, Kremenezky, Nürnberger
 Schraubenfabrik, Remix, Siemens.

UNGARN

Federführung: Remix, Budapest
 Austria, Dralowid, Ducati, Hydra, Italienische
 Gruppe der Hersteller von Widerständen, Kremenezky,
 Nürnberger Schraubenfabrik, Philips, Siemens.

HOLLAND

Federführung: Philips, Eindhoven
 Dralowid, Ducati, Hydra, Kremenezky, Nürnberger
 Schraubenfabrik, Remix, Siemens.

(Nach: Betriebsarchiv des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Os-
 sietzky" Těltow, Europa-Konventionen, T 79/146.)

Brief des Ringführers N 7 (Ring Widerstände im Hauptring Elektrotechnik - d. Verf.) an den Vorsitz der Delegation der Europa-Konventionen (Oberingenieur Lohmann von der Siemens & Halske AG - d. Verf.) vom 7. 5. 1942

Sehr geehrter Herr Lohmann,

bei der letzten Generalversammlung der Europa-Konventionen in Weimar waren Sie durch Ihre Tätigkeit als Delegationsvorsitzer so stark in Anspruch genommen, daß ich keine Möglichkeit fand, einmal in Ruhe mit Ihnen über ein Thema, das mir sehr am Herzen liegt, zu sprechen. Ich wende mich daher mit einer schriftlichen Stellungnahme an Sie, mit der Bitte, diese nicht als eine Kritik, sondern in dem Sinne aufzufassen, daß ich gewissen Besorgnissen für die Zukunftsentwicklung Ausdruck geben möchte.

Als seinerzeit zwischen Ihrer Firma, der unsrigen und der Wirtschaftsstelle Widerstände bzw. in den einzelnen Ausführungs-Arbeitsgemeinschaften der Plan entstand, Europa-Konventionen zu bilden, schwebte uns vor, diesen Organisationen eine deutsche Führung zu geben, da wir ja alle für die Zukunft eine von deutscher Seite geführte europäische Wirtschaft erwarten. Leider nahm die Gründungsversammlung im Herbst vergangenen Jahres, in der Hauptsache wohl durch die Einstellung der italienischen Vertreter, einen anderen Verlauf, und es wurde die Delegation, bestehend aus den Firmen SIEMENS, PHILIPS und DUCATI, gegründet, wobei der Vorsitz in Ihre Hand gelegt wurde. Wenn auch durch die letztere Tatsache eine gewisse deutsche Führung gegeben war, so ist der Einfluß der ausländischen Partner in der Delegation, wie der Verlauf der jetzigen Generalversammlung ergab, nicht zu unterschätzen.

In der Vorbesprechung zur Weimarer Versammlung wurde nun angeregt, einen Technischen Beirat oder zwei solcher Ausschüsse, und zwar für Widerstände und Kondensatoren, zu bilden, und den Vorsitz dieses Ausschusses oder der beiden Gremien durch mich bzw. durch Herrn LINDER und mich zu besetzen. Auf Befragen des Geschäftsführers der E. K. erklärte ich mich bereit, dieses Mandat gegebenenfalls anzunehmen, nachdem eine gewisse Entlastung meiner Person dadurch bereits eingetreten war, daß die STEMAG auf die Federführung im Comité Widerstände zu Gunsten der Firma WATT AG, Wien, verzichtet hatte.

Trotzdem nun diese Anregung von der Delegation in der Vorbesprechung am 28. 4. angenommen worden war, ergab die Generalversammlung, ausgerechnet durch das Verhalten der Delegationsmitglieder PHILIPS und DUCATI, eine ganz andere Entscheidung, so daß nun voraussichtlich dieser Technische Beirat aus je zwei Herren der drei Delegationsfirmen ohne Festlegung eines Vorsizes besteht. Diese Regelung ist umso überraschender, als DUCATI weder Widerstände, Potentiometer noch Hochfrequenzkerne und PHILIPS diese Produkte nur in mäßiger Qualität herstellen.

Vom Standpunkt der seinerzeitigen Konventionsidee bedeutet dieses Ergebnis ein weiteres Zurücktreten der deutschen Gruppe. Sollte der Technische Beirat sich etwa mit Vereinheitlichungsfragen befassen, so könnte es passieren, daß für den Export Typen vorgesehen werden, die sich keineswegs mit deutschen, für den Rundfunk und für die Wehrmacht gleichermaßen verwendbaren Einheitstypen decken. Ich müßte also vom Standpunkt der Rationalisierungsaufgaben meiner Ringführung unter Umständen die Maßnahmen dieses überwiegend ausländisch zusammengesetzten Beirates beanstanden.

In der gleichen Richtung bewegt sich der Vorstoß der nichtdeutschen Mitglieder in Richtung der Bildung eines deutschen Landesausschusses. Vom Standpunkt der Parität könnte man unter Umständen die Hinzunahme ausländischer Firmen, welche nach Deutschland exportieren, in diesen Landesausschuß verstehen. Es ist jedoch festzustellen, daß beispielsweise die Firma PHILIPS voraussichtlich nicht die Absicht haben wird, von Eindh-

ven aus mit ihrer eigenen Tochtergesellschaft in Aachen zu konkurrieren; der Wunsch dieser Firma, in den deutschen Landausschuß aufgenommen zu werden, ist somit nicht verständlich. Andererseits würde der deutsche Landesausschuß überhaupt nicht aus Einzel firmen bestehen, sondern, wie vorgesehen, aus den einzelnen Wirtschaftsstellen (deutsche Kartelle). Bei dieser Konstellation könnten somit Anspruch auf die Einführung in einen deutschen Landesausschuß nur die entsprechenden Kartelle der anderen Staaten und nicht Einzel firmen erheben. Diese Betrachtungen gelten selbstverständlich nur unter der Annahme, daß devisa rechtliche Einfuhrschwierigkeiten nach Deutschland nicht bestehen, was aber voraus sichtlich auch in naher Zukunft nicht der Fall sein wird.

Als drittes habe ich in der Generalversammlung den Eindruck gewonnen, daß durch das Auftreten einzelner Firmen die Gefahr sehr langumstrittener und uneinheitlicher Beschlüsse entsteht. Ich würde es daher für zweckmäßig halten, wenn es gelänge, die Europa-Konventionen in dem Sinne umzustellen, daß in der Generalversammlung nicht die einzelnen Firmen, sondern Landeskartelle die Verhandlungspartner sind. Es müßte also ange regert werden, daß in den verschiedenen nichtdeutschen Staaten gleiche Kartelle gebildet wer den wie die Wirtschaftsstellen in Deutschland. Eine Verhandlung zwischen derartigen Kar tellen ist erfahrungsgemäß viel zügiger und erfolgreicher als die zwischen einer großen An zahl Einzel firmen, welche durch ihre wirtschaftlichen Interessen, durch Konzernbindungen und ihren sehr verschiedenen Umsatzumfang kaum eine einheitliche Auffassung vertreten werden.

Ich verkenne durchaus nicht Ihre taktischen Schwierigkeiten, die gelegentlich zu Konzessio nen zwingen, jedoch besteht m. E. zur Zeit eine günstige Konstellation, gegeben durch die deutsche Wirtschaftsführung in den befreundeten bezw. besetzten Gebieten und durch den allgemeinen Warenhunger.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Lohmann, diese Ausführungen in dem Sinne zu lesen, wie sie gemeint sind, nämlich aus meinem Bestreben heraus, die Wirtschaftslage unseres Indu striezweiges so gut zu fördern, wie es nur möglich ist, und hierbei in erster Linie den deutschen Interessen zu dienen.

Mit bestem Gruß

Ihr
sehr ergebener
(Riepka)

(Betriebsarchiv des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky"
Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146.)

Dokument Nr. 8

Aktenvermerk des Ringführers N 7, Riepka, vom 4. 6. 1942 über eine Rücksprache mit dem Vorsitz der Europa-Konventionen, Lohmann, am 3. 6. 1942

In einer mündlichen Aussprache ging Herr LOHMANN auf mein Schreiben vom 7. 5. an ihn als Vorsitz der Europa-Konventionen ein, und es wurde der gesamte Fragenkomplex grund sätzlich besprochen. Herr LOHMANN stellte sich auf den Standpunkt, daß auf Grund seiner vorangegangenen Fühlungen zur Zeit keine Möglichkeiten bestehen, die Firmen des be setzten und des neutralen Auslandes zu zwingen, einem Kartell oder einer Konvention einzu treten, und daß auch das Reichswirtschaftsministerium eine sehr vorsichtige Haltung ein nimmt. Er sei auf Grund dieser Tatsache gezwungen, außerordentlich konziliant zu verhandeln und immer wieder das Vertrauensmoment in den Vordergrund zu rücken. Daß diese Di-

plomatie sich bewährt habe, ginge nach seiner Ansicht daraus hervor, daß erstens DUCATI sich freiwillig bereiterklärt habe, für seine Lieferungen nach Deutschland in die deutschen Konventionspreise einzutreten, daß zweitens gerade von PHILIPS der Vorschlag ausgegangen sei, eine starke zentrale Geschäftsstelle in Berlin zu schaffen, und daß drittens sich überhaupt so viel Firmen an den Diskussionen beteiligten. Praktisch wäre die Führung in deutscher Hand geblieben, da ja auch Deutschland den Hauptmarktanteil in Europa besitzt. Man müsse die ganzen Verhandlungen immer wieder von dem Gesichtspunkt aus betrachten, daß Deutschland sein Kriegsziel, nämlich ein geeintes Europa, unter starker deutscher Wirtschaftsführung erreicht.

Unsere Diskussion dieses Standpunktes ergab, daß man sich über Fragen der Taktik streiten könne, daß aber von allen Seiten in dem Augenblick Farbe bekannt werden muß, wenn die Satzung veröffentlicht und diskutiert wird. Diese Satzung soll in enger Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsstelle, Siemens und uns ausgearbeitet werden, und es sollen gleichzeitig die Vorschläge für die Besetzung des Technischen Beirates gemacht werden.

Als nächster Termin ist vorgesehen eine DELEGATIONS - Besprechung im August d. J., zu welcher wir hinzugezogen werden.

(Betriebsarchiv des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky" Toltow, Europa-Konventionen, T 79/146.)

Dokument Nr. 9

Aus dem Entwurf des Generalvertrages der Europa-Konvention Kondensatoren, Widerstände und sonstige Einzelteile vom Januar 1943

In dem Bewußtsein, daß eine auf den Leistungswettbewerb ausgerichtete Industriegemeinschaft sowohl volkswirtschaftlich als auch für den Verbraucher und das einzelne Unternehmen nutzbringend ist, schließen sich die europäischen Hersteller von Kondensatoren, Widerständen und sonstigen Einzelteilen in der Bereitschaft, eine von gegenseitigem Vertrauen getragene Zusammenarbeit zu pflegen, zusammen. Die Unterzeichner dieses Generalvertrages erklären, daß sie in Vollmacht der aus der Anlage ersichtlichen einzelnen Hersteller und Mitglieder der Herstellerverbände ihres Landes handeln.

§ 1

Name, Sitz und Geschäftsjahr

1. Der Zusammenschluß führt den Namen Europa-Konvention Kondensatoren, Widerstände und sonstige Einzelteile.
2. Der Sitz der Konvention wird durch die Generalversammlung bestimmt.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Sachlicher und räumlicher Bereich

1. Unter den sachlichen Bereich fallen Kondensatoren, Widerstände und sonstige Einzelteile (Vertragsware). Die Vertragsware im einzelnen und eine Erweiterung des sachlichen Bereiches, z. B. auf andere Einbauteile für Nachrichtengeräte und sonstige verwandte Erzeugnisse, wird durch die Generalversammlung bestimmt.

Innerhalb des sachlichen Bereiches erfolgt eine Marktregelung insoweit, wie dies zweckmäßig erscheint.

2. Der räumliche Bereich erstreckt sich auf sämtliche europäischen Länder ...

§ 7

Die Generalversammlung

1. Die Generalversammlung findet einmal in jedem Geschäftsjahr als ordentliche Generalversammlung statt und zwar erstmalig an einem von dem Verwaltungsrat und später an einem von ihr selbst zu bestimmenden Ort.

Der Verwaltungsrat kann eine außerordentliche Generalversammlung jederzeit nach Bedarf einberufen und ist hierzu verpflichtet, wenn mindestens 25 % der Mitglieder die Einberufung wünschen ...

5. Jedes Einzelmitglied hat eine Stimme. Die körperschaftlichen Mitglieder vertreten so viel Stimmen, wie ihr Mitgliedsbestand zum 1. Januar des laufenden Jahres ausweist.
6. Beschlüsse sollen grundsätzlich einstimmig gefaßt werden. Das gleiche gilt für Wahlen. Erweist sich aber eine Abstimmung als notwendig, so erfolgen Beschlüsse und Wahlen mit 3/4 Mehrheit. Eine schriftliche Beschlußfassung ist mit dem gleichen Wahrheitserfordernis zulässig ...

§ 8

Der Verwaltungsrat

1. Der Verwaltungsrat setzt sich aus 3 Persönlichkeiten zusammen, die von der Generalversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden und bis zur Neuwahl im Amt bleiben. Um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, sollen die Mitglieder des Verwaltungsrates Firmen angehören, die möglichst sämtliche Vertragswaren herstellen, kaufmännisch, industriell und wissenschaftlich über große internationale Erfahrungen auf dem Gebiet der Vertragswaren verfügen und wissenschaftliche Forschungsanstalten besitzen.

Ist ein Mitglied des Verwaltungsrates an der Ausübung seines Amtes verhindert, so kann seine Firma einen Vertreter für den Rest der Amtszeit benennen.

2. Der Verwaltungsrat tritt nach Bedarf zusammen.
3. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden auf die Dauer von zwei Jahren, der bis zur Neuwahl im Amt bleibt.
4. Beschlüsse des Verwaltungsrates erfolgen einstimmig. Die Beschlußfassung kann auch auf schriftlichem Wege, telegrafisch oder telefonisch mit nachfolgender schriftlicher Bestätigung erfolgen.
5. Dem Verwaltungsrat steht die Anordnung und Überwachung aller zur Durchführung des Vertrages beschlossenen und erforderlichen Maßnahmen zu ...

(Betriebsarchiv des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky" Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146.)

Aus der Niederschrift über eine Tagung der Delegation der Europa-Konventionen am 3., 5. und 6. Mai 1943 in Innsbruck

1 - Erörterung des Generalvertrages -

Im Wege eines längeren Meinungsaustausches wird die Frage erörtert, ob eine Satzung, die die Rechte und Pflichten der Beteiligten im einzelnen feststellt, bereits jetzt aufgestellt werden oder es bei den derzeitigen grundsätzlichen Vereinbarungen im Rahmen der Satzung vom 4. 9. 1941 verbleiben soll. Es erfolgt die Übereinkunft, daß der vorliegende Entwurf einer Überprüfung unterzogen wird als Grundlage für eine nach der weiteren Entwicklung erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgende endgültige Festlegung und unter dem Gesichtspunkt, ob eine vorzeitige Ergänzung der bisherigen Rahmensatzung durch einzelne Abschnitte des Entwurfes zweckdienlich erscheint.

In grundsätzlicher Hinsicht liegen bereits zwei Stellungnahmen vor: Für die dänische Landesgruppe hat sich Herr Direktor Ludvigsen durch Schreiben vom 6. 4. ds. Js. dahin geäußert, daß der Zeitpunkt für die Einführung einer die Rechte und Pflichten der Beteiligten im einzelnen klarstellenden Satzung noch nicht gekommen sei. Herr Direktor Ludvigsen stellte demgemäß ausdrücklich fest, daß seine Beteiligung an der Beratung nur unter diesem Vorbehalt gewertet werden kann.

Für die ungarische Landesgruppe hat Herr Direktor Fodor folgendes Telegramm vom 1. Mai gesandt:

"Sofern Vertragsvorschlag Januar 1943 Wien unacceptable, bitte neuen Vertragsentwurf so zu ändern, daß sämtliche Instanzen sämtliche Beschlüsse nur einstimmig fassen können. Für Machtbefugnis Verwaltungsrat sehen drei Lösungsmöglichkeiten: erstens, daß jedes Mitgliedsland Sitz und Stimme hat, zweitens, daß wir ohne Rücksicht auf andere ausländische Mitglieder Sitz und Stimme haben, um Beschlüsse bezüglich unserer Absatzgebiete und Interessenssphären kontrollieren zu können, und drittens, daß auch wir kein Ratsmitglied sind, aber dann sämtliche Beschlüsse für uns nur nach unserer nachträglichen Acceptierung bindend. Falls unsere Vorschläge unacceptable, bitten wir uns als Außenstehenden zu betrachten, der aber von Fall zu Fall zu cooperieren bereit."

Vor Durchsicht des Entwurfes wird die innerhalb der Europa-Konvention Starkstromkondensatoren erneut aufgetretene Frage einer Eingliederung in die Europa-Konventionen des Schwachstromgebietes behandelt. Nach Aussprache erachtet es die Delegation für richtig, daß die Starkstromkondensatoren grundsätzlich einbezogen werden sollen. Die Delegation übernimmt die Aufgabe, die Möglichkeiten der Eingliederung zu prüfen und vorzubereiten.

Die Erörterung der einzelnen Bestimmungen des vorliegenden Entwurfes führt zu der Aufstellung eines neuen Entwurfes, Stand Mai 1943. Im einzelnen handelt es sich hierbei um folgende Änderungen, die z. T. nur stichwortartig festgelegt werden mit der Maßgabe einer Ausarbeitung durch die Geschäftsführung.

Zu § 1, Name, Sitz und Geschäftsjahr:

Eine endgültige Bezeichnung für die Europa-Konvention bleibt vorbehalten. Es ist eine Benennung erwünscht, die zwar kurz ist, jedoch die der Marktregelung unterliegenden Erzeugungsgebiete, gleichgültig für welchen Verwendungszweck, treffend kennzeichnet.

Zu § 4, Mitgliederkreis:

In der Ziffer 1 wird klargestellt, daß unter "körperschaftlichen Mitgliedern" Landeskartelle zu verstehen sind.

Zu § 5, Pflichten der Mitglieder:

Nachdem in dem Vorwort zum Generalvertrag festgestellt worden ist, daß die Unterzeichner in Vollmacht der einzelnen Mitglieder von Herstellerverbänden handeln, bedarf es einer besonderen Anerkennung der übernommenen Verpflichtungen durch die einzelnen angeschlossenen Unternehmen gemäß dem bisherigen Wortlaut der Ziffer 5 nicht.

Zu § 6, Organe:

Die Namen der einzelnen Organe sind noch keine endgültigen. Vorerst werden die Sachgebietsausschüsse als Fachausschüsse bezeichnet.

Zu § 7, Die Generalversammlung:

Ziffer 1 erfährt eine Ergänzung derart, daß die ordentliche Generalversammlung sämtliche sowohl unmittelbar wie mittelbar angeschlossenen Unternehmen umfaßt.

Zu dem Stimmrecht und der Durchführung von Beschlüssen werden in einer eingehenden Aussprache alle Möglichkeiten wie Umsatzbeteiligung der hergestellten verschiedenen Vertragswaren, Zahl der in einer Referenzperiode gefertigten Vertragswaren, sowie Anzahl der Firmen oder der Hersteller eines Landes erörtert. Es erfolgt schließlich die Übereinkunft, daß jeder beteiligten Landesgruppe eine Stimme je Art der Vertragsware, d. h. zur Zeit Drehkondensatoren, Elektrolytkondensatoren, Schwachstromkondensatoren, Festwiderstände und Regelwiderstände zusteht. Nach der heutigen Sachlage ergibt sich danach folgende Stimmenverteilung:

Dänemark	5 Stimmen
Deutschland	5 Stimmen
Frankreich	2 Stimmen
Holland	5 Stimmen
Italien	5 Stimmen
Ungarn	<u>3 Stimmen</u>
insgesamt	25 Stimmen.

Für die Abstimmung und Durchführung von Beschlüssen tritt nunmehr anstelle der bisherigen 3/4 Mehrheit im Falle der Nichteinigung die dem Verwaltungsrat zugewiesene Aufgabe zu vermitteln mit dem Ziel, durch Überzeugung einen einstimmigen Beschluß herbeizuführen ...

(Betriebsarchiv des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky" Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146.)

Dokument Nr. 11

Aus der Niederschrift über eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der Wirtschaftsstellen Drehkondensatoren und Elektrolyt-Kondensatoren-Vereinigung e. V., Schwachstromkondensatoren e. V. und Widerstände e. V. vom 16. Juni 1943

Nachdem in der Sitzung vom 15. 4. 1943 der Entwurf des Generalvertrages der Europa-Konvention Kondensatoren, Widerstände und sonstige Einzelteile nach dem Stand vom Januar 1943 beraten worden ist, sollen durch die stattfindende Sitzung die Mitglieder der Vorstände über das Ergebnis der Innsbrucker Sitzung der Europa-Konventionen vom 3. - 6. Mai ds. Js. zwecks Stellungnahme unterrichtet werden. Die Einzelheiten der vorbezeichneten Tagung sind den Anwesenden bereits bekannt gegeben durch die gleichzeitig mit der Einladung erfolgte Übersendung der Innsbrucker Niederschrift. Eine Aktennotiz über die in Ergänzung der Innsbrucker Sitzung in der Zeit vom 6. - 9. Juni ds. Js. mit der Firma Remix in Budapest stattgefundene Besprechung wird verteilt.

Herr Lohmann schilderte den Verlauf der Besprechung mit den ausländischen Partnern und hebt das Interesse hervor, das von diesen Seiten der gemeinsamen Arbeit und damit auch der gemeinsamen Ordnung entgegengebracht wird, Herr Dr. Sasse erläutert den von ihm zu den verschiedenen Fragen eingenommenen Standpunkt und die zu der vorliegenden Fassung des Generalvertrages führende Entwicklung während der Innsbrucker Aussprache. Gemäß Vereinbarung in der Innsbrucker Sitzung hat Herr Dr. Sasse die Belange der deutschen Wirtschaftsstellen wahrgenommen, womit sich die Versammlung nachträglich einverstanden erklärt.

In einer längeren Aussprache werden alle Gesichtspunkte behandelt, die für den von der deutschen Landesgruppe sowohl generell wie zu einzelnen Fragen einzunehmenden Standpunkt in Betracht kommen.

Die Erwägungen, welche sich gegen den alsbaldigen Abschluß des Generalvertrages und einzelner seiner Bestimmungen richten, gehen von der Annahme aus, daß von behördlicher Seite eine auch satzungsmäßige Festlegung der deutschen Führung gewünscht wird. Aus den Erfahrungen, die mit der Mentalität der ausländischen Partner gemacht worden sind, wird die Schlußfolgerung gezogen, die Vereinbarung eines Generalvertrages auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Eine derartige Maßnahme sei auch dadurch begründet, daß sich mit der Zeit von selbst eine Vorherrschaft der deutschen Technik und Normung durchsetzen werde. Von einzelnen Vorschriften des Generalvertrages werden u. a. die Abstimmungsbestimmungen herausgegriffen und es wird dem jetzigen paritätischen Abstimmungsverhältnis nach Erzeugungsgebieten eine Regelung nach Umsatzanteilen oder, wie ursprünglich, nach Firmenanzahl gegenübergestellt, weil nur die letzteren Fälle dem tatsächlichen Schwergewicht der deutschen Industrie Rechnung tragen würden. Wenn weiterhin die Delegation sich aus drei Persönlichkeiten ohne nähere Kennzeichnung zusammensetzen soll, so wird befürchtet, daß die Wahl eines Deutschen in die Delegation vielleicht überhaupt vereitelt werden könnte. Schließlich wird der in der Sitzung vom 15. 4. 43 behandelte Vorschlag erneut hervorgehoben, wonach sich die Delegation für die Behandlung bestimmter Fragen um die deutschen Vorsitzenden der einzelnen Fachausschüsse erweitert.

Unter dem Gesichtswinkel des bisherigen, erfolgversprechenden Verlaufs der Zusammenarbeit und der dabei gemachten Erfahrungen stehen die Äußerungen, welche einen baldigen Abschluß des Generalvertrages in der vorliegenden Fassung für richtig halten. Bei der Gründungssitzung vom 4. 9. 41 hat sich bereits ergeben, daß die betonte Herausstellung einer deutschen Führung von den ausländischen Partnern, gleich zu welchem Zeitpunkt, abgelehnt wird. Die von allen beteiligten Ländern in Verfolg der Gründungssitzung angenommene Satzung sieht, wie auch heute, für Beschlüsse Einstimmigkeit vor, regelt die Zusammensetzung des Comités in derselben Weise, wie sich nunmehr der Verwaltungsrat zusammensetzt, und enthält auch in sonstiger Hinsicht keine Herausstellung des deutschen Einflusses. Aus diesen Grundsätzen hat sich eine harmonische Zusammenarbeit entwickelt, und zwar unter weitestgehenden Zugeständnissen gegenüber der deutschen Landesgruppe: Das deutsche Mitglied des Comités hat nicht nur in diesem und auch innerhalb des gesamten Zusammenschlusses den Vorsitz, sondern auch der Vorsitz der fünf einzelnen Konventionen (= jetzt Fachausschüsse) und schließlich auch die Geschäftsführung sind jeweils in deutsche Hand gegeben. Es liegt bisher kein Grund für die Annahme vor, daß diese, in der Praxis bereits anerkannte, deutsche Führung auf der Grundlage des Generalvertrages beeinträchtigt werden würde.

Bei der Erwägung der für und gegen den Generalvertrag in seiner jetzigen Fassung und den baldigen Abschluß desselben stehenden Gesichtspunkte wird von allen Anwesenden anerkannt, daß die bisherige Zusammenarbeit mit den ausländischen Industrien sich wirtschaftlich für die Belange der beteiligten Firmen außerordentlich günstig ausgewirkt hat und dieses Ergebnis einen gleichartigen Erfolg auch in Zukunft erwarten läßt. Vorläufig wird es als eine praktische Lösung angesehen, auf der Grundlage der Satzung vom 4. 9. 41 eine Regelung der Arbeitsweise für den Verwaltungsrat, die Fach- und Landesausschüsse aus dem Entwurf des

Generalvertrages zu entnehmen und auf ihre Einführung als Geschäftsordnung hin in einer weiteren Sitzung zu überprüfen. -

Der derzeit in dem Entwurf des Generalvertrages enthaltene Name "Europa-Konvention Kondensatoren, Widerstände und sonstige Einzelteile" erscheint nicht als gute Lösung. Die in diesem Namen enthaltenen Sachgebiete sind zu begrenzt im Hinblick auf die in Zukunft zu erwartenden Erweiterungen des Arbeitsbereiches. Herr Dr. Krahe schlägt vor und begründet die Bezeichnung

"Europa-Konvention Elektroindustrie".

Hierdurch wird der Absicht aller Beteiligten, die Bedeutung des internationalen Zusammenschlusses zu unterstreichen, entsprochen, andererseits wird durch diesen Namen nicht mehr ausgedrückt, als daß es sich um ein Europa-Kartell auf dem Gebiet der Elektroindustrie handelt, und zwar beschränkt auf diejenigen Fertigungsbereiche, die einer Marktregelung unterzogen werden. Nach Erörterung wird dem Vorschlag zugestimmt. - ...

(Betriebsarchiv des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky" Teltow, Europa-Konvention, T 79/146.)

Dokument Nr. 12

Aus einer Aktennotiz des Leiters der Geschäftsstelle der Europa-Konventionen, Dr. Krahe, über eine Besprechung mit dem Vertreter des Reichswirtschaftsministers, Dr. Klinger, am 22. 6. 1943

Mit der Bitte um eine grundsätzliche Stellungnahme wird Herr Dr. Klinger über die Bedenken unterrichtet, welche innerhalb des deutschen Firmenkreises zu dem Entwurf des Generalvertrages der Europa-Konvention, Kondensatoren, Widerstände und sonstige Einzelteile, Stand Mai 1943, aufgetreten sind. Diese Bedenken beziehen sich auf eine in dem Entwurf nicht ausdrücklich verankerte deutsche Führung und betreffen in Verbindung damit die Regelung des Stimmrechts und die Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Nach eingehender Erörterung der verschiedenen Gesichtspunkte stellt Herr Dr. Klinger fest, daß s. E. keine Bedenken gegen den Entwurf des Generalvertrages bestehen, nachdem die Erfahrungen mit internationalen Abmachungen eine paritätische Behandlung der Partner als unerlässlich erscheinen lassen. Da die wirtschaftlichen Ergebnisse nicht nur für die ausländischen Partner, sondern auch für die deutsche Industrie von Wichtigkeit sind, sollte nach Ansicht von Herrn Dr. Klinger dem Abschluß des Generalvertrages näher getreten werden.

Mit dem Vorschlag, den Zusammenschluß als "Europa-Konvention Elektroindustrie" zu bezeichnen, erklärt sich Herr Dr. Klinger einverstanden, da es sich bei diesem Namen in Verfolg der gegebenen Erläuterungen s. E. nur um eine gebietsmäßige Abgrenzung handelt und somit die Belange von sonstigen internationalen Kartellabsprachen des Elektrosektors nicht beeinträchtigt werden ...

(Betriebsarchiv des Werkes für Bauelemente der Nachrichtentechnik "Carl von Ossietzky" Teltow, Europa-Konventionen, T 79/146.)

Literaturkritik

PRODUKTIVKRÄFTE UND HISTORISCHER MATERIALISMUS

Wolfgang Jonas/Valentine Linsbauer/Helga Marx,

Die Produktivkräfte in der Geschichte

Bd. 1: Von den Anfängen in der Urgemeinschaft bis zum Beginn
der Industriellen Revolution, hg. v. Wolfgang Jonas

Berlin: Dietz Verlag 1969, 442 Seiten, 255 Abbildungen, 8 Farbtafeln,
5 wirtschaftshistorische Karten, 1 wirtschaftshistorische Übersichts-
tafel, Preis: 22 M

von Gerhard Koch

Im System der marxistisch-leninistischen Theorie und Weltanschauung nimmt die Erforschung und Klarstellung der Rolle der Produktivkräfte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß einen hervorragenden Platz ein. Ganz im Gegensatz dazu waren bislang in der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur unserer Republik größere Arbeiten zu diesem Problemkreis nicht vorhanden. Die vorliegende Arbeit von Jonas, Linsbauer und Marx über "Die Produktivkräfte in der Geschichte" trägt daher angesichts der Bedeutung, die solchen Untersuchungen für die Entwicklung und Verbreitung eines tiefen weltanschaulich fundierten Verständnisses der komplexen und vielschichtigen Zusammenhänge zwischen der sozialistischen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution in unserer Zeit zukommt, einem echten Bedürfnis und einer objektiven Notwendigkeit Rechnung. Dies um so mehr, als die behandelten Probleme der Genesis sowie der strukturellen Gesamtzusammenhänge und des Systemcharakters der Produktivkräfte immer mehr zu einer Hauptfrage der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auf politischem, ökonomischem und ideologischem Gebiet werden.

Die Autoren unternahmen einen ersten Versuch, nicht nur einen Abriss der Entwicklung der Produktionstechnik zu geben, sondern die Gesamtheit der gesellschaftlichen Produktivkräfte in ihrem historischen Zusammenhang darzustellen. Sie sind sich darüber im klaren, daß noch viel Forschungsarbeit zu leisten ist, bis auf dem Wege sozialistischer Gemeinschaftsarbeit, die Wissenschaftler zahlreicher Länder erfassen muß, an die Aufgabe herangegangen werden kann, eine Weltgeschichte der Produktivkräfte zu verfassen. Die Autoren konnten sich daher nur die Aufgaben stellen, anhand einer wohlgedachten Auswahl die Grundprobleme der Geschichte der Produktivkräfte in den einzelnen historischen Etappen zu behandeln. Sinn und Zweck der vorliegenden Darstellung ist es daher, den Leser anhand historischer Grundzüge der Entwicklung in die Problematik der Geschichte der gesellschaftlichen Produktivkräfte einzuführen und auf diese Weise zu helfen, die gesellschaftlichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Ökonomie und der Produktivkräfte in unser wissenschaftlich fundiertes Geschichtsbewußtsein aufzunehmen.

Dieser wichtigen und gewiß nicht leicht zu realisierenden Aufgabe wird das vorliegende Buch in hohem Maße gerecht. Die Darstellung wird insgesamt von solider Kenntnis und souveräner Beherrschung des behandelten Gegenstands getragen. Sie erfolgt von einer klaren marxistisch-leninistischen Position aus und bringt ihre Parteilichkeit vor allem in der durch-

gänglich geführten Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen - insbesondere mit den verschiedenen Spielarten der imperialistischen Konvergenztheorie - überzeugend zum Ausdruck. Sie vermittelt ein wissenschaftlich begründetes Bild von der Rolle der materiellen Produktivkräfte als der letztlich bestimmenden Triebkraft des gesellschaftlichen Fortschritts in ihrer Wechselbeziehung mit dem Kampf der Klassen und arbeitet außerordentlich interessante und wichtige Bezüge zwischen Zusammenhängen früherer geschichtlicher Entwicklungsstadien der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse mit gegenwärtigen Problemen der Einheit von wissenschaftlich-technischer und sozialistischer Revolution heraus. Dabei verdient es besondere Erwähnung, daß der Stil der Darstellung in erfreulicher Weise interessant, anregend, einprägsam und - ohne die Wissenschaftlichkeit der Abhandlung zu mindern - populär gehalten ist.

Die Autoren haben sich zu einem interessanten Aufbau ihres Werkes entschlossen: Der vorliegende erste Band gliedert sich in drei Teile, die sich in ihrem Charakter zwar weitgehend unterscheiden, aber nichtsdestoweniger eine Einheit bilden und einander vorzüglich ergänzen.

Der erste Teil gibt eine Einführung in theoretische und historische Grundfragen der Entwicklung der Produktivkräfte. Dabei ist die besondere Aufmerksamkeit darauf gerichtet, den Blick für die Entwicklung des Gesamtsystems der Produktivkräfte sowie für strukturelle Gesamtzusammenhänge zu öffnen und nicht nur die Genesis einzelner Teilbereiche isoliert zu betrachten. Immer wieder werden Entwicklungslinien aus frühester Zeit bis in unsere Gegenwart sichtbar gemacht und so die Geschichtlichkeit der Produktivkräfte, insbesondere die Gegenwarts- und Zukunftsbezogenheit ihrer Entwicklung, auf eine Weise erhellt, die zu weiterem Nachdenken und darüber hinaus zu weiteren Forschungen anregt.

Der zweite Teil bedient sich vor allem des Bildes als Darstellungsform der Entwicklung der Produktivkräfte. Er enthält vorzügliche Abbildungen aus der Geschichte der Produktivkräfte, die aus den verschiedensten Quellen ausgewählt, zusammengetragen und mit Erklärungen versehen wurden. Der Leser findet zu jeder Bildseite neben einer gedrängten Erläuterung des Bildes die Behandlung eines mit der Abbildung korrespondierenden Problems aus der Geschichte der Produktivkräfte, die zugleich dazu dient, das Motiv der jeweiligen Abbildung in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen.

Der dritte Teil des Bandes ist der Behandlung methodischer Fragen der Einbeziehung der Geschichte der Produktivkräfte in den Geschichtsunterricht gewidmet. Obwohl dieser Abschnitt vorwiegend auf die Belange des Lehrers an den allgemeinbildenden Oberschulen abgestimmt ist, können ihm auch Lehrende und Propagandisten anderer Ausbildungsinstitutionen viele wertvolle Anregungen entnehmen.

Umfangreiche Register, wirtschaftshistorische Karten sowie eine synchronoptische Übersichtstafel wichtiger Teilsysteme der gesellschaftlichen Produktivkräfte erleichtern dem Leser sowohl die Orientierung als auch die Erfassung historischer und struktureller Zusammenhänge der Entwicklung des Systems der Produktivkräfte.

Dieser auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinende Aufbau des Buches bietet für die Arbeit mit ihm viele Vorteile. Er trägt nicht nur den differenzierten Interessen und Bedürfnissen eines breiten Leserkreises Rechnung, sondern ermöglicht es auch dem einzelnen Leser, sich den Inhalt in sehr unterschiedlicher Weise und mit immer neuem Gewinn zu erschließen.

Einer der Grundgedanken, der die gesamte Darstellung der "Produktivkräfte in der Geschichte" durchzieht, ist die Klarstellung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte als komplexes System wie auch ihrer einzelnen Elemente, ihrer dialektischen Wechselbeziehung mit dem jeweils historisch bestimmten System der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse (Basis) sowie mit dem darauf beruhenden Überbau, der bis hin zu den Erscheinun-

gen der Kunst und Literatur verfolgt wird. Gerade die erwähnten Besonderheiten der Gliederung des Buches erleichtern das Verständnis der Zusammenhänge, wonach die produktive Einwirkung des Menschen auf die Natur (Produktivkräfte) stets durch bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse vermittelt wird (Produktionsverhältnisse) und es daher Produktivkräfte "an sich" real ebensowenig geben kann wie etwa eine Technik an sich. Es wird sichtbar, daß die Entwicklung der verschiedenen Elemente der Produktivkräfte nicht schlecht-hin in einem äußeren Zusammenhang zur Entwicklung der jeweiligen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse stehen, sondern daß die Entwicklung aller Elemente des Systems der Produktivkräfte, einschließlich der Technik und der Technologie, selbst einen sozialen Inhalt aufweist. Dieser soziale Inhalt wird besonders dann sichtbar, wenn man die Zielfunktion des jeweiligen Gesellschaftssystems in Betracht zieht, innerhalb deren die Produktivkräfte praktisch in Gang gesetzt und ökonomisch wirksam werden. Diesen Grundgedanken des historischen Materialismus faßte Marx in der folgenden allgemeinen Charakteristik des Produktionsprozesses zusammen: "Dieser", schrieb Marx, "ist sowohl Produktionsprozeß der materiellen Existenzbedingungen des menschlichen Lebens, wie ein in spezifischen, historisch-ökonomischen Produktionsverhältnissen vor sich gehender, diese Produktionsverhältnisse selbst, und damit die Träger dieses Prozesses, ihre materiellen Existenzbedingungen und ihre gegenseitigen Verhältnisse, d. h. ihre bestimmte ökonomische Gesellschaftsform produzierender und reproduzierender Prozeß."¹

In enger Beziehung dazu steht ein weiteres Grundproblem des historischen Materialismus, dem die Autoren des Buches besondere Aufmerksamkeit widmen: die Klarstellung der Rolle des Menschen im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Die Autoren machen immer wieder deutlich, daß die verschiedenen Momente des Arbeitsprozesses nicht isoliert voneinander existieren, sondern ein System bilden, dessen Wechselwirkung und Entwicklung durch die zweckmäßige Tätigkeit des Menschen vermittelt wird. Er steht im Mittelpunkt des Systems der Produktivkräfte. Erst durch die lebendige Arbeit werden die sachlich-gegenständlichen Produktionsmittel zu wirklichen, das heißt zu wirksamen produktiven Kräften. Der marxistisch-leninistische Begriff der Produktivkräfte, den die Autoren vermitteln, bringt gerade diese Einheit von sachlich-gegenständlichen Produktionsmitteln und lebendiger Arbeitskraft des Menschen, das heißt die Einheit des objektiv-gegenständlichen und des subjektiv-tätigen Moments des Arbeitsprozesses, zum Ausdruck. Es ist zweifellos ein besonderes Verdienst der Autoren, daß sie diesen Grundgedanken, der besonders angesichts der gewaltigen Entwicklung der objektiv-gegenständlichen Seite der Produktion im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution unserer Zeit von besonderer Bedeutung ist, anschaulich herausgearbeitet haben.

Unabhängig von ihrer bestimmten gesellschaftlichen Form ist die materielle Produktion immer ein Prozeß der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur. Bei der Analyse des Arbeitsprozesses zitiert Marx dazu eine außerordentlich treffende Bemerkung Hegels und interpretiert sie konsequent materialistisch: "Die Vernunft", sagt Hegel, "ist ebensolistig als mächtig. Die List besteht überhaupt in der vermittelnden Tätigkeit, welche, indem sie die Objekte ihrer eigenen Natur gemäß aufeinander einwirken und sich aneinander abarbeiten läßt, ohne sich unmittelbar in diesen Prozeß einzumischen, gleichwohl nur ihren Zweck zur Ausführung bringt."²

Marx kennzeichnet im "Kapital" die menschliche Arbeit als "vermittelnde Tätigkeit" in dem Sinne, daß der gesellschaftlich produzierende Mensch nicht unmittelbar auf den Arbeitsge-

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 826.

2 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Enzyklopädie, T. 1: Die Logik, Berlin 1840, S. 382, zit. nach: Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 194 Anm. 2.

genstand einwirkt, sondern gestützt auf den jeweiligen Stand der Kenntnis von den Eigenschaften der Naturdinge und ihren gesetzmäßigen Zusammenhängen Arbeitsmittel produziert, die ihm als Mittel zur Übertragung seiner eigenen Kräfte auf den Arbeitsgegenstand dienen. Wenn der Arbeiter die physikalischen, chemischen usw. Eigenschaften der Naturdinge und Naturkräfte im Arbeitsprozeß benutzt, um sie seinen Zwecken gemäß als Machtmittel auf andere Dinge wirken zu lassen, so benutzt er die Eigenschaften und Kräfte der Natur als Mittel seiner eigenen Macht, als Organ seiner eigenen produktiven Tätigkeit. Er vervielfacht seine eigenen produktiven Kräfte, indem er die Kräfte der Natur unter seiner Kontrolle im Arbeitsprozeß anwendet. "So wird das Natürliche selbst zum Organ seiner Tätigkeit, ein Organ, das er seinen eignen Leibesorganen hinzufügt, seine natürliche Gestalt verlängert, trotz der Bibel."³ (Hervorhebung von mir - G. K.) Die Naturkräfte für sich arbeiten zu lassen - einschließlich der gegenwärtig so wesentlichen Tendenz der Umwandlung des Produktionsprozesses in "geschlossene Naturprozesse", die vom Menschen gesteuert und geregelt werden - ist deshalb durchaus kein Vorgang, der sich unabhängig von der lebendigen Tätigkeit der Menschen vollzieht. Welchen Grad daher auch die Ausnutzung und Beherrschung der Naturkräfte und Gesetze in den sich stürmisch entwickelnden Produktionsmitteln annehmen und wie sehr sich im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution auch die Stellung und die Funktionen des Menschen im Produktionsprozeß verändern mögen - die Produktivkräfte bleiben deshalb doch letztlich immer Produktivkräfte des Menschen selbst.

Aus der Fülle der Anregungen, die das aufmerksame Studium des Buches vermittelt, sei nur einer, meines Erachtens besonders wichtigen, kurz und skizzenhaft nachgegangen. Es handelt sich um die durch die Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte als objektive Notwendigkeit gesetzte Herausbildung einer neuen Qualität der gesellschaftlichen Praxis, deren Verwirklichung ein wesentlicher Bestandteil der historischen Mission der Arbeiterklasse ist.

Die objektive Notwendigkeit sowohl des Inhalts der historischen Mission der Arbeiterklasse als auch der Art und Weise ihrer Verwirklichung ergibt sich letztlich aus der Entwicklung der Produktivkräfte. Während der ganzen langen Periode der Menschheitsgeschichte, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln herrschte, war die Ausdehnung sowie die qualitative Höherentwicklung der Herrschaft über die Natur, die sich im Entwicklungsstand der materiellen Produktivkräfte manifestiert, stets und in ständig steigendem Maße mit der Unterdrückung und Vernichtung von Menschen verbunden. Die Höherentwicklung der Produktivkräfte vollzog sich unter der Bedingung der gleichzeitigen Vernichtung von Produktivkräften. "Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat", so sagt Marx, "erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte."⁴

Dieser tiefe Widerspruch ist im staatsmonopolistischen Kapitalismus auch heute noch wirksam. Im Prozeß der Auseinandersetzung mit der Natur gelingt es den Menschen immer besser, die Naturgesetze zu erkennen und bewußt auszunutzen. Damit wächst ihre Freiheit gegenüber der Natur ständig, das heißt die Fähigkeit, sich die Kräfte und Eigenschaften der Natur, gestützt auf die Einsicht in die Naturzusammenhänge, positiv anzueignen, sie mehr und mehr zu beherrschen und ihren Zwecken dienstbar zu machen. Das drückt sich sehr anschaulich in der rasanten Entwicklung der Produktivkräfte aus. Das bedeutet aber, daß im

3 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, a. a. O., S. 194.

4 Derselbe, Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 9, Berlin 1960, S. 226.

Verhältnis der Menschen zur Natur die Bewußtheit des Handelns, die zweckmäßige Koordination ihrer Kräfte und Fähigkeiten auf der Grundlage wissenschaftlicher Einsicht in die gesetzmäßigen Zusammenhänge der Natur und der davon abgeleiteten technologischen Gesetze der Produktion, dominiert, so daß die Menschen vor allem im Prozeß der Produktion von Gebrauchswerten immer besser die Ziele erreichen, die sie sich setzen. Aber auf dieser Grundlage und in dem Maße, wie sich die Freiheit gegenüber der Natur, die Bewußtheit der Ausnutzung ihrer Gesetze entwickelt, tritt in bezug auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen in den vorsozialistischen Formationen, insbesondere in bezug auf die Gestaltung der Produktionsverhältnisse, das Unvermögen hervor, die Gesetze ihrer eigenen Vergesellschaftung zu erkennen und bewußt zur Geltung zu bringen.

Dieser Charakterzug, das spontane Wirken der gesellschaftlichen Gesetze, die sich als blinde Notwendigkeiten durch die zufälligen, vereinzelt und im gesellschaftlichen Maßstab unbewußten Handlungen der Menschen verwirklichen, drückt der ganzen Entwicklung seinen Stempel auf. Der deutlichste Ausdruck dieser Spontanität sind die dem Wesen der antagonistischen Produktionsweise entspringenden Krisen und Kriege, in denen Produktivkräfte - vor allem Menschen - massenhaft vernichtet werden und in denen sich deutlich zeigt, daß entsprechende gesellschaftliche Verhältnisse auch der Freiheit gegenüber der Natur unüberschreitbare Grenzen setzen.

"Der Produktion wissenschaftlichen Charakter zu geben", sagt Karl Marx, ist eine innere und notwendige "Tendenz des Kapitals".⁵ Sie ist jedoch von vornherein mit dem antagonistischen Widerspruch behaftet, daß sie einseitig, als technologische Anwendung der Wissenschaft realisiert wird, die sich primär auf die objektiv-gegenständliche Seite des Produktionsprozesses bezieht, während sie die subjektiv-lebendige Seite der Produktion - "die unmittelbare Arbeit herabsetzt zu einem bloßen Moment dieses Prozesses".⁶ Aus diesen Widersprüchen, die der Tendenz des Kapitals, der Produktion wissenschaftlichen Charakter zu geben, anhaften, ergeben sich einige wichtige Konsequenzen.

Die Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses ist stets mit einer fortschreitenden Spezialisierung und Kooperation verbunden. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion wird damit auf eine Weise verstärkt, die den Gegensatz zur privaten Aneignung ihrer Resultate im Kapitalismus extrem verschärft. Dieser Widerspruch äußert sich im Antagonismus von Arbeiterklasse und Kapital. Er tritt in den Klassenkämpfen zutage. Die Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Produktionspraxis, wie sie in der Entwicklung der Produktivkräfte bereits unter kapitalistischen Verhältnissen zur Geltung kommt, kann nicht allein auf diese Seite des gesellschaftlichen Produktionsprozesses beschränkt bleiben. Sie muß sich mit objektiver Notwendigkeit auch auf die Produktionsverhältnisse ausdehnen. Beide bilden in der Praxis der Menschen eine untrennbare Einheit. Karl Marx zog daraus in seiner Arbeit "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" die Schlußfolgerung, daß eine wirklich umfassende, nicht nur technologische Verwissenschaftlichung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses notwendig ist, die sich vor allem darin ausdrücken muß, daß die lebendige Arbeit selbst unmittelbar gesellschaftlichen und zugleich wissenschaftlichen Charakter annimmt.

Der Kapitalismus ist zur Lösung dieses Problems nicht in der Lage, weil er den Klassenantagonismus, der auf dem Privateigentum beruht, nicht aus der Welt schaffen kann. Wissenschaftlich bewußte Gestaltung der Produktionsverhältnisse ist dem Inhalt nach identisch mit der Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Der im staatsmonopolistischen

5 Derselbe, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 587.

6 Ebenda.

Kapitalismus immer deutlicher hervortretende Widerspruch zwischen der wachsenden Fähigkeit zur bewußten Ausnutzung der objektiven Gesetze und Kräfte der Natur und der gleichzeitig immer stärker hervortretenden Spontaneität des Wirkens der gesellschaftlichen Gesetze ist nichts anderes als eine Erscheinungsform des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Gesellschaft, bezogen auf das Verhältnis der Menschen zu den Gesetzen der Natur und der Gesellschaft.

In unserer Zeit hat sich dieser Widerspruch so weit zugespitzt, es wurden so gewaltige Naturkräfte freigesetzt, daß die Gefahr der Vernichtung eines großen Teils der Menschheit besteht, wenn es einer Minderheit ultrareaktionärer Imperialisten und Militaristen gelingt, diese Kräfte zu mißbrauchen. Mit vollem Recht sprechen die Autoren des Buches in diesem Zusammenhang von "Produktiv-Destruktiv-Kräften" (vgl. Seite 25).

Der erreichte Grad der Erkenntnis und der Ausnutzung der Naturkräfte, der sich sowohl in den gewaltigen Produktionsmitteln als auch in den immer furchtbarer werdenden Massenvernichtungsmitteln offenbart, setzt also selbst die objektive, gebieterische Notwendigkeit, die von der Menschheit entfesselten Naturkräfte der Verfügungsgewalt einer reaktionären Minderheit zu entreißen und sie unter die Kontrolle der friedliebenden Völker zu stellen. Nur dort, wo dies verwirklicht ist, kann die Freisetzung der Energie der Atomkerne und die Entwicklung und Vervollkommnung der Produktivkräfte überhaupt im vollen Sinne des Wortes als Ausdruck der Freiheit gegenüber der Natur, als Ausdruck der Beherrschung der Natur durch den Menschen gewertet werden. Freiheit gegenüber der Natur, Beherrschung der Natur durch den Menschen vermittelt der Einsicht in ihre objektiven Gesetze schließt sinngemäß auch die Schaffung zuverlässiger gesellschaftlicher Garantien dafür ein, daß die Naturkräfte der Weiterentwicklung und Vervollkommnung der Menschheit dienen - nicht aber ihrer Vernichtung.

Alle Versuche des Imperialismus, den Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion rationell, das heißt wissenschaftlich, zu gestalten, scheitern letztlich daran, daß diese Bestrebungen einem zutiefst irrationalen und inhumanen, den objektiven Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung absolut entgegenstehenden Ziel, nämlich der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, untergeordnet werden.

Die Errichtung des Sozialismus unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei ist die objektiv notwendige Lösung dieses Widerspruchs. Im Sozialismus erst wird die gesellschaftliche Praxis allseitig zur wissenschaftlichen Praxis, in der die Anwendung der Natur- und Gesellschaftswissenschaften zu einer Einheit verschmelzen und in der die Gesetze der Natur und vor allem die Gesetze der Gesellschaft bewußt ausgenutzt und verwirklicht werden.

Diese hier nur skizzenhaft angedeuteten Zusammenhänge und Konsequenzen dürften gewiß in dem hoffentlich bald folgenden zweiten Band der "Produktivkräfte in der Geschichte", der vor allem die Periode von der Industriellen Revolution bis zur wissenschaftlich-technischen Revolution der Gegenwart umfaßt, noch deutlicher hervortreten.

ÜBERLEGUNGEN ZUR MÖGLICHEN LEISTUNG BÜRGERLICHER GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTLER

Gedanken zu

Erich Gruner, Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage,
Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat

Francke Verlag Bern, Bern 1968, 1 136 Seiten, Preis: 95 Fr/DM

von Jürgen Kuczynski

Sehr oft und mit Recht immer wieder wird Lenins Bemerkung im "Empirio-kritizismus" zitiert: "Keinem einzigen dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik die wertvollsten Arbeiten liefern können, darf man auch nur ein einziges Wort glauben, sobald er auf Philosophie zu sprechen kommt. Warum? Aus dem nämlichen Grunde, aus welchem man keinem einzigen Professor der politischen Ökonomie, der imstande ist, auf dem Gebiet spezieller Tatsachenforschung die wertvollsten Arbeiten zu liefern, auch nur ein einziges Wort glauben darf, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt. Denn diese letztere ist eine ebenso parteiliche Wissenschaft in der modernen Gesellschaft wie die Erkenntnistheorie."¹

Die wenigsten aber ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß, wenn man so vielen bürgerlichen Professoren auch kein einziges Wort glauben darf, falls sie auf Philosophie zu sprechen kommen und falls sie eine allgemeine Theorie entwickeln, es sich doch durchaus lohnen kann, so wie es Lenin immer getan hat, ihre Bücher zu studieren und sehr ernst zu nehmen, wenn sie sich der speziellen Tatsachenforschung widmen, ein Arbeitsgebiet, auf dem sie die wertvollsten Arbeiten leisten können.

Ein solcher bürgerlicher Gelehrter ist Erich Gruner, der, wie der Verlag anzeigt, diesem so überaus umfangreichen Werke von über 1 000 Seiten ein zweites folgen lassen will, dessen Titel lautet: "Die Arbeiter in der Schweiz im Zeitalter des Klassenkampfes (1880-1920)".

"Zeitalter des Klassenkampfes (1880 - 1920)" - zehn Jahre nach der "Kommune" beginnt für Gruner das "Zeitalter des Klassenkampfes"! Und über den Klassenkampf hat Gruner uns mitzuteilen: "Der Gesichtspunkt des Klassenkampfes ist keineswegs eine ausschließliche Entdeckung von Marx. Wie neuerdings Armand Cuvillier nachgewiesen hat, entwickelt sich das Zweiklassenmodell bereits in der vormarxistischen sozialistischen Literatur so weit, daß Marx es nur zu übernehmen braucht. In England sieht z. B. Carlyle 1833 in seinem Roman 'Sartor Resartus' die englische Nation in zwei miteinander rivalisierende Klas-

1 Lenin, W. I., Materialismus und Empirio-kritizismus, in: Werke, Bd. 14, Berlin 1962, S. 34.

sen aufgespalten, die Dandies und die Knechte. Zwölf Jahre später vergleicht Disraeli die beiden Klassen in seinem Roman 'Sybil or the two nations' mit zwei einander feindselig gegenüberstehenden Nationen. Marx stützt sich übrigens auch auf bürgerliche Historiker wie Guizot und Augustin Thierry, die beide den Antagonismus zwischen verschiedenen sozialen Schichten als Klassenkonflikt erleben. Erst Lorenz von Stein entdeckt allerdings als Voraussetzung dieser Feindschaft das proletarische Klassenbewußtsein, d. h. die Tatsache, daß die Proletarier sich als selbstbewußtes, mit eigenem Willen begabtes Ganzes fühlen, als leidenden, vom Kapital ausgebeuteten Teil der Gesellschaft, der an die Mittel denkt, wie er sich aus dieser Lage befreien kann. Und so lernt auch Marx sehen, daß Klassenexistenz zum Klassenbewußtsein und damit zum Klassenkampf führt, eine Entdeckung, die freilich gleichzeitig auch Riehl macht, wenn er beobachtet, daß das Proletariaterelend erst dann politisch zu wirken beginnt, wenn es den Armen als aufreizend erscheint, d. h. wenn sie den Reichtum der Reichen als Provokation empfinden, weil er von ihrer Dürftigkeit genährt wird" (S. 893 f.).²

Also Armand Cuvillier mit seinem Artikel aus dem Jahre 1956 ist der "Nachweis" Gruners dafür, daß man schon vor Marx Klassen und Klassenkämpfe in der Geschichte gekannt hat! Gruner hätte es bequemer gehabt, bei Marx darüber nachzulesen - bei Marx hätte er übrigens auch nachlesen können, was er als seine eigene Leistung in diesem Zusammenhang ansah. In seinem bekannten Brief an Weydemeyer vom 5. März 1852 hatte Marx nämlich geschrieben: "Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."³

Man sieht, wie kindisch und ungebildet der Versuch von Gruner ist, uns erklären zu wollen, daß Marx den Klassenkampf nicht entdeckt hat. Kein Wort darf man Gruner glauben, wenn er uns über die Leistungen von Marx als "Philosophen des Klassenkampfes" informieren will.

Dagegen ist Gruner wirklich interessant und präsentiert uns wertvolles Material, wenn er auf die Streikgeschichte der Schweizer Arbeiterschaft zu sprechen kommt. Auf Seite 912 finden wir zum Beispiel eine Streiktabelle nach Berufen für die Zeit von 1800 bis 1880 - 1800 bis 1860 in Jahrzehnten zusammengefaßt und dann jährlich -, wie wir sie für Deutschland noch nicht besitzen; auf Seite 920 f. gliedert er die Streiks für die gleiche Zeit geographisch auf.

Begleitender Text kennzeichnet die politische Haltung Gruners, die das ganze Buch bewegt:

"Am Anfang der Arbeiterbewegung steht der wilde, leidenschaftliche Ausbruch wehrloser Menschen, die dem neuen Phänomen der Maschine hilflos gegenüberstehen: die Maschinenstürmerei, der Luddismus, die Hungerrevolte. Diese Empörungen besitzen für die Veranstalter kein anderes Ziel als das, die vermeintlichen Ursachen ihrer Leiden zu treffen. Der Spontanstreik, die erste und niederste Stufe der Streiks, entbehrt noch völlig der Organisa-

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

3 Marx/Engels, Werke, Bd. 28, Berlin 1963, S. 507 f.

tion, Dumpf ahnen die Arbeiter, welches Machtmittel ihnen mit dem Entzug der Arbeitskraft in die Hand gegeben ist. Erst allmählich lernen sie erkennen, daß sie es nur wirkungsvoll anwenden können, wenn sie dabei bewußt organisieren und planen.

Aufs Ganze gesehen, können die Streiks als innere Kämpfe im gesellschaftlichen Bereich eines Volkes eine ebenso große Bedeutung wie politische Auseinandersetzungen besitzen. Sie können das innere Leben einer Nation sogar stärker in Mitleidenschaft ziehen als haßerfüllte Wahlen und andere politische Zusammenstöße. Um so merkwürdiger berührt es, wenn die traditionelle Geschichtsschreibung von ihnen kaum Notiz nimmt. So wenig man aber eine Geschichte der Diplomatie verfassen kann, ohne gleichzeitig die Kriege zu berücksichtigen, so wenig dürfte man die inneren Verhältnisse eines Landes schildern, ohne die Arbeitskonflikte einzubeziehen" (S. 908 f.).

Hier spricht ein liberaler Bürger mit einem gewissen Verständnis für die Lage der Arbeiter, für ihre Gefühle und Haltung.

Als bürgerlicher echter Wissenschaftler verfügt Gruner über eine ausgedehnte Kenntnis der speziellen Tatsachenliteratur; er kennt gut die in der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlichten Schriften, gegen die er häufig polemisiert.

Viel wichtiger aber ist seine Kenntnis der zeitgenössischen Literatur, von der er reichen Gebrauch macht, ebenso von Archivmaterialien. Hier erfreut auch sein theoretisches Interesse - zum Unterschied von seiner philosophischen Haltung. So ist zum Beispiel der Abschnitt D des ersten Teils wie folgt gegliedert:

"Die Entdeckung des schweizerischen Industrieproletariats	S. 162
I. Die Etappenfolge der Diskussion	S. 163
1. Die erste Etappe (bis 1840): im Zeichen der Kinderarbeit und Schulfrage	S. 163
2. Die zweite Etappe (1840 - 55): unter dem Vorzeichen der Theorie	S. 164
3. Die dritte Etappe (1855 - 77): Vorbereitung der Fabrikgesetzgebung	S. 167
II. Die Parteien und ihre Standorte	S. 172
1. Die Konservativen	S. 172
2. Die Radikalen	S. 177
3. Die Liberalen	S. 178
III. Die Besonderheiten des schweizerischen Industrieproletariats in der Sicht der Sozialkritik	S. 182"

Auf diesen Seiten wird eine Fülle von Frühschriften zur Arbeiterfrage zitiert, deren Problematik natürlich identisch ist mit den entsprechenden bekannteren in England, Deutschland und Frankreich, jedoch oft eine interessante Nuancierung für die Schweizer Verhältnisse erfahren hat.

Bedenken wir weiter, welche Rolle die Schweiz als Asyl für Emigranten aus Deutschland und Frankreich in der Frühzeit der kontinental-europäischen Arbeiterbewegung gespielt hat, dann gewinnt die eingehende Untersuchung von Gruner noch weit über den Rahmen der Schweiz hinausgehendes allgemeines Interesse. Ja, Gruner geht, und mit Recht, so weit, den dritten Teil, "Die ältesten Organisationsformen der Arbeiter in der Schweiz", mit einem "Die ausländischen Arbeiter als Pioniere der schweizerischen Arbeiterbewegung" betitelten Abschnitt zu beginnen. Dieser Abschnitt ist so gegliedert:

"Die ausländischen Arbeiter als Pioniere der schweizerischen Arbeiterbewegung	S. 282
I. Die deutsche Arbeiterbewegung in der Schweiz von 1830 bis 1860	S. 282
1. Im Zeichen des 'Jungen Deutschland'	S. 283
2. Die deutschen Handwerkervereine am Kreuzweg von Demokratie und Kommunismus	S. 288
3. Der Aufschwung der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz während der deutschen Revolution	S. 300
a) Deutsches Freischärlertum im Jahre 1848/49	S. 301
b) Aufstieg und Zerfall der ersten Zentralorganisation der Arbeitervereine in der Schweiz 1848/49	S. 312
c) die Ära Liebknecht	S. 322
d) Der 'Bund der Kommunisten' in der Schweiz	S. 328
e) Der 'Revolutionstag von Murten', Legende und Wirklichkeit	S. 337
II. Die französischen Flüchtlinge	S. 341
III. Die Vereine als Hilfsmittel gesellschaftlicher und politischer Integration	S. 349
IV. Soziales Selbstverständnis und soziale Spannungen in den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz	S. 359
V. Die ideellen Aspekte der ersten deutschen Arbeiterbewegung in der Schweiz	S. 377
VI. Das Echo der Schweiz auf die sozialrevolutionären Bestrebungen von Flüchtlingen 1848 - 1852	S. 387
VII. Ausklang und Übergang	S. 397"

115 Seiten über diese Thematik! Typisch für Gruner ist die Behandlung Liebknechts und der seiner Ausweisung unmittelbar folgenden Zeit. Mit Sympathie schildert er zunächst Liebknechts Aktivität: "Sein keckes Vorgehen verrät, daß Liebknecht sich weder durch die restriktive Flüchtlingspolitik des Bundesrates noch durch die verschiedenen Niederlagen der revolutionären Gruppen in Deutschland einschüchtern läßt. Er lebt im festen Glauben, eine neue, und dieses Mal sicher erfolgreiche Erhebung stehe im Bereich des Möglichen, und die Deutschen in der Schweiz müßten sich beizeiten darauf einstellen. 'Wir müssen unsern Feinden zeigen', so bemerkt er in einem Zirkular vom 11. September 1849, 'daß das Unglück uns nicht gebeugt, sondern im Gegenteil zu stärkerem Widerstande und zu vergrößerten Anstrengungen angespornt hat'" (S. 324).

Nach dem "Revolutionstag von Murten" werden laut Bundesratsbeschluß vom 22. März 1850 die Mitglieder der meisten deutschen Arbeitervereine aus der Schweiz ausgewiesen. Dazu gibt Gruner die folgende Fußnote:

"Ausgewiesene Vereine

Genf	89	Pruntrut	12
Lausanne	30	St. Immer	?
Vevey	6	Burgdorf	15
La Chaux-de-Fonds	112	Thun	14
Le Locle	40	Basel	62
Fleurier	11	Zürich ca.	50
Freiburg	12	Winterthur ca.	40
Bern	35	Schaffhausen ca.	30

558

Nicht ausgewiesene Vereine

Aarau	40
Luzern	30
Glarus	18
Chur	101
Herisau	25
	<u>214</u>

Total 772 Vereinsmitglieder

Die Zusammenstellung bei Balsler, Sozial-Demokratie⁺, Seite 266 und Seite 640, ist unrichtig. Erstens fehlt Luzern mit 30 Mitgliedern. Zweitens werden La Chaux-de-Fonds, Fleurier und Le Locle zu den nicht ausgewiesenen Vereinen gezählt. Das stimmt nur insofern, als Neuenburg mit der Ausweisung zögerte und das Recht erhielt, einige Arbeiter hier zu belassen. Mit dem gleichen Recht müßte man dann aber auch die Genfer als Nichtausgewiesene zählen, weil die Genfer Regierung den Beschluß ebenfalls nicht ausführt" (S. 327).

Eine Freude all das!

Gruner hat mit größter Akribie und dem heißen Wunsch zur genauesten Tatsachenfeststellung geforscht. Er hat gegenüber der vorangehenden Forschung einen neuen ausgewiesenen Verein entdeckt - und wenn man bedenkt, was solche Ausweisung für die Betroffenen bedeutete, dann hat er ein neues kleines Zentrum politischen Widerstandes, persönlicher Not und Emigrantenschicksals gefunden, wofür wir ihm danken.

Wie freundlich lächeln wir auch über den verachtenden Zorn, den Gruner über die Auslassung von drei anderen Vereinen in der Veröffentlichung eines früheren Forschers empfindet, weil nicht alle ihre Vereinsmitglieder ausgewiesen worden seien.

Wie hätte Lenin solche Tatsachenforschung mit Genugtuung vermerkt!

Aber nach dieser Leistung in der Tatsachenforschung meldet sich der Weltanschauer Gruner und macht folgende Ausführungen:

"Doch nun wird mit den Verhaftungen und Ausweisungen nach dem 'Revolutionstag von Murtten' im Februar 1850 den Bundesgemeinden ein schwerer Schlag versetzt. Ist dies nun nicht eine Gelegenheit für Marx, durch geeignete Sendboten das schweizerische Terrain für sich zu erobern? Wie aus der zweiten 'Ansprache' der Londoner Zentralbehörde vom Juni 1850 ersichtlich ist, sieht sich Marx indessen unerwartet einer neuen, gegnerischen Organisation in der Schweiz gegenübergestellt, die seinen Missionären mit Skepsis gegenübertritt. Sie nennt sich 'Revolutionäre Zentralisation' und steht nicht nur mit den von der Ausweisung nicht betroffenen Bundesgemeinden von La Chaux-de-Fonds und Le Locle in Kontakt, sondern auch mit der marxfeindlichen deutschen Emigration in London ... Darum sieht sich Marx genötigt, seine Sendboten Wilhelm Wolff, der als Flüchtling in der Schweiz lebt, und Ernst Dronke, den er als Emissär eigens in die Schweiz schickt, zu intensiver Tätigkeit anzuspornen. So beginnt im Sommer der Wettlauf der Marx- und Willich-Anhänger um die schweizerischen Bundesgemeinden.

Der effektive Ablauf des Zweikampfes zwischen Marxens Sendboten und der Willich-Gruppe innerhalb der 'Revolutionären Zentralisation' ist nicht leicht zu rekonstruieren, da wir nur

+ Balsler, Frolinde, Sozial-Demokratie 1848/49 - 1863, Stuttgart 1962 - J. K.

über die bewußt einseitige Schilderung von kommunistischer Seite verfügen und da alle seit-herigen Darstellungen bis zu Dlubek der parteimäßig konzipierten Version Marxens folgen. Nach Marx hätte die 'Revolutionäre Zentralisation' in Form eines Kartellvertrags um Auf-nahme in den 'Kommunistenbund' nachgesucht, in der geheimen Absicht, ihn zu unterwan-dern. Aus der Korrespondenz der Marxschen Emissäre wissen wir aber, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Diese wollen sich die 'Revolutionäre Zentralisation' dienstbar ma-chen, scheitern aber daran, daß sich die potentiellen Bundesgenossen weigern, das verlang-te Credó auf den kommunistischen Glauben abzulegen und sich Marx bedingungslos zu unter-werfen" (S. 332 ff.).

Der letzte Absatz ist genau in der Sprache des modernen Antikommunismus verfaßt. Gru-ner würde das bestreiten und hält sich natürlich für "objektiv, über den Parteien stehend", während er in der primitivsten Weise gegen den Kommunismus Stellung nimmt. Die Idee ei-nes "Credo auf den kommunistischen Glauben" ist absurd an sich in einer Zeit, in der sich hundert verschiedene kleinbürgerliche Sekten in aller Welt für "kommunistisch" hielten und sich auch so nannten; dazu die weitere Absurdität, daß Marx ein Credo auf einen Glauben (!) und "bedingungslose Unterwerfung" (unter ihn persönlich?) gefordert hätte; dazu die Diskre-ditierung von Historikern der DDR, da sie einer "parteimäßig konzipierten Version Marxens folgen" - wobei man noch nicht einmal versteht, ob Marx eine "parteimäßig konzipierte Ver-sion" hatte, oder ob die Sozialistische Einheitspartei eine solche Version von Marx hat.

Man kann verstehen, wenn jemand nach der Lektüre solcher Sätze das Buch achselzuckend beiseite legt. Aber so etwas verstehen, heißt keineswegs es billigen. Denn eine Durcharbei-tung des Buches von Gruner ist für jeden Wirtschaftshistoriker, Historiker, Theorieinteres-sierten an Problemen der Lage der Arbeiter von wirklichem Nutzen.

DER PREUSSISCHE WEG DER LANDWIRTSCHAFT UND
NEUERE WESTDEUTSCHE FORSCHUNGEN

Betrachtungen und Gedanken zu

Friedrich-Wilhelm Henning, Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, hg. von Wilhelm Abel und Günther Franz, Bd. 21

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1969, 182 Seiten mit 51 Abbildungen und 29 Tabellen, Preis: 54 DM

Friedrich-Wilhelm Henning, Bauernwirtschaft und Bauerneinkommen in Ostpreußen im 18. Jahrhundert = Beiheft zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr., Heft 30

Holzner-Verlag, Würzburg 1969, XV/244 Seiten, Preis: 27 DM

Karl Brase, Der Einfluß der Bauernbefreiung auf die Belastung der Scharwerksbauern in Ostpreußen, wirtschaftswissenschaftliche Dissertation

Göttingen 1967, 168 Seiten

Harald Winkel, Die Ablöskapitalien aus der Bauernbefreiung in West- und Süddeutschland. Höhe und Verwendung bei Standes- und Grundherren = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, hg. von Wilhelm Abel und Günther Franz, Bd. 19

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1968, XI/176 Seiten, Preis: 38 DM

von Rudolf Berthold/Hartmut Harnisch/Hans-Heinrich Müller

Das Jahr 1970 steht im Zeichen Lenins. Die internationale Arbeiterklasse und die gesamte fortschrittliche Welt gedachte und gedenkt seines hundertsten Geburtstages.

Lenin war nicht nur Staatsmann, Politiker, Revolutionär, er war auch Philosoph, Politökonom, Historiker und Wirtschaftshistoriker. Er verkörperte die vollkommene Synthese zwischen Theorie und Praxis - er war ein einzigartiger Gesellschaftswissenschaftler.

Und der marxistische Gesellschaftswissenschaftler von heute, wenn er wirtschaftshistorisch gebildet ist, seine Interessen vor allem auf dem Gebiet der Agrargeschichte liegen und er nicht zuletzt der Entwicklung des preußischen Weges seine Aufmerksamkeit schenkt, ist immer wieder beeindruckt von der Arbeit über "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland", die Lenin im Gefängnis zu schreiben begann und in der sibirischen Verbannung 1899 vollendete.

Bekanntlich hatte Marx beabsichtigt, eine Reihe wichtiger Fragen des dritten Bandes des "Kapitals" nicht nur auf der Grundlage englischer, sondern auch russischer Materialien zu behandeln. Die Ausführung des Vorhabens unterblieb jedoch.¹ Lenin knüpfte an das Werk

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 14.

von Marx an und führte es in dessen Sinne fort. Er erfüllte damit jene theoretische Aufgabe, die vom Standpunkt des revolutionären Kampfes eine besonders wichtige und aktuelle Bedeutung besaß, und zwar Fragen zu beantworten, die das Proletariat stellte: Ein "in sich geschlossenes Bild unserer Wirklichkeit als eines bestimmten Systems von Produktionsverhältnissen [zu] geben, die Notwendigkeit der Exploitation und Expropriation der Werktätigen unter diesem System [zu] zeigen, ... den Ausweg aus diesen Zuständen [zu] zeigen, auf den die wirtschaftliche Entwicklung hinweist."²

Die Grundfrage, die im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des gesellschaftlichen Denkens jener Zeit in Rußland stand, war die Frage des "Schicksals des Kapitalismus in Rußland", von deren richtiger Einschätzung "die Entscheidung über die wichtigsten programmatischen Grundsätze" abhing.³ Unter diesem Aspekt studierte Lenin mit größter wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit unter den schwierigen Bedingungen von Gefängnis und Verbannung fast die gesamte Literatur über die wirtschaftliche und soziale Lage Rußlands und analysierte anhand des überlieferten reichhaltigen Tatsachenmaterials die russische ökonomische Wirklichkeit und die Tendenzen des Weltkapitalismus, die Veränderungen in der Klassenstruktur der Gesellschaft, wie sie sich nach der Reform von 1861 herausgebildet hatten, und das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Bauernschaft.

Zunächst enthüllte Lenin die Haltlosigkeit der theoretischen Ansichten der einstmaligen progressiven Volkstümpler - die jede Möglichkeit einer kapitalistischen Entwicklung aufgrund der besonderen Umstände in Rußland ausschlossen - in der Frage der Märkte und gab einen gedrängten, methodisch meisterhaften Abriss der marxistischen Theorie der Reproduktion. Dann ging Lenin zum zentralen Punkt der Untersuchung, zur Bauernschaft, über und bewies unwiderlegbar die Entwicklung des Kapitalismus in der bäuerlichen Dorfgemeinschaft.

Eines der grundlegenden Probleme, die sich aus der Untersuchung des Kapitalismus in Rußland ergaben, war das Problem der Differenzierung der Bauernschaft. Dieses Problem stand in ursächlichem Zusammenhang mit der Bildung des inneren Marktes für die kapitalistische Industrie sowie mit der sozialökonomischen Lage der Bauernschaft und ihrer näheren Bestimmung in der revolutionären Bewegung.

Das Problem der Differenzierung war zu jener Zeit keineswegs neu. Lenin schrieb am Anfang des zweiten Kapitels seiner Untersuchung, daß "fast jede Schrift über die ökonomische Lage der russischen Bauern in der Epoche nach der Reform ... von der sogenannten 'Differenzierung' der Bauernschaft" spricht.⁴ Aber niemals vor Lenin wurde diese Erscheinung so tiefgründig und methodisch so mustergültig untersucht, und auch heute noch gewinnt jede agrar- und wirtschaftshistorische Forschung, wenn sie Lenins methodologische Behandlung der Differenzierung der Klassen und Schichten der Gesellschaft zum Vorbild nimmt. Lenin untersuchte sie aufgrund der Analyse eines außerordentlich umfangreichen statistischen Materials, das er den Semstwo-Statistiken über die Hofzählung in 7 Gouvernements und 21 Kreisen entnahm. Die Auswertung dieser Angaben war nicht nur eine gewaltige Arbeitsleistung, sondern sie zeigte auch Lenins Fähigkeit, aus trockenen Zahlen auf die sozialökonomischen Prozesse und Tendenzen der Entwicklung in der Landwirtschaft zu schließen. Die statistischen Arbeiten Lenins sind ein Musterbeispiel, wie auch aus mangelhaften

2 Lenin, W. I., Was sind die "Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 300.

3 Ebenda, S. 267.

4 Derselbe, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1956, S. 59.

und einseitig angelegten Zählungen bedeutsame Rückschlüsse auf sozialökonomische Entwicklungsgesetze gewonnen werden können. Das durchgängige Verfahren der Semstwo-Statistiker, die unter dem Einfluß der liberalen Volkstümpler standen, war die Aufstellung von Durchschnittsangaben, eine Methode, die geeignet war, den Differenzierungsprozeß zu verschleiern. Lenin kritisierte dieses Verfahren schärfstens, als er schrieb: "Bei Gruppierung nach dem Anteil land werfen wir den Armen, der Boden verpachtet, und den Reichen, der Boden pachtet oder kauft, zusammen; - den Armen, der den Boden aufgibt, und den Reichen, der Land 'sammelt'; - den Armen, der seine überaus dürftige Wirtschaft mit armseligem Viehbestand betreibt, und den Reichen, der viel Vieh besitzt, den Boden düngt, Verbesserungen einführt usw. usf. Mit anderen Worten, wir werfen das Dorfproletariat mit der Dorfbourgeoisie zusammen. Durch solche Addition gewonnene 'Durchschnittsgrößen' vertuschen die Auflösung und sind deshalb rein fiktiv."⁵

Und Lenin wies nach, daß die Auswertung der Statistik nach Größen und Typen der Wirtschaften erfolgen muß, wobei die Merkmale der unterschiedlichen Wirtschaftstypen nicht für alle Gebiete gleichermaßen zutreffend sind, sondern sich je nach den regionalen Bedingungen und Formen der Landwirtschaft ändern. Bei extensivem Getreidebau gruppierte er die Angaben nach Aussaatfläche und Viehbestand, bei intensiverer Landwirtschaft nach der Aussaat von technischen Kulturen, nach Hackfrüchten, Futterkräutern, Milchwirtschaft, Gemüsebau und nach der Ausstattung mit Inventar. Ebenso wurde das Handwerk berücksichtigt und mit den Angaben der verschiedenen Wirtschaftstypen kombiniert. Auf diese Weise wertete Lenin 558 570 Bauernwirtschaften mit einer Bevölkerungszahl von rund 3 525 000 Personen aus. Indem Lenin die überlieferten Zahlen nach sozialökonomischen Gesichtspunkten umgruppierte, sie nach vierzehn charakteristischen Merkmalen ordnete, gelang es ihm, ein klares und überzeugendes Bild von der kapitalistischen Entwicklung im russischen Dorf zu erhalten. Zusätzlich bearbeitete er auch noch die Angaben von 66 Bauernhaushalten und der zu militärischen Zwecken vorgenommenen Pferdezahl. Er leitete daraus aufschlußreiche Ergebnisse über die Verteilung des Arbeitsviehs auf die Bauernwirtschaften ab. Nach sorgfältiger Prüfung der gesammelten Agrardaten konnte dann Lenin folgerichtig feststellen: "Es gibt in der Bauernschaft keine einzige wirtschaftliche Erscheinung, die nicht diese der kapitalistischen Ordnung eigentümliche, widerspruchsvolle Form aufwiese, d. h., die nicht Kampf und Widerstreit der Interessen zeigte, nicht Vorteil für die einen und Nachteil für die anderen bedeutete."⁶

Der Differenzierungsprozeß der Bauernschaft, also ihre Zersetzung, vollzog sich auf Kosten der mittleren Bauernschaft und hatte zwei Typen der Landbevölkerung, deren gemeinsames Kennzeichen der Warencharakter ihrer Wirtschaften ist, hervorgebracht: die Dorfbourgeoisie, deren Anteil kaum ein Fünftel der Bauernschaft ausmachte, aber: "sie ist die Herrin des heutigen Dorfs"⁷, und das Landproletariat, die Klasse der Lohnarbeiter mit Landanteil, zu der auch die besitzlose Bauernschaft gehört. Zugleich untersuchte Lenin auch das Eindringen des Kapitalismus in die Gutsbesitzerwirtschaft, wobei er feststellte, daß die Differenzierung der Bauernschaft und die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande durch das der russischen Landwirtschaft so eigentümliche System der Abarbeit, der Bearbeitung des Gutsbesitzerlandes mit Hilfe des Inventars der umwohnenden Bauern, verlangsamt und aufgehalten wurde, daß also Überreste der feudalen Fronhofswirtschaft der kapitalistischen Entwicklung ernsthaft im Wege standen.

Lenins Analyse des Kapitalismus in Rußland diente als Grundlage für die wichtige Begründung der These über den Doppelcharakter des Bauern und über das Bündnis des Proletariats

5 Ebenda, S. 93.

6 Ebenda, S. 167.

7 Ebenda, S. 172.

mit der Bauernschaft unter der Führung der Arbeiterklasse. Diese These war von eminenter Bedeutung für den Verlauf der bürgerlich-demokratischen und der sozialistischen Revolution. Denn im Vorwort zur zweiten Auflage des grundlegenden und für die Wirtschaftsgeschichte so richtungweisenden Werkes "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" zeigte Lenin die ökonomischen Grundlagen über die zwei Entwicklungswege des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf: "Auf der gegebenen ökonomischen Grundlage der russischen Revolution sind objektiv zwei Grundlinien ihrer Entwicklung und ihres Ausgangs möglich: Entweder bleibt die alte, durch tausend Fäden mit der Leibeigenschaft verknüpfte gutsherrliche Wirtschaft erhalten und wird allmählich zu einer rein kapitalistischen, 'junckerlichen' Wirtschaft. Die Grundlage für den endgültigen Übergang von der Abarbeit zum Kapitalismus bildet dann die innere Umbildung der fronherrlichen Gutswirtschaft. Die ganze Agrarverfassung des Staates wird kapitalistisch, behält aber noch lange Zeit fronherrliche Züge. Oder aber die Revolution zerbricht die alte gutsherrliche Wirtschaft, vernichtet alle Überreste der Leibeigenschaft und vor allem den Großgrundbesitz. Die Grundlage für den endgültigen Übergang vom System der Abarbeit zum Kapitalismus bildet dann die freie Entwicklung des bäuerlichen Kleinbetriebs, der durch die Expropriation der gutsherrlichen Ländereien zugunsten der Bauernschaft einen gewaltigen Impuls erhält. Die ganze Agrarverfassung wird kapitalistisch, denn die Auflösung der Bauernschaft wird um so schneller voranschreiten, je vollständiger die Reste der Leibeigenschaft beseitigt sein werden."⁸

Lenin hat einige Jahre später in seinem berühmten Buch "Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907", das das Kampfprogramm des russischen Proletariats und dessen Bündnispolitik gegenüber der Bauernschaft auf der Grundlage der ausgezeichneten Analyse der russischen Ökonomik konkretisierte, den einen dieser beiden Entwicklungswege als den preußischen, den anderen als den amerikanischen Weg bezeichnet, womit er zugleich eine noch prägnantere Charakterisierung verband: "Ich würde diese zwei Wege objektiv möglicher bürgerlicher Entwicklung als den preußischen und den amerikanischen Weg bezeichnen. Im ersten Fall wächst die fronherrliche Gutsbesitzerwirtschaft langsam in eine bürgerliche, in eine Junkerwirtschaft hinüber, wobei die Bauern unter Herausbildung einer kleinen Minderheit von Großbauern zu Jahrzehnten qualvollster Expropriation und Knechtschaft verurteilt werden. Im zweiten Fall gibt es keine Gutsherrenwirtschaft, oder aber sie wird von der Revolution zerschlagen, die die feudalen Güter konfisziert und aufteilt. In diesem Falle prädominiert der Bauer, er wird zur ausschließlichen Triebkraft der Landwirtschaft und evolutioniert zum kapitalistischen Farmer. Hauptinhalt der Evolution im ersten Falle ist das Hinüberwachsen der Fronherrschaft in Schuldknechtschaft und kapitalistische Ausbeutung auf dem Grund und Boden der Feudalherren, der Gutsherren, der Junker. Im zweiten Fall ist der ausschlaggebende Hintergrund das Hinüberwachsen des patriarchalischen Bauern in den bürgerlichen Farmer."⁹

Diese klassisch gewordene Definition ist in der marxistischen Geschichtswissenschaft eines der wesentlichsten Kriterien zur Beurteilung und Einschätzung des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus. Für Lenin stand im Hinblick auf die kommende Revolution die äußerst wichtige Differenzierung der Bauernschaft im Vordergrund. Inzwischen ist in den sozialistischen Ländern im Interesse der sozialistischen Revolution die Bodenreform zugunsten der Bauernschaft unwiderruflich entschieden worden. Dies führte dazu, daß sich die marxistische agrarökonomische Forschung hauptsächlich auf die Fragen der Ablösung und ihrer Auswirkungen unter Hintansetzung des Differenzierungsprozesses konzentrierte.¹⁰

⁸ Ebenda, S. 18 f.

⁹ Derselbe, Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Werke, Bd. 13, Berlin 1963, S. 236.

¹⁰ Vgl. neuerdings Sojta, Jan, Die Bauern der Lausitz. Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus, Bautzen 1968 = Schriftenreihe des

In jüngster Zeit hat die marxistische Agrargeschichtsforschung einige bedeutsame Arbeiten vorgelegt, die unsere Kenntnisse über die Geschichte des preußischen Weges in der Landwirtschaft wesentlich bereichern.¹¹ Drückt sich die frühere Forschung in einer gewissen schematischen Betrachtungsweise aus, indem sie die Mannigfaltigkeit der sozialökonomischen Erscheinungen beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus einem der zwei möglichen Entwicklungswege unterordnete - obgleich die Vereinfachung in den Jahren unmittelbar nach 1945 durchaus zum besseren Verständnis der Grundproblematik beitrug -, so hat die neuere Forschung diese Kinderkrankheiten erfreulicherweise überwunden. Sie bietet jetzt ein vielfältiges, sehr differenziertes Bild vom preußischen Weg der Landwirtschaft, wobei sie nach wie vor von den von Lenin herausgearbeiteten Grundtendenzen ausgeht. Letztere Feststellung besagt, daß der preußische Weg der Landwirtschaft natürlich bei aller Differenzierung, die sich aus der konkreten, quellenorientierten Forschung ergibt, immer Gemeinsames und Verbindendes aufweisen wird.

Heitz hat in seinem literaturkritischen Beitrag "Varianten des preußischen Weges"¹² die wichtigsten Ergebnisse der Arbeiten von Gross, Harnisch, Moll wie auch von Bleiber zusammengefaßt, weiterführende Gedanken entwickelt und entsprechend Verallgemeinerungen vorgenommen. Wir können heute eine Fülle von Übergangserscheinungen feststellen, Elemente des amerikanischen im preußischen Weg erkennen wie auch umgekehrt und selbst innerhalb einer ostelbischen Provinz die verschiedenen Varianten des preußischen Weges nachweisen. Lenins Feststellung, daß "natürlich unendlich verschiedenartige Kombinationen aus den Elementen einer kapitalistischen Entwicklung des einen oder des anderen Typus" möglich sind¹³, wurde mit den vorliegenden Untersuchungen vollauf bestätigt.

In letzter Zeit sind auch in Westdeutschland einige Arbeiten erschienen, die Aufmerksamkeit beanspruchen und mit denen wir uns auf den nächsten Seiten etwas näher beschäftigen wollen. Es sind Arbeiten mit verschiedenartigen Untersuchungsgegenständen, doch alle haben für die Geschichte des preußischen Weges in der Landwirtschaft einige Bedeutung. Sie vermitteln neue Erkenntnisse, verdeutlichen regionale Besonderheiten, bereichern die Materialbasis für die Einschätzung der Vorgeschichte der kapitalistischen Bauernbefreiung

Institut für Sorbische Volksforschung in Bautzen, Bd. 36. - Eine ausführliche Besprechung erfolgt in einem der nächsten Bände des Jahrbuchs.

- 11 Vgl. Gross, Reiner, Die bürgerliche Agrarreform in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Untersuchung zum Problem des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus in der Landwirtschaft, Weimar 1968; Harnisch, Hartmut, Die Herrschaft Boitzenburg. Untersuchung zur Entwicklung der sozialökonomischen Struktur ländlicher Gebiete in der Mark Brandenburg vom 14. bis zum 19. Jahrhundert, Weimar 1968 = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 6; Moll, Georg, Die kapitalistische Bauernbefreiung im Klosteramt Dobbertin (Mecklenburg). Zum "Preußischen Weg" der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, Rostock 1968 = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Schwerin, Bd. 6; Bleiber, Helmut, Zwischen Reform und Revolution. Lage und Kämpfe der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Vormärz 1840 - 1847, Berlin 1966 = Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Bd. 9.
- 12 Heitz, Gerhard, Varianten des preußischen Weges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 3, S. 99 ff.; siehe auch Wiatrowski, Leszek, Zur Entwicklung des schlesischen Dorfes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: ebenda 1970, T. 2, S. 253 - 268, und Michalkiewicz, Stanislaw, Bemerkungen zur Lage und zum antifeudalen Kampf der Bauern und Landarbeiter in Schlesien in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in: ebenda 1970, T. 2, S. 269 - 272.
- 13 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, a. a. O., S. 19.

und der verschiedenen Varianten des preußischen Weges. Sie sind auch methodisch von Interesse. Doch um es vorwegzunehmen: Sie weisen auch nicht unerhebliche Schwächen auf, die sich vor allem im Nichterkennen gesellschaftlicher Zusammenhänge und Erscheinungen widerspiegeln. Man wendet beispielsweise mit Erfolg quantifizierende Methoden an, ohne jedoch die Dialektik des historischen Prozesses dabei zu berücksichtigen. Man untersucht das quantifizierte Verhältnis von bäuerlichem Einkommen und Belastung, also den wirtschaftlichen Grad der Ausbeutung, aber das qualitative Verhältnis der Ausbeutung, die feudalen Produktionsverhältnisse und die Rolle des Klassenkampfes bleiben fast gänzlich außerhalb der Betrachtung. Aber alle Arbeiten machen zugleich deutlich - ob es den Autoren bewußt ist oder nicht -, daß die Untersuchungen Lenins über den preußischen Weg heute aktueller sind denn je, daß seine Kriterien die Maßstäbe bilden, an denen wir alle diesbezüglichen Arbeiten zu messen haben.

Auf die Mängel und Inkonsistenzen der zu besprechenden Arbeiten kommen wir noch zurück. Dabei werden wir nicht nur versuchen, die Grenzen bürgerlicher Betrachtungsweisen aufzuzeigen, sondern auch gewisse inhaltliche Probleme sichtbar zu machen, um auf diese Weise die von Heitz in seinem erwähnten Beitrag begonnene Diskussion über die Varianten des preußischen Weges fortzuführen.

Feudale Ausbeutung und Bauerneinkommen im Jahrhundert vor der kapitalistischen Bauernbefreiung

Wenden wir uns zunächst den Arbeiten von Henning zu. Hennings Untersuchungsgegenstand ist zwar die bäuerliche Wirtschaft in der Zeit des 18. Jahrhunderts, doch es gehört heute mittlerweile zu den Selbstverständlichkeiten der agrar- und wirtschaftshistorischen Forschung, daß die Einschätzung des preußischen Weges, der Art und Weise der Durchführung der Agrarreformen, ohne ausreichende Kenntnis der vorkapitalistischen Struktur, ohne Kenntnis der Art und Weise des feudalen Rentenbezuges, ohne Kenntnis der feudalen bäuerlichen Wirklichkeit unmöglich ist, ein Zusammenhang, auf den auch Lenin in seiner "Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" stets aufmerksam gemacht hat.

Zunächst erscheint es uns nützlich, ehe wir unmittelbar auf Henning eingehen, einige historiographische Aspekte zu beleuchten.

Unter dem für seine historiographische Stellung und seine sozialpolitischen Ansichten überaus kennzeichnenden Titel "Der Kampf des preußischen Königtums um die Erhaltung des Bauernstandes" veröffentlichte Gustav Schmoller 1888 in seinem Jahrbuch eine ausführliche Besprechung zu Georg Friedrich Knapps gerade erschienenem agrarhistorischem Standardwerk "Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens". Er schreibt darin: "Der Verfasser läßt alles beiseite, was nicht sozialpolitisch ist: das Verhältnis zwischen der Gutsherrschaft und den Bauern interessiert allein; so streng er vermeidet, Partei zu ergreifen, so sehr will er nur Eines erzählen, die Senkung oder Hebung der bäuerlichen Lage. In dieser strengen Isolierung liegt die Stärke seiner Art zu schildern, aber auch eine große Einseitigkeit; mitwirkende Umstände staatlicher, technischer, militärischer Art kommen nicht zur Geltung. Ob zu einer Zeit hohe oder niedrige Preise, günstige Konjunkturen für den Landmann oder landwirtschaftliche Not den Gutsherren oder Bauern begünstigt oder geschädigt, wird nicht erwähnt."¹⁴ Schmoller vermifft demnach eine Einbeziehung der Entwicklung der Produktivkräfte, der Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes, die Frage der Marktbeziehungen, kurzum, die ökonomische Seite der Agrargeschichte.

¹⁴ Schmollers Jahrbuch, Bd. 12, 1888, S. 646.

Für das Haupt der jüngeren historischen Schule der deutschen Nationalökonomie, der das Wirtschaftsleben hauptsächlich durch die Anwendung ethischer Prinzipien seitens der Unternehmer geregelt sehen wollte, war dieser Hinweis recht bemerkenswert. Bekanntlich entstanden dann in der Nachfolge Knapps eine ganze Reihe von Untersuchungen über die "gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse" in den verschiedenen mitteleuropäischen Territorien.¹⁵ Die "Agrarverfassungsgeschichte" wurde damit fast ausschließlich zum Inhalt der Agrargeschichte schlechthin. So urteilte 1908 Karl Grünberg, einer der Schüler Knapps: "Unter dieser (der Agrargeschichte - die Verf.) verstehen wir die Geschichte des Bodens und der Menschen, die ihn besitzen und bebauen. Von vornherein scheiden also aus unserer Betrachtung die Geschichte des landwirtschaftlichen Betriebes und der Betriebslehre aus." Und weiterhin schreibt er: "Uns interessiert vielmehr hier lediglich die Geschichte der ländlichen Verfassung; d. h. einerseits der technischen Einteilung der Ackerflur: der Flurverfassung, und andererseits der Rechte der Landbesitzer und Behauer an dem Boden und aneinander: der Rechtsordnung des Grundbesitzes und der ländlichen Arbeitsverfassung."¹⁶

Die auf Knapp zurückgehende Richtung, in der Agrarverfassungsgeschichte den eigentlichen Kern der Agrargeschichte überhaupt zu sehen, hat sich seit etwa 1890 in der deutschen wirtschaftsgeschichtlichen Forschung weitgehend durchgesetzt. Ohne Frage ist die Bedeutung, die diese Richtung in der deutschen Agrargeschichtsforschung schließlich einnehmen konnte, auf das engste mit der Vorherrschaft der jüngeren historischen Schule verknüpft, die trotz aller Angriffe der österreichischen Schule vor 1914 an den reichsdeutschen Universitäten dominierte und der sich auch Knapp zurechnete.¹⁷ Die von Johannes Conrad in seinem Staatswissenschaftlichen Seminar an der Universität Halle gepflegte, vor allem agrarwirtschaftlich und -statistisch orientierte Richtung trat demgegenüber in den Hintergrund. Dem zweifellos subjektiv ehrlichen Glauben vieler Anhänger der jüngeren historischen Schule, die Härten und Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems durch Appelle an das sittliche Verantwortungsbewußtsein der Unternehmer mildern zu können und damit für die Arbeiter erträglicher zu machen sowie die kapitalistische Ausbeutung durch Gesetze, durch "Arbeitsvertragsrechte" (Lujo Brentano) in Grenzen zu halten, entsprach in der agraren Forschung der Glaube an die Wirksamkeit landesfürstlicher Erlasse und Verordnungen, kurz, der juristischen Fixierungen der Herrschafts- und Untertänigkeitsverhältnisse in der feudalen Agrargesellschaft. Eine Überbetonung der Agrarverfassungsgeschichte innerhalb der Agrargeschichte ergab sich daraus von selbst.

Die akademische Wirksamkeit der Agrarverfassungsgeschichte endete in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als die jüngere historische Schule, deren Bestandteil die Agrarverfassungsgeschichte war, sich unfähig zeigte, mit ihren theoretischen Auffassungen die allgemeine Krise des Kapitalismus zu erklären, und keine ökonomischen Modelle vorweisen

15 Vgl. die ausführliche Rezension dieser Arbeiten von Jordan-Roswadowski, Jan v., Die Bauern des 18. Jahrhunderts und ihre Herrn im Lichte der neuesten deutschen Forschungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, Bd. 20, 1900, S. 337 ff. u. 478 ff.

16 Grünberg, Karl, Agrargeschichte, in: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert, Gustav Schmoller zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages, T. 2, Leipzig 1908, S. 3 f.

17 Das beweisen folgende Sätze aus einem Brief vom 25. 2. 1883 an Schmoller: "Ich war den Winter über sehr fleißig, habe nach unserer Manier die Vorlesung über prakt. Nat. Ökonomie (bei 45 eingeschriebenen Zuhörern) stark durch Quellenstudien verbessert, besonders preuß. Domänenwesen im 18. Jahrh., Stein-Hardenbergische Zeit, bayr. Gewerbesachen und Ähnliches beträchtlich vertieft." (Deutsches Zentralarchiv, Historische Abteilung II [im folgenden: DZA], Merseburg, Rep. 92, Nachlaß Schmoller, Nr. 130 a.)

konnte, mit denen man eine positive Beeinflussung des Krisenzyklus hätte versuchen können. Nicht nur ihre akademische Wirksamkeit erlosch, auch die agrarverfassungsgeschichtlichen Studien fanden weitgehend ihr Ende. Als den letzten namhaften Vertreter der agrarverfassungsgeschichtlichen Konzeption kann man Friedrich Lütge ansehen. Günther Franz nennt ihn in seinem Nachruf einen der letzten Vertreter der historischen Schule.¹⁸

Zweifellos hat die Agrarverfassungsgeschichte ihre großen Verdienste. Insbesondere gilt das für Knapp, der den Schleier patriotischer Verklärung von den altpreußischen Agrarzuständen des 18. Jahrhunderts riß und damit gleichzeitig ungewollt den brutalen Klassenegoismus des grundbesitzenden Adels jener Zeit und in der Reformperiode aufdeckte. Gewiß war er, wie Schmoller meinte, streng bemüht, nicht Partei zu ergreifen, doch es lag an den Tatsachen, wenn Knapps Schilderung eine herbe Kritik am Adel wurde und er seine Sympathien für das bäuerliche Recht entdeckte. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Brief Knapps an Schmoller vom 14. Januar 1888, in dem er sich für die in der "Kölnischen Zeitung" erfolgte Erstveröffentlichung der oben erwähnten Rezension bedankte. Knapp führte darin aus: "Es ist mir dadurch eine große, so zu sagen politische Sorge vom Herzen genommen: wie sich die Träger der preußischen Überlieferungen im weitesten Sinne zu diesem Materialaufschluß stellen würden, er ja auch manches Unliebe zu Tage gefördert hat." Der Brief endet mit den Worten: "Nun, da Sie das Eis gebrochen haben, werden wohl auch einige andere Zeitungen den Mut finden, über den Fall zu reden."¹⁹

Die Arbeiten seiner Schüler haben sich dann überwiegend auf die Schilderung der formal-juristischen Fixierungen beschränkt. Dabei zeigten sich die Gefahren einer Vereinseitigung, nämlich die Agrarverfassungsgeschichte für die Agrargeschichte selbst zu halten, und aus diesem Grunde wird man wohl feststellen können, daß die Agrarverfassungsgeschichte kaum noch eine Zukunft haben wird. Trotzdem hat sie für die Einschätzung der sozialökonomischen Verhältnisse der ländlichen Gesellschaft wertvolles und auch für die marxistische Forschung bislang unentbehrliches Material bereitgestellt. Der agrarverfassungsgeschichtliche Aspekt, das heißt einmal die juristisch fixierten, zum anderen die in der Praxis des täglichen Zusammenlebens und Auseinandersetzens entstandenen Normen des Verhältnisses zwischen Feudalherren und Bauern, muß und wird immer die Aufmerksamkeit des Agrarhistorikers beanspruchen. Es wird darauf zurückzukommen sein, daß auch Henning in seinen Arbeiten stets auf agrarverfassungsgeschichtliche Tatbestände zurückgreift.

Den entscheidenden Wandel zu einem neuen Begriffsinhalt und zu einer neuen Forschungsrichtung innerhalb der bürgerlichen deutschen Agrargeschichte bahnte zweifellos das Buch von Wilhelm Abel "Agrarkrisen und Agrarkonjunktur in Mitteleuropa vom 13. bis zum 19. Jahrhundert" an, das 1935 in erster Auflage erschien.²⁰ In diesem wie auch anderen agrarhistorischen Hauptwerken sieht Abel die Entwicklung der sozialökonomischen Verhältnisse in der Wirtschaft im wesentlichen in der Interdependenz zwischen Bevölkerungsentwicklung, konsumbedingter Nachfrage und daraus resultierendem Konjunkturverlauf. Er hat die Gegenständigkeit seiner Auffassungen gegenüber Knapp durchaus gesehen und zum Ausdruck gebracht, indem er von einer Einengung der Agrargeschichte zu einer Agrarverfassungsgeschichte durch diesen spricht.²¹ In einer Reihe bedeutsamer Arbeiten seiner Schüler hat

18 Vgl. *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, Bd. 17, 1969, S. 1; vgl. auch Rosenberg, Hans, *Probleme der deutschen Sozialgeschichte*, Frankfurt (Main) 1969, S. 87 ff.

19 DZA Merseburg, Rep. 92, Nachlaß Schmoller, Nr. 130 a.

20 Über die Vorzüge und Schwächen dieses Buches siehe die ausführliche Besprechung der 2. Aufl. demnächst in diesem Jahrbuch.

21 Abel, Wilhelm, *Agrarkrisen und Agrarkonjunktur in Mitteleuropa vom 13. bis zum 19. Jahrhundert*, 2. Aufl. Hamburg/Berlin 1966, S. 21 f. u. 173 Anm. 63.

Abel für die Feudalperiode, die offenbar im Vordergrund seines Interesses steht, Fragen der betriebswirtschaftlichen Struktur von Gutsbetrieben und Bauernwirtschaften, der feudalherrlichen Belastungen, Anbau- und Ertragsverhältnisse und immer wieder des konjunkturellen Ablaufs untersuchen lassen. Es ist für die Historiographie sehr aufschlußreich, daß hier vielfach an Fragestellungen angeknüpft bzw. wieder aufgegriffen wurde, was bereits in den Arbeiten des Staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle behandelt worden war.²² Natürlich wurden dabei methodische und begriffliche Verfeinerungen vorgenommen.

Der Wert der Arbeiten Abels und seiner Schüler für die Agrargesichtsforschung liegt in dem Bestreben, in möglichst breitem Umfang die Erscheinungen und Vorgänge des Wirtschaftslebens zu quantifizieren und damit größere Zeiträume und Gebiete vergleichbar zu machen. Die in der Agrarverfassungsgeschichte zum Hauptgegenstand der Forschung erhobenen obrigkeitlichen Rechtsnormen treten demgegenüber in den Hintergrund. Wir können dem zustimmen; gingen doch Rechtssatzung und Rechtswirklichkeit sehr oft auseinander, was jeder bestätigen wird, der einmal Gelegenheit hatte, die Akten adliger Patrimonialgerichte zu studieren. Die sozialökonomische Struktur und deren Wandlungen durch eine breite Aufarbeitung von Zahlenmaterial zu erhellen, bieten der marxistischen Agrargesichtsforschung außerordentlich wertvolles Material. Letztere kann ohne eine Quantifizierung von Anbau und Ertrag, Bevölkerungsentwicklung und Klassenstruktur, feudalherrlicher Ausbeutung und Einkommen der unmittelbaren Produzenten kaum auskommen, wenn sie die feudale Ökonomik genauer einschätzen will. Das bisher allgemein aufbereitete Zahlenmaterial war ein unzureichender Indikator für das Heranreifen gesellschaftlicher Übergangserscheinungen und Umwälzungen. Für die Periode des Spätfudalismus hat die marxistische Forschung jedoch schon wichtige Ergebnisse vorlegen können,²³

In besonderem Maße treffen die allgemeinen Vorzüge der Schule Abels, soweit sie die Quantifizierung betreffen, auch auf Hennings Buch "Dienste und Abgaben der Bauern im 18. Jahrhundert" zu. Unter Zuhilfenahme zeitgenössischer Taxationsmethoden und moderner wirtschaftswissenschaftlicher Erfolgsrechnungen versucht der Verfasser, für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des dem Übergang zum Kapitalismus vorhergehenden Jahrhunderts die Frage nach Höhe der Dienste und Abgaben der Bauern oder, um in der marxistischen Terminologie zu bleiben, nach der feudalherrlichen Ausbeutungsrate und, in Abhängigkeit davon, nach dem bäuerlichen Reineinkommen zu lösen.

Zunächst eine notwendige Bemerkung über den Untersuchungsbereich und die Quellenlage. Henning bezieht ein Gebiet ein, das sich, vom Westen ausgehend, folgendermaßen umrei-

22 Vgl. den noch heute lesenswerten Literaturbericht von Lamprecht, Karl, Die wirtschaftsgeschichtlichen Studien in Deutschland im Jahre 1884, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, N. F., Bd. 11, 1885, S. 320 ff.

23 Vgl. Berthold, Rudolf, Die Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in spätfudaler Zeit unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Bauern am landwirtschaftlichen Fortschritt, phil. Habil.-Schr. Berlin 1963 (Ms.); Heitz, Gerhard, Über den Teilbetriebscharakter der gutsherrlichen Eigenwirtschaft in Scharbow (Mecklenburg) im 17. und 18. Jahrhundert, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, H. 3/1958-1959, S. 299 ff.; Müller, Hans-Heinrich, Märkische Landwirtschaft vor den Agrarreformen von 1807. Entwicklungstendenzen des Ackerbaues in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Potsdam 1967 = Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam, H. 13; Sojta, Jan, Die Ertragsentwicklung in der Landwirtschaft des Klosters Marienstern. Zur Entwicklung der Getreideerträge unter den Bedingungen des preußischen Weges der bürgerlichen Agrarrevolution, Bautzen 1958 = Schriftenreihe des Instituts für Sorbische Volksforschung, Bd. 7; derselbe, Die Bauern der Lausitz, a. a. O.

Ben läßt: das nordöstliche Frankreich (einschließlich des Elsaß), Belgien, Luxemburg, die Niederlande, das Gebiet der Deutschen Bundesrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Schweiz, Österreich, Dänemark, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Volksrepubliken Polen und Ungarn und die drei baltischen Sowjetrepubliken. Es handelt sich also um Gebiete, die im 18. Jahrhundert sehr unterschiedliche Ausprägungen der feudalen Produktionsverhältnisse aufwiesen. Innerhalb dieses umfangreichen Gebietes stützt er sich, vor allem auch in methodischer Hinsicht, auf zwei von ihm selbst intensiv untersuchte kleinere Räume, nämlich Ostpreußen und das Gebiet des 1803 säkularisierten Bistums Paderborn. Den Kern seiner Untersuchungen bildet also jeweils ein Beispiel aus den gutsherrschaftlich und aus den grundherrschaftlich geprägten Teilen Mitteleuropas. Aus der Untersuchung dieser beiden Beispiele erarbeitete er sich die Kriterien und Maßstäbe für die Beurteilung der Verhältnisse des großen Untersuchungsgebietes. Nur für diese beiden Teilgebiete beruht die Arbeit auf archivalischem Material, wobei er besonders für Ostpreußen auf einige aussagekräftige zusammenfassende Quellen über die bäuerlichen Belastungen zurückgreifen konnte. Die Darstellung der Verhältnisse in allen anderen Gebieten beruht auf der sorgfältigen Auswertung einer umfangreichen Literatur.

In seiner Einleitung stellt Henning fest, daß das Problem der bäuerlichen Belastung und der bäuerlichen Einkommen bisher zuwenig bearbeitet worden sei. Darin ist ihm zweifellos zuzustimmen. Und angesichts der sehr verstreuten Angaben in der lokalen Spezialliteratur, die Henning mit Fleiß zusammentrug, wäre es ungerecht, ihm da Versäumnisse vorzuhalten. Da aber die Urteilsbildung Hennings, von relativ kleinräumigen Ausnahmen abgesehen, außerhalb der von ihm selbst untersuchten beiden Territorien sich auf - im Vergleich zur Größe der Gebiete inselhaft wirkende - Lokalbeispiele stützt, dürfte eine Verdichtung der Belege wünschenswert sein. Natürlich sind auch die Hinweise, die sich auf das Gebiet der Gutsherrschaft beschränken, nur unvollständig, und andererseits beweisen die Untersuchungen Hennings, daß Form und Höhe der feudalen Belastung landschaftlich bzw. territorialstaatlich unter Berücksichtigung vorhandener besitz- und personenrechtlicher Unterschiede doch sehr ähnlich, um nicht zu sagen typisiert, waren. Man beachte nur die markanten Unterschiede zwischen den Scharwerksbauern des Adels und den Köllmern und Freien in Ostpreußen und die große Ähnlichkeit innerhalb dieser Gruppen.

Immerhin erstaunt es, daß ein so belesener Mann wie Henning die vielfach zitierte Arbeit von Priebe über das Gebiet um Greifswald nicht herangezogen hat; enthält sie doch für seine Fragestellungen höchst aussagekräftige Angaben.²⁴ Auch die bei Preuß abgedruckten Unterlagen über Belastung und Einkommen der Bauern in Tempelhof bei Berlin verdienen Beachtung.²⁵ In der Agrargeschichtsforschung der DDR ist das Problem der Belastung in Einzeluntersuchungen durchaus gesehen und aufgegriffen worden. Genannt sei hier die Dissertation von Enders²⁶, die eine sehr instruktive Tabelle über Einkommen und Belastung der Bauern des Dorfes Lettowitz bei Halle aus dem Jahre 1722 bringt. Auch die Arbeit von Kleiminger über das Heiligengeistspital in Wismar enthält für einige Dörfer der Umgebung von Wismar gutes Material.²⁷ Harnisch konnte einen sehr genauen Ertragsanschlag einer Bau-

24 Priebe, Hermann, Die Entwicklung der Betriebsgrößenverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe in 30 Ortschaften des Kreises Greifswald vom Mittelalter bis zur Gegenwart, landw. Diss. Greifswald 1936.

25 Preuß, Johann David Erdmann, Friedrich der Große. Eine Lebensgeschichte, Bd. 4, Berlin 1834, S. 108 ff.

26 Enders, Liselott, Das Domänenamt Petersberg bei Halle im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts, phil. Diss. Halle 1954, Anhang III.

27 Kleiminger, Rudolf, Das Heiligengeistspital von Wismar in sieben Jahrhunderten, Wismar 1962, S. 243 ff.

ernstelle aus dem Dorf Warthe bei Templin auswerten, der nach Anlage und Befund für die Bauern der Herrschaft Boitzenburg typisch war.²⁸

Henning hat das Problem erstmalig für das Gesamtgebiet Mitteleuropas aufgeworfen und es damit aus der Ebene vereinzelter, lokalgebundener Beobachtungen und Feststellungen zum Kernproblem der Agrargeschichte des Spätfudalismus und der darauffolgenden Periode des Übergangs zum Kapitalismus erhoben. Das bleibt sein besonderes Verdienst. Der agrarverfassungsgeschichtlichen Richtung ging es im wesentlichen um das guts- bzw. grundherrlich-bäuerliche Verhältnis. Henning geht es allein um ökonomisch quantifizierbare Daten der bäuerlichen Gewinn- und Verlustrechnung in den verschiedenen Gebieten und unter den unterschiedlich ausgeprägten feudalen Produktionsverhältnissen. Bei aller Vordringlichkeit, die er Bauernbelastung und -einkommen einräumt, versäumt er es aber nicht, die in Tabellenform und Kartenskizzen verarbeiteten grundsätzlichen Ergebnisse in Beziehung zu verfassungsgeschichtlich bestimmten Faktoren, wie es personen- und besitzrechtlicher Status der bäuerlichen Produzenten und die feudale Ausbeutung insgesamt sind, zu setzen. Trotzdem - um es vorwegzunehmen - beschränkt er sich doch zu stark auf die reinen Faktoren der bäuerlichen Belastung, die doch zugleich eine feudalherrliche Ausbeutung war. Er vermeidet jedes Urteil über die Methoden der herrschenden Klasse, mit denen sie ihren Anteil am bäuerlichen Mehrprodukt erlangte, und die Auswirkungen des Ausbeutungsgrades auf die Bauern, wobei man berücksichtigen muß, daß im ausgehenden 18. Jahrhundert trotz etablierten Absolutismus Form und Höhe der Belastung ein Objekt immerwährender Auseinandersetzungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten waren. Besonders in Gebieten mit Arbeitsrenten als schwerwiegendster Belastung gab es harte Kämpfe zwischen Bauern und Herren, und diese Kämpfe waren nicht ohne Einfluß auf die Höhe der Belastung und die Form, in der sie geleistet werden mußte. Bei eingehenderen, vor allem bei kleinräumigen, Untersuchungen darf der Aspekt der Klassenausensetzung bei dieser Fragestellung keinesfalls vernachlässigt werden.

Henning geht es um die Klärung folgender Einzelfragen:

1. Betriebsgrößenstruktur der bäuerlichen Produzenten und das zahlenmäßige Verhältnis von Bauernstellen zur Landarmut;
2. Höhe des Rohertrages der bäuerlichen Stellen, von dem nach Absetzung der Sachaufwendungen für den Hof (Saatgut, Instandhaltung der Gebäude und Geräte, jedoch ohne Fremdarbeitslohn) die sogenannte Wertschöpfung ermittelt wird. Zur Wertschöpfung zählt Henning auch die für die Feudalgewalten geleisteten Arbeitsrenten;
3. die Verteilung der Wertschöpfung auf: a) familienfremde Arbeitskräfte, b) Lasten an die Feudalgewalten (diesen Posten bezeichnet Henning sehr treffend als Feudalquote, wobei sowohl der feudale Staat als auch die lokalen Feudalgewalten partizipieren), c) die Bauernfamilie selbst, der eigentliche Reingewinn der Bauernstelle.

Um die verschiedenen Daten der ökonomischen Erfolgsrechnung der Bauernstellen aus einem so großen Untersuchungsgebiet zu vergleichen, rechnet Henning nach Möglichkeit Ertrag, Saatanteil an der Ernte, Belastung und schließlich auch das bäuerliche Reineinkommen in Taler pro Hektar um. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit scheint das die einzige brauchbare Möglichkeit zu sein. Allerdings muß man damit rechnen, daß auf diese Weise eine beträchtliche Fehlerquelle mit in Kauf genommen wird. Sie liegt in dem quellenmäßig nur selten faßbaren Verhältnis zwischen der Gesamtgröße des Ackerlandes einer Bauernstelle und dem davon jährlich tatsächlich bestellten Land. Henning hat sich in seinem Buch über betriebswirtschaftliche Einzelheiten der Bauernwirtschaft und seine Methoden der Ertragsberechnung nicht geäußert. Diejenigen Leser aber, die dieses Buch mit dem Ziel durch-

²⁸ Harnisch, Hartmut, a. a. O., S. 217 ff.

arbeiten, eigene Studien zu diesem Thema zu unternehmen, werden um eine zusätzliche Lektüre der Spezialuntersuchung Hennings über die ostpreußische Bauernwirtschaft des 18. Jahrhunderts nicht herumkommen. Diese Arbeit ist eine der eingehendsten und ergebnisreichsten Darstellungen der bäuerlichen Wirtschaft und der feudalen Ausbeutung im 18. Jahrhundert, die uns vorliegen. Ihr großer Vorzug besteht vor allem in der Untersuchung der Bauernwirtschaften auf der Basis einer statistisch repräsentativen Auswahl aus verschiedenen Teillandschaften Ostpreußens. Sehr aufschlußreich und lohnend ist die Gegenüberstellung von Bauern unter landesherrlicher und adliger Grundherrlichkeit. Die wesentlichen Unterschiede in der feudalen Ausbeutung, ersichtlich an dem Anteil der Arbeitsrenten im Gesamtsystem der feudalen Abschöpfung, werden dadurch sehr deutlich. Der höhere Ausbeutungsgrad der Adelsbauern, eine ja keineswegs auf Ostpreußen beschränkte Erscheinung, springt in die Augen.

Im Hinblick auf seine großräumige Untersuchung sind Hennings Methoden zur Ertragsberechnung der Bauernstellen wichtig. Die einzelnen Faktoren, die auf den Gesamtertrag der bäuerlichen Wirtschaft einwirken, werden, angefangen von der landwirtschaftlichen Nutzfläche und dem Nutzflächenverhältnis, in sorgfältiger und erschöpfender Quellenanalyse untersucht und in ihrem Einfluß auf die wirtschaftliche Erfolgsrechnung bestimmt. Bei dem Nutzflächenverhältnis werden allerdings Fehlerquellen bis zu 40 Prozent der Stellengröße, resultierend aus der Tatsache, daß individuell und gemeinschaftlich genutztes Wiesen- und Hütungsland nicht immer eindeutig zugeordnet werden kann, in Kauf genommen. Auf den Ertrag bzw. die Genauigkeit der Ertragsberechnung kann sich das auf dem Umweg über eine zu große oder zu kleine Veranschlagung der Viehwirtschaft bemerkbar machen. Auf aussagekräftige Quellen gestützt, werden zuverlässige Zahlen über die landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur, das Fruchtartenverhältnis und die Anbausysteme, über Aussaat und Ernteerträge geboten. Die Fruchtfolge war nach Henning eine streng eingehaltene Dreifelderwirtschaft. Es gab jedoch bereits Fälle, bei denen infolge Wegfalls der Brache oder auch teilweiser Besömmernng eine Intensivierung festzustellen war. Fälle, daß Teile des Ackerlandes nur alle vier bis zwölf Jahre bestellt wurden, waren offenbar eine Ausnahme und finden bei der Ertragsberechnung keine weitere Beachtung. Unter Anwendung zeitgenössischer Taxationsmethoden und unter Berücksichtigung der geltenden Preise wird dann die Ertragslage ermittelt und, davon ausgehend, das Reineinkommen der Bauernfamilie berechnet, indem Sachaufwendungen für die Fortführung der Wirtschaft, die Lohnkosten für familienfremde Arbeitskräfte und, der letztlich entscheidende Faktor, der Gesamtwert der feudalen Belastung abgesetzt werden.

Bedenken gegen eine generelle Anwendung dieses für Ostpreußen sicher richtigen Verfahrens auf den oben erwähnten europäischen Untersuchungsraum ergeben sich aber auch unseres Erachtens aus einer starrten Zugrundelegung der Dreifelderwirtschaft bei der Taxation der Erträge aus dem Ackerbau und der Annahme Hennings, daß die Bauern die gesamte zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaftet haben. Das Beispiel des Dorfes Warthe der Herrschaft Boitzenburg ist vielleicht geeignet, unsere Bedenken zu erhärten.

Im Jahre 1766 wurde im Dorf Warthe (Kreis Templin) zum Zwecke steuerlicher Neufestsetzungen die Ertragsfähigkeit der Bauernstellen ermittelt. Jede Bauernstelle umfaßte durchschnittlich 34,5 Hektar "reinen Acker" und 30 Hektar "bewachsenen Acker", der als Hutung genutzt wurde. Tatsächlich wurden aber jährlich nur 15 Hektar bestellt. Der Rohertrag einer solchen Stelle wurde durchschnittlich mit 150 Taler 20 Groschen errechnet. Die Gesamtbelastung betrug nach der steuerlichen Neuveranlagung 149 Taler 7 Groschen; der Reinertrag also 1 Taler 13 Groschen. Ackerdienste hatte das Dorf zu jener Zeit nicht zu leisten. Gehen wir von der gesamten individuellen Wirtschaftsfläche aus, so betrug der Rohertrag je Hektar 2 Taler 8 Groschen, beim "reinen Acker" jedoch 5 Taler 8 Groschen. Von der tatsächlichen Bestellfläche ausgehend, ergaben sich sogar 10 Taler 1 Groschen pro Hektar.

Der Gesamtertrag dieser Bauernstellen läge beträchtlich höher, wenn, der Dreifelderwirtschaft streng folgend, von dem "reinen Acker" wenigstens 20 Hektar regelmäßig bestellt worden wären. Der sandige Boden der Gemeinde Warthe und die feudalen Produktionsverhältnisse schlossen eine solche Möglichkeit jedoch aus.²⁹

Wir wollen ferner anmerken, daß es in Brandenburg, Hinterpommern und Mecklenburg bei den weit verbreiteten leichten Böden eine beachtliche Anzahl von Vier-, Sechs-, Neun- und Zwölfelderwirtschaften gab. Bratring nannte in seinem Werk über die Mark Brandenburg dazu einige Zahlen, bemerkt aber auch, daß er über die in regelmäßigem Dreifelderzyklus bebauten Ackerflächen keine Angaben beibringen könne.³⁰ Conrad hat in seinen agrarstatistischen Untersuchungen unter Verwendung der Angaben von Borgstede und Bratring gerade für die Kurmark Brandenburg den Anteil der extensiver bestellten Ackerflächen zu ermitteln versucht. Er schätzte ihn am Ende des 18. Jahrhunderts auf etwa 15 Prozent.³¹

Doch wir wollen durchaus nicht verkennen, daß die überdurchschnittliche Bevölkerungsdichte der Kurmark und das Bevölkerungswachstum Berlins im 18. Jahrhundert zu einer Intensivierung der Landwirtschaft in der Mark Brandenburg geführt hat. Die Uckermark zum Beispiel galt geradezu als die Kornkammer Berlins. Und trotzdem gab es dort um 1800 nach Bratring immer noch etwa 24 000 Hektar mehrjährig bestelltes Land.³² Gewiß kann man annehmen, daß diese Fläche im Laufe des 18. Jahrhunderts, vor allem in der zweiten Hälfte, stark abgenommen hat. Aber es ist auch zu beachten, daß die Bauern aus ihren Wirtschaften vielfach Mist auf das im Teilbetriebssystem bewirtschaftete Herrenland liefern mußten. Die gutsherrliche Teilbetriebswirtschaft erzwang also eine Extensivierung der bäuerlichen Wirtschaft.

Unsere geäußerten Gesichtspunkte werden relevant, wenn wir sie mit Gebieten höherer Bevölkerungsdichte oder ausgedehnter Warenwirtschaft vergleichen, in denen Bauernwirtschaften bereits zu größeren oder bei Anwendung von Intensivkulturen zu einer vollen Flächenausnutzung im Rahmen der Dreifelderwirtschaft übergangen bzw. die Dreifelderwirtschaft zugunsten einer Intensivierung schon durchbrochen wurde. Die Anwendung des von Henning verwandten Vergleichswertes "Taler pro Hektar" kann daher bei unterschiedlicher Anbauintensität, wie sie ja in dem Untersuchungsgebiet von West nach Ost vorlag, zu einem etwas schiefen Bild führen.

Henning untergliedert sein Buch in drei große Abschnitte. Der erste und umfangreichste ist eine unter besonderer Berücksichtigung der von ihm speziell untersuchten Gebiete in Ostpreußen und Paderborn mehr deskriptiv gehaltene Darstellung der regionalen Unterschiede in Form und Höhe der Dienste und Abgaben. Den gesamten Raum unterteilt er in Gebiete mit überwiegender Gutsherrschaft und Gebiete ohne Gutsherrschaft (Gebiete grundherrschaftlicher Struktur), wobei interessanterweise nicht rechts- und verfassungsgeschichtliche Tatbestände für die Abgrenzung genommen werden, sondern allein die Höhe der feudalen Arbeitsrente. Er unterscheidet im gutsherrschaftlichen Bereich Gebiete mit einer Dienstbelastung der bäuerlichen Arbeitskräfte bis zu 15, von 15 bis 40 und über 40 Prozent. Für die Höhe der Dienstbelastung hält er die Größe des Herrenlandes, die Betriebsgrößenstruktur der Bauernwirtschaften (um eine gleich große Fläche Herrenland bestellen zu können, müssen wenige große Bauernwirtschaften stärker belastet werden als eine entsprechende

29 Ebenda.

30 Bratring, Friedrich Wilhelm August, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 2, Berlin 1805, S. 473.

31 Conrad, Johannes, Agrarstatistische Untersuchungen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 18, 1872, S. 12 ff u. 380 f.

32 Bratring, Friedrich Wilhelm August, a. a. O., S. 473.

größere Zahl mittlerer oder kleiner Wirtschaften) und die Existenz bzw. die zahlenmäßige Stärke der Landarmut, weil diese überhaupt erst die Umwandlung von gutsherrlicher Teilbetriebs- zur Eigenbetriebswirtschaft ermöglicht, für maßgebend. Wichtig, vor allem im Hinblick auf die notwendige Einbeziehung verfassungsgeschichtlicher Aspekte, ist der Nachweis, daß immer die besitz- und personenrechtlich am schlechtesten gestellten Bauern sowohl im guts- als auch im grundherrschaftlichen Bereich der schärfsten Belastung unterworfen sind. Das gilt für die Gruppe der Scharwerksbauern des Adels in Ostpreußen wie für die "Eigenbehörigen" in Westfalen; es gilt genauso, um ein weiteres Beispiel anzuführen, für die Zeitpachtbauern der Uckermark.

Wegen der großen Bedeutung der Arbeitsrente für Bauern und Feudalherren im gutsherrschaftlichen Bereich soll hier auf ein von Henning unseres Erachtens nicht voll geklärtes theoretisches Problem bei ihrer Bewertung hingewiesen werden. Konsequenterweise rechnet er die Kosten der der Gutsherrschaft geleisteten Hand- und Spanndienste (Lohnkosten und Sachaufwendungen für Gespann) zur Belastung der Bauernwirtschaften. Der unterschiedliche Umfang der Dienste stellte jedoch an den Vieh- und Arbeitskräftebesatz unterschiedlich hohe Anforderungen. Henning weist darauf hin, daß in den Gebieten mit einer mehr als 40 Prozent der bäuerlichen Arbeitskräfte beanspruchenden Arbeitsrente praktisch der für die Bauernwirtschaft benötigte Arbeitskräfte-, Vieh- und Gerätebesatz noch ein zweites Mal für die Gutsherrschaft mit unterhalten werden mußte. Die summierten Sach- und Lohnaufwendungen, bewertet nach den damaligen Taxationsanschlägen, lassen sich einwandfrei der Gesamtbelastung der Bauernstellen zurechnen. Anders liegt jedoch der Fall bei dem von Henning herausgestellten Typ eines feudalherrlichen Anspruchs an die bäuerlichen Arbeitskräfte von 15 bis 40 Prozent. Im Bereich der Herrschaft Boitzenburg konnte festgestellt werden, daß die Belastung der Wirtschaften mit jährlich 78 Spann- und 48 Handdiensttagen je Hof bei durchschnittlicher Größe von 30 bis 60 Hektar in Dörfern mit und ohne Arbeitsrente keinen Einfluß auf den Umfang der Vieh-, vor allem der Zugviehbestände, hatte. Da die Arbeitsrente in Form der Bearbeitung einer "Dienstkavel" von 3 Hektar je Wirtschaft verlangt wurde, kann gesagt werden, daß jeder Bauer 5 bis 10 Prozent seines Eigenlandes zusätzlich auf dem Herrenhof bestellen mußte. Unter diesen Umständen reichte der zur Bewirtschaftung der ohnehin relativ großen Bauernstellen benötigte Vieh- (und wohl auch Arbeitskräfte-)Besatz zur Ableistung der Arbeitsrenten aus. Für die Gutsherrschaft ist diese Form der Arbeitsrenten ohne weiteres berechenbar. Bei den Bauern dagegen kann der Wert dieser klar berechenbaren Arbeitsrente nicht so eindeutig auf die Belastungsseite gesetzt werden, da ja Lohn- und Sachaufwendungen auch ohne Arbeitsrente in kaum veränderter Höhe erscheinen müßten. Der Wegfall der Arbeitsrenten hätte höchstens eine Futterersparnis bedeuten können, und die Arbeitsleistung der Herrendienste würde für die eigene Wirtschaft eine zusätzliche Wertschöpfung darstellen.

Die Unterschiede in der effektiven Belastung durch höchste und mittlere Arbeitsrenten nicht zu sehen, würde dazu führen, daß sich die Gesamtsumme der bäuerlichen Belastung zwischen den einzelnen Ausbeutungstypen nicht voll vergleichen läßt, da der volle Unterhalt einer zweiten Ausstattung an Vieh, Inventar und Arbeitskräften bei den Stellen höchster Belastung zusätzlich notwendig war, während eine Ausstattung bei den Stellen mittlerer und geringer Arbeitsrente ohnehin vorhanden war. Das feudale System der Ausbeutung bot eben den Feudalherren die Möglichkeit, mit dieser oder jener Rentenform einen möglichst hohen Anteil am bäuerlichen Mehrprodukt zu erlangen. Mit Ausnahme einiger zahlenmäßig recht begrenzter Gruppen von Bauern besserer Rechtsstellung standen die drei Rentenformen in einer Art Komplementaritätsverhältnis zueinander. Hohe Arbeitsrenten gingen meistens mit relativ geringen Geld- bzw. Produktenrenten einher und umgekehrt. Erst der absolutistische Staat als stärkste Feudalgewalt hat mit seinen hochgeschraubten Steuerforderungen im gutsherrschaftlichen Osten dieses Verhältnis verändert und den Bauern eine zusätzliche hohe Geldrente auferlegt. Gegenüber der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg ist daher die

Periode des Spätfeudalismus durch eine entscheidende Minderung des bäuerlichen Einkommens gekennzeichnet.

Im zweiten Teil seiner Arbeit untersucht Henning das Gesamtbild der Dienste und Abgaben. Er arbeitet die Beziehungen zwischen Ernteerträgen und Belastung in ihrer räumlichen Differenzierung heraus und verdeutlicht die Ergebnisse in zwei Kartenskizzen. Die Erträge waren im Rheinmündungsgebiet (Niederlande und Flandern) am höchsten und erreichten hier das Zehnfache der Aussaat. Das Fünf- bis Siebenfache wurde in Ostfrankreich, am Niederrhein, im deutschen Nordseemarschengebiet, nördlich des Harzes und in der Magdeburger Börde geerntet. In ganz Mitteleuropa, vom Rhein bis zu einem 50 bis 100 Kilometer breiten Streifen östlich der Oder, in Jütland und im Nordteil der heutigen estnischen Sowjetrepublik wurde das Vierfache der Aussaat gewonnen. In dem östlich anschließenden Gebiet von Ungarn über Polen bis in die heutige lettische Sowjetrepublik war nur mit dem dritten Korn zu rechnen.

Sehr instruktiv ist dann der Vergleich mit der Karte der bäuerlichen Belastung in Taler je Hektar. Mehr als 6 Taler je Hektar hatten im Westen die Gebiete mit fünf- bis zehnfachem Ernteertrag in Ostfrankreich, Belgien und den Niederlanden zu leisten. Die "Berechtigten", wie Henning die Feudalherren zuweilen nennt, hatten es also hier, unter welchem Rechtstitel auch immer, verstanden, die hohen Erträge der bäuerlichen Produzenten auch in hohem Maße abzuschöpfen. Das Gebiet der zweithöchsten Belastungsstufe, nämlich von 3 bis 6 Taler je Hektar, umfaßte Ostholstein, Mecklenburg und Pommern, ferner Böhmen, Mähren, Mittelsachsen, die Magdeburger Börde, den nördlichen Harz bis zur mittleren Weser und das nördliche Hessen. Es ist offensichtlich, daß hier die übermächtige Stellung der Feudalgewalten eine so hohe Belastung zur Folge hatte. Besonders gilt das für das Ostseeküstengebiet sowie Böhmen und Mähren. Das Gebiet der Belastung von 0 bis 1 Taler pro Hektar umfaßte Ostpolen, das baltische Gebiet, Litauen sowie Ost- und Westpreußen.

Bei diesem Vergleich können wir feststellen, daß die Bauern im Westen infolge der beträchtlich höheren Erträge je Hektar trotz hoher Belastung immer noch einen wesentlich höheren Reinertrag für sich behaupten konnten als die zwar pro Hektar geringer belasteten, aber auch viel ertragsschwächeren Bauern der östlichen Gebiete. Damit wird bestätigt, daß im gutsherrschaftlichen Bereich, in dem die Arbeitsrente vorherrschte, die Ausbeutung am höchsten war und der Reinertrag pro Bauernstelle die niedrigsten Werte aufwies. Die Chancen einer Kapitalakkumulation, selbst in bescheidenen Grenzen, waren hier am geringsten, was für die Entwicklung der Produktivkräfte von wesentlicher Bedeutung war. Henning hat an anderer Stelle darauf verwiesen, daß die Hemmnisse gegen eine Ertragssteigerung vor allem jenen Kräften, die die überkommene Agrarverfassung, die überlebten feudalen Produktionsverhältnisse also, mit allen Mitteln zu behaupten suchten, zuzuschreiben sind.³³ Die unter schon fast kapitalistischen Pachtverhältnissen wirtschaftenden Bauern der Niederlande und Flanderns konnten bei den gegebenen günstigen Marktverhältnissen die Fortschritte der Produktivkräfte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts viel schneller und ungehinderter nutzen als ihre Klassengenossen in den gutsherrschaftlich strukturierten Gebieten. Dieser ganze Problemkomplex zeigt erneut die unabdingbare Notwendigkeit von Querbeziehungen zur Agrarverfassungsgeschichte, wenn wir den sozialökonomischen Gesamtprozeß analysieren.

Diese Notwendigkeit zeigt schließlich auch die Untersuchung der bäuerlichen Einkommen, die Henning im letzten Teil seiner Arbeit sehr zutreffend als Residualgröße bezeichnet. Tatsächlich war ja der für den Bauern verbleibende Teil seines Mehrproduktes im Spätfeuda-

³³ Henning, Friedrich Wilhelm, Die Bestimmungsfaktoren der bäuerlichen Einkommen im 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 1, S. 165 - 184.

lismus am wenigsten vom Ertrag seiner Stelle, sondern vielmehr von den Ansprüchen der staatlichen und lokalen Feudalgewalten abhängig. Diese Residualgröße war aber auch wesentlich - was bei Henning untergeht - vom Kräfteverhältnis zwischen herrschender und ausgebeuteter Klasse bestimmt, war sie doch beinahe tägliches Streitobjekt. Zu einer wirklich alle Bestimmungsfaktoren des bäuerlichen Einkommens berücksichtigenden Untersuchung gehört zweifellos auch eine Analyse der Klassenkräfte und der Klassenseinsetzungen, wobei sich ergibt, daß der hohe Ausbeutungsgrad in Gebieten mit niedrigen Erträgen die bereits niedrigen Einnahmen über Gebühr verringerte. Dabei hat sich auch der Blick auf die Klassensituation in den einzelnen Territorialstaaten, auf das Verhältnis von Landesherrn zum Adel und auf die ökonomische und politische Rolle des Bürgertums auszuweiten. Alles das hat die sozialökonomische Lage der bäuerlichen Schichten insgesamt und damit auch die Residualgröße des bäuerlichen Einkommens beeinflusst.

Eine Bemerkung sei noch zu den von Henning getroffenen räumlichen Typisierungen der Dienstbelastung und der Geldbelastung in Taler pro Hektar angebracht. Wir halten die Zuordnung der Lausitz zu den Gebieten mit einer Dienstbelastung von mehr als 40 Prozent des bäuerlichen Arbeits- und Zugviehbesatzes für irrig. Das widerlegt schon ein Blick auf die landwirtschaftliche Betriebsgrößenzählung von 1895³⁴, wonach die Lausitzer Kreise, soweit sie 1815 zu Preußen kamen und nach den preußischen Ablösungsgesetzen reguliert werden konnten, noch zu diesem Stichjahr hinsichtlich des Anteils der Betriebe mit über 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche unter dem Durchschnitt der altbrandenburgischen Kreise lagen. Da der Großgrundbesitz nach 1815 noch Land gewann, muß vor 1815 sein Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche geringer gewesen sein. Bei einer zudem vorwiegend mittelbäuerlichen Struktur dürfte demnach die Belastung mit Arbeitsrenten nicht das durchgängige Höchstmaß erreicht haben. In den westbischen Kreisen des Herzogtums Magdeburg, den beiden Mansfelder Kreisen und dem Saalkreis lag der Anteil der in gutsherrlicher Hand befindlichen Nutzfläche etwa bei einem Drittel. Obwohl die Landarmut zahlenmäßig am größten war, wurden von vorwiegend großbäuerlichen Stellen wöchentlich noch zwei Spanndienste geleistet. Eine Umwandlung der Dienste in Geldrenten war allerdings nicht selten, im domanialen Bereich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wohl die Regel. Bei dieser Beschaffenheit scheinen diese Gebiete doch eher zu jenem Typ zu gehören, bei dem ein starker klein- und unterbäuerlicher Bevölkerungsanteil vorhanden war, aber auch zahlreiche große gutsherrliche Eigenwirtschaften bestanden.

Schließlich scheinen die Wandlungen in Form und Höhe der Belastungen während des 18. Jahrhunderts etwas zu sehr in den Hintergrund zu treten. Es entsteht fast der Eindruck, daß es sich um relativ statische Zustände gehandelt habe, während doch tatsächlich eine zunehmende Unterhöhung der feudalen Produktionsverhältnisse durch die Entwicklung der Produktivkräfte stattfand. Zeugnis für die vor sich gegangenen Veränderungen waren nicht nur die Einführung neuer Kulturen und Anbausysteme, sondern auch die beginnende Umstellung gutsherrlicher Teilbetriebs- auf Eigenbetriebswirtschaft in den östlichen Gebieten durch teilweise oder gänzliche Ablösung der Arbeitsrenten. Endlich haben sich in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts auch die Einkommensverhältnisse vieler Bauern merklich verbessert; nahmen sie doch am allgemeinen landwirtschaftlichen Fortschritt teil und bewiesen dabei ein großes Geschick, günstige Absatzchancen zu ergreifen.³⁵ Die knappen Ausführun-

34 Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe 1895, in: Festschrift des Kgl. Preussischen Statistischen Bureaus, T. 2, Berlin 1905, S. 58 ff.

35 Vgl. Müller, Hans-Heinrich, a. a. O., S. 142 ff.; Berthold, Rudolf, a. a. O.; Harnisch, Hartmut, Bauerneinkommen, feudale Ausbeutung und agrarischer Fortschritt in der Mark Brandenburg gegen Ende des 18. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 1, S. 191 - 198.

gen Hennings zur Entwicklung der bäuerlichen Einkommen im 18. Jahrhundert sind dazu nicht ausreichend, auch nicht unter dem Gesichtspunkt, daß er seine Arbeit stark methodisch anlegte und die Darstellung der typischen Erscheinungen und ihrer räumlichen Verbreitung in den Vordergrund schob. In diesem Zusammenhang ist es recht bemerkenswert, daß Henning in seiner Untersuchung nicht dem Schema Abels folgte, der bekanntlich die Entwicklung unter dem Verhältnis von Bevölkerungswachstum und Agrarkonjunktur betrachtete.

Das für sein Thema mit 180 Seiten nicht sonderlich umfangreiche Buch ist außerordentlich konzentriert geschrieben. Zahlreiche Tabellen, Diagramme und Kartenskizzen ergänzen die Ausführungen. Es ist keine ganz leichte Lektüre. Dennoch gelingt es dem Verfasser, seine Gedanken klar zu formulieren und die Ergebnisse deutlich werden zu lassen. Unsere Bemerkungen konnten den Ertrag dieses Buches für die Agrar- und Wirtschaftsgeschichte nur andeuten. Aber ohne Frage, Henning hat ein sehr anregendes, in methodischer Hinsicht beachtliches Werk vorgelegt, ein Buch fruchtbarer Fragestellungen. Alle weiteren Forschungen zu dieser Thematik werden sich damit auseinanderzusetzen haben. Das Problem der Dienste und Abgaben, das heißt der feudalen Ausbeutung, ist damit auch in der bürgerlichen Forschung zum Thema der agrarhistorischen Untersuchung geworden. Zweifellos werden weitere Untersuchungen das Bild der räumlichen Typisierung differenzieren, sicher werden sich auch die Methoden der Ertragsberechnung noch verfeinern lassen. Und heute läßt sich schon voraussagen, daß, ausgehend von relativ gesicherten Ergebnissen und unter Verwendung archivalischer Quellen, die von Henning entwickelten Methoden, wenn auch regional unterschiedlich, für die Zeit bis etwa 1450 bis 1550 anwendbar sind.

Ein genauere Kenntnis der feudalen Ausbeutung in diesem Zeitraum wird für die Analyse der sozialökonomischen Struktur und ihrer Wandlungen von grundlegender Bedeutung sein. Man denke nur an die Verschärfung der feudalen Ausbeutung vom 16. bis 18. Jahrhundert, die bisher nur in Einzelbeispielen belegt ist, und die daraus abgeleiteten Beziehungen zum System der feudalabsolutistischen Herrschaft, zur Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer Anwendungsmöglichkeiten, zu den Voraussetzungen für die Überwindung der feudalen Produktionsverhältnisse und anderes mehr. Ein weites Feld fruchtbarer Forschung tut sich hier auf.

Wir können zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurückkehren. Die Einseitigkeiten der agrarverfassungsgeschichtlichen Richtung hatten lange Zeit die Erforschung der deutschen Agrargeschichte des Spätfeudalismus beengt. Die Notwendigkeit, die sozialökonomische Struktur der feudalen Agrargesellschaft und ihrer Wandlungen auch auf verfassungsgeschichtlich bestimmte Ursachenkomplexe zurückzuführen, ist unbestreitbar, jedoch bedarf einer gleichrangigen Behandlung auch die Agrarökonomie, in der der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die Produktionserträge, die Frage der Marktverflechtungen und schließlich das Problem der feudalen Ausbeutung zusammenfließen. Beide Aspekte zusammen machen erst die Agrargeschichte aus.

Aspekte der Bauernbefreiung in Ostpreußen

In das 19. Jahrhundert führt die Arbeit von Brase. Sie stellt gewissermaßen den Zusammenhang zwischen vorkapitalistischer Struktur und preußischem Weg der Landwirtschaft her. Ehe nämlich Brase den Einfluß der Agrarreformen auf die ostpreußischen Bauern untersucht, liefert er im ersten Teil seiner von Abel angeregten Dissertation ein recht instruktives Bild von den agrarwirtschaftlichen Zuständen im 18. Jahrhundert. Dabei übernimmt er im wesentlichen die gleichen Methoden und Gliederungsmerkmale, wie sie Henning in seinen beiden Arbeiten, vor allem in der ostpreußischen Studie, entwickelt hat. Die quantifizierten Daten der bäuerlichen Belastungen und Einkommen werden lediglich auf je 100 Hektar umge-

rechnet und von nur sechs landesherrlichen Ämtern, deren Auswahl für ostpreussische Verhältnisse als repräsentativ gelten kann, ausgewiesen. Alle Vorzüge und Einwände, die bei Henning genannt wurden, treffen im Grunde auch für Brase zu, nur daß letzterer die untersuchten Verhältnisse weniger ausführlich und tiefgründig darstellt.

Ostpreußen bildete im 18. Jahrhundert hinsichtlich des bäuerlichen Grundbesitzes innerhalb Preußens ein gewisses Extrem. Es war die einzige Provinz, in der die Anzahl landesherrlicher Bauern die der adligen beträchtlich überwog. Erstere (Scharwerker, Hochzinsler, Köllmer) bewirtschafteten 65,5, letztere knapp 11 Prozent der Nutzfläche. Dieses Zahlenverhältnis ist nicht ohne Bedeutung für die Beurteilung, insbesondere für die Varianten des preussischen Weges; denn die landesherrlichen Bauern erhielten ihre "Freiheit" ohne Landabtretung, dafür aber unter stärkster finanzieller Belastung. Von den landesherrlichen Bauern untersucht nun Brase hauptsächlich nur eine begrenzte Anzahl von Scharwerksbauern, die arbeitsrentenpflichtigen Bauern - die etwa 44 Prozent aller ostpreussischen Bauern ausmachten -, auf ihre wirtschaftlichen Veränderungen, denen sie nach den Reformen ausgesetzt waren.

Brase stellt auf seine Weise den Zusammenhang zwischen feudalem Rentenbezug und Ablösung her. Er weist nach, daß die Art und Höhe der Scharwerksdienste und anderer Belastungen die Höhe der Ablösungssummen bestimmten. Eindrucksvoll ist der zahlenmäßig ausgewiesene Gewinn der Regierung für die Aufhebung der Scharwerksdienste, der um 40 Prozent höher lag als die berechneten fiskalischen "Einbußen". Brase gelangt angesichts dieser Tatsache zu der Feststellung, daß die Regierung in den Agrarreformen mehr eine für die Bauern drückende Steuerquelle sah als ihre sozial- und wirtschaftspolitische Bedeutung. An diesem Beispiel wird aber auch so recht deutlich, daß die preussische Regierung bzw. der König keineswegs eine maßvollere Ablösungspolitik betrieben als die adligen Gutsherren.

Die zahlreichen neuen, aus der Ablösung hervorgehenden Belastungen werden weitgehend genauso quantifiziert wie für die Zeit des 18. Jahrhunderts. Sie werden in Beziehung gesetzt zu je 100 Hektar Nutzfläche, zum Rohertrag und zum Reineinkommen. Auf diese Weise ist Brase in der Lage, die Belastungen und Reineinkommen vor und nach den Agrarreformen und mit den adligen und einigen anderen bäuerlichen Kategorien zu vergleichen. Die Ergebnisse sind eindeutig. Scharwerksbauern wurden am höchsten belastet, mit 146,9 Taler je 100 Hektar, die Hochzinsler mit 86,5 Taler und die Köllmer mit 45,3 Taler. Die Belastungen der Adelsbauern betragen dagegen 17,4 bzw. 44,6 Taler (einschließlich Inventarzinsen), allerdings unter Abgabe der Hälfte oder eines Drittels ihres Landes. Lösten sich die Adelsbauern ausschließlich auf finanzieller Basis ab, so betrug die Belastung 108,9 bzw. 124,4 Taler (einschließlich Inventarzinsen) je 100 Hektar, sie lag also noch unter der der landesherrlichen Scharwerksbauern.

Verglichen mit den Belastungen des 18. Jahrhunderts und unter Berücksichtigung der herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse nach den Reformen, standen sich die abgelösten Scharwerksbauern, wie Brase schlußfolgert, bedeutend schlechter als zur Zeit der gutsherrschaftlich-bäuerlichen Bindungen. Damit erweist sich auch hier die Richtigkeit der Feststellung Lenins, wonach die Bauern in Preußen zu jahrzehntelanger qualvollster Ausbeutung und Knechtung verurteilt waren. In der unterschiedlichen Belastung erkennt Brase einen wesentlichen Ansatzpunkt für den sozialökonomischen Differenzierungsprozeß, der sich im Laufe des 19. Jahrhunderts beschleunigt durchsetzte. Zugleich stellt er aber auch fest, daß die Mehrzahl der Bauern in Ostpreußen bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts keine Aussicht besaßen, ihre hohen Belastungen mit höheren Erträgen aus einer rationelleren Bewirtschaftung ihrer Betriebe zu kompensieren, da die schwerwiegenden Belastungen notwendige Kapitalakkumulationen für eine Verbesserung der Wirtschaft unterbanden oder erschwerten.

Auch Brase hat die Nützlichkeit und Fruchtbarkeit der Anwendung quantifizierender Methoden, gestützt auf aussagefähige Archivquellen, für die Reformzeit erbracht. Die genauen Be-

rechnungen der Belastungen und Reineinkommen und ihre Umrechnung auf 100 Hektar erlauben exakte Vergleiche und Schlussfolgerungen. Dennoch wünschte man sich im Interesse einer optischen Wirksamkeit auch einige absolute Zahlen, beispielsweise die Gesamtsummen der bäuerlichen Ablösungen für eine Wirtschaft oder ein Dorf. Damit erhält der Leser, insbesondere der wirtschaftshistorisch weniger vorgebildete, eine greifbare Vorstellung von der Schwere der Lasten, die eine geschichtlich überlebte Klasse der Bauernschaft auferlegte. So groß die Vorzüge der Quantifizierung auch sind, sie birgt auch ihre Gefahren. Wohl gemerkt, nicht die Quantifizierung an sich. Aber beschränkt man sich allzu sehr auf eine ökonomisierte Betrachtungsweise, verläßt man sich nur auf die Macht der Statistik und Mathematik, gehen entscheidende gesellschaftliche Tatbestände und Bezüge, Klasseninteressen und -kämpfe, systembedingte Zusammenhänge unter.

Brase endet seine recht ertragreiche Arbeit mit der realistischen Feststellung, daß die sogenannte, von Knapp in die Literatur eingeführte "Bauernbefreiung" den Bauern keine Freiheit gebracht hat. Er plädiert für die von den Zeitgenossen geprägten Begriffe wie Regulierung, Ablösung oder Grundentlastung. Gewiß, eine Bauernbefreiung, wie sie Knapp verstanden wissen wollte, war sie nicht; sie war eine kapitalistische Bauernbefreiung. Sie wandelte die feudale Ausbeutung in eine kapitalistische um.

Viel Geld macht noch keinen Kapitalismus - volkswirtschaftliche Aspekte der Agrarreform in Süddeutschland

Im Rahmen der ökonomischen Entwicklung Deutschlands in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind zwei Vorgänge von fundamentaler Bedeutung. Der zeitlich erste ist der Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Landwirtschaft, der mit der sogenannten "Bauernbefreiung", der Herstellung des bürgerlichen Eigentums an Grund und Boden und der raschen Zunahme landwirtschaftlicher Großbetriebe verbunden ist. Im Zuge der "Bauernbefreiung" wurden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft "frei"gesetzt, und durch die Ablösungsgelder der Bauern entstanden erhebliche Geldfonds, die nach Anlage drängten. Der zweite Vorgang ist die Industrielle Revolution, die einsetzte, als die "Bauernbefreiung" ihren Höhepunkt erreichte. Die Industrielle Revolution führte zur massenhaften Anwendung neuer Produktionsmethoden im Rahmen des sich schnell ausdehnenden Fabriksystems. Sie benötigte Arbeitskräfte und Geldfonds, um die notwendigen Investitionen durchführen zu können.

Freie Arbeitskräfte und erhebliche Geldfonds gehörten zu den Ergebnissen der Agrarreform. Damit schuf sie wichtige Voraussetzungen für die Industrielle Revolution. Dieser Zusammenhang ist wohl erkannt, aber noch ungenügend erforscht. Die durch die "Bauernbefreiung" entstandenen Geldfonds waren selbst in West- und Süddeutschland erheblich, obwohl dort die Lage der Bauern im Vergleich zum Nordosten noch relativ günstig war.³⁶ Im Königreich Württemberg betrug die Entschädigungssumme nach den Gesetzen vom 27./28. Oktober 1836 für die Ablösung der Frondienste, Beeden und der Leibeigenschaftsleistungen, wie Winkel mitteilt, 5 773 425 Gulden und nach den Gesetzen vom 14. April 1848 und 17. Juni 1849 für die Ablösung der Gefälle und Zehnten 68 830 000 Gulden (S. 44).³⁶ Im Großherzogtum Baden mußten die Bauern für die Ablösung der persönlichen Leibeigenschaftsgefälle, des Judenschutzes und der Hintersassengelder sowie anderer steuerähnlicher Abgaben nach mehreren Gesetzen aus den Jahren von 1820 bis 1828 und 1824 bis 1831 4 973 616 Gulden zahlen (S. 49). Drei weitere Gesetze vom 28. Dezember 1831 regelten die Aufhebung und Ablösung der Frondienste, Blut- und Neubruchzehnten. Die Feudalherren erhielten als

³⁶ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben beziehen sich auf das rezensierte Buch von Winkel.

Ablösungssumme fast zwei Millionen Gulden. Die Zehntablösung wurde durch das Gesetz vom 15. November 1833 geregelt. Die Bauern mußten 32 Millionen Gulden zahlen, die Regierung gab aus Steuergeldern noch 8 Millionen dazu (S. 52). Für das Herzogtum Nassau lassen sich die Ablösungsgelder nicht mehr vollständig erfassen. Für die Ablösung des Zehnten hatten die Bauern 9 197 716 Gulden aufzubringen (S. 58 ff.).

Allein in diesen drei Kleinstaaten des deutschen Südwestens erhielt die Feudalklasse 130 774 757 Gulden oder rund 243 Millionen Mark damaliger Währung. Dieser Geldfonds von fast oder rund (die Angaben über die Ablösung waren nicht vollständig) einer Viertel-milliarde Mark war in wirtschaftlicher Hinsicht für den Südwesten ein erheblicher Aktivposten. Die von den Bauern aufgebracht und der Verbesserung ihrer Wirtschaft entzogenen Beträge hätten beträchtliche volkswirtschaftliche Investitionen zugelassen. Es waren deshalb günstige Bedingungen für den Übergang vom Manufakturwesen zum Fabrikssystem vorhanden. Aber auch für den Aufbau kapitalistischer landwirtschaftlicher Großbetriebe waren die Voraussetzungen besser geworden.

Für den Agrar- und Wirtschaftshistoriker, der sich mit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts befaßt, ist es deshalb eine interessante Fragestellung: Was geschah mit den Geldfonds der Ablösungsgesetzgebung bzw. auf welche Weise wurden die für die Industrielle Revolution notwendigen Investitionen aufgebracht? Leider gibt die bisherige Forschung hierauf nur sehr ungenügend Antwort. Es ist bereits sehr viel über die Grundentlastung und die sogenannte Bauernbefreiung geschrieben worden. Winkel nennt in seinem Buch die bekanntesten Werke. Seiner Einschätzung dieser Bücher und Artikel kann durchaus zugestimmt werden: "Die Mehrzahl der Autoren befaßt sich darüber hinaus fast ausschließlich mit dem Zustandekommen der gesetzlichen Bestimmungen und deren Durchführung, weniger mit den weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen" (S. 39).

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Agrarreformen sind ausgesprochen ungenügend erforscht. In thematischer Hinsicht schließt Winkel hier eine Lücke, indem er die Verwendung der Geldfonds aus der Ablösungsgesetzgebung in West- und Süddeutschland untersucht. Das geschieht im Zusammenhang mit der übergeordneten Fragestellung: Woher kamen die Geldmittel für den Aufbau der deutschen Industrie?

An möglichen Kapitalquellen für den Aufbau des Fabriksystems kamen nach Winkel damals in Frage:

- die Spareinlagen bei den Kreditinstituten
- das Bankkapital
- das Handelskapital
- die Selbstfinanzierung der Industrie
- die Geldfonds der Ablösungsgesetzgebung.

Die Spareinlagen bei den Kreditinstituten waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch unbedeutend. Die Masse der Bevölkerung bestand aus Bauern, die durch die hohen Ablösungsgebühren nicht zum Sparen kamen. Auf die dürftigen Lebensverhältnisse der Arbeiter in den Manufakturen und ersten Fabriken muß nicht besonders hingewiesen werden. Sie unterschieden sich nicht von denen der englischen Arbeiter, die Engels bereits ausführlich beschrieben hat.³⁷

Das Bankkapital war, abgesehen von wenigen größeren Bankhäusern, gering und reichte für eine Industriefinanzierung nicht aus. Außerdem beschäftigten sich die Banken vornehmlich

³⁷ Engels, Friedrich, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1953, S. 225 - 506.

mit Konsumtiv-Krediten für die Vielzahl fürstlicher Potentaten. Für die Industriefinanzierung mußte erst ein leistungsfähiger Bankapparat aufgebaut werden.

Das Handelskapital war wohl die bedeutendste Kapitalquelle der damaligen Zeit. Aber die großen Kaufleute zögerten, ihre Kapitalien in industriellen Unternehmungen anzulegen. Das nach der Aufhebung der Kontinentalsperre schwer um seine Existenz ringende deutsche Gewerbe bot auch keinen Anreiz für größere Kapitalanlagen. Nur der Eisenbahnbau wurde frühzeitig und nachhaltig durch das Handelskapital gefördert. Hier erhoffte man sich durch die verkehrsmäßige Erschließung des deutschen Wirtschaftsraumes bessere Absatzmöglichkeiten.

Die Selbstfinanzierung der Industrie aus den Gewinnen der gewerblichen Produktion war ebenso unbedeutend wie die über die Spareinlagen. Die gewerblichen Betriebe hatten einen so niedrigen Akkumulationsfonds, daß sie die erweiterte Reproduktion nur in sehr beschränktem Maße finanzieren konnten.

Eine weitere bedeutende Kapitalquelle der damaligen Zeit waren die schon genannten Geldfonds der Ablösungsgesetzgebung. Sie wurden jedoch nur ausnahmsweise für den Aufbau und die Verbesserung von industriellen Unternehmungen verwendet.

Geldfonds für den Aufbau des Fabriksystems waren also vorhanden, aber sie wurden nur sehr langsam in industrielles Kapital verwandelt. Die zögernde Anlage von Geldfonds in der Industrie bedingte auch ihr langsames Wachstum. Mottek beschäftigte sich mit diesem Fragenkomplex sehr ausführlich in seiner Wirtschaftsgeschichte Deutschlands,³⁸ Winkel stützte sich auf die Forschungsergebnisse von Mottek, ohne jedoch den theoretischen Gehalt der ersten marxistischen deutschen Wirtschaftsgeschichte voll zu erfassen. Mottek geht es nicht nur allein darum, daß für den Aufbau der Industrie Geldfonds für Investitionen vorhanden sein mußten. Die Industrie benötigte ebenfalls Arbeitskräfte, die in starkem Maße durch die "Bauernbefreiung" und in deren Gefolge freigesetzt wurden, wobei wir nicht übersehen wollen, daß schon im 18. Jahrhundert in weiten Gebieten Deutschlands die unterbäuerliche Schicht die stärkste Schicht der Gesellschaft gewesen ist. Aufgrund der Quellen erkennt Winkel zwar die negativen Auswirkungen der Ablösungsgesetzgebung, aber den Zusammenhang zwischen der Verelendung von Teilen der Bauernschaft und dem Entstehen der Fabriken bemerkt er nicht. Das hat unter anderem seine Ursache in der verengten Fragestellung nach den Quellen für die Kapitalbildung und der Verwendung der aus der Ablösungsgesetzgebung stammenden Geldfonds.

Die enge Fragestellung ließ Winkel nicht alle grundlegenden Bedingungen für den Aufbau der deutschen Industrie im 19. Jahrhundert erkennen, aber sie ermöglichte ihm eine sehr detaillierte Untersuchung der "Höhe und Verwendung der Ablösungskapitalien" in den schon erwähnten drei deutschen Staaten. Schwerpunkt der Untersuchung sind 19 Standes- und Grundherrschaften, die auch Grund und Boden außerhalb der drei genannten Staaten besaßen.

Die Durchführung der Grundentlastung und der "Bauernbefreiung" hatte unterschiedliche Auswirkungen auf Bauern und Feudalherren. Für die Bauern brachten die Ablösungsgesetze für mehrere Jahrzehnte erhebliche Belastungen. Von 1812 bis 1875 mußten sie die schon angeführte Viertelmilliarde Mark aufbringen, wobei die Jahre von 1830 bis 1855 die höchste Belastung brachten. Die Feudalherren erhielten im gleichen Zeitabschnitt diese erheblichen Geldbeträge auf gesetzlichem Wege zugeschanzt.

In dem letzten Abschnitt seines Buches faßt Winkel die Ergebnisse seiner Untersuchungen über die 19 Standes- und Grundherrschaften zusammen. Für die Kenntnis der süd- und westdeutschen Agrarverhältnisse sind die Ergebnisse³⁹ so bedeutungsvoll, daß auf sie näher eingegangen werden soll.

³⁸ Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964, bes. S. 119 ff.

Befassen wir uns mit den Auswirkungen der Ablösungsgesetze auf die wirtschaftliche Lage der Bauern.

Winkel vertritt die Meinung, die Ablösung hätte zunächst keine Veränderung in der Höhe der Belastung für die Bauern gebracht. Auch sei die bäuerliche Existenz zum Zeitpunkt der Fixierung der Ablösungssumme dadurch nicht gefährdet gewesen. Nachteilige Wirkungen seien erst bei schweren Mißernten und einer nachhaltigen Verschlechterung der Ertragslage eingetreten. Vom Erscheinungsbild her hat Winkel durchaus recht. Aber seine Einschätzung trifft nicht den Kern der Sache. Alle uns bis jetzt zugänglich gewesenen Quellen und Monographien zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Bauern haben übereinstimmend bewiesen, daß bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Feudalrente eine Höhe erreicht hatte, die ein echtes Hindernis für eine erweiterte Reproduktion bildete. Beim damaligen Stand der Produktivkräfte und dem Preissystem war allgemein nur die einfache Reproduktion gesichert. Überschüsse waren nur beim Zusammentreffen mehrerer begünstigender Faktoren zu erzielen. Die bäuerliche Landwirtschaft "bilanzierte auf der Spitze", sie hatte keine Systemreserven, sie war instabil. Für eine solche Landwirtschaft mußten Veränderungen in der Rentenform weitreichende Konsequenzen haben, auch wenn die Gesamthöhe der betrieblichen Belastung nicht größer wurde. Die alte Feudalrente mit ihrer sowohl Natural- als auch Geldleistung band den Bauern vor allem an die Zufälligkeiten der Ertragslage. Wir wissen, daß bereits auf diesem Gebiet die Schwankungen erheblich waren. Die Übergangsrentenform der Ablösungsgesetzgebung befreite den Bauern nicht von der Gefahr der schwankenden Ertragslage, bürdete ihm aber durch die Geldleistungen noch die Unsicherheiten eines kapitalistischen Marktes auf.

Trotz nominell gleicher Belastungshöhe mußte durch einen Wechsel in der Rentenform die Existenzunsicherheit der Bauern größer werden. Im Grunde genommen ist die Belastung der Bauern gewachsen, weil sie eine unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen entstandene Rente unter kapitalistischen Verhältnissen weiter zahlen mußten. Der kapitalistische Konkurrenzkampf verlangte eine größere Akkumulationsrate. Er verlangte auch von den Bauern betriebliche Verbesserungen und beschränkte Investitionen. Wer dazu nicht in der Lage war, unterlag im Konkurrenzkampf und mußte den Betrieb teilweise oder ganz verkaufen. Die Nachteile der Übergangsrentenform der Ablösungsgesetzgebung traten deshalb nicht erst in Notzeiten ein. Sie waren immanenter Bestandteil dieser Rentenform. Notzeiten haben die Auswirkungen der Übergangsrente nur noch verstärkt.

Günstiger war für die Bauern in Württemberg die Situation. Bei der Berechnung der Ablösungssummen wurde der Preis für die Naturalleistungen um 25 Prozent niedriger angesetzt als die damaligen Marktpreise. Auch lag der Kapitalisierungsfaktor mit dem Zwölf- bis Sechzehnfachen des Jahresbetrages niedriger als in anderen deutschen Staaten. Diese für die Bauern günstigen Ablösungsgesetze hatte die württembergische Kammer der Abgeordneten 1848/49 unter dem Druck der bürgerlichen Revolution beschlossen. Der Feudalklasse wurden, berechnet nach den gesetzlichen Bestimmungen der benachbarten Staaten, rund 20 Millionen Gulden nicht gezahlt. Heuchlerisch betonten die Sprecher der Feudalklasse, daß sie zwar zu "Opfern für Volk und Land" bereit seien, aber sich nicht mit der Berechnung der Entschädigungssummen abfinden könnten (S. 47).

Unverständlich bleibt die Einschätzung der württembergischen Ablösungsgesetze von 1848/49 durch Winkel. Die günstigeren Bedingungen der württembergischen Bauern bezeichnet er als deren "Ablösungsgewinn". Selbst die Apostrophierung des Begriffs ändert nichts am falschen Bild. Die Bauern haben nichts gewonnen, sondern etwas weniger als ihre Klassengenossen in den benachbarten Staaten verloren.

Bemerkenswert ist die Haltung der württembergischen Abgeordneten. Sie hatten nicht nur die günstigeren Gesetze beschlossen, sondern auch alle Angriffe der Feudalklasse auf diese Gesetze abgewehrt. Die Abgeordneten waren zwar keine konsequenten Demokraten, sonst

hätten sie die Feudallasten entschädigungslos aufgehoben. Aber sie waren wiederum klug genug, die Übergangsrentenform niedriger zu halten als die Feudalrente, weil der landwirtschaftliche Betrieb des 19. Jahrhunderts größere Aufwendungen verlangte als der des 18. Jahrhunderts.

Im Zusammenhang mit der Ablösungsgesetzgebung und deren nachteiliger Auswirkung auf die Bauernwirtschaften erscheint die Frage nach den Ursachen der von Winkel angeführten schlechten Ertragslage der Landwirtschaft in den vierziger und fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts berechtigt. Schlechte Witterung und verbreitetes Auftreten von Pflanzenkrankheiten und Schädlingen waren sicherlich nicht die einzige Ursache. Die Auswirkungen der verfehlten Ablösungsgesetzgebung auf die mißliche Lage der Landwirtschaft mußten ebenfalls in die Untersuchung einbezogen werden. Diese Fragestellung drängt sich deshalb auf, weil wir aus neuerer Zeit wissen, eine schlechte Ertragslage entsteht durch das Zusammentreffen negativer gesellschaftlicher und natürlicher Faktoren (so 1922 und 1947).

Trotz seiner anfänglich positiven Bewertung der Ablösungsgesetzgebung muß Winkel zum Schluß zugeben, daß die sogenannte "Bauernbefreiung" erhebliche Nachteile für die Bauern hatte. Es ist interessant zu lesen, wie weit er dabei in seiner sauber gearbeiteten Untersuchung, aber objektivistischen Geschichtsbetrachtung geht. "Der durch Auslosung oder Verkäufe von Ablösungsobligationen anfallende Bargeldbestand führte in vielen west- und süddeutschen Grundherrschaften zu einer Grunderwerbpolitik, die an den Vorgang des Bauernlegens in den ostelbischen Gebieten erinnert" (S. 152). Fügen wir aber hinzu, daß sich dabei der Charakter der Agrarverfassung, die Rentenherrschaft, forterhalten hat.

Gegenüber dem 18. Jahrhundert hatten sich lediglich die Methoden geändert. Der ostelbische Adel hatte das Bauernland unter Anwendung herrschaftlicher Machtmittel in seinen Besitz gebracht. Das 19. Jahrhundert war "humaner" geworden. Auf gesetzlichem Wege wurden Teile der Bauernschaft ökonomisch ruiniert, so daß sie ihr Land "freiwillig" den Grundherren zum Kaufe anboten. Mit dem gleichen Geld, das die Grundherren den Bauern auf gesetzlichem Wege abgenommen hatten, kauften sie dann deren Land.

Winkel bringt genügend Beispiele dafür, wie ganze Ortschaften von den Grundherren aufgekauft worden sind. In Württemberg sind fast 10 Prozent der Bevölkerung in den fünfziger Jahren ausgewandert. Auch die Kirche beteiligte sich eifrig am Aufkauf der Bauernstellen.

Die preußische Art der Bauernbefreiung brachte auch für die süddeutschen und westdeutschen Bauern einen ungünstigen Start in die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Sie konnten die ungünstigen Startbedingungen, deren Ursache in der verfehlten Lösung der politischen Widersprüche lag, nur überwinden, wenn sie in zäher Arbeit die Ertragslage ihrer Wirtschaften verbesserten. Die Intensivierung der Bauernwirtschaften war deshalb eine Existenzfrage. Sie war nicht in das Ermessen des einzelnen gestellt. Die "Freiheit" bestand nur darin, zwischen Weiterbestehen oder Verlust der Wirtschaft zu entscheiden. Nur die Bauern, denen es gelang, ihre Wirtschaft zu intensivieren, hatten eine reale Überlebenschance.

Kommen wir zu den Vorteilen der Ablösungsgesetzgebung für die Feudalklasse.

Während es für die Bauern ausgesprochen nachteilig war, zu einem Zeitpunkt eine Viertelmilliarde Mark aufzubringen, zu dem sie durch den einsetzenden kapitalistischen Konkurrenzkampf gezwungen waren, ihre Betriebsweise zu intensivieren, brachte die Ablösung für die Feudalklasse Vorteile. Die Feudalrente war ein starres Renten- und Leistungssystem, das keine größeren Transaktionen oder schnellen wirtschaftlichen Entscheidungen zuließ. Sie entsprach einer Wirtschaftsweise, in der die Naturalwirtschaft noch starke Bastionen besaß. Das jährliche Einsammeln von Abgaben auf der Grundlage von buntscheckigen Rechtstiteln bei verstreut wohnenden Bauern war auch bei der Bringepflicht eine aufwendige Sache. Da die Naturalabgaben aus kleinen und kleinsten Posten von unterschiedlicher Qualität bestan-

den, war ihr Verkauf mit Hindernissen verbunden. Die Frondienste wurden in schlechter Qualität geleistet. Die Lohnarbeit war produktiver. Für den Kapitalismus, der auch die Ausbeutung rationalisierte, war eine solche Rente ein Fremdkörper. Ihr Ausbeutungscharakter war zu offensichtlich und ihre ökonomische Verwertbarkeit zu gering. Deshalb war die Mobilisierung der Feudalrente durch die Ablösungsgesetzgebung für die Feudalklasse von Vorteil. Sie erhielt jetzt Geldfonds in Form von Ablösungsobligationen, über die sie ganz anders als über die überholte Feudalrente verfügen konnte. Größere Transaktionen und schnelle Entscheidungen waren möglich. Die ökonomische Verwertbarkeit war erheblich größer geworden.

Wenn die Ablösungsobligationen nicht im kapitalistischen Sinne verwandt werden konnten, so lag das am Charakter der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf "preußischem Wege". Die Feudalklasse war noch so sehr im Standesdenken des 18. Jahrhunderts verhaftet, daß sie als einzig statthafte endgültige Wiederanlage der Geldfonds den Ankauf von Grund und Boden ansah. Das Fideikommißrecht und das standesherrliche Hausrecht standen einer anderen Verwertung hinderlich im Wege. Durch die Ruinierung der Bauern war auch Boden zum Ankauf vorhanden. Im Großherzogtum Baden kam es zu umfangreichen Bodenkäufen durch die Kirche. Da in den eigenen Ländern nicht ausreichend Boden zur Verfügung stand, wurden in anderen Territorien, selbst im Ausland, landwirtschaftliche Großbetriebe aufgekauft.

Ein Teil der Ablösungsobligationen wurde, wie Winkel nachweist, zur Tilgung der Schulden verwandt, mit denen viele Standes- und Grundherrschaften hoch belastet waren. Das komplizierte Umschuldungsverfahren hatte allerdings erst dann nachhaltigen Erfolg, als die Ablösungsobligationen nach 1848/49 einen festen Börsenkurs besaßen.

Für die Verbesserung der eigenen landwirtschaftlichen Betriebe verwandte die Feudalklasse nur den allergeringsten Teil der Ablösungsobligationen. Das ist um so erstaunlicher, weil die ostelbischen Großgrundbesitzer in dieser Hinsicht eine andere Haltung einnahmen. So hat zum Beispiel das mecklenburgische Klosteramt Dobbertin von 1833 bis 1870 für seine 16 Pachthöfe etwa 150 000 Taler für den Neubau von Viehstallungen und Wohnhäusern für die Pächter ausgegeben.³⁹

Noch weniger als für die Verbesserung der eigenen landwirtschaftlichen Betriebe gab die süd- und westdeutsche Feudalklasse für die Gründung industrieller Unternehmen aus. Die Verwendung von Ablösungsobligationen für industrielle Investitionen blieb auf solche Fälle beschränkt, wo bereits früher gewerbliche Unternehmen Bestandteil einer Standesherrschaft waren. Die Feudalherren waren eher bereit, ihre Ablösungsobligationen für den Ankauf von Eisenbahnaktien zu verwenden. Die Anlage ihres Geldes bei in- und ausländischen Eisenbahngesellschaften hielten sie für sicherer als in der Industrie. Der Kauf dieser Wertpapiere hatte den Vorteil, daß ein Teil der Geldfonds der Ablösungsgesetzgebung der Wirtschaft unmittelbaren Nutzen brachte.

Der überwiegende Teil der Ablösungsobligationen wurde jedoch zum Ankauf von Staatspapieren benutzt. Gab es nicht genug Staatsobligationen des eigenen Landes, so wurden solche anderer deutscher Bundesstaaten oder des Auslandes gekauft. Selbst Staatsobligationen überseeischer Länder galten für sicherer als eine Anlage in der deutschen Industrie (S. 157).

Der Adel war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts enger mit dem damaligen Staat als seinem Sachwalter verbunden als mit der Bourgeoisie - die noch immer der entscheidende Klassengegner war - und der von ihr betriebenen Industrie. Auf diesen wichtigen Umstand

³⁹ Moll, Georg, a. a. O., S. 154.

für die Bevorzugung von Staatsobligationen durch den Adel ist Winkel nicht eingegangen. Er unterschätzt in diesem Falle die Wirksamkeit politischer Bindungen.

Begünstigt wurde der Kauf von Staatsobligationen durch das schon genannte Fideikommißrecht und die Hausgesetze sowie durch die traditionelle Tätigkeit der Banken, die die Depositen des Adels verwalteten. Das Wertpapiergeschäft gehörte zu den wichtigsten Aufgaben dieser Banken, die ihren Kunden den Ankauf von Staatsobligationen als sichere Kapitalanlage empfahlen. Erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts wandten sich die Banken verstärkt der Industriefinanzierung zu.

Wägt man abschließend die finanziellen Auswirkungen der Ablösungsgesetze in den untersuchten west- und süddeutschen Gebieten, wie sie Winkel darlegt, ab, dann liegen die Vorteile eindeutig auf Seiten des Adels. Bevor die alte herrschende Klasse gezwungen war, ihre Herrschaft mit der Bourgeoisie zu teilen, belastete sie die Volkswirtschaft erneut mit einem gewaltigen Tribut in Form der Übergangsrente der Ablösungsgesetzgebung. Da diese Geldfonds in erster Linie für Staatsobligationen verwandt wurden, fehlten für den Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft erhebliche Investitionsmittel. Die reaktionären Ablösungsgesetze sind deshalb zu den Ursachen zu rechnen, aus denen die ökonomische Entwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert sehr lange Zeit hinter England und Frankreich zurückblieb.

Indem Winkel dem Zusammenhang zwischen der Verwendung der Geldfonds der Ablösungsgesetzgebung und der Industrialisierung Deutschlands nachgegangen ist, hat er den Systemcharakter von Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik deutlich gemacht. Die reaktionäre Gesetzgebung für einen Wirtschaftszweig zog schwerwiegende Folgen für die gesamte Volkswirtschaft nach sich. Den Klassencharakter dieser entscheidenden Vorgänge in der deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts hat er jedoch nicht herausgearbeitet. Darin liegen die Grenzen seiner Betrachtungsweise.

Deutlich zeigen sich diese Grenzen bei der Auswertung einer sehr interessanten Quelle, die wörtlich zitiert wurde. In der badischen zweiten Kammer kam es am 1. Mai 1840 zwischen dem Finanzminister von Böckh und dem Abgeordneten von Itzenstein zu einem Reduell (S. 153):

"von Itzenstein: Eine der wichtigsten Folgen der Zehntablösung wird nicht wohlthätig für das Volk sein, sie besteht darin, daß eine Masse Geld in die Hände der Kirchen- und Staatsbehörden kommen wird, was alles in Gütern angelegt wird, und was die Folge haben wird, daß wir künftig statt freier Bürger bloß Pächter haben werden ..."

von Böckh: Haben Sie sich etwas anderes denken können, als daß diejenigen, welche man ihr Eigentum zu veräußern gezwungen hat, sich für den Kaufpreis anderes Eigentum erwerben werden?

von Itzenstein: Nein.

von Böckh: Haben Sie geglaubt, es werden diese Gelder eine luxuriöse Verwendung finden?

von Itzenstein: Nein.

von Böckh: Also ist es natürlich, daß sie aus dem Erlös der Zehnten Güter kaufen ..."

Winkel wertete diese Passage des Protokolls nur in Hinblick auf die Folgen der wachsenden Nachfrage nach Grundbesitz aus, die durch die Geldfonds der Ablösungsgesetze stimuliert worden war. Doch das war nur eine Seite des Reduells, gewissermaßen der äußere Anlaß für den Finanzminister, den prinzipiellen Standpunkt der Repräsentanten der Adelsklasse zur Ablösung darzulegen. Aufgabe der Ablösungsgesetze war es, gegen Entschädigung feudales Eigentum aufzuheben, damit mit den Ablösungsgeldern der Bauern kapitalistisches Eigentum geschaffen werden konnte. Das war der Klassenstandpunkt der Adelskaste, die

vom Feudalismus zu retten suchte, was zu retten möglich war, wie Friedrich Engels so trefflich schrieb.⁴⁰

Wenn Winkel auch die Klassenbedingtheit der "Bauernbefreiung" nicht mit allen Konsequenzen erkannte, so hat er doch ein außerordentlich umfangreiches Material zu den ökonomischen Auswirkungen der Ablösungsgesetze verarbeitet, das mehr Zusammenhänge erkennen läßt, als er selbst sieht. Sein objektivistischer Standpunkt hindert ihn, die Quellen "objektiver", das heißt im Interesse der durch die Ablösung erheblich benachteiligten Bauern auszuwerten. Dennoch ist das besprochene Buch von Winkel eine positive Erscheinung auf dem Gebiet der westdeutschen Agrar- und Wirtschaftsgeschichte. Während die bisherige Forschung sich auf die gesetzlichen Grundlagen der Ablösung beschränkte, gibt es Auskunft über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, das heißt über den materiellen Gehalt dieser Gesetze. Erst durch die Kenntnis der materiellen Auswirkungen ist eine umfassende Einschätzung der Ablösungsgesetze möglich.

Die Untersuchungen dieser materiellen Auswirkungen der Ablösungsgesetze haben deutlich gemacht, daß es gegenüber den ostelbischen Territorien keine prinzipiellen Unterschiede gab. Die zweite Welle des Bauernlegens in der deutschen Geschichte, die mit der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft verbunden war, erfaßte auch den Südwesten.⁴¹ Die Unterschiede zwischen West- und Ostelbien sind nur gradueller Art, bedingt durch die unterschiedliche Höhe und Zusammensetzung der Feudalrente. Damit bestätigt die Arbeit von Winkel auch für West- und Süddeutschland die Gültigkeit der Lehre Lenins über die Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft auf preußischem Wege.

Ausblicke

Ernstzunehmende Arbeiten der marxistisch-leninistischen Forschung sowie materialreiche, solide gearbeitete bürgerliche Untersuchungen über die Entwicklung der Landwirtschaft auf preußischem Wege wurden vorgelegt; doch das 19. Jahrhundert gehört immer noch zu den vernachlässigten Perioden in der Agrarforschung. Viele allgemein bekannte Vorgänge entbehren noch einer sicheren und beweiskräftigen Kenntnis. Das gilt insbesondere für die von Lenin so aufmerksam verfolgte Differenzierung der Bauernschaft und der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur sowie der Bodenbewegung, zu der die zeitgenössische Statistik nur unzulängliches Material bietet. Die Entwicklung der Bauernwirtschaften hat nach der Aufhebung des feudalen Obereigentums in den Quellen nur spärlichen Niederschlag gefunden, und bis zu den großen Enquêtes im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurden über sie so gut wie keine Erhebungen angestellt.

Hennings Buch bietet eine wichtige Ausgangsbasis für die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen spätfеudaler Agrarstruktur und kapitalistischer Agrarentwicklung. Er hat drei Untersuchungsgebiete herausgearbeitet, die auch für die Überwindung der feudalen Produktionsverhältnisse und für die Variantenbildung des preußischen Weges charakteristisch waren:

1. Die Gebiete westlich des Rheins unterlagen der Agrargesetzgebung der französischen Revolution. Nach 1815 wagten auch die neuen Herren nicht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Das gilt auch für die bayrische Rheinpfalz und die westrheinischen Gebiete Preußens. Hier können wir von einer dem amerikanischen Weg sehr nahe kommenden Form der kapitalistischen "Bauernbefreiung" sprechen.

⁴⁰ Engels, Friedrich, Zur Geschichte der preußischen Bauern, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 244 f.

⁴¹ Berthold, Rudolf, Feudales Bauernlegen im Spiegel der westdeutschen Geschichtsschreibung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 6/1961, S. 1299.

2. In den ehemaligen Rheinbundstaaten, den preußischen Provinzen Westfalen und Sachsen (seit 1866 auch Hannover, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein), den Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie, den baltischen Gebieten und dem seit 1815 unter zaristischer Herrschaft stehenden Königreich Polen wurde - bei teilweise erheblichen Unterschieden - das feudale Obereigentum durch Geldrenten abgelöst. Es handelte sich hier um eine der möglichen Formen des preußischen Weges.
3. In den preußischen Ostprovinzen (Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien und Brandenburg) hatten die Grundherren die Wahl, den Bauern entweder Landabtretung oder Geldrente oder beides aufzuerlegen. Bekanntlich wurde von der Landentschädigung weitgehend Gebrauch gemacht. Wir haben hier die andere der beiden Grundformen des preußischen Weges vor uns.

Die ganze Problematik des preußischen Weges in Gebieten so unterschiedlicher spätfеudaler Agrarstruktur und so verschiedener Wege des Übergangs zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen vermittelt die von uns vorgelegte Tabelle.

Eine Interpretation muß hier unterbleiben. Sie ist auch nur im Zusammenhang mit der einschlägigen Gesetzgebung möglich. Ebenso muß die Frage nach der Zuverlässigkeit der Zahlen unberücksichtigt bleiben. Zumindest sind alle Zahlenangaben über die bäuerlichen Landverluste sehr vorsichtig zu behandeln. (Die Gesamtsumme stimmt nicht immer mit Addition der einzelnen Positionen überein.) Die Überlegungen Saalfelds dazu haben uns auch nicht viel weitergebracht.⁴² Für die Kritik sind immer noch die Ausführungen von Friedrich Engels in seiner Geschichte der preußischen Bauern zutreffend. Wir wollen dabei notieren, daß die bekannte Denkschrift über die Veränderungen der bäuerlichen Nahrungen vom Jahre 1865, die Meitzen in seinem achtbändigen Werk verarbeitet hat und aus der Engels seine Zahlen bezog, in mehreren Fassungen vorliegt. Fehlen bereits in der veröffentlichten Denkschrift die Verluste, die sich aus der Separation und Regulierung ergaben, so weichen alle Zahlen in den verschiedenen Fassungen erheblich voneinander ab.⁴³ Man erhält den Eindruck, als hätte der preußische Staat die ihm genehme Fassung veröffentlicht. Ob Manipulierungstendenzen eine Rolle spielten? Doch aus nebenstehender Tabelle lassen sich deutlich drei Gebiete, denen die drei Varianten innerhalb der beiden objektiv möglichen Wege entsprechen, abheben: 1. Rheinprovinz (weiteste Annäherung an den amerikanischen Weg), 2. Westfalen, Hessen-Nassau, Hannover, Schleswig-Holstein, Provinz Sachsen (preußischer Weg mit überwiegender Geldentschädigung), 3. Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien und Brandenburg (preußischer Weg mit überwiegender Landentschädigung).

Ungeachtet aller notwendigen Quellenkritik zeigt aber die Tabelle eindeutig:

Im Bereich der Gutsherrschaft (mit Ausnahme Ostholsteins) benutzten die Feudalherren ihre Stellung, um eine Regulierung zu erzwingen, die für ihre hergebrachten ökonomischen Interessen am günstigsten war, nämlich die Landabtretung zum Zwecke des Ausbaues ihrer Gutswirtschaften. Die Unterschiede in den sechs östlichen Provinzen lassen erkennen, daß in den Gebieten mit weit verbreitetem Lassitentum und Zeitpachtverhältnis im Spätfеudalismus (Brandenburg und Pommern) die gutsherrlichen Entschädigungsforderungen besonders hochgeschraubt wurden. In Ostpreußen und Schlesien waren bessere bäuerliche Besitzrechte weit verbreitet, und demzufolge war auch die den Bauern abgepreßte Entschädigungssumme geringer.

⁴² Vgl. Saalfeld, Diedrich, Zur Frage des bäuerlichen Landverlustes im Zusammenhang mit den preußischen Agrarreformen, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, Bd. 11, 1963, S. 163 ff.

⁴³ DZA Merseburg, Rep. 87 B, Nr. 10 822 u. 10 823.

Die Ablösungslasten der kapitalistischen Bauernbefreiung in den preußischen Provinzen⁺
(nach dem Stand von 1875)

Provinz	Bäuerliche Entschädigungsleistungen		die Grundherrlichkeiten		Aufgehobene	
	Landentschädigung in ha	Kapitalentschädigung in Mark	Geldrente in Mark	Roggenrente in Neuscheffel	Spann-	Handdiensttage
Ostpreußen	41 662	4 646 227	696 685	22 330	209 111	276 245
Westpreußen	12 448	3 028 168	1 105 747	2 464	178 164	324 197
Pommern und Posen ⁺⁺	219 552	25 829 349	4 987 978	85 758	2 877 663	6 009 380
Brandenburg	105 621	34 578 245	2 315 825	156 365	1 201 084	3 014 517
Schlesien	38 049	21 927 322	5 794 585	59 406	1 599 409	1 342 060
Sachsen ⁺⁺⁺	4 459	35 872 800	2 591 931	55 074	211 975	372 075
Hannover	189	45 742 661	254 167	198	3 483	11 774
Schlesw. -Holstein	-	12 924 117	-	-	-	7 848
Westfalen	445	29 856 093	776 736	4 423	79 950	146 382
Rheinprovinz ^o	-	1 688 811	131 550	738	-	-
Hessen-Nassau	-	488 617	11 102	-	1 936	-
Sigmaringen	-	8 538 749	-	-	-	-
Preußen	422 402	225 120 559	18 666 486	386 856	6 355 775	23 593 378

+ Die Tabelle ist aufgrund der Zusammenstellungen in Zeitschrift für die Landeskulturgesetzgebung in den Preußischen Staaten, Bd. 25, 1877, S. 168 f., bearbeitet worden. Während dort die Angaben nach den mit der Regulierung beauftragten Behörden gemacht werden, erfolgt der besseren Übersichtlichkeit wegen hier die Umstellung auf die einzelnen Provinzen.

++ Die Provinzen Posen und Pommern müssen gemeinsam aufgeführt werden, da sie einer Generalkommission (Stargard) unterstanden.

+++ Die Generalkommission für die Provinz Sachsen bearbeitete aufgrund spezieller Staatsverträge die Regulierungsangelegenheiten in Anhalt und in einigen thüringischen Staaten mit. Von der Gesamtsumme der Provinz Sachsen müssen daher 202 140 Mark Kapitalentschädigung und 11 466 Mark Geldrente abgesetzt werden.

o In der Rheinprovinz werden nur für den Regierungsbezirk Koblenz Angaben gemacht. Bei den Regierungsbezirken Aachen, Düsseldorf, Köln und Trier dagegen nicht. Es konnte nicht geklärt werden, ob daraus der Schluß gezogen werden kann, daß 1815, nach der preußischen Inbesitznahme dieser Gebiete, die "Bauernbefreiung" bereits abgeschlossen war.

Die vorwiegend grundherrschaftliche Struktur der westlichen Provinzen, Hannovers und teilweise Sachsens im Spätfudalismus, gekennzeichnet durch das Vorherrschen besserer bauerlicher Besitzrechte und eine in langer Tradition gefestigte Landgemeinde, hatte das Aufkommen der Gutsherrschaft verhindert. Ohne Ansatzpunkte zum Ausbau eigener Gutsbetriebe und nach den Erfahrungen der Rheinbundzeit war in diesen Gebieten eine Landabtretung großen Stils kaum durchzusetzen. Es kam daher zur Geldablösung. Ihre Höhe mußte aber, nach den Gesamtsummen zu urteilen, die einzelnen Bauernstellen schwerstens belastet haben.

Die unterschiedlichen Varianten der kapitalistischen Agrarentwicklung in ihrer ursächlichen Bedingtheit werden aus einer Bemerkung Lenins deutlich: "Je mehr Land die Bauern bei der Befreiung erhalten hätten und je billiger sie es erhalten hätten, desto rascher, umfassender und freier würde sich der Kapitalismus in Rußland entwickeln, desto höher wäre der Lebensstandard der Bevölkerung, desto ausgedehnter der innere Markt, desto rascher ginge es mit der Anwendung von Maschinen in der Produktion voran, mit einem Wort, desto mehr würde die ökonomische Entwicklung Rußlands der ökonomischen Entwicklung Amerikas gleichen. Ich beschränke mich darauf, zwei Umstände anzuführen, die meiner Meinung nach die Richtigkeit der letzteren Ansicht bekräftigen: 1. auf Grund des Landmangels und der Abgabenlast hat sich bei uns in einem sehr ausgedehnten Gebiet das System der Abarbeit in der privaten Gutswirtschaft, d. h. ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft, und durchaus kein Kapitalismus entwickelt; 2. gerade in unseren Randgebieten, wo die Leibeigenschaft entweder völlig unbekannt oder aber am schwächsten entwickelt war, wo die Bauern weniger unter dem Landmangel, der Abarbeit und Abgabenlast leiden, hat sich der Kapitalismus in der Landwirtschaft am stärksten entwickelt."⁴⁴

Die Anwendung dieser Feststellung Lenins auf die mitteleuropäischen Verhältnisse vermittelt wesentliche Hinweise auf wichtige Probleme bei der Erforschung des preußischen Weges. Die schnelle revolutionäre Überwindung der feudalen Produktionsverhältnisse in Frankreich hat in der Tat eine beachtliche Entwicklung der Agrarproduktion und der Hektarerträge zur Folge gehabt.⁴⁵ Die Bauern erhielten hier ihr Land "billig", das heißt ohne ihre Wirtschaft jahrzehntelang beeinträchtigende Ablösungsrenten.

Ganz anders in Preußen. Die Bauern mußten sich ihre "Freiheit" mit schwerwiegender Landabtretung und Geldablösung erkaufen. Immerhin ging trotz Regulierungsverlusten und Ausverkauf von Bauernstellen ein zahlenmäßig starkes Großbauerntum aus der kapitalistischen Bauernbefreiung hervor. Es besaß vielfach eine sich aus der der Landabtretung zwangsläufig folgenden Separation ergebende moderne Flureinteilung. Kapitalkräftige Bauern vollzogen auch schon einen Ausbau in die eigene Gemarkung, was eine weitere Intensivierung der Wirtschaft ermöglichte - doch unter stärkster Abpressung von Land und Kapital seitens der Gutsherren. Besonders große Ausmaße erreichte sie in Brandenburg, Pommern und Posen. Als Illustrierung dieses Ausmaßes möge die brandenburgische Herrschaft Boitzenburg dienen, in der sich von elf Dörfern eins ausschließlich mit Land regulierte, drei sich teils mit Land, teils mit Geld loskauften und die übrigen sieben ausschließlich Geldentschädigung leisteten. In acht Dörfern war die jährliche Regulierungsrente gleich hoch oder höher als die bis dahin an der oberen möglichen Grenze gelegene gezahlte Zeitpacht. Das Reineinkommen dieser Bauern war wohl, besonders in der Krise der zwanziger Jahre, kaum höher als in den letz-

⁴⁴ Lenin, W. I., Eine unkritische Kritik, in: Werke, Bd. 3, a. a. O., S. 647 f.

⁴⁵ Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 32: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Frankreich von 1789 bis 1830, Berlin 1967, S. 128 ff.

ten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts. Fraglos haben die Regulierungsrenten die Bauern schwer belastet.⁴⁶ So mußten die durchschnittlich 64 Hektar großen Bauernstellen des Dorfes Haßleben zwischen 1818 (Inkrafttreten des Regulierungsrezesses) und 1851 (Übernahme weiterer Renten durch die neubegründete Rentenbank) je 1 850 Taler oder 57 Taler jährlich an die Gutsherrschaft zahlen. Nach dem Rezeß über die Kapitalisierung der Renten hatte jeder Bauer noch 1 320 Taler an die Rentenbank zu zahlen, so daß zur Ablösung des feudalen Obereigentums und der Nutzungsrechte jede Bauernwirtschaft 3 170 Taler aufbringen mußte.⁴⁷ Da uns keine weiteren Daten zur Ertragslage dieser Bauern vorliegen, können wir auch den Grad der Belastung durch die Ablösungsrenten nicht näher bestimmen. Es bedarf aber wohl keines weiteren Beweises, daß sowohl mögliche Investitionen wie auch die bäuerliche Lebenshaltung drastisch eingeschränkt wurden. Nicht zuletzt litten die Bauern auch unter den bis weit über die Jahrhundertmitte hinaus konservierten halbfeudalen Herrschaftsverhältnissen.

In Preußen steht uns leider erst seit 1846 eine verwertbare Erntestatistik zur Verfügung. Dieser Zeitpunkt liegt schon zu spät, um die Auswirkungen der kapitalistischen Bauernbefreiung in ihren verschiedenen Varianten auf die Entwicklung der Ernteerträge prüfen zu können. Auf die Frage, ob für die einzelne Bauernwirtschaft, sofern sie nach der Regulierung noch als vollwertige Wirtschaft anzusprechen war, die volle Entschädigung in Land für die weitere Entwicklung des Betriebes und die Steigerung der Reinerträge möglicherweise günstiger gewesen ist, gibt sie nur unzureichend Auskunft. Die Feststellung, wonach Bauern nach der Regulierung einen etwa gleich großen Getreideertrag gehabt haben wie vorher auf ihrer doppelt so großen Wirtschaft⁴⁸, bedarf daher einer eingehenden Untersuchung. Aber selbst wenn das der Fall war, der Bauer blieb weiterhin den verhängnisvollen Einflüssen der mächtigen gutsherrlichen Nachbarn ausgesetzt, deren Drang nach Bauernland auch nach der Agrarkrise und Regulierung unverändert groß war. Übrigens, die Auswirkungen der hohen Geldentschädigungen auf die Bauernwirtschaften sind auch für die Provinz Sachsen, Westfalen und Hannover ungenügend erforscht. Zu einer fundierten Beurteilung dieser Zusammenhänge fehlen uns für die Jahrzehnte von 1810 bis 1860 ähnliche Untersuchungen, wie sie Henning für bäuerliche Wirtschaften im Ostpreußen des 18. Jahrhunderts vorgelegt hat. Im grundherrschaftlichen Bereich zogen dabei Renten, die ausschließlich in Geldform geleistet wurden, nicht notwendigerweise Separationen der Gemarkungen nach sich. So blieb es, besonders in dichter besiedelten Gebieten, bei der herkömmlichen und weitverbreiteten Flurzersplitterung, die, je länger je mehr, die weitere Entwicklung der Produktivkräfte hemmte und die auch heute noch in verschiedenen Teilen Westdeutschlands ein ernsthaftes Hemmnis für die Produktivitätssteigerung darstellt.

Galten unsere Ausblicke hauptsächlich bäuerlichen Problemen, so wollen wir auch einige Worte der Feudalklasse widmen. Eingehende Untersuchungen über die Auswirkungen des preußischen Weges auf die ostelbische Feudalklasse stehen ebenfalls noch aus. Die Verwendung der ungeheuren Ablösungsrenten seitens der Junker, ihre Investitionspolitik, Finanztransaktionen, ihre Stellung zur Industriellen Revolution, um nur einige Beispiele zu nennen, sind noch ungenügend erforscht, wie auch Strukturuntersuchungen über das preußische Junkertum fehlen. Das Verhältnis von Bürgertum und Adel bei der Entwicklung der agraren Produktivkräfte bedarf ebenfalls noch der Klärung. Untersuchenswerte Probleme gibt es also mehr als genug.

46 Staatsarchiv Potsdam, Rep. 37, Herrschaft Boitzenburg, Nr. 1 397.

47 Harnisch, Hartmut, Die Herrschaft Boitzenburg, a. a. O., S. 243.

48 Vgl. Goltz, Joachim Freiherr v. d., Auswirkungen der Stein-Hardenbergschen Agrarreformen in Preußen und Deutschland 1800 - 1930, math.-nat. Diss. Göttingen 1936, S. 35.

Unsere Besprechung und Ausblicke konnten die vielfältigen Probleme des preußischen Weges nur andeuten und streifen. Doch aus allem ist ersichtlich geworden, daß die grundlegenden Tendenzen des preußischen Weges, wie sie Lenin vor mehr als siebenzig Jahren aufzeigte, ihre Gültigkeit behalten haben. Wirtschaftshistorisch und wirtschaftspolitisch sind seine Feststellungen aktueller denn je. Und je mehr sich westdeutsche Untersuchungen über die Ablösung der Feudalrenten an den Quellen orientieren, kommen sie nicht umhin, ob sie es aussprechen oder nicht, ob sie es wollen oder nicht, die Beweise für die Richtigkeit der Leninschen Theorie über den preußischen Weg in der Landwirtschaft zu liefern.

Dr. v. Hartn. Harnisch unter Mitwirkung von Carl Reichard.

Geschichte von Brandenburg und Berlin, Bd. 2. Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 25

(West-Berlin: Verlag Walter de Gruyter 1968, 1961 Selten w/1 Kants, 1961 27

von Hartn. Harnisch

Das vorliegende Band könnte ebenfalls über einen aufwändiger der Titel tragen: Beiträge zur Geschichte Berlins im 19. und 20. Jahrhundert mit einigen Ausblicken auch auf die Provinz Brandenburg. Tatsächlich kann man von diesem der zwölf Bände dieses Bandes sagen, daß Berlin und die Provinz Brandenburg Berlin ein unüberwindlich gewogenes Verhältnis. In der Ausdehntheit der Behauptung finden, immer wieder Berlin ganz selbständig im Vordergrund. Dem Einwand, daß diese Übersetzung Berlins Ausdruck einer größeren Dynamik und Geschichtsbewusstheit sei, nicht entgegen, daß von einer gleichmäßig durchgeführten Geschichte Berlins und der Provinz Brandenburg in dieser Zeit nicht gesprochen werden kann. Das wird sich dadurch deutlich, daß in allen Beiträgen die Entwicklung Berlins und der Provinz Brandenburg immer gegenseitig in Beziehung tritt. Man wird sich allerdings hier fragen müssen, ob es sinnvoll ist, das im Land der beherrschten Lebensweise in der Rang einer Weltmacht aufsteigende Berlin und die Provinz Brandenburg, die bis auf die wirtschaftlichen Hauptstädte Berlin, Teile der Niederlausitz, das Fläming von Elberfeld, die Städte Brandenburg und Rastenburg weitgehend auf agrarischem Niveau verblieben, zusammen in einer vergleichenden Darstellung zu behandeln.

Wollte man die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts würde Berlin in zunehmendem Maße nie der Provinz heraus. Es wurde der größte Industriestandort des Deutschen Reiches, und diese Tatsache sowie die Bedeutung der Berliner Arbeiterbewegung bestimmten den Charakter der Hauptstadt Preußens und des Reiches fortzuschreiben, als die Präsenz des Kaiserlichen Hofes. Das Berlin von 1917 war von dem des Jahres 1875 grundätzlich verschieden. In beiden Fällen der Provinz Brandenburg dagegen war der Wandel in diesen hundert Jahren viel weniger tiefgreifend. Während man Mecklenburg mit seinen beiden Hauptstädten (bis 1880) Schwerin und Rostock als insbesondere gekennzeichnet unter einer Überschrift behandeln kann, ist dies bei Berlin und der Provinz Brandenburg ebenso unmöglich wie dies bei Paris und der Ile de France.

Eine vergleichende Betrachtung von Harnisch auf untere Provinz kann gerade für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte sehr instructive Gesichtspunkte ergeben, aber indem hier es begründeter Blick geht die Darstellung der Verhältnisse in der Provinz vielfach unter. Konkreter hätte man beide gleichrangig klar, wichtiger trachten können, in zwölf Bänden werden die historischen, wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Veränderungen Berlins und der Provinz Brandenburg seit 1800/01 behandelt. Nach Umfang, faktischem Informationsgehalt und historiographischem Niveau ist die Qualität sehr unterschiedlich.

HORIZONTE BÜRGERLICHER LANDESGESCHICHTE ?

Bemerkungen zu

Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert.
Hg. v. Herm. Herzfeld unter Mitwirkung von Gerd Heinrich.

Geschichte von Brandenburg und Berlin, Bd. 3. Veröffentlichungen der
Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 25

(West-)Berlin: Verlag Walter de Gruyter 1968, 1034 Seiten u. 1 Karte, DM: 48

von Hartmut Harnisch

Der voluminöse Band könnte ebensogut oder sogar zutreffender den Titel tragen: Beiträge zur Geschichte Berlins im 19. und 20. Jahrhundert mit einigen Ausblicken auch auf die Provinz Brandenburg. Tatsächlich kann man von keinem der zwölf Einzelbeiträge sagen, daß Berlin und die Provinz Brandenburg darin ein annähernd ausgewogenes Verhältnis in der Ausführlichkeit der Behandlung fänden. Immer steht Berlin ganz eindeutig im Vordergrund. Dem Einwand, daß diese Bevorzugung Berlins Ausdruck einer größeren Dynamik und Geschichtsträchtigkeit sei, steht entgegen, daß von einer gleichmäßig durchgearbeiteten Geschichte Berlins und der Provinz Brandenburg in dieser Zeit nicht gesprochen werden kann. Das wird auch dadurch deutlich, daß in allen Beiträgen die Entwicklung Berlins und der Provinz Brandenburg immer gemeinschaftlich dargestellt wird. Nun wird man allerdings hier fragen müssen, ob es sinnvoll ist, das im Laufe des behandelten Zeitraumes in den Rang einer Weltstadt aufsteigende Berlin und die Provinz Brandenburg, die bis auf die unmittelbaren Randgebiete Berlins, Teile der Niederlausitz, das Finowtal um Eberswalde, die Städte Brandenburg und Rathenow weitgehend auf agrarischem Niveau verharrte, zusammen in einer regionalgeschichtlichen Darstellung zu bearbeiten.

Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs Berlin in zunehmendem Maße aus der Provinz heraus. Es wurde der größte Industriestandort des Deutschen Reiches, und diese Tatsache sowie die Bedeutung der Berliner Arbeiterklasse bestimmten den Charakter der Hauptstadt Preußens und des Reiches entscheidender als die Präsenz des kaiserlichen Hofes. Das Berlin von 1925 war von dem des Jahres 1825 grundsätzlich verschieden. In weiten Gebieten der Provinz Brandenburg dagegen war der Wandel in diesen hundert Jahren viel weniger tiefgreifend. Während man Mecklenburg mit seinen beiden Hauptstädten (bis 1934) Schwerin und Neustrelitz unbedenklich gemeinsam unter einer Überschrift behandeln kann, ist das bei Berlin und der Provinz Brandenburg ebenso unmöglich wie etwa bei Paris und der Île de France.

Eine vergleichende Betrachtung von Hauptstadt und umgebender Provinz kann gerade für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte sehr fruchtbare Gesichtspunkte ergeben; aber in dem hier zu besprechenden Buch geht die Darstellung der Verhältnisse in der Provinz vielfach unter. Zumindest hätte man beide gliederungsmäßig klar voneinander trennen können. In zwölf Beiträgen werden die historischen, wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Wandlungen Berlins und der Provinz Brandenburg seit 1806/07 behandelt. Nach Umfang, faktischem Informationsgehalt und historiographischem Niveau ist die Qualität sehr unterschiedlich.

Für den Wirtschaftshistoriker steht naturgemäß das Interesse an den Beiträgen zur politischen Geschichte, vor allem aber zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Vordergrund.

Vor der Behandlung der einzelnen Beiträge zunächst zwei Vorbemerkungen. Es fällt auf, daß außer Herzfeld, dem Verfasser des einleitenden Abschnittes, keiner der übrigen Autoren auf einen anderen Beitrag des Bandes verweist. Offenbar haben die Verfasser nur in sehr geringem Maße Absprachen miteinander getroffen, jedenfalls stehen die Teile nahezu beziehungslos nebeneinander.

Ferner muß erwähnt werden, daß die Autoren für ihre Darstellungen unterschiedliche Schlußjahre gewählt haben, was insofern bemerkenswert ist, als es kaum einem von ihnen, der über das Jahr 1945 hinausgeht, gelungen ist, über die Entwicklung der Hauptstadt der DDR und in den zur früheren Provinz Brandenburg gehörenden Gebieten auch nur ein Mindestmaß an sachlicher Information zu bringen, geschweige denn, wissenschaftliche Objektivität zu wahren. Man benutzt unter anderem den Begriff "Provinz Brandenburg", obwohl es ihn seit Dezember 1945 nicht mehr gibt.

Kommen wir zu den Einzelbeiträgen.

Hans Herzfeld bietet im umfangreichsten Einzelkapitel des Bandes auf 180 Seiten eine "Allgemeine Entwicklung und politische Geschichte". Er behandelt dabei nicht nur die politische Geschichte, sondern das Kapitel enthält auch relativ ausführliche Abschnitte sowohl zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte wie auch zur Entwicklung des geistigen und kulturellen Lebens. Der Form nach ist seine Stoff- und Problemdarbietung vielfach weniger systematisch darstellend als vielmehr die pointierte Heraushebung ihm charakteristisch erscheinender Ereignisse und Entwicklungen. Trotzdem ist es ihm gerade bei dieser Form der Darstellung gelungen, die vielfältigen Probleme des Aufstiegs Berlins von der preußischen Residenz zur Reformzeit zur Reichshauptstadt des 20. Jahrhunderts mit Weltstadtabitionen herauszuarbeiten. Über die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung gerade Berlins werden in diesem Kapitel mehr Probleme aufgeworfen und mehr Fakten geboten als in den diesen Themen speziell gewidmeten Kapiteln, etwa in dem Schmieders oder Kotowskis.

Bei allem Interesse, das Herzfeld der ökonomischen und sozialen Entwicklung entgegenbringt, kommt doch die Rolle der Berliner Arbeiterbewegung, über die nur einige verstreute Bemerkungen, meistens im Zusammenhang mit sozialgeschichtlichen Problemen, gemacht werden, zu kurz (vgl. zum Beispiel S. 51/52, S. 88, S. 111/112).¹ Auch über die gewaltigen Klassenauseinandersetzungen, die Berlin schon vor 1914, vor allem aber zwischen 1918 und 1933 erlebte, wird kaum etwas gesagt. So zeigt Herzfeld zwar den unaufhaltsamen Aufstieg der Berliner Arbeiterklasse, die in der Reichstagswahl von 1912 über 75 Prozent aller Stimmen auf ihre Partei vereinigen konnte (S. 88), geht aber auf die großen Streiks beispielsweise kaum ein. Die gleiche Unterbewertung der Arbeiterklasse kommt in der Darstellung des antifaschistischen Widerstandskampfes zum Ausdruck. Lediglich der Widerstand kirchlicher, bürgerlicher und militärischer Kreise wird gewürdigt (S. 138). Der nie gebrochene, im Vergleich zu allen anderen Gruppen viel früher einsetzende, viel breitere und vor allem unverhältnismäßig viel opferreichere Widerstand der Berliner Arbeiter gegen die faschistische Barbarei wird überhaupt nicht erwähnt.

Diese Akzentverteilung verdeutlicht gerade bei der Behandlung so grundlegender Probleme, wie es die Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandskampfes in Berlin sind, den bürgerlich-konservativen Charakter der Darstellung Herzfelds für die Jahre bis 1945. Er zeigt sich aber auch an zahlreichen anderen Stellen. So spricht Herzfeld im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen von 1912 von einem "von außen gesehen noch im-

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenzahlen beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

mer erfolgreichen Defensivkampf der historisch-konservativen Tradition (S. 112), der es aber auf die Dauer nicht vermocht habe, den Aufstieg der politischen Linken zu hemmen. Wer die ländlichen Verhältnisse Ostelbiens vor 1918 etwas kennt, weiß, wie stabil die Herrschaft des Junkertums in weiten Teilen Brandenburgs vor 1918 noch war. In Gestalt der Gutsbezirke als staatlicher Macht, ideologisch unterstützt durch Kirche und Schule, über den Vorsitz in ländlichen Vereinen und Verbänden, die Kriegervereine, die Beteiligung an Lokalzeitungen und nicht zuletzt durch ihren Besitz waren die Junker die wahren Herren des flachen Landes, und sie zeigten das auch offen. Von einer Defensive der "historisch-konservativen Tradition" konnte keine Rede sein. Als sich das Junkertum dann in den Jahren der ausgehenden Weimarer Republik aber bedroht fühlte, zögerte es nicht, sich mit denjenigen zu verbünden, von denen es (zu Recht) annahm, daß dort seine Klassenherrschaft am sichersten bewahrt sein würde, nämlich den deutschen Faschisten.² Auch dieses Kapitel der Geschichte Brandenburgs im 20. Jahrhundert bleibt von Herzfeld unerwähnt.

Eine Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Provinz Brandenburg, wie aller preußischen Ostprovinzen, ist ohne eine genaue Analyse der ökonomischen Grundlagen und der politischen Wirksamkeit der Junker undenkbar. Der spezifische Verlauf der preußisch-deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert bleibt einfach unverständlich, wenn die Rolle der Junker nicht erkannt wird.

Bei der historisch-politischen Grundhaltung Herzfelds ist es beinahe selbstverständlich, daß er die Haltung der rechten SPD-Führung im Winter 1918/19, den Pakt zwischen Ebert und Groener, bejaht.

Der Zeit von 1945 bis zur Gegenwart widmet Herzfeld 35 Seiten. Kann man für seine Darstellung der 130 Jahre bis 1945 feststellen, daß sie ziemlich typisch ist für einen bürgerlichen deutschen Historiker mit stark ausgeprägten konservativen Neigungen, so zeigt dieser letzte Teilabschnitt einen bemerkenswerten Stilwandel. Wie auch in seinen früheren Arbeiten formuliert Herzfeld in dem hier rezensierten Beitrag für die Zeit bis 1945 vorsichtig abwägend, obgleich die archivalischen Quellen (soweit erhalten) erschlossen vorliegen. Bei der Behandlung der Zeit nach 1945, der quellenmäßig ja nur mit den Methoden der Zeitgeschichte beizukommen ist, sind seine Aussagen dagegen von einer geradezu apodiktischen Sicherheit.

Die zahllosen Fehler, Fehleinschätzungen und Einseitigkeiten hier zu zeigen und zu widerlegen, ist unmöglich. Der vorherrschende Eindruck bei der Lektüre ist aber der, daß es sich hier um eine Darstellung der Entwicklung nach 1945 handelt, die sich im üblichen Stil der Alleinvertretungsmaßnahme bewegt.

Die Verwaltungsgeschichte Preußens der mittleren Ebene im 19. und 20. Jahrhundert ist wissenschaftlich bisher nur wenig bearbeitet worden.³ Der Beitrag von Richard Dietrich

² Vgl. Gossweiler, Kurt/Schlicht, Alfred, Junker und NSDAP 1931/1932, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 15. Jg. 1967. - Die hier abgedruckten Dokumente entstammen dem Nachlaß des Grafen Dietloff von Arnim-Boitzenburg (Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 37 Arnim-Boitzenburg), der der letzte Präsident des preußischen Herrenhauses war. Der Nachlaß enthält über die gedruckten Dokumente hinaus noch weitere wichtige Stücke zu diesem Thema.

³ Vgl. Hartung, Fritz, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, Teil 2: Das 19. Jahrhundert; Teil 3: Der Oberpräsident, in: Staatsbildende Kräfte der Neuzeit, Gesammelte Aufsätze, (West-)Berlin 1961; Franz, Günther, Verwaltungsgeschichte des Regierungsbezirks Lüneburg, Bremen 1955 = Veröffentlichungen des Niedersächsischen Amtes für Landesplanung und Statistik, Bd. 54; Dülfer, Kurt, Die Regierung in Kassel, Kassel 1960.

(S. 181 - 308) ist daher sehr zu begrüßen und hat bei der im Laufe der Entwicklung zunehmend vereinheitlichten Verwaltungsstruktur der mittleren und unteren Ebene beispielhafte Bedeutung. Die Schwäche dieses Kapitels wird aus einer Anmerkung von Dietrich deutlich. Unter Bezug auf Heffter⁴ schreibt er, es sei "bisher die einzige Darstellung, die den Versuch auf breiter Grundlage unternimmt, nicht nur Geschichte der Institutionen oder - sicher notwendig, aber heute etwas zu sehr im Vordergrund stehend - der hinter ihnen und ihrer Ausbildung stehenden sozialen Kräfte zu geben, sondern den geistesgeschichtlichen Hintergrund der Entwicklung der Selbstverwaltung aufzuhehlen." (Hervorgehoben vom Rezensenten.) Man kann aber beim heutigen Stand der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte nicht mehr von den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen abstrahieren und alle Veränderungen vorwiegend auf geistesgeschichtliche Wandlungen zurückführen wollen. Die Frage nach den Ursachen für eine so oder so gestaltete Verwaltungsstruktur (wie auch Verfassungswirklichkeit) und ihrer Veränderungen führt unweigerlich zu den dahinterstehenden gesellschaftlichen Kräften. Die Organisation der Behörden, ihre gesellschaftliche Wirkungsmöglichkeit und Reichweite sind nicht eine Funktion von liberalen oder konservativen Ideen, sondern hier gilt voll und ganz die Feststellung August Bebels, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Dabei darf unter Verfassung nicht nur die schriftlich fixierte und erlassene Verfassung verstanden werden, sondern vielmehr die Gesamtheit der im Kampf der Klassen und Interessengruppen relativ konstant gewordenen, aber dennoch mit den Veränderungen der sozialökonomischen Struktur sich ständig wandelnden Normen und Verhaltensweisen des gesellschaftlichen Zusammen- und Gegeneinanderlebens. Nur vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesses wird die konkrete Gestaltung von Verfassung und Verwaltung verständlich, werden Veränderungen in ihren Möglichkeiten und Begrenztheiten deutlich.

Aus der Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte der preußischen Provinzen ist gerade hier die Provinzialordnung von 1874 ein eindringliches Beispiel für die Auswirkung der konkreten Kräfteverhältnisse der Klassen auf die Entwicklung von Verfassung und Verwaltung. In der Revolution von 1848 gehörte die Selbstverwaltung zu den Idealen und Forderungen großer Teile des Bürgertums.⁵ Die Niederlage der Revolution und das darauf folgende Erstarren der junkerlichen Reaktion, Preußens Siege in den Kriegen von 1864 bis 1870/71 und nicht zuletzt die Furcht vor der aufsteigenden Arbeiterklasse führten dazu, daß sich das Bürgertum Preußens im Deutschen Reich Bismarckscher Prägung mit dem Kompromiß der Provinzialordnung, dem Zerrbild einer echten Selbstverwaltung, zufrieden gab. So war denn schließlich der Landesdirektor, der höchste Exponent der provinziellen Selbstverwaltung, der ohnehin nur Angelegenheiten von geringer politischer Bedeutung wie Straßenbau, provinzielle Kulturpflege, Siechen- und Armenfürsorge in eigener Verantwortlichkeit entschied, letztlich von dem staatlich eingesetzten Oberpräsidenten abhängig. Auf Kreisebene war der leitende Staatsbeamte, der Landrat, laut Gesetz sogar immer auch zugleich Vorsitzender der Selbstverwaltungskörperschaft, dem Kreisausschuß. Weiter konnte die Abhängigkeit der "Selbstverwaltung" von der Staatsverwaltung kaum noch getrieben werden. Dietrich schildert zwar eingehend die Entstehung der provinziellen Selbstverwaltung, läßt aber die dahinterstehenden politischen und sozialökonomischen Probleme fast ganz außer acht. Dabeiliegt doch ein Musterbeispiel für eine Verfassungsanalyse im Zusammenhang mit der politischen und sozialökonomischen Entwicklung vor in Gestalt von Friedrich Engels' aus dem politischen Tageskampf entstandenen Untersuchung der preußischen Kreisordnung von 1872.⁶

4 Heffter, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1950. - Das Zitat wird von Dietrich in dem hier vorliegenden Beitrag S. 291 Anm. 3 gebracht.

5 Heffter, Heinrich, a. a. O., S. 291 ff.

6 Engels, Friedrich, Die "Krisis in Preußen", in: Marx/Engels, Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 290 - 298.

Eberhard Schmieder behandelt Wirtschaft und Bevölkerung (S. 311 - 421). Man wird als Rezensent, den die Probleme der Wirtschafts- und Sozialgeschichte besonders interessieren, die Feststellung treffen müssen, daß dieser Beitrag keineswegs seine Aufgabe erfüllt. Schmieder gliedert ihn nach Wirtschaftszweigen bzw. Branchen, ein Verfahren, das sich vielleicht bei seiner regen Mitarbeit in der "Tradition", der Zeitschrift für Firmengeschichte, bewährt hat, hier jedoch bewirkt, daß die entscheidenden Probleme und Zäsuren des sozialökonomischen Strukturwandels überhaupt nicht zur Sprache kommen.

Der Leser ist verblüfft, über die Agrarreformen nach 1807 und deren Auswirkungen - unstrittig doch wohl eines der Hauptprobleme der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Brandenburgs wie aller preußischen Ostprovinzen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts - schlechterdings nichts zu erfahren. (Ist eine Erörterung dieser Fragen vielleicht schon für den zweiten Band vorgesehen?) Es erregt mehr als Erstaunen, auf den mehr als hundert Seiten kein Wort über die Rolle des Großgrundbesitzes und das Junkertum zu lesen. Kein Wort wurde verloren über die Veränderungen der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur, über das wichtige Problem des Hineinwachsens der bäuerlichen Betriebe in die kapitalistische Wirtschaft sowie über das rege und örtlich auch sehr bedeutungsvolle landwirtschaftliche Vereinswesen. Ebenso wenig findet sich etwas über die Entwicklung und Bedeutung der für die Klein- und Mittelbauern in der Periode des Imperialismus ungeheuer wichtigen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Das 19. Jahrhundert hat in Ostelbien die "Landarbeiterfrage" mit aller Schärfe gestellt, und bis zum Ende kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist sie in diesen Gebieten nie gelöst worden. Sie trat zuerst im Zusammenhang mit einer relativen Übervölkerung der ländlichen Gebiete auf und ging dann sehr schnell und gründlich in den bekannten und nie überwundenen Arbeitskräftemangel der junkerlichen Gutswirtschaften über, nachdem die Herausbildung der kapitalistischen Großindustrie einerseits und die schlechte und hoffnungslose Lebenslage des Landproletariats andererseits zu einer ständigen Abwanderung vom Lande, der vieldiskutierten Landflucht, geführt hatten. Außer einigen unzusammenhängenden Bemerkungen über Löhne und über das Gesinde läßt uns Schmieder auch hier im Stich. Die Darstellung der agrargeschichtlichen Entwicklung ist insgesamt mehr als dürftig.

Auch die Schilderung der einzelnen Wirtschaftszweige wirkt wenig überzeugend und bleibt durch die Methode, nach Branchen und Firmen vorzugehen, schließlich doch eklektisch. So wird, um nur ein Beispiel zu nennen, bei der Aufzählung der Standorte gärtnerischer Intensivkulturen das Oderbruch, eines der wichtigsten Gemüseanbaugebiete für Berlin, nicht erwähnt.

Bei dieser Darstellungsweise gehen nicht nur alle Entwicklungsprobleme unter, sondern auch die Veränderungen in der räumlichen Verteilung der Wirtschaft im Zeitalter des Kapitalismus - die bei der Rolle des alles überragenden Standortes Berlin besonders gut herauszuarbeiten wären - finden keine Erwähnung. Eine Geschichte der industriellen Entwicklung Berlins und der Provinz Brandenburg nach Phasen und Intensität ist auf diese Weise jedenfalls nicht entstanden. Die ganze Darstellung mutet überhaupt recht merkwürdig an, weil die sozialen Probleme aus der Entwicklung der Wirtschaft herausgelöst wurden.

Die Tätigkeit "verdienter Unternehmerpersönlichkeiten" wird häufiger lobend hervorgehoben. Die zahlenmäßige Entwicklung und Lage der Arbeiterklasse oder gar die Klassenkämpfe dieser Zeit bleiben dagegen unerwähnt. Die Sozialstruktur der Bevölkerung wird weder für Berlin noch für die Provinz Brandenburg für ein Stichjahr ausgewiesen, wobei zu bemerken ist, daß seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durchaus interpretierungsfähige Unterlagen gedruckt vorliegen. Da auch Herzfeld die sozialgeschichtlichen Probleme nur streift, vermittelt der Band zu diesen wichtigen Fragen nur ganz unzureichende Tatbestände.

In der nur fünf Seiten umfassenden Darstellung der Zeit nach 1945 reduziert sich Schmieders Untersuchungsraum auf das Gebiet von West-Berlin. Bei der überragenden Bedeutung des

Industriestandortes Berlin nicht nur in Deutschland, sondern auch auf dem europäischen Kontinent, bleibt dieses Kapitel in der Darstellung der ökonomischen Entwicklung wie auch in der Darbietung von Fakten völlig unbefriedigend.

Die Entwicklung der christlichen Kirchen wird in zwei umfanglichen Kapiteln von Martin Schmidt und Karl Kupisch abgehandelt. Mehrere Beiträge fassen sich mit dem geistigen und kulturellen Leben.

Georg Kotowski behandelt das Bildungswesen und spart dabei nicht mit Ausfällen gegen die Kultur- und Wissenschaftspolitik der DDR, unterläßt aber andererseits vielfach die einfache Information (beispielsweise über die Entwicklung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin nach 1945, S. 535). Die Abschnitte über bildende Kunst (von Paul Ortwin Rave), über das Musikleben (von Werner Bollert), das literarische Leben der Jahre von 1800 bis 1850 (von Renate Böschstein-Schäfer) und von 1850 bis 1933 (von Klaus Müller-Dyes) bringen überwiegend reine Stoffvermittlung und behandeln, der tatsächlichen Entwicklung entsprechend, nahezu ausschließlich Berlin. Lediglich Bollert geht mit einigen knappen Ausführungen über das Jahr 1945 hinaus, wobei seine Ausführungen über das Musikleben in der Hauptstadt der DDR um Sachlichkeit bemüht sind. Die übrigen genannten Beiträge enden entweder 1933 oder werfen noch einige Streiflichter auf die Zeit der faschistischen Diktatur.

Emil Dovifat stellt das Zeitungswesen in Berlin von seinen Anfängen an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert bis fast zur Gegenwart dar. Er widmet seine Aufmerksamkeit ganz überwiegend Berlin, vor allem den attraktiven großen Zeitungen. Der Lokalpresse, den zahllosen Kreiszeitungen, die einen erheblichen Einfluß auf die Meinungsbildung breiter Schichten der Landbevölkerung ausübten und diese in stramm nationalistischem Sinne unterrichteten, gilt sein Interesse kaum.

Hans Knudsen schließlich gibt einen knappen Überblick über die Theatergeschichte, wobei er nur die Berliner Verhältnisse berücksichtigt. Nach 1945 existiert für ihn nur in West-Berlin ein Theaterleben; vom Berliner Ensemble am Schiffbauerdamm zum Beispiel hat er offenbar keine Kenntnis.

Ein Abschnitt von Peter Dittmar über "Berlin und die deutsche Filmindustrie" und von Peter Goedel über "Die Leibesübungen" beschließen den Band.

Hervorzuheben ist ein 1159 Titel nachweisendes Literaturverzeichnis, das zwar manche wichtige Arbeit vermissen läßt, zweifellos aber doch ein wertvolles Arbeitsmittel ist. Besonders die Karte "Verwaltungsgliederung 1815 - 1945" enthält bei einer sehr ansprechenden äußeren Form ein Optimum sachlicher Information. Die Karte mit den dazugehörigen Erläuterungen, einschließlich vieler Fakten, die man in den Sachkapiteln hätte erwarten dürfen, wie auch die erwähnte Bibliographie sind von Gerd Heinrich bearbeitet worden.

Insgesamt hinterläßt der Band einen wissenschaftlich nicht befriedigenden Eindruck. Sicher bieten manche Autoren dem Leser Anregungen und Fakten, wenngleich es bei dem stattlichen Umfang des Bandes mehr sein müßten. Eine Anzahl von Autoren aber erweckt den Eindruck, daß ihre politisch-historiographisch-ideologische Position dem Durchblick zu tieferen Zusammenhängen hinderlich war.

Abschließend soll noch auf ein besonderes Problem hingewiesen werden. Zwischen 1962 und 1969 erschien in West-Berlin eine fünfbandige Geschichte der Mark Brandenburg von Johannes Schultze. Die 1935 von Rudolf Kötzschke und Hellmut Kretzschmar herausgegebene "Sächsische Geschichte" wurde 1965 nahezu unverändert in Frankfurt (Main) neu verlegt. Von einer auf mehrere Bände angelegten Geschichte Thüringens ist 1967 in Köln der dritte Band (Das Zeitalter der Reformation und des Humanismus) erschienen. Auf der Grundlage der schon 1909 bis 1913 erschienenen Geschichte Mecklenburgs wird demnächst aus der Feder

von Manfred Hamann eine neubearbeitete Fassung, ebenfalls in Köln, erscheinen. Daneben stehen unzählige Spezialarbeiten zur Geschichte einzelner Gebiete der DDR. Es gibt in der Wissenschaft, auch in der Geschichtswissenschaft, keine festvergebenen Domänen, weder für Einzelforscher noch für einzelne Staaten. Die Tatsache aber, daß die Geschichte eines europäischen Landes wohl kaum in weiten Zeitabschnitten so sehr von den einzelnen Territorien her bestimmt wird wie die deutsche Geschichte, zwingt zu einer Integrierung von Ergebnissen regionalgeschichtlicher Forschungen in die Nationalgeschichte. Eine Vernachlässigung der Regionalgeschichte muß dazu führen, daß die doch nicht zu entbehrende Information über regionalgeschichtliche Zusammenhänge im Rahmen der Nationalgeschichte in der Faktendarbietung auf diesen Werken beruht. Die marxistische Regionalgeschichtsforschung in der DDR hat auf einzelnen Gebieten, beispielsweise der Agrargeschichte oder der Stadtgeschichte, bewiesen, daß die bürgerliche Forschung Probleme von zentraler Bedeutung entweder überhaupt nicht sah oder doch stark unterbewertete. Man denke nur an die Rolle der Klassenauseinandersetzungen und der Ausbeutung, um nur die wichtigsten und weitreichendsten Fragestellungen zu nennen. Andere wichtige Gebiete wie die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, die Finanzgeschichte und die Bevölkerungsgeschichte wurden dagegen weniger bearbeitet. Immerhin kann man fragen, ob nicht in absehbarer Zeit die Erarbeitung marxistischer Regionalgeschichten möglich und notwendig wird. Vogler und Vetter legten jetzt einen Abriss der preußischen Geschichte vor, und an der Universität Jena ist eine Geschichte Thüringens in Angriff genommen worden. Ein Anfang ist also gemacht worden. Die sehr rege und methodisch in langer Tradition erfahrene bürgerliche deutsche Landesgeschichte bleibt eine Herausforderung für die Historiker der DDR, gerade über unser Territorium qualitativ hochwertige Arbeiten herauszubringen.

Bibliographie

BIBLIOGRAPHIE SELBSTÄNDIGER SCHRIFTEN ZUR BETRIEBSGESCHICHTE
IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

(5. Fortsetzung)⁺

von Renate Günther

Der vorliegende Teil der Bibliographie enthält die 1969 in der Deutschen Demokratischen Republik erschienenen selbständigen Schriften zur Betriebsgeschichte sowie aus dem vorangehenden Zeitraum nachträglich bekanntgewordene Darstellungen, die in den bisher erschienenen Teilen nicht verzeichnet sind.

Auch dieser Teil stützt sich im wesentlichen auf die Angaben aus der "Deutschen Nationalbibliographie", enthält aber auch einige betriebshistorische Darstellungen, die dort nicht aufgeführt, jedoch in Bibliotheken vorhanden sind. Die Gliederung entspricht der der 4. Fortsetzung.⁺⁺

Die Titel sind alphabetisch nach Betrieben geordnet. Die bibliographischen Angaben folgen dem Titelblatt, dort, wo lediglich ein Umschlagblatt vorhanden ist, dem Umschlagblatt. Alle nicht auf dem Titelblatt befindlichen, aber in der Publikation selbst zu ermittelnden Angaben wurden der Einfachheit halber durchweg in runde Klammern gesetzt. Eckige Klammern stehen nur zur Erläuterung von Abkürzungen, bei der Erscheinungsweise und bei Vornamen, die im Original abgekürzt sind. Die in der Bibliographie nicht erläuterten Abkürzungen, wie VEB, Abt. usw. sind allgemein bekannt. Ein Abkürzungsverzeichnis erübrigt sich daher.

+ Die vorangegangenen Teile siehe in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960, T. 1, S. 353 - 363 (zusammengest. v. Hans Radandt); 1961, T. 1, S. 363 - 371 (zusammengest. v. Hans Radandt); 1963, T. 3, S. 298 - 306 (zusammengest. v. Horst Handke); 1968, T. 4, S. 403 - 423 (zusammengest. v. Renate Günther); 1969, T. 4, S. 271 - 283 (zusammengest. v. Renate Günther). - Die ersten drei Teile sind zusammengefaßt in der Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte (zusammengest. v. Horst Handke). Hrsg.: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Arbeitsstelle Wirtschaftsgeschichte. - (Berlin) 1964. 45 S., die außerdem auch einige Arbeiten enthält, die in den drei im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte erschienenen Teilen nicht aufgeführt sind. Dabei handelt es sich um Schriften zur Methodik der Betriebsgeschichtsschreibung, vor allem aber um solche, die größere wirtschaftliche Einheiten - VVB bzw. Industriezweige - umfassen.

+ Zum Aufnahmemodus und zur Gliederung vgl. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 4, S. 403 f.; 1969, T. 4, S. 271.

VEB Apparate- und Chemieanlagenbau
Reinsdorf

Hieke, Wilfried/Henschkel, Gerhard: Der Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Entwicklung des Verhältnisses von geistiger und körperlicher bzw. geistig-schöpferischer und geistig-routinemäßiger Arbeit. (Ergebnisse und Probleme soziologischer Studien in den Betrieben VEB Apparate- und Chemieanlagenbau Reinsdorf und VEB Maschinen- und Apparatebau Grimma der VVB Chemieanlagen Leipzig.) - Phil. Diss. Leipzig 1968. 3, VI, 266 gez. Bl. mit eingekl. Abb. 4⁰ [Ms. vervielf.]

VEB Bandstahlkombinat - Stammwerk
EKO - Eisenhüttenstadt

Die Entwicklung und Perspektive des Eisenhüttenkombinats Ost unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauern-Macht. [Materialien für die] Theoretische Konferenz der Bezirksleitung Frankfurt (Oder) der SED, der Kreisleitung Eisenhüttenstadt der SED, der Betriebsparteiorganisation des VEB Bandstahlkombinat - Stammwerk EKO. - Eisenhüttenstadt 1969. Einlegmappe, enthält: Thesen zur Geschichte des VEB Bandstahlkombinat Eisenhüttenstadt Stammwerk EKO. 10 gez. Bl. 4⁰ [Ms. vervielf.]; Fakten und Zahlen zur Geschichte des VEB Bandstahlkombinat Eisenhüttenstadt Stammwerk EKO. 15 gez. Bl. 4⁰ [Ms. vervielf.]; Zeittafel zur Geschichte des VEB Bandstahlkombinat Eisenhüttenstadt Stammwerk EKO. 17 Bl. 4⁰ [Ms. vervielf.]

VE Bau- und Montagekombinat Ost,
Frankfurt/Oder

20 [Zwanzig] Jahre D[eutsche] D[emokratische] R[epublik]. Hrsg.: VE Bau- und Montagekombinat Ost. - Frankfurt/Oder 1969. 48 S. mit Abb. 8⁰

VEB Breitkopf & Härtel Musikverlag,
Leipzig

250 [Zweihundertfünfzig] Jahre Musikverlag VEB Breitkopf & Härtel, Leipzig. - (Leipzig 1968.) 51 S. mit Abb. 8⁰

VEB Chemiefaser-Kombinat, Wilhelm-
Pieck-Stadt Guben

20 [Zwanzig] Jahre D[eutsche] D[emokratische] R[epublik], 10 [Zehn] Jahre VEB Chemiefaser-Kombinat Wilhelm-Pieck-Stadt Guben. (Red.: Erika Knorr u. a. Hrsg.: VEB Chemiefaser-Kombinat.) - (Wilhelm-Pieck-Stadt Guben) 1969. 72 S. mit Abb. 4⁰

VEB Chemische Werke Buna, Schkopau
Krs. Merseburg

Grannich, Ellen: Die Ausnutzung der neuen Industriepreise als ökonomische Hebel im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, untersucht am Beispiel des VEB Chemische Werke Buna. - Wirtschaftswiss. Diss. Leipzig 1968. XVII, 180, 17 gez. Bl.; Anh. 4⁰ [Ms. vervielf.]

Deutsche Post

Keil, Rudi: Charakter und Funktionen der Deutschen Reichspost in der Periode der faschistischen Kriegsvorbereitung (1933 - 1939). - Habil.-Schrift Hochschule für Verkehrswesen Dresden 1969. IV, 357 gez. Bl., Anh.; Anl. 4⁰ [Ms. vervielf.]

Deutsche Reichsbahn

Kittner, Klaus: Die historischen Wurzeln für die Herausbildung der Aktivisten der ersten Stunde und ihre Entwicklung zur selbständigen gesellschaftlichen Kategorie während der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Dargestellt am Beispiel der Deutschen Reichsbahn. - Diss. Hochschule für Verkehrswesen Dresden 1969. X, 246 gez. Bl. mit eingekl. Abb., mehr. Taf. 4⁰ [Ms. vervielf.]

Deutsche Reichsbahn, Reichsbahndirektion Greifswald

Bilanz unserer Erfolge. 20 [Zwanzig] Jahre sozialistischer Aufbau im Reichsbahndirektionsbezirk Greifswald. Hrsg.: Reichsbahndirektion Greifswald, Politische Abt., Sektor Agitation und Propaganda. - (Greifswald 1969.) 43 S. mit Abb. 21x30 cm

Arndt, Bruno [u. a.] : 10 [Zehn] Jahre Fährschiffdienst der Deutschen Reichsbahn in der Deutschen Demokratischen Republik. Jubiläumsschrift über die Fährverbindung Sassnitz-Trelleborg. Hrsg.: Reichsbahndirektion Greifswald. - (Greifswald 1969.) 34 S. mit Abb. 20x21 cm

Deutsche Reichsbahn, Reichsbahndirektion Schwerin

20 [Zwanzig] Jahre D[eutsche] D[emokratische] R[epublik]. 20 Jahre sozialistische Entwicklung des Eisenbahnwesens im Reichsbahndirektions-Bezirk Schwerin. Hrsg.: Reichsbahndirektion Schwerin, Pol. Abt. - (Schwerin 1969.) 87 S. mit Abb. 8°

Dresdner Verkehrs-Gesellschaft AG, Dresden

Kreschnak, Werner: Die Lage der Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn in Dresden und der Kampf der Dresdner Straßenbahner um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen in der Zeit von der Jahrhundertwende bis zum Ende der Weimarer Republik. - Diss. Hochschule für Verkehrswesen Dresden 1969. IV, 242 gez. Bl. mit Abb. 4° [Ms. vervielf.]

GPG⁺ "Edelweiß" Mühlhausen

Arand, Erich: Untersuchungen zum einheitlichen Reproduktionsprozeß in der GPG "Edelweiß" Mühlhausen. Unter besonderer Berücksichtigung der Sicherung der erweiterten Reproduktion in den verschiedenen Produktionszweigen der gärtnerischen Produktion. - Diss. landwirtschaftlich-gärtnerische Fakultät Berlin 1969. 329, 6 gez. Bl. mit eingekl. Abb.; Anh. 4° [Ms. vervielf.]

+ Gärtnerische Produktionsgenossenschaft.

Edition Leipzig

Bähring, Helmut [u. a.] : Zehn Jahre Edition Leipzig. 1960 bis 1969. - (Leipzig 1969.) 116 S. mit Abb. gr. 8° [Nebent.:] Ten years Edition Leipzig

Eisenhüttenkombinat Ost, Eisenhüttenstadt

Siehe VEB Bandstahlkombinat - Stammwerk EKO

VEB Energieversorgung Halle

1919 - 1969. 50 [Fünfzig] Jahre Transformatoren-Reparaturwerk Halle-Büschdorf. (Red.: Paul Strecker. Hrsg.: VEB Energieversorgung Halle.) - (Halle 1969.) 29 S., 30 S. Abb. 8° = VEB Energieversorgung Halle. Wissenschaftlich-technisches Forum. 1969. Sondernummer

VEB Energieversorgung Magdeburg. Netz- und Gasbetrieb Halberstadt

Krüger, Ulrich/Nötzel, Emil/Rudloff, Helmut: Halberstadts Energieversorgung. Geschichte der Gas- und Elektroenergiebetriebe 1861 - 1968. Mit einem Beitrag über die Perspektive der Energieversorgung Halberstadts von P. Hasselfeld u. H. J. Nehr Korn. Hrsg.: VEB Energieversorgung Magdeburg. Netz- und Gasbetrieb Halberstadt. - Halberstadt 1969. 170 S. mit Abb. 8°

VEB Energieversorgung Rostock

Krüger, U[Ulrich]/Reich, J[osef]: Rostocks Energieversorgung gestern, heute und morgen. Geschichte der Betriebe für Elektroenergie, Gas- und Wärmeerzeugung und -verteilung. - Leipzig (1969). 120 S., mehr. Bl. Abb. 4°

VEB Fernmeldeschrank- und Gehäusebau, Calau (NL)

VEB Fernmeldeschrank- und Gehäusebau. Betriebschronik. - Calau (NL.) (1969). 28 S. mit Abb. 8°

VEB Filmfabrik Wolfen

Geschichte des VEB Filmfabrik Wolfen. 1850 - 1945, von Janis Schmelzer; 1945 - 1966 von Eberhard Stein. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Filmfabrik Wolfen. - Berlin: Tribüne-Verlag 1969. 273 S. mit Abb. 8⁰

Neumann, Alfred/Zimmermann, Willi: Quellen und Dokumente aus dem Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1924 - 1928 am Beispiel des Bitterfelder Industriegebietes, vor allem der Filmfabrik Wolfen. Hrsg.: VEB Filmfabrik Wolfen, Betriebsarchiv. - Wolfen 1969. 59 S. gr. 8⁰ = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen. Nr. 22. [Umschlagt.:] Die relative Stabilisierung des Kapitalismus 1924 - 1928

Schmelzer, Janis: Getreu dem Gelöbnis. Ausschnitte und Berichte aus der Arbeit der Kampfgruppen des VEB Filmfabrik Wolfen. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation und Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen. - Wolfen 1969. 63 S. mit Abb. gr. 8⁰ = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen. Nr. 21.

Stein, Eberhard: Sozialistisch arbeiten, lernen, leben. Die Filmfabrik im Zeichen einer geschichtlichen Bewegung 1959 bis 1968. Hrsg.: Kommission Betriebsgeschichte und Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen. - Wolfen 1969. 76 S. mit Abb. gr. 8⁰ = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen. Nr. 20.

LPG "Frieden", Beyern Kr. Herzberg

Winzer, Helmut: Zu einigen Problemen des Übergangs von der einzelbäuerlichen zur genossenschaftlich-sozialistischen Produktionsweise in der Gemeinde Beyern, Kreis Herzberg (1952 - 1964). [1.2.] - Phil. Diss. Rostock 1969. 219 gez. Bl.; Anl. 4⁰ [Ms. vervielf.]

Gasbetrieb Halberstadt

Siehe VEB Energieversorgung Magdeburg

Greifenverlag, Rudolstadt

Im fünfzigsten Jahr. 1919 - 1969. (Mit 50 Abb. und einem Verzeichnis der von 1945 - 1968 im Greifenverlag erschienenen Titel.) - Rudolstadt (1969). 155 S. 8⁰

H[andels-] O[rganisation] Berlin

Zwanzig Jahre volkseigener Einzelhandel. Hrsg.: Handelsorganisation Berlin. - (Berlin 1969.) 22 Bl. mit Abb. 20,5 x 29 cm

Kabelwerk Oberspree

Siehe Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree

Karl-Marx-Werk, Graphischer Großbetrieb, Pößneck

Auf den Spuren der revolutionären Kämpfer. FDJ-Grundorganisation "Heinz Kapelle", Karl-Marx-Werk Pößneck. (Red.: Lilli Fischer.) - (Pößneck 1968.) 63 S., mehr. Abb. 8⁰

Kombinat VEB Kabelwerk Oberspree

Müller, Manfred: Zentralisierung und Dezentralisierung der Leitung. Dargestellt am Beispiel des Kombinats VEB Kabelwerk Oberspree (KWO). - Wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1968. 214, 8, 20 gez. Bl. mit Abb.; Anh. 4⁰ [Ms. vervielf.]

VEB Kombinat Schwarze Pumpe

Zehn Jahre Brikettierung, VEB Kombinat Schwarze Pumpe. 1959 bis 1969. (Verantw.: Werner Geithner. Hrsg.: VEB Kombinat Schwarze Pumpe.) - (Schwarze Pumpe Krs. Spremberg 1969.) 95 S. mit Abb. 4⁰ [Umschlagt.:] 10 Jahre Bereich Brikettfabriken

Festschrift. 10 [Zehn] Jahre Produktion im VEB Kombinat Schwarze Pumpe, Bereich Kraftwerke. 1959 - 1969. (Bearb.

unter Leitung v. Joachim Schwarze.) - (Schwarze Pumpe Krs. Spremberg 1969.) 99 S. mit Abb. 4^o

Landskron-Brauerei Görlitz

Wolf, H[einz]/Schmidt, H[ellmuth]: 100 [Hundert] Jahre Landskron-Bier, Görlitz. 1869 - 1969. - (Görlitz 1969.) 15 S. mit Abb. 4^o

Lehr- und Versuchsgut Bandelstorf

Löffler, Johannes: Die Entwicklung des Systems der Pflanzenproduktion im Lehr- und Versuchsgut Bandelstorf, Kreis Rostock-Land von 1956 - 1966. Eine agrarhistorisch-ökonomische Untersuchung unter Anwendung kybernetischer Erkenntnisse der Systemanalyse. - Landwirtschaftl. Diss. Rostock 1969

Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel, Leipzig

Böttger, Kurt-Rudolf: Die Geschichte des LKG, Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel. 1946 - 1967. - (Leipzig 1968.) 96 S. mit Abb. 8^o

Leipziger Volkszeitung

Leipziger Volkszeitung. Organ der Bezirksleitung Leipzig der SED. Leipziger Volkszeitung. Organ für die Interessen des gesamten Werktätigen Volkes. 75 Jahre 1894 - 1969. Von einem Kollektiv unter Verantw. v. Paul Böttcher und Horst Pattke. - Leipzig 1969. 52 Bl. mit Abb. 4^o [Rückent.:] 75 Jahre L[eipziger] V[olks-] Z[eitung]

VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht"

Blankenhagen, Marianne: Die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit der berufstätigen Frau im Industriebetrieb. Dargestellt am VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". - Phil. Diss. Halle 1969. 2, V, 246 gez. Bl.; Anh. 4^o [Ms. vervielf.]

Lindholm, O., Harmoniumfabrik Borna

Lindholm, O.: 75 [Fünfundstiebig] Jahre Musik aus Borna. 1894 bis 1969. Hrsg.: O. Lindholm, Harmoniumfabrik. - (Borna 1969.) 14 S. mit Abb. 4^o

VEB Maschinen- und Apparatebau Grimma

Siehe VEB Apparate- und Chemieanlagenbau Reinsdorf

Mitropa. Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen AG

Mitropa - 20 [zwanzig] Jahre auf neuen Wegen. Hrsg.: Mitropa. (Gesamtred.: Karl-Heinz Gummich.) - (Berlin 1969.) 95 S. mit Abb. 8^o

Netz- und Gasbetrieb Halberstadt

Siehe VEB Energieversorgung Magdeburg

VEB Optik Jenaer Glaswerk Schott & Genossen

Briefe und Dokumente zur Geschichte des Volkseigenen Betriebes Optik Jenaer Glaswerk Schott & Genossen. 1. T.: Die wissenschaftliche Grundlegung (Glastechnisches Laboratorium und Versuchsglashütte) 1882 bis 1884. Bearb. v. Herbert Kühnert. - Jena 1952 = Veröffentlichungen der Thüringischen Historischen Kommission. Bd. 3. Sonderdruck der Einleitung

VEB Papierfabrik Greiz

Die Greizer Papiermacher - Mitgestalter einer glücklichen Zukunft. Das Leben der Greizer Papiermacher in Vergangenheit und Gegenwart. Hrsg.: VEB Papierfabrik. - (Greiz 1969.) 47 S. mit Abb. 19 x 20 cm

VEB Plattenwerk "Max Dietel", Meißen

Zweite Beiträge zur Geschichte des VEB Plattenwerk "Max Dietel" Meißen. (Verantw.: Zirkel schreibender Arbeiter beim Kulturhaus "Max Dietel".) Hrsg.: VEB Plattenwerk "Max Dietel". - Meißen (1967). 80 S. mit Abb. 8^o

Reichsbahndirektionen

Siehe Deutsche Reichsbahn

Rütten & Loening, Verlag, Berlin

Siehe Verlag Rütten & Loening, Berlin

VEB Seehafen Rostock

Voigt, Peter: Arbeitskräftefluktuation und Familienstabilität. Eine soziologische Studie über den Einfluß der Familie auf das betriebliche Fluktuationsverhalten, untersucht im VEB Seehafen Rostock. - Ing. - ök. Diss. Rostock 1968. 194, 13 gez. Bl. mit eingekl. Abb.; 4⁰ [Ms.]

VEB Steinkohlenwerk Oelsnitz

Unser der Tag - unser die Zukunft. (Red.: Rolf Schubert.) Hrsg.: VEB Steinkohlenwerk Oelsnitz. - Oelsnitz (Erzgeb.) (1969). 198 S. mit Abb. 4⁰

VEB Teerverarbeitungswerk Rositz

50 [Fünzig] Jahre Geschichte unseres Werkes. 50 Jahre Kampf gegen Imperialismus und Krieg - für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Festschrift des VEB Teerverarbeitungswerk Rositz anlässlich seines 50jährigen Bestehens. - (Rositz 1966.) 2 Bl. mit Abb. 2⁰

Transformatoren-Reparaturwerk Halle-Büschdorf

Siehe VEB Energieversorgung Halle

VEB Transformatorenwerk "Karl Liebknecht" Berlin-Oberschöneweide

Wir gehen den Weg gemeinsam. (Red.: Rudi Dix und Heinz Schütz. Hrsg.: VEB Transformatorenwerk "Karl Liebknecht".) - (Berlin-Oberschöneweide 1969.) 59 S. mit Abb. 20 x 21 cm

Verlag Rütten & Loening, Berlin

Hundertfünfundzwanzig Jahre Rütten & Loening. 1844 - 1969. Ein Almanach. (Gesamtred.: Jürgen Jahn.) - (Berlin 1969.) 522 S. mit Abb., mehr. Taf. 8⁰

VEB Waggonbau Görlitz

Hartmann, Gerhard: Zur plan- und leistungsbezogenen Gestaltung des Arbeitslohnes unter den Bedingungen langfristiger Fertigung im VEB Waggonbau Görlitz. - Diss. Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst 1968. 169 gez. Bl. mit Abb. 4⁰ [Ms. vervielf.]

AUTORENVERZEICHNIS

- Behm, Erika, Wissenschaftlich-technische Assistentin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Berthold, Rudolf, Prof. Dr. phil. habil., Leiter des Thünen-Archivs, Universität Rostock, und Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für agrare Betriebsgeschichte.
- Cornu, Auguste, Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Czihak, Hans, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Epperlein, Siegfried, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Wissenschaftsbereich Deutsche Geschichte, Zentralinstitut für Geschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Falk, Waltraud, Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrauftrag, Leiter des Bereichs Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Forberger, Rudolf, Prof. Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Harnisch, Hartmut, Dr. phil., Wissenschaftlicher Archivar, Staatsarchiv Potsdam.
- Koch, Gerhard, Dr. phil., Ordentlicher Professor für dialektischen Materialismus, Parteihochschule "Karl Marx" beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.
- Kuczynski, Thomas, Wissenschaftlicher Assistent, Arbeitsbereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Marxismus-Leninismus, Hochschule für Ökonomie, Berlin.
- Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Nussbaum, Helga, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Obermann, Karl, Dr. phil. habil., Professor mit Lehrstuhl, Humboldt-Universität zu Berlin, und Abteilungsleiter, Zentralinstitut für Geschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Radandt, Hans, Dr. rer. oec. habil., Leiter der Abteilung Betriebsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bereich Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Schröder, Rudolf, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Seidl, Helmut, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Tjul'panov, S. I., Prof. Dr. habil., Dr. h. c., Leiter des Lehrstuhls für Ökonomie des modernen Kapitalismus, Ökonomische Fakultät, Staatliche Universität Leningrad.

Vejc, G. M., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Ökonomische Fakultät, Staatliche Universität Leningrad.

Wandschneider, Hermann, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler, Parteihochschule "Karl Marx" beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.

Winzer, Helmut, Dr. phil., Diplom-Gesellschaftswissenschaftler, Arbeitsgruppenleiter, Parteischule "M. I. Kalinin" der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Cottbus.

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

J. Kuczynski

Probleme der Entwicklung einer sozialistischen Landwirtschaft in Kuba
mit einem Vorwort von Carlos Rafael Rodríguez

H. Handke

Über die Haltung der US-Monopole zur kubanischen Revolution

D. Baudis/G. García

Die langfristige Planung der Cuban Electric Company in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bis zur Nationalisierung 1960

K. Lärmer

Ökonomie und Politik. Aspekte der Investitionspolitik der American & Foreign Power Company Inc. in Kuba und Lateinamerika in den fünfziger Jahren. Eine kommentierte Dokumentation

H. Mohrmann

Zu den Geschäften der Gelats-Bank. Finanzkapital und Klerus in Kuba

F. Pacheco/D. Rodríguez

Die Cuban Land and Leaf Tobacco Company und der politische "caciquismo"

J. Hell

Essay über die Entwicklung der Plantagenwirtschaft auf der Insel Kuba
(1800 bis 1898)

Im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, Teil II:

Neben Aufsätzen zur deutschen und allgemeinen Wirtschaftsgeschichte

Neue Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Alten Welt

Akademiemitglied Prof. Dr. Elisabeth Charlotte Welskopf
zu ihrem 70. Geburtstag von Freunden und Schülern
dargebracht

Mit theoretischen und Spezialaufsätzen zum System der Gesellschaftsformationen, der Produktionsverhältnisse, der Eigentums- und Abhängigkeitsformen und zu anderen wirtschaftshistorischen Fragen tragen folgende Wissenschaftler zur Ehrung ihrer Kollegin bei:

F. Altheim - R. Stiehl, Nienberge-Münster; I. Biezuńska-Małowist, Warschau;
H. -J. Diesner, Halle; M. I. Finley, Cambridge; R. Günther, Leipzig; I. Hahn,
Budapest; J. Irmscher, Berlin; H. Kreißig, Berlin; D. Lotze, Jena; P. Musiolek,
Berlin; Ch. Parain, Paris; J. Pečírka, Prag; M. D. Petruševski, Skopje;
N. Pigulevskaja †, Leningrad; E. M. Štaerman, Moskau; V. Velkov, Sofia;
J. Wolski, Kraków.